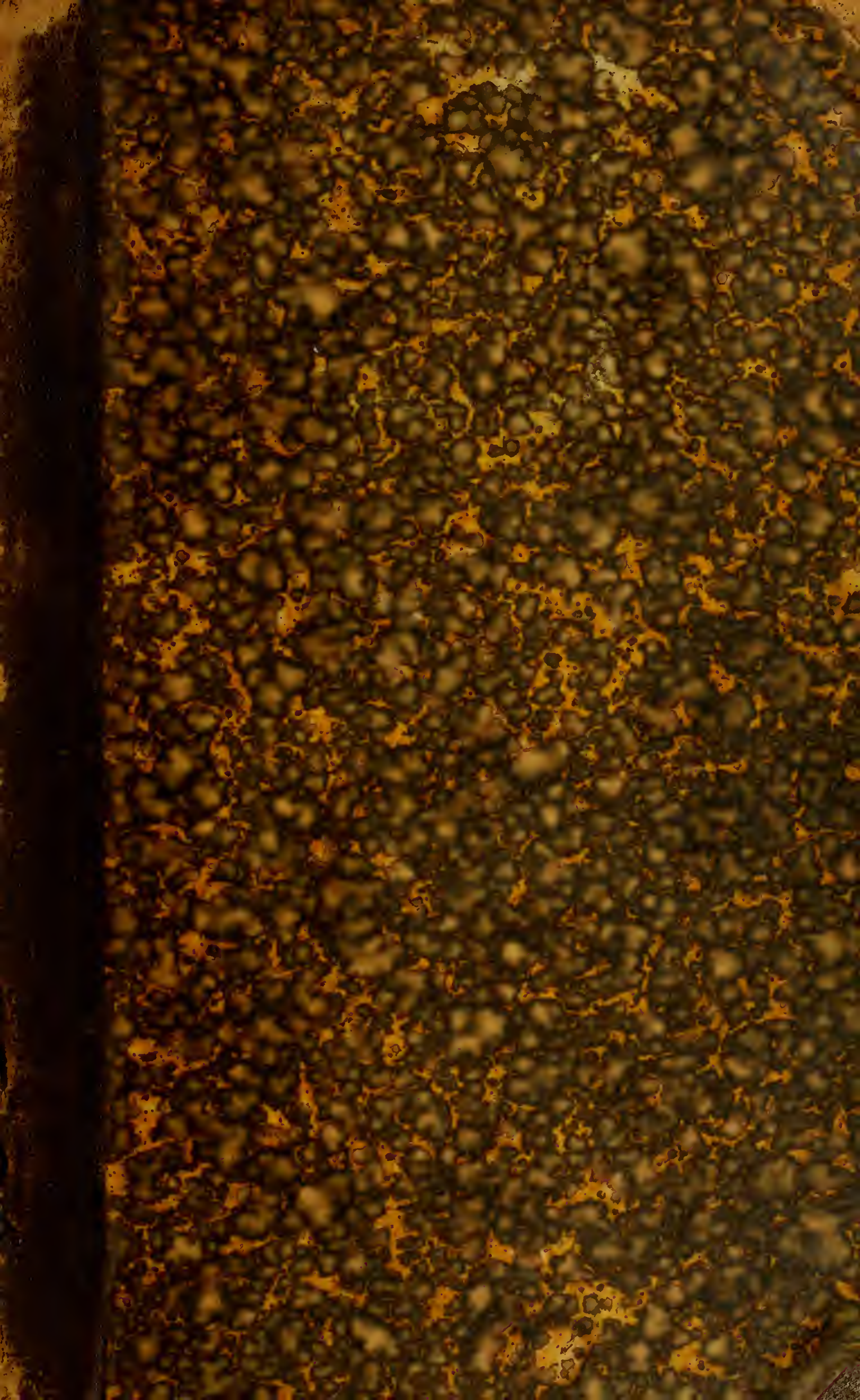
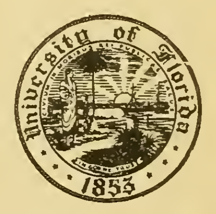



University of Florida
1853

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

H. v. Kremer-Auenrode und **Ph. Hirsch.**

Fünfunddreissigster Band.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1879.

I. Inhaltsverzeichniss,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.

**

Deutschlands Verfassung und Organisation. (Vgl. Bd. XXXIV u. vorg.)

Donaufürstenthümer-Angelegenheiten. (Vgl. Bd. XXXIV u. vorg.)

Orientalische Frage. (Vgl. Bd. XXXIV u. vorg.)

Serbische Angelegenheiten. (Vgl. Bd. XXXIII u. vorg.).

Thronreden, Adressen, Manifeste, Proklamationen etc. (Vgl. Bd. XXXIV u. vorg.)

II. Inhaltsverzeichniss,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.

Montenegro.

Oesterreich-Ungarn.

Rumänien.

Russland.

Serbien.

Türkei.

Deutsches Reich.

Nr. 6793.

DEUTSCHLAND. — Thronrede bei Eröffnung des Reichstages am 9. September 1878, verlesen vom Stellvertreter des Reichskanzlers, Grafen Stolberg.

Geehrte Herren! — Im Allerhöchsten Auftrage haben Seine kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz des deutschen Reiches und von Preussen mich zu ermächtigen geruht, im Namen der verbündeten Regierungen die Sitzungen des Reichstages zu eröffnen. Als die letzte Session geschlossen wurde, befand sich das deutsche Volk noch unter dem Eindruck der tiefsten Erregung, welche ein gegen die Person Sr. Majestät des Kaisers gerichteter Mordversuch hervorgerufen hatte. Schon wenige Tage darauf hat sich abermals und mit unheilvollerem Erfolge die Hand eines Verbrechers gegen das Oberhaupt des Reiches erhoben. Gottes Gnade bewahrte zwar auch diesmal das Leben des Kaisers; aber die erlittenen schweren Verwundungen haben Se. Majestät genöthigt, bis zur völligen Genesung Sich der Regierungsgeschäfte zu enthalten und die Wahrnehmung derselben Sr. kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen zu übertragen. Schon nach dem ersten Mordanfall waren die verbündeten Regierungen überzeugt, dass die Frevelthat unter dem Einflusse von Gesinnungen entstanden sei, welche durch eine auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Agitation in weiten Kreisen erzeugt und genährt werden. Sie haben deshalb dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, welches diesen gemeingefährlichen Bestrebungen ein Ziel zu setzen bestimmt war. Die Vorlage wurde abgelehnt. Jetzt, wo der Nation ein erneutes Verbrechen die dem Reiche und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft drohende Gefahr mehr und mehr zum allgemeinen Bewusstsein gebracht hat, werden Sie, geehrte Herren, durch Neuwahlen zur Mitwirkung an der Gesetzgebung berufen, aufs neue zu prüfen haben, ob das bestehende Recht genügende Handhaben zur Unschädlichmachung jener Bestrebungen bietet. Die verbün-

Nr. 6793. Deutschland. 9. Sept. 1878.

Nr. 6793. Deutschland. 9. Sept. 1878. deten Regierungen haben ihre Ueberzeugung nicht geändert; sie sind nach wie vor der Ansicht, dass es ausserordentlicher Maassregeln bedarf, um der weiteren Ausbreitung des eingerissenen Uebels Einhalt zu thun und den Boden für eine allmähliche Heilung zu bereiten. Sie halten ebenso an der Auffassung fest, dass die zu wählenden Mittel die staatsbürgerliche Freiheit im Allgemeinen zu schonen und nur dem Missbrauch derselben entgegenzuwirken haben, mit welchem eine verderbliche Agitation die Grundlagen unseres staatlichen und Culturlebens bedroht. Ein von diesen Gesichtspunkten aus aufgestellter Gesetzentwurf wird Ihnen unverzüglich vorgelegt werden. Die verbündeten Regierungen hegen die Zuversicht, dass die neugewählten Vertreter der Nation ihnen die Mittel nicht versagen werden, welche nothwendig sind, um die friedliche Entwickelung des Reiches gegen innere Angriffe ebenso sicherzustellen, wie gegen äussere. Sie geben sich der Hoffnung hin, dass, wenn erst der öffentlichen Ausbreitung der unheilvollen Bewegung ein Ziel gesetzt ist, die Zurückführung der Irregeleiteten auf den richtigen Weg gelingen wird. — Auf allerhöchsten Befehl erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für eröffnet.

Nr. 6794.

DEUTSCHLAND. — Vorlage des Bundesrathes an den Reichstag, betr. Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Nr. 6794. Deutschland 9. Sept. 1878. Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., verordnen im Namen des Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§ 1. Vereine, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, sind zu verbieten. || Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Kassen.

§ 2. Zuständig für das Verbot ist die Landespolizeibehörde. || Das Verbot ist durch den "Reichsanzeiger" bekannt zu machen. Dasselbe ist für das ganze Bundesgebiet wirksam und umfasst alle Verzweigungen des Vereins sowie jeden vorgeblich neuen Verein, welcher sachlich als der alte sich darstellt.

§ 3. Auf Grund des Verbots sind die Vereinskasse sowie alle für Zwecke des Vereins bestimmten Gegenstände durch die Polizeibehörde in Beschlag zu nehmen. || Nachdem das Verbot endgültig geworden, sind das in Beschlag genommene Geld sowie die in Beschlag genommenen Gegenstände unbeschadet der Ansprüche dritter Personen der Armenkasse des Ortes der Beschlagnahme zu überweisen. || Gegen die Anordnungen der Polizeibehörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 4. Gegen das Verbot steht dem Vereinsvorstande die Beschwerde an den Bundesrath offen. Dieselbe ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung des Verbots bei der Behörde anzubringen, welche dasselbe erlassen hat. ‖ Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Nr. 6794. Deutschland. 9. Sept. 1878.

§ 5. Versammlungen, von denen anzunehmen ist, dass sie Bestrebungen der im § 1 bezeichneten Art dienen werden, sind zu verbieten. Versammlungen, in welchen solche Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen. ‖ Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt. ‖ Zuständig für das Verbot und die Auflösung ist die Polizeibehörde. Gegen die Anordnungen derselben findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 6. Druckschriften, welche Bestrebungen der im § 1 bezeichneten Art dienen, sind zu verbieten. ‖ Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen derselben erstrecken.

§ 7. Zuständig für das Verbot ist die Landespolizeibehörde —, wenn es sich um das Verbot des ferneren Erscheinens einer periodischen Druckschrift handelt, die Landespolizeibehörde des Bezirks, in welchem die Druckschrift erscheint. Das Verbot der ferneren Verbreitung einer im Auslande erscheinenden periodischen Druckschrift steht dem Reichskanzler zu. ‖ Das Verbot ist in allen Fällen durch den "Reichsanzeiger" bekannt zu machen und für das ganze Bundesgebiet wirksam.

§ 8. Gegen das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot steht dem Verleger sowie dem Herausgeber der Druckschrift die Beschwerde an den Bundesrath offen. ‖ Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung des Verbots bei der Behörde anzubringen, welche dasselbe erlassen hat. ‖ Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 9. Auf Grund des Verbots sind die von demselben betroffenen Druckschriften da, wo sie sich zum Zwecke der Verbreitung vorfinden, in Beschlag zu nehmen. Die Beschlagnahme kann sich auf die zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen erstrecken; bei Druckschriften im engeren Sinne hat auf Antrag des Betheiligten statt Beschlagnahme des Satzes das Ablegen des letzteren zu geschehen. Die in Beschlag genommenen Druckschriften, Platten und Formen sind, nachdem das Verbot endgültig geworden ist, unbrauchbar zu machen. ‖ Gegen die Anordnungen der Polizeibehörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 10. Die Polizeibehörde ist befugt, Druckschriften der im § 6 bezeichneten Art sowie die zu ihrer Vervielfältigung dienenden Platten und Formen schon vor Erlass eines Verbots vorläufig in Beschlag zu nehmen. Die in Beschlag genommene Druckschrift ist innerhalb vierundzwanzig Stunden der Landespolizeibehörde einzureichen. Letztere hat entweder die Wiederaufhebung der Beschlagnahme sofort anzuordnen oder innerhalb einer Woche das Verbot zu erlassen. Erfolgt das Verbot nicht innerhalb dieser Frist, so erlischt die Beschlagnahme und müssen die einzelnen Stücke, Platten und Formen freigegeben werden.

Nr. 6794. Deutschland. 9. Sept. 1878.

§ 11. Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung der im § 1 bezeichneten Bestrebungen sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge sind polizeilich zu verbieten. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen. Gegen das Verbot findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 12. Wer an einem verbotenen Vereine (§ 2) mit Kenntniss oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbots als Mitglied sich betheiligt oder eine Thätigkeit im Interesse eines solchen Vereins ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Haft oder mit Gefängniss bis zu drei Monaten bestraft. Eine gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher an einer verbotenen Versammlung (§ 5) mit Kenntniss des Verbots sich betheiligt, oder welcher nach polizeilicher Auflösung einer Versammlung (§ 5) sich nicht sofort entfernt. || Gegen diejenigen, welche sich an dem Verein oder an der Versammlung als Vorsteher, Leiter, Ordner, Agenten, Redner oder Kassirer betheiligen, oder welche zu der Versammlung auffordern, ist auf Gefängniss von Einem Monat bis zu Einem Jahre zu erkennen.

§ 13. Wer für einen verbotenen Verein oder für eine verbotene Versammlung mit Kenntniss oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbots Räumlichkeiten hergiebt, wird mit Gefängniss von Einem Monat bis zu Einem Jahre bestraft.

§ 14. Wer eine verbotene Druckschrift (§§ 6, 7) mit Kenntniss oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbots oder wer eine von der vorläufigen Beschlagnahme betroffene Druckschrift (§ 10) mit Kenntniss der Beschlagnahme verbreitet, fortsetzt oder wieder abdruckt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängniss bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 15. Wer einem nach § 11 erlassenen Verbote mit Kenntniss oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung desselben zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark, oder mit Haft oder mit Gefängniss bis zu drei Monaten bestraft. Ausserdem ist das zufolge der verbotenen Sammlung oder Aufforderung Empfangene oder der Werth desselben der Armenkasse des Orts der Sammlung für verfallen zu erklären.

§ 16. Personen, welche es sich zum Geschäft machen, die im § 1 bezeichneten Bestrebungen zu fördern, oder welche nach rechtskräftiger, auf Grund dieses Gesetzes erfolgter Verurtheilung wegen einer darauf begangenen Zuwiderhandlung gegen dasselbe rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt worden sind, kann der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt werden. Wenn sie Ausländer sind, können sie von der Landespolizeibehörde aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden. || Unter gleichen Voraussetzungen kann Buchdruckern, Buchhändlern, Leihbibliothekaren und Inhabern von Lesekabinetten sowie Gastwirthen, Schankwirthen und Personen, welche Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus treiben, der Betrieb ihres Gewerbes untersagt werden. || Personen, welche es sich zum Geschäft machen, die im § 1 bezeichneten

Bestrebungen zu fördern, oder welche auf Grund einer Bestimmung dieses Gesetzes echtskräftig zu einer Strafe verurtheilt worden sind, kann die Befugniss zur gewerbsmässigen oder nicht gewerbsmässigen öffentlichen Verbreitung von Druckschriften sowie die Befugniss zum Handel mit Druckschriften im Umherziehen entzogen werden. || Druckereien, welche geschäftsmässig zur Förderung der im § 1 bezeichneten Bestrebungen benutzt werden, können geschlossen werden. Nr. 6794. Deutschland. 9. Sept. 1878.

§ 17. Zuständig für die im § 16 vorgesehenen Verfügungen ist die Landespolizeibehörde. || Gegen dieselben steht den Betroffenen die Beschwerde an den Bundesrath offen. || Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach Zustellung der Verfügung bei der Behörde anzubringen, welche dieselbe erlassen hat. || Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 18. Wer den auf Grund des § 16 erlassenen Verfügungen zuwiderhandelt, wird in den Fällen des Absatzes 1 mit Gefängniss von einem Monat bis zu einem Jahre, in den übrigen Fällen mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark, oder mit Haft oder mit Gefängniss bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 19. Der Bundesrath bildet zur Entscheidung der an denselben auf Grund dieses Gesetzes gelangenden Beschwerden aus seiner Mitte einen besonderen Ausschuss. || Der Ausschuss besteht aus sieben Mitgliedern. Dieselben sind bei der Entscheidung an Instructionen nicht gebunden. || Die Entscheidungen des Ausschusses werden im Namen des Bundesrathes erlassen und sind endgültig.

§ 20. Für die Bezirke oder Ortschaften, in welchen durch die im § 1 bezeichneten Bestrebungen die öffentliche Sicherheit bedroht ist, können von den Centralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesrathes für die Dauer von längstens einem Jahre getroffen werden:

1) dass Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen;

2) dass die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Strassen, Plätzen, oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf;

3) dass Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften versagt werden kann;

4) dass der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Waffen verboten, beschränkt oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft werden.

Die getroffenen Anordnungen sind durch den "Reichsanzeiger" bekannt zu machen. || Wer diesen Anordnungen oder den auf Grund derselben erlassenen Verfügungen mit Kenntniss oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark, oder mit Haft oder mit Gefängniss bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 21. Welche Behörden in jedem Bundesstaat unter der Bezeichnung Landespolizeibehörde, Polizeibehörde zu verstehen sind, wird von der Centralbehörde des Bundesstaates bekannt gemacht.

Nr. 6794.
Deutschland.
9. Sept. 1878.

§ 22. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft.
Urkundlich etc.
Gegeben etc.

Begründung.

In Erkenntniss der Gefahren, von welchen Staat und Gesellschaft durch das Umsichgreifen der sozialdemokratischen Bewegung bedroht sind, legten die verbündeten Regierungen im Mai d. J., aus Anlass des gegen Seine Majestät den Kaiser verübten Attentates, dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen vor (vergl. Drucksachen des Reichstages, II. Session 1878, Nr. 274). Der Reichstag lehnte diese Vorlage ab. || Bald darauf zeigte ein abermaliger Mordversuch gegen Se. Majestät den Kaiser von neuem, wie leicht eine, jedes sittliche und rechtliche Gebot verachtende Gesinnung bis zu mörderischen Thaten sich zu steigern vermag, und zahlreiche Fälle von Majestätsbeleidigungen, welche sich an jenes erschütternde Ereigniss knüpften, lieferten den Beweis, wie weit solche Gesinnung bereits um sich gegriffen hat. Die verbündeten Regiernngen sind dadurch in der Ueberzeugung bestärkt worden, dass es zum Schutze von Staat und Gesellschaft unerlässlich sei, der verderblichen Agitation der Sozialdemokratie Einhalt zu thun, welche als die Hauptursache der zu Tage getretenen Verwirrung der Rechtsbegriffe und Verwilderung der Gemüther angesehen werden muss. Die Regierungen sind nach wie vor der Meinung, dass es zu diesem Zwecke des Erlasses gesetzlicher Vorschriften bedürfe, welche direct und ausschliesslich gegen die sozialdemokratische Bewegung gerichtet sind. || Der vorliegende Entwurf eines Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie stimmt daher in seinen Grundgedanken mit der früheren Vorlage überein. || Die Bestrebungen der Sozialdemokratie sind auf die praktische Verwirklichung der radicalen Theorien des modernen Sozialismus und Communismus gerichtet. Nach diesen Theorien ist die heutige Productionsweise als unwirthschaftlich und als eine ungerechte Ausbeutung der Arbeit durch das Capital zu verwerfen. Die Arbeit soll von dem Capital emancipirt, das Privatcapital in Collectivcapital, die individuelle, durch Concurrenz sich regelnde Production in eine genossenschaftliche planmässige Production verwandelt werden; das Individuum soll in der Gesellschaft aufgehen. Die sozialdemokratische Bewegung unterscheidet sich scharf von den humanitären Bestrebungen für das Wohl der arbeitenden Classen dadurch, dass sie davon ausgeht, eine Hebung der Lage derselben auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung sei unmöglich und nur durch die erwähnte Sozialrevolution erreichbar. Die Durchführung einer solchen Revolution soll, unter gleichzeitiger Umwälzung der bestehenden Staatsverfassungen, durch eine internationale Cooperation der arbeitenden Classen aller Culturstaaten erfolgen. Diesen revolutionairen und internationalen Charakter hat die Bewegung insbesondere seit der im September 1864 zu London erfolgten Gründung der “Internationalen Arbeiterassociation” erlangt (vgl. deren Statuten in der Anlage A

unter I). || In Deutschland fand die erste Organisation sozialdemokratischer Bestrebungen im Jahre 1863 durch Lassalle statt. Der von demselben gestiftete "Allgemeine deutsche Arbeiterverein" (vergl. Anlage A unter II) hatte noch einigermaassen ein reformatorisches und nationales Gepräge. Bald jedoch trennten sich die radicaleren Elemente, und im August 1869 wurde zu Eisenach unter der Bezeichnung "sozialdemokratische Arbeiterpartei" eine Filiale der internationalen Arbeiterassociation gegründet (vergl. Eisenacher Programm, Anlage A, Nr. III). || Die "sozialdemokratische Arbeiterpartei" und der "Allgemeine Arbeiterverein" bekämpften sich gegenseitig eine Zeit lang auf das heftigste, bis allmählich die radicale und antinationale Richtung die Oberhand gewann. Im Mai 1875 fand auf dem Congresse in Gotha die Wiedervereinigung der bis dahin getrennten Gruppen der deutschen Sozialdemokratie zu einer einheitlichen Verbindung unter der Bezeichnung "die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" statt. Das Programm dieser neuen Verbindung lässt über die revolutionären und communistischen, den Tendenzen der "Internationale" im Wesentlichen entsprechenden Grundsätze und Endziele der Verbindung keinen Zweifel (vergl. Anlage A, Nr. IV). || Dieselbe erstreckt sich über ganz Deutschland. Daneben besteht eine grosse Anzahl von localen sozialdemokratischen Vereinen, und gewerbliche Fachvereine gleicher Richtung verzweigen sich über das ganze Bundesgebiet. || Auf dem allgemeinen Sozialistencongresse, welcher im Herbste 1877 in Gent abgehalten wurde, und an welchem ein Delegirter der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands Theil nahm, fand die "grossartige Organisation" der deutschen Sozialdemokratie ungetheilte Anerkennung. Auf diesem Congresse wurde der internationale Bund durch Constituirung einer allgemeinen Union der sozialistischen Partei erneuert. In dem bezüglichen Manifeste (siehe Anlage A unter V) wird der gemeinsame Operationsplan dargelegt und besonders die Nothwendigkeit der politischen Action als eines mächtigen Mittels der Agitation, der Propaganda, der Volkserziehung und der Gruppirung (Organisation) betont. Das Manifest schliesst mit den Worten:

„Möge bei jedem Volke die Classe der Enterbten sich als grosse, von allen Bourgeoisparteien scharf abgegrenzte Partei constituiren, und möge diese sozialistische Partei Hand in Hand marschiren mit der sozialistischen Partei aller übrigen Länder! || Es gilt den Kampf um all' euere Rechte; es gilt die Vernichtung aller Privilegien! || Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

Es handelt sich also um nichts weniger, als um den Bruch mit der gesammten bisherigen Rechtsentwickelung der Culturstaaten, um eine radicale Umwälzung der bestehenden Besitz- und Eigenthumsverhältnisse von unten auf. || Die Organisation des "Proletariats", die Zerstörung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und die Herstellung der "sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen Staates" durch das organisirte Proletariat, das sind die ausgesprochenen Endziele der Sozialdemokratie. || Diesen Zielen entspricht die in Wort und Schrift mit leidenschaftlicher Energie betriebene wohlorganisirte

sozialistische Agitation und deren Methode. Die Agitation sucht in den ärmeren und weniger gebildeten Schichten der Bevölkerung Unzufriedenheit mit ihrer Lage sowie die Ueberzeugung von der Hoffnungslosigkeit derselben unter der bestehenden Rechtsordnung zu verbreiten, sie, als die "Enterbten", zu Neid und Hass gegen die übrigen Classen der bürgerlichen Gesellschaft aufzureizen. Die sittlichen und religiösen Ueberzeugungen, welche die Gesellschaft zusammenhalten, werden erschüttert, Ehrfurcht und Pietät verhöhnt; die Rechtsbegriffe der Massen werden verwirrt, die Achtung vor dem Gesetze wird zerstört. Die gehässigsten Angriffe und Schmähungen gegen das deutsche Reich und seine Institutionen, gegen das Königthum und gegen das Heer, dessen ruhmreiche Geschichte verunglimpft wird, geben der sozialistischen Agitation in Deutschland ein specifisch antinationales Gepräge; sie entfremdet die Gemüther der heimischen Sitte und dem Vaterlande. — Die Darstellungen, welche in Wort und Schrift von früheren revolutionären Ereignissen gegeben werden, die Verherrlichung bekannter Revolutionsmänner sowie der Thaten der Pariser Commune sind geeignet, revolutionäre Gelüste und Leidenschaften zu erregen und die Massen zu Gewaltthaten geneigt zu machen. || Die Belege für diese Art der Agitation liefern in grossem Umfange die sozialdemokratische Presse und die Reden der Führer und Agitatoren. Die Agitation hat im Laufe der letzten Jahre, wie das Hauptorgan der deutschen Sozialdemokratie, der "Vorwärts" (siehe Agitationsnummer Nr. 65 de 1878) triumphirend hervorbt, eine "riesige" Ausdehnung gewonnen; sie ist in Kreise gedrungen, welche ihr früher unzugänglich waren. Die Zahl der sozialdemokratischen Zeitschriften und ihrer Abonnenten, die massenhafte Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften aller Gattungen — Flugblätter, Broschüren, Lieder- und Bilderbücher, Kalender — sowie die Zahl der geschulten sozialistischen Agitatoren und Wanderredner sind in stetigem Zunehmen begriffen. Die Erfolge der Agitation sind in der starken Vermehrung der Stimmen hervorgetreten, welche der Sozialdemokratie bei politischen und communalen Wahlen zugefallen sind, und dem entsprechend ist die Zuversicht ihrer Anhänger gewachsen. (Vergl. die in Anlage B auszugsweise mitgetheilten Berichte über den Gang und Stand der sozialistischen Agitation.) Die fortgesetzte Beunruhigung und Störung des öffentlichen Friedens, welche durch die sozialdemokratische Agitation hervorgerufen wird, schädigt empfindlich das Gemeinwohl und hindert eine gedeihliche und normale Entwickelung auf wirthschaftlichem wie auf politischem Gebiete. || Es ist daher ein Gebot der Selbsterhaltung für Staat und Gesellschaft, der sozialdemokratischen Bewegung mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Zunächst aber ist der Staat berufen, die durch die Sozialdemokratie bedrohte Rechtsordnung zu schützen und der sozialistischen Agitation Schranken zu setzen. Freilich kann der Gedanke nicht durch äusseren Zwang unterdrückt, die Bewegung der Geister nur in geistigem Kampfe überwunden werden. Wohl aber können und dürfen einer solchen Bewegung, wenn sie falsche Bahnen verfolgt und verderblich zu werden droht, die Mittel zu ihrer Ausbreitung auf gesetzlichem Wege

entzogen werden. Die sozialistische Agitation, wie sie seit Jahren betrieben wird, ist ein fortgesetzter Appell an die Gewalt und an die Leidenschaften der Menge, um staatliche und gesellschaftliche Ordnung umzustürzen. Einem solchen Unternehmen kann der Staat Einhalt thun, indem er der Sozialdemokratie ihre wichtigsten Agitationsmittel nimmt und ihre Organisation zerstört; er muss dies thun, wenn er sich nicht selbst aufgeben und nicht in der Bevölkerung die Ueberzeugung entweder von seiner Ohnmacht oder von der Berechtigung der revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie aufkommen lassen will. || Dieser Nothwendigkeit gegenüber tritt auch die Besorgniss zurück, dass die aus dem Lichte der Oeffentlichkeit verdrängte Agitation um so nachhaltiger und gefährlicher im Geheimen werde fortgesetzt werden. Ueberdies lässt sich mit Grund bezweifeln, dass Letzteres in erheblich stärkerem Maasse geschehen werde, als es schon gegenwärtig der Fall ist. || Dem Staate allein wird es indessen auch mit Hülfe der in dem Entwurfe vorgeschlagenen Mittel nicht gelingen, die sozialdemokratische Bewegung zu beseitigen; diese Mittel bringen die Vorbedingung für die Heilung des Uebels, nicht die Heilung selbst. Es bedarf vielmehr der thätigen Mitwirkung aller erhaltenden Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, um durch Belebung der Religiosität, durch Aufklärung und Belehrung, durch Stärkung des Sinnes für Recht und Sitte, wie durch weitere wirthschaftliche Reformen die Wurzeln des Uebels zu beseitigen. || Die in Deutschland geltenden gesetzlichen Vorschriften auf den Gebieten der Presse und des Vereinswesens, auf welchen sich die sozialdemokratische Agitation vorzugsweise bewegt, in Verbindung mit den Vorschriften des Strafgesetzbuches reichen, wie die Erfahrung gezeigt hat, nicht aus, um jener Agitation Halt zu gebieten. Die fortgesetzte Handhabung dieser Vorschriften gegenüber der Sozialdemokratie, die Schliessung vieler Vereine, die Auflösung zahlreicher Versammlungen, strenge Bestrafung der massenhaften, durch Wort und Schrift verübten Vergehen haben nicht vermocht, die Ausbreitung der sozialdemokratischen Bewegung im Ganzen aufzuhalten. Dies beruht wesentlich auf dem vorwiegend repressiven Charakter der bezüglichen Gesetze, welche einzelne Rechtswidrigkeiten, nicht aber eine fortgesetzte staats- und gesellschaftsfeindliche Thätigkeit im Auge haben. Nach den verschiedenen, in den deutschen Bundesstaaten geltenden Vereinsgesetzen ist die Bildung politischer Vereine im Allgemeinen unbeschränkt; ihre Schliessung setzt in der Regel voraus, dass bestimmte, in den Gesetzen vorgeschriebene Schranken überschritten worden sind. Nur in einzelnen Bundesstaaten sind die Verwaltungsbehörden gesetzlich ermächtigt, Vereine wegen ihrer staats- oder gesellschaftsgefährlichen Haltung und Tendenz zu schliessen; auch hier wird die Wirkung der Schliessung abgeschwächt durch die Leichtigkeit, mit welcher die Bildung eines neuen gleichartigen Vereins erfolgen kann. Versammlungen können in der Regel nicht zum voraus verboten, sondern nur aufgelöst werden in gewissen eng formulirten Fällen; das Reichsgesetz über die Presse vollends kennt keinerlei Präventivmaassregeln. || Bei diesem Charakter der in Betracht kommenden Gesetze

Nr. 6794. Deutschland. 9. Sept. 1878. würde der sozialdemokratischen Agitation gegenüber eine schärfere Handhabung derselben, wenn sie möglich wäre, ebensowenig von Wirkung sein, als einzelne Abänderungen derselben, so sehr solche sich auch sonst empfehlen möchten. Wollte man aber eine Revision derselben in der Richtung vornehmen, dass damit auch jener Agitation wirksam begegnet werden könnte, so würde man über das Bedürfniss hinaus das Vereins- und Versammlungsrecht und das Recht der freien Meinungsäusserung allgemeinen und dauernden Einschränkungen zu unterwerfen genöthigt sein. Auch auf dem Boden des Strafgesetzbuches erscheint die Lösung der Aufgabe nicht erreichbar. || Dazu bedarf es ausserordentlicher gesetzlicher Vollmachten, durch welche die für die innere Sicherheit und Ordnung verantwortlichen Behörden in den Stand gesetzt werden, ihrer verfassungsmässigen Pflicht, Staat und Gesellschaft vor inneren Gefahren zu schützen, der Sozialdemokratie gegenüber zu genügen; es bedarf eines Spezialgesetzes, welches das Vereins- und Versammlungsrecht, die Freiheit der Presse und des Gewerbebetriebes sowie die Freizügigkeit ausschliesslich den gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gegenüber wirksamen Beschränkungen unterwirft. || Die Sozialdemokratie hat dem Staate und der Gesellschaft offen den Krieg erklärt und deren Zerstörung als ihr Endziel proclamirt; sie hat damit selbst den Boden des für Alle gleichen Rechtes verlassen und kann sich deshalb nicht beschweren, wenn ihr dasselbe nur insoweit zugute kommen soll, als es mit der Sicherheit und Ordnung des Staates vereinbar ist. || Ueberhaupt weisen ausserordentliche und krankhafte Zustände, welche den Staat bedrohen, auf eine Abhülfe durch Spezialgesetze hin, welche sich ausschliesslich auf die Abwendung der vorhandenen Gefahr richten und mit der Erreichung dieses Zieles ihre Wirksamkeit von selbst verlieren. Diesen Weg hat man unter ähnlichen Verhältnissen auch in Frankreich und in England dem Wege der Abänderung des gemeinen Rechtes vorgezogen. Was die französische Gesetzgebung betrifft, so darf insbesondere auf das Gesetz vom 14. März 1872 Bezug genommen werden, welches ausschliesslich gegen die Bestrebungen der Internationale und gleichartige Bestrebungen gerichtet ist. In der englischen Gesetzgebung finden sich zahlreiche Vorgänge, wonach man bis in die neueste Zeit hinein, wenn die Sicherheit des Staates und der Gesellschaft in Frage stand, kein Bedenken getragen hat, die Habeas-Corpus-Acte zeitweise ausser Kraft zu setzen und die Executivgewalt behufs Abwehr drohender Gefahr mit Vollmachten zu versehen, welche in mehrfacher Beziehung über diejenigen hinausgehen, die der vorliegende Entwurf in Vorschlag bringt.

Der Entwurf wendet sich ausschliesslich gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Diese Bestrebungen sind im § 1, auf welchem in dieser Beziehung der ganze Entwurf aufgebaut ist, näher bezeichnet als "sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen". Diese Fassung lehnt sich in ihrer zweiten Hälfte an den Abänderungsantrag an, welchen die Abgeordneten Dr. Beseler und Dr. Gneist zu dem vorerwähnten

Entwurfe eines Gesetzes gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie gestellt hatten (vergl. Nr. 280 der Drucksachen des Reichstages, II. 1878), und beruht im Uebrigen auf folgender Erwägung. Die Organisationen der Sozialdemokratie bezeichnen sich bald als sozialdemokratische, bald als sozialistische oder communistische, je nachdem das eine oder das andere Moment der oben charakterisirten Bestrebungen schärfer betont werden soll. Ebenso bezeichnen die Anhänger der Sozialdemokratie sich wechselnd als Sozialdemokraten, als Sozialisten oder als Communisten. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich, wie oben bereits erwähnt, neuerdings die Bezeichnung "Sozialistische Arbeiterpartei" beigelegt, während sie früher die gleichen Bestrebungen unter der Firma: "Sozialdemokratische Arbeiterpartei" verfolgte. Im Auslande wird die Bewegung vorzugsweise als "sozialistische" bezeichnet. Es erschien daher nothwendig, diese verschiedenen Benennungen neben einander zu stellen, um die Bestrebungen zu kennzeichnen, gegen welche der Entwurf gerichtet ist. || Der Begriff der "bestehenden Staatsordnung" bedarf keiner Erläuterung. Unter der "bestehenden Gesellschaftsordnung" ist der Inbegriff der sittlichen Principien und der Rechtsgrundsätze zu verstehen, auf welchen die heutige Gesellschaft beruht. Dass die Bestrebungen der Sozialdemokratie auf Untergrabung und im Endziele auf Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet sind, ist oben nachgewiesen; auch ist die Methode dieser Untergrabung geschildert worden. Hiernach dürften die revolutionären, gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, gegen welche der Gesetzentwurf gerichtet ist, im § 1 desselben mit genügender Deutlichkeit bezeichnet und dem Bedenken begegnet sein, dass durch den Entwurf auch andere, als die zu bekämpfenden Bestrebungen getroffen werden könnten. || In Bezug auf die Mittel, um diesen Bestrebungen zu begegnen, verfolgt der gegenwärtige Gesetzentwurf im Allgemeinen dieselbe Richtung, wie die frühere Vorlage, greift jedoch in mehrfacher Beziehung über dieselbe hinaus. Der Entwurf ist nicht allein gegen die in Vereinen, Versammlungen und in der Presse (§§ 1, 5, 6) hervortretenden, sondern auch gegen die in sonstiger Weise geschäftsmässig stattfindenden sozialdemokratischen Agitationen (§ 16) sowie gegen das Einsammeln von Beiträgen zu sozialdemokratischen Zwecken (§ 11) gerichtet. Während der frühere Entwurf das Verbot sozialdemokratischer Vereine, Versammlungen und Druckschriften nur für zulässig erklärte, legt der gegenwärtige den zuständigen Behörden die Pflicht auf, alle Vereine, Versammlungen und Druckschriften, welche den bezeichneten Bestrebungen dienen, zu verbieten, indem er ausspricht, dass dieselben "zu verbieten sind" (§§ 1, 5, 6). Den sozialdemokratischen Agitatoren und anderen Personen, welche es sich zum Geschäft machen, die bezeichneten Bestrebungen zu fördern, sowie solchen Personen, welche den auf Grund des Gesetzes erlassenen Verboten zuwidergehandelt haben und deshalb mit Strafe belegt worden sind, soll der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten untersagt sowie die Befugniss zum Betriebe solcher Gewerbe, welche erfahrungsmässig zur Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen gemissbraucht werden,

Nr. 6794.
Deutschland.
9. Sept. 1878.

Nr. 6794. Deutschland. 9. Sept. 1878.

entzogen werden können. Druckereien, welche geschäftsmässig zur Förderung der bezeichneten Bestrebungen benutzt werden, sollen geschlossen werden können (§ 16). Ausserdem sollen für solche Bezirke oder Ortschaften, welche von der Sozialdemokratie bereits soweit unterwühlt worden sind, dass die öffentliche Sicherheit bedroht erscheint, gewisse allgemeinen Beschränkungen des Versammlungsrechtes, des Betriebes der Pressgewerbe, der Freizügigkeit und des Rechtes zum Besitze oder zum Tragen von Waffen sowie des Handels mit denselben durch die Centralbehörden der Bundesstaaten mit Genehmigung des Bundesrathes vorübergehend angeordnet werden dürfen (§ 20). Abgesehen von den eben erwähnten Fällen des § 20 soll der Erlass der in dem Gesetze vorgesehenen Verbote und Anordnungen durch die Landespolizeibehörden und, wo es sich um ein unmittelbares Eingreifen handelt, durch die unteren Polizeibehörden erfolgen. Zuwiderhandlungen gegen die erlassenen Verbote und Anordnungen sind unter Strafe gestellt (§§ 12 bis 15, 18), deren Festsetzung den zuständigen Gerichten anheimfällt. Dass das Verbot sozialdemokratischer Vereine und Druckschriften nicht, wie nach dem früheren Entwurfe, in die Hände des Bundesrathes, sondern in die der Landespolizeibehörden gelegt wird, empfiehlt sich, um eine schnellere und wirksamere Ausführung des Gesetzes zu sichern. Dabei ist dem Umstande, dass die Wirksamkeit sozialdemokratischer Vereine und die Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften sich häufig über das ganze Bundesgebiet erstrecken, durch die Bestimmung Rechnung getragen worden, dass die von den Landespolizeibehörden erlassenen Verbote von Vereinen und Druckschriften für das ganze Bundesgebiet wirksam sein sollen (§ 2 Absatz 2, § 7 Absatz 2). || Dagegen wird sich zum Schutze der Betheiligten gegen etwaige Missgriffe der Behörden und im Interesse einer gleichmässigen Handhabung des Gesetzes eine dem ganzen Reichsgebiete gemeinsame Beschwerdeinstanz für diejenigen Fälle nicht entbehren lassen, in welchen die von den Landespolizeibehörden erlassenen Verbote für das ganze Bundesgebiet wirksam sein sollen oder von besonders einschneidender Wirkung sind, während für die übrigen Fälle die Beschwerde an die geordneten Aufsichtsbehörden ausreichend erscheint. || Der Entwurf glaubt, jene höchste Rechtsinstanz in den Bundesrath als den verfassungsmässigen Repräsentanten der Gesammtheit der deutschen Regierungen legen zu sollen, und bringt für dieselbe in § 19 die Bildung eines aus sieben Mitgliedern bestehenden Bundesraths-Ausschusses in Vorschlag. || Die in diesem Ausschusse thätigen Bundesrathsbevollmächtigten sollen an Instructionen nicht gebunden sein, ihre Entscheidungen vielmehr nach eigenem Ermessen treffen. || Dass die Ausführung des Gesetzes, abgesehen von den Strafbestimmungen, in die Hand der Executivbehörden gelegt werden soll, rechtfertigt sich durch den Zweck des Gesetzes. Es handelt sich um die Abwendung einer gemeinen Gefahr, also recht eigentlich um eine Aufgabe der Polizei. Es handelt sich um eine gleichmässige, energische und anhaltende Bekämpfung einer weitverzweigten revolutionären Organisation und Agitation. || Die hierbei in Betracht kommenden Fragen sind weniger von juri-

stischen als von politischen Gesichtspunkten aus zu beurtheilen, und eben deshalb wird auch die Beurtheilung und Entscheidung derselben nicht richterlichen, sondern politischen Organen zu übertragen sein. ‖ Auch eine gerichtliche Controle der von den Verwaltungsbehörden auf Grund des Gesetzes getroffenen Maassnahmen wird nicht in Frage kommen können, wenn der Zweck des Gesetzes erreicht werden soll. Eine solche Controle würde dem in Deutschland geltenden Verwaltungsrechte nicht entsprechen, lähmend auf die Verwaltung wirken und die wirksame Durchführung des Gesetzes gefährden. Das letzte Bedenken würde auch einer Controle durch Verwaltungsgerichte entgegenstehen, von welcher überdies schon deshalb abgesehen werden musste, weil das Institut der Verwaltungsgerichtsbarkeit noch in der Entwickelung begriffen ist und Verwaltungsgerichte erst in einzelnen Theilen des Bundesgebietes eingeführt worden sind. Ein Gesetz, wie das vorliegende, verlangt aber eine gleichmässige Durchführung und zu derselben einheitliche und gleichartige Organe.

Nr. 6794. Deutschland. 9. Sept. 1878.

Im Einzelnen ist noch Folgendes zu bemerken.

Zu § 1. Die Vorschriften des § 1, dessen erster Absatz, soweit er die Definition der zu bekämpfenden gemeingefährlichen Bestrebungen betrifft, bereits besprochen ist, richten sich gegen die Organisation der Sozialdemokratie. Sie sollen in allen Fällen Anwendung finden, in welchen, gleichviel, in welcher Form und unter welcher Bezeichnung, ob mit oder ohne Statuten, eine Verbindung ins Leben tritt, welche den im Absatz 1 bezeichneten Bestrebungen der Sozialdemokratie dient. Wenn im Absatz 2 die "genossenschaftlichen Kassen" besonders hervorgehoben werden, so beruht dies auf der Erwägung, dass die Sozialdemokratie auch Kassen solcher Art, und zwar nicht bloss Unterstützungskassen, die mit einem politischen oder gewerblichen Vereine verbunden sind, sondern auch eingeschriebene Hülfskassen, für ihre Zwecke bereits benutzt und durch weitere Verfolgung dieses Weges die Absicht des Gesetzes leicht vereiteln könnte. Das Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands, der "Vorwärts", bringt in Nr. 65 vom 5. Juni d. J. einen Artikel mit der Ueberschrift: "Ein Capitel über Agitation". Darin findet sich — nach Darstellung der verschiedenen Formen, in welchen die Agitation organisirt werden konnte — folgender Satz:

"— Aber auch hiermit ist unsere Agitation noch nicht erschöpft. Wir gründen Kassen, wo es nöthig und förderlich ist, für Kranken- und Sterbefälle, beseelt von dem Gedanken, dass jede neue Form der Organisation neue Lebenslust in die Agitation bringen muss. Sollte das Hülfskassengesetz nicht auch für uns da sein? Unnütze Frage; ist es doch vielleicht in nicht ferner Zeit die Brücke zu einer Centralisation, welche an Bedeutung manche vorhandene bald überholen dürfte".

Zu § 2. Das Verbot der im § 1 näher bezeichneten Vereine soll durch die Landespolizeibehörde erfolgen. Zuständig soll jede Landespolizeibehörde sein, in deren Bezirk ein Verein der gedachten Art seinen Sitz hat oder durch Entwickelung seiner Thätigkeit in die Erscheinung tritt. Um dem Missstande

Nr. 6794. Deutschland. 9. Sept. 1878

vorzubeugen, dass Vereine, welche in einem Bezirke verboten sind, ihre Bestrebungen in einem anderen Bezirke fortsetzen, wird vorgeschlagen, dem von der Landespolizeibehörde erlassenen Verbote Wirksamkeit für das ganze Bundesgebiet und für alle Verzweigungen des Vereins beizulegen. Diese Bestimmung bedingt eine Bekanntmachung des Verbotes durch den "Reichs-Anzeiger". Davon soll jedoch der Erlass des Verbotes selbst nicht abhängig sein. Dasselbe soll vielmehr in den üblichen Formen landespolizeilicher Anordnungen erlassen und publicirt werden, insbesondere auch durch Zustellung an den Vereinsvorstand, sofern solche ausführbar ist (vgl. § 4). Einer besonderen Bestimmung hierüber wird es nicht bedürfen. || Die Schlussbestimmung des Paragraphen, dass das Verbot sich auch auf jeden vorgeblich neuen Verein erstrecken soll, welcher sachlich als der alte sich darstellt, ist dem § 4 des badischen Vereinsgesetzes vom 21. November 1867 nachgebildet; sie bezweckt, die Umgehung des Verbotes durch Reconstruction des verbotenen Vereins unter veränderter Firma zu verhindern.

Zu § 3. Die vorgeschlagene Bestimmung, wonach auf Grund des Verbotes (§§ 1, 2) die Vereinskasse sowie alle für Zwecke des Vereins bestimmten Gegenstände polizeilich in Beschlag zu nehmen sind, rechtfertigt sich durch den Zweck des Gesetzes. Es handelt sich nicht um eine Confiscation als Strafe, sondern darum, gemeingefährlichen Bestrebungen die Mittel zu entziehen. Aus diesem Grunde sind Ansprüche Dritter auf die in Beschlag genommenen Gegenstände ausdrücklich vorbehalten. Dieselben werden nöthigenfalls bei der Ortsarmenkasse geltend zu machen sein, welcher das Beschlagnahmte überwiesen werden soll.

Zu § 4. Wenn vorgeschlagen wird, die Beschwerde gegen die von den Landespolizeibehörden erlassenen Verbote direct an den Bundesrath gehen zu lassen, so geschieht dies im Interesse einer Abkürzung des Instanzenzuges. Selbstverständlich wird das verfassungsmässige Aufsichtsrecht der Centralbehörden der Bundesstaaten den ihnen untergeordneten Landespolizeibehörden gegenüber dadurch nicht berührt. || Dass die Beschwerde hier, wie in allen übrigen Fällen, eine aufschiebende Wirkung nicht haben soll, beruht auf dem präventiven Charakter des Gesetzes.

Zu § 5. Soll es gelingen, der sozialdemokratischen Agitation den ergiebigen Boden der Versammlungen zu entziehen, so erscheint es nöthig, nicht nur eine jede Versammlung aufzulösen, sobald in ihr sozialdemokratische Reden gehalten, derartige Schriften vorgelesen oder vertheilt werden oder in anderer Weise die im § 1 des Entwurfes bezeichneten Bestrebungen zu Tage treten, sondern auch Versammlungen im voraus zu verbieten, wenn anzunehmen ist, dass dieselben den gedachten Bestrebungen dienen werden. Wenn eine Versammlung aufgelöst wird, so erfolgt dies in der Regel erst in einem Momente, wo die beabsichtigte agitatorische Wirkung, wenigstens zum Theil, bereits erreicht ist; die Auflösung selbst wird als agitatorisches Moment benutzt. Anders, wenn eine Versammlung von vornherein verboten wird; ob dies nach der Vor-

schrift des § 5 zulässig ist, wird von thatsächlichen Umständen abhängen, deren Specialisirung im Gesetze nicht angänglich ist, auf Grund deren aber die Polizeibehörden in der Regel in der Lage sein werden, sich ein völlig zuverlässiges Urtheil darüber zu bilden, ob eine bevorstehende Versammlung sozialdemokratischen Bestrebungen dienen werde. Oeffentliche Festlichkeiten und Aufzüge den Versammlungen gleichzustellen, wird keinem Bedenken unterliegen, da dieselben notorisch in gleicher Weise, wie die Versammlungen, zu den agitatorischen Zwecken der Sozialdemokratie benutzt werden.

Die §§ 6 bis 10 richten sich gegen die sozialdemokratische Presse. In der Presse liegt der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Agitation. Um ihr zu begegnen, bedarf es daher besonders wirksamer, von der bestehenden allgemeinen Pressgesetzgebung wesentlich abweichender Bestimmungen. Nach §§ 6 und 7 sollen Druckschriften, welche den im § 1 des Entwurfes näher bezeichneten sozialdemokratischen Bestrebungen dienen, durch die Landespolizeibehörden verboten werden. Unter Druckschriften sind auch im Sinne des gegenwärtigen Gesetzentwurfes alle diejenigen Erzeugnisse zu verstehen, welche nach § 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (R.-G.-Bl. S. 65) darunter begriffen sind. Bei Zeitungen und Zeitschriften, welche in monatlichen oder kürzeren, wenn auch unregelmässigen Fristen erscheinen — periodischen Druckschriften nach § 7 des Pressgesetzes —, soll das Verbot sich nicht allein auf einzelne Nummern (Hefte, Stücke), sondern auch auf das fernere Erscheinen der Druckschrift erstrecken können. Die Landespolizeibehörden und in Bezug auf ausländische Schriften der Reichskanzler, nach Vorgang des § 14 des Pressgesetzes vom 7. Mai 1874, sollen befugt sein, eine periodische Druckschrift, wenn dieselbe nach ihrer Gesammthaltung und Tendenz den bezeichneten Bestrebungen dient, zeitweise oder für immer zu unterdrücken. Es wird sich hierbei zunächst um solche Zeitungen und Zeitschriften handeln, welche sich selbst als Organe der Sozialdemokratie bezeichnen, wie der in Leipzig erscheinende "Vorwärts", sowie um diejenigen, welche in diesen Organen als sozialistische Parteiblätter anerkannt und empfohlen sind. || Der Zweck des Gesetzes erheischt aber auch, dass, sobald ein Verbot erlassen worden ist, jede weitere Verbreitung der von demselben betroffenen Druckschrift durch polizeiliche Beschlagnahme verhindert werde, sowie, dass die beschlagnahmten Druckschriften vernichtet werden, sobald das Verbot endgültig geworden ist. Aus dem Umstande ferner, dass Druckschriften der bezeichneten Art, insbesondere Flugschriften und Broschüren, häufig erst dann zur Kenntniss der Landesbehörden gelangen, wenn bereits Massen der Druckschrift verbreitet sind, ergiebt sich die weitere Nothwendigkeit, die mit der unmittelbaren Handhabung der Polizei betrauten Behörden zur vorläufigen Beschlagnahme solcher Druckschriften zu ermächtigen. Auf diesen Erwägungen beruhen die Bestimmungen der §§ 9 und 10, bei deren Fassung der § 27, bezw. die Absätze 3 und 4 des § 24 des Pressgesetzes zum Vorbilde gedient haben. || Gegen die von der Landespolizeibehörde erlassenen Verbote, welche in gleicher Weise, wie das

Nr. 6794. Deutschland. 9. Sept. 1878.

Verbot von Vereinen (§§ 1, 2) auf das ganze Bundesgebiet ihre Wirksamkeit erstrecken und deshalb auch im "Reichsanzeiger" bekannt gemacht werden sollen, soll die Beschwerde an den Bundesrash offenstehen (§ 8).

Zu § 11. Die Beiträge, welche die Sozialdemokratie von ihren Anhängern in den verschiedensten Formen erhebt, sind nicht unbeträchtlich. Sie dienen zum Unterhalte der Führer und Agitatoren, zu sonstigen Agitationszwecken sowie zur Deckung der wegen Verletzung der Strafgesetze den Agitatoren auferlegten Geldstrafen. Nach den bestehenden Gesetzen kann solchen Sammlungen in der Regel nur entgegengetreten werden, wenn sie in der Form der Hauscollecte erfolgen. Es bedarf daher der im § 11 vorgeschlagenen Bestimmung, wonach das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung der im § 1 des Entwurfes bezeichneten Bestrebungen in jeder Form sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge polizeilich zu verbieten sind. Zuständig für das Verbot soll jede Polizeistelle für ihren Bezirk sein, auch der eine Versammlung überwachende Polizeibeamte für Sammlungen, die in der Versammlung etwa unternommen werden (Tellersammlungen oder dergl.).

Die §§ 12 bis 15 enthalten Strafbestimmungen gegen diejenigen, welche einem auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verbote mit Kenntniss oder nach öffentlicher Bekanntmachung, worunter in den Fällen der §§ 2 und 7 die daselbst vorgesehene Bekanntmachung durch den "Reichsanzeiger" zu verstehen ist, zuwiderhandeln. Mit Rücksicht darauf, dass hiernach die Strafbarkeit einer aus minderer Fahrlässigkeit begangenen Zuwiderhandlung nicht unbedingt ausgeschlossen ist, musste auch Geldstrafe zugelassen und von der Festsetzung eines Strafminimums abgesehen werden. Dieses Motiv trifft indessen nicht zu in den Fällen des § 12, Absatz 2, und des § 13, wo in der Regel dolus, mindestens aber grobe Fahrlässigkeit vorliegen wird.

Im § 14 ist mit Rücksicht darauf, dass das Verbot einer Druckschrift sich auch auf das fernere Erscheinen einer periodischen Druckschrift beziehen kann, ausser der Verbreitung und dem Wiederabdruck einer verbotenen oder von der vorläufigen Beschlagnahme (§ 10) betroffenen Druckschrift auch die verbotswidrige Fortsetzung einer — periodischen — Druckschrift unter Strafe gestellt.

Für die in dem Schlusssatze des § 15 vorgeschlagene Bestimmung, wonach das zufolge der verbotenen Sammlung oder Aufforderung Empfangene oder der Werth desselben der Armenkasse des Orts der Sammlung für verfallen erklärt werden soll, findet sich eine Analogie im § 16 des Pressgesetzes vom 7. Mai 1874.

Zu §§ 16 bis 18. Der § 16 verfolgt einen doppelten Zweck. Er richtet sich gegen die geschäftsmässig betriebene sozialdemokratische Agitation und gegen den Missbrauch, welcher mit gewissen Gewerben zur Förderung der im § 1 des Entwurfes bezeichneten Bestrebungen notorisch getrieben wird; er soll andererseits dazu dienen, die nach den §§ 1 bis 11 zu erlassenden Verbote wirksamer zu machen, indem er für einmalige (Absatz 3) oder rückfällige

(Absatz 1) Uebertretung derselben noch andere Nachtheile, als die in den §§ 12 bis 15 vorgesehene Strafe in Aussicht stellt. || Die sozialdemokratische Agitation wird bekanntlich durch Wanderagitatoren und durch ständige Agitatoren betrieben, welche die in den Protokollen über die sozialistischen Congresse offen ausgesprochene, berufsmässige Aufgabe haben, die Bevölkerung gewisser Bezirke oder Orte für die sozialdemokratischen Bestrebungen zu gewinnen; zur Ausbildung dieser Agitatoren bestehen besondere Schulen. || Daneben giebt es eine grosse Zahl von Vertrauensmännern, Agenten, Cassirern und anderen Personen, welche es sich zum Geschäfte machen, die im § 1 des Entwurfes bezeichneten Bestrebungen zu fördern. Ingleichen giebt es eine Anzahl von Buchdruckern, Buchhändlern, Leihbibliothekaren und Inhabern von Lese-Cabinetten, welche ihr Gewerbe vorzugsweise zur Herstellung, beziehungsweise zur Verbreitung sozialistischer Druckschriften benutzen. Der Strassenverkauf und die Colportage sind ebenso wie die unentgeltliche öffentliche Verbreitung von Druckschriften wirksame Mittel in den Händen der sozialdemokratischen Agitation. Bekannt ist ferner, dass die Schankwirthschaften und Gastwirthschaften der gedachten Agitation die günstigste Gelegenheit darbieten, und dass viele Inhaber solcher Wirthschaften den sozialdemokratischen Bestrebungen in jeder Weise, namentlich auch durch Auslegen sozialistischer Schriften, förderlich sind. Wollte man dieses Treiben fernerhin in bisheriger Weise dulden, so würde sich von den gegen den Missbrauch des Vereins- und Versammlungsrechtes und der Pressfreiheit durch die Sozialdemokratie gerichteten Bestimmungen des Entwurfes nur ein ungenügender Erfolg versprechen lassen. Die öffentliche Agitation würde zwar verhindert, dagegen die geheime ungestört fortbetrieben werden. Der letzteren wird nur durch solche Maassregeln entgegenzuwirken sein, wie sie der § 16 vorschlägt, nämlich Entziehung der Befugniss zum Betriebe der fraglichen Gewerbe, oder Entfernung der Agitatoren aus denjenigen Bezirken oder Orten, welche sie durch geschäftsmässige Agitation gefährden. Ausserdem wird, um den Druck sozialdemokratischer Schriften zu verhindern, unter Umständen die Schliessung einer Druckerei (§ 16, Absatz 4) nothwendig sein, zumal eine nicht unbedeutende Anzahl von Druckereien besteht, welche ausschliesslich für die Herstellung sozialistischer Agitationsschriften benutzt werden. || Da diese Maassregeln, wie die übrigen in dem Entwurfe vorgesehenen, dem Gebiete der politischen Polizei angehören, werden sie ebenfalls in die Hände der Landespolizeibehörden gelegt werden müssen; auch bezüglich der gewerblichen Beschränkungen werden die mit dem gewerblichen Concessionswesen befassten Behörden um so weniger in Betracht kommen können, als es sich nicht um gewerbliche Gesichtspunkte handelt und als die einheitliche Handhabung des Gesetzes eine unerlässliche Bedingung für seine wirksame Durchführung ist. || Dass gegen die auf Grund des § 16 erlassenen Verfügungen der Landespolizeibehörde die Beschwerde an den Bundesrath offen stehen soll (§ 17), sowie dass im § 18 Zuwiderhandlungen gegen solche Verfügungen unter Strafe gestellt werden, entspricht dem System des Entwurfes.

Nr. 6794. Deutschland. 9. Sept. 1878.

Nr. 6794. Deutschland. 9. Sept. 1878. Der § 19 enthält Vorschriften wegen Bildung eines besonderen Ausschusses des Bundesrathes behufs Entscheidung der an denselben auf Grund dieses Gesetzes gelangenden Beschwerden. Hierüber ist das Erforderliche bereits in dem allgemeinen Theile der Begründung bemerkt worden.

Zu § 20. Die in den Bestimmungen der §§ 1 bis 19 des Entwurfes vorgesehenen Mittel zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie werden unter Umständen für solche Bezirke und Ortschaften nicht ausreichen, welche durch die sozialdemokratische Agitation bereits so stark unterwühlt sind, dass dadurch die öffentliche Sicherheit bedroht ist. Hier wird es zeitweise einiger allgemeinen, nicht direct gegen die Sozialdemokratie gerichteten Beschränkungen in Bezug auf die Ausübung des Versammlungsrechtes, die Verbreitung von Druckschriften, die Freizügigkeit, den Besitz oder das Tragen von Waffen oder den Handel mit denselben bedürfen. Solche Beschränkungen sollen, um für gewisse Eventualitäten der Nothwendigkeit einer Erklärung des Kriegszustandes überhoben zu sein, nach § 20 durch die Centralbehörden der Bundesstaaten vorübergehend und mit Genehmigung des Bundesrathes angeordnet werden können, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich ohnedies zulässig sind.

Der § 21 bestimmt, nach Vorgang des § 155, Absatz 2 der Reichs-Gewerbeordnung, dass seitens der Central-Behörde eines jeden Bundesstaates bekannt gemacht werden soll, welche Behörden unter der Bezeichnung Landespolizeibehörde, bezw. Polizeibehörde, in jedem Bundesstaate zu verstehen seien.

Nach § 22 soll das Gesetz sofort in Kraft treten. Von der Festsetzung eines Termins für das Ausserkrafttreten des Gesetzes, wie ihn der frühere Entwurf enthielt, ist abgesehen worden, nicht, weil nicht nach wie vor an der Hoffnung festgehalten werden müsste, dieses Gesetz in Zukunft entbehren zu können, sondern wegen der Unmöglichkeit, den Zeitpunkt im voraus zu bestimmen, mit welchem diese Hoffnung in Erfüllung gehen wird.

Nr. 6795.

DEUTSCHLAND. — Aus der Sitzung des Reichstages vom 17. Sept. 1878. Rede des Reichskanzlers bei der ersten Lesung des Sozialistengesetzes.

Nr. 6795. Deutschland. 17. Sept. 1878. Ich hatte, nachdem ich zwei Monate lang gezwungen gewesen bin, mich jeder amtlichen Beschäftigung zu enthalten, nicht die Absicht und habe sie auch heute noch nicht, mich an den Diskussionen der ersten Lesung zu betheiligen, sondern dieselbe vorzugsweise zu meiner Orientirung nach einer langen Pause zu verwenden. Wenn ich dennoch jetzt das Wort ergreife, so geschieht dies nicht etwa, um auf das principielle und rhetorische Feld ein-

Nr. 6795. Deutschland. 17.Sept.1878.

zugehen, welches der Herr Vorredner soeben betreten hat; es werden sich die Sachen in ihre praktischen Details wohl auflösen, wenn wir sie in der Kommission und in der zweiten Lesung verhandeln. Ich bin nur zum Reden gezwungen durch den Umstand, dass der Hr. Abg. Bebel gestern sowie früher der Hr. Abg. Richter schon ähnliche Andeutungen gemacht haben, dass aber jetzt namentlich der Hr. Abg. Bebel einer Legende über mich zum Organ gedient hat, die, wenn ich ihr nicht widerspreche, schliesslich Geschichte werden könnte, wie so manche Zeitungs- und andere Lüge, die auf meine Kosten verbreitet worden ist und die allmählich Konsistenz gewonnen hat. Der Hr. Abg. Richter hat bei den Verhandlungen über die sogenannte Hödelsche Vorlage in meiner Abwesenheit schon angedeutet, ich hätte mich früher mit der Sozialdemokratie in Beziehungen gefunden, die mir eine gewisse Mitverantwortlichkeit für die jetzige Entwickelung derselben auferlegten; wenigstens war es offenbar sein Wunsch, diesen Eindruck im Publikum und in der Versammlung zu machen. Ich bin, als ich das in der ländlichen Einsamkeit gelesen habe, doch etwas erstaunt gewesen, dass der Hr. Abg. Richter sich an den äusserlichen Buchstaben des Wortes "Sozialdemokratie" klammert und dass er nicht unterscheidet zwischen den ehrlichen Bestrebungen nach Verbesserung des Looses der Arbeiter, die uns allen am Herzen liegen, und zwischen dem, was wir heute zu unserem Bedauern und mit Schmerz genöthigt sind unter den Begriff der Sozialdemokratie zu begreifen. Will der Hr. Abg. Richter das Kind mit dem Bade ausschütten und uns veranlassen, dass wir, wenn wir die bis zum Königsmord gesteigerten Bestrebungen der jetzigen Sekte niederzuhalten suchen, gleichzeitig dabei auch jede Bemühung, das Loos des Arbeiters, seinen Antheil an dem Lohn, den die Gesammtarbeit, seine und seiner Arbeitgeber hat, zu verbessern, dann gehe ich nicht mit ihm, und ich bin entschlossen, die Bestrebungen, die man mir von damals vorwirft, sobald ich Zeit und Möglichkeit dazu habe und meine Ressortverhältnisse mir das erlauben, auch heute fortzusetzen, und rechne mir das zur Ehre. || Der Hr. Abg. Richter wird doch Leute, die sich damit vor nunmehr 16, 15 Jahren befassten, das Loos der Arbeiter zu verbessern, — ich nenne Jemanden, der mir durch Lesen seiner Bücher, weniger persönlich näher gestanden hat, also Rodbertus und ähnliche Leute der Wissenschaft und des Wohlwollens für Arbeiter — schwerlich mit dem Mordmesser der Nihilisten und mit der Schrotflinte von Nobiling in eine Kategorie werfen wollen! Es ist das ein Stück, welches seiner rhetorischen Geschicklichkeit alle Ehre macht; aber im übrigen will ich es nicht näher charakterisiren. Ich möchte ihn überhaupt bitten, doch von seinen Bestrebungen — was ich freilich schon öfter und vergebens gethan habe, und wenn er es nicht thun will, ist es mir auch recht, — mir persönlich irgend eine Thorheit oder Unrecht in meiner Vergangenheit oder in meinem Privatleben nachzuweisen, abzulassen; es hat ja gar nichts mit dem zu thun, was sachlich hier verhandelt wird. Ich könnte ein viel üblerer Mensch sein, als ich bin, und doch sachlich Recht haben. Ich kann dabei auch die Be-

Nr. 6795. Deutschland. 17. Sept. 1878. trachtung nicht unterdrücken, dass der Hr. Abg. Richter in seinen Schriften und in seinen Reden ja einer der stärksten Verfolger der Sozialdemokratie ist; er hat sehr harte Worte für sie, wie ich sie niemals in meinem Leben gebraucht habe; aber wenn es zu praktischen Leistungen kommt, so wird er ein Freund der Sozialdemokratie. Gehen wir seinen Abstimmungen nach, so werden wir ihn in allen Phasen des parlamentarischen Lebens, durch die wir gegangen sind, immer auf die Seite der Sozialdemokratie fallen sehen. Er bekämpft und verfolgt sie mit Worten; aber er kann den Maassregeln, die zur wirksamen Bekämpfung bestimmt sind, nicht zustimmen. Das war eine nachträgliche Betrachtung, die mir abgenöthigt ist durch die Aeusserungen des Hrn. Abg. Richter ausserhalb der heutigen Diskussion. Ich möchte dabei ihn auch noch an etwas Anderes erinnern. Er hat bei dieser Gelegenheit und bei mehreren anderen mir vorgeworfen, dass ich krank sei, und dass meine schwache Gesundheit mich sehr häufig hindert, meinen Pflichten so nachzukommen, wie es wohl wünschenswerth wäre. Meine Herren! Ich kann das nicht leugnen; es ist mir nur überraschend, dass Jemand, der nachdenkt über diese Sache, mir meine Krankheit zum Vorwurf macht. Ich habe sie mir ehrlich verdient im Dienste des Landes und des Königs und sie gewonnen durch Ueberanstrengung meiner Kräfte in diesem Dienst. Ich möchte doch dafür dasselbe Benefizium in Anspruch nehmen, wie ein Soldat, der verwundet und invalid ist und dem man den geforderten Abschied verweigert, und der aus Gründen, die man achten sollte, in seiner Stellung verbleibt. Ich verbleibe auf Wunsch Sr. Majestät des Kaisers und Königs in meiner Stellung, die ich in dieser Lage gegen seinen Willen nicht verlassen kann; sonst wüsste ich nicht, was mich hielte und veranlasste, für die Herren die Unannehmlichkeiten unserer gegenseitigen Beziehungen zu verlängern. Aber mir Krankheit unter solchen Umständen vorzuwerfen, das ist doch, ich will mich mässig ausdrücken, Mangel an Zartgefühl. Indessen ich erwarte Zartgefühl von dem Hrn. Abg. Richter nicht. Ich will mich nur dispensirt halten, auf dieses Thema zurückzukommen, wenn er mir wieder vorwirft, dass ich nicht hier bin. || Ich wende mich dann zu dem, was der Hr. Abg. Bebel gestern gesagt hat. Bei ihm nehme ich nicht an, dass er mit der Unwahrheit alles dessen, was er gesagt hat, bekannt gewesen ist. Es ist ihm erzählt, er hat es geglaubt und erzählt es weiter. Wenn er diese Zusammenstellung von Wahrem und Falschem, die ich mir aus dem gestrigen Berichte habe geben lassen, selbst erfunden hätte, dann hätte er vielleicht Talent, Korrespondent der „Times“ oder sonst einer grösseren Zeitung zu werden. Und ich könnte ihm diese sehr einträgliche Beschäftigung empfehlen. Er fängt seine Geschichtserzählung mit Details an, als hätte er sie genau im Gedächtniss oder selbst erlebt, mit Anführungszeichen bei Worten von mir, die er anführt, aber leider setzt er sie etwas zu früh an. „Im September 1862 erschien eines Sonntags in Mitte unseres Comités ein Hr. Eichler im Auftrage der preussischen Regierung, speziell des Fürsten Bismarck“. Nun wissen die Aelteren unter uns, dass ich in meine amtliche

Funktion eingetreten bin am 23. September 1862, also in der letzten Woche dieses Monats, in welchem ich den Eichler mit dem Auftrage versehen haben sollte. Ich kam damals aus dem Auslande nach einer Abwesenheit von, ich weiss nicht, wie viel Jahren, aber während welcher ich keine Gelegenheit gehabt hatte, mich mit inländischer Politik, namentlich mit einem so wenig bekannten Mann wie Eichler zu beschäftigen. Ich habe damals von der Existenz Eichlers gar nichts gewusst und soll im September 1862, also in dem Moment, wo ich aus der behaglichen Temperatur der Diplomatie in das sehr heisse Gefecht gegenüber dem damaligen Landtage hineingerieth, wo ich jeden Abend Kommissionssitzung hatte, wo ich sozusagen froh war, wenn ich das ministerielle Leben weiter führen konnte, wo ich Kollegen zu werben, nach Paris zurückzugehen und mich zu verabschieden hatte — in der Zeit soll ich hier mit Hrn. Eichler gesprochen haben, so dass dieser damals schon und im speziellen Auftrage des Hrn. von Bismarck auftreten konnte. Ja, wenn man jedem Manne von der Kategorie wie Eichler Alles glauben will, wenn er sich mit Beziehungen zu mir rühmt, so kann man damit weit kommen. Bei diesem ist es einfach nicht möglich, das ist eine einfach nachgewiesene Lüge, die sich der Hr. Abg. Bebel aufbinden liess, ich weiss nicht, von wem, die er doch mit mehr Vorsicht und Prüfung hier vortragen sollte. Mag Eichler selbst ein so verlogener Mensch sein, wie er will: wenn er behauptet hatte, er hätte von mir einen Auftrag erhalten, ist das gar nicht möglich nach der Zeit in der einzigen Woche des September, in der ich überhaupt Minister gewesen bin. Mir ist er nur erinnerlich, weil er späterhin Forderungen an mich gestellt hat für Dienste, die er mir nicht geleistet hatte. (Ruf: Aha! Aha!) Weiss der Unterbrecher vielleicht, wem er sie geleistet hat, so bitte ich, sich zu melden. Ich sagte, mir hat er sie nicht geleistet; aber es ist zu bedauern, dass solche Unterbrechungen anonym bleiben: man hat dann keine Anhaltspunkte zu entgegnen. || Bei der Gelegenheit erst ist mir in Erinnerung gekommen, dass Hr. Eichler im Dienste der Polizei gewesen ist, und dass er Berichte geliefert hat, von denen einige zu meiner Kenntniss gekommen sind; aber es ist das nicht mein spezielles Departement, und ich habe mit diesen Leuten niemals direkte Verbindung gehabt Von diesen Berichten betraf keiner die sozialdemokratische Partei; sie bezogen sich vielmehr auf die intimen Verhandlungen der Fortschrittspartei und, wenn ich nicht irre, des Nationalvereins. Das ist das einzige von diesem Agenten, wobei ich mich erinnere, den Namen gehört zu haben. Im Uebrigen kann ich versichern, dass ich nie in meinem Leben mit irgend einem Sozialdemokraten geschäftlich verhandelt habe und kein Sozialdemokrat mit mir; denn Lassalle rechne ich nicht dazu; das war eine viel vornehmere Natur als seine Epigonen, das war ein bedeutender Mann, mit dem man wohl sprechen konnte. Aber der Inhalt ist vollständig von Anfang bis zu Ende unwahr angegeben, und Hrn. Bebel wird es gewiss lieb sein, dies zu erfahren; denn ich stelle dadurch der Sozialdemokratie das Zeugniss aus, dass sie nie gebuhlt hat mit der ministeriellen Macht, um sich zum Werk-

Nr. 6795. Deutschland. 17. Sept. 1878.

Nr. 6795. Deutschland. 17. Sept. 1878. zeug gegen andere Parteien gebrauchen zu lassen. Aber es ist auch unwahr, dass das von ministerieller Seite jemals versucht worden ist. Es haben auch zu meinem Bedauern andere Herren bei ihren Wahlreden Andeutungen gemacht, dass „maassgebende" Persönlichkeiten sich mit den Sozialisten eingelassen hätten; es ist dies eine Gattung von Beredtsamkeit, die da angebracht werden kann, wo sie keine Widerlegung findet; aber hübsch ist es nicht, wenn solches *argumentum ad hominem* gegen besseres Wissen und Urtheil gebraucht wird. Ich brauche Niemanden zu nennen: jeder wird sich selbst seiner Wahlreden erinnern. Was die Fabel betrifft, dass ich damals überhaupt mit den Sozialisten gegen die Fortschrittspartei mich hätte einlassen wollen, so wird jeder, der noch das Gedächtniss an jene Zeit hat, sich erinnern, dass unsere Politik im Winter von 1862 auf 1863 so lag, dass ich offenbar auf Versöhnung und nicht auf einen Konflikt mit dem Landtage rechnete. Ich brauche nur an das Vincke'sche Amendement zu erinnern, dessen Genehmigung von Seiten Sr. Majestät des Königs ich damals erreicht hatte, was aber die dadurch angestrebte Vermittelung nicht brachte, weil ich mich auch noch auf die Motive verpflichten sollte. Es ist nicht meine Absicht, alte Streitigkeiten zu erneuern, sondern zu beweisen, dass ich damals durchaus nicht in der Stimmung war, nach einem Bündnisse mit wilden Völkerschaften zu suchen, sondern dass mein Streben auf Versöhnung gerichtet war. Auch diese Eichlersche Summe von 60 bis 80 000 Thlrn., wo hätte ich sie hernehmen sollen, weil wir keine geheimen Fonds hatten, der ganze Eichler existirte nicht, und ich bitte den Abg. Bebel, demjenigen, der ihm das aufgebunden hat, zu sagen, er sei einfach ein Lügner. Der Abg. Bebel ist zu entschuldigen; denn es ist nicht denkbar, dass Jemand hier etwas sagen sollte, von dessen Wahrheit er nicht überzeugt wäre. Also auch das Abweisen des Herrn mit seinem Angebot hat niemals stattgefunden; „dann trat Lassalle auf" — gewiss trat er auf —, „und von neuem machte die Regierung die äussersten Anstrengungen mit Lassalle, der es nicht suchte, in Verbindung zu treten, und die Verhandlungen wurden durch einen Prinzen des Königlichen Hauses und die Gräfin Hatzfeldt angefangen". Das macht mir beim Lesen einen komischen Eindruck; selbst in jenen Kreisen kann man also ohne eine gewisse Staffage aus den höchsten Gesellschaftskreisen nicht auskommen. Ein königlicher Prinz, eine Gräfin und ein Gesandter werden hineingezogen. Das gehört zur Dekoration, um das Ganze glaublich zu machen und um dem Zuhörer, welcher nach seinem Bildungsgrade unfähig ist, zu prüfen, eine Idee von der Wichtigkeit beizubringen. Ich bedaure, dass man dem Abg. Bebel den Königlichen Prinzen — es giebt deren sehr viele — gar nicht näher bezeichnet hat. Wenn er seinen Gewährsmann darum vielleicht bitten wollte, es wäre von historischem Interesse, den Prinzen unter den 6 oder 8, die damals lebten, näher zu bezeichnen. Bis dahin muss ich mir aber erlauben, dies positiv zu bestreiten. Ich wenigstens habe keiner prinzlichen Verbindung bedurft, um zu Lassalle zu gelangen oder ihn zu mir zu bringen, und die Frau Gräfin Hatzfeldt habe ich nicht die Ehre zu kennen; ich habe sie zum letzten-

mal in meinem Leben 1835 im Hause ihres Schwagers gesehen. Also diese Vermittelung ist eben eine Erfindung in *usum* einfältiger Leute, die aber vor Leuten, wie hier sind, nicht hätte vorgebracht werden sollen. Lassalle selbst hatte ein dringendes Bedürfniss, mit mir in Beziehung zu treten, und wenn ich einmal Zeit gefunden haben werde, in alten Papieren zu suchen, glaube ich die Briefe noch zu finden, welche den Wunsch aussprechen und die Gründe enthalten, die mich bewegen sollten, seinen Wunsch zu erfüllen, und ich habe es ihm auch gar nicht schwierig gemacht. Ich habe ihn gesehen und von dem Augenblicke an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut. Ich habe ihn nicht in jeder Woche 3 bis 4 Mal gesehen, sondern im Ganzen dreimal, meinethalben viermal, ich weiss es nicht. Unsere Beziehung konnte gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mir Lassalle bieten und geben können? Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das *do ut des* eine Sache, die im Hintergrund steht, auch wenn man anstandshalber einstweilen nicht davon spricht. Wenn man sich aber sagen muss, was kannst du armer Teufel geben? Er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann ausserordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im grossen Styl war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte, nationale und monarchische Gesinnung; seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaiserthum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Styl, und ob das deutsche Kaiserthum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschliessen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch. Aber diesen kümmerlichen Epigonen, die sich jetzt mit ihm brüsten, hätte er ein *quos ego* zugeschleudert, sie mit Hohn in ihr Nichts zurückgewiesen und würde sie ausser Stande gesetzt haben, seinen Namen zu missbrauchen. Lassalle war ein energischer und sehr geistreicher Mensch, mit dem zu sprechen sehr lehrreich war; unsere Unterredungen haben stundenlang gedauert, und ich habe es immer bedauert, wenn sie beendet waren. Dabei ist es auch unrichtig, dass ich mit Lassalle auseinandergekommen sein soll in dieser Art von persönlichen Beziehungen, von Beziehungen persönlichen Wohlwollens, wie es sich zwischen uns gebildet hatte, indem er offenbar den angenehmen Eindruck hatte, dass ich in ihm einen Mann von Geist sehe, mit dem zu verkehren angenehm war und er seinerseits den angenehmen Eindruck hatte, dass ich ein intelligenter und bereitwilliger Hörer war. Von Verhandlungen war schon deshalb nicht die Rede, weil ich in unseren Unterredungen wenig zu Worte kam; er trug die Kosten der Unterhaltung allein, aber er trug sie in angenehmer und liebenswürdiger Weise, und Jeder, der ihn kannte, wird mir in der Schilderung Recht geben. Er war nicht der Mann, mit dem bestimmte Abmachungen über das *do ut des* abgeschlossen werden konnten; aber ich bedauere, dass seine politische Stellung und die

Nr. 6795. Deutschland. 17. Sept. 1878. meinige mir nicht gestatteten, viel mit ihm zu verkehren: ich würde mich gefreut haben, einen ähnlichen Mann von dieser Begabung und geistreichen Natur als Gutsnachbarn zu haben. Wenn dieser Mann durch seinen Geist und seine Bedeutung mich anzog, so ist es ja, abgesehen davon, meine Pflicht als Minister, mich über die Elemente, mit denen ich es zu thun habe, zu belehren, und ich würde auch, wenn Hr. Bebel den Wunsch hätte, sich Abends mit mir zu unterhalten, ihm nicht ausweichen; ich würde daran vielleicht die Hoffnung knüpfen, dass ich endlich auch erführe, wie Herr Bebel und Genossen sich den Zukunftsstaat, auf den sie uns durch Niederreissen alles dessen, was besteht, was uns theuer ist und uns schützt, vorbereiten wollen, eigentlich denken. || Es ist das Besprechen ausserordentlich schwierig, solange wir darüber in demselben Dunkel tappen, wie die gewöhnlichen Zuhörer bei den Reden in sozialdemokratischen Versammlungen: sie erfahren auch nichts davon, es wird versprochen, es werde besser werden, es gebe bei wenig Arbeit mehr Geld — woher es aber kommt, sagt kein Mensch, namentlich woher es auf die Dauer kommt, wenn die Theilung, die Beraubung der Besitzenden einmal geschehen sein wird denn dann wird vielleicht der Arbeitsame und Sparsame wieder reich und der Faule und Ungeschickte wieder arm werden, und wenn das nicht ist, wenn Jedem das Seinige von oben her gleichmässig zugewiesen werden soll, geräth man in eine zuchthausmässige Existenz, wo keiner seinen selbstständigen Beruf und seine Unabhängigkeit hat, sondern wo ein jeder unter dem Zwang der Aufseher steht; und jetzt im Zuchthause, da ist wenigstens ein Aufseher zur Kontrole, ein achtbarer Beamter, über den man sich beschweren kann; aber wer werden dann die Aufseher sein in dem allgemeinen sozialistischen Zuchthause? Das werden die Redner sein, die durch ihre Beredsamkeit die grosse Masse, die Majorität der Stimmen für sich gewinnen; gegen die wird kein Appell sein, das werden die erbarmungslosesten Tyrannen und die anderen Knechte der Tyrannen sein, wie sie je erfunden wurden; ich glaube, Niemand wird in solchen Verhältnissen leben mögen, wenn er sich dieses Ideal ausmalt, was wir so durch die Ritzen zu erfahren kriegen — denn offen hat noch keiner der Herren ein positives Programm geben wollen; sowie sie mit einem solchen auftreten würden, wie sie wirklich sich die Zukunft zu gestalten denken, lacht sie jeder einsichtsvolle Arbeiter aus, und dem wollen sie sich nicht aussetzen; deshalb hören wir nie von einem positiven Programm, nur von der Negation des bestehenden. Alles das hat mich nicht abgehalten, für die verständigen Bestrebungen, die damals noch den Hauptkern in der Sozialdemokratie bildeten, für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen stets ein warmes Herz und ein offenes Ohr zu haben, und auch, was mir Lassalle darüber mittheilte, war ja anregend und lehrreich; denn er wusste viel und hatte viel gelernt; -- das möchte ich den Herren, die seine Nachfolger werden wollen, zunächst auch empfehlen. || Auch die Geschichte mit dem baierischen Gesandten — ich berührte sie schon vorhin — ist eine von diesen Verzierungen bei Geschichtserzählungen, die so aussehen, als wüsste man ganz

genau, was passirt ist. Ich kann ja keine Erinnerung haben von Zeiten vor 13 oder 15 Jahren; aber sie ist nach Einrichtung meines Hauses ganz absolut unmöglich; denn ein Gesandter und überhaupt, wer nicht zu meinen Kollegen oder zum Dienst Sr. Majestät gehört, wird mir nie und unter keinen Umständen unvorbereitet angemeldet, mag Jemand bei mir sein oder nicht, sondern jeder Gesandte ist in der Nothwendigkeit, zu schicken und zu fragen, welche Stunde ich ihm geben kann, und zu der Stunde natürlich muss ich ihn empfangen, da kann kein Lassalle mich abhalten. Also dass dieser Gesandte einer *in partibus infidelium* ist, darüber kann jeder von den Herren, die einen Beweis darüber erheben wollen, meine Dienerschaft vernehmen lassen; die wird ihm sagen, dass solch eine Meldung zu unrechter Zeit in meinem Hause ganz unmöglich ist. || Unsere Unterhaltungen drehten sich gewiss auch um das allgemeine Wahlrecht, unter keinen Umständen aber jemals um eine Oktroyirung desselben. Auf einen so ungeheuerlichen Gedanken, das allgemeine Wahlrecht durch Oktroyirung einzuführen, bin ich in meinem Leben nicht gekommen. Ich habe das allgemeine Wahlrecht acceptirt mit einem gewissen Widerstreben als Frankfurter Tradition. In den deutschen Rivalitäten mit den Gegnern des Reiches war die Karte einmal ausgespielt, und wir haben sie als auf dem Tische liegende Hinterlassenschaft mitgefunden. Einen so festen Glauben an die bessere Wirkung eines anderen Wahlrechts hatte ich nicht, dass wir im Kampfe mit unseren Nebenbuhlern dieses populäre und von der früheren Frankfurter Versammlung hinterlassene Mittel hätten ablehnen sollen; eine feste Ueberzeugung von der Wirkung der einzelnen Wahlsysteme habe ich damals schwerlich gehabt. Es ist das wohl auch für Niemanden leicht, obschon wir nun schon eine langjährige Probe der Wirkung verschiedener Wahlsysteme in denselben Ländern neben einander haben. Wir haben ja einen Reichstag infolge des allgemeinen Stimmrechts; wir haben ein anderes Wahlsystem im preussischen Landtag. Nun, meine Herren, es sind ja Viele, die Mitglieder beider Versammlungen sind; sie können sich doch einigermaassen ein Urtheil über die Wirkung der beiden Systeme in demselben Lande bilden, und Jeder wird sich ja sagen können, die eine oder die andere Versammlung macht einen richtigeren, würdigeren, besseren parlamentarischen Eindruck oder nicht. Ich will lieber, wird der Eine sagen, mit dem Reichstage verkehren, der Andere vielleicht mit dem Landtage. Meine Herren, ich will da kein Konklusum ziehen, ich will weder dem Landtage etwas Unangenehmes, noch dem Reichstage eine Schmeichelei sagen; aber ich verkehre lieber hier inmitten der Ergebnisse des allgemeinen Stimmrechts, trotz der Auswüchse, die wir ihm verdanken. Die Nachweise, warum, überlasse ich Jedem selbst zu finden, der beide Versammlungen kennt; aber ich kann mich nicht dazu verstehen, zuzugeben, dass das allgemeine Stimmrecht bisher *ad absurdum* geführt wäre durch seine Ergebnisse und dass ein anderes, namentlich ein besseres, sein Examen bereits bestanden hätte. Es wird ja auch bei uns der Wähler mit der Zeit urtheilsfähiger werden; er wird nicht mehr den beliebigen Versicherungen

Nr. 6795. Deutschland. 17. Sept. 1878.

Nr. 6795. Deutschland. 17.Sept.1878. seiner Abgeordneten, seines Kandidaten unbedingt Glauben schenken über alles, was Nachtheiliges über die Regierung sich vorbringen lässt; er wird nicht vielleicht mehr bloss eine Zeitung lesen; er wird auch mehr Vertrauen vielleicht zu den Leitern gewinnen, die er jetzt verschmäht. Ich habe darin noch bis jetzt nichts zurückzunehmen, obschon ich alle die Anträge bereitwillig und unparteiisch würdige, die in dem allgemeinen Stimmrecht einen Theil der Ursachen unserer Schäden suchen. Ich sage nur: überzeugt bin ich nicht; ich lasse mich gern überzeugen und sehe kein Verbrechen darin, das allgemeine Stimmrecht mit einem gescheidten Menschen seiner Zeit besprochen zu haben. || Dann ebenso die Gewährung von Staatsmitteln zu Produktivgenossenschaften ist eine Sache, von deren Unzweckmässigkeit ich noch heute nicht überzeugt bin. Der Versuch — ich weiss nicht, ob unter dem Eindruck von Lassalle's Raisonnement oder unter dem Eindruck meiner eigenen Ueberzeugung, die ich zum Theil in England während meines Aufenthaltes im Jahre 1862 gewonnen hatte — mir schien es, dass in der Herstellung von Produktivassociationen, wie sie in England in blühendem Verhältnisse existiren, die Möglichkeit lag, das Schicksal des Arbeiters zu verbessern, ihm einen wesentlichen Theil des Unternehmergewinnes zuzuwenden. Ich habe darüber auch mit Sr. Majestät, der für das Schicksal der arbeitenden Klassen ein natürliches, angeborenes Wohlwollen und Fürsorge hat, gesprochen, und der König hat damals aus Privatmitteln eine Summe Geldes hergegeben, um zu seiner eigenen Ueberzeugung, ob so etwas ginge, in Anknüpfung an eine Arbeiterdeputation, die durch den Meinungszwang und die Tendenzpolitik ihrer Arbeitgeber ausser Brod gekommen waren und sich hier meldeten, etwas derart zu versuchen. Es sind hier darüber Worte citirt, die ich mit einem Herrn Paul, einem von diesen Arbeitern, gewechselt haben soll. Ich weiss nicht mehr — er mag ein besseres Gedächtniss haben, als ich —, was ich mit ihm gesprochen habe; aber das bin ich nach meiner Selbstkenntniss sicher, dass ich eine Summe von 6—7000 Thalern nicht „Lumperei" genannt habe, und wenn die Herren das Wort „Lumperei" brauchten, warum haben sie es denn nicht lieber an das Hundertmillionen-Projekt geknüpft, da wäre es viel wirksamer gewesen, an das Hundertmillionen-Projekt, das ich Lassalle zugesagt haben soll. Wenn man etwas derartiges Grosses unternehmen wollte, so ist es ja wohl möglich, dass man hundert Millionen dazu gebrauchen könnte — es sind Thaler gemeint; — aber so ganz thöricht und einfältig scheint eine solche Sache immer noch nicht. Wir stellen im landwirthschaftlichen Ministerium Versuche an über landwirthschaftliche Systeme; wir versuchen auch wohl in unserer Fabrikation —: wäre es nicht nützlich, auch in der Beschäftigung der Menschen und in dem Bestreben, die sogenannte sozialdemokratische, ich will lieber sagen, soziale Frage durch Verbesserung des Looses der Arbeiter zu lösen, dergleichen Versuche zu erneuern? Wenn mir darüber ein Vorwurf gemacht werden kann, wie ich mich dabei verhalten, so ist es doch höchstens der, dass ich das nicht fortgesetzt habe

bis zu einem befriedigenden Ergebniss. Aber es war nicht mein Departement; ich hatte die Zeit nicht dazu: es kamen kriegerische Verhältnisse, die auswärtige Politik wurde thätiger; während des Konflikts war viel mehr Zeit für dergleichen übrig als später. An der Spitze der Versuche stand ein achtbarer Name, der Landrath Olearius; aber man kann, ob der Gedanke überhaupt fehlerhaft war, an einem solchen Experiment in kleinem Stil nicht beurtheilen. In ganz grossem Stil aber würde es sich vielleicht auch nicht durchführen lassen; solche Etablissements, wie zum Beispiel das von Krupp, unter einer anderen als monarchischen Verfassung gedacht, unter einer republikanischen, wären nicht möglich. Aber in der gewöhnlichen landläufigen Fabrikation halte ich diesen Weg, dem Arbeiter zu einer besseren Existenz zu verhelfen, durchaus nicht ausgeschlossen und sehe auch für einen Staatsmann kein Verbrechen darin, wenn er zu dem Behufe den Arbeitern, die eine Association bilden wollen, Staatshülfe gewährt, namentlich um Versuche in der Richtung zu machen. Ich habe, soweit meine Erinnerung reicht, den Eindruck erhalten, dass der ganze fabricirende Theil der Einrichtung und der Beschäftigung gar keine Schwierigkeiten bot; es war der kaufmännische, in dem die Sache stockte, die Verwerthung der gewonnenen Produkte durch Reisende, in Lagern, in Magazinen, durch Proben. Das alles liess sich nicht machen innerhalb einer Sphäre, die die Arbeiter übersehen konnten. Es kann auch vielleicht daran liegen, — und dann wäre es vielleicht eine dauernde Unmöglichkeit —, dass den deutschen Arbeitern das Maass von Vertrauen zu einander und zu höher Gestellten und von Wohlwollen untereinander nicht eigen ist, wie wir es in den englischen Associationen kennen. Aber wie man mir daraus einen Vorwurf machen kann, dass ich mit Geldern, die nicht Staatsmittel waren, sondern die Se. Majestät aus Privatmitteln dazu geschenkt hatte, einen solchen Versuch machte, kann ich nicht verstehen, und dass man daran einen gewissen Anklang macht, als wenn es eine Schlechtigkeit von mir gewesen wäre, dass ich als Minister das angerathen hätte. Der Fehler könnte umgekehrt nur in der Lässigkeit gefunden werden, dass ich die Versuche nicht fortgesetzt hätte. Nur auf die Heiterkeit der Zuhörer ist es wohl berechnet, dass mehrere Minister „diese schlechte Schundwaare zu den theueren Preisen haben nehmen müssen.“ Hier sitzen auch mehrere Minister, und die Tradition von solchen Wunderlichkeiten würde sich doch in den Bureaus fortgesetzt haben; man würde wissen, wo der Schund geblieben ist, und das sind doch Dinge, die in einer ernsten Versammlung, wie dieser, nicht behauptet werden sollten. || Was nun weiter erzählt wird: nach Lassalle trat Dr. Dammer ein, — das sind mir ganz unbekannte Namen. Ebenso muss ich zu meiner Schande gestehen, dass ich nicht weiss, wer Fritzsche ist, während hier gesagt wird, dass Fritzsche über alle diese Versammlungen an den Fürsten Bismarck berichtet habe. Ja, das hat wieder Einer Herrn Bebel vorgelogen, ich weiss nicht, wer, vielleicht Fritzsche selbst; ich weiss nicht, wer Fritzsche ist. (Ruf: Abgeordneter!) Dann bitte ich sehr um Verzeihung, dann ist es ja nicht mög-

Nr. 6795. Deutschland. 17. Sept. 1878.

Nr. 6795. Deutschland. 17.Sept.1878. lich: ein Abgeordneter kann ja so etwas nicht thun. Ich möchte doch Herrn Fritzsche bitten, Zeugniss darüber abzulegen, ob er jemals einen Bericht an mich geschrieben hat, ob er ein Zeugniss darüber hat, dass ich je einen Bericht von ihm gelesen habe. Wenn er anwesend ist, so ist ja der Zeuge gleich zur Hand; warum sollte er nicht für Herrn Bebel aufstehen, wenn er bereit ist, darauf einen Eid zu leisten? Ich werde dann vielleicht die Möglichkeit haben, die Sache bis dahin zu treiben. Ist es ein Abgeordneter, so bitte ich tausend Mal um Verzeihung, wenn ich Bedenken bezüglich der Wahrhaftigkeit geäussert habe; aber das war mir ganz entgangen. Hat der Herr wirklich für mich etwas blau anstreichen müssen? Es wäre mir interessant, zu erfahren, wer Hrn. Bebel diese Geschichte aufgebunden hat. Was Andere gethan haben, weiss ich nicht. Dass ich Herrn Wagener nach Eisenach schickte, um mir Bericht zu erstatten über die Ergebnisse der dortigen Verhandlungen — war einfach meine Pflicht und Schuldigkeit, dass ich irgend Jemand hinschickte, und der Geheimrath Wagener war für diese Sachen ein durchaus sachkundiger Mann, ein Mann von Geist; dass er seinen damaligen Secretär Rudolph Meyer mitgenommen hat, habe ich nicht gewusst; es ist, soviel ich weiss, derselbe Rudolph Meyer, der bei der „Reichsglocke" beschäftigt gewesen, mit dem ich Processe gehabt habe, die mir durch das Wohlwollen der Gerichte so unangenehm wie möglich gemacht wurden, und von dem ich nie vermuthet habe, dass ich irgend einer Gemeinschaft mit ihm angeklagt werden sollte. Ich höre durch alles dieses die leisen Reichsglockenklänge noch durchtönen. || Ich komme zu der Frage noch zurück, wann und warum ich meine Bemühungen um soziale Verhältnisse aufgegeben habe, und wann überhaupt meine Stellung zu der sozialen Frage eine andere geworden ist — sozialdemokratische mochte sie sich damals nennen. Es stammt dies von dem Augenblick her, wo in versammeltem Reichstage — mein Gedächtniss verlässt mich da, wie bei Fritzsche — ich weiss nicht, war es der Abg. Bebel oder Liebknecht, aber einer von diesen beiden, in pathetischem Appell die französische Kommune als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich selbst offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblick an habe ich die Wucht der Ueberzeugung von der Gefahr, die uns bedroht, empfunden; ich war inzwischen abwesend gewesen durch Krankheit und Krieg, ich habe mich dabei nicht um diese Dinge bekümmert; — aber jener Aufruf der Kommune war ein Lichtstrahl, der in die Sache fiel, und von diesem Augenblick an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Nothwehr befinden. Die Versuche, die ich dagegen gemacht habe bei den verschiedenen Akten der Gesetzgebung, die wir hatten, sind ja bekannt und in der Erinnerung des Reichstages; Sie wissen ja, ich bin damit nicht durchgekommen, ich habe sogar viele Vorwürfe darüber hören müssen; aber es hat von dem Augenblicke an Versuchen, dem Sozialismus entgegenzutreten, nicht gefehlt. Ich glaube auch nicht an die Frucht-

losigkeit unserer Versuche, von der man immer spricht; wir haben gar nicht nöthig, in Deutschland zu den drastischen Mitteln wie in Frankreich zu greifen; aber Frankreich ist von dem Vorort des Socialismus sehr erheblich zurückgetreten auf einen Standpunkt, mit dem die Regierung und die Gesellschaft es aushalten kann. Wodurch denn? Etwa durch die Ueberzeugung? Nein, durch gewaltsame Repressionen, durch Mittel, die ich gar nicht zur Nachahmung bei uns empfehlen möchte, und ich hoffe, wir werden dahin bei uns nicht kommen. England hat für alle dergleichen Excesse und Vergiftungen der öffentlichen Meinung sehr viel strengere Strafen; wer dort angefasst wird, dem ist eine Gefängnissstrafe von 30 Tagen das mindeste, was er bekommt. Was ist aber ein englisches Gefängniss? Das ist nicht, wie hier am Plötzensee, wo ja die Herren sich ganz behaglich finden, sondern da ist eine hölzerne Pritsche und weiter nichts, das ist, wie wenn Jemand auf Latten liegt, und solche 30 Tage Gefängniss ist nicht etwas, was Jemand so leicht erträgt, wie zwei Monat Plötzensee. Ist denn dieser rhetorische Appell, der damals an die Kommune gemacht wurde, dieser Appell an die Drohungen und die Gewaltthat, ist denn der bloss als eine rhetorische Form zu nehmen? hat er sich nicht in langjähriger Pressthätigkeit fortgesetzt? Seit Jahren habe ich diese Presse beobachtet, und die Aufforderung zur Gewaltthat und die Vorbereitung auf künftige Gewaltthat ist ja in der Presse sehr erkennbar — immer gezeigt, auch ohne dass es so deutlich wird, wie in den letzten Wochen. Ich erinnere mich eines Artikels aus einem sozialistischen Blatte, den ich zwar nur in dem Auszuge, welchen die „Post“ von demselben gegeben hat, gelesen —; da war der Mord des Generals Mesenzow als eine gerechte Hinrichtung geschildert und in wenig missverständlichen Ausdrücken die Anwendung des ähnlichen Systems auf unsere deutschen Verhältnisse empfohlen, und er schloss mit dem Worte: *discite moniti!* || Nun, meine Herren, der Artikel wird Ihnen wohl allen in der Erinnerung sein; es war nicht etwa ein *lapsus calami*, sondern ganz in jüngster Zeit habe ich aus denselben Kreisen einen anderen Artikel gelesen, wahrscheinlich von derselben Zeitung, in dem gesagt war: alle unsere Beschlüsse, unsere Gesetze könnten der Sozialdemokratie gar nichts thun; aber die Gesetzgeber und Alle, die dabei mitwirken, möchten sich doch der Verantwortlichkeit einmal recht klar bewusst werden, die sie persönlich übernehmen, wenn sie gegen die Sozialdemokratie vorgehen, und es schloss auch mit der deutlichen Wendung der deutschen Uebersetzung des *discite moniti!* mit dem Anklang an den ersten Artikel, der so grosse Entrüstung erregte, mit dem Rufe: Ihr seid gewarnt! Wovor denn gewarnt? Doch vor nichts Anderem, als vor dem nihilistischen Messer und der Nobiling'schen Schrotflinte. Ja, meine Herren, wenn wir in einer solchen Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen existiren sollen, dann verliert jede Existenz ihren Werth, und ich hoffe, dass der Reichstag den Regierungen, dem Kaiser, der den Schutz für seine Person, für seine preussischen Unterthanen und seine deutschen Landsleute verlangt, — dass wir ihm zur Seite

Nr. 6795. Deutschland. 17. Sept. 1878.

Nr. 6795. Deutschland. 17. Sept. 1878. stehen werden. Dass bei der Gelegenheit vielleicht einige Opfer des Meuchelmords unter uns noch fallen werden, das ist ja sehr wohl möglich; aber jeder, dem das geschehen könnte, mag eingedenk sein, dass er zum Nutzen, zum grossen Nutzen seines Vaterlandes auf dem Schlachtfelde der Ehre bleibt.

Nr. 6796.

DEUTSCHLAND. — Aus der Sitzung des Reichtages vom 9. October 1878. — Rede des Reichskanzlers bei der zweiten Lesung des Sozialistengesetzes.

Nr. 6796. Deutschland. 9. Oct. 1878. Bevor ich mich zu Artikel 1. der Vorlage wende, nöthigen mich einige Aeusserungen des Herrn Vorredners*) zu einer Widerlegung, respective Beleuchtung. Ich habe einmal den Insinuationen, die er in Bezug auf die Publikationen im „Tageblatt“ — ich kenne das Blatt weiter nicht, er hat es genannt — gemacht hat, gegenüber zu erklären, dass die verbündeten Regierungen und jede von ihnen, namentlich aber die preussische, diesen Publikationen absolut fremd ist. Erfordert diese Frage eine weitere Discussion und Nachweis, so überlasse ich den meinen Herren Collegen, und nur um bei der ausserordentlichen Länge der Zeit, welche diese Debatten in Anspruch nehmen, dieselben heute nicht noch mehr durch neue Reden von der Regierungsbank in die Länge zu ziehen, habe ich es auf mich genommen, diese Rektifikation zu machen. || Wenn ich weiter auf verschiedene Punkte der Rede des Herrn Vorredners eingehe, so geschieht es nicht, weil deren sachlicher Inhalt mich dazu veranlasste. Ich glaube auch nicht, dass sie eigentlich für diesen Saal, respective für mich und die Regierung gerade berechnet war, sondern der Umstand, welcher mich veranlasst, Interesse zu nehmen, liegt auf dem Gebiet meiner diplomatischen Wahrnehmungen. Ich habe nämlich das Blatt des Herrn Vorredners, das bekannte, ab und zu mit ziemlicher Aufmerksamkeit gelesen. Ich habe gefunden, dass das Urtheil und die Haltung desselben immer genau koincidirten mit dem Urtheil und der Haltung der französischen officiösen Presse. Ich reproducire ja nur, was ich gefunden habe — Sie können ja selbst nachforschen, wenn Sie die französische officiöse Presse kennen, — was Sie aber nicht erforschen können, ich aber erfahren kann, dass ich mitunter in dem Blatte des Herrn Vorredners Sachen gelesen und erfahren habe, die mir am anderen oder am dritten Tage darauf durch die gesandtschaftliche Meldung als Aeusserungen der französischen Regierung bestätigt wurden. || Ich schreibe also dem Herrn Vorredner Beziehungen zur französischen Regierung zu, die ja der Chef eines grossen Blattes haben kann, die natürlich

---

*) Abg. Sonnemann.

auf keinem Interesse seiner Seite, sondern nur auf einem Wohlwollen, das ihm eine Regierung wie die französische einflösst, beruhen. Alles, was der Herr Vorredner hier gesagt hat, ist auf Schwächung der Institutionen und auf Schwächung der inneren Festigkeit des Reiches, auf Diskreditirung der Personen, die an der Spitze des Reiches stehen, berechnet. Denken Sie sich einem französischen Revanchepolitiker diese Tribüne zugänglich, hätte er nicht ganz dieselbe Rede halten können? || Ich habe während meines langjährigen politischen Lebens einige Republikaner kennen gelernt, die Stützen jeder Opposition gegen die damalige preussische Regierung waren und die in Verbindung waren mit allem, was die preussische Regierung schwächen konnte; ich habe nachher bei diesen Personen, was natürlich bei dem Herrn Vorredner nicht zutrifft, Gelegenheit gehabt, während des Krieges mit Frankreich die Motive kennen zu lernen, welche sie veranlassten, die preussische Regierung zu bekämpfen und zu schwächen und mit den Bestrebungen, welche uns der Republik annäherten und die sie verwerthen konnten, zu sympathisiren. Der Herr Vorredner ist ja über jeden Verdacht durch seine Stellung als Abgeordneter erhaben; aber mit besonderem Interesse entnahm ich aus seinen Reden und Druckschriften mit einer durch die diplomatischen Berichte bestätigten Sicherheit, wie die französische Regierung über unsere Angelegenheiten denkt und welche Akkorde sie angeschlagen zu sehen wünscht. Ich erwähne rein die Thatsachen, ohne irgendwelche Schlussfolgerungen dazu zu machen. Der Herr Vorredner hat in seinen Aeusserungen uns das Beispiel des Auslandes vielfach empfohlen; er hat sich dabei auf die englische, amerikanische und auf die französische Presse bezogen. Ich habe die französische Presse über unsere Vorlage auch gelesen und habe namentlich in den Blättern, die eine Erstarkung Deutschlands nicht wünschen, dieselbe Kritik gefunden, die der Herr Vorredner uns hier gegeben hat. Auch die französischen Erscheinungen auf dem Gebiete, welches wir besprechen, hat der Herr Vorredner mit besonderem Wohlwollen behandelt; wenn ich nicht irre, so führte er uns Frankreich als mustergiltig für die schonende und regelmässige Behandlung der Gegner der Regierung an und sagte, niemals werden die Sachen der Sozialisten oder Kommunisten den Geschworenengerichten entzogen. Meine Herren, der Herr Vorredner ist ja so genau vertraut mit den französischen Verhältnissen, hat ein so wohlwollendes Interesse für dieselben, was ja auch nicht ohne Gegenseitigkeit sein und bleiben kann, dass es ihm unmöglich entgangen sein kann, dass alle Kommunards durch die Kriegsgerichte abgeurtheilt worden sind, dass sie flugs erschossen, deportirt, mit Rücksichtslosigkeit, wie keine andere Nation durchzuführen im Stande ist, wie die Franzosen; dieselben haben sich dadurch von dieser Krankheit zeitweise geheilt, und Deutschland hat dadurch den Vorzug gewonnen, der Vorort der Sozialisten zu werden, der früher Frankreich war, nachdem man in Frankreich damit aufgeräumt hat. Sollte dies dem Herrn Vorredner entgangen sein? Wie kann er angesichts dieser ganz frischen Thatsachen, angesichts der Ebene von Grenelles, die eine

Nr. 6796. Deutschland. 9. Oct. 1878.

Zeit lang keinen Tag aufgehört, vom Blute der Erschossenen zu rauchen, wie kann er einer so erleuchteten Versammlung, wie dieser, gegenüber behaupten, dass die Sachen in Frankreich nie den Geschworenengerichten entzogen worden seien? Das macht mich bedenklich, und er könnte mit diesen seinen Auffassungen sehr gut zur Elsasser Protestpartei gehören, vielleicht auch zur sozialistischen. Ich weiss nicht, ob er sich dazu zählt; innerhalb des Fortschritts hat er meines Erachtens damit schon kaum einen Platz. Das Ausland wünscht unsere Schwäche, natürlich nicht immer aus bösem Willen, vielleicht aus Sorge, dass wir übermächtig werden würden, kurz und gut, es wünscht unsere Schwäche, und Alle, die unsere Institutionen zu schwächen streben, arbeiten — der Herr Vorredner gewiss unbewusst und ohne böse Absicht — dem Ausland in die Hände. Der Herr Vorredner hat sich darüber beschwert, dass ich mich im Interesse der Herstellung des Friedens an ein englisches Blatt gewendet habe und nicht an ein deutsches. Ja, das ist doch ein Vorwurf, den er mir bei einigem Nachdenken über den Zweck, den ich anstrebte, nicht gemacht haben würde; denn es handelte sich damals darum, auf die englische öffentliche Meinung Eindruck zu üben. Wenn ich mich zum Beispiel an das Blatt des Herrn Vorredners gewendet hätte, um England zu überzeugen, dass es wegen Batum keine Kriegsfrage machen sollte, hätte die Stimme des Herrn Vorredners in England vielleicht denselben Widerhall gefunden, wie die Stimme der „Times“? Ich bin nicht einmal sicher, ob der Herr Vorredner den Frieden in gleichem Maasse gewünscht hätte, ich bin auch nicht vom Gegentheil sicher; in Bezug auf die „Times“ hatte ich die Ueberzeugung, dass sie den Frieden wünschte; sie ist in England mächtig, und man setzt sich doch mit Kräften in Verbindung, von denen man Erfolg erwartet, aber nicht zu lediglich publicistischer Schaustellung, sondern für politische Zwecke, die auf keinem anderen Wege zu erreichen sind. Wenn ich mich zum Artikel 1 wende, so will ich von der Latitude, die der Herr Präsident uns gewährt, in allgemeine Fragen und andere Paragraphen überzugreifen, zwar nicht in demselben Maasse, wie der Herr Vorredner, Gebrauch machen; aber der Umstand, dass ich an der ersten Berathung nicht vollständig Theil genommen habe, wird mich vielleicht entschuldigen, wenn ich auf einige andere Paragraphen und auf allgemeine Betrachtungen zurückkomme. Ich knüpfe indessen zunächst an § 1 an. Ich habe schon bei der ersten Lesung mir erlaubt, zu bemerken, dass ich eine jede Bestrebung fördern werde, welche positiv auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet ist, also auch einen Verein, der sich den Zweck gesetzt hat, die Lage der Arbeiter zu verbessern, den Arbeitern einen höheren Antheil an den Erträgnissen der Industrie zu gewähren und die Arbeitszeit nach Möglichkeit zu verkürzen, soweit die Grenzen, die durch die Konkurrenz und die absatzfähige Fabrikation gegeben sind, beide Bestrebungen noch gestatten. Solche Vereine mit positivem Zweck sind auch in Deutschland gar keine Neuerung, Sie finden sie vor mehr als einem halben Jahrtausend in derselben Thätigkeit wie heute. Sie haben im Anfang des 14. Jahrhunderts in den grossen deutschen

Nr. 6793. Deutschland. 9. Oct. 1878.

Städten von Breslau bis Colmar Beispiele von Strikes, könnte ich in dem heutigen Wortgebrauche sagen, von Strikes der Gesellen und Arbeiter, der Gesellen, Arbeiter und Knechte nach damaliger Sprache, wobei das Wort Knecht nicht in der Bedeutung von Knechtschaft zu nehmen ist, sondern in der Bedeutung, in der noch heutzutage alte Leute den Schuhmachergesellen Schusterknecht nennen, junge kräftige Menschen, wie die Verwandtschaft des englischen Knight, Ritter, zeigt. Also diese Strikes sind, wie heute, schon damals den Meistern gegenüber zur Erscheinung gekommen. Man hat sie mit wechselndem Glücke geführt. Bald haben die Meister mit dem heutigen *"lockout"* geantwortet, bald haben sie nachgegeben, bald sind sie vertrieben worden aus der Stadt, und die Gesellen haben sich des Handwerks bemächtigt; aber immer waren es positive Bestrebungen und Zwecke, die man zu fördern suchte, ganz bestimmte Forderungen, und der Gedanke, sich an den Rechten Dritter zu vergreifen, die ausserhalb der gewerblichen und gegenseitigen Beziehungen standen, der Gedanke, das Eigenthum anzutasten, den Glauben an Gott und die Monarchie zu untergraben, kam keinem Menschen bei, und die Sache ging ihren Weg der rein materiellen Interessen. Selbst in den grossen Excessen des Bauernkrieges, wo die volle Herrschaft der gewaltthätigen und ungebildeten Begehrlichkeit zum Durchbruch gekommen war, wenn Sie dort die Verträge lesen, welche die Bauernschaften mit den einzelnen gar nicht gut berüchtigten Rittern abgeschlossen haben, finden Sie nie, dass über das nothwendige Bedürfniss das Eigenthum dieser feindlichen Edelleute angegriffen war; Sie finden immer nur Verträge wegen Bruchs der Mauern eines festen Schlosses, wegen Auslieferung der Geschütze und Feuergewehre, wegen Abschaffung der reisigen Knechte, kurz und gut eine Sicherstellung; aber diesen damaligen Kommunisten ist es nicht eingefallen, das Eigenthum selbst ihrer Feinde irgendwie antasten zu wollen, und wenn ich damit eine Scheidewand errichte für dasjenige, was die verbündeten Regierungen, wenigstens unter meiner Mitwirkung, nicht bekämpfen, und was sie bekämpfen, so kann ich das wesentlich mit den Worten positive Bestrebungen und negative Bestrebungen. Sobald uns von sozialdemokratischer Seite irgend ein positiver Vorschlag entgegenträte oder vorläge, wie sie in vernünftiger Weise die Zukunft gestalten wollen, um das Schicksal der Arbeiter zu verbessern, so würde ich wenigstens mich einer wohlwollenden, entgegenkommenden Prüfung der Sache nicht entziehen und würde selbst vor dem Gedanken der Staatshülfe nicht zurückschrecken, um den Leuten zu helfen, die sich selbst helfen: — nicht die Initiative des Staates, sondern um den Leuten zu helfen, die sich selbst helfen. Es ist das nicht mein Departement, und ich kann darauf nicht näher eingehen; ich wiederhole das nur, um die Ansichten zu bestätigen, die ich in der ersten Lesung ausgesprochen habe, nach denen ich vor 15 Jahren schon gehandelt habe, und um zu bekunden, dass ich noch, wenn nur ein ernster und positiver Antrag vorläge, der auf die Verbesserung des Looses der Arbeiter gerichtet ist, ein freundliches Entgegenkommen zeigen und ihn einer wohlwollenden und geneigten

Nr. 6796. Deutschland. 9. Oct. 1878. Prüfung des Reichstages und der gesetzgebenden Versammlung empfehlen würde. Wie steht aber heut die Sache? Hier steht die reine Negation gegenüber dem Einreissen, ohne dass Jemand auch nur eine Andeutung giebt, was anstatt des Daches, das uns jetzt deckt, gebaut werden soll, wenn es niedergerissen ist. Wir befinden uns lediglich im Stadium der Untergrabung und des Umsturzes, im Stadium der Negation. Seit elf Jahren haben wir den Vorzug, mit Sozialdemokraten gemeinschaftlich zu tagen; — mein Gedächtniss lässt mich vielleicht im Stiche; aber ich appellire an das eines jeden anderen: ist Ihnen bei den langen Reden, noch längeren als die, welche wir eben hörten, auch nur eine einzige in Erinnerung, wo der leiseste Schatten eines positiven Gedankens, eines Vorschlages über das, was künftig werden soll, über die Gestaltung, über das Programm, das diesen Herren vorschwebt, nachdem sie das Bestehende in Bresche gelegt haben. Ist Ihnen etwas derartiges erinnerlich? Ich wäre dankbar, darauf aufmerksam gemacht zu werden. Ich kenne nichts der Art, und ich glaube auch den Grund zu wissen, warum die Herren darüber, wie sie die Welt künftig gestalten wollen, wenn sie die Herren wären, sorgfältig schweigen: sie wissen es nicht, sie wissen in dieser Beziehung nichts, sie haben auch den Stein der Weisen nicht. Sie können die Versprechungen niemals halten, mit denen sie jetzt die Leute verführen. || Das ist einfach das Geheimniss, weshalb darüber ein tiefes Stillschweigen beobachtet wird. Ich weiss nicht, wer von Ihnen soviel Zeit durch Krankheit gehabt hat, um den verschleierten Propheten von Moore einmal zu lesen, der sein Gesicht sorgfältig verdeckte, weil, sobald der Schleier gelüftet wurde, es in seiner ganzen abschrecklichen Hässlichkeit Jedermann vorstand. An diesen verschleierten Propheten von Chorassan erinnert mich die wilde Führung, der ein grosser Theil unserer sonst so wohlgesinnten, arbeitenden Klassen verfallen ist. Sie haben das Angesicht von Mokana nie gesehen. Wenn sie es sehen würden, würden sie erschrecken davor: sie würden ein Leichengesicht erblicken. || Dass die Herren nun mit den dunklen Versprechungen, denen sie nie eine ausgeprägte Form geben, Anklang gefunden haben, das ist ja bei dem, der überhaupt nicht mit seiner Lage zufrieden ist, namentlich wenn er seine Unzufriedenheit mit der germanischen Energie empfindet und geltend macht, nicht so ausserordentlich schwer. Wenn sie den Leuten, die zwar lesen können, aber nicht das Gelesene beurtheilen — und die Fähigkeit des Lesens ist bei uns viel verbreiteter, als in Frankreich und England, die Fähigkeit des praktischen Urtheils über das Gelesene vielleicht minder verbreitet, als in den beiden Ländern —, wenn sie den Leuten glänzende Versprechungen machen, dabei in Hohn und Spott, in Bild und Wort alles, was ihnen bisher heilig gewesen ist, als einen Zopf, eine Lüge darstellen, alles das, was unsere Väter und uns unter dem Motto: „Mit Gott für König und Vaterland" begeistert und geführt hat, als eine hohle Redensart, als einen Schwindel dargestellt zu sehen, ihnen den Glauben an Gott, den Glauben an unser Königthum, die Anhänglichkeit an das Vaterland, den Glauben an die Familienverhältnisse, an den

Besitz, an die Vererbung dessen, was sie erwerben für ihre Kinder, ihnen alles das nehmen, so ist es doch nicht allzu schwer, einen Menschen von geringem Bildungsgrade dahin zu führen, dass er schliesslich mit Faust spricht: „Fluch sei der Hoffnung, Fluch dem Glauben und Fluch vor Allem der Geduld!“ Ein so geistig verarmter und nackt ausgezogener Mensch, was bleibt denn dem übrig, als eine wilde Jagd nach sinnlichen Genüssen, die allein ihn noch mit diesem Leben versöhnen können. || Wenn ich zu dem Unglauben gekommen wäre, der diesen Leuten beigebracht ist, — ja, meine Herren, ich lebe in einer reichen Thätigkeit, in einer wohlhabenden Situation, aber das alles könnte mich doch nicht zu dem Wunsche veranlassen, einen Tag länger zu leben, wenn ich das, was der Dichter nennt „an Gott und bessere Zukunft glauben“, nicht hätte. Rauben Sie das dem Armen, dem Sie gar keine Entschädigung gewähren können, so bereiten Sie ihn eben zu dem Lebensüberdruss vor, der sich in Thaten äussert, wie die, die wir erlebt haben. || Wenn wir fragen, wie ist es eigentlich gekommen, dass diese negativen Tendenzen, dass dieses Evangelium der Negation gerade bei uns in Deutschland einen solchen Anklang gefunden hat, so müssen wir der Zeit, in welcher das geschah, etwas näher ins Auge sehen. Wir sind erst seit 1867 mit den Führern der Sozialdemokratie amtlich bekannt geworden durch die Gegenwart der Herren Bebel, Liebknecht, Fritzsche, Schweitzer, Mende; sie wechselten, es waren zwei, und man könnte, wenn ich . . . . . — nun, ich will mich auf der Dichtung nicht weiter verlieren — aber diese zwei, die landeten wie die Weissen in Amerika, und ich will keine Indianerklage darüber anstellen; denn wir beherrschen noch die rothe Race. Damals traten sie doch noch mit einer gewissen Schüchternheit auf, wenn sie auch Sorge trugen, zu bekennen, dass sie nicht etwa die zahmen Leute wie Lassalle und dergleichen seien, sondern sie wären die eigentlichen Sozialdemokraten; ich habe das in den Reden auch in diesen Tagen nachgelesen; aber der eigentliche Aufschwung zu dem Streben, das sie jetzt beseelt, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen und sie im Sinne ihrer Interessen und Ansichten auszubeuten in Zukunft, trat doch erst nach 1870 auf. Was hat nun 1870 für einen Unterschied in der Sache gemacht? Bis zu 1870, wo auch die Leiter der internationalen Liga wohnen mochten, in London, Genf, war doch Frankreich das eigentliche Versuchsfeld, das eigentliche Operationsfeld, und nur in Frankreich hatten sie eine Armee bereit, welche die Schlacht der Kommune schlagen konnte und sich auch wirklich der Hauptstadt auf eine Zeitlang bemächtigte. Haben sie nun damals, wo sie im Besitz der Gewalt waren, irgend ein positives Programm aufgestellt, wie sie diese Gewalt für den Vortheil der nothleidenden Klassen nutzbar machen könnten? Mir ist keines bekannt, was irgendwie praktisch ins Leben getreten wäre. Es mögen in den Zeitungen utopische Phrasen gestanden haben; aber der Versuch der damaligen Machthaber in Paris, der doch nahe gelegen hätte, wenn sie etwas könnten und wüssten, damals, wo sie die Gewalt hatten, nun mit einem Beispiele zu zeigen, was sie eigentlich wollten, wurde nicht gemacht.

Nr. 6796. Deutschland. 9. Oct. 1878.

Nr. 6796. Deutschland. 9. Oct. 1878.

Er unterblieb, sie haben nichts wie gemordet, gebrannt, misshandelt, nationale Denkmäler zerstört, und auch, wenn sie ganz Paris in einen Aschenhaufen verwandelt hätten, würden sie Angesichts dessen immer noch nicht gewusst haben, was sie wollten: „wir sind unzufrieden, es muss anders werden, aber wie, das wissen wir nicht.“ Dabei wären sie geblieben. Nun, nachdem sie von der französischen Regierung niedergeworfen waren, bei der Energie, mit der die französische Regierung gegen sie einschritt, und die der Herr Vorredner zu rühmen vergass — oder vielleicht hat sie nicht seine Anerkennung, dann wäre es mir lieb, wenn er sich offen und tadelnd dafür ausspräche —, bei der Energie sahen die Leiter wohl ein, dass dieses Versuchsfeld verlassen werden musste, dass da ein zorniger und entschlossener, harter Wächter darüber stand, dass sie es räumen mussten. Sie sahen sich um in Europa, wo sie nun den Hebel anlegen könnten, wo sie ihre Zelte, die sie in Frankreich abbrachen, aufschlagen könnten; dass ihnen da Deutschland in erster Linie einfiel, dorthin die Agitation zu verlegen, das wundert mich gar nicht. Ein Land mit so milden Gesetzen, mit so gutmüthigen Richtern (Lachen und lebhafter Widerspruch) — meine Herren, sind unsere Richter nicht gutmüthig? sind sie etwa bös? (Widerspruch, Heiterkeit) — mit so gutmüthigen Richtern, ein Land mit hervorragender Freude an der Kritik, namentlich wenn sie die Regierung betrifft, ein Land, in dem der Angriff auf einen Minister, das Tadeln eines Ministers noch heut für eine That gilt, als ob wir noch anno 30 lebten, ein Land, wo die Anerkennung für irgend etwas, das die Regierung thut, gleich in den Verdacht des Servilismus bringt, ein Land, in dem die Operationsbasen des Sozialismus, die grossen Städte, durch die fortschrittliche Bearbeitung sehr sorgfältig vorbereitet waren, wo die Diskreditirung der Behörden und der Institutionen durch die fortschrittliche Agitation bereits einen sehr hohen Grad erreicht hatte, das hatte sein Anziehendes. Der Fortschritt ist, um landwirthschaftlich zu sprechen, eine sehr gute Vorfrucht für den Sozialismus als Bodenbereiter: er gedeiht danach vorzüglich. Dass beide sich äusserlich, wenigstens in Reden — in Thaten haben wir es noch nicht erlebt —, bekämpfen, nun das mag auch von der Eigenart der Fruchtarten gelten, die doch gern und gedeihlich auf einander folgen. Thatsache ist aber, sie fanden die Achtung vor den Institutionen zerstört; die Neigung, sie in Bild und Wort mit Hohn zu überhäufen, die Freude an diesem Hohn bei jedem Philister, der nachher froh ist, wenn er aus den Folgen dieses Hohns gerettet wird, fanden sie ganz ausserordentlich entwickelt, — kurz und gut, sie erkannten hier das Land, von dem sie sagten: lasset uns Hütten bauen. || Der Deutsche hat an und für sich eine starke Neigung zur Unzufriedenheit. Ich weiss nicht, wer von uns einen zufriedenen Landsmann kennt. Ich kenne sehr viele Franzosen, die vollständig mit ihrem Geschick, mit ihren Erlebnissen zufrieden sind. Wenn sie ein Handwerk ergreifen, so stellen sie sich die Aufgabe, durch dasselbe, wenn es möglich ist, vielleicht bis zum 55. Jahre eine gewisse Vermögensquote zu erreichen; haben sie die, so ist ihr ganzer Ehrgeiz, sich als Rentier bis

an ihr Lebensende zurückzuziehen. Vergleichen Sie damit den Deutschen; dessen Ehrgeiz ist von Hause aus nicht auf eine nach dem 50. Jahre zu geniessende mässige Rente gerichtet, — sein Ehrgeiz ist schrankenlos. Der Bäcker, der sich etablirt, will nicht etwa der wohlhabendste Bäcker in seinem Orte werden, nein, er will Hausbesitzer, Rentier, er will nach seinem grösseren Berliner Ideal schliesslich Banquier, Millionär werden. Sein Ehrgeiz hat keine Grenze. Es ist das eine Eigenschaft, die ihre sehr guten Seiten hat: es ist die deutsche Strebsamkeit; sie steckt sich ihr Ziel niemals zu kurz, — aber sie hat auch für die Zufriedenheit im Staat ihr sehr Bedenkliches, namentlich unter den unteren Beamtenklassen. Wo ist der Beamte, der in der Erziehung seiner Kinder nicht eine Stufe höher hinaufsteigen will, als die, die er selbst gehabt hat? Und die Folgen dieser Unzufriedenheit sind, dass ein grosser Theil unserer Subalternbeamten von der sozialistischen Krankheit angesteckt ist. || Nun, wie bestätigte sich die deutsche Erwartung der Sozialisten? — Die internationale Agitation siedelte in das gelobte Land über, in welchem sie sich jetzt befindet. Wir hatten gleichzeitig vorher und nachher nach vielen Richtungen hin ganz neue Einrichtungen; wir hatten das Freizügigkeitsgesetz, kombinirt mit dem Unterstützungswohnsitz, die Abschaffung der Passpflichtigkeit, — Einrichtungen, die plötzlich eine grosse Menge von Arbeitern den kleinen Städten und dem platten Lande entzogen und in den grösseren Städten eine fluktuirende Bevölkerung erzeugten, deren Erwerbsfähigkeit sehr abhängig war von den schwankenden Verkehrs- und Industrieverhältnissen in den grossen Städten, die ab und zu reichlich Arbeit hatten: — bis zu 10 Thalern, sagt man, sei ein Steinträger bezahlt — nachher plötzlich wieder ein Rückschlag — und keiner hatte Neigung, in seine ländlichen Verhältnisse zurückzukehren. Ich bin in der Lage gewesen, dass Jemand, für den ich den Unterstützungswohnsitz zu leisten hatte und welcher mir krank, entnervt, arm, abgerissen wiederkam, belastet mit Rechnungen der Charité und der Berliner Krankenpflege, nachdem er bei mir auf meine nicht bloss pflichtmässig, sondern gern geleisteten Kosten hergestellt war, wieder nach Berlin zurückkehrte. Ich fragte ihn, ob er nicht genug hätte an dem einen Mal, und bei der Ermittelung der Motive, die ihn anzogen — es war ein ehrlicher Mann —, was kam heraus? Ja, wenn er auf dem Lande einen Biergarten — er nannte es anders — mit Musik hätte, wo er des Abends hingehen könnte, so wolle er das Theater schon entbehren, und man kriegte auf dem Lande nicht eine anständig gekleidete Person zu sehen. Kurz und gut, die Vergnügungen der grossen Stadt haben sehr viel Anziehendes. Die Leichtigkeit des Verkehrs auf den Bahnen, die Freizügigkeit, — alles dies zieht die in den grösseren Städten durch Vergnügungen festgehaltene Bevölkerung an sie, und dies hat der Agitation grossen Vorschub geleistet. Noch viel stärker wurde dies, als wir das neue Pressgesetz schufen, wobei ich von Hause aus bevorworte, um jeder Verdächtigung der Reaktion zu entgehen, dass ich nicht die Absicht habe, dieses anzufechten; ich will nur die Diagnose der Krankheit geben. Das neue Pressgesetz schaffte

Nr. 6796. Deutschland. 9. Oct. 1878. plötzlich vor allen Dingen die Kaution ab, es schaffte den Stempel ab. Bis dahin war ein gewisses Kapital und mit dem Kapital vielleicht ein gewisses Maass von Bildung vorhanden und erforderlich, um eine Zeitung ins Leben zu rufen; heutzutage kann man mit 100—150 Mark dem Unternehmen näher treten, und nach Bildung ist ja gar kein Bedürfniss; man braucht bloss abzuschreiben, was einem geliefert wird, und das bekommt man von der Agitation geliefert, was gedruckt werden soll, und solche Blätter, die einmal in der Woche erscheinen, und die der Betheiligte, der sie empfängt, der Arbeiter auf dem Lande oder in der kleinen Stadt, um so länger liest und um so mehr zirkuliren lässt und sich um so deutlicher einprägt, was darin steht — der Mann liest kein zweites Blatt; ich weiss nicht, wie die wohlfeilsten Abonnements sind, sie werden 20 Silbergroschen nicht übersteigen — ich weiss nur, dass die Gefälligkeit der Kaiserlichen Post sie zu einem Porto von 4 Silbergroschen das ganze Jahr lang viel Hundert Meilen weit durch das ganze Land fährt, so weit sie gehen wollen — die Facilität des Verkehrs, dieser Appell an den gemeinen Mann und seine gefährlichsten Instinkte, war früher nicht so leicht; sie ist durch unser Pressgesetz ausserordentlich gestiegen; sie ist gleichzeitig gestiegen durch die ausserordentliche Milde unseres Strafgesetzes, und wenn wir sie bis zu so schweren Verbrechen sich aufschwingen gesehen haben, wie geschehen, so trägt dazu auch nicht unwesentlich bei, dass der Glaube an die Vollstreckung einer erkannten Todesstrafe geschwunden ist. Wird der Mörder nicht hingerichtet, was steht ihm dann bevor? Gefängniss. Die Hoffnung bleibt ihm, dass ein gelungener Putsch seiner politischen Freunde ihn freimachen kann und ihn aus einem Sträfling zu einem Helden der Partei stempelt; es schwebt ihm auch die dunkle Hoffnung auf eine Amnestie vor, dass man beim Regierungswechsel oder sonst eine Anzahl Menschen, über deren Unschädlichmachung man sonst froh ist, wieder auf die Gesellschaft loslassen werde. Das ist meines Erachtens eines der mächtigsten Motive, welches auf die Verwegenheit des Verbrechers einen ganz wesentlichen Einfluss hat, und ich bin Sr. Majestät und Sr. Kaiserlichen Hoheit ausserordentlich dankbar, dass wir an Hödel endlich einmal ein Beispiel gesehen haben, dass die Obrigkeit das Schwert noch zu handhaben versteht. ‖ Wenn auf diese Art und Weise es nun eigentlich nicht so sehr zu verwundern ist, dass die Gefahr angeschwollen ist, wenn wir sehen, dass dem ungeheueren Schwindel in den Geschäften in den ersten Jahren nach dem Kriege ein vollständiger Verfall der Geschäfte gefolgt ist und viele Leute, die eine Zeit lang einen grossen Verdienst gefunden hatten, denselben nicht mehr haben, so kann es eigentlich nicht verwundern, dass die Sache unter so exceptionellen Verhältnissen, unter so neuen Verhältnissen, wie unsere ganze deutsche Gesetzgebung, wo so manches durch die Plötzlichkeit unserer Verschmelzung in Verstimmung geblieben ist und wo alle mit der Regierung unzufriedenen Elemente sich in einem grossen Körper vereinigen, den ich den negativen nennen will, der für jede legislative Operation der Regierung unzugänglich ist, — da kann man sich eigentlich nicht

wundern, dass die Gefahr zu der Höhe angeschwollen ist, die vorliegt, und dass wir hier in Berlin zwischen 60 000 und 100 000 wohlorganisirte, in Vereine gegliederte Männer haben, die sich offen zum Kampfe gegen die bestehende Ordnung und zu dem Programm, wie wir es kennen, bekennen. Dass unter diesen Umständen die Gewerbsthätigkeit, der Kredit, der Aufschwung der Industrie in Berlin leiden müssen, ist ganz natürlich; denn für den, der hier ein Kapital anlegen, oder der einem Anderen ein Kapital leihen soll, in der beunruhigten Phantasie eines auf Verlust vorbereiteten Eigenthümers, hat doch diese Masse, diese Organisation von 60 000 bis 100 000 Menschen den Charakter einer feindlichen Armee, die in unserer Mitte lebt, und die nur noch nicht den Moment gefunden hat, wo sie über den Eigenthümer, den leichtfertigen Kapitalisten, der hier etwas anlegen will, Gericht halten kann, um ihm das wohlerworbene Eigenthum zu entziehen oder zu beschränken, oder ihm die Verfügung darüber überhaupt zu nehmen. Also die Frage der Verbesserung unseres Verkehrswesens oder die Verbesserung der Lage der Arbeiter — will ich lieber sagen — und die Frage der Sozialisten, das sind zwei Bestrebungen, die sich gegenseitig ausschliessen; solange die sozialistischen Bestrebungen diese bedrohliche Höhe haben wie jetzt, wird aus Furcht vor der weiteren Entwickelung das Vertrauen und der Glaube im Innern nicht wiederkehren, und deshalb wird die Arbeitslosigkeit auch so lange, wie die Sozialdemokratie uns bedroht, mit geringen Ausnahmen anhalten. Die Arbeiter selbst hätten es in der Gewalt, wenn sie sich von den Agitatoren lossagten, das Vertrauen früher wiederkehren zu lassen, als es bei der Haltung, die sie jetzt eingenommen haben, möglich ist. Die Furcht, die ich nicht theile, dass im Kern des Volkes die Ideen aus Schillers Räubern schon vollständig von den Arbeitern aufgenommen seien, drückt auf das öffentliche Vertrauen. Um dasselbe zu heben, glaube ich, dass es nothwendig ist für den Staat, die Macht der Agitatoren zu brechen. Es ist ja heutzutage die Stellung eines sozialistischen Agitators ein ausgebildeter Gewerbszweig wie jeder andere; man wird Agitator, Volksredner, wie man früher Schmied oder Zimmermann wurde; man ergreift dieses Gewerbe und steht sich dabei unter Umständen sehr viel besser, als wenn man bei dem ursprünglichen geblieben wäre, hat ein angenehmes und freies, vielleicht auch angesehenes Leben in gewissen Kreisen. Aber das hindert nicht, dass wir gegen die Herren, die diese Gewerbthätigkeit ergriffen haben, uns im Stande der Nothwehr befinden, und je zeitiger wir diese Nothwehr eintreten lassen, mit desto weniger Schaden für die Freiheit der Uebrigen und für die Sicherheit und den inneren Frieden werden wir, glaube ich, damit zu Ende kommen. || Diese Gefahren sind mir nicht neu. Meine Stellung und meine Erlebnisse bringen mich dazu, gefährliche Blätter mit mehr Aufmerksamkeit zu lesen, als es von Seiten der meisten hier Anwesenden der Fall sein mag, und wer die sozialistische Presse in den letzten Jahren hier verfolgt hat, der musste ja doch die Gewaltthat, den Mord, den Königsmord, die Abschaffung des Königthums zwischen den Zeilen durchblicken sehen in so mancher

Nr. 6796. Deutschland. 9. Oct. 1878. Nummer, und so entgeistet in der Beurtheilung solcher Sachen, wie unser Strafrichter sie zum Theil auffasst, so buchstäblich ist der Leser dieser Zeitung nicht; der hat ein feineres Verständniss als der Strafrichter für diese Nuancen, der weiss, was die Presse sagen will, wenn auch der Strafrichter das nicht zugiebt. || Mich hat die Lektüre aber doch noch nicht gerade auf die Wendung der Sache vorbereitet, die eine tief betrübende und für unser nationales Gefühl demüthigende ist. Ich konnte nicht glauben, dass ein Monarch, der mehr als irgend ein lebender, und ich möchte wohl sagen, auch ein der Vergangenheit angehöriger gethan hat, mit Einsetzung seines Lebens, seiner Krone, seiner monarchischen Existenz, um die Wünsche und Bestrebungen seiner Nation zu verwirklichen, der dies mit einem gewaltigen Erfolge und dabei doch ohne jede Ueberhebung gethan hat, der dabei ein milder, volksfreundlicher Regent geblieben ist, eine populäre Figur, wenn der von hinten mit Hasenschrot zusammengeschossen wird, — ja, meine Herren, da reicht jedes andere Verbrechen gar nicht an dieses heran, da ist man wirklich auf jedes andere auch gefasst. Dieser Blitz bei Nacht — doch wie bekannt, es geschah ja am Tage — hat weithin die Situation beleuchtet und hat auch in die Wählerkreise der ganzen Monarchie hinein geleuchtet, glaube ich. Ich halte für richtig, was ein Artikel der „Nationalzeitung" vor kurzem sagte, dass die Wähler aller Abgeordneten, also auch des Zentrums und der Fortschrittspartei, mit alleiniger Ausnahme der Sozialdemokraten, von ihren Abgeordneten erwartet haben, dass sie der Regierung gegen Beseitigung dieser Gefahr beistehen würden. Ich habe ja darüber mit den Herren nicht zu rechten, wie sie sich mit ihren Wählern auseinandersetzen; wenn alle Parteien das Versprechen gegeben haben, so kann ich einigen wenigstens die Quittung, dass sie es erfüllt, nicht ausstellen. Ich bin vielleicht auch nicht zu dieser Ausstellung berufen; nur ich erkläre, meine Ueberzeugung sagt: was sie ihren Wählern versprochen haben, haben sie durch ihre bisherige Stellung zu dem Gesetze nicht erfüllt. Ich nehme davon in der Fortschrittspartei den Herrn Abg. Hänel aus, der seinerseits zum ersten Mal den Bann der Fortschrittspartei, den Bann der Negation, den ein anderer Abgeordneter des preussischen Landtages auf diese Partei geworfen hat, in einer erfreulichen Weise durchbrochen hat mit einem positiven Antrage, meines Erinnerns der erste Antrag von dieser Bedeutung, der je aus dem Schoosse der Fortschrittspartei gekommen ist. Aber ich frage Sie alle, die Zeitungen lesen: hat er den Anschluss seiner sonstigen politischen Freunde dabei gefunden? Ich bin dem Hrn. Abg. Hänel schuldig, ihn nicht in die Behauptung einzuschliessen, dass die Fortschrittspartei an und für sich nur eine Partei der Negation sei, die, solange sie existirt, noch keinen positiven Vorschlag zur Verwirklichung ihrer Theorien gemacht hat und die dadurch auch eine gewisse Verwandtschaft mit der sozialistischen Partei hat, dass sie bekämpft, was besteht, ohne dass sie sagt, was sie an die Stelle setzen will, aber ich nehme den Hrn. Abg. Hänel, wie gesagt, aus. || Nun, wenn wir den Erwartungen der Wähler näher treten, so befinden

die Regierung und diejenigen, die mit ihr gehen wollen, sich in einer ausserordentlich schwierigen parlamentarischen Lage. Das parlamentarische System fungirt leicht und elegant; wenn nur zwei Parteien bestehen, wie es in England nur Whigs und Torys gab, so wäre nicht zweifelhaft, wie die Sache sich zu gestalten hätte. Eine hatte stets eine Mehrheit. Es trat in England eine Zeit ein, wo, man kann wohl sagen, fünf Fraktionen bestanden, die freilich zu dem Zorn gegen einander, den der Deutsche aus der Association zu einem Corps auf der Universität oder in den Fraktionen im Reichstage hat, zu dem gegenseitigen Hass sich nicht aufgeschwungen haben, und die doch immer in erster Linie die Landesinteressen und erst in zweiter Linie das, was den rivalisirenden Fraktionen Unannehmlichkeiten bereitet, in Anschlag brachten; es gab aber damals doch keine anderen Ministerien in England als Koalitionsministerien. Die Engländer haben eingesehen, dass darunter das konstitutionelle Princip leidet, und ihr gesunder Sinn hat sie wieder dahin gebracht, dass sie nur zwei Parteien von irgend einer Bedeutung haben — ich glaube, die anderen, die ich englische Nihilisten nennen möchte, brauche ich nicht mitzuzählen, aber sie haben zwei grosse Parteien, von denen jede an sich unter Umständen die Majorität im Parlament hat. Wenn es bei uns eine solche Fraktion gäbe, so wäre es für den Minister, der regiert, ein Vergnügen, sich dieser Fraktion anzuschliessen, ihr, wenn nicht äusserlich, so doch innerlich anzugehören und mit ihr gemeinschaftlich zu arbeiten. Von diesem Ideal sind wir aber weit entfernt; wir haben jetzt etwa acht Fraktionen, von denen ich kaum zwischen zweien eine so sympathische Vermittelung kenne, dass an eine Verschmelzung zu denken wäre; der Deutsche hält sich streng an den Corpsgeist und hält sich gesondert. Wir haben uns zwar der geschlossenen Firma von Fortschritt, Centrum, Polen, Welfen in allen Situationen der letzten Jahre gegenüberbefunden; aber wenn diese nun wirklich einmal die Majorität hätten und sollten ihrerseits eine Regierung bilden, würde die Fortschrittspartei mit dem Centrum nicht zusammengehen können, die Polen vielleicht mit den Welfen? Centrum und Welfen vertragen sich wunderbar, Centrum und Sozialisten haben vielfach mit Eifer übereingestimmt; es ist das aber nicht bloss beim Centrum der Fall gewesen, auch andere Abgeordnete haben von den Sozialisten Stimmen geworben und erhalten; auch das Centrum hat in allen Fällen, mit Ausnahme von einem, immer für den Kandidaten gestimmt, von dem zu vermuthen war, dass er der Regierung der feindlichere sein werde. Wenn ich sage, mit Ausnahme von einem, so ist das der Abgeordnete für Mühlhausen, für den die Wähler des Centrums gestimmt haben, aber doch erst dann, nachdem man ganz sicher war, dass er auch ohne sie gewählt werden würde. Auch andere Kandidaten haben aber, wenn sie einige Tausend Sozialisten in den Wahlbezirken vorfanden, die Sympathien derselben sorgfältig geschont und vielleicht Versprechungen gegeben, dass sie nicht so scharf gegen sie vorgehen würden. Aber item wir befinden uns in der traurigen Lage auf Seiten der Regierung, dass wir bei Verständigung mit dem Reichstage uns drei Siebentel des Gebietes

Nr. 6796. Deutschland. 9. Oct. 1878. absolut verschlossen finden. Es ist dies wie beim Manöver das Terrain, welches nicht betreten werden darf. Wir haben von der Fortschrittspartei, vom Centrum, wir haben von den circa 150 Abgeordneten, die sich mit diesen beiden halten, unter keinen Umständen und für keine Vorlage, die wir zu machen im Stande sind, eine Unterstützung zu erwarten, auch für die gegenwärtige nicht: darüber sind wir vollständig klar. Unsere Operationsbasis beschränkt sich auf die vier Siebentel des Reichstages, welche durch die drei Fraktionen der Nationalliberalen und der beiden Konservativen gebildet werden. In jedem anderen Lande würde die Thatsache, dass drei Siebentel der Landesvertretung überhaupt die Existenzbasis, auf der sich die Regierung ohne Zerfall des Ganzen bewegen kann, negiren — mit Worten gewiss nicht, meine Herren, aber mit der That, ich rechne immer mit der That —, den strengsten Zusammenschluss der übrigen, die überhaupt die bestehenden Institutionen halten und vertreten wollen, zur Folge haben. Bei uns in Deutschland ist aber der Corpsgeist in der Politik derselbe, der ja auch veranlasst, dass zwei Regimenter in einer Garnison, die aus denselben Orten rekrutirt werden, gar nicht ohne Stichelreden ausrücken können, ohne im Manöver aufeinander einzuhauen, bloss weil sie verschiedene Farben, verschiedene Namen tragen, schwarzes oder weisses Lederzeug — wer von Ihnen Soldat gewesen ist, wird das erfahren haben —, feindet sich an und will dem Anderen nichts gönnen. Meine Herren, dieser Geist ist es, den wir leider alle von der Universität einigermaassen mitbringen. Aber diese Erinnerungen von dort dürfen sich doch nicht auf das politische Leben übertragen, und ich kann nur die Bitte an diese drei Fraktionen richten, dass die Herren nicht der Regierung, sondern dem Lande und ihren Landsleuten den Dienst erweisen, sich unter einander zu verständigen, und dass alle diejenigen, die überhaupt die staatliche Entwickelung des Reiches auf der jetzigen Basis wollen, sich näher an einander anschliessen und sich nur über sachlich ganz unabweisliche Differenzen, aber niemals über die Frage einer Priorität, einer Rivalität trennen. || Meine Herren! Ich kann diesen Gegenstand nicht verlassen, ohne dagegen zu remonstriren, dass mir bei Gelegenheit der Auflösung eine Tendenzpolitik Schuld gegeben worden ist, als wenn ich irgend welche Reaktion oder Systemumwandlung erstrebt hätte. Ich habe bei der Auflösung nichts erstrebt, als dass die Abgeordneten sich mit ihren Wählern über die Situation besprechen möchten, und habe ich die Hoffnung gehabt, dass Sie wie Antäus hiess er ja wohl, — durch Berührung der heimatlichen Erde gestärkt wiederkommen möchten. Dass Sie es nicht Alle gethan haben, thut mir leid; aber Tendenzpolitik ist mir fremd, die habe ich allenfalls getrieben, ehe ich in den Staatsdienst trat, wo ich auch ein zorniges Fraktionsmitglied war; aber für einen preussischen, einen deutschen Minister ist das ganz unmöglich. Ich habe bestimmte, positive, praktische Ziele, nach denen ich strebe, zu denen mir mitunter die Linke, mitunter die Rechte geholfen hat, nach meinem Wunsch beide gemeinschaftlich helfen sollten. Aber wer diese Ziele mit mir erstrebt, — ob man sie sofort erreicht,

oder nach langjähriger gemeinschaftlicher Arbeit ihnen näher kommt und sie schliesslich erreicht, darauf kommt es so sehr nicht an —, ich gehe mit dem, der mit den Staats- und mit den Landesinteressen nach meiner Ueberzeugung geht; die Fraktion, der er angehört, ist mir vollständig gleichgültig. Ich habe ja angenehme und unangenehme Erlebnisse mit verschiedenen Fraktionen gehabt, und ich muss mich, welches auch einem jeden Manne, der Eifer für sein Geschäft hat, natürliche Empfindlichkeit sein mag, wenn ich im Stich gelassen werde, bei dieser oder jener Gelegenheit, derselben vollständig entschlagen in meinem Amte. Ich kann mich von der Menschlichkeit, empfindlich zu sein, nicht lossagen; ich räume aber ein, dass ich als Minister nicht das Recht habe, empfindlich zu sein, sondern ich muss den Beistand annehmen, der mir geboten wird. Von diesen drei Fraktionen also erwarte ich die Annahme des Gesetzes, mit welchem wir die Gefahr, die uns droht, bekämpfen wollen, und wir hatten zu diesem Behufe eine Vorlage gemacht, die mir als eine mässige und sogar unzulängliche erschien. Ihrer Kommission ist sie zu weitgehend erschienen. Wir werden uns über das verständigen müssen, was annehmbar ist. Wenn Sie die Gefahr mit uns anerkennen, Ihre Wähler auch, Sie wollen aber das, was wir, die verbündeten Regierungen, zur Bekämpfung dieser Gefahr von Ihnen erbitten, nicht bewilligen, nun, so ist mir das der Beweis, dass Sie nicht das vollständige Vertrauen zu uns haben, um uns das Maass von, nennen wir es Diktatur zu geben, das wir zur erfolgreichen Bekämpfung des Uebels brauchen. Dieses Vertrauen lässt sich nicht erzwingen, es lässt sich vielleicht erwerben durch eine sorgfältige loyale Ausführung des Gesetzes, das Sie uns geben sollen. Mein Bestreben wird dahin gerichtet sein; deshalb aber muss ich von Ihnen verlangen ein Gesetz, in dem wir uns mit der Erreichung des Zweckes ehrlich und ohne gewaltthätige Auslegung bewegen können; denn ich bin fest entschlossen, über die loyale Ausführung des Gesetzes zu wachen. Haben Sie nicht das Vertrauen zu uns und speciell zu mir, der ich im Reiche die Hauptverantwortlichkeit trage, dass dieses Gesetz seinen Intentionen gemäss ausgeführt wird, haben Sie die Befürchtung, dass wir es nicht brauchen werden, um uneingestandene Zwecke damit zu erreichen, kurz und gut, fürchten Sie sich mehr vor mir und vor der Anwendung des Gesetzes, mehr vor den geeinigten Regierungen als vor den Sozialdemokraten, ja dann, meine Herren, weiss ich, was ich zu thun habe, dann muss ich Personen Platz machen, zu denen Sie mehr Vertrauen haben, oder die andere Mittel zur Bekämpfung der Gefahr anwenden wollen, als ich nach meinem politischen Urtheile anzuwenden bereit bin. || Ich habe über § 1 gesprochen, indem ich sage, dass ich Vereine, die positive Zwecke verfolgen, die eingestanden sind, deren Ziel möglich ist, nicht bekämpfe. Wenn wir nicht Brücken hätten bauen wollen, von denen wir hofften, dass sie auch von den Herren, die einen Missbrauch von Seiten der Regierung fürchten, betreten werden, so würde nach meiner Ansicht der § 1 sehr viel einfacher gefasst werden können; er würde nach meiner Ansicht lediglich zu lauten gehabt

Nr. 6796. Deutschland. 9. Oct. 1878.

Nr. 6796. Deutschland. 9. Oct. 1878. haben: Vereine, in welchen sozialdemokratische Tendenzen zu Tage treten, werden verboten. In der jetzigen Fassung, die ich nicht bekämpfe — denn sie ist die Fassung des Bundesrathes, und wenn ich auch nicht dabei gewesen bin, so füge ich mich ihr doch —, ist dem hinzugefügt das Kriterium von Untergrabung oder Umsturz. Das klingt ja fast so, als ob andere nichtsozialdemokratische Vereine, welche diesen Umsturz betreiben, dadurch ein Privilegium bekommen sollten; es klingt ausserdem so, als wenn dieses ganze Gesetz, so nothwendig und geboten, wie wir es halten, doch der richtigen Grundlage entbehrt; denn wenn ich an die Thatsache glaube, dass die Bestrebungen, welche sozialdemokratische heissen, an und für sich schon als Umsturz und Untergrabung anzusehen seien, so hätten wir kein Recht zu diesem Gesetze in dieser Ausschliesslichkeit, in dieser Art von *bill of attainder* gegen eine bestimmte Richtung; aber von dieser Einfachheit der Fassung hat vielleicht die Befürchtung abgehalten, dass man nicht klar feststellen könne, wer Sozialdemokrat ist und wer nicht. Welche Tendenzen sind sozialdemokratisch? Das ist eine Aengstlichkeit, die dem Richterstande angehört. Jeder Laie ist nicht zweifelhaft, welche Abgeordneten sozialdemokratisch sind, welche Zeitung sozialdemokratisch ist, wer sozialdemokratisch gewählt hat, welcher Verein sozialdemokratisch ist: wie kommt es, dass jetzt, da man dem Gesetz näher tritt, das Einfachste, der allen Leuten sonst verständliche Ausdruck zweifelhaft wird, dass blau nicht mehr blau, roth nicht mehr roth ist? Kein Mensch ist darüber im Zweifel, was und wer sozialdemokratisch ist. || Meine Herren! Ich bemerke indess nur beiläufig, vielleicht um eine Anknüpfung für die Zukunft zu haben: wenn Sie uns dieses Gesetz nicht in dem Maasse geben, wie wir es brauchen, so giebt es ja darüber verschiedene Abstufungen. Die eine ist die, dass wir es *cum beneficio inventarii* annehmen, aber gleich dabei erklären, zur Erreichung des Zweckes, den wir erstreben, genügt es nicht, und wir werden in der Lage sein, bei dem nächsten Zusammentritt schon Nachtragsvorlagen zu machen. Ich wenigstens bin jetzt von der Vollkommenheit auch der Regierungsvorlage, von der Thatsache, dass sie erschöpfend sei, nicht in dem Maasse überzeugt, dass ich mir schon ganz sicher bin, dass dieses umfänglich gezimmerte Schiff in dem ganz neuen Fahrwasser gleich richtig fahren wird. Ich glaube, die Erfahrung wird uns erst belehren, welche Maschinentheile uns versagen, und wir werden vielleicht genöthigt sein, Ihnen wiederum mit einer Vorlage näher zu treten zur Aufbesserung dessen, was Sie uns heute bewilligen, ich glaube, selbst dann, wenn Sie uns die ganze Regierungsvorlage bewilligt hätten, aber ganz sicher, wenn Sie davon um ein erhebliches abweichen. Es giebt gewisse Sätze in diesem Gesetz, die namentlich Bezug haben auf eine Einschränkung der Freiheiten in der Freizügigkeit und in der Presse, die ich vorher als die Hauptmotoren der plötzlichen und fruchtbaren Entwickelung andeutete, gewisse Bedingungen der Einschränkungen dieser schädlichen Einwirkung, ohne die ich das Gesetz für die Regierung überhaupt für unbrauchbar halten würde. Ich beschränke diesen Anspruch

auf das Mässigste und Unentbehrlichste. Mein Bestreben geht über dieses Gesetz und diese Vorlage hinaus, dahin, womöglich aus den drei Fraktionen die überhaupt an den staatlichen Zwecken der Regierung in befreundeter Weise mitarbeiten und aus der Regierung zusammen eine feste, sich gegenseitig in allen Theilen vertrauende Phalanx zu bilden, die im Stande ist, allen Stürmen, denen unser Reich ausgesetzt ist, wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Nr. 6796. Deutschland. 9. Oct. 1878.

Nr. 6797.

DEUTSCHLAND. — Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Vom 21. October 1878.

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., verordnen im Namen des Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt: Nr. 6797. Deutschland. 21. Oct. 1878.

§ 1. — Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten. || Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten. || Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

§ 2. — Auf eingetragene Genossenschaften findet im Falle des § 1 Abs. 2 der § 35 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften (Bundes-Gesetzbl. S. 415 ff.) Anwendung. || Auf eingeschriebene Hülfskassen findet im gleichen Falle der § 29 des Gesetzes über die eingeschriebenen Hülfskassen vom 7. April 1876 (Reichs-Gesetzbl. S. 125 ff.) Anwendung.

§ 3. — Selbständige Kassenvereine (nicht eingeschriebene), welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind im Falle des § 1 Abs. 2 zunächst nicht zu verbieten, sondern unter eine ausserordentliche staatliche Kontrole zu stellen. || Sind mehrere selbständige Vereine der vorgedachten Art zu einem Verbande vereinigt, so kann, wenn in einem derselben die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zu Tage treten, die Ausscheidung dieses Vereins aus dem Verbande und die Kontrole über denselben angeordnet werden. || In gleicher Weise ist, wenn die bezeichneten Bestrebungen in einem Zweigvereine zu Tage treten, die Kontrole auf diesen zu beschränken.

§ 4. — Die mit der Kontrole betraute Behörde ist befugt: || 1. allen Sitzungen und Versammlungen des Vereins beizuwohnen; || 2. Generalversamm-

Nr. 6797. Deutschland. 21. Oct. 1878.

lungen einzuberufen und zu leiten; || 3. die Bücher, Schriften und Kassenbestände einzusehen sowie Auskunft über die Verhältnisse des Vereins zu erfordern; || 4. die Ausführung von Beschlüssen, welche zur Förderung der im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen geeignet sind, zu untersagen; || 5. mit der Wahrnehmung der Obliegenheiten des Vorstandes oder anderer leitenden Organe des Vereins geeignete Personen zu betrauen; || 6. die Kassen in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen.

§ 5. — Wird durch die Generalversammlung, durch den Vorstand oder durch ein anderes leitendes Organ des Vereins den von der Kontrolbehörde innerhalb ihrer Befugnisse erlassenen Anordnungen zuwidergehandelt oder treten in dem Vereine die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen auch nach Einleitung der Kontrole zu Tage, so kann der Verein verboten werden.

§ 6. — Zuständig für das Verbot und die Anordnung der Kontrole ist die Landespolizeibehörde. Das Verbot ausländischer Vereine steht dem Reichskanzler zu. || Das Verbot ist in allen Fällen durch den „Reichsanzeiger“, das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot überdies durch das, für amtliche Bekanntmachungen der Behörde bestimmte Blatt des Ortes oder des Bezirkes bekannt zu machen. || Das Verbot ist für das ganze Bundesgebiet wirksam und umfasst alle Verzweigungen des Vereins sowie jeden vorgeblich neuen Verein, welcher sachlich als der alte sich darstellt.

§ 7. — Auf Grund des Verbotes sind die Vereinskasse sowie alle für Zwecke des Vereins bestimmten Gegenstände durch die Behörde in Beschlag zu nehmen. || Nachdem das Verbot endgültig geworden ist, hat die von der Landespolizeibehörde zu bezeichnende Verwaltungsbehörde die Abwickelung der Geschäfte des Vereins (Liquidation) geeigneten Personen zu übertragen und zu überwachen, auch die Namen der Liquidatoren bekannt zu machen. || An die Stelle des in den Gesetzen oder Statuten vorgesehenen Beschlusses der Generalversammlung tritt der Beschluss der Verwaltungsbehörde. || Das liquidirte Vereinsvermögen ist, unbeschadet der Rechtsansprüche Dritter und der Vereinsmitglieder, nach Maassgabe der Vereinsstatuten, beziehungsweise der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen, zu verwenden. || Der Zeitpunkt, in welchem das Verbot endgültig wird, ist als der Zeitpunkt der Auflösung oder Schliessung des Vereins (der Kasse) anzusehen. || Gegen die Anordnungen der Behörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 8. — Das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot sowie die Anordnung der Kontrole sind dem Vereinsvorstande, sofern ein solcher im Inlande vorhanden ist, durch schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung bekannt zu machen. Gegen dieselbe steht dem Vereinsvorstande die Beschwerde (§ 26) zu. || Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung der Verfügung bei der Behörde anzubringen, welche dieselbe erlassen hat. || Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 9. — Versammlungen, in denen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschafts-

ordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen. || Versammlungen, von denen durch Thatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, dass sie zur Förderung der im ersten Absatze bezeichneten Bestrebungen bestimmt sind, sind zu verbieten. || Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt. Nr. 6797. Deutschland. 21. Oct. 1878.

§ 10. — Zuständig für das Verbot und die Auflösung ist die Polizeibehörde. || Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 11. — Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten. || Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken, sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt.

§ 12. — Zuständig für das Verbot ist die Landespolizeibehörde, bei periodischen im Inlande erscheinenden Druckschriften die Landespolizeibehörde des Bezirks, in welchem die Druckschrift erscheint. Das Verbot der ferneren Verbreitung einer im Auslande erscheinenden periodischen Druckschrift steht dem Reichskanzler zu. || Das Verbot ist in der im § 6 Abs. 2 vorgeschriebenen Weise bekannt zu machen und ist für das ganze Bundesgebiet wirksam.

§ 13. — Das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot einer Druckschrift ist dem Verleger oder dem Herausgeber, das Verbot einer nicht periodisch erscheinenden Druckschrift auch dem auf derselben benannten Verfasser, sofern diese Personen im Inlande vorhanden sind, durch schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung bekannt zu machen. || Gegen die Verfügung steht dem Verleger oder dem Herausgeber sowie dem Verfasser die Beschwerde (§ 26) zu. || Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung der Verfügung bei der Behörde anzubringen, welche dieselbe erlassen hat. || Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 14. — Auf Grund des Verbotes sind die von demselben betroffenen Druckschriften da, wo sie sich zum Zwecke der Verbreitung vorfinden, in Beschlag zu nehmen. Die Beschlagnahme kann sich auf die zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen erstrecken; bei Druckschriften im engeren Sinne hat auf Antrag des Betheiligten statt Beschlagnahme des Satzes das Ablegen des letzteren zu geschehen. Die in Beschlag genommenen Druckschriften, Platten und Formen sind, nachdem das Verbot endgültig geworden ist, unbrauchbar zu machen. || Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 15. Die Polizeibehörde ist befugt, Druckschriften der im § 11 bezeichneten Art sowie die zu ihrer Vervielfältigung dienenden Platten und Formen schon vor Erlass eines Verbotes vorläufig in Beschlag zu nehmen. Die in Beschlag genommene Druckschrift ist innerhalb vierundzwanzig Stunden der Landespolizeibehörde einzureichen. Letztere hat entweder die Wieder-

 aufhebung der Beschlagnahme sofort anzuordnen oder innerhalb einer Woche das Verbot zu erlassen. Erfolgt das Verbot nicht innerhalb dieser Frist, so erlischt die Beschlagnahme und müssen die einzelnen Stücke, Platten und Formen freigegeben werden.

§ 16. — Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung von sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge sind polizeilich zu verbieten. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen. || Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 17. — Wer an einem verbotenen Vereine (§ 6) als Mitglied sich betheiligt, oder eine Thätigkeit im Interesse eines solchen Vereines ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Gefängniss bis zu drei Monaten bestraft. Eine gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher an einer verbotenen Versammlung (§ 9) sich betheiligt, oder welcher nach polizeilicher Auflösung einer Versammlung (§ 9) sich nicht sofort entfernt. || Gegen diejenigen, welche sich an dem Vereine oder an der Versammlung als Vorsteher, Leiter, Ordner, Agenten, Redner oder Kassirer betheiligen, oder welche zu der Versammlung auffordern, ist auf Gefängniss von Einem Monat bis zu Einem Jahre zu erkennen.

§ 18. — Wer für einen verbotenen Verein oder für eine verbotene Versammlung Räumlichkeiten hergiebt, wird mit Gefängniss von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.

§ 19. — Wer eine verbotene Druckschrift (§§ 11, 12), oder wer eine von der vorläufigen Beschlagnahme betroffene Druckschrift (§ 15) verbreitet, fortsetzt oder wieder abdruckt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Gefängniss bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 20. — Wer einem nach § 16 erlassenen Verbote zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Gefängniss bis zu drei Monaten bestraft. Ausserdem ist das zufolge der verbotenen Sammlung oder Aufforderung Empfangene oder der Werth desselben der Armenkasse des Ortes der Sammlung für verfallen zu erklären.

§ 21. — Wer ohne Kenntniss, jedoch nach erfolgter Bekanntmachung des Verbotes durch den „Reichsanzeiger“ (§§ 6, 12) eine der in den §§ 17, 18, 19 verbotenen Handlungen begeht, ist mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft zu bestrafen. || Gleiche Strafe trifft den, welcher nach erfolgter Bekanntmachung des Verbotes einem nach § 16 erlassenen Verbote zuwiderhandelt. Die Schlussbestimmung des § 20 findet Anwendung.

§ 22. — Gegen Personen, welche sich die Agitation für die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zum Geschäfte machen, kann im Falle einer Verurtheilung wegen Zuwiderhandlungen gegen die §§ 17 bis 20 neben der Freiheitsstrafe auf die Zulässigkeit der Einschränkung ihres Aufenthaltes erkannt werden. || Auf Grund dieses Erkenntnisses kann dem Verurtheilten der Auf-

enthalt in bestimmten Bezirken oder Ortschaften durch die Landespolizeibehörde versagt werden, jedoch in seinem Wohnsitze nur dann, wenn er denselben nicht bereits seit sechs Monaten innehat. Ausländer können von der Landespolizeibehörde aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden. Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt. ‖ Zuwiderhandlungen werden mit Gefängniss von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft. Nr. 6797. Deutschland. 21. Oct. 1878.

§ 23. — Unter den im § 22 Abs. 1 bezeichneten Voraussetzungen kann gegen Gastwirthe, Schankwirthe, mit Branntwein oder Spiritus Kleinhandel treibende Personen, Buchdrucker, Buchhändler, Leihbibliothekare und Inhaber von Lesekabineten neben der Freiheitsstrafe auf Untersagung ihres Gewerbebetriebes erkannt werden.

§ 24. — Personen, welche es sich zum Geschäft machen, die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zu fördern, oder welche auf Grund einer Bestimmung dieses Gesetzes rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt worden sind, kann von der Landespolizeibehörde die Befugniss zur gewerbsmässigen oder nicht gewerbsmässigen öffentlichen Verbreitung von Druckschriften sowie die Befugniss zum Handel mit Druckschriften im Umherziehen entzogen werden. ‖ Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 25. — Wer einem auf Grund des § 23 ergangenen Urtheil oder einer auf Grund des § 24 erlassenen Verfügung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängniss bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 26. — Zur Entscheidung der in den Fällen der §§ 8, 13 erhobenen Beschwerden wird eine Kommission gebildet. Der Bundesrath wählt vier Mitglieder aus seiner Mitte und fünf aus den Mitgliedern der höchsten Gerichte des Reiches oder der einzelnen Bundesstaaten. ‖ Die Wahl dieser fünf Mitglieder erfolgt für die Zeit der Dauer dieses Gesetzes und für die Dauer ihres Verbleibens im richterlichen Amte. ‖ Der Kaiser ernennt den Vorsitzenden und aus der Zahl der Mitglieder der Kommission dessen Stellvertreter.

§ 27. — Die Kommission entscheidet in der Besetzung von fünf Mitgliedern, von denen mindestens drei zu den richterlichen Mitgliedern gehören müssen. Vor der Entscheidung über die Beschwerde ist den Betheiligten Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Begründung ihrer Anträge zu geben. Die Kommission ist befugt, Beweis in vollem Umfange, insbesondere durch eidliche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, zu erheben oder mittelst Ersuchens einer Behörde des Reiches oder eines Bundesstaates erheben zu lassen. Hinsichtlich der Verpflichtung, sich als Zeuge oder Sachverständiger vernehmen zu lassen, sowie hinsichtlich der im Falle des Ungehorsams zu verhängenden Strafen kommen die Bestimmungen der am Sitze der Kommission, beziehungsweise der ersuchten Behörde, geltenden bürgerlichen Processgesetze zur Anwendung. Die Entscheidungen erfolgen nach freiem Ermessen und sind endgültig. ‖ Im Uebrigen wird der Geschäftsgang bei der Kommission

Nr. 6797. Deutschland. 21. Oct. 1878. durch ein von derselben zu entwerfendes Regulativ geordnet, welches der Bestätigung des Bundesrathes bedarf.

§ 28. — Für Bezirke oder Ortschaften, welche durch die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können von den Centralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesrathes für die Dauer von längstens einem Jahre getroffen werden:

1. dass Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen; auf Versammlungen zum Zweck einer ausgeschriebenen Wahl zum Reichstag oder zur Landesvertretung erstreckt sich diese Beschränkung nicht;
2. dass die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Strassen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf;
3. dass Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften versagt werden kann;
4. dass der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Waffen verboten, beschränkt oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wird.

Ueber jede auf Grund der vorstehenden Bestimmungen getroffene Anordnung muss dem Reichstage sofort, beziehungsweise bei seinem nächsten Zusammentreten, Rechenschaft gegeben werden. || Die getroffenen Anordnungen sind durch den „Reichsanzeiger“ und auf die für landespolizeiliche Verfügungen vorgeschriebene Weise bekannt zu machen. || Wer diesen Anordnungen oder den auf Grund derselben erlassenen Verfügungen mit Kenntniss oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängniss bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 29. — Welche Behörden in jedem Bundesstaat unter der Bezeichnung „Landespolizeibehörde,“ „Polizeibehörde“ zu verstehen sind, wird von der Centralbehörde des Bundesstaates bekannt gemacht.

§ 30. — Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft und gilt bis zum 31. März 1881.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 21. October 1878.

Im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät des Kaisers:

(L. S.) Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

Fürst v. Bismarck.

Nr. 6798.

DEUTSCHLAND. — Kaiserlicher Erlass, betreffend die Wiederübernahme der Regierungsgeschäfte.

Nachdem durch Gottes gnädige Hülfe Meine Gesundheit wiederhergestellt und damit die Behinderung fortgefallen ist, für deren Dauer Ich durch Meine Order vom 4. Juni d. J. Eurer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit und Liebden Meine Vertretung in der oberen Leitung der Regierungsgeschäfte übertragen habe, will Ich diese Geschäfte mit dem heutigen Tage wieder Selbst übernehmen. Dem Reichskanzler und dem Staatsministerium habe Ich diesen Erlass zur amtlichen Veröffentlichung zugehen lassen.

Nr. 6798. Deutschland. 5. Dec. 1878.

Berlin, den 5. Dezember 1878.

Wilhelm.

Otto Graf zu Stolberg. Leonhardt. Falk. v. Kameke. Friedenthal. v. Bülow. Hofmann. Graf zu Eulenburg. Maybach. Hobrecht.

An
des Kronprinzen des deutschen Reiches und von Preussen
Kaiserliche und Königliche Hoheit und Liebden.

Nr. 6799.

DEUTSCHLAND. — Schreiben des Kaisers an den Kronprinzen bei Wiederübernahme der Regierungsgeschäfte.

Mein freundlich geliebter Sohn!

Als im Laufe des Jahres die verbrecherische That eines zu argem Entschlusse gelangten Verirrten mir die Nothwendigkeit auferlegte, einstweilen auf die Ausübung meines fürstlichen Berufes zu verzichten, übertrug ich Euerer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit mit Hinblick auf die Bereitwilligkeit, welche ich bei Ihnen kenne, wenn es gilt, dem Vaterlande zu dienen, an meiner Statt die Leitung der Regierungsgeschäfte. Es ist mir Herzensbedürfniss, Ihnen für die mit voller Hingebung uud mit sorgsamer Beachtung meiner Grundsätze erfolgreich geführte Vertretung meinen innigen Dank auszusprechen. Die Gewissheit, dass die schwierigen Aufgaben der Regierung in dieser tief bewegten Zeit von Euerer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit mit fester Hand zum Heile des Volkes wahrgenommen werden würden, hat mich nicht getäuscht; denn es war mir vergönnt, mit wachsender Befriedigung den Gang der Regierungsgeschäfte während dieser Zeit zu beobachten. Der mir dadurch gewordenen Ruhe und Zuversicht verdanke ich es wesentlich, dass

Nr. 6799. Deutschland. 5. Dec. 1878.

Nr. 6799. Deutschland. 5. Dec. 1878. meine Genesung so rasch vorgeschritten ist. Jetzt, wo ich mit demüthigem Danke gegen die göttliche Vorsehung es preise, durch deren Gnade es mir vergönnt ist, wieder mit eigener Kraft und Hand die Pflichten meines fürstlichen Berufes zu erfüllen, wiederhole ich Ihnen meinen väterlichen Dank und verbinde damit als Kaiser und König meine vollste Anerkennung für Ihre treu geübte Wirksamkeit in dem Bewusstsein, dass das deutsche und preussische Volk von gleicher Gesinnung der Erkenntlichkeit für Sie durchdrungen sein wird.

Ich verbleibe mit aufrichtiger Freundschaft

Eurer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit

freundwilliger und liebender Vater

Wilhelm.

Berlin, den 5. Dezember 1878.

Central-Asiatische Frage*).

(Afghanistan.)

Nr. 6800.

GROSSBRITANNIEN und **AFGHANISTAN.** — Freundschaftsvertrag.

Treaty between the British Government and His Highness Ameer Dost Mohammed Khan, Walee of Cabul and of those countries of Afghanistan now in his possession, concluded on the part of the British Government by John Lawrence, Esquire, Chief Commissioner of the Punjab, in virtue of full powers vested in him by the Most Noble James Andrew, Marquis of Dalhousie, K. T., &c., Governor-General of India, and on the part of the Ameer of Cabool, Dost Mohammed Khan, by Sirdar Golam Hyder Khan, in virtue of full authority granted to him by His Highness.

Nr. 6800. Gross-britannien und Afghanistan. 30. März 1855.

Article I.

Between the Honourable East India Company and His Highness Ameer Dost Mohammed Khan, Walee of Cabul and of those countries now in his possession, and the heirs of the said Ameer, there shall be perpetual peace and friendship.

Article II.

The Honourable East India Company engages to respect those territories of Afghanistan now in His Highness's possession, and never to interfere therein.

Article III.

His Highness Ameer Dost Mohammed Khan, Walee of Cabul and of those countries of Afghanistan now in his possession, engages, on his own part and on the part of his heirs, to respect the territories of the Honourable East

*) Vgl. Staatsarchiv Bd. XXVI. Anm. d. Red.

Nr. 6800. Grossbritannien und Afghanistan. 30. März 1855.

India Company, and never to interfere therein, and to be the friend of the friends and enemy of the enemies of the Honourable East India Company.

Done at Peshawur this 30th day of March 1855, corresponding with the 11th day of Rujjub, 1271 Hijree.

John Lawrence,
Chief Commissioner of the Punjab.

Seal.
Seal of Golam Hyder, heir-apparent.

As the representative of Ameer Dost Mohammed Khan, and in person on his own account as heir-apparent.

Ratified by the Most Noble the Governor-General at Ootakamund, this 1st day of May 1855.

Dalhousie.

Nr. 6801.

GROSSBRITANNIEN und **AFGHANISTAN**. — Bündnissvertrag.

Nr. 6801. Grossbritannien und Afghanistan. 26. Jan. 1857.

Articles of Agreement made at Peshawur on the 26th January 1857 (corresponding with Jumadee-ool-Awul 29th, a. H. 1273), between Ameer Dost Mohammed Khan, Ruler of Cabool and of those countries of Afghanistan now in his possession, on his own part, and Sir John Lawrence, K. C. B., Chief Commissioner of the Punjab, and Lieutenant-Colonel H. B. Edwardes, C. B., Commissioner of Peshawur, on the part of the Honourable East India Company, under the authority of the Right Honourable Charles John Viscount Canning, Governor-General of India in Council.

1. Whereas the Shah of Persia, contrary to his engagement with the British Government, has taken possession of Herat, and has manifested an intention to interfere in the present possessions of Amir Dost Mohammed Khan, and there is now war between the British and Persian Governments, therefore the Honourable East India Company, to aid Amir Dost Mohammed Khan to defend and maintain his present possessions in Balkh, Cabul and Kandahar against Persia, hereby agrees, out of friendship, to give the said Amir one lak of Company's rupees monthly during the war with Persia, on the following conditions: —

2. The Amir shall keep his present number of cavalry and artillery, and shall maintain not less than 18,000 infantry, of which 13,000 shall be regulars, divided into 13 regiments.

3. The Amir is to make his own arrangements for receiving the money at the British Treasuries, and conveying it through his own country.

4. British officers, with suitable establishments and orderlies, shall be deputed, at the pleasure of the British Government, to Cabul or Kandahar or Balkh, or all three places, or wherever an Afghan army be assembled to act against the Persians. It will be their duty to see generally, that the subsidy granted to the Amir be devoted to the military purposes for which it is given, and to keep their own Government informed of all affairs. They will have nothing to do with the payment of the troops, or advising the Cabul Government, and they will not interfere in any way in the internal administration of the country. The Amir will be responsible for their safety and honourable treatment while in his country, and for keeping them acquainted with all military and political matters connected with the war.

Nr. 6801. Grossbritannien und Afghanistan. 26. Jan. 1857.

5. The Amir of Cabul shall appoint and maintain a vakil at Peshawur.

6. The subsidy of one lak per mensem shall cease from the date on which peace is made between the British and Persian Governments, or at any previous time at the will and pleasure of the Governor-General of India.

7. Whenever the subsidy shall cease the British Officers shall be withdrawn from the Amir's country; but at the pleasure of the British Government a vakil, not a European officer, shall remain at Cabul on the part of the Government, and one at Peshawur on the part of the Government of Cabul.

8. The Ameer shall furnish a sufficient escort for the British Officers from the British border when going to the Ameer's country, and to the British border when returning.

9. The subsidy shall commence from 1st January 1857, and be payable at the British Treasury one month in arrears.

10. The five lakhs of rupees which have been already sent to the Ameer (three to Candahar and two to Cabul) will not be counted in this Agreement. They are a free and separate gift from the Honourable East India Company. But the sixth lakh now in the hands of the mahajuns of Cabul, which was sent for another purpose, will be one of the instalments under this Agreement.

11. This Agreement in no way supersedes the Treaty made at Peshawur on 30th March 1855 (corresponding with 11th of Rajjab 1271), by which the Ameer of Cabul engaged to be the friend of the friends and the enemy of the enemies of the Honourable East India Company, and the Ameer of Cabul, in the spirit of that Treaty, agrees to communicate to the British Government any overtures he may receive from Persia or the allies of Persia during the war, or while there is friendship between the Cabul and British Governments.

12. In consideration of the friendship existing between the British Government and Ameer Dost Mohammed Khan, the British Government engages to overlook the past hostilities of all the tribes of Afghanistan, and on no account to visit them with punishment.

13. Whereas the Ameer has expressed a wish to hawe 4,000 muskets given him in addition to the 4,000 already given, it is agreed that 4,000

Nr. 6801. Grossbritannien und Afghanistan. 26. Jan. 1857. muskets shall be sent by the British Government to Tull, whence the Ameer's people will convey them with their own carriage.

Seal.

John Lawrence,

Seal. Chief Commissioner.

Herbert B. Edwardes,

Seal. Commissioner of the Peshawur Division.

Nr. 6802.

AFGHANISTAN. — Emir Schir Ali an den Vicekönig von Indien. — Regierungsantritt Schir Ali's.

(After compliments.)

Nr. 6802. Afghanistan. 12. Juni 1863. I beg to inform your Excellency, that as death is the common lot of man, my revered father, 14 days after the capture of Herat and its dependencies, died of a chronic illness at sunrise on Tuesday the 21st of Zeelhej (9th June). || In accordance with the wishes of my father to give intimation to your Excellency of everything, whether trifling or important, I beg to apprise you that as long as I live I will, please God, follow the laudable example of my father in maintaining the strong ties of friendship and amity subsisting between the British and this State. || I trust, that your Excellency, setting your mind at ease in every respect, will continue to gratify me from time to time with gracious letters. || I have thought it expedient to stay here a few days, in order to appoint a ruler of Herat, and to make boundary settlements, and afterwards I will take my departure for Cabool.

(True translation.)

Nr. 6803.

GROSSBRITANNIEN. — Vicekönig von Indien an den Emir Schir Ali. — Anerkennung Schir Ali's.

After Compliments.

Nr. 6803. Grossbritannien. 23. Dec. 1863. Your friendly letter communicating the melancholy tidings of your father's death was received by my lamented predecessor, Lord Elgin, with the utmost regret for the loss of so firm and constant an ally of the British Government. || You will have learned from my separate letter of the death of the late Viceroy and Governor-General, an event which was preceded by a severe and protrac-

ted illness, during which a formal reply to your announcement was necessarily postponed. || My separete letter will also have informed you, that I have assumed the office of Governor-General, and I take this early opportunity of acknowledging the receipt of your Khurreeta, in which you intimate your succession to the late Ameer Dost Mahommed Khan, and your desire, as Ruler of Affghanistan, to maintain the same friendly relations with the British Government as have heretofore existed. || You may rest assured, that the British Government participate in this desire, and I sincerely trust that under your rule Affghanistan may possess a strong and united Government, and that the good understanding and friendship which prevailed during the lifetime of the late Ameer, your predecessor, may continue to gain strength and stability under your own administration. || Moved by a sincere wish for the permanent welfare of your rule and of the people of Affghanistan, I deem it advisable to commend to your careful consideration and attention the words of the late Viceroy when acknowledging, in his letter of the 3rd July last, the announcement made by the late Ameer of the capture of Herat by storm under your Highness' leading. I feel, that I cannot too strongly press upon your attention the necessity for your taking the utmost care to prevent any of your Highness' officers on the Persian frontier from permitting themselves to be led into any measures or enterprizes which could justly give umbrage to Persia. I am confident, that your Highness, conscious how greatly the interests of yourself and the Affghan people are at stake in this matter, will be solicitous to maintain peace and order on your own frontiers, and will countenance no aggressions on the part of any persons over whom your Highness' officers have influence. || In conclusion, &c.

Nr. 680. Gross-britannien. 23. Dec. 1863.

W. Denison.

Nr. 6804.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (Earl Russell) an d. kgl. Geschäftsträger in St.-Petersburg (Mr. Lumley). — Verständigung mit Russland über Central-Asien.

Foreign Office, July 31, 1865.

Sir, — I have received your despatch of the 3rd instant, inclosing an extract from the „Journal de St.-Pétersbourg“ containing observations on that part of Sir R. Murchison's address to the Royal Geographical Society which had reference to the progress of Russia in Central Asia. || I have to observe, that Her Majesty's Government share completely the sentiments of Sir R. Murchison, and are glad to think that the article in the „Journal de St.-Pétersbourg“ of the 1st July expresses those of the Russian Government.

Nr. 6804. Gross-britannien. 31. Juli 1865.

Nr. 6804. Gross-britannien. 31. Juli 1865. || Still there are circumstances in the present situation of the British and Russian Empires which might give rise to anxiety, and Her Majesty's Government being fully persuaded of the friendly and pacific sentiments of the Emperor of Russia are desirous to remove every cause of danger which might threaten the future good understanding of England and Russia. || Her Majesty's Government consider it would be useful for this end if the two Powers were to make friendly explanations to each other, based on the present state of affairs. || Her Majesty's Government on their part are determined to respect the present state of possession in Central Asia. Her Majesty's Government will also respect the independence of the Persian Monarchy, will be careful not to encroach upon the territory of Persia, and will act in such a manner as may best support and strengthen the sovereignty of the Shah. || If His Majesty the Emperor of Russia will be prepared to make analogous declarations, Her Majesty's Government think that without the formality of a Convention an exchange of notes might take place which would tend to settle the minds of the inhabitants of Central Asia, and prevent misunderstandings, thereby affording a fresh security for the maintenance of peace between the two Empires. || You will read this despatch to Prince Gortchakow, and you will furnish his Excellency with a copy of it. || I am, &c.

Russell.

Nr. 6805.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in St.-Petersburg an den kgl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Fürst Gortschakoff.

St.-Petersburgh, August 10, 1865.

Nr. 6805. Gross-britannien. 10. Aug. 1865. My Lord, — On the receipt of your Lordship's despatch of the 31st ultimo, which was delivered to me by Mr. Stephens, Prince Gortchakow being at Peterhoff, I asked by telegraph for an interview with his Excellency. || The Vice-Chancellor, who gave me an appointment for to-day, sent his carriage to meet me and received me the instant I arrived. || I was proceeding to read your Lordship's despatch to Prince Gortchakow, when his Excellency asked me to let him read it himself, which he did aloud. At the conclusion he said he was very glad to receive these friendly assurances on the part of Her Majesty's Government, which would give great satisfaction to the Emperor, who was always glad when any opportunity offered of improving and drawing closer together the bonds of amity which existed between the two countries; nor should he have any difficulty in replying to them in a similar tone as regarded the substance of this communication, though there might be some as to the form or *rédaction* in which that reply should be drawn up. || His

Excellency said, however, that he did not exactly understand what object your Lordship had in view in desiring this interchange of declarations; as a practical man, he did not see what was to be gained by it. As regarded the policy of Russia in Central Asia, the Emperor's views had been publicly announced and even published; they were to the effect that Russia desires no extension of territory in that country: what she does desire is a peaceful and settled state of affairs on her Turkestan frontier, such as will enable her to open a safe road for commerce to Kashgar, not for Russia alone, but for the whole world. || There would be no difficulty, Prince Gortchakow continued, in making such a statement as that proposed by Her Majesty's Government with regard to the present state of possession in Central Asia, were it not for the behaviour of the Khan of Bokhara, who had already entered and taken possession of some portion of the territory of Khokand; an intimation of a hostile nature had also been received by General Tchernaieff from the Khan of Bokhara, and it was difficult to say what might arise from the action of the barbarous leaders of the hordes of Bokhara, who seemed prepared to overrun the neighbouring Khanate. This Russia could never tolerate, and measures had been taken, by laying an embargo on the trade of Bokhara, which it was hoped would have the effect of compelling the Ameer to withdraw from the territory of Khokand. || With regard to your Lordship's declaration, that Her Majesty's Government will respect the independence and territory of Persia and uphold the sovereignty of the Shah, his Excellency said he could not understand the connection between Central Asia and the Persian Monarchy which had induced your Lordship to make this declaration. || The declaration itself was of a very satisfactory nature, and one which was quite in accordance with the views of the Imperial Government, but, while receiving it with pleasure, he must say that he had never suspected Her Majesty's Government of any intention of encroaching upon the territory of the Shah. || In conclusion, his Excellency repeated that, although he felt no difficulty in replying to your Lordship as regarded the *fond* of your proposition, he felt somewhat embarrassed as to the *forme* in which it should be made; he would, however, think over how this was to be done, and, as was usual in similar cases, his reply would be conveyed to your Lordship through Baron Brunnow. || I have, &c.

Nr. 6805. Gross-britannien. 10. Aug. 1865.

J. Savile Lumley.

Nr. 6806.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg (Sir A. Buchanan) an den kgl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Kaiser, betreffend Centralasien.

St. Petersburgh, September 14, 1865.

Nr. 6806. Gross-britannien. 14.Sept.1865.

My Lord, — With reference to my despatch of the 12th instant, I have the honour to inform your Lordship that the Emperor was pleased to speak to me of the correspondence which has recently taken place between the two Governments respecting Central Asia, at the audience which His Imperial Majesty granted to me on my return to St.-Petersburgh, and he stated that I might assure your Lordship that his Government had no ambitious designs in that quarter of the world, and that their language on the subject was entirely free from reservation or „arrières pensées.“ || His Majesty said, that his Empire was already sufficiently large, and that his sole policy in Central Asia was to encourage commerce and civilization. But that in following this object, it was of course impossible to prevent collisions occurring from time to time between his troops and the inhabitants of these distant and barbarous countries. || His Majesty held much the same language to me as Prince Gortchakow, and as he also explained in the same manner the omission of any reference in the Prince's despatch to the policy of Russia with respect to Persia. || I replied, that I had already expressed my regret to Prince Gortchakow at that omission, and that I could only repeat it to His Majesty. The Emperor said, that Baron Brunnow had, however, been instructed to give your Lordship satisfactory assurances on the subject, though he could not understand, unless it was merely to meet Parliamentary inquiries, why your Lordship should desire them. In replying to these observations I used the same language which I had held to Prince Gortchakow, and stated that without having received any further explanations of the views of Her Majesty's Government than were to be found in your Lordship's despatch of the 31st July last, it appeared to me that your Lordship's object was to establish an understanding between the two Governments with respect to the States of Central Asia, which would conduce to the future tranquillity and welfare of these countries, and satisfy their Rulers that they had nothing to gain from the mutual jealousies of Great Britain and Russia. || I have, &c.

Andrew Buchanan.

Nr. 6807.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den kgl. Min. d. Ausw. — Erklärungen des Fürsten Gortschakoff.

St.-Petersburgh, October 11, 1865.

My Lord, — Prince Gortchakow will dispatch a messenger to London to-morrow, who will be the bearer of instructions to Baron Brunnow on the subject of the policy of Russia with respect to Central Asia and to Persia, which will, I trust, prove satisfactory to your Lordship and to Her Majesty's Government. || Although the form of Prince Gortchakow's declaration is not so formal and binding as that which your Lordship invited, it, at all events, gives an assurance that Russia has only commercial objects in Central Asia, and that she will respect the independence of Afghanistan, and that, in common with Great Britain, she will support the Persian Monarchy. || Under present circumstances this assurance may, I presume, be considered satisfactory; and with regard to the eventualities of the distant future, it would perhaps be rash to expect that any declaration, however honest and however formal, Prince Gortchakow might give, would indefinitely restrain this nation from seeking to follow out what many Russians are believed to consider the mission of Russia in the East. || In speaking to me on the subject his Excellency said, that Baron Brunnow cannot declare too positively to Lord Russell that all the Russian Government seek in Central Asia is to establish secure caravan routes towards the East, and that with respect to their present measures, they consider it necessary, in order to effect this, that Khokand and Tashkend shall be assisted to maintain their independence of Bokhara. || I have, &c.

Nr. 6807. Gross-britannien. 11. Oct. 1865.

Andrew Buchanan.

Nr. 6808.

GROSSBRITANNIEN. — Vicekönig von Indien an Mahomed Ufzul Khan. — Anerkennung Mahomed Ufzul's.

I have received your Highness's friendly letter informing me, that your Highness's troops under the command of Sirdar Mahomed Azim Khan and Sirdar Abdool Reyman Khan have completely defeated Ameer Shere Ali Khan, and have followed up this victory by capturing and occupying the city of Candahar. || Your Highness must pardon my saying, that I feel pity for Ameer Shere Ali Khan personally. He succeeded your Highness's renowned father

Nr. 6808. Gross-britannien. 25. Febr. 1867.

Nr. 6808. Gross-britannien. 25. Febr. 1867. as the ally of the British Government, and he adhered to the alliance, giving me no cause of offence at any time. Nevertheless, the general welfare of the great Barukzye house and of the Affghan people has higher claims upon my consideration. With great sorrow and solicitude I have, for three years past, seen that house and people a prey to the most calamitous dissensions. I am disposed therefore to hail hopefully any event which may tend to bring Affghanistan nearer to the attainment of a stable peace and strong government under one of the sons of Ameer Dost Mahomed Khan. And in this spirit I beg to tender to your Highness my congratulations on the recent victory secured for your Highness's arms by my friend Sirdar Mahomed Azim Khan and your Highness's gallant son, Sirdar Abdool Reyman Khan. || My friend! The British Government has hitherto maintained a strict neutrality between the contending parties in Affghanistan. Rumours, I am told, have reached the Cabul Durbar of assistance having been granted by me to Ameer Shere Ali Khan. I take this opportunity to request your Highness not to believe such idle tales. Neither men, nor arms, nor money, nor assistance of any kind, have ever been supplied by my Government to Ameer Shere Ali Khan. Your Highness and he, both equally unaided by me, have fought out the battle, each upon your own resources. I purpose to continue the same policy for the future. If unhappily the struggle for supremacy in Affghanistan has not yet been brought to a close, and hostilities are again renewed, I shall still side with neither party. || My friend! As I told your Highness in my former letter, the relations of the British Government are with the actual Rulers of Affghanistan. Therefore, so long as Ameer Shere Ali Khan holds Herat and maintains friendship with the British Government, I shall recognise him as Ruler of Herat, and shall reciprocate his amity. || But upon the same principle I am prepared to recognise your Highness as Ameer of Cabul and Candahar, and I frankly offer your Highness, in that capacity, peace and the good-will of the British Government. I shall expect your Highness in return to recognise as binding on your Highness's Government of Cabul and Candahar the engagements concluded between the British Government and your Highness's father, the late Ameer Dost Mahomed Khan, as contained in the Treaty of 30th March 1855, and that part of the Treaty of 26th January 1857 which is still in force. || My friend! It will give me much pleasure if your Highness consent to this proposal and accept the alliance of the British Government. Confidently anticipating that your Highness will appreciate the advantages of such a course, I desire to bring to your Highness's notice the provision made in Article 7 of the Treaty of 1857 to the effect that, „at the pleasure of the British Government, a Vakeel, not a European Officer, shall remain at Cabul on the part of the British Government.“ Your Highness is aware that since my last Agent was recalled to India three years ago, my communications with the Cabul Government have been carried on through a Moonshee whom the Agent left behind for the purpose. This arrangement was never intended to be otherwise than temporary,

and it has been found inconvenient in practice. Accordingly, if your Highness has no objection, I shall at once depute a Mahomedan gentleman of rank and character to be my representative at your Highness's Court. Nr. 6808. Grossbritannien. 25.Febr.1867.

John Lawrence.

Nr. 6809.

GROSSBRITANNIEN. — Vicekönig von Indien an Mahomed Aazum Khan. — Anerkennung Mahomed Aazum's.

I have received from my news-writer at Cabul intimation of the sickness and death of your Highness's brother, the late Ameer Mahomed Afzul Khan, and of your Highness having succeeded to the Ameership. || My friend! I offer to you my sincere condolence on the distress which has been occasioned to your Highness' illustrious family from this painful event. || At the same time it has given me much satisfaction to learn that, with the consent of the son of the late Ameer, Sirdaar Abdool Rahman Khan, and the approval of the chiefs and people of the country, you have been installed as the successor of your late brother. || And, my friend! It is my earnest hope, that this auspicious event may tend towards the consolidation and prosperity of the kingdom. Nr. 6809. Grossbritannien. 13.Nov.1867.

John Lawrence.

Nr. 6810.

GROSSBRITANNIEN. — Minister für Indien (Sir Stafford Northcote) an den Vicekönig von Indien. — Die Politik gegenüber Afghanistan und Russland.

India Office, London, 26th December 1867.

Sir, — 1. Her Majesty's Government have had under their consideration the important political questions to which your Excellency has lately directed their attention in various letters. || 2. These questions relate, firstly, to the position of affairs in Afghanistan, and the course to be pursued towards the ruler of that country by your Excellency's Government; and, secondly, to the progress of Russia in Central Asia, and the diplomatic action which might advantageously be taken with respect to it by Her Majesty's Government in Europe. || 3. Although these questions are to some extent interlaced with and dependent upon each other, it is desirable that they should be separately treated. || Nr. 6810. Grossbritannien. 26. Dec. 1867.

Nr. 6810. Gross-britannien. 26. Dec. 1867. 4. With respect to the first question, Her Majesty's Government observe that on the death of the Ameer Dost Mahomed Khan, his son Shere Ali Khan, who had been nominated Heir-apparent, was recognised by the British Viceroy of the day, as the de facto Ruler of Afghanistan. The Treaty rights to which the Sirdar thus succeeded were those which resulted from the engagements contracted between the British Government in India and Ameer Dost Mahomed, when your Excellency as Chief Commissioner of the Punjab in 1855 met the Sirdar Hyder Khan at Peshawur. But there was nothing in this Treaty rendering it incumbent on the British Government to support the pretensions of Shere Ali Khan, or of any other chief, if, in the progress of events, it might appear that this policy was not such as to promote the interests of the Afghan nation by securing the internal tranquillity and independence of the country and the preservation of the peace of the frontier. || 5. There has, therefore, been no breach of faith in the decision adopted by your Excellency to recognise the late Sirdar Mahomed Afzul Khan as de facto Ruler of Cabul, when the course of events in Afghanistan placed him in that position; nor can there be any impropriety in your equally acknowledging his son and successor Abdul Rahman Khan, if it appears that he is the chief preferred by the nation. || 6. It is the desire of Her Majesty's Government not to interfere in the internal conflicts of the Afghans, so long as they do not jeopardize the peace of the frontier, or lead to the formation of engagements with other powers dangerous to the independence of Afghanistan, which it long has been and still is the main object of our policy in that part of the world to maintain. If, however, your Excellency should see reason to believe that either party in the State is endeavouring to strengthen itself against the national feeling by invoking foreign aid, and especially if you should observe any disposition to make territorial sacrifices, or otherwise to compromise the integrity of Afghanistan for the sake of obtaining such aid, it is quite right that you should warn those who may evince such an inclination that by such a course they may compel the British Government to give material support to their rivals. || 7. I learn from the despatch under reply that your Excellency has already given such a warning to Shere Ali Khan, and I approve of your proposal, should you ascertain that this Chief has entered into any compact with Persia involving the interference of that power in Afghan affairs, to give support in the form of a subsidy or of a supply of arms to the de facto Ruler of Cabul, declaring at the same time that the Treaty with Shere Ali Khan is at an end. || 8. Her Majesty's Government, however, cannot anticipate, that the Persian Government will enter upon a course of policy distinctly renounced in the Treaty of Paris, and they take for granted that even if Shere Ali Khan should have made overtures of the character you describe they will have been declined by the Government of the Shah. || 9. Her Majesty's Government entirely agree with your Excellency in the opinion that, if any aid at all is given to the Ruler of Cabul, it should be in the form of a subsidy or

of a grant of arms, and not by any advance of our troops. Such an advance would in all probability give occasion for grave misapprehensions as to our intentions, and might lead to serious complications. || 10. Having thus conveyed to your Excellency the general views of Her Majesty's Government, I have only to add that they place the most implicit confidence in your prudence, and in your intimate acquaintance with the political condition of Afghanistan, and feel assured that they may safely leave it to your discretion to act as you may think right upon any emergency that may arise. || 11. I now proceed to the second question, to which your Excellency refers, namely, whether it is desirable to make any communication to the Government of Russia, in order to obviate any possible inconvenience that might be apprehended from the progress of that power in Central-Asia. || 12. Upon this point Her Majesty's Government see no reason for any uneasiness or for any jealousy. The conquests which Russia has made, and apparently is still making in Central-Asia, appear to them to be the natural result of the circumstances in which she finds herself placed, and to afford no ground whatever for representations indicative of suspicion or alarm on the part of this country. Friendly communications have at various times passed between the two Governments on the subject, and should an opportunity offer Her Majesty's Government will avail themselves of it for the purpose of obviating any possible danger of misunderstanding either with respect to the proceedings of Russia, or to those of England. This is all that it appears necessary or desirable to do.

Nr. 6810. Grossbritannien. 26. Dec. 1867.

S. H. Northcote.

Nr. 6811.

GROSSBRITANNIEN. — Memorandum von Mr. Rawlinson über die central-Asiatische Frage.

Nr. 6811. Grossbritannien. 2. Juli 1868.

When Russia began to recover from the torpor and exhaustion consequent on the Crimean War, her first care was to repair and strengthen her position in Asia. She had suffered a grievous blow in Europe; but she had escaped a still greater calamity in Asia, where, if a British force had been employed instead of a Turkish, and means had been taken to utilize the co-operation of the Circassians, she might have lost all her Trans-Caucasian provinces. To obviate the possible recurrence of such a danger required her immediate attention; and as the Treaty of Paris had left the Circasians exposed to the full burst of her hostility, 150,000 soldiers were accordingly soon arrayed in line against them. In 1859 Gounib, the stronghold of the mountaineers, was stormed, and Shamil was taken prisoner. Success followed on success, till the disheartened Circassians, preferring expatriation to submission,

Nr. 6811. Gross-britannien. 2. Juli 1868. abandoned their native mountains, and sought a refuge in the Turkish territory. || The importance of this extinction of Circassian nationality was certainly not recognized at the time; it has hardly perhaps been recognized at the present day, yet it was the turning point of Russian empire in the East. So long as the mountaineers resisted, they formed an effective barrier to the tide of onward conquest. When they were once swept away, there was no military or physical obstacle to the continuous march of Russia from the Araxes to the Indus. || The termination of the Circassian difficulty was immediately followed by renewed activity to the eastward. Whether, when Russia began to feel her way across the steppe in 1847—8, and to erect fortresses on the Irghiz and Turgäi rivers, she was merely obeying a natural law of increase, or whether she was deliberately resuming an old traditional scheme of territorial conquest, is really a matter of very little moment. One thing alone is manifest, — and must always have been manifest to so astute a power, — that her advance from Orenburg to the Jaxartes, the transfer of her frontier from the northern to the southern limit of the steppe, was a certain prelude to bitter and interminable war. As long as the Kirghiz steppe, which is a zone of almost uninhabited desert, stretching 2,000 miles from west to east, and nearly 1,000 miles from north to south, intervened as a „buffer" between the military colonies of the Orenburg and Siberian lines and the swarming centres of Mahommedan population beyond the Aral, so long peace was possible in Central-Asia; but when once the „debateable ground" was passed and Russian garrisons jostled against Uzbeg posts upon the Jaxartes, there was no longer a possibility of quietude or amicable relations. No sooner was one portion of Uzbeg territory annexed than the Russian outposts came in collision with the tribes beyond. One extension begot another, with the unerring certainty of a law of nature. || Between 1853 and 1863, notwithstanding the interference of the Crimean war, Russia gradually worked her way from the Sea of Aral through the saline marshes of the lower Jaxartes, to the confines of the alluvial valley above the desert; but she did not, during these years, attempt the actual invasion of Kokand; it was only at the latter period, when her hands were freed by the pacification of the Caucasus, that she entered on a death struggle with the Uzbegs. Advancing into the rich and populous districts shut in between the river and the northern mountains, she took in rapid succession the great cities of Turkistan, Chemkend, Tashkend and Khojend; not, perhaps, in accordance with any definite plan of aggrandisement, but, rather, as she herself asserted, from the actual necessity of the case. An attempt, indeed, was made, and apparently in good faith, after the occupation of Chemkend, to arrest the tide of conquest. Negotiations were set on foot for a delimitation of frontier, and a manifesto was published by Prince Gortchakof in November 1864, proclaiming, that the late territorial acquisitions had been brought about by „imperious necessity" and against the wish of the Government, and asserting, with categorical precision, that the

expansion of the empire had now reached its limit. But, as has been well said, the ink was hardly dry with which this manifesto was written, before its pacific promises were completely stultified. Hostilities indeed were resumed upon the Jaxartes early in 1865, and they have been continued ever since with little intermission, and, as might have been expected, to the uniform advantage of Russia. Various pretexts have been alleged for so flagrant a departure from Prince Gortchakof's manifesto. In the first instance, the Bokharians, with whose outposts the Russians came in contact after the capture of Chemkend, are said to have challenged the invaders, and to have forced on a battle, in conjunction with the Kokandis, in the vicinity of Taskend, which led to the capture of that city. The detention of certain Russian officers in Bokhara, where they had been sent to negotiate, brought on a renewal of hostilities in 1866. In this campaign, conducted by General Romanofski, the town of Khojend was taken, and the power of Kokand was completely crushed, one half of the territory being incorporated in the new Russian province of Turkistan, while the other half was left to be administered by a native Chief (Khudáyár Khan), pending good behaviour and almost as a Russian feudatory. ‖ The next step in advance was the direct invasion of the Bokhara territory in 1867, General Romanofski's avowed object being to establish a „tête-de-pont“ beyond the desert country skirting the Jaxartes, which should immediately threaten Samarcand and Bokhara, and should thus, as it was supposed, protect the frontier. But if Romanofski's aim had been to exasperate rather than to conciliate, he could not have devised a more effective expedient than this establishment of a fortified post at Jezzak, almost within hail of Samarcand; bearding the Amir, as it were, in the high place of his power, encouraging the malcontents throughout the province, and holding out a standing menace of invasion. That the Uzbeg Chief, indeed, under such circumstances should act in good faith, and execute the treaty of peace which was offered for his acceptance was an unreasonable expectation. He believed himself marked out for destruction, and naturally, therefore, in default of better means of defence, resorted to intrigue and duplicity in order to prolong his existence. Russia may have had very good grounds, both strategically and politically, for provoking the recent contest. No military commander, indeed, could allow a force of 40,000 men to be concentrated within an easy distance of his position without taking measures for opposing it, and General Kaufman no doubt, when the crisis arrived, acted judiciously in assuming the offensive instead of waiting to be attacked; but to attribute the war, as has been done in the Russian official papers, to the bad faith of the Amir, is simply to confound cause and effect. ‖ Another point of some importance to the true appreciation of the Central-Asian question is the relation which exists between the local commanders and the central Government at St.-Petersburg. Russia has always attributed to her military chiefs a degree of power in influencing the national policy which in this country we

Nr. 6811. Grossbritannien. 2. Juli 1868.

Nr. 6811. Grossbritannien. 2. Juli 1868. find it difficult to realize. She used to explain the slow progress that was made in subjugating the Caucasus by pointing to the self-interest of the army, which forbade the premature closing of so fertile a source of promotion and honours. The same antagonism of feeling between the Civil and Military authorities is said to have existed in Turkestan from the first outbreak of hostilities. General Tchernaief, the captor of Tashkend, was recalled from his command, avowedly in consequence of the aggressive character of his policy; and, a few years later, his successor, Romanofski, was deprived of all military rank for the similar offence of having invaded the Bokhara territory against orders. General Kaufman, too, is likely to be publicly rebuked for his recent brilliant success. But, are these marks of the Emperor's displeasure real, or are they intended merely to satisfy the clamours of a peace party in Russia, and to anticipate foreign complaint? I is well known, that Tchernaief, notwithstanding his apparent disgrace, received a diamond-hilted sword from the Emperor, as the conqueror of Tashkend, and Romanofski is understood to be about to be restored to his full rank and honours. General Kaufman, also, is pretty sure to be rewarded for his military achievements, at the same time that he is reprimanded for his undue political activity; the result of this double action being that, while Russia maintains,—or, at any rate, claims to maintain,—her character for moderation and unselfish views, and while she also respects the feelings of those politicians who honestly believe her territorial extension to be a source of weakness rather than of strength, her progress, nevertheless, is as constant and uniform as if she were really the grasping and unscrupulous power which her enemies represent her to be. || The latest intelligence received from Central-Asia confirms the announcement of General Kaufman's occupation both of Samarcand and Bokhara, and foreshadows, as the inevitable fate of the Government of the Amir, that gradual absorption into the Russian Empire which, in spite of disclaimers,—in spite, perhaps, of real disinclination,—has already been carried out to its full accomplishment in regard to the greater portion of the territory of Kokand. In fact, whatever may be the policy for the moment of the Court of St.-Petersburgh, it is the „manifest“ destiny, of Russia to absorb the Uzbeg States. Her present position is another illustration of the old doctrine that, when civilization and barbarism come in contact, the latter must inevitably give way. She has advanced to a point from which retreat is impossible; and thus, whether the final consummation occur this year, or next year, or five years hence, or even 10 years hence,—come it soon or come it late,—we may take it for granted that nothing can prevent the extinction of the three independent Governments of Kokand, Bokhara and Khiva, and the consequent extension of the Russian frontier to the Oxus. || The question then arises, how will this new distribution of power in Central-Asia affect our interests in India? Will it strengthen us or weaken us? Is it, in fact, to be encouraged or deprecated? A large portion of the thinking public, including

the optimist class of Anglo-Indian politicians to a man, will declare in favour of the Russian advance. On general grounds, they hold, that the substitution of order and civilization, and a Christian Government, for the ignorance, the cruelty, the anarchy of the fanatical Uzbegs must be advantageous; and they further point to the impetus that would be given to trade by an increased security and facility of communication, as well as by the increased wants of a settled and improving community. But, in such a view of the case sufficient weight seems hardly to be given to special political considerations. Public opinion in Russia, with a truer instinct, has declared itself in a different sense. It is, indeed, well worthy of notice that, whilst the Press in this country, with a few exceptions, has expressed satisfaction at the Russian progress in Central-Asia, and has encouraged her to continue in the same course, the Russian Press has decided, with an equal unanimity, that such an advance must be distasteful, if not dangerous, to us, and has accordingly been speculating on the steps, that we are likely to take in order to arrest the movement, or, at any rate, to neutralize its effects. || It is not worth while, perhaps, to quote articles from the Russian papers, as they may be supposed merely to represent the views of a party; but the letters of M. Grigorief, the late Governor of Western Siberia, who has been personally and practically connected with the Eastern question for the last 20 years, are a more serious authority, and may be regarded, indeed, almost as an official exposition of the sentiments and policy of the Government. The following extracts, therefore, from these letters, which were published in the "Moscow Gazette" of last year, may be read with interest.

Nr. 6811. Gross-britannien. 2. Juli 1868.

"England is the only country, that can assist the Bokharians in a war with Russia. It is, therefore, very probable, that the Amir, preferring a remote to an impending danger, will apply for co-operation against us to the British Government in India. According, indeed, to our most recent intelligence, envoys have been actually sent to Calcutta with solicitations for money, guns, artillerymen, and even troops, offering in return the most sincere attachement to British interests, an acknowledgment of an English protectorate over Bokhara, and, in fact, anything else that may be thought desirable. Such a line of action on the part of Bokhara may affect our relations with England; for the English, being thus applied to, and having a real interest in the independence of Bokhara, will hardly refrain from interfering between us and that country, if not materially, at any rate diplomatically. But, however probable that interference may be, it is no less probable, that any diplomatic action of England in favour of Bokhara would meet with the same fate which some years ago befel their intervention in favour of the Polish insurgents. If they charged us with aggression on Bokhara, we could retort on them with a reference to their own conduct in India; we could read them a lesson in this respect that would be exceedingly bitter to them; and happily, too, the time has passed when we

Nr. 6811. Gross-britannien. 2. Juli 1868.

regarded diplomatic notes with the same terror as we regarded the approach of the cholera, and when we were prepared to sacrifice the material interests of the empire rather than be subjected to them. Our Foreign Office is now sufficiently 'fire-proof' in this respect; it is accustomed to hostile remonstrances from European Governments, and will be well able to answer any fresh attempt of such a nature with becoming dignity. || Or it is possible, that England may content herself with affording underhand assistance to the Bokharians in arms and money. Against this we cannot guard, and it is useless therefore to discuss the question; but we may remind the English, that exciting or fostering revolt is a game, that two can play at, and that if underhand assistance should be rendered to the dissatisfied Bokharians, whe might retaliate by applying the same disturbing agency to various weak points upon the Indian frontier. Such a mode of conflict would be possible, but would be advantageous to neither one party nor the other. It would involve a large expenditure, would be derogatory to the dignity of two great nations, and would, after all, lead to very poor results; for by no such means could the Uzbegs be enabled to cope with the Russians, nor the Indians to cope with the English."

* * *

"It is hardly to be expected, that England will assist Bokhara with troops, not, that there is any physical obstacles to prevent this, for the road from Peshawer to the valley of the Oxus has been found to be practicable not only for light forces, but even for heavy artillery; but the route lies through the yet independent country of Cabul, and the Afghans would never permit the march of a foreign army through their territory. And the English, moreover, have not yet forgotten the terrible lesson of 1842. They will think seven times, therefore, before venturing on such a step, and risking its consequences."

* * *

"But that Bokhara, furnished with moral support and encouragement from the south, may endeavour to stir up a general and combined Mahommedan movement against us, is more than probable. Khiva and Kokand may be expected, under certain circumstances, to unite their forces with her; but this will only lead to the more speedy destruction of the whole three provinces. In every contest, a portion of the Uzbeg territory will be lost, until their independence is entirely gone, and they are ultimately swallowed up in the Russian empire."

Now, these extracts are of value not only because they show the impression which prevails in Russia, that we shall regard her advance as a hostile movement, but because they also indicate the precise danger with which that advance is threatened. M. Grigorief no doubt gives us credit for too much sensitiveness, in supposing that we shall either resort to an unavailing diplomatic protest, or that we shall assist the Uzbegs by force of arms

in resisting their invaders; but, at the same time, he really suggests a serious matter for our reflection, in hinting at the possibility of an Uzbeg defensive league; more especially as the continued restlessness of Russia may be expected to incline the neighbouring independent States in favour of such a league, and as the three Uzbeg principalities, supported on one side by Yakúb Kúsh-begí, of Kashgar, whose power is daily on the increase, and on the other side by Persia, and backed by the Afghans, whose relations with Bokhara have long been of the most intimate character, would present a truly formidable—and, whilst maintained, an unassailable—confederacy. || Before we can form any sound opinion, however, as to the advisability of promoting such a confederacy, or adopting any other precautions, we must be satisfied as to the present and proximate position of Russia in Central-Asia, and to this point accordingly an inquiry will be now directed. || Russia has proceeded throughout this Central-Asian movement with the utmost caution and temper. Although steadfastly making progress year by year,—whether from accident or design is immaterial,—she has never placed her foot beyond that point from which she could, if required, conveniently withdraw it. A demonstration has been sometimes made in advance, as on the occasion of General Tchernaieff's invasion of the Bokhara territory in February 1866; but permanent occupation has only resulted from slow and careful arrangement. Russia has always had her reserves in readiness, and has not only secured her communications with her base, but has also looked to her lateral supports, so as to combine the whole forward movement in one harmonious operation. It thus happened, that nearly a year elapsed between the capture of Tashkend and the attack upon Khojend, the interval being occupied in establishing communication between the new settlements in Turkestan and the old colonies of Fort Vernöe and Kopal, near the Mongolian frontier to the eastward; and, in the same way, now, that Samarcand and Bokhara have been occupied, we may be sure, that Russia's first care will be to strengthen and support that occupation by opening out lines of communication to the west. General Romanofski, indeed, the conqueror of Khojend, who was removed from his command last year, in consequence, as it was said, of his aggressive tendencies, and who is supposed to have been immersed ever since in the drudgery of a notary-public's office at Moscow, has just brought out a pamphlet on the Central-Asian question, which has made a most profound impression in military and political circles at St. Petersburgh. In this "brochure" he points out the brilliant future, that is opening to the enterprise of Russia, settled as she now is on the Oxus and Jaxartes, in the very "garden of Asia," provided, that no administrative or strategic errors are committed, and he suggests various measures for improving and strengthening the position. || The point, however, on which he mainly insists, as the pivot on which the whole question turns, is the immediate etablishment of direct communication between the Caucasus and Turkestan, by which means the latter Government,

Nr. 6811. Grossbritannien. 2. Juli 1868.

Nr. 6811. Gross-britannien. 2. Juli 1868. instead of remaining as an outlying and unimportant dependency, would become an integral portion of the empire, and through which also the military resources accumulated in the western province, and now no longer required there, might be utilized by being transferred to the Oxus and Jaxartes. Romanofski suggests three different routes for this line of communication, the object of which would be to connect the Caspian with the Aral. The southern line would leave the Caspian in Krasnovodsk-Bay, and would follow up the old bed of the Oxus, in which water is always found, to the present embouchure of that river in the Aral. This line would be the easiest of all in respect to the physical character of the country; but before it would become a safe route for traffic Khiva must be absorbed into the empire, and the Turcoman tribes must be brought under subjection. The northern line would be drawn from the mouth of the Emba at the northeast corner of the Caspian, and would circle round the north of the Aral to Kazala on the Jaxartes. It would present no natural difficulties; but the route would be long and circuitous, and a considerable outlay would be required in providing water along the skirts of the Kara-kúm desert. According to Romanofski's view, by far the most eligible route would be a middle line which would cross the 'Ust-'Urt waste between the Caspian and the Aral at its narrowest point, from Mertvi-kultuk-Bay on the one sea to Chernishef-Bay on the other. The distance across this neck of land scarcely exceeds 200 miles, and it has long been in the contemplation of the Russian Government to carry out a plan, suggested in the first instance and recommended by Prince Bariatinski, of laying down a line of rails over this interval. Were the waterless waste of the 'Ust-'Urt to be thus bridged over by a railroad, the military position of the Russians in Turkestan would be entirely altered. At present, as Romanofski remarks, it requires nearly two years to move troops and stores from the Volga across the Khirghiz steppes to the advanced posts beyond the Bokhara frontier, whereas with steamers on the Caspian and the Aral, a railroad connecting the two seas, and boats of light draught navigating the Oxus and Jaxartes, a few weeks would suffice for the transport of a force from the over-crowded camps of the Caucasus into the heart of Asia, the one river being practicable for steamers as high as Khojend, and the other to the neighbourhood of Balkh. || Now this is certainly no visionary scheme. On the contrary, so practical is it considered to be, that it is thought likely at St. Petersburg, that Romanofski, who has been restored to favour, will be sent out again to Turkestan to work out his own recommendations, and in the mean time, in order to prepare the way for this junction of the Caucasus with Turkestan, so as to present a continuous Russian front to the south, extending from the Black-Sea to the frontier of China, great efforts are being made to conciliate the Turcomans, who hold all the lower part of the desert between the Caspian and the Aral, and who, if they are ever reclaimed from brigandage and brought under military control, will furnish a far more formidable cavalry to a Russian army

than even the Cossacks of the Ukraine and the Don. || The position, then, which, on the soberest calculation, Russia may be expected to occupy at the close of ten years from the present time, and supposing, that during this period we abstain from all active interference against her, will be something as follows. || The Caspian and the Aral will be connected either by a railway, or by military roads, protected by forts, and amply furnished with water and supplies. Turkestan will thus be brought into easy and direct communication, not only with the Caucasus, but with the Russian cities on the Volga, and even with St.-Petersburg. The independent Uzbeg Governments will have ceased to exist, and in their places will have been established Russian provincial Governors, the seat of central authority being probably at Bokhara. The country will be administered under the joint control of Russian and Native officials, according to the system which has long been successfully practised in the Trans-Caucasian provinces. Mahommedanism will be respected, though the extravagant bigotry and fanaticism of the Bokhara priesthood will, no doubt, have been retrenched. Trade will prosper; manstealing, the present bane of the country, will be suppressed; cultivation will be increased; and the condition of the people generally will be improved. The mouths of the Oxus and Jaxartes will have been dredged and deepened, and flotillas of steam boats will have been established on both rivers. The strength of the permanent garrison will be regulated by the wants of the country, as well as by its resources. At present, 16,000 men are sufficient to hold the extent of country which Russia has subdued, and which is scarcely a third of that which will ultimately come into her possession. The future garrison, therefore, when Khiva und Eastern Kokand have both fallen in, and Turkestan is bounded on the south by the Oxus, can hardly be estimated at less than 40,000 men, of which 5,000 would be allotted to Khiva, 15,000 to Kokand, including the populous cities of the valley of Fergháneh, and 20,000 to Bokhara and its dependencies; and there can be little doubt, that the resources of the country would be ample to meet this amount of military expenditure. || Let us now consider the effect of this position upon India. As long as Russia remained in her present strength to the northward of the Oxus, and confined her attention to the consolidation and improvement of her newly acquired territory, we should have no occasion to complain of her neighbourhood. In fact, beyond the gradual exclusion of our commerce from the markets of Central-Asia, her neighbourhood would exert little or no influence on our affairs. But would it be possible for her, even with the best intentions, to maintain this passive and innocuous attitude? Could she, if she wished, divest herself of the responsibilities and obligations, the temptations to interference, inseparably associated with her new position? This is what it may be permitted to doubt. Intermediate, it must be remembered, between her position beyond the Oxus and our own frontier, broadly marked by the valley of the Indus, would lie the strong and independent country of the Afghans. To pretend, that it is

Nr. 6811. Grossbritannien. 2. Juli 1878.

Nr. 6811. Gross-britannien. 2. Juli 1868. physically impossible for Russia, entrenched upon the Oxus, and wielding the resources of Bokhara, to exercise an influence on Afghanistan, as boldly asserted in a recent number of the "Invalide Russe," is simply false and fatuous. To apprehend, on the other hand, with the Indian alarmists, that, while Cabul still maintains its independence, we shall be subjected to the full inconvenience of Russian contiguity, is equally unreasonable. The truth lies between the two extremes; we are, no doubt, exposed to a certain danger from the advance of Russia to the Oxus, and that danger approaches us through Afghanistan; but the danger is *not* immediate, and it *is* evitable. The close connexion which exists, and has for a long time past existed, between Bokhara and Cabul is not generally known in England, yet it is an important element in the consideration of the Central-Asian question; the most important element, indeed, since it is this circumstance alone which forces us into contact with Russia. The connexion between Bokhara and Cabul is both geographical and political. The two provinces march with each other for many hundred miles. The cities of Balkh, Khulúm and Kundúz, which for the last 30 years have been held by the Afghans, belong properly to Bokhara. Other districts, such at Mymeneh, Sir-i-Púl and Andköi, are in dispute between the two States. Russia, in fact, in possessing herself of Bokhara, will inherit a multitude of Afghan grievances and embarrassments, from which she cannot shake herself free. The political relations, again, of the two countries are even more intimate than the geographical. For the last 30 years, Bokhara has largely influenced the fortunes of Cabul. When we drove Dost Mahomed Khan from power, in 1839, he took refuge with the Ameer, and it was from Bokhara that both he returned in 1841, and his son in 1842, to attack us in Cabul. In all the recent Afghan revolutions, also, Bokhara has played a prominent part. It was chiefly by means of an Uzbeg contingent, that Abdur-Rahman Khan, who has married a daughter of the Ameer of Bokhara, expelled his uncle, Shir Ali Khan, from Cabul, in 1865, and, since that time, Bokhara has swarmed with Afghan refugees. It appears, indeed, that it was a body of these refugees, 500 or 600 in number, who, having transferred their allegiance to Russia, in consequence of oppressive treatment by the Uzbegs, led the Russian troops to the recent attack upon the Ameer's forces, and fought in line with them at the battle of Samarcand. || The implication of Russia in Afghan affairs is therefore no longer a matter of speculation. She has an Afghan contingent in her service, commanded by a grandson of Dost Mahomed Khan. She is the mistress of a country which, on more occasions than one, has been the arbiter of the destinies of Cabul. It will depend on her discretion, whether she interfere to the extent of regulating the succession and directing the Government, or whether she merely offer friendly counsel, and cultivate general relations of amity. || The next point, then, to consider is, in what shape danger can come upon us from this Russian connexion with Cabul. The idea of invasion from

such a quarter, which used to be brandished before us *"in terrorem,"* may be dismissed as almost chimerical. If a foreign army every does descend upon the Indian frontier, it will be by way of Herat and Candahar, where the roads are open and traverse districts, that have been called "the granary of Asia," and not through the sterile and difficult passes between Cabul and Peshawer. But it is not invasion from any quarter, or in any form, that we have at present to guard against. The presence of Russia will make itself felt in a less obtrusive, though perhaps in a not less effective, way. If she establish a mission at Cabul,—and she can hardly do less, should we fail to preoccupy the ground,—the effect of such an etablishment will be at once perceptible in India. The intrusion, indeed, of a foreign European element within the restricted circle of our Indian relations will of itself exert a disturbing influence through the country of a most mischievous and even dangerous tendency. Already the Maharaja of Cashmere, taking offence at our efforts to promote trade by insisting on a reduction of the transit duties in his dominions, has been negotiating with the authorities of Tashkend, and urging them to appoint Commercial Agents at Yarkend on the immediate frontier of Thibet, and if the Russians were more accessible, his example would be followed by scores of others. There can, indeed, be no doubt that, if Russia once assumes a position which, in virtue either of imposing military forces on the Oxus, or of a dominant political influence in Afghanistan, entitles her, in native estimation, to challenge our Asiatic supremacy, the disquieting effect will be prodigious. Every Chief throughout Northern India, who either has,—or fancies he has,—a grievance, or who is even cramped or incommoded by our orderly Government, will at once commence intriguing in the hopes of relieving himself from our oppressive shadow. It is not, that the natives of India, whether Mahommedans or Hindoos, have any particular affection for the Russians, or believe, that their rule would be more kindly and beneficial than our own. On the contrary, the followers of the Prophet everywhere regard the Russians as more incorrigible infidels than the English, from their uncleanly habits and their supposed worship of pictures; but, on the other hand, the approach of a rival European Power betokens change, and to the active, gambling, reckless spirit of Asiatics change is always exciting and agreeable. There is, however, a still more important point of view from which the subject must be regarded. Hitherto, the argument has proceeded on the assumption, that Russia is friendly to England, and has not contemplated the acquisition of any direct advantage over us from her career of Asiatic conquest. She must, of course, be conscious, that her new position gives her a means of political leverage against us which she did not before possess; and that she is thus relatively so much stronger than she was at the time of the Crimean war; but it would be unfair to impute this result to her as the motive of her recent aggressions. Supposing, however, that owing to complications in Turkey it should be the policy of Russia to weaken and embarrass

Nr. 6811. Gross-britannien. 2. Juli 1868. us to find, indeed, such employment for our armies in the East as should prevent our active interference in Europe,—let us consider, under this altered aspect of affairs, how her position at Bokhara and her relations with Cabul would affect us. Now, in order to appreciate the danger which might thus beset us, it is necessary to look our position in India fairly in the face, and for this purpose we cannot have a better or more authentic guide than the series of Reports recently presented to Parliament under the title of "(East India) Systems of Government." Here amid much, that is satisfactory, amid a mass of evidence of the highest character, which tends to show, that the agricultural populations of India are in general contented and prosperous, and that with these classes our administration is popular, there is also much of a very different complexion, much that furnishes abundant food for reflection and uneasiness. || There is unfortunately, at the present time in the Afghan territory a machinery of agitation singularly well adapted for acting on what has been called the "seething, fermenting, festering mass" of Mahommedan hostility in India. The fanatics of Sittana, who gave us so much trouble a few years back, are now showing signs of renewed vitality. They have been joined by the notorious Feroze Shah, who, as the last representative of the throne of Delhi, assumes the title of "King of Hindustan," and proclaims himself our implacable enemy, and they are known to be in active communication with the Wahabis and other Mahommedan malcontents in Upper-India. It is certain, then, that, if Russia desired to embarrass us, and were sufficiently strong at Cabul to require the Governor of that city to set in motion against us the Sittana confederacy, directing and encouraging the movement through the Akhond of Swat and other Afghan spiritual chiefs, and supporting it by inroads and forays of the mountain tribes along the whole line of frontier, we might be placed in a position of very considerable difficulty, of such difficulty, indeed, as to require extensive reinforcements from England, and thus to fulfil the very object which Russia had in view from the commencement. || With this prospect before us, with the knowledge, that we present a vulnerable front, and that, if Russia were so disposed she might, in the natural course of events, be enabled severely to injure us, are we justified in maintaining what has been sarcastically, though perhaps unfairly, called Sir John Lawrence's policy of "masterly inactivity"? Are we justified in allowing Russia to work her way on to Cabul unopposed, and there to establish herself as a friendly power, prepared to protect the Afghans against the English? It has been said by the advocates of inaction, that in competing for the good will of the Afghans, the power which appears last in the field will be the most successful, that the first armies will be naturally regarded as enemies and those who follow as deliverers; but this leaves out of sight the fact, that there is already a national feud between the English and the Afghans, which has been rather deepened of late years by our withdrawal of the subsidy, and our persistent refusal to mingle in their internecine quar-

rels; while, on the other hand, the Russians, having never exerted any military pressure on the country, or otherwise offended the pride of the mountaineers, are regarded by them, if not with friendly feelings, at any rate without animosity or fear. The main argument, however, against interference of any sort in the affairs of Afghanistan, has hitherto been, that the country is a hotbed of anarchy and disorder, that in supporting one candidate we provoke the enmity of his rivals, and throw them into the arms of Russia, whose appearance on the scene would be thus accelerated rather than retarded; but this is hardly a fair representation of the case. If we do nothing, Russia is sure in due course of time to secure a political footing at Cabul, as a necessary consequence of her occupation of Bokhara. By some, indeed, it is suspected, that the pending revolution in Afghanistan is due to her instigation, Shir Ali Khan having been launched from Herat as a sort of pilot balloon, preparatory to her own advance on Bokhara; and, if this be true, it may be difficult, in the event of Shir Ali's success, which seems now almost certain, to prevent a very rapid development of her plans; but if, as is more probable, she is at present merely watching the progress of affairs, nursing her little nucleus of Afghan refugees, and expecting by their means to establish her influence at Cabul, then it would seem to be our bounden duty at once to step forward and forestall her. No one, probably, will dispute, that Lord Auckland's famous doctrine of „establishing a strong and friendly power on our North-West frontier," has always been the true policy for India, though of late years too often neglected, and once fatally mismanaged in execution. No one will question but, that this policy would be advantageous at present, if it could be carried out without any considerable risk or expense. And why should there be any serious risk? Is it true, that our intervention in Afghanistan would lead to „confusion worse confounded?" Is it borne out by experience, that disorder is the normal condition of the country? Is it not notorious, on the contrary, that from the time of our evacuation of Cabul in 1842 to the year 1863, a period of more than 20 years, Afghanistan was perfectly tranquil and contented under the strong and friendly rule of Dost Mahommed Khan? This chief, having a firm belief in our power and a scrupulous regard to his own engagements, repressed on all occasions the turbulence and unfriendliness of his subjects, and, in fact, conducted himself towards us, throughout his long career, with such perfectly good faith and orderly procedure, as to make us doubt whether the revolution and counter-revolution which have distracted the country ever since his decease, to the injury of trade and the constant disturbance of our own frontier, may not be owing, as much to our persistent non-interference, as to the incompetence of the old chief's successors, or the natural indocility of the Afghans. It is asserted by many authorities, fully competent to form an opinion, that, if, in deference to Dost Mahommed'a nomination, we had acknowledged and assisted Shir Ali Khan from the commencement, continuing to him the same subsidy

Nr. 6811. Gross-britannien. 2. Juli 1868.

Nr. 6311. Gross-britannien. 2. Juli 1868. which we had granted to his father, and according him our general support, he would have summarily suppressed the opposition of his brothers and nephews, and would have retained his power unbroken to the present day? Another opportunity now presents itself. The fortunes of Shir Ali Khan are again in the ascendant. He is already in possession of Herat, Candahar and Ghizni, and is expected, either in person, or as represented by his son, Mahommed Yacub Khan, to be soon installed at Cabul. He should be secured in our interests without further delay. Provided, that he is unentangled with Russia, the restoration of his father's subsidy and the moral support of the British Indian Government would probably be sufficient to place him above all opposition and to secure his fidelity. If he has been already tampered with, his expectations, of course, will be higher. It may, indeed, be necessary to furnish him with arms and officers, or even to place an auxiliary contingent at his disposal; but whatever the price it must be paid, of such paramount importance it is to obtain at the present time a dominant position at Cabul, and to close that avenue of approach against Russia. Whether the time is come for the re-etablishment of a mission at Cabul, charged with the distribution of the subsidy and the direction of our quasi-protectorate of the country, is a question that can only be decided on the spot. It is a position, that we must inevitably occupy sooner or later, unless we are prepared to jeopardize our Indian Empire, and when once we have acquired the goodwill and confidence of the Governor, there can be no great risk attached to it. The success, indeed, of Major Lumsden's mission in 1856 has already shown, that British Officers, of firm but conciliatory bearing, may traverse our old battle-fields without exciting any special or dangerous hostility, and the prestige of our recent Abyssinian triumph would, no doubt, give an additional personal security to our envoy. || There is one other argument, relating to this branch of the subject, which it may be worth while to notice. Putting aside all consideration of the Russian advance, and the danger of their establishment at Cabul, it would seem to be a duty which we owe to our subjects in the Punjab to make serious efforts for the consolidation of a strong and friendly Government in Afghanistan. Anarchy is contagious, and, with the spectacle of constant bloodshed and rapine about the passes, it is impossible to preserve order and content among the frontier tribes. In the interests, then, of peace, in the interests of commerce, in the interests of moral and material improvement, it may be asserted, that interference in Afghanistan has now become a duty, and that any moderate outlay or responsibility we may incur in restoring order at Cabul will prove, in the sequel, to be true economy. || Hitherto the argument has been confined to a practical consideration of the effects of Russia's present and proximate position in Central-Asia; but if we look a little ahead, and take in a somewhat more general view of the subject, we shall find many topics of equal, or even greater, interest. Any one who traces the movements of Russia towards India

on the map of Asia cannot fail to be struck with the resemblance which these movements bear to the operations of an army opening parallels against a beleaguered fortress. The first parallel would, thus, be the Russian frontier of 20 years back, stretching from the upper end of the Caspian, by the Orenburg and Siberian lines, northward of the steppe, to the Irtish. This may be considered strategically as a mere line of observation. The second parallel, which would constitute her line of demonstration, would be the frontier which she is now preparing to take up, and which, according to Romanofski's plan, would be drawn from Krasnovodsk-Bay, about the centre of the Caspian, south of Khiva, to the Oxus, and along the course of that river to the Pamir plateau, thus including the whole of the Uzbeg territory, and placing at her command the entire waterway of the Oxus and Jaxartes. This parallel is above 1,000 miles in advance of the first line; but it does not directly menace India, inasmuch as the intervening Afghan mountains constitute a strong military defence. The third parallel, which would be the natural result of the preceding preliminary operations, and which, if Russia survive revolution in Europe and catastrophe in Asia, she will assuredly some day attempt, would be drawn from Asterabad, at the south-east corner of the Caspian, along the Persian frontier to Herat, and from thence through the Hazareh uplands, to the Oxus, or possibly by Candahar to Cabul. Established upon such a line, her position would indeed be formidable. Troops, stores and material might be concentrated to any extent at Asterabad. The country between that port and Herat is open and admirably supplied. A line of military posts would connect the two positions, and effectually control the Turcomans, thereby conferring an essential benefit on Persia, and securing her goodwill and co-operation. Herat has been often called "the key of India," and fully deserves its reputation as the most important military position in Central Asia. The earthworks which surround the town are of the most colossal character, and might be indefinitely strengthened. Water and supplies abound, and routes from all the great cities to the north, which would furnish the Russian supports, meet in this favoured spot. In fact, it is no exaggeration to say, that, if Russia were once established in full strength at Herat, and her communications were secured in one direction with Asterabad through Meshed, in another with Khiva through Merv, and in a third with Tashkend and Bokhara through Mymeneh and the passage of the Oxus, all the forces of Asia would be inadequate to expel her from the position. Supposing, too, that she were bent on mischief,—and it is only hostility to England, that would be likely to lead her into so advanced and menacing a position, — she would have the means of seriously injuring us, since, in addition to her own forces, the unchallenged occupation of Herat would place the whole military resources of Persia and Afghanistan at her disposal. || It is not in general sufficiently considered, that, in a political struggle with Russia of this nature, we should not engage her upon at all equal terms. We have no natural claim on the affec-

Nr. 6811. Gross-britannien. 2. Juli 1868.

Nr. 6811. Gross-britannien. 2. Juli 1868. tions or allegiance of the intermediate nations, no inducement to hold out to them, as affecting their own interests, which should lead them to prefer our alliance to that of our rivals; whereas Russia has only to point to India as the traditional plunder ground of Central-Asia, as the prize which has ever rewarded the victorious hordes rushing down from the northern mountains, and she at once enlists their passions in her behalf. The pleasant memories of the sack of Delhi by Nadir Shah, and of Ahmed Khan Abdalli's successful campaign against the Mahrattas, have hardly faded from the minds of the present generation of Persians and Afghans. Such visions possess irresistible attractions for them, and would always, unless counterbalanced by some special considerations, incline them to side with the invader rather than the invaded. It is thus quite within the bounds of possibility, that, some years hence, if Russia found herself engaged in another war with us, she might launch upon India, from her Herat base, a force of 50,000 Persian "Sirbaz," disciplined and commanded by Russian officers, and thus fully competent to cope with our best Native troops; supporting such a force with 20,000 Turcoman and Afghan horse, than whom there is no better irregular cavalry in the world; and, if she were really in earnest, detaching also a small auxiliary body of her own picked troops, to give strength and consistency to the invading army. || Now, an attack of this nature might not lead to any serious result, might not jeopardise, that is, our hold upon India; for our garrisons, reinforced from England, would probably be equal to the emergency; but, at any rate, we should have to fight for our lives, and should be quite powerless to strike a blow against Russia in return. Are we justified, then, in disregarding this danger, merely because it is remote? Ought we not rather, while there is yet time, to provide against the possibility of being thus taken at a disadvantage? Russia could never establish herself at Herat, and keep up her communications with Asterabad, without the co-operation of Persia, and against that co-operation our efforts should be accordingly directed. The doctrine which prevails at present in our Eastern diplomacy is simply this, that Persia is too weak and faithless to justify any extraordinary expense in keeping up cordial relations with the Shah. We are content for awhile to occupy a subordinate position to Russia at Teheran, trusting, that, when the time comes for action, we may regain our lost ground by increased expenditure and redoubled activity; but this is, after all, a very short-sighted policy. The good will of a nation,—that which we once possesed, but have now lost in Persia,—is not to be purchased in a day. It is the growth of time, of steady unremitting attention. If we desire, then, to check the advance of Russia towards India, if we desire, above all, to render impossible,—or at any rate, indefinitely to postpone,—her occupation of Herat, it is indispensable, that we should bestir ourselves in Persia at once. The vast expenditure, that we incurred in the days of Harford, Jones and Malcolm, in expelling the French from Teheran, is no longer required. What is required, is an indication of renewed interest

in the country, and a disposition to protect it against Russian pressure. Our officers should be again placed in positions of influence and power with the Persian troops, as in the days of Christie, of Lindsay and of Hart. Presents of improved arms, and perhaps artillery, would testify to our awakened interest. The Persian nobles should be encouraged to send their sons for education to London, rather than to Paris. Investments of English capital in banks, in railways, in mining operations and other commercial enterprises are freely proferred, and if supported by our authorities would create a further bond of union between the countries. Among a people, again, who are so fond of display, and attach so much value to outward forms, it is of the first importance, that our mission should be kept up on a very liberal scale, and that presents should be freely distributed, that the diplomatic establishment, in fact, at Teheran, should be Oriental rather than European. A further opportunity has occurred for creating a very favourable impression, and, in fact, inaugurating the new system which is recommended, in the Shah's application for our aid in creating and keeping up a Persian naval force in the Gulf. Considering the singular maritime inaptitude of the Persians, it is not likely, that this scheme, notwithstanding our countenance and support, will ever realize the Shah's expectations, but our acquiescence in the proposal would, at any rate, very much strengthen our influence at Court, and might aid even in developing that community of interests which our joint telegraphic establishment has already initiated. ‖ In connexion with these suggested reforms in our Persian diplomacy, it is important to consider whether our relations with that country ought not to be again placed under the India Office. Now, there can be no doubt, that Persian diplomacy is essentially an Eastern question, and mainly dependent on considerations of Indian policy. It is the advance of Russia towards India, and her demonstrations against Cabul and Herat which seem now to require our more active interference at Teheran. Every measure of defence, referring either to Persia or Afghanistan, must be organised *in* India and executed *from* India. If troops were required they would be supplied from Peshawer or Sinde. Officers for the Shah's forces would be drawn from the Indian army. Bombay would furnish the naval material for the Gulf. The Persian telegraph is an Indian establishment. The Indian revenues contribute a sum of 12,000 *l.* per annum towards the expenses of the Persian mission. There is no single element, indeed, of European diplomacy connected with Persia, except the relations of that country with Turkey, and even these relations, referring almost exclusively to frontier grievances, come more naturally under the jurisdiction of Bagdad or of Erzeroum than of Constantinople. It may further be questioned whether the traditions and practice of the Foreign Office, admirably adapted as they are to European diplomacy, are fitted to deal with the peculiarities of Eastern character. Teheran is an Oriental Court, of the same type and temper as the Courts of Cabul, of Lahore, of Delhi, Lucknow, or Hyderabad, where the eye must be addressed

Nr. 6811. Gross-britannien. 2. Juli 1868.

Nr. 6811. Gross-britannien. 2. Juli 1868. rather than the reason, and where individual character is of so much more importance and effect than the forms and precedents of office. It may be doubted if the duties of the Teheran mission, reorganized as a powerful machine of Indian defence, could be carried out by an ordinary staff of Foreign Office attachés. At any rate it would be infinitely better to employ Indian Officers, accustomed to the Native character, acquainted with the language, and who would look to Persian and Afghan service as their career in life, instead of pining for the luxuries and leisure of Paris and Vienna. One thing may be confidently predicted, that, if we neglect the present occasion for re-transferring the Persian mission to the India Office, the growth of Indian interests, and complications arising from the continued extension of Russia towards India, will render such a transfer obligatory at a later period, and probably after we are involved in difficulties from which it will require all the vigour and practised skill of our Indian authorities to effect our extrication. In conclusion, the remedial measures recommended for adoption in the present state of the Central-Asian question may be briefly recapitulated. They are few, but not unimportant. Shir Ali Khan should be subsidised and strengthened at Cabul, our position at that capital being rendered as secure and paramount as would have been Burnes's position at the Court of Dost Mahomed Khan in 1847, if he had been supported by the full weight of Lord Auckland's authority and resources. The next step should be to recover our lost ground in Persia, so as to prevent the possibility of Russia making use of that country as an instrument to facilitate her own advances towards India. Locally also our communications with the Afghan frontier, considered especially as military lines, should be completed and improved. It is a crying reproach to us, that up to the present day no progress should have been made in laying down a railway from Lahore to Peshawer, and that we should still be dependent on the dilatory and uncertain Indus navigation for our communications between Mooltan and the sea. || The only other point refers to the proposed establishment of a fortified outwork at Quetta above the Bolan-pass, a measure which has been strongly advocated in some quarters, and as strongly opposed in others. No one will be inclined to question the military advantage of such a work. As a *place d'armes*, it would cover the frontier, and being held in too great strength to admit of being masked, would, in the event of invasion, delay an enemy sufficiently to enable us to mass our full forces in the rear. Perhaps, also, under present circumstances, the erection of such a fortress would have a salutary effect upon the native mind in India. Our friends are now said to be dispirited at our inactivity, while our enemies acquire fresh confidence and power. Breaking ground at Quetta would cheer the one class, and would check the other. It would show, that our repose had been the repose of strength, that we were fully alive to the gravity of the situation, and prepared to move immediately, that the occasion arose. But, on the other hand, it is doubtful how such a proceeding would be regarded at Candahar

and Cabul. If our position were already secured with Shir Ali Khan, and he could thus be led to look upon the Quetta post as a support to his own power, then we should hardly be deterred from undertaking the work by mere considerations of expense; but if, as is more probable, the tribes in general regarded this erection of a fortress,—above the passes, although not on Afghan soil,—as a menace, or as a preliminary to a further hostile advance, then we should not be justified, for so small an object, in risking the rupture of our friendly intercourse. Nr. 6811. Gross-britannien. 2. Juli 1868.

London, July 2, 1868. H. C. Rawlinson.

Nr. 6812.

GROSSBRITANNIEN. — Uebersetzung eines Schreibens des englischen Agenten in Kabul. — Schir Ali hat die Herrschaft wieder erlangt und wünscht sich mit der indischen Regierung zu verständigen. Nr. 6812. Gross-britannien. Sept. 1868.

At the time of writing the Government despatches, the Ameer, with the outward appearance of the most esteemed friendship, was pleased to remark that "although nothwithstanding the many trials and misfortunes of every kind, that I have endured, nothing has up to the present day proceeded from me which should be a cause of offence to the British Government. Further, I have neither by hint or sign, nor openly or secretly, made cause with any other power except the powerful English Government. For instance, during the Swat and Boneyr difficulty (Ambeyla Campaign), simply for the purpose of pleasing the British Government, I ruined my own son-in-law Saadut Khan Mohmund, and caused myself to be abused throughout Islam for such an act. But from the British Government, I have received comparatively no friendship or kindness with reference to my success in this miserable civil war, until God Almighty of his own favour has again bestowed upon me the country of my inheritance. Now it is my desire to send some of my trusted and reputable representatives, or else proceed myself in person with a small party to Calcutta for the purpose of a meeting, and to show my sincerity and firm attachment to the British Government, and make known my real wants. At present writing letters on my part is of little avail in every way until I first receive congratulating letters from the British Government." || Upon this, certain of the Ameers who are well-wishers to the British Government represented to him, that "at the present moment it is not advisable for your Majesty to exceed the bounds of the treaty made by the late Ameer and formerly by yourself, but it will be better in every way merely to intimate your desires by letter, so that they may act as seems best in their judgment in respect to an interview, and in order, that the former friendly relations may become more securely permanent." || At length the Ameer agreed to the writing of the letters intimating his wishes. Today three letters have been written and brought to the Agency. They are herewith forwarded in original.

Nr. 6813.

GROSSBRITANNIEN. — Vicekönig von Indien an Schir Ali. — Erneute Anerkennung.

Nr. 6813. Grossbritannien. 2. Oct 1868. I have received your letter, informing me of your safe return to Cabul, and the recovery of your kingdom. I congratulate your Highness on your success, which is alone due to your own courage, ability and firmness. I sincerely hope, that your Highness will now be able to re-establish and consolidate your authority. I trust, that you will deal leniently with those who have fought against you, particularly when there may be reason to believe that they were carried away by the difficulties of their position, and the course of events, when they can give you assurance of future fidelity. By kindness and generosity in this respect, your Highness will take the best mode of establishing your rule throughout your dominions. It has always been to me a cause of sorrow, that the family of your great father, the late Ameer Dost Mahomed Khan, should have broken up into contending factions, who have resorted to civil war, causing the ruin of many brave chiefs, and the general weakening of Afghan power. I trust, that your Highness will be able, by the exercise of those excellent virtues, kindness, foresight and good management, to restore peace and prosperity to your country. I am prepared not only to maintain the bonds of amity and good will, which were established between Ameer Dost Mahomed Khan and myself, acting on the part of the British Government, but so far as may be practicable to strengthen those bonds. In all cases of this kind, it is essential, that both parties should act with sincerity and truth, so that real confidence may exist between them.

John Lawrence,
Simla, 2d October 1868. Viceroy and Governor-General of India.

Nr. 6814.

GROSSBRITANNIEN. — Vicekönig von Indien an Schir Ali. — Unterstützung der Autorität Schir Ali's.

Nr. 6814. Grossbritannien. 9. Jan. 1869. I have received and carefully perused your Highness's letter, dated the 12th of Shaban 1285, and addressed to me. || I have also read your letter to His Honour the Lieutenant-Governor of the Punjab of the same date. || From an attentive perusal of these papers, as well as from a constant and careful observation of all the various events which have taken place in Affghanistan during the past few years, I am well acquainted with your Highness's present position and future prospects, and feel satisfied, that your

Highness desires, that the friendship which has hitherto subsisted between you and the British Government should be maintained. || It is the earnest desire of the Government of India, as I have already intimated, to see your Highness's authority established on a basis of solidity and permanency, and to cement the bonds of friendship and alliance which ought to exist between the British power and your Highness as an independent Ruler. || You have been already apprized by the Lieutenant-Governor of the Punjab, that a sum of six lakhs of rupees has been placed at your unreserved disposal. For this, the British Government looks for no other return than abiding confidence, sincerity and good will. || I regret, that obstacles of an insuperable nature should have prevented my meeting your Highness at some suitable place on the frontier of both kingdoms. || As a further proof of the desire of the British Government, which fears no aggression, and which wishes for no conquest, to see a strong, a just and a merciful government established by your Highness at Cabul and throughout Affghanistan, I have to inform you that, in the course of the next three months, three sums of two lakhs of rupees each, or, in all, of six lakhs more, will be placed at your entire control, to be applied by your Highness in the manner which you may think most conducive to the furtherance of your interests and to the consolidation of your authority. || For this, again, the Government of India will expect no return save one of the kind just indicated in the preceding part of this letter. || I am leaving the country almost immediately, and am handing over the high office of Viceroy and Governor General to my successor. || But the policy which I have advisedly pursued with regard to the affairs of Affghanistan is one which I have entered on with anxious deliberation, and which has commanded the assent and approval of Her Majesty the Queen of England; and as long as you continue, by your actions, to evince a real desire for the alliance of the British Government, you have nothing to apprehend in the way of a change of policy, or of our interference in the internal affairs and administration of your kingdom. || It will remain for the head of the administration to consider, in each succeeding year, what further proofs may be given of our desire to see your power consolidated, and what amount of practical assistance, in the shape of money or materials of war, may periodically be made over to your Highness as a testimony of our good will, and to the furtherance of your legitimate authority and influence. || But be assured, that you will never err in shaping your course with a view to British alliance, and in considering Her Majesty the Queen of England and her Viceroy in India as your best and truest friends.

Nr. 6814. Grossbritannien. 9. Jan. 1869.

John Lawrence.

Nr. 6815.

GROSSBRITANNIEN. — Indische Regierung an den kgl. Min. für Indien (Duke of Argyll). — Die Zusammenkunft in Umballa.

Dated, Camp, Umballa, 3rd April 1869.

Nr. 6815. Gross-britannien. 3. April 1869. My Lord Duke, — We have the honour to transmit papers relative to the meeting between His Excellency the Viceroy and Governor-General in Council and His Highness the Ameer Shere Ali Khan of Cabul, which has taken place, as proposed, in this station, and further to submit a brief narrative of the events of the past few days. || 2. The Viceroy, accompanied by the members of his Government, and by his Honour the Lieutenant-Governor of the North-Western Provinces, arrived at Umballa on the morning of Saturday the 27th, and arrangements had been previously made for the reception of the Ameer in open Durbar on the evening of the same day. || 3. For the proceedings which took place at the reception of the Ameer, and also for those of the visit paid by his Excellency in Council to the Ameer in return, we beg to refer your Grace to the Gazettes Extraordinary, published for both these occasions, copies of which we enclose. || 4. On the afternoon of Monday, March the 28th, the return visit having taken place that morning, the Viceroy accorded a private interview to his Highness, who was attended by his most confidential and trusted adviser, Syud Noor Mahomed Shah. There were present also at this interview, his Honour the Lieutenant-Governor of the Punjab, the Foreign Secretary and Captain Grey, who acted as interpreter. After free and unreserved discussion between his Excellency the Viceroy and his Highness the Ameer on important matters relating to the affairs of Affghanistan and to the visit of his Highness, it was arranged that a letter should be addressed to his Highness expressive of the sentiments of the Government of India in respect to the matters under discussion. At a meeting of His Excellency's Council, which was held on the next day, Tuesday, March the 30th, the whole subject was very fully discussed in Council, and the form and contents of the letter, a copy of which is enclosed, was agreed to. || 5. The letter was very carefully translated into the Persian language, and was presented to the Ameer by our Foreign Secretary, who was deputed to his Highness for that purpose. || 6. A reply to the same has been received from the Ameer expressive of the satisfaction and thanks of his Highness at the kindness and friendship evinced by the British Government. A translation of this reply is also appended. || 7. Two interviews have taken place between the confidential adviser of His Highness Syud Noor Mahomed Shah and our Foreign Secretary. At these interviews various matters of importance were fully discussed, and the means whereby trade with Affghanistan could be encouraged, and additional measures for securing the peace of the frontier could be promoted, were carefully considered. An opportunity

was also taken, at the same time, to inform the Minister, in the clearest and most explicit terms, that the British Government would always abstain from any direct interference in the internal affairs of Afghanistan, and that under no circumstances could British troops or British officers be employed across the frontier in quelling civil contentions or domestic strife. || 8. We have every reason to hope, that the visit of his Highness and the communications which have taken place will be productive of the happiest results. It has assured his Highness, that the policy which was adopted by his Lordship's predecessor, on the Ameer's regaining the throne of Cabul in August last, will be continued. It will show to the world, that we have in the Ruler of Affghanistan a faithful ally, and that, while the British Government has no desire of aggrandisement and extension of territory, it will still use all its influence to support neighbouring princes and rulers who are earnestly endeavouring to create by their own exertions a strong, independent and friendly government. || We have, &c.

Nr. 6815. Gross-britannien. 3. April 1869.

Mayo.
W. R. Mansfield.
H. M. Durand.
H. W. Ellis.

Beilage 1.

From His Excellency the Viceroy and Governor-General of India to His Highness Ameer Shere Ali Khan, Wali of Cabul and its Dependencies.

Dated, Camp, Umballa 31st March 1869.

As your Highness did me the honour to intimate, that some further expression of the sentiments of the British Government in regard to your present visit and to the affairs of Afghanistan would be acceptable, it is with much pleasure and satisfaction, that I accede to your Highness' wishes in the following communication. || I am most desirous of expressing to you the sincere gratification which the visit of your Highness has afforded to me and to all the members of my Government. || I regard this visit as a mark of the confidence reposed by your Highness in the Government of the Queen, which will ever be remembered. I earnestly trust, that on your Highness' return to your own country you may be enabled speedily to establish your legitimate rule over your entire kingdom, to consolidate your power, to create a firm and a merciful administration in every province of Afghanistan, to promote the interests of commerce and to secure peace and tranquillity within all your borders. || Although, as already intimated to you, the British Government does not desire to interfere in the internal affairs of Afghanistan; yet, considering, that the bonds of friendship between that Government and your Highness have lately been more closely drawn than heretofore, it will view

Nr. 6815. Gross-britannien. 3. April 1869. with severe displeasure any attempts on the part of your rivals to disturb your position as Ruler of Cabul and rekindle civil war, and it will further endeavour, from time to time, by such means as circumstances may require to strengthen the Government of your Highness, to enable you to exercise with equity and with justice your rightful rule, and to transmit to your descendants all the dignities and honours, of which you are the lawful possessor. || It is my wish, therefore, that your Highness should communicate frequently and freely with the Government of India and its officers on all subjects of public interest, and I can assure your Highness, that any representation which you may make will always be treated with consideration and respect. || By these means, and by the exercise of mutual confidence, I entertain well-grounded hopes, that the most friendly relations between the British Government and that of your Highness may ever be maintained to the advantage of the subjects both of Her Majesty the Queen and of your Highness. || That your Highness may long enjoy health and strength sufficient to enable you to perform the arduous duties of your exalted station is the sincere wish of your friend.

Mayo.

Beilage 2.

From Ameer Shere Ali Khan of Cabool to his Excellency the Viceroy and Governor-General of India.

After expressing the earnest desire I have of seeing your Excellency, I beg to begin to write the subject of my letter. Your Excellency's friendly letter of the 31st March 1869, corresponding with the 17th Zelhej 1285, Hidjree, reached me at Umballa and strengthened the buildings of friendship of my Government (which has been given to me by God) and that of the powerful British Government. When our hearts are thus rendered clear as mirrors, and are reflecting light to all, how is it possible, that the dust of ill-will may ever darken those mirrors (hearts)! || If it please God, as long as I am alive, or as long as my Government exists, the foundation of friendship and goodwill between this and the powerful British Government will not be weakened. || I strongly hope, that the British Government will always do good and be kind to me, and keep me under its protection. || In conclusion, I beg to offer my friendly thanks to your Excellency. || I hope, your Excellency will consider me a well wisher and a friend of yours, and gratify me with accounts of your health. || Allow me, &c.

Dated, Umballa, the 20th of Zelhej 1285 Hidjree, corresponding with the 3rd April 1869.

Ameer Shere Ali.

Nr. 6816.

GROSSBRITANNIEN. — Indische Regierung an den kgl. Min. für Indien. — Correspondenz des russischen Generals Kaufmann mit dem Emir Schir Ali.

Simla, June 24, 1870.

Nr. 6816. Gross-britannien. 24. Juni 1870.

My Lord Duke, — We have the honour to forward, for the information of Her Majesty's Government, a copy of the papers relative to a letter addressed by General von Kaufmann, the Russian Governor-General of Turkestan, to His Highness the Ameer of Cabul. || 2. From the Diary of the British Agent at Cabul, ending the 16th May, 1870, your Grace will have been informed of the receipt at Cabul of this letter in Russian, English and Persian, from General von Kaufmann, and of the difficulty felt by the Ameer in understanding the Persian triplicate, written in an idiom strange to him. The English version was translated into Persian by Sirdar Mahomed Yakoob Khan (a son of the Ameer), but very imperfectly. The Ameer, misunderstanding the purport of the communication from General von Kaufmann, was apparently much disquieted, and forwarded the documents to the Viceroy, with a request that he might be favoured with a translation of the Russian letter into Persian, and that the Viceroy would suggest to him such an answer as might be considered appropriate and advisable. || 3. We have been able to obtain a translation of the Russian original, and have transmitted English and Persian versions of it to the Ameer. || 4. The original letter in Russian, with the English and Persian versions, have been returned to Cabul; but a photographed copy of the Russian original accompanies this, and also a four-columned paper containing copy of the first translation into French, with the English duplicate, and translations of the two Persian, which, for the purpose of comparison, we have printed side by side. || 5. General von Kaufmann's communication appears to us to be the result of the instructions which, as reported in your Secretary's Secret letter, dated 6th May, 1870, the Court of St.-Petersburgh had determined to send to Tashkend, viz., that General von Kaufmann should make it known everywhere in Central-Asia, that a perfect understanding exists between the Governments of Great Britain and Russia with reference to the affairs and interests of those countries. In answering the Ameer's letter we have taken the opportunity to explain to him the repeated assurances we have received from the Russian Government of their determination to pursue a peaceful policy in Central-Asia. We have also informed him, that the letters addressed to him by General von Kaufmann, containing as they do a renewed expression of this policy to the Ameer himself, will doubtless be, when rightly viewed, a source of satisfaction and an additional ground of confidence to His Highness, that, so long as he continues the course he has so happily followed since his meeting with the Viceroy at Umballa, it is most unlikely, that his

Nr. 6816. Gross-britannien. 24. Juni 1870. territories will be disturbed by Russia, or by any tribe or State which may be influenced by the officers of the Emperor. || 6. We beg to refer to the Viceroy's reply to the Ameer for a full expression of our sentiments. A copy in print is inclosed, but the original was sent as usual in manuscript. | We have, &c.

Mayo.
Napier of Magdala.
John Strachey.
R. Temple.
J. F. Stephen.
B. H. Ellis.
H. W. Norman.

Beilage 1.

Major Pollock to Mr. Thornton.

Peshawur, May 26, 1870.

I have the honour to submit Cabul Diary (translation) from the 16th to the 19th instant. || 2. Also a letter and inclosures received with the diary to the address of his Excellency the Viceroy. || 3. With the above came a forwarding letter from His Highness the Ameer to my address, and one from the Cabul Agent, to the effect that the Ameer was much troubled at the receipt of the letters from the Russian authorities at Tashkend, for the following reasons: — || Ist. — What reasons can the Russians have for writing letters in a friendly strain to a State which has already friendly relations with the British Government? || 2nd. — Having seated amongst them one of our enemies ("muanid"), why should they write pointing out the fact? || 3rd. — What is the meaning of their writing, that Asia has no boundaries? || 4th. — What do they mean by saying, as a reason for our establishing permanent friendly relations with them, that up to the present time they have had no occasion to be angry with me? — 5th. — What do they mean by asking for a reply agreeably to their aims ("mafik apné neeut ké")? || There is room for apprehension, for the King of Bokhara has already submitted himself to, or become a dependent of, Russia, and it would not be surprising to find Russian officials establishing themselves on the actual border of Afghanistan. If (which God forbid) they should so establish themselves on the actual border and harbour our enemies, what hope is there of the borders of Turkestan, Balkh and Herat remaining on a satisfactory footing without full ("kamil") arrangements being made, and it is impossible that such complete measure can be carried out for the protection of these borders without the help and assistance of the British Government, with which the Afghan Kingdom is allied ("muta ahid"). The Ameer also feels anxiety as to what may have been said by Russia to the British Ambassador at her Court as to her meaning and

intention in writing such letters, or what the Ambassador may have learnt as to such intentions, or what action may have been taken, or be about to be taken, by the British Government in the matter. The Ameer defers replying to the letters, meaning to be guided entirely by the wishes and counsels of the British Government. A duplicate set of these letters has to-day reached the Ameer, received through the Meer of Samarcand and the Turkestan officials; the duplicates have been kept at Cabul, and the Ameer's apprehensions have been further aroused by the receipt of the duplicate letters; he wonders why they should be at such trouble in the matter.

Nr. 6816. Gross-britannien. 24. Juni 1870.

Beilage 2.

The Ameer of Cabul to the Viceroy of India.

(Translation.)

(After compliments.)

A letter has been received from Van Kauf Sahib, the Governor-General of the Russian territory, from the Turkestan direction, and through the Agency of the King of Bokhara, containing references to the concerns of your Excellency's Government. || The letter was written in three different languages, and, since friendly relations exist between us and the British Government, exalted States, and it is advisable to inform your Excellency of all news and information of such a nature, the originals of all the letters (which are in Russian, English and Persian) have been herewith sent to you. || The translation of the English letter was made by Sirdar Mahomed Yakob Khan, well-beloved and virtuous, the light of my eyes, and the Government translators. By the favour of God, the letters above-mentioned will reach his Excellency, who, from their perusal, may acquire full information. || Do me the favour to obtain the translation of the Russian letter into Persian, and also I beg, that such an answer as may by you be considered appropriate and advisable may be forwarded to me, with a translation into the Russian language, for transmission to the Russian General, who desires an answer. || May your Excellency remember me with favour and honour, and send me news of your welfare. || Dated 17th Sufur-ul Muzufur, 1287, Hijri (*i. e.*, 19th May, 1870) Cabul.

Beilage 3.

Transcript of the Duplicate sent in English by General Kaufmann.

To the Ameer of Cabul, Shere Ali Khan.

You probably will have heard, that your nephew, Abderahman Khan, who a few years ago was Regent of Balkh and of other parts of Afghanistan, is just arrived in Tashkend, and that I, as representative of my gracious

Nr. 6816. Gross-britannien. 24. Juni 1870. Emperor, have allowed him an honourable hospitality. In order, that the staying here of the above-mentioned Afghanistan Sirdar might not be erroneously interpreted by you, I suppose it necessary to explain to you, with my accustomary sincerity and veracity, my point of view concerning the relations I should like to see established between Russian Turkestan and you. || The Asiatic possessions of His Majesty the Emperor have no common limits with the country now submitted to your supremacy; they are separated by the Khanate of Bokhara, whose Ruler, the Ameer Seid Mosafar, having concluded a Treaty of Peace with Russia, stays now in friendly relations to us, and is enjoying the mighty protection of our great Emperor. Between us both there must not be any misunderstandings and vexations at all, and, though distant neighbours, we ought to live in friendship and harmony. I am quite far of longing for meddling with the interior affairs of Afghanistan, not only because you are under the protection of the British Government, with which, as you know, the Russian Government is in the best and most friendly relations, but also because I did not see any infraction from your part in the internal affairs of Bokhara. Afghanistan and Bokhara ought not to have any point of contact together, both of them must go their separate ways without caring for the welfare of the neighbour. || These considerations leaded me, when, having received from Abderahman Khan the request of being admitted to Tashkend I answered him, that His Majesty the Emperor of Russia graciously affords hospitality to everybody, so much the more to an unfortunate, but that he must not in the least reckon on my interference in his quarrel with you, and not expect any assistance from our part. I should not like to be in discordance with you, because your behaviour gave no matter for complaints. I hope also, that our mutual relations will remain the same, and therefore I send you this letter, and should be glad to receive from you the assurance, hat, on your part, the analogue principles of neutrality will be strictly observed concerning the Khanates of Bokhara, Khiva and other neighbours.

Tashkend, March 30/April 11, 1870.

The Turkestan Governor-General and Commander of the Troops of the Turkestan Military Circle,

von Kaufmann,
General Aide-de-camp.

Beilage 4.

The Viceroy of India to Ameer Shere Ali Khan.

My honoured and valued Friend, — I have had the pleasure to receive your Highness' friendly letter dated 17th Safar-ul-Muzafir, 1287, Hijri (corresponding with 19th May, 1870), and thank you for your courtesy and this further token of friendship, in thus sending for my perusal the letters you

have received in Russian, Persian and English, from General Aide-de-camp von Kaufmann, Governor-General of Turkestan, and Commander of the Russian troops of the Turkestan Military Circle, and also in consulting me as to the reply which it is desirable that you should give. || In compliance with your Highness' request, I send you a correct translation in English and Persian of the letter in the Russian character. You will perceive, that General von Kaufmann's letter states, that the frontiers of the Asiatic possessions of the Emperor do not anywhere touch on those of your Highness; it also contains assurances of the peaceful intentions of the Russian Government towards your Highness, their determination to abstain from interference with the territories now in your Highness' possession, and their hope, that your Highness will continue the same policy which has hitherto marked your conduct towards the States and tribes lying beyond the frontier of Afghanistan. || My friend, it affords me great pleasure to inform you, that I have received intelligence from Her Majesty's Secretary of State for India, that, in September last year, Prince Gortchacow, the Chief of the Statesmen to whom the Emperor of Russia has confided the government of his country, assured Her Majesty's Minister for Foreign Affairs, that Russia has no intention of extending her boundary further south. I have also heard from Mr. Forsyth, one of my high officers who visited St.-Petersburgh last year, that he had the honour of an interview with the Emperor, when he informed His Majesty of the deep interest which the British Government take in your independence and welfare, in reply to which the Emperor remarked there was no intention of extending the Russian dominions, and that, if the idea of conquest were banished from your Highness' mind, there would be peace in Central-Asia. The Ambassador of the Queen at the Court of St.-Petersburgh, together with Mr. Forsyth, have also received assurances from the Ministers of the Emperor of Russia, with the full concurrence of His Majesty, that all the provinces that your Highness now holds should be accepted as Afghanistan, and that, whilst the good offices of England should be exerted to dissuade your Highness from aggression, Russia should similarly use all her influence to restrain Bokhara from transgressing the limits of Afghan territory. || I have also been informed, that Her Majesty's Ambassador at St.-Petersburgh has reported to the Secretary of State, that instructions have been sent to General von Kaufmann to the effect, that, as the Government of India had taken measures to carry out the understanding come to with Mr. Forsyth, the Russian authorities should act in a similar spirit, and should make it known, that England and Russia are agreed as to the policy that should be followed with a view of securing the tranquillity of the countries on their respective borders, and the peace of Asia. I have further received information, that General von Kaufmann has informed the Sirdar Abdul Rahman Khan (now supposed to be resident at Tashkend), that Russia is firmly resolved not to interfere in the internal affairs of Afghanistan, and that consequently all negotiations with him (Abdul-Rahman Khan)

Nr. 6816. Gross-britannien. 24. Juni 1870.

Nr. 6816. Gross-britannien. 24. Juni 1870. are useless, and that General von Kaufmann will once more intimate to Abdul-Rahman Khan, that he can only be granted an asylum in the territories of Russia on condition of his abstaining from intrigues and political projects, for the realization of which he must not in any way reckon on assistance from Bokhara. || The letter which General von Kaufmann has addressed you contains, as I have already stated, assurances on the part of the Russian Government of their resolution to adhere to this policy of peace; and these letters will, doubtless, be, when rightly understood, a source of satisfaction and an additional ground of confidence to your Highness, because they indicate that so long as you continue the course you have so happily pursued since the visit you honoured me with at Umballa, it is most unlikely, that your territories will be disturbed by Russia or by any tribe or State which may be influenced by the officers of the Emperor. || My friend, these assurances, given by His Imperial Majesty himself — by his Ministers of State — and now by the distinguished General who commands His Majesty's Forces in Russian Turkestan, have given to me unfeigned satisfaction. For in these I see a further and an additional security for that which I so much desire, namely, the permanency of your rule, the complete establishment of your power, and the maintenance of a just, wise and merciful administration throughout the whole of Afghanistan. Further, it is a matter of great gratification to me, that the servants of the Queen, both in England and in India, have by the representations, made by them in your behalf to Her Majesty's ally, been enabled to contribute in this important manner to the interests of your Highness and of your State. || I therefore suggest for your Highness' consideration, that it would be wise, that you should reply to General von Kaufmann to the effect that you are glad to receive his assurances, that no interference direct or indirect, will be undertaken by any officer in the service of His Imperial Majesty in the affairs of Afghanistan, and that no assistance or encouragement will be afforded by them to your enemies, that in pursuance of the counsel and advice, repeatedly given you by the British Government, you have instructed your frontier officers, that, while they should firmly defend your border and maintain your authority, they must not permit any aggressions to be made on their neighbours, and that they must abstain from interference in the political affairs of countries and tribes beyond the legitimate borders of Afghanistan, and, further, that you are determined to adhere to this policy, not only because you have been advised thereto by the Viceroy of India, whose Sovereign is in strict alliance with the Czar, but also because you are convinced, that it is in accordance with the best interests of your kingdom and the welfare of your people. || It will be sufficient to reply to General von Kaufmann in Persian, with which language he or his officers are, doubtless, familiar. || I beg to express the high consideration I entertain for your Highness, and to subscribe myself || Your Highness' sincere friend,

Mayo.

Nr. 6817.

GROSSBRITANNIEN. — Indische Regierung an den kgl. Min. f. Indien. — Weitere Correspondenz des Generals Kaufmann mit dem Emir.

Simla, October 10, 1872.

My Lord Duke, — In continuation of our despatch, dated the 9th September last, we have the honour to forward, for the information of Her Majesty's Government, a copy of papers regarding two Russian and Persian letters written by the Russian authorities at Tashkend to the Ameer of Cabul and his local Governor in Afghan Turkestan, which have created some anxiety in the mind of His Highness. || We have, &c.

Nr. 6817. Gross-britannien. 10. Oct. 1872.

Northbrook.
Napier of Magdala.
John Strachey.
R. Temple.
H. W. Norman.
A. Hobhouse.
E. C. Bayley.

Beilage 1.

The British Agent at Cabul to Mr. Macnabb.

(Translation.) September 5, 1872.

The two letters mentioned in my letter of 2nd instant, as having been received from the Russian authorities at Tashkend, — one to the address of the Ameer, and the other to the address of Naib Mahommed Alum Khan, Governor of Turkestan, and received by me from His Highness the Ameer, — are forwarded herewith in original, and it is hoped, that you will inspect them. The Durbar officials, after perusing both papers, remarked as follows in a private conference: — "It is mentioned in both these despatches, that the Russians are satisfied with the friendly relations hitherto maintained towards them by the Government of Afghanistan, that they consider it their pleasing duty to bring this to the notice of their Emperor, and that they desire that the friendly relations existing between them and the Afghan Government should become more firm and consolidated every day. Under these circumstances, it is a matter of anxiety what ultimate consequences these expressions point to, what will be the purport of the Governor-General of Russian Turkestan's communications to this Government on his return from St. Petersburgh, and what designs the Russian Government in reality entertains as regards the Afghan State. Notwithstanding, that the Russian authorities are well aware, that the Government of Afghanistan is united with the British Government, they openly write, unsolicited, letters for the promotion

Nr. 6817. Grossbritannien. 10. Oct. 1872. of their friendship with Afghanistan, and do not relax in the frequency of their communications on the subject, and now they have commenced to send letters to the Governor of Balkh also.

Beilage 2.

The Governor-General of Tashkend to the Ameer of Cabul.

(Translation.) 7th Jumadi-oos-sanee, 1289 H. (August 13, 1872).

Before my leaving the country of Tashkend, your Highness' welcome and friendly letter dated 14th*) Jumadi-ool-awul, 1289 H., reached me, and the receipt of this, your exalted communication, gave me great satisfaction. I am now ready to start for St.-Petersburgh for the purpose of communicating to my Imperial master the state of affairs of the countries which His Imperial Majesty has entrusted to me, and also the circumstances connected with those territories of the Khans which are situated in the neighbourhood of our possessions. I do not wish, that the bearer of your letter should go away without a letter in answer to yours. Whatever I wrote to say in my former letter I repeat in my present communication, that I cherish no other wish in my heart than that for the tranquillity and repose of my neighbours, inasmuch as such desire accords with the disposition of my Emperor. I am more satisfied because your Highness agrees to follow the same course. I consider it my pleasant duty to bring this commendable intention of your Highness to my Imperial master. || I hope, that your Highness will never afterwards allow any change to take place in this laudable course. May God grant you health and happiness! It is my constant prayer to the Almighty, that all His creatures may live in peace and tranquillity.

Beilage 3.

(Translation of a Letter from**). to Mahomed Ali Khan***), dated Tashkend, the 9th Jumadi-oos-sanee, 1289 H. (Aug. 15, 1872).

After expressions of friendship I beg to state, that Ahmed Naib, whom you deputed, having left Balkh, arrived in the country of Tashkend on the 15th, and delivered to the Governor-General and the Chief Officer of Turkestan the letter from Ameer Shere Ali Khan, intimating his intention to maintain friendly relations with all. The Governor-General having been gratified with the receipt of the above letter, wrote, agreeably to the requirements of time, a hasty reply, made it over to the said Ahmed Naib, and sent him to you to Balkh. The Governor-General hopes, that, on the arrival of the letter, you will forward it to the Ameer of Cabul. It is now three days

*) July 21, 1872.

**) No name mentioned.

***) A mistake for Mahomed Alum Khan.

since the Governor-General has started from this place for St.-Petersburgh for the purpose of paying a visit to the Great Emperor. He has commanded me to communicate to you his prayer, that the grace of God may be with you, and to request, that you will, without loss of time, forward the above letter to the Ameer. Further, it is the wish of the Governor-General, that the friendly relations subsisting between the Russians and the Afghans should become more firm and consolidated daily; but the maintenance of such friendly relations depends on the peace and tranquillity of the neighbouring countries. Mahomed Ali Khan, you are a respectable servant of the Ameer, and you are carrying out his intention. May you, please God, continue to follow this laudable course. || It is my prayer to the Almighty, that you may continue to enjoy health and happiness. Nr. 6817. Gross-britannien. 10. Oct. 1872.

Nr. 6818.

GROSSBRITANNIEN. — Regierung von Indien an den kgl. Min. f. Indien. — Uebersicht über die Verhandlungen mit Russland.

Simla, 30th June 1873.

My Lord Duke, — In our despatch No. 33, dated 28th March last, we communicated shortly to Your Grace our views with respect to the understanding that has been effected with the Russian Government on the subject of the Afghan boundary. As, however, the immediate duty of giving practical effect to that understanding on the part of Her Majesty's Government will devolve upon the Government of India, we consider it to be desirable to enter somewhat more at length into the nature of the obligations which appear to us to have been undertaken by the British and Russian Governments respectively, and to state our view of the general policy which has been agreed upon between the two Governments in regard to their dealings with the countries which lie betweeen their respective possessions in the East. A clear appreciation of that policy and of those obligations appears to us to be essential in order to avoid the risk of misunderstandings arising which might be detrimental to the friendly and cordial relations which now happily exist between the two countries. || 2. To advert shortly to the general policy which has been pursued of late years by the Russian Government in Central-Asia, our opinion is still that which we expressed in 1869 in the following language: — || "We by no means share in the exaggerated apprehensions expressed in many quarters as to the danger to British rule in India which may arise from an extension of Russian influence in those countries lying to the South and East of her enormous possesions in Asia. | We believe, that the influence of a civilized European power over wild and savage tribes cannot be otherwise than beneficial. || We would therefore heartily assist in establishing a frank and clear understanding with Russia Nr. 6818. Gross-britannien. 30. Juni 1873.

Nr. 6818. Gross-britannien. 30.Juni 1873. as to the relative position of British and Russian interests in Asia." ‖ In accordance with these principles, therefore, we suggested that, as it was for the interests of both countries that a wide border of independent States should exist between the British and Russian frontiers, it would be desirable that Russia should be invited to adopt the same policy with regard to the independent States which come under her legitimate influence as we have pursued with regard to Afghanistan and the independent States within our influence. The friendly interchange of communications between Her Majesty's Government and the Russian Government which we propose to review in this despatch appears to us to have established results entirely in accordance with the sentiments we have heretofore expressed. ‖ 3. It is unnecessary for us to advert to any occurences previous to the communications which are contained in the papers recently laid before Parliament, commencing with the letter addressed by the Earl of Clarendon to Sir A. Buchanan on the 27th of March 1869. ‖ Lord Clarendon, shortly before the date of that letter, in several conversations with Baron Brunnow, recommended "the recognition of some territory as neutral between the possessions of England and Russia, which should be the limit of those possessions, and which should be scrupulously respected by both Powers." ‖ Prince Gortchakow, to whom Baron Brunnow had communicated Lord Clarendon's suggestions, replied that the idea of maintaining between the possessions of the two Empires in Asia "a zone to preserve them from any contact" had always been shared by the Emperor, and authorised Baron Brunnow to "repeat to Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State the positive assurance, that His Imperial Majesty looks upon Afghanistan as completely outside the sphere within which Russia may be called upon to exercise her influence. No intervention or interference whatever, opposed to the independence of that State, enters into his intentions." ‖ 4. Lord Clarendon answered, after expressing the thanks of Her Majesty's Government for the friendly feelings which had prompted Prince Gortchakow's communication, that the Secretary of State for India, having consulted those Members of his Council who were well acquainted with the countries in question, had arrived at a decided opinion, that Afghanistan would not fulfil those conditions of a neutral territory, that it was the object of the two Governments to establish, and that it was, therefore, thought advisable to propose that the Upper-Oxus should be the boundary line which neither Power should permit its forces to cross. ‖ 5. In the autumn of 1869 an interview took place at Heidelberg between Prince Gortchakow and Lord Clarendon, at which the subject was further discussed. On the one hand, the Prince declared, that "the Emperor considered, and he entirely shared His Majesty's opinion, that extension of territory was extension of weakness, and that Russia had no intention of going further south," and that it was the desire of the Emperor not to retain Samarkand. On the other, Lord Clarendon explained, that the relations between the Government of India

and the Ameer of Afghanistan had been entered into solely with the object of enabling him to maintain that order in Afghanistan which was of importance to the neighbouring possessions of Great Britain, had no reference to the advances of Russia in Central Asia, and evinced no hostile disposition towards Russia. || 6. In the latter part of the year 1869 the presence of Mr. Douglas Forsyth at St.-Petersburgh afforded an opportunity for a more full discussion of the proposals which were under the consideration of the two Governments. || The subject of the influence which should be exercised by Russia and Great Britain respectively, over the States on their frontiers was frankly entered into, and it was agreed that beyond the limit of the provinces which the Ameer of Afghanistan then held he should not attempt to exercise any interference or influence, that the good offices of England should be exerted to restrain him from all thought of aggression and that, similarly, Russia should exercise all her influence to restrain Bokhara from transgressing the limits of Afghan territory. || 7. Prince Gortchakow expressed his opinion, that there might be some difficulty in restoring Samarkand to Bokhara, notwithstanding the desire of the Emperor to do so. He considered, that the influence possessed by the Gouvernment of India over the Ameer of Afghanistan was greater than that of Russia over Bokhara; but admitting "that to be a mere question of appreciation," he did not anticipate much difficulty in inducing the Ruler of Bokhara to abstain from aggressive acts against Afghanistan. He felt assured, that the advice of Russia to the Khan of Khokand to live in peace with his neighbours would be followed. He stated, that he saw no objection to English officers visiting Cabul, though he agreed with the Earl of Mayo that Russian agents should not do so. || With regard to Kashgaria or Yarkand, in which country the Atalik Ghazee had recently established a Government, Prince Gortchakow observed to Sir A. Buchanan that the Atalik Ghazee had nothing to fear from Russia, but as the Russian Government had no relations with him, and the Government of India appeared to have had dealings with him, "you can assure him, on my authority, that Russia has no hostile intention towards him, or any desire to make conquests in his territories." || Prince Gortchakow, on the conclusion of the communications, requested Sir A. Buchanan to tell Lord Clarendon, that "as both Governments are free from all *arrières-pensées*, ambitious views, or unfriendly feelings towards each other, the more fully and frankly all questions connected with Central-Asia are discussed between them the more effectually will the 'mists' be blown away which, through the misrepresentations of over-zealous subordinate agents may, at any time, hang over them." || Lord Clarendon, in reply, requested Sir A. Buchanan to state to Prince Gortchakow, "that Her Majesty's Government entirely reciprocate these opinions, and will act upon them without reserve and in a spirit of confidence, being assured that such a course is best calculated to promote the entirely good understanding with Russia which we are so anxious to maintain upon the only matters upon which an apparent,

Nr. 6818. Gross-britannien. 30. Juni 1873.

Nr. 6818. Gross-britannien. 30. Juni 1873. though not necessary, divergence of interest might lead to differences." || 8. The general policy to be pursued by the two Governments was thus satisfactorily agreed upon. The result of the communications that had passed was summarised as follows by Prince Gortchakow in his despatch to Count Brunnow of the 1st of November 1871: — || "(*a.*) — That the territory in the actual possession at the present moment of Shere Ali Khan should be considered to constitute the limits of Afghanistan. || (*b.*) — That beyond these limits the Ameer should make no attempt to exercise any influence or interference, and that the English Government should do all in their power to restrain him from any attempts at aggression. || (*c.*) — That for their part the Imperial Government should use all their influence to prevent any attack by the Ameer of Bokhara upon Afghan territory. || These principles had been unreservedly accepted both by the Cabinet of London and the Governor-General of India." || 9. There remained the settlement of the boundary of Afghanistan so as to embrace the provinces then held by the Ameer. || Some delay not unnaturally occurred in the settlement of the north-eastern and western portions of this boundary, for it required an investigation into the condition of countries little known either to the British or to the Russian authorities. Ultimately there was a difference of opinion between the two Governments upon the question whether Badakshan and Wakhan did or did not form part of the provinces held by the Ameer. It is only necessary for us again to express the satisfaction with which we have learnt from Prince Gortchakow's letter to Count Brunnow of the 19th/31st January last, that the Russian Government finally agreed to accept the views of Her Majesty's Government upon the question, and we regard this as a proof of the desire of the Russian Government to avoid, as far as possible, any future elements of discord. || 10. Notwithstanding, however, that the precise boundary of Afghanistan had remained unsettled from the end of the year 1869 until January last, the Government of India have been guided in their transactions with their Asiatic neighbours by the principles of policy which were agreed upon in 1869 between the two Governments. At the Umballa Durbar and on several other occasions the Ameer of Afghanistan was earnestly advised to commit no aggression on his neighbours. This advice was repeated with special reference to the differences then existing between the Ameer of Bokhara and his rebellious son, and to the wish of Shere Ali Khan to annex Kirkee and Charjui. Our influence was on these occasions exercised with success, and we had the satisfaction of being informed by your Grace, that our proceedings were considered by the Emperor of Russia as a gratifying proof of the good effects of the communications between Prince Gortchakow and Lord Clarendon at Heidelberg, and of the determination of the two Governments to do everything in their power to promote peace in Central-Asia. || We have also advised the Atalik Ghazee to abstain from interference in the political affairs and quarrels of neighbouring States. Our communications with him

have been confined to the establishment of friendly relations, and in pursuance of negociations which commenced some years ago we are now engaged in the conclusion of a Treaty of Trade and commerce with Yarkand. It is apparent from the language used by Prince Gortchakow to Sir Andrew Buchanan in 1869, which is quoted in the 7th paragraph of this despatch, that Yarkand was not included by the Russian Government among the countries within the immediate sphere of Russian influence, and we do not consider that the recent conclusion of a commercial treaty by Russia with Yarkand has substantially altered the position of that country as regards Russia. || We have declined to exercise any interference in the affairs of Bokhara and Khiva when appealed to more than once by envoys from those countries. || 11. On the other hand, the action of the Russian Government upon several occasions has been in accordance with the same policy. || In the beginning of 1870 apprehensions were entertained of a hostile movement on the part of the Ameer of Bokhara upon Afghanistan, and a rumour had reached India of a contemplated attack on the territories of the Atalik Ghazee by the Khan of Khokand. Communications were addressed to the Russian Government, and Prince Gortchakow repudiated the idea of the Ameer having the slightest ground for apprehension. Sir Andrew Buchanan then said: || "That, if it can be shown that the Emperor of Russia is following a similar policy with the Government of India and that the object of His Majesty's policy is to create on his frontiers a series of influenced, but not tributary or neutralized States, to secure to them national independence, and to put an end for ever to that state of conflict and internal disturbance which has for ages prevailed in those regions, the interests of civilization will be strengthened and possibly permanently consolidated; that the Viceroy had done all in his power to maintain peace on the frontier of Afghanistan, and that it therefore rests with the Government of the Emperor, by adopting the same course with regard to those countries which bound the Russian possessions in Central-Asia as the Viceroy has taken towards Afghanistan, permanently to secure peace throughout their wide districts, which are influenced respectively by the Government of the Queen and that of His Imperial Majesty." || M. Stremooukoff replied: || "What you have read is our programme, and describes exactly what we desire and are endeavouring to establish." || Subsequently Prince Gortchakow requested Sir A. Buchanan to assure Lord Clarendon in the most positive manner, that "the Russian Government lost no opportunity of impressing on the Khan of Bokhara their desire that he should abstain from all aggression on the territories of the Ameer of Cabul." At the same time, the Emperor, in an interview which he accorded to Sir Andrew Buchanan, entirely confirmed this assurance. || 12. General Kaufmann, during the same period, assured the Ameer of Afghanistan, that he had given no encouragement to Abdool Rahman Khan, the nephew of the Ameer, who was residing as a refugee in Russian territory and was supposed to entertained designs upon the tranquillity of Afghanistan. || General Kauf-

Nr. 6818. Grossbritannien. 30. Juni 1873.

Nr. 6818. Gross-britannien. 30. Juni 1873. mann's language to the Ameer was as follows: "The Czar's possessions in Turkestan do not border on the countries at present under your rule: we are separated by the Khanate of Bokhara, whose Ameer, Seid Mouzuffar, has concluded a peace with Russia, and is at present friendly towards and under the protection of His Majesty the Emperor of all the Russians. No collision or misunderstanding can therefore take place between us, though we are distant neighbours, and we can and ought to live in peace and concord. I have no intention of interfering in the internal affairs of Afghanistan, because, on the one hand, you are under the protection of the English Government, who, as you are probably aware, are friendly towards that of the Czar, and because, on the other hand, I do not perceive any interference on your part in the affairs of Bokhara." || 13. The settlement of the boundaries of Afghanistan will render it more easy for the authorities of both nations to carry into practical effect the policy which has been agreed upon between the two Governments, and the public announcement of the agreement will, in our opinion, conduce to the preservation of peace in the countries concerned. At the same time, much will depend on the firm adherence to the policy of non-annexation both by England and Russia; for we have good reason to believe, that an advance of the Russian frontier towards that of Afghanistan would undoubtedly revive in that country the uneasiness which the frank avowal of the good understanding between Great Britain and Russia on the general question of Central-Asian policy has done much to allay. || 14. It is obvious, from the whole tenor of the communications between the two Governments, that although the term "neutral territory" was originally used by the Earl of Clarendon, the idea has not been pursued in the subsequent negociations, mainly owing, as it appears to us, to Prince Gortchakow's objections to the adoption of the Upper-Oxus as the line of demarcation for a neutral ground. The expression originally used by Prince Gortchakow, indeed, — "zône destinée à préserver les possessions des deux Empires en Asie de tout contact," — appears to us more accurately to express the condition in which both Governments desire to maintain the countries which intervene between their respective possessions in Asia. || 15. Our opinion upon this subject was given to Her Majesty's Government in the year 1869; and we still think, that the existence of a treaty which would limit and control the conduct of either of the two great Powers with regard to their immediate neighbours might prove a fertile source of dispute between the two Governments. It would be impossible to expect Russia to agree to any such stipulations in regard to Khiva or Bokhara, and our relations with Afghanistan are of a kind quite inconsistent with "neutrality" in its strict sense. || 16. As it is possible that the Russian Government are not in possession of full information with respect to the nature and scope of those relations, it may be advisable shortly to recapitulate them. || The Earl of Mayo informed the Ameer of Afghanistan at Umballa, in the spring of 1869, that although the British Government did not desire to

interfere in the internal affairs of Afghanistan, yet, considering that the bonds of friendship between the Government of India and His Highness had lately been more closely drawn than heretofore, we should endeavour, from time to time, by such means as circumstances might require to strengthen the Government of His Highness, and that we were willing to assist him with money, arms, ammunition, and in other ways, whenever we deemed it desirable to do so. The hands of the Government of India were left absolutely free as to the occasions on which and the circumstances under which such assistance was to be given to or withheld from the Ameer. He was given clearly to understand, that the assistance then or hereafter to be given him was soleley for the purpose of establishing a just and merciful as well as a strong Government in Afghanistan, and that the continuance of our support must always depend upon the pleasure of the Government of India. These explanations were accepted and approved by Your Grace as in all respects satisfactory and in accordance with the opinions and principles laid down by Her Majesty's Government. It was distinctly explained to the Ameer, that he was to receive no fixed subsidy from us, and as a matter of fact the only occasion on which, since the Umballa Durbar, His Highness has received assistance in money from us was in the spring of 1872 when we made him a present of two lakhs of rupees to assist him in carrying out certain reforms in his internal administration. It is probable, that a further sum of money will now be supplied to him for the purpose of facilitating the peaceful settlement of the disputed boundary between Afghanistan and Persia in Seistan. ‖ 17. This statement will suffice to show the nature of our relations with Afghanistan. Our influence has been exercised with the Ameer to encourage him in the peaceful policy which he has hitherto pursued towards his neighbours, and we believe, that it will in future be sufficient to secure that most desirable object. Indeed, we are confident, that the Ameer himself will appreciate his obligation, in consideration of the recognition by Russia of the boundaries of his territory, to refrain from any aggression; but we have never desired to interfere with the independence of Afghanistan, and, therefore, we can undertake no further responsibility with regard to the action of the Ameer than to press upon him in case of need in the strongest manner our friendly advice, and to govern our relations towards him in accordance with the action he may take, in the same way as the Russian Government have engaged to act with regard to Bokhara. ‖ 18. Although we have abstained from entering into any treaty engagement to support the Ameer by British troops, in the event of Afghanistan being attacked from without, yet the complete independence of Afghanistan is so important to the interests of British India that the Government of India could not look upon an attack upon Afghanistan with indifference. So long as the Ameer continues, as he has hitherto done, to act in accordance with our advice in his relations with his neighbours, he would naturally look for material assistance from us; and circumstances might occur under which we

Nr. 6818. Gross-britannien. 30. Juni 1873.

Nr. 6818. Gross-britannien. 30. Juni 1873. should consider it incumbent upon us to recommend Her Majesty's Government to render him such assistance. || 19. The assurances given by the Russian Government of their determination not to interfere with Afghanistan have been clear and positive throughout the whole course of these negotiations. We unreservedly accept those assurances, and we are satisfied, that this frank explanation of the position of the Government of India as regards Afghanistan will not be misinterpreted. || 20. Both powers have now publicly avowed their adherence to the policy of not further extending their territorial possessions in the Southern portion of Central-Asia. They have pledged themselves reciprocally, that, so far as their influence extends over the States lying between their respective frontiers, that influence will be exerted in the interests of the general peace to restrain those States from aggression upon each other. As regards Afghanistan, the boundary recently settled is to be the limit of the Ameer's dominions; while, on the one hand, the Government of India are to use all the influence they possess with the Ameer to prevent him from transgressing that boundary, Russia will on her part use all her influence over Bokhara and the other States to which her influence extends to restrain them from aggressions on Afghanistan. Therefore, so long as the Ameer confines himself to the boundary now defined, he need fear no molestation from Russia or the countries under her influence. || Should our general view of the recent negotiations and of the obligations which will consequently devolve upon us receive the approval of Her Majesty's Government, we would suggest that a copy of this despatch might be communicated to the Russian Government, in order that we may act with freedom and confidence in our future communications with the different countries whose interests are concerned. || We have, &c.

Northbrook.
Napier of Magdala.
R. Temple.
B. H. Ellis.
H. W. Norman.
Arthur Hobhouse.
E. C. Bayley.

Nr. 6819.

GROSSBRITANNIEN. — Vicekönig an den kgl. Min. f. Indien. — Befürchtungen Schir Ali's wegen Russland. — Telegramm.

Nr. 6819. Gross-britannien. 24. Juli 1873.

Simla, dated July 24, 1873.

Ameer of Cabool alarmed at Russian progress, dissatisfied with general assurance, and anxious to know definitely how far he may rely on our help

if invaded. I propose assuring him, that if he unreservedly accepts and acts on our advice in all external relations we will help him with money, arms and troops, if necessary, to expel unprovoked invasion. We to be the judge of the necessity. Answer by telegraph quickly. Nr. 6819. Gross-britannien. 24. Juli 1873.

Nr. 6820.

GROSSBRITANNIEN. — Min. f. Indien an d. Vicekönig. — Beruhigende Antwort an Schir Ali. — Telegramm.

India Office, dated 26th July 1873.

Cabinet thinks you should inform Amir, that we do not at all share his alarm, and consider there is no cause for it; but you may assure him we shall maintain our settled policy in favour of Afghanistan, if he abides by our advice in external affairs. Nr. 6820. Gross-britannien. 26. Juli 1873.

Nr. 6821.

GROSSBRITANNIEN. — Regierung von Indien an den kgl. Min. f. Indien. — Verhandlungen mit einem Gesandten Schir Ali's.

Simla, 15th September 1873.

My Lord Duke, — In continuation of our Secret Despatch, No. 60, dated 30th June last, and with reference to the telegraphic correspondence marginally noted, we have the honour to forward, for the information of Her Majesty's Government, a copy of the papers connected with the communications that have recently taken place with the envoy of His Highness the Ameer of Cabul, regarding the boundaries of Afghanistan and the general policy of the British Government towards that country. || 2. There was little difficulty in explaining to the envoy the result of the recent correspondence with Russia regarding the northern boundaries of Afghanistan. He appeared to appreciate correctly the nature of the arrangement concluded with Russia, but sought for an explanation on certain minor points which have been satisfactorily cleared up in the final letter from the Viceroy to the Ameer. || 3. From conversations with the envoy we were led to believe, that the Cabul Durbar had interpreted the friendly assurances of Lord Lawrence and Lord Mayo to mean that the British Government had bound themselves to comply with any request preferred by the Ameer. It was necessary, therefore, in the first place to remove any incorrect impressions on this score, and in repeating to the Ameer the assurances given to him at the Umballa Durbar, we have given Nr. 6821. Gross-britannien. 15. Sept. 1873.

Nr. 6821. Gross-britannien. 15. Sept. 1873. the envoy distinctly to understand, that, while the policy adopted towards Afghanistan by Lord Lawrence and Lord Mayo will be maintained, the British Government reserve to themselves the right of judging as to the propriety of any request preferred by the Ameer. || 4. In the course of the discussions the envoy stated, that he had been instructed to apply to the British Government for assistance, both present and prospective; the former for the purpose of strengthening the Government of Afghanistan, and the latter with the view of meeting the contingency of actual aggression by a Foreign Power. Though believing, as the envoy was distinctly informed, that the result of the recent arrangement with Russia has been to remove further than before the possibility of foreign aggression on Afghanistan, we were of opinion, that the time had arrived for affording the Ameer present assistance in accordance with our settled policy. As your Grace was informed, we had promised the Ameer five lakhs of rupees to assist him in adjusting the claims of his subjects who had suffered from raids in Seistan, and we have now decided on presenting His Highness with an additional sum of five lakhs of rupees and with 10,000 Enfield and 5,000 Snider rifles for which he had applied previous to the envoy's arrival. || 5. The question of the policy to be pursued in case of actual or threatened aggression on Afghanistan, was the subject of considerable discussion with the envoy. After receipt of your Grace's telegram of the 1st July, the envoy was informed at the interview of the 12th idem, that if, in the event of any aggression from without, British influence were invoked and failed by negotiation to effect a satisfactory settlement, it was probable, that the British Government would afford the Ameer material assistance in repelling an invader, but that such assistance would be conditional on the Ameer following the advice of the British Government, and having himself abstained from aggression. Further and more definite explanations were given on this subject in the conversation with the envoy of 30th July, to which we beg to refer your Grace. || 6. A copy and translation of these conversations were annexed to the letter which the Viceroy has addressed to the Ameer. But as the subject is one of great importance, and the envoy appeared to doubt how far his instructions justified him in committing himself to any definite arrangement, we considered it advisable to postpone the settlement of it to a more favourable opportunity, when we trust the matter may be discussed with the Ameer in person.

7. From the separate memorandum of the several points, which the envoy is to lay before the Ameer, your Grace will observe that we have suggested the expediency of deputing a British officer to examine the western and northern boundaries of Afghanistan. Though we think, that the presence of accredited British officers at Cabul, Herat and possibly also Candahar, would for many reasons be desirable, we are fully alive to the difficulties in the way of such a measure until the objects and policy of the British Government are more clearly understood and appreciated in Afghanistan. It is with the view of

removing some of these difficulties, that we have proposed the deputation of an officer to examine the boundaries. Independently of the valuable information, both geographical and political, that might be collected, a judicious officer would have it in his power to do much towards allaying any feelings of mistrust, that may still linger in the minds of some classes of the people in Afghanistan, and towards preparing the way for the eventual location of permanent British representatives in that country, if such a measure should at any time be considered desirable or necessary. || We have, &c.

Nr. 6821. Grossbritannien. 15. Sept. 1873.

Northbrook.
Napier of Magdala.
R. Temple.
B. H. Ellis.
H. W. Norman.
Arthur Hobhouse.
E. C. Bayley.

Nr. 6822.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg (Lord A. Loftus) an den kgl. Min. des Ausw. (Earl Granville). — Audienz beim Kaiser*).

St.-Petersburgh, January 19, 1874.

My Lord, — I had the honour to be received in a private audience by the Emperor on my return from England. || On this occasion I renewed to His Majesty my felicitations on the happy event which was to unite the two Royal and Imperial Families, and which I trusted would be the means of establishing an intimate and cordial feeling between the two nations. I expressed my satisfaction at seeing the two national flags flying together on the arrival of His Royal Highness the Duke of Edinburgh, and I hoped, that they would ever continue to do so. || His Imperial Majesty, who received me most graciously, reciprocated warmly these felicitations and good wishes. He expressed his anxious desire for the cultivation of friendly feelings with England in the interests of peace, of civilization and of humanity. His Majesty said, that he had no aggressive policy. The expedition to Khiva had been forced upon him by the lawless behaviour of the Khan towards the traders who passed through that country, and that it had been found absolutely necessary to put an end to the state of pillage and robbery carried on by the nomad Turkoman tribes in that country. || I stated to His Majesty, that there had been one act of His Majesty, which would form the brightest page in the

Nr. 6822. Grossbritannien. 19. Jan. 1874.

*) Vergl. Staatsarchiv Bd. XXVI, Nr. 5140 und 5141.

Nr. 6822. Gross-britannien. 19. Jan. 1874.

history of his glorious reign, namely, the abolition of slavery in Khiva and its adjoining Khanates. No measure would tend more to arrest the robberies carried on by the nomad tribes, for whom the markets were closed. There would be no further inducements for the horrid practice of man-stealing, so resorted to of late years by the Turkomans. I then observed to His Majesty, in regard to the groundless fears expressed by the English journals of the advance of Russia towards India, to which His Majesty had referred, that the punishment inflicted on the Khan for his misgovernment in that Khanate, as regarded foreigners and commercial travellers, had not alarmed the public mind in England. The question of Khiva had now been settled. But I confessed to His Majesty, that there was a feeling of alarm in some portion of the public mind in England; a feeling, I might say, that was in no way dictated by any hostility to Russia, but rather by a fear lest unforeseen events might engender future difficulties, which might do injury to the good relations between England and Russia, namely, a feeling of alarm at certain reports propagated by the press of an intended Russian expedition in the spring against the independent Turkoman tribes, a restless race, who led a wandering life among the steppes situated between the Caspian and Afghanistan. Such an expedition might be productive of dangers now unforeseen. It might drive the Turkomans on the soil of Afghanistan or into the Province of Herat, which might produce complications with the Ruler of Afghanistan. This was a danger which it would be to wise the foresee, in order to avoid. || His Majesty said at once, that there was no intention of making any expedition against the Turkomans; but, if they should attack or molest the Russian settlements, they must suffer for the consequences of it. || I remarked to His Majesty, that I was happy to learn this refutation of the reports from His Majesty's own lips, and that in referring to them I had merely acted as a pilot on board ship, whose duty it was to point out the rocks, to warn the navigator against them. His Majesty expressed his anxious wish, that no cloud, as regarded Central-Asian or any other question, should darken the happy relations between the two Governments; and he told me on every occasion when any difficulty manifested itself, to address myself directly to the Chancellor, adding that he would be happy to receive me whenever I judged it necessary. I thanked His Majesty for his gracious permission, and said, that I should gladly avail myself of it, if circumstances should render it necessary. || In closing this Report, I may add, that nothing could exceed the gracious kindness of His Majesty, nor the heartiness of his expressions of good-will and friendship towards England. || I have, &c.

Augustus Loftus.

Nr. 6823.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den kgl. Min. d. Ausw. (Earl of Derby). — Erklärungen Russlands über sein Verhältniss zu den Turkomanen-Stämmen.

St.-Petersburgh, November 17, 1874.

Nr. 6823. Gross-britannien. 17. Nov. 1874.

My Lord, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Lordship's despatch of the 6th instant, which reached me by post on the evening of the 14th instant. || In that despatch your Lordship instructs me to call the attention of the Russian Governmemt to that portion of General Llamakin's Circular (of which a copy was inclosed in the despatch from the Government of India) wherein he styles himself Commander over the Turkoman tribes of the Attrek and Goorgan, and to point out, that the territory between the Attrek and Goorgan is unquestionably Persian territory, in which General Llamakin could not be justified in interfering. || Your Lordship further instructs me te express the hope of Her Majesty's Government, that the Government of the Emperor will impress upon General Llamakin the expediency of abstaining from molesting the tribes who frequent the country to the south of the Attrek. || In fulfilment of your Lordship's instructions, I had the honour of an interview yesterday with M. de Westmann, the Acting Minister for Foreign Affairs, in the absence of Prince Gortchakow, when I read to him your Lordship's despatch, as also the despatch from the Government of India which was inclosed therein. || On terminating their perusal, M. de Westmann stated, that the incident of General Llamakin's Circular, to which your Lordship referred, had been a *mal entendu* which had given rise to a correspondence between the Imperial and Persian Governments, and that the explanations given by the Imperial Government had been perfectly satisfactory to the Persian Government. || His Excellency admitted, that General Llamakin, in lieu of naming the tribes to which he referred by their proper appellation, had generalized them in the terms he used, and he observed, that the tribes referred to were in the habit of repairing for a portion of the year to Russian territory. || The whole circumstance, his Excellency said, had been misrepresented, consequent on an incorrect translation from the original Tartar text of General Llamakin's Circular; but this misrepresentation had been happily and satisfactorily rectified with the Persian Government. || Having made this statement with regard to the incident referred to, his Excellency then stated, that he must express his surprise, thai an explanation should have been asked by Her Majesty's Government of an incident of so little importance in itself, and which solely concerned Russia and Persia. It was not customary, his Excellency observed, to interfere in the international relations between two independent States, and he could not comprehend in what way the incident re-

Nr. 6823. Gross-britannien. 17. Nov. 1874. ferred to could affect Great Britain. || I replied to his Excellency, that he must not forget that Great Britain was equally with Russia an Asiatic Power, ruling over an Empire of above 200 millions of people, and that it was the duty of the Government of India to watch over and safeguard the interests of that Empire. || The interests of the neighbouring States were more or less mixed up with those of the Indian Empire, and both Persia and Afghanistan might be considered as limitrophe States to India. || I further observed, that the advance of Russia in Central-Asia of late years was a subject of watchful interest, although it was not one either of jealousy or fear to the Government of India. There was a large tract of country, inhabited by independent Turkoman tribes, extending along the frontiers of Afghanistan from Khojah Saleh on the Oxus to the Persian frontier, of which Merv was the central point. Any foreign influence seeking to act on these tribes would necessarily attract the attention of the Government of Afghanistan, and his Excellency would therefore see, that the Government of India was fully justified in calling attention to a question which so nearly concerned the interests of its ally. But, furthermore, I would observe to his Excellency, that not many years ago the question of Persia formed the subject of diplomatic discussion and of a friendly understanding between our respective Governments, and I referred to the correspondence which had been exchanged between Lord Palmerston and Count Nesselrode in 1835 and 1838, in which both Governments agreed on the necessity of maintaining the integrity of Persia. || I did not, therefore, comprehend the surprise expressed by his Excellency on the communication I had then made. || M. de Westmann replied to these observations, that the correspondence to which I had alluded referred to the question of the succession to the Persian throne, on which the two Governments had happily agreed, and he did not doubt, that under similar circumstances the same understanding would take place. He instanced the friendly offices in which the two Governments were now engaged in regard to the Turco-Persian frontier question; but in the present instance he repeated, that the incident referred to in your Lordship's despatch was a question which solely regarded Persia, in which he could not admit the right of a third Power to interfere. || "Take, for instance," said his Excellency, "the case of Kashgar. It is an independent State, geographically separated from India. Although information of an unsatisfactory nature in regard to the late mission of Mr. Forsyth has reached the Imperial Government, I should not think of asking for an explanation from Her Majesty's Government, for I should expose myself to receive as a natural answer, that the relations between the Indian Government and the Ruler of Kashgar did not concern the Imperial Government." || To this observation I replied, that between friendly Governments, as between two friends, there should exist no susceptibility of this nature. I would call to his recollection, that on being informed by M. de Stremoouchoff, that Mr. Forsyth had been reported to him as having presented a considerable amount of arms to the Ameer of Kashgar,

Her Majesty's Government had taken the earliest opportunity, and on the authority of the Viceroy of India, to deny this fact. I felt convinced, that any explanations requested by the Imperial Government in regard to Kashgar would be given with the most friendly alacrity. || I could only repeat what I had previously communicated to his Excellency, namely, that Mr. Forsyth had strongly counselled the Ameer of Kashgar to maintain friendly relations with Russia, and to avoid any possibility of a collision with Russian interests north of the Fian Shan range. || For my own part, I regretted, that there should be any susceptibility on the part of Russia — a susceptibility which I had already experienced in regard to any reference to the affairs of Central-Asia. I felt very strongly, that, on the contrary, England and Russia, the two Asiatic Powers, would act wisely for their own interests, and profitably for the interests of civilization and humanity, by discarding all jealousy and distrust, and by adopting a frank and sincere exchange of opinions in regard to the affairs of Central-Asia. || His Excellency expressed his entire approbation of and participation in the foregoing opinions, on the condition, of course, that there should be perfect reciprocity, as offering the surest means of confirming the happy relations now existing between the two countries. || I have only to add, that nothing could exceed the courteous and conciliatory manner of M. de Westmann at this interview. || I have, &c. Nr. 6823. Grossbritannien. 17. Nov. 1874.

Augustus Loftus.

Nr. 6824.

GROSSBRITANNIEN. — Regierung von Indien an den kgl. Min. f. Indien (Marquis of Salisbury). — Verhaftung Jakub Khan's.

Fort William, 20th November, 1874.

My Lord Marquis, — We have the honour to forward, for the information of Her Majesty's Government, the enclosed documents relative to the visit of Sirdar Mahomed Yakoob Khan to Cabool, and the arrest of the Sirdar by His Highness the Ameer. || 2. The conditions on which Sirdar Yakoob Khan is understood to have visited his father are reported in the telegram from the Commissioner of Peshawur dated the 12th instant, and in the Cabool Diary of 3rd to 5th November. As our Agent at Cabool had reported, that the Ameer was much gratified at the visit of his son, and had received him with kindness, we were unprepared for the intelligence we received on the 16th, that Yakoob Khan had been placed by the Ameer in custody a few days after his arrival. || 3. We have not as yet been informed of the reason for the arrest. But considering our relations with the Ameer, our declared desire to see "a firm and merciful administration established in every province of Nr. 6824. Grossbritannien. 20. Nov. 1874.

Nr. 6824. Gross-britannien. 20. Nov. 1874. Afghanistan" and "peace and tranquillity secured within the Ameer's borders," considering the assistance we have given to His Highness in money and arms to enable him to strengthen his position, considering also the previous fortunes of Yakoob Khan, and the fact that a temporary reconciliation between him and his father was effected through the influence of the Government of India in 1871, and bearing in mind the position of the Sirdar, we have deemed it right, although it is neither our desire nor our intention to interfere actively in the internal dissensions of Afghanistan, to address a message to the Ameer through our Agent, which we trust will prevent him from committing himself to any course calculated to disturb the peace of his kingdom, and to produce complications in his relations with the British Government. || We have, &c.

Northbrook.
B. H. Ellis.
H. W. Norman.
Arthur Hobhouse.
E. C. Bayley.
John Inglis.

Nr. 6825.

GROSSBRITANNIEN. — Min. f. Indien an den Vicekönig. — Absicht, eine Agentur in Herat zu errichten.

22nd January 1875.

Nr. 6825. Gross-britannien. 22. Jan. 1875. My Lord, — Her Majesty's Government have followed with anxious attention the progress of events in Central-Asia and on the frontiers of Persia and Afghanistan. Though no immediate danger appears to threaten the interests of Her Majesty in those regions, the aspect of affairs is sufficiently grave to inspire sollicitude, and to suggest the necessity of timely precaution. 2. In considering the questions of policy which arise from time to time, Her Majesty's advisers cannot but be struck with the comparative scantiness of the information which it is in your Excellency's power to supply. For knowledge of what passes in Afghanistan and upon its frontiers they are compelled to rely mainly upon the indirect intelligence which reaches them through the Foreign Office. || 3. Your Excellency maintains a Native Agent as Cabul. I am informed, that he is a man of intelligence and respectability. But it appears to be very doubtful whether he is in a condition to furnish you with any facts which it is not the Ameer's wish that you should receive. Even if you could rely upon the perfect frankness of his communications, it is not likely, that any Native Agent would possess a sufficient insight into the policy of western nations to collect the information you require. One of the princi-

pal qualifications for this function is the neutrality of feeling in respect to religious and national controversies which only a European can possess. Of the value of the Cabul diaries different opinions are expressed. It is obvious, that they are very meagre, and doubts have been thrown upon their fidelity. || 4. Her Majesty's Government are of opinion, that more exact and constant information is necessary to the conduct of a circumspect policy at the present juncture. The disposition of the people in various parts of Afghanistan, the designs and intrigues of its Chiefs, the movement of nomad tribes upon its frontier, the influence which foreign powers may possibly be exerting within and without its borders, are matters of which a proper account can only be rendered to you by an English Agent residing in country. There are many details, moreover, a knowledge of which it is material, that the military authorities should possess, and with respect to which it is not to be expected that a Native Agent would be either able or willing to collect for your Government trustworthy information. || 5. I have therefore to instruct you to take measures, with as much expedition as the circumstances of the case permit, for procuring the assent of the Ameer to the establishment of a British Agency at Herat. When this is accomplished it may be desirable to take a similar step with regard to Kandahar. I do not suggest any similar step with respect to Cabul, as I am sensible of the difficulties which are interposed by the fanatic violence of the people. || 6. The Ameer has more than once in former years expressed his readiness to permit the presence of an Agent at Herat, and it is therefore not possible that, if his intentions are still loyal, he will make any serious difficulty now. But if he should do so, your Excellency will doubtless point out to him, that the interest which Her Majesty feels in the integrity of Afghanistan makes it essential, that she should be able to receive, from the observations of her own officers, warnings of danger that may threaten it. || 7. I have dwelt upon the importance of an English Agency at Herat exclusively for the sake of the information an English officer might collect. But it will have other material, though more indirect, results. It will be an indication of English solicitude for the safety of our allies, and may so tend to discourage counsels dangerous to the peace of Asia. || I am, &c.

Nr. 6825. Gross-britannien. 22. Jan. 1875.

Salisbury.

Nr. 6826.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in St.-Petersburg. — Unterredung mit Graf Schuwaloff über Central-Asien.

Foreign Office, March 19, 1875.

Nr. 6826. Gross-britannien. 19. März 1875.

My Lord, — The Russian Ambassador called upon me on the 12th instant, being on the point of leaving England for a month, and expressed his wish to ascertain more clearly than he had as yet done the views of Her Majesty's Government on the Central-Asian question. He had noticed, as he said, a certain reluctance on my part to discuss that question, and considering its extreme importance to the mutual good relations of the two countries, he was anxious, that there should be between us a frank and friendly exchange of opinion. || I told him in reply, that I had of late abstained from conversation on the subject of Central-Asia, partly because nothing new had occurred, or was occurring, in that quarter to which it seemed necessary to direct the attention of his Government, partly because I was reluctant to seem to indicate distrust or apprehension as to the course which the Russian Government might think fit to pursue, by unnecessarily requesting explanations as to their proceedings. I quite agreed with him, however, as to the expediency of mutual frankness, believing, that a great deal of unnecessary suspicion was created on both sides by native intrigue, and by the circulation of exaggerated or unfounded reports, which would be done away by a simple request to know how the truth really stood. || Count Schouvaloff then proceeded to explain at some length what he described as his personal views on the subject of the extension of Russian power in Central-Asia, as to which it is sufficient to say, that they were unfavourable to fresh annexations. He asked me whether he was right in supposing, that there was no inclination on the part of England to advance farther in the direction of the Russian possessions, unless such advance were considered by us necessary for defensive purposes, in order to protect our actual dominions. I said, that his view was undoubtedly correct, and that, so far from desiring to annex any part of Afghanistan, we should deprecate such a result as bringing only increased cost and trouble without advantage. We wished to be on good terms with the Afghan Ruler, and to exercise a friendly influence over his policy; but his independence was not likely to be menaced by us. The only case in which I could conceive an advance of British troops westward as probable was in the event of any Russian movement tending to the occupation of Merv. || I reminded Count Schouvaloff, that I had warned him some months back of the great importance which the Indian Government attached to Merv, and of the danger to our relations, that would ensue if it were meddled with. He said, that he remembered what I had told him on

that subject, and had communicated it to his Government. He quite saw the danger that might arise, if the two Powers were brought face to face in the neighbourhood of Herat. "Was he justified," he asked, "in assuming, that our action in this matter would depend on that of Russia, that England would not move if Russia did not?" I said I thought he might feel safe on that point; we only desired the maintenance of the *status quo*, and certainly should not be the first to take steps, that might be considered aggressive. He said his Government would be perfectly satisfied with this expression of intentions from me, hinting, that the language of some of our newspapers had created distrust and suspicion in Russia. || He then inquired whether the Persian Government had any reason for supposing, that English influence was being used to prevent the relations of Persia with the Chiefs of Beloochistan being friendly, I said I knew nothing in detail of the affairs of Beloochistan, they being under the India Office; but I was perfectly sure, that if the Persian Government entertained any such belief, which was new to me, they did so without reason. Our policy was to prevent quarrels in the neighbourhood of our frontiers, so far as we could, not to stir them up. || Count Schouvaloff then requested to be enabled to contradict reports about the close alliance into which it was said the British Government was entering with the Ameer of Kashgar. It was reported, that arms had been supplied to him from India in large quantities, military instructors provided, and that the object was to use the Ameer as an ally who might be serviceable in any future quarrel with Russia. I had no trouble in contradicting the story of the arms and the instructors, and explained, that the sole objects of the British Government in that region were, first, the exploration of a country which had for many generations been unknown to Europeans, and, next, the opening to trade of countries which had hitherto been kept closed by the jealous exclusiveness of the Chinese authorities. || The above were the most important features of a long and interesting conversation, of which I have not thought it necessary to set down a more detailed record, especially as Count Schouvaloff professed to have no instructions from his Government, and his expressions of opinion were therefore only personal. || I am, &c.

Nr. 6826. Grossbritannien. 19. März 1875.

Derby.

Nr. 6827.

RUSSLAND. — Reichskanzler an den kais. Botschafter in London. — Uebersendung eines Memorandums über Central-Asien.

St.-Pétersbourg, le 5 Avril, 1875.

M. le Comte, — Je crois devoir compléter mes précédentes dépêches par un exposé des vues générales du Cabinet Impérial sur l'Asie Centrale. || Il

Nr. 6827. Russland. 17. April 1875.

Nr. 6827. Russland. 17. April 1875. résulte clairement de la notice historique développant la marche de nos pourparlers avec le Cabinet de Londres que les limites de l'influence appartenant aux deux Gouvernements sont nettement tracées par l'accord intervenu entre eux. || Déterminés à maintenir cette limite intacte, nous considérons les deux Gouvernements comme ayant conservé leur pleine liberté d'action dans les contrées qui les avoisinent, et qui se trouvent placées en dehors de cette ligne. Tous deux n'ont à envisager, à cet égard, que leurs propres intérêts et leurs propres nécessités. || Pour ce qui nous concerne, nous avons pris en sérieuse considération les voeux qui nous ont été à plusieurs reprises exprimés par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, en vue de maintenir dans son esprit, aussi bien que dans sa lettre, l'entente pacifique établie entre nous. || Sa Majesté l'Empereur a daigné ordonner de réunir pour l'examen de ces questions un Comité auquel vous avez pris part. || Votre Excellence a été à même de recueillir de la bouche même de notre auguste Maître l'expression de sa volonté. || Sa Majesté Impériale n'a aucunement l'intention d'étendre les frontières de la Russie telles qu'elles existent actuellement dans l'Asie Centrale, ni du côté du Boukhara ni du côté de Krasnovodsk et de l'Attrek. Aucun motif ne nous y engage. Au contraire, l'Empereur juge toute extension de nos limites dans ces parages contraire à nos propres intérêts. Nous ferons respecter ces limites, et nous protégerons notre commerce, nous châtierons tout acte de violence et de pillage de manière à en prévenir le renouvellement, nous travaillerons à extirper le brigandage et à établir la sécurité de nos possessions. || La configuration de ces contrées et les moeurs de leurs habitants ne permettent pas de préciser d'avance les mesures qui pourraient être nécessaires afin d'atteindre pratiquement ce but. Il nous est commandé par nos devoirs, nos droits et nos intérêts. Nous devons le remplir et nous le remplirons. || Mais rien ne doit être fait au delà de ce qui est indispensable à cet effet. || Les ordres de l'Empereur sont formels à cet égard. Ils ont été notifiés par Sa Majesté Impériale aux autorités militaires appelées à les exécuter. || Vous êtes invité, M. le Comte, à faire connaître ces volontés de notre auguste maître au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, en citant à Lord Derby les paroles mêmes dont l'Empereur s'est servi en présence de votre Excellence. || Vous ajouterez que Sa Majesté Impériale a la ferme confiance que ces assurances positives faites spontanément en son nom, sans restreindre la liberté d'action qui lui appartient, écarteront toute interprétation erronée des vues du Cabinet Impérial. || Nous ne désirons pas moins que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique voir la sécurité et la stabilité s'établir dans les régions de l'Asie Centrale. Les intérêts des deux Gouvernements, loin d'y être en contradiction, nous semblent solidaires, et leurs rapports devraient à notre avis y être basés, non sur la défiance et l'antagonisme, mais sur une mutuelle confiance, de franches explications et une certaine coopération en vue de leur but commun. || Nous sommes convaincus que, si en présence de ces résolutions de notre auguste Maître, le

Gouvernement des Indes, de son côté, usait de son influence sur l'Emir de Kaboul pour le détourner de tout acte inconsidéré, de nature à exciter ou encourager les Turcomans, quelles que soient les mesures que ces tribus pillardes nous mettent dans la nécessité de prendre pour les contenir ou les châtier, elles ne sauraient porter atteinte ni au *statu quo* convenu entre l'Angleterre et nous ni aux bonnes relations que nous désirons maintenir entre les deux pays. || Recevez, &c. Nr. 6827. Russland. 17. April 1875.

Gortchacow.

Beilage.

Memorandum.

Il y a quelques années la Russie s'est vue obligée de prendre des mesures militaires afin d'établir l'ordre et la tranquillité dans les steppes Kirghises. Ces mesures l'ont placée, par la suite, dans la nécessité de faire des acquisitions territoriales considérables. Depuis lors, le public Anglais nous a attribué des plans de conquête dirigés contre l'Angleterre et menaçants pour la tranquillité des possessions Britanniques dans l'Inde. || Ces commentaires erronés sur les desseins de notre politique dans l'Asie Centrale pouvaient amener, dans nos relations amicales avec l'Angleterre, des causes de froissement que le Cabinet Impérial avait à coeur d'éviter. || C'est dans ce but qu'il adressa à nos Légations à l'étranger la Circulaire du 31 Novembre, 1864. || Cette pièce portait un caractère purement confidentiel. Elle ne fut publiée qu'en 1865, après que le Gouvernement Britannique en eût pris connaissance par une de ses Légations à l'étranger. Ce fait et le sens précis de nos déclarations excluaient la possibilité de toute interprétation impliquant un engagement contracté par la Russie vis-à-vis de l'Europe ou d'une Puissance quelconque. La pensée du Gouvernement Impérial était nettement exprimée; elle se résumait dans l'exposé des principes qui avaient guidé, jusqu'ici, notre politique en Asie Centrale, et dans la déclaration spontanée quant au but final que les ordres de Sa Majesté l'Empereur avaient tracé à l'action de son Cabinet dans ces contrées. || En constatant les motifs qui nous avaient déterminés à ne pas dépasser la ligne tracée de Tchemkent à Issiz-Koul, la Circulaire signalait, en même temps, comme base de tout le système, la nécessité d'arrêter nos frontières à l'endroit précis où commencent les populations fixes, offrant les éléments d'un organisme social stable, avec lesquelles il nous serait possible d'établir des relations régulières. || Il était nécessaire de créer et de développer ces relations, d'un côté, en civilisant, par la colonisation, les tribus nomades englobées par la nouvelle ligne de nos frontières, et de l'autre, en attirant, par la sécurité des transactions et par des avantages réciproques, les populations du Khokand, avec lesquelles cette nouvelle ligne nous mettait en contact, et d'arriver à l'établissement de rapports commerciaux et pacifiques. Tel était le double but auquel, dès ce moment, ont tendu tous nos efforts. ||

Nr. 6827. Russland. 17. April 1875. Malheureusement les difficultés, sans cesse renaissantes, qui résultent du contrat entre une Puissance régulièrement constituée et des voisins à demi sauvages, nous forcèrent bientôt à dépasser les limites que nous nous étions volontairement tracées. || Obligés de nous défendre contre les agressions continuelles des peuplades limitrophes et de châtier un ennemi que son organisation sociale rendait insaisissable, nous dûmes bientôt nous convaincre que pour consolider nos nouvelles acquisitions territoriales, nous devions établir, avant tout, au delà de nos frontières, la tranquillité indispensable à notre sécurité. || La cause de cette instabilité résidait, d'abord, dans le voisinage de tribus dont les moeurs nomades et turbulentes paralysaient toute colonisation et tout commerce par caravanes; ensuite, dans les fluctuations perpétuelles de la situation politique de ces contrées, où le Taschkend et le Khokand, tantôt réunis, tantôt séparés, toujours en guerre, soit entre eux, soit avec Boukhara, n'offraient aucune possibilité de relations fixes ni de transactions quelconques. || Le Gouvernement Impérial s'était donc vu placé, malgré lui, dans l'alternative de laisser se perpétuer un état de désordre permanent, qui paralysait toute sécurité et tout progrès, ou de chercher à soumettre par la force des armes les petits Etats indépendants dont les moeurs pillardes et les perpétuelles dissensions ne laissent à leurs voisins ni trève ni repos. || C'est ainsi qu'après avoir franchi le désert qui nous séparait du Turkestan, nos soldats, maîtres de Taschkent, se sont trouvés placés en face de l'armée de l'Emir de Boukhara. || La conduite de ce Chef n'a point tardé à provoquer un conflit, dont les conséquences, en dépassant les prévisions immédiates du Cabinet Impérial, ont conduit nos troupes à Samarkand, qui s'est soumis sans coup férir. || Dès l'origine de cette complication nous avions franchement signalé au Cabinet Anglais le danger auquel l'Emir s'exposerait infailliblement, s'il se précipitait dans une lutte que nous n'avions rien fait pour provoquer. || Les explications données par notre Ambassadeur à Londres avaient satisfaites le Comte Clarendon, alors Principal Secrétaire d'Etat, qui lui avait déclaré que les rapides progrès des troupes Russes n'avaient provoqués ni soupçon ni alarme de la part du Gouvernement Britannique, mais que ce sentiment de sécurité était loin d'être partagé par le public Anglais, ainsi que par celui des Indes; que pour apaiser ce malaise, qui pourrait mettre en péril la bonne entente existant actuellement entre la Russie et l'Angleterre, il serait à souhaiter qu'entre les possessions Russes et Anglaises il restât un territoire neutre, destiné à éviter le choc que pourrait causer un contact immédiat entre les deux Grandes Puissances se rencontrant au centre de l'Asie. || Ces propositions du Comte Clarendon répondaient trop aux vues du Gouvernement Impérial pour n'être pas accueillies favorablement. En conséquence, ordre fut donné au Baron Brunnow d'entrer en pourparlers confidentiels sur ce sujet avec le Gouvernement Anglais. || Sur ces entrefaites, profitant du séjour du Chancelier de l'Empire à Baden-Baden, Lord Clarendon, qui se trouvait alors à Wiesbaden, lui avait demandé une entrevue, dans le but d'arriver, par un

échange d'idées, au meilleur moyen à employer pour maintenir, entre la Russie et l'Angleterre, de bonnes relations, conformes à leurs intérêts mutuels dans l'Asie Centrale. La ville de Heidelberg fut désignée comme point de réunion. || Cette entrevue eut pour résultat un accord basé sur le maintien, entre la Russie et la Grande Bretagne, d'une zône intermédiaire, destinée à séparer leurs possessions en Asie. || Dans cet ordre d'idées il demeurait entendu que l'Afghanistan formerait un Etat indépendant, qui devrait rester en dehors de l'action de la Russie. || Nous avons, en même temps, insisté auprès du Gouvernement Britannique pour que la circonscription territoriale de l'Afghanistan fût déterminée dans les limites des Khanats de Hérat, de Kaboul et de Kandahar, actuellement possédés par l'Emir Shir-Ali-Khan. || Lord Clarendon chercha plus tard à élargir ces limites dans le but de mieux préciser les confins de l'Afghanistan, jusqu'ici mal déterminés au nord par l'absence de frontières clairement indiquées. || Afin de suppléer à ce manque de précision, Lord Clarendon avait exprimé le désir de convenir d'une ligne fictive, qui étendrait les frontières de l'Afghanistan jusqu'à la rive gauche de l'Oxus. || Ce tracé géographique ne se contentait pas de la neutralisation des vastes contrées auxquelles nous avions consenti à appliquer ce principe; il s'étendait notamment au delà du territoire de l'Afghanistan proprement dit, et dépassait de beaucoup les limites reconnues par nous. || En conséquence, ordre fut donné à notre Ambassadeur à Londres de décliner le projet proposé par Lord Clarendon. || Le Baron Brunnow eut soin de constater ce refus, en remettant entre les mains du Principal Sécretaire d'Etat un extrait de la lettre du 14/26 Avril, 1869, par laquelle son Altesse le Prince Gortchacow avait énoncé ce refus. || Cette réponse négative mit fin aux explications confidentielles de notre Ambassadeur avec Lord Clarendon au sujet de la zône neutre. || Après avoir été définitivement close à Londres, cette question fut reprise à St.-Pétersbourg en 1869, lors du séjour de Mr. Forsyth, fonctionnaire de l'Administration des Indes, autorisé par le Vice-Roi Lord Mayo à se rendre à St.-Pétersbourg, en vue d'un échange d'idées sur les questions intéressants les deux Gouvernements. || Les considérations qui servirent de point de départ aux explications confidentielles de Mr. Forsyth avec le Cabinet Impérial se résument ainsi: — || 1. Les deux Gouvernements étaient animés du même désir de prévenir, en tant que cela dépendrait d'eux, tous les sujets de malentendus qui pourraient surgir par suite du défaut d'organisation politique des Etats indépendants, connus dans la géographie sous les dénominations collectives d'Afghanistan et de Turkestan libres. || 2. Il demeurait entendu que s'il était arrivé jusqu'à ce jour à l'Angleterre et à la Russie d'entreprendre des expéditions militaires dans une ou l'autre partie de l'Asie Centrale, et d'adjoindre à leurs possessions de nouveaux territoires, cette conduite ne leur avait été dictée que par la force des circonstances locales et par une impossibilité absolue d'agir autrement. || 3. Dans l'état actuel des choses, les frontières Russes et Anglaises en Asie Centrale ne pouvant pas être considé-

Nr. 6827. Russland. 17. April 1875. rées comme immuables, un arrangement international sur ce point resterait sans effet; le meilleur expédient pour arriver à un résultat satisfaisant serait donc de se borner à arrêter, autant que faire se pourrait, des bases générales d'équilibre politique pour les pays qui séparent les possessions Russes et Anglaises en Asie. || En suite de quoi il fut convenu: — || 1. Que l'on considérait les territoires actuellement en la possession effective de Shir-Ali-Khan comme formant les limites de l'Afghanistan. || 2. Que cet Emir ne chercherait à exercer aucune influence ni aucune immixtion au delà de ces limites, et que le Gouvernement Anglais appliquerait tous ses soins à le détourner de toute tentative d'agression. || 3. Que, de son côté, le Gouvernement Impérial emploierait toute son influence, afin d'empêcher l'Emir de Boukhara de porter aucune atteinte au territoire Afghan. || Ces principes reçurent la pleine adhésion du Cabinet de Londres et du Gouverneur-Général des Indes. || Au mois de Mai 1870, l'Ambassadeur de Sa Majesté Britannique à St.-Pétersbourg remit au Gouvernement Impérial une dépêche de Lord Mayo, qui, se basant sur l'accord intervenu entre les deux Puissances, proposait de fixer, dès à présent, les limites des possessions de Shir-Ali-Khan, en prenant pour base les données recueillies à ce sujet par le Gouvernement des Indes. || La dépêche attribuait, toutefois, à ces données, une interprétation qui ne correspondait point entièrement au sens précis de l'entente survenue comme conséquence de l'échange d'idées entre les Cabinets de Londres et de St.-Pétersbourg. || En effet, après avoir constaté que les possessions de Shir-Ali-Khan au nord et au nord-ouest *semblaient* coïncider *à-peu-près exactement* avec celles de son père, Lord Mayo arrivait à la conclusion que les limites du Royaume de Dost Mohammed pouvaient être en général adoptées *comme les limites destinées à séparer le Royaume de l'Afghanistan des autres Etats de l'Asie Centrale* au nord et au nord-ouest. || Or, à l'époque des pourparlers avec Mr. Forsyth on était convenu de s'en tenir aux territoires ayant jadis reconnu l'autorité de Dost Mohammed qui *se trouveraient encore aujourd'hui en la possession effective de Shir-Ali-Khan.* || Cette nuance importante marquait la différence qui séparait notre point de vue de celui de Lord Mayo. || Toutefois, avant de formuler une opinion définitive, le Gouvernement Impérial crut nécessaire de réunir des données positives à l'égard de ces contrées lointaines et imparfaitement connues. || En conséquence, le Gouverneur-Général du Turkestan fut chargé de recueillir tous les renseignements qui pouvaient éclaircir la question et permettre au Gouvernement Impérial de se former une opinion pratique en pleine connaissance de cause. || La question qu'il s'agissait de résoudre avait deux aspects: — || 1. Constater l'état actuel de possession effective de Shir-Ali-Khan. || 2. Rechercher, en se basant sur ce *statu quo*, la meilleure délimitation à tracer afin de répondre au but des pourparlers entre le Gouvernement Impérial et celui de l'Angleterre; c'est-à-dire d'écarter, dans la mesure du possible, les causes de conflits et d'empiétements mutuels entre les Khanats voisins, et, par conséquent, de garantir entre eux, autant que faire se pouvait,

l'état de paix que de part et d'autre les deux Gouvernements devaient désormais s'attacher à faire respecter par tous les moyens d'influence en leur pouvoir. || Dans cet ordre d'idées il résultait des renseignements fournis par le Général Kaufmann: — || 1. Qu'au nord l'Amou-Daria constitue en effet la frontière normale de l'Afghanistan, à partir de son confluent avec le Kouktcha, jusqu'au point de Khodja-Saléh. || Sous ce rapport nos renseignements étaient d'accord avec l'opinion du Gouvernement Britannique. || 2. Au nord-est les données de fait que nous avions recueillies assignaient le confluent de cette rivière avec le Kouktcha comme la limite des territoires sur lesquels Shir-Ali-Khan exerce une souveraineté effective incontestable. Au delà de cette limite et notamment à l'égard du Badakchan et du Vakhan, il avait été impossible de saisir les traces d'une semblable souveraineté; l'ensemble des informations présentant au contraire de nombreux indices qui devaient faire envisager ces contrées comme indépendantes. Ainsi, dans tout ce pays on ne rencontre aucun des signes qui, en Asie, accompagnent l'exercice de la souveraineté, c'est-à-dire, la présence d'officiers Afghans et d'employés pour collectionner l'impôt. En outre, les Chefs du Badakchan se sont considérés et ont été en tout temps considérés par leurs voisins comme des Chefs indépendants. || Pour ce qui est du Vakhan, ce pays était resté, du moins jusqu'à ce jour, encore plus en dehors de l'influence directe des Chefs de l'Afghanistan. || 4. Quant aux limites à reconnaître à l'Afghanistan, du côté du nord-ouest, à partir de Khodja-Saleh, nos informations signalaient également des doutes sur le fait de la possession effective par l'Emir de Caboul des villes d'Aktchi, Séripoul, Meimané, Chibirgan et Ankhoï, que l'Angleterre proposait de faire entrer dans les limites reconnues de l'Afghanistan. || Cependant, tandis que ces questions étaient encore à l'étude, le Ministère Impérial des Affaires Etrangères reçut communication d'une nouvelle dépêche de Lord Granville qui maintenait l'opinion émise par Lord Mayo sur les points en discussion. || En réponse à cette communication, le Cabinet Impérial s'empressa de transmettre au Gouvernement de Sa Majesté Britannique les renseignements fournis par le Gouverneur-Général du Turkestan, avec les conclusions qui lui paraissaient en découler. || Après avoir précisé les points sur lesquels l'opinion des deux Gouvernements divergeait, le Cabinet Impérial s'attachait principalement à maintenir le Badakchan et le Vakhan comme Etats indépendants et en dehors des frontières assignées à Shir-Ali-Khan. || Il insistait d'autant plus sur ce point, que dans l'état actuel des choses il n'existait pas de conflit entre le Badakchan et ses voisins. Le Boukhara n'avait aucune prétention sur ce pays. Les deux Etats étaient d'ailleurs trop faibles, trop absorbés par leurs affaires intérieures pour se chercher querelles. L'Angleterre et la Russie n'auraient donc à s'employer que pour maintenir cet état de paix aussi bien entre ces Khanats qu'entre l'Afghanistan et le Badakchan. Il en serait tout autrement le jour où l'Emir de Caboul étendrait son autorité sur le Badakchan et le Vakhan. Il se trouverait en contact immédiat avec le Kash-

Nr. 6827. Russland. 17. April 1875. gar, le Kokand et le Boukhara, dont il était jusqu'ici séparé par ces deux pays; et il serait dès lors bien plus difficile d'éviter des conflits provenant, soit de son ambition et du sentiment de sa force, soit de la jalousie de ses voisins. || Telles étaient les considérations qui avaient poussé le Gouvernement Impérial à maintenir son point de vue pour ce qui concernait le Vakhan et le Badakchan. || Quant aux limites de l'Afghanistan au nord-ouest, bien qu'il existât des doutes quant au fait de la possession par l'Emir de Caboul des villes d'Aktchi, Séripoul, Meimané, Chibirgan et Ankhoï, le Cabinet Impérial déclarait qu'il était disposé à admettre leur annexion au territoire Afghan. || Malgré ces concessions importantes le Gouvernement Anglais ne crut pas pouvoir adhérer à la combinaison proposée par nous. Dans cet état de choses, ne voulant pas retarder plus longtemps le règlement de cette question, le Cabinet Impérial, dans sa dépêche du 19 Janvier, 1873, consentit à la réunion du Badakchan et du Vakhan au territoire Afghan et donna ainsi son adhésion pleine et entière à la line de dèmarcation proposée par la dépêche de Lord Granville en date du 17 Octobre, 1872 (voir Annexes 1 et 2). || Sur ces entrefaites l'expédition de Khiva fut décidée. || Des brigandages continuels, l'imposition de redevances aux Kirghises soumis à notre domination, des excitations à la révolte parmi ces nomades, la capture de nos sujets réduits à l'esclavage; tels étaient les faits qui depuis bien des années réclamaient l'adoption de mesures décisives contre ce Khanat. Toutefois, on conservait encore l'espoir d'arriver par des voies pacifiques à l'établissement de relations plus régulières avec ces turbulents voisins. || Plus d'une fois nous avions fait parvenir au Khan des réclamations moderées; mais elles étaient demeurées sans réponse ou bien elles avaient rencontré de sa part un refus arrogant. || Après l'insuccès de ces efforts réitérés une expédition fut décidée. || Quoique, d'après l'entente survenue entre le Gouvernement Impérial et celui de la Grande Bretagne relativement à l'établissement d'une zône neutre entre les possessions Anglaises et Russes, le Khanat de Khiva rentrât entièrement dans notre sphère d'action, nous crûmes devoir faire acte de courtoisie en n'adoptant aucune mesure décisive contre le Khiva avant d'en avoir informé l'Angleterre. || Le Gouvernement Impérial n'avait en aucune façon l'intention de conquérir et d'annexer aucune partie du territoire de Khiva. Son but était, d'abord, de châtier le Khan pour le passé; ensuite, de créer un état de choses qui garantît nos sujets contre les incursions et les déprédations des Khiviens et des Turcomans, et rendit possible le développement des relations commerciales. || Des instructions formelles avaient été données en conséquence au Commandant-en-chef de l'expédition. || Ces considérations furent spontanément portées à la connaissance du Gouvernement Britannique par l'organe de M. l'Aide-de-camp Général Comte Schouvaloff, qui s'était rendu à Londres. || Toutefois, lorsque Khiva eut été occupé et qu'on fut à même de connaître les conditions de la vie intérieure du pays, on put se convaincre que, même avec la meilleure volonté de la part du Khan d'entretenir avec nous des relations de bon voi-

sinage, la force à cet effet lui aurait fait défaut; car son influence sur les Turcomans était presque nulle et qu'il arrivait souvent que lui-même, ainsi que ses sujets, avaient à subir l'ascendant de ces brigands des steppes. || Ainsi après le départ de notre corps expéditionnaire, les mêmes incursions auraient infailliblement recommencé; le Gouvernement Impérial se serait vu obligé de renouveler une expédition onéreuse afin d'infliger un nouveau châtiment aux Turcomans, et, en pareil cas, il aurait été impossible de conserver l'existence autonome de Khiva. || C'est pourquoi il fut jugé indispensable de construire sur la rive droite de l'Amou-Daria un fort pourvu d'une garnison suffisante afin de protéger nos frontières contre les attaques des Turcomans. En outre, il était nécessaire d'assurer les communications du fort et de sa garnison avec le Turkestan. || Nous nous sommes vus, par conséquent, obligés de réunir à nos possessions le désert aride qui s'étend entre cette province et le fort nouvellement construit. Quelque stérile et onéreuse qu'ait été pour nous une pareille acquisition territoriale, elle était inévitable, vu que le Khan lui-même avait reconnu et déclaré qu'il ne serait en mesure de remplir ses obligations envers nous qu'à la condition absolue d'avoir à proximité un détachement et un corps de troupes Russes. Ses voeux étaient allés plus loin encore; il avait instamment sollicité le maintien des troupes Russes dans la ville même de Khiva. || Tels ont été les résultats de l'expédition contre le Khiva; ils nous étaient imposés par un état de choses impossible à prévoir et par des nécessités indépendants de notre volonté. || Nous avions tout lieu d'espérer que les explications franches de notre Ambassadeur à Londres effaceraient à cet égard les dernières appréhensions du Gouvernement de la Grande Bretagne. || Malheureusement nous dûmes bientôt nous convaincre du contraire. || Lors de la publication du Traité de Paix conclu entre le Général Kaufmann et le Khan de Khiva, Lord Granville, par sa dépêche en date du 7 Janvier, 1874, chargea l'Ambassadeur Britannique à St.-Pétersbourg d'attirer l'attention du Gouvernement Impérial sur les dangers qui pouvaient résulter des progrès de la Russie dans l'Asie Centrale pour l'équilibre politique que l'entente des deux Gouvernements avait tâché d'établir dans ces contrées. || Après avoir constaté que le Gouvernement Britannique ne trouvait point pratique d'examiner trop minutieusement si les clauses du Traité de Paix conclu avec le Khiva étaient strictement conformes aux assurances que lui avait données le Comte Schouvaloff, Lord Granville signalait au Gouvernement Impérial les appréhensions soulevées dans l'Afghanistan par les rumeurs répandues d'une expédition Russe contre Merv et contre les tribus des Turcomans de ces parages. || Il prévoyait qu'en pareil cas il pourrait facilement advenir que les Turcomans se vissent forcés à se réfugier dans la province de Badaghees en Hérat, et que dès lors il était à craindre que cela ne conduisit les autorités Russes à demander à l'Emir soit d'empêcher les Turcomans de commettre des agressions, soit de permettre aux forces Russes d'entrer sur le territoire Afghan dans le but de punir les tribus hostiles. || En conséquence, il exprimait le ferme espoir que

Nr. 6827. Russland. 17. April 1875. dans cette éventualité le Gouvernement Impérial prendrait en sérieuse considération les dangers qui résulteraient d'une pareille expédition et voudrait bien établir franchement, et une fois pour toutes, que l'indépendance de l'Afghanistan est considérée comme une condition de haute importance pour le bien-être et la sécurité des Indes Anglaises et la tranquillité de l'Asie. || Quel que fut le vif désir du Cabinet Impérial d'aller au devant d'un voeu du Gouvernement Britannique, qui répondait à ses propres intentions, il lui était impossible de déférer entièrement à ces représentations amicales. Elles ne semblaient point s'accorder entièrement avec l'esprit de l'entente établie précédemment entre les deux Cabinets. En effet elles tendaient, d'un côté, à restreindre la sphère d'action que nous concédait le programme tracé d'un commun accord entre les deux Cabinets, puisque Merv se trouve bien au delà des frontières reconnues à l'Afghanistan, et, d'un autre côté, à diminuer la valeur des engagements découlant pour le Gouvernement Anglais du même accord, aux termes duquel l'Angleterre s'obligeait à user de toute son influence auprès de Shir-Ali-Khan, afin de l'amener à conserver une attitude pacifique. || Dans sa dépêche responsive en date du 21 Janvier, 1874, son Altesse le Prince Gortchacow réitéra l'assurance positive que le Gouvernement Impérial persistait à considérer l'Afghanistan comme entièrement en dehors de sa sphère d'action. Il ajouta que, si de part et d'autre les deux Gouvernements employaient leur ascendant sur les Etats placés dans le rayon de leur influence naturelle afin de les détourner de toute agression, il y avait tout lieu d'espérer qu'aucune collision ne viendrait troubler le repos de l'Asie Centrale. Quant au danger qui, selon l'opinion de Lord Granville, pourrait résulter d'une expédition contre les Turcomans, le Prince Chancelier déclara que nous n'avions aucune intention d'entreprendre des mesures militaires contre ces tribus; qu'il dépendait entièrement d'elles de vivre en bonne intelligence avec nous, mais que, si elles se livraient à des actes d'agression et de brigandage contre nous, force nous serait de les châtier. Dans ce cas, quoique l'éventualité signalée par Shir-Ali-Khan fût peu probable, l'Emir de Kaboul pourrait contribuer à en éloigner la possibilité, en faisant nettement comprendre d'avance aux Turcomans que s'ils provoquaient des mesures de rigueur par des actes de déprédation contre nous, ils ne devaient compter sur aucune assistance de sa part. || Cette dépêche clôt la série des communications échangées entre les deux Gouvernements sur les affaires de l'Asie Centrale. || Il résulte de la lecture de ces pièces diplomatiques que le malentendu qui semble exister entre le Gouvernement Britannique et nous n'a aucune raison d'être. || Le Cabinet de Londres semble déduire de ce que nous lui avons à plusieurs reprises communiqué spontanément et amicalement nos vues sur l'Asie Centrale, et en particulier notre ferme intention de ne point y poursuivre une politique de conquêtes et d'annexions, la conviction que nous aurions contracté envers lui des engagements précis sous ce rapport. || De ce que les événements nous ont forcés, malgré nous, à nous écarter de ce pro-

gramme dans une certaine limite, il semble conclure que le Cabinet Impérial aurait manqué à des promesses formelles. || Enfin, des progrès successifs que nous avons dû faire dans ces contrées, il infère que l'Angleterre a le droit et le devoir de prendre de son côté des mesures pour restreindre notre action, paralyser notre influence et se garantir contre des agressions éventuelles. || Ces conclusions ne semblent pas conformes à la réalité des choses, ainsi qu'à l'esprit et à la lettre des Conventions établies entre les deux Gouvernements. || Il est toujours resté entendu que, de part et d'autre, ils conservaient entièrement leur liberté d'action et d'appréciation quant aux mesures nécessitées par leur propre sécurité. || Dès l'année 1864, lorsque nous avons donné par notre première circulaire l'assurance de notre ferme intention de ne pas étendre nos possessions en Asie au delà du strict nécessaire, nous avons clairement et loyalement indiqué les éventualités auxquelles l'état précaire de ces contrées pourrait nous mettre dans le cas de pourvoir. || Ces nécessités avaient été si bien appréciées par Lord Clarendon qu'en prenant acte de nos assurances spontanées, il nous répondit que le Cabinet Britannique connaissait par sa propre expérience aux Indes l'impossibilité pour un Gouvernement, appelé à établir sa domination sur des contrées barbares, de fixer les limites auxquelles il pourrait s'arrêter. || Les mêmes principes ont présidé à nos pourparlers avec Mr. Forsyth. Il a été reconnu notamment, *que dans l'état actuel des choses, les frontières Russes et Anglaises en Asie Centrale ne pouvant pas être considérées comme immuables, un arrangement international sur ce point resterait sans effet.* || Mais, à côté de cette latitude, réservée aux deux Gouvernements dans un esprit de sagesse pratique, les points suivants ont été établis d'un commun accord: — || 1. Qu'un antagonisme entre eux dans ces contrées serait contraire à leurs intérêts mutuels et à la mission civilisatrice à laquelle ils sont appelés chacun dans la sphère de son influence naturelle; qu'ils auraient tout avantage à se prêter un mutuel concours afin de maintenir un état de paix entre les Khans de l'Asie Centrale et de ne point permettre que les intrigues de ces Khans mettent en conflit les intérêts de deux grands Empires. || 2. Qu'à cet effet il était désirable de conserver entre eux une zône intermédiaire, qui les préservât d'un contact immédiat. || 3. Que l'Afghanistan constituerait cette zone intermédiaire, si son indépendance était mise de part et d'autre à l'abri de toute atteinte. || 4. Que les limites de cet Etat seraient reconnues d'après le tracé convenu à la suite d'une longue négociation. || 5. Que les deux Gouvernements s'emploieraient réciproquement dans leurs sphères d'influence, l'Angleterre sur l'Emir Afghan, la Russie sur les Khans de Boukhara et de Khokand, pour prévenir toute agression de la part de l'un de ces Chefs contre l'indépendance et la sécurité de l'autre. || Telles ont été les bases précises de l'accord établi entre les deux Gouvernements. || Le Gouvernement Impérial n'a pas cessé pour sa part de les avoir en vue et d'y conformer ses actes. || Malgré les termes même de cet accord, qui nous laisse pleine liberté d'action sur toute la portion de territoire située

Nr. 6827. Russland. 17. April 1875. entre nos frontières et celles de l'Afghanistan, le Khokand conserve son autonomie et doit un accroissement considérable de sa prospérité aux bonnes relations qu'il entretient avec nous. || Il en aurait été de même du Boukhara, si l'Emir ne s'était pas laissé entraîner à des actes agressifs. La nécessité de le contenir et le voeu de la population ont été les principales raisons qui nous ont obligé de garder Samarkand. || Mais nous lui avons restitué la ville de Karchi et le Khanat de Schahrissiabs. Quant au Khiva, après l'avoir châtié et mis fin à ses actes de brigandage, nous lui avons cependant gardé son autonomie. Pour ce qui concerne l'Afghanistan, nous avons employé avec succès notre influence sur l'Emir de Boukhara, afin de le dissuader de toute agression contre le territoire Afghan, et nous avons refusé de donner suite aux desseins d'Abdul-Rahman-Khan, neveu de l'Emir de l'Afghanistan, contre le repos de cette contrée. || L'efficacité de notre action, sous ce rapport, a été reconnue par le Gouvernement Britannique. || Le Cabinet Impérial est persuadé que, si, de part et d'autre, les deux Gouvernements continuent à marcher dans cette voie, le but auquel ils travaillent d'un commun accord sera efficacement atteint; le repos de l'Asie Centrale sera mis autant que possible à l'abri des vicissitudes que l'état sauvage de ces contrées doit faire appréhendre; non-seulement tout contact immédiat et tout choc entre eux sera écarté, mais encore la conviction de leur ferme et loyal accord, éloignant de l'esprit des Khans Asiates l'idée d'un antagonisme sur lequel ils puissent spéculer, préviendrait les causes de troubles et de conflits; ils pourraient aussi, en pleine sécurité, poursuivre chacun dans sa sphère naturelle leur mission civilisatrice et le développement de leurs mutuels intérêts. || Le Cabinet Impérial sera toujours disposé à y consacrer ses efforts.

Nr. 6828.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Geschäftsträger in St.-Petersburg (Mr. Doria). — Beantwortung des russischen Memorandums.

Foreign Office, October 25, 1875.

Nr. 6828. Gross-britannien. 25. Oct. 1875. Sir, — I transmit to you herewith a copy of a despatch from Prince Gortchakow, which has been communicated to me by the Russian Ambassador, declaring the intention of the Emperor of Russia not to extend the frontiers of Russia beyond their present limits in Central-Asia, either on the side of Bokhara or on that of Krasnovodsk and the Attrek, and inclosing a Memorandum reviewing the correspondence which has passed on the subject of Central Asia between the British and Russian Governments. || Her Majesty's Government highly appreciate the friendly sentiments which have dictated the

language used in Prince Gortchakow's despatch and in the Memorandum, and they feel, that they cannot better reply to them than by a frank explanation of certain of the more important portions of the correspondence adverted to upon which it would appear, that the views and intentions of Her Majesty's Government have been imperfectly appreciated. || With this object I inclose a Memorandum, which I have to instruct you to communicate to the Russian Government, in the same friendly manner in which the Memorandum forwarded by Prince Gortchakow was communicated to Her Majesty's Government, and to explain, in doing so, that the remarks contained in it are not offered in any spirit of controversy, but in the cordial desire to meet the evident wish of His Imperial Majesty the Emperor of Russia, that no cause for misapprehension should exist in regard to the policy and intentions of the two Governments. || I am, &c.

Nr. 6828. Gross-britannien. 25. Oct. 1875.

Derby.

Beilage.

Memorandum.

Her Majesty's Government have given their careful consideration to the Memorandum on Russian policy in Central-Asia, which formed the inclosure to Prince Gortchakow's despatch to Count Schouvaloff of the 11th May last. || In thus presenting for examination an historical review of the communications which have passed between the Governments of Russia and England, and in reviewing a statement of their sentiments and policy on this important question, Her Majesty's Government gladly recognize the desire of the Imperial Government to avert cause of future misunderstanding by a friendly interchange of views. || Her Majesty's Government feel, that they will best respond to the wishes of the Imperial Government in addressing to them this communication, by calling attention to certain statements and passages in the Memorandum which appear to Her Majesty's Government not to correspond with their appreciation of past transactions, or with the understanding which it is alike the interest of both Governments to keep in view. || In these observations Her Majesty's Government desire to avoid all reference to points of minor importance, and will confine themselves to those questions upon which it is obviously necessary, that no obscurity or misapprehension should be allowed to exist on either side. || The Memorandum refers to an agreement of opinion between the Chancellor of the Empire and Lord Clarendon, on the occasion of their interview at Heidelberg in 1869, "founded on the maintenance by Russia and England of an intermediary zone," destined to separate their Asiatic possessions; adding that in "this order of ideas it was understood, that Afghanistan should form an independent State which should remain outside the sphere of Russian action." || The interview in question took place

Nr. 6828. Gross-britannien. 25. Oct. 1875. after confidential communications between Lord Clarendon and Baron Brunnow, at that time Russian Ambassador in London, on the same subject. || It appears from the correspondence which took place at this period, that the "intermediary" zone, then under consideration, was intended on both sides to be at the same time a "neutral" zone; and from this point of view, Lord Clarendon distinctly informed Baron Brunnow, in April 1869, while thanking the Russian Government for the friendly feelings which had dictated the communication, that, in the opinion of the Secretary of State for India, Afghanistan would not fulfil those conditions of a neutral territory which it was the object of the two Governments to establish, as the frontiers were ill-defined; and if the Russian forces advanced to those frontiers, disputes with the Chiefs on the border would sooner or later, but infallibly, ensue, and Russia might be compelled, however unwillingly, to disregard the arrangement she had entered into; and it was, therefore, thought advisable to propose, that the Upper-Oxus, which was south of Bokhara, should be the boundary line, which neither Power should permit their forces to cross. This would leave a large tract of country apparently desert, and marked on the map as belonging to the Khan of Khiva, between Afghanistan and the territory already acquired by Russia, and, if agreed to, would, it might be hoped, remove all fear of future dissension. || This proposal, as is correctly stated in the Memorandum, was declined by the Imperial Government, on the ground, that it gave an extension to the frontiers of Afghanistan, which they could not admit; and this negative answer put an and to the confidential communications between the Russian Ambassador and Lord Clarendon, on the question of a "neutral zone." || But the Memorandum goes on to say, that, after being definitively closed in London, this question was reopened at St.-Petersburgh by Mr. Forsyth, on the occasion of his visit in 1869, and that, as a result of the exchange of views between that functionary and the Imperial Cabinet, it was "agreed:" — || 1. That the territories in the actual possession of Shere Ali should be considered as forming the limits of Afghanistan. || 2. That the Ameer should not seek to exercise any influence or any interference beyond those limits, and that the English Government should use every means to restrain him from any aggressive attempt. || 3. That on its side the Imperial Government would employ all its influence to restrain the Ameer of Bokhara from making any attack on Afghan territory. || On this statement Her Majesty's Government think it desirable to remark, that whatever may have been the nature of the personal communications between Mr. Forsyth and the Imperial Cabinet, it formed no part of his instructions to reopen the question of a "neutral zone," nor does it appear, that in the general agreement of opinion under the three heads cited above was this question in any way involved. || So far as Her Majesty's Government are concerned, the idea of a "neutral zone" was definitively abandoned at the time of Lord Clarendon's communication in April 1869, as one which, upon close examination, had been found

to be wholly incompatible with the object which both Governments alike had in view throughout these discussions. || The discussions which took place in the succeeding years as to the delimitation of the frontiers of Afghanistan happily terminated by the "full and entire" adhesion of the Imperial Cabinet in their despatch of the 19th January, 1873, to the line of demarcation proposed by Lord Granville in his despatch of October 1872, had exclusive reference to the recognition of Afghanistan as an independent State which should remain external to the action of Russia. || Her Majesty's Government insisted on including Badakshan and Wakhan within the limits of Afghanistan, because such delimitation was, in their view, strictly in accordance with historical facts, and, therefore, necessary, in order to satisfy the legitimate claims of the Ameer. || Her Majesty's Government have always cordially acknowledged the friendly and conciliatory course taken by the Imperial Cabinet in accepting the views thus set forth by Great Britain, and in thus removing, it is hoped, the only remaining obstacle to a complete understanding between the two Governments with respect to the position of Afghanistan. But it is apparent from the résumé of the agreement given at the close of the Memorandum, and the paragraphs which follow, that the Imperial Cabinet is of opinion, that in arriving at an understanding with respect to Afghanistan, the common policy of the two Governments has been completely fulfilled, and that it is a part of such understanding that entire liberty of action is left to Russia in all the territories lying between her own frontier and that of Afghanistan. || It is with reference to this opinion, that it is essential, that the views of Her Majesty's Government should be clearly explained. || The point of departure of the two Governments in exchanging their views was the mutual desire to arrive at some common understanding as to the best means of preventing the contact of their respective possessions in Central-Asia. || Various combinations were proposed and discussed with this object, — the creation of a neutral zone, the delimitation of frontiers, the recognition of the Oxus as a line which neither Power should permit their forces to cross, the maintenance of Afghanistan and Bokhara as independent States, the former under British, and the latter under Russian influence. || This last combination, as represented in the Memorandum under consideration, appears to be the only form of an arrangement with regard to which any definite understanding has been found practicable, and Her Majesty's Government have always fully appreciated the conciliatory spirit in which this question has been approached by the Russian Government. || But it is obvious, that the settlement made with respect to Afghanistan can only partially effect the object which the two Governments desired to attain, namely, that of averting possible causes of future collision between them. || Her Majesty's Government fully accept the assurances of the Imperial Cabinet as to the extension of the southern frontiers of Russian territory; but they equally admit the force of the arguments which have been advanced to explain the repeated annexations which, in spite

Nr. 6828. Gross-britannien. 25. Oct. 1875.

Nr. 6828. Gross-britannien. 25. Oct. 1875. of these assurances, have taken place. || However sincere, therefore, the desire of the Russian Government to avoid future extension of territorial responsibilities, Her Majesty's Government cannot regard the present line of Russian frontier as fixed and immovable. The recurrence of similar causes may lead to similar results, and Her Majesty's Government could not regard with indifference, and as a matter with which they have no concern, further occupation and absorption by Russia of the regions which still separate Afghanistan from the Russian territory. || The grounds of the apprehensions entertained by Her Majesty's Government on this subject have been so fully stated on former occasions, that it is only necessary now to refer to previous communications, and particularly to Lord Granville's despatch to Lord A. Loftus of the 7th January, 1874, which discusses them at length. || Whatever may be the ultimate destiny of Russia in the course of its civilizing mission in Central-Asia, it is impossible not to see, that, in view of the present conditions of the Turkoman tribes, of the relations in which they stand to the Ruler of Afghanistan on the one hand, and those between that Ruler and the Government of India on the other, that each successive advance of the Russian frontier towards Afghanistan may involve complications which it is equally the interest of both England and Russia to avoid, and may raise up the most serious obstacles to the continued pursuance of the policy which has hitherto guided both Powers alike to maintain intact the integrity of Afghan territory. || This is an object to which Her Majesty's Government attach the highest importance, and they must reserve to themselves the most complete liberty of action under all future contingencies as to the measures which may, in their opinion, be necessary to secure it. They cannot but feel, that such an event, for instance, as the occupation of Merv, which would bring the line of Russian territory into direct contact with Afghan territory, would arouse the susceptibilities of the Ameer to the highest degree, and possibly involve him in a common course of defensive action with the Turkoman tribes upon his borders. Under such circumstances it is unnecessary to observe how difficult it might be for the Imperial Government to maintain a policy of strict abstention in accordance with its present assurances, or how impossible it might be for Her Majesty's Government to exert any effectual control over the actions of the Ameer, without undertaking responsibilities which they would most reluctantly assume, and which would virtually involve the very result which both Governments desire to avert, viz., the contact of the two Powers in Central-Asia. || Whatever may be the desire of both Governments to act in concert in bringing the agencies of civilization to bear upon the wild and predatory races of the regions which separate their dominions, the time has not arrived when such a co-operation could be made intelligible to the rulers and people of the Khanates. || The presence of two centres of European power and influence in their midst would wear in their eyes an aspect of mutual menace and rivalry, and encourage hopes and spe-

culations unfavourable to the growth of the relations between England and Russia which are an important condition of success in the task on which both are engaged, each in their separate sphere, of maintaining order and promoting civilization in their Asiatic possessions. || Nor can it be denied, that the atmosphere of suspicion, intrigue and discord which would surround the military authorities of both Powers, might at any time provoke an attitude of reciprocal distrust which might frustrate the wishes, and defeat the deliberate policy, of their respective Governments, and react perniciously on the public opinion of Russia on the one hand, and of England and India on the other. || It is for these reasons, that Her Majesty's Government have always deprecated the further extension of Russian territory towards the Afghan borders, and that they have now received with the most sincere satisfaction the assurances conveyed in Prince Gortschakow's despatch as to the enlightened conviction of His Imperial Majesty, that such extension, either on the side of Bokhara, of Krasnovodsk, or of the Attrek, is contrary to Russian interests, and that formal orders have been given, that all future action in those regions is to be strictly confined to the defence of existing limits and the protection of property and commerce from pillage and brigandage.

Nr. 6828. Grossbritannien. 25. Oct. 1875.

Nr. 6829.

GROSSBRITANNIEN. — Min. f. Indien an den Vicekönig. — Auftrag, eine Gesandtschaft nach Kabul abzuordnen.

India Office, London, 19th November 1875.

Nr. 6829. Grossbritannien. 19. Nov. 1875.

My Lord, — 1. I have carefully considered your letter of 7th June, and the papers accompanying it, with respect to the establishment of a British Mission in Affghanistan. || 2. I do not gather, that in your Excellency's mind, or in that of the able Officers whose communications are appended to the Despatch, any doubt exists as to the insufficiency of the information which you now receive from that country. The baldness and extreme scantiness of the Diaries hardly require to be established by testimony, and it appears, from the statements of Captain Cavagnari and Sir R. Pollock, that only such information as the Amir approves of is contained in them. It would seem further, that, in the opinion of Sir R. Pollock, intelligence from Affghanistan was never so hard to obtain as it is now. Still less are the present arrangements efficient for the purpose of obtaining intelligent reports upon Central-Asian affairs generally, or any trustworthy estimate of the course they may be expected to take; or for exercising any influence, in case of emergency, on the minds of the Amir or his nobles. || 3. Your Excellency does not doubt, that, having regard to the present aspect of affairs in Central-Asia, it would

Nr. 6829. Gross-britannien. 19. Nov. 1875. be desirable, that a British Officer should be stationed at Herat, and you anticipate great advantage from the arrangement, if the Officer should be a man of sound judgment and possessing the full confidence of the Amir. The only point which you raise for the consideration of Her Majesty's Government is whether the advantages are such as to justify efforts being made for obtaining the concurrence of the Amir, which would be attended with difficulty, and would not be certain of success. || 4. The question has been clothed with an importance it never possessed before by the recent advances of Russia, which have placed her outermost posts in some places almost on the frontier of Affghanistan, in others upon roads which lead to it by easy and well-supplied marches. || 5. As the proximity of Russia to Affghanistan becomes closer and more established, the danger which is to be feared, whatever its extent may be, will probably take one of three forms. Russia may, by terror or corruption, obtain a mastery over the Amir, which will detach him from English interests, and leave to her choice the moment for penetrating to any portion of the country. Or, secondly, if she fails to shake his loyalty, his hold on power may be destroyed by internal disorder, and Russia, by establishing her influence over the Chiefs who may become dominant, may secure the same advantages as would have resulted from the adhesion of the Amir himself. Or, thirdly, if both the Amir and his Sirdars remain insensible to the suggestions of the Russian Agents, they may by some imprudence come into collision with the frontier forces of that empire, and afford a pretext for the exaction of some territorial penalty. || 6. The general tendency of the information you have furnished to me is to the effect, that no apprehension of the first alternative need be felt. Your Excellency and your most experienced officers appear to be convinced, that the Amir's dislike of the presence of any British representative in his dominions does not furnish ground for inferences unfavourable to his loyalty. But, whatever confidence present circumstances may justify you in entertaining, the well-known peculiarities of the Affghan character forbid the omission of such a contingency from any computation of the probable result of a close neighbourhood between Russia and Affghanistan. || 7. The second and third alternatives appear, unfortunately from the papers you have forwarded, to be still less beyond the range of probability. The fiscal corruption to which the Cabul Diaries bear testimony, seems, according to the Candahar Diaries, to have produced the natural result of excessive taxation, and consequent discontent. Captain Cavagnari speaks to an amount of oppression in the Province of Balkh, which may probably lead to a revolt on the first favourable opportunity; and Goolam Hossein anticipates the breaking out of serious disturbances before long, in consequence of the irritation of the Ghilzee Sirdars. Even, therefore, if the Amir's loyalty could be counted on for an indefinite period, a field would still be left for foreign intrigue, dangerous alike to the Amir's power and to the interests of Great Britain. || 8. The military operations lately undertaken by

the Amir, which appear to have been resolved upon before any information was communicated to your Government, suggest, that the contingency of collision between his forces and those of Russia, or of the allies of Russia, must not be left out of account. Territorial boundaries in those countries are vague and ill-recorded, and the Amir has never shown any disposition to seek peace by abating a doubtful claim. He may think himself bound to assert supposed rights which may trench on the claims of Russia or of her allies; and steps may be taken which, in the judgment of the frontier commanders, may render a movement in advance necessary to the honour of Russia before your Government has had the opportunity of interposing either remonstrance or restraint. || 9. The chance, that any of these opportunities would be offered for the establishment of a dominant Russian influence in Affghanistan would be materially diminished, if not wholly neutralized, by the presence of a British Officer in that country. The evils to which I have referred would lose their formidable character if warnings could be given to your Government, or advice tendered to the Amir, in good time. They could only grow to dangerous proportions if their first commencement were hidden from your knowledge. || 10. I do not desire, by the observations which I have made, to convey to your Excellency the impression, that, in the opinion of Her Majesty's Government, the Russian Government have any intention of violating the frontier of Affghanistan. The restraining force exercised from St.-Petersburg may not have been altogether effectual in its results; and it may depend in the future upon fortunate circumstances, which an accident may terminate. Still, it is undoubtedly true, that the recent advances in Central-Asia have been rather forced upon the Government of St.-Petersburg than originated by them, and that their efforts, at present, are sincerely directed to the prevention of any movement which may give just umbrage to the British Government. But the very fact that the measures of the frontier authorities do not always faithfully represent the ideas of the distant Government on whose behalf they act makes me more anxious, that your Excellency should possess some channel of speedy and accurate information from the regions in which this dangerous policy is pursued. The case is quite conceivable, in which Her Majesty's Government may be able, by early diplomatic action, to arrest proceedings on the frontier which a few weeks, or even days, later will have passed beyond the power even of the Government of St.-Petersburg to control. || 11. On all these grounds Her Majesty's Government continue to attach very serious importance to the presence of a British Agent in Affghanistan. I do not gather, that your Excellency is inclined to differ from this judgment. But, in your opinion, the moment for giving effect to it will not arrive until the advance of Russia is further developed, and its forces have occupied Merv. In this opinion it is impossible for Her Majecty's Government to concur. If ever the Russians should accomplish the permanent occupation of Merv, the time would possibly have passed by when representations to the Amir could

Nr. 6829. Gross-britannien. 19. Nov. 1875.

Nr. 6829. Gross-britannien. 19. Nov. 1875. be made with any useful result; for the influence of your Government at Cabul, already enfeebled, would, for such a purpose, have in a great measure disappeared. The Amir has watched the steady progress of the Russian arms, scarcely impeded by such resistance as the Governments of his own race and creed have been able to offer. He has warned the British Government, that one advance would follow another, and his prediction, disregarded when made, has been shown by the issue to be true. If, in spite of all promises given, and confidence expressed to the contrary, the Russians should advance to Merv, the Amir will conclude, until at least the contrary has been established, that no power exists which is able to stay their progress. He will then be hardly induced to consent to an arrangement which may cause him to lose favour in the eyes of the neighbour whom he esteems to be the strongest. || 12. I gather from your letter under reply, that the principal objection felt by you to an immediate effort to obtain the consent of the Amir to a British Agency in Affghanistan is the fear, that the effort would be vain. You apprehend, that a refusal might lower the estimation of British power among the Affghans, and that England might be placed in an embarrassing position whenever it might hereafter be desirable to persuade the Russian Government of the existence of a real British influence at Cabul. || 13. That a refusal would illustrate the feebleness of our influence with the Amir cannot be doubted; but I apprehend little evil from this disclosure. It is not likely, that either the Affghan Sirdars or the Russian Ministry are misinformed as to the true state of the case, or that any useful purpose would be served by keeping up, even if it were possible, an appearance of influence which does not correspond with the reality. || 14. But I am not convinced, that the Amir's present disinclination indicates, that his concurrence will be ultimately refused. He has had no opportunity of forming a more enlightened judgment. He has no assistance from any European mind in interpreting the events which have recently taken place in Central-Asia. In judging of the probable course and the relative importance of the two European powers upon whom the destiny of his country depends, he can only reason by his Asiatic experience and the counsels of a singularly prejudiced durbar; and he is little able either to measure the gravity of the danger which threatens him, or to discern his best chance of safety. It is premature to abandon all hope of leading him to form a juster estimate of his position. Indian diplomatists, by superior intellect and force of character, have, in their intercourse with Native Princes, often triumphed over more stubborn prejudices. The serious peril to which his independence is exposed, the inability of the British Government to secure the integrity of his dominions unless it can watch through the eyes of its own officers the course of events upon his frontiers, will, if these topics are enforced in personal intercourse by an Agent of competent ability, probably outweigh in the Amir's mind any rancour surviving from the events of 35 years ago, or any dissatisfaction with the issue of the Seistan arbitration. || 15. The

first step, therefore, in establishing our relations with the Ameer upon a more satisfactory footing, will be to induce him to receive a temporary embassy in his capital. It need not be publicly connected with the establishment of a permanent mission within his dominions. There would be many advantages in ostensibly directing it to some object of smaller political interest, which it will not be difficult for your Excellency to find, or, if need be, to create. I have therefore to instruct you, on behalf of Her Majesty's Government, without any delay, that you can reasonably avoid, to find some occasion for sending a mission to Cabul, and to press the reception of this mission very earnestly upon the Amir. The character you will give to it, and the amount of escort, if any, that it will require, I must leave entirely to your judgment. The Envoy whom you may select will be instructed to confer with the Amir personally upon the recent events in Central-Asia, to assure him of the earnest desire of Her Majesty's Government, that his territories should remain safe from external attack, and, at the same time, to point out to him the extreme difficulty which will attend any effort on your part to ensure this end, unless you are permitted to place your own officers upon the frontier to watch the course of events. In these communications he will not depart from the amicable tone in which your intercourse with the Amir up to this time has been conducted. On the contrary, he will not forget, that one of the chief objects of his mission is to leave in the Amir's mind an undoubting impression of the friendly feeling of Her Majesty's Government. But, maintaining this tone, it will be the Envoy's duty earnestly to press upon the Amir the risk he would run if he should impede the course of action which the British Government think necessary for securing his independence. || 16. I request, that you will furnish me with an early report of the measures you have taken to carry out the instructions of this Despatch. || I have, &c.

Nr. 6829. Grossbritannien. 19. Nov. 1875.

Salisbury.

Nr. 6830.

RUSSLAND. — Reichskanzler an den kais. Botschafter in London. — Antwort auf das englische Memorandum über Central-Asien.

St.-Pétersbourg, le 3/15 Février, 1876.

Sa Majesté l'Empereur a pris connaissance avec un vif intérêt du Mémorandum accompagnant une dépêche de Lord Derby, dont Lord A. Loftus a donné lecture en mon absence au Gérant du Ministère Impérial. || Je joins ci-près copie de cette pièce qui sert de réponse à la notice que votre Excellence avait été chargé de communiquer au Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique en date du 11 Mai, 1875, concernant les relations

Nr. 6830. Russland. 15. Febr. 1876.

Nr. 6830. Russland. 5. Febr. 1876. des deux Gouvernements dans l'Asie Centrale. || Notre auguste Maître y a relevé avec satisfaction le désir amical de prévenir par de franches explications toute cause de malentendu entre les deux Cabinets. Sa Majesté apprécie également la largeur de vues avec laquelle Lord Derby écarte les discussions de détail et les restrictions que ne comportent point l'état mal défini des contrées sur lesquelles les deux Gouvernements ont à exercer leur influence. || Veuillez dire à son Excellence, d'ordre de notre auguste Maître, que nous adhérons entièrement aux conclusions d'après lesquelles, en maintenant de part et d'autre, l'arrangement convenu, quant aux limites de l'Afghanistan qui demeurerait en dehors de la sphère d'action de la Russie, les deux Cabinets considéreraient comme closes les discussions reconnues peu pratiques relàtivement à la zone intermédiaire, tout en conservant leur pleine liberté d'action, ils se régleraient d'après le désir mutuel de tenir un juste compte de leurs intérêts et de leurs nécessités respectives, en évitant dans la mesure du possible un contact immédiat entre eux ainsi que des collisions entre les Etats Asiates placés dans le rayon de leur influence. || Nous avons la conviction qu'en se maintenant sur ce terrain et en s'inspirant d'un esprit d'équité et de bon vouloir réciproque, les deux Cabinets réussiront à consolider entre eux les relations amicales si heureusement établies au profit de la paix générale en Europe et en Asie. || Votre Excellence peut réitérer à Lord Derby l'assurance qu'il peut compter dans ce but sur notre franche coopération. || Agréez, &c.

Gortchacow.

Nr. 6831.

GROSSBRITANNIEN. — Min. f. Indien an den Vicekönig (Lord Lytton). — Weitere Instruktion, betreffend Afghanistan.

India Office, 28th February 1876.

Nr. 6831. Gross-britannien. 28. Febr. 1876. My Lord, — The tranquillity of the British power in India is so far dependent on its relations with the Trans-frontier States, that Her Majesty's Government cannot view without anxiety the present unsatisfactory condition of those relations. The increasing weakness and uncertainty of British influence in Afghanistan constitutes a prospective peril to British interests; the deplorable interruption of it in Khelat inflicts upon them an immediate inconvenience by involving the cessation of all effective control over the turbulent and predatory habits of the Trans-Indus tribes. || 2. In view of these considerations, Her Majesty's Government have commended to the consideration of the Governor General of India in Council arrangements for promoting unity of purpose and consistency of conduct in the administration of the Sindh-frontier. They have also instructed the Viceroy to find an early occassion for sending to Cabul

a temporcry mission, furnished with such instructions as may, perhaps, enable it to overcome the Amir's apparent reluctance to the establishment of permanent British Agencies in Afghanistan, by convincing His Highness, that the Government of India is not coldly indifferent to the fears he has so frequently urged upon its attention, that it is willing to afford him material support in the defence of his territories from any actual and unprovoked external aggression, but that it cannot practically avert or provide for such a contingency without timely and unrestricted permission to place its own Agents in those parts of his dominions whence they may best watch the course of events. || 3. It appears to Her Majesty's Government, that the present moment is favourable for the execution of this last-mentioned instruction. The Queen's assumption of the Imperial title in relation to Her Majesty's Indian subjects, feudatories and allies will now for the first time conspicuously transfer to Her Indian dominion, in form as well as in fact, the supreme authority of the Indian Empire. It will, therefore, be one of your earliest duties to notify to the Amir of Afghanistan and the Khan of Khelat your assumption of the Viceregal office, under these new conditions. || 4. A special mission, having for this purpose a twofold destination, might perhaps be advantageously despatched from Jacobabad, up the Bolan-Pass, to Quetta, where the Khan could be invited to meet and receive it. After delivering your letter to the Khan, the mission might proceed to Kandahar, and thence, under an escort furnished by the Amir, continue its journey to Cabul. From Cabul it would return to India, either through the Koorum-Valley or the Khyber-Pass, according to circumstances. || 5. Her Majesty's Government, however, only suggest this plan to your consideration, with due reference to the circumstances of the moment as they arise. You may possibly find it advisable, on your arrival at Calcutta, to communicate indirectly with the Amir through your Commissioner at Peshawur. This officer might privately inform Shere Ali of your intention to send a complimentary letter to him, as well as to the Khan of Khelat, and ascertain the route by which it would be most agreeable to His Highness that the mission charged with the delivery of that letter should approach his capital. If the Amir expresses any preference for the northern route, the mission could proceed directly to Cabul by the Khyber-Pass, returning to India through Kandahar and Khelat. || 6. To invite the confidence of the Amir will be the primary purpose of your Agent. To secure that confidence must be the ultimate object of your Government. But to invite confidence is to authorise the frank utterance of hopes which it may be impossible to satisfy, and fears which it may be dangerous to confirm. Whether these hopes and fears be reasonable or the reverse, their open avowal is, in the opinion of Her Majesty's Government, preferable to their concealment. || 7. The maintenance in Afghanistan of a strong and friendly power has at all times been the object of British policy. The attainment of this object is now to be considered with due reference to the situation created by the recent and

Nr. 6831. Grossbritannien. 28. Febr. 1876.

Nr. 6831. Gross-britannien. 28. Febr. 1876.

rapid advance of the Russian arms in Central-Asia towards the northern frontiers of British India. Her Majesty's Government cannot view with complete indifference the probable influence of that situation upon the uncertain character of an Oriental Chief whose ill-defined dominions are thus brought, within a steadily narrowing circle, between the conflicting pressures of two great military empires, one of which expostulates and remains passive, whilst the other apologises and continues to move forward. | 8. It is well known, that not only the English newspapers, but also all works published in England upon Indian questions, are rapidly translated for the information of the Amir, and carefully studied by His Highness. Sentiments of irritation and alarm at the advancing power of Russia in Central-Asia find frequent expression through the English press, in language which, if taken by Shere Ali for a revelation of the mind of the English Government, must have long been accumulating in his mind impressions unfavourable to its confidence in British power. Whether the passivity of that power, in presence of a situation thus unofficially discussed with disquietude, be attributed by the Amir to connivance with the political designs, or fear of the military force, of his Russian neighbours, — the inference, although erroneous, is in either case prejudicial to our influence in Afghanistan. || 9. The Russian Ambassador at the Court of St.-James has been officially informed by Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, that the objects of British policy as regards Afghanistan are — || 1st. "To secure that State against aggression." || 2nd. "To promote tranquillity on the borders of that country, by giving such moral and material support to the Amir, without interfering in the internal affairs of his country, as may enable Her Majesty's Government to prevent a recurrence of the disturbances and conflicts between rival candidates for power among his own family, or the Meers of the different Provinces." | 10. Her Majesty's Government would not, therefore, view with indifference any attempt on the part of Russia to compete with British influence in Afghanistan, nor could the Amir's reception of a British Agent (whatever be the official rank or function of that Agent) in any part of the dominions belonging to His Highness afford for his subsequent reception of a Russian Agent similarly accredited any pretext to which the Government of Her Majesty would not be entitled to except as incompatible with the assurances spontaneously offered to it by the Cabinet of St.-Petersburg. You will bear in mind these facts when framing instructions for your mission to Cabul. To demands which you have no intention of conceding your Agent will oppose a frank and firm refusal. You will instruct him to prevent such demands from becoming subjects of discussion. Others which, under certain conditions, you may be willing to entertain, he will undertake to refer to your Government, with such favourable assurances as may induce the Amir to recognize the advantage of facilitating, by compliance with your wishes, the fulfilment of his own. || 11. If the language and demeanour of the Amir be such as to promise no satisfactory result of the nego-

tiations thus opened, His Highness should be distinctly reminded, that he is isolating himself, at his own peril, from the friendship and protection it is his interest to seek and deserve. || 12. The requests which may be made by Shere-Ali in connexion with his reception of permanent British Agents in Afghanistan will probably raise the question of granting to His Highness — || 1st. A fixed and augmented subsidy. || 2nd. A more decided recognition than has yet been accorded by the Government of India to the order of succession established by him in favour of his younger son, Abdullah-Jan. || 3rd. An explicit pledge, by Treaty or otherwise, of material support in case of foreign aggression. || 13. The first of the questions is of secondary magnitude. You will probably deem it inexpedient to commit your Government to any permanent pecuniary obligation on behalf of a neighbour whose conduct and character have hitherto proven uncertain. On the other hand, you may possibly find it worth while to increase from time to time the amount of pecuniary assistance which up to the present moment the Amir has been receiving. But your decision on this point can only be determined by circumstances which have not arisen, and considerations which must be left to your appreciation of such circumstances. || 14. With regard to the recognition of Abdullah-Jan, whose selection as legitimate successor to the throne of his father has been made with much solemnity by Shere-Ali, and ostensibly acquiesced in by the most influential of the Afghan Chiefs, Her Majesty's Government in considering this question have before them the solemn and deliberate declaration made in 1869 by Lord Northbrook's predecessor to the present Amir, viz., that "the British Government does not desire to interfere in the internal affairs of Afghanistan; yet considering, that the bonds of friendship between that Government and your Highness have been lately more closely drawn than heretofore, it will view with severe displeasure any attempts on the part of your rivals to disturb your position as Ruler of Cabul, and rekindle civil war; and it will further endeavour from time to time, by such means as circumstances may require, to strengthen the Government of your Highness to enable you to exercise with equity and with justice your rightful rule, and to transmit to your descendants all the dignities and honours of which you are the lawful possessor." || 15. The Government of India having in 1869 made that declaration, which was approved by Her Majesty's advisers, have not based upon it any positive measures; while to the Amir, who had received that declaration under circumstances of some solemnity and parade, it appears to have conveyed a pledge of definite action in his favour. It is not surprising, that these conflicting interpretations of an ambiguous formula should have occasioned mutual disappointment to His Highness and the Government of India. || 16. Her Majesty's Government do not desire to renounce their traditional policy of abstention from all unnecessary interference in the internal affairs of Afghanistan. But the frank recognition of a *de facto* order in the succession established by a *de facto* Government to the throne of a foreign State does

Nr. 6831. Gross-britannien. 28. Febr. 1876. not, in their opinion, imply or necessitate any intervention in the internal affairs of that State. || 17. You may also find it in your power to bring about a reconciliation between the Amir and his nephew, Abdul-Rahman-Khan, who is now a refugee at Samarcand, under Russian protection. The order of succession established by Shere-Ali would derive increased solidity from the support of this powerful malcontent, whose adhesion to it might, perhaps, be secured through the friendly assistance of your Government. || 18. Any of these arrangements might strengthen the position of the Government of India in Afghanistan, by securing its influence over the present Ruler of that country, and exhausting some of the sources of the political and social confusion which his death is now likely to occasion. But you will fully understand, that, in adverting to them, I am only suggesting points to which your consideration should be directed, and am in no way limiting your discretion with respect to them. || 19. It remains to consider the question of giving to the Amir a definite assurance of material support in case of external aggression upon those territories over which Her Majesty's Government has publicly recognized and officially maintained his right of sovereignty. || 20. With or without any such assurance, England would be impelled by her own interests to assist His Highness in repelling the invasion of his territory by a foreign power. It is, therefore, on all accounts desirable, that the Government of India should have at its disposal adequate means for the prevention of a catastrophe which may yet be averted by prudence, and the fulfilment of an obligation which, should it ever arise, could not be evaded with honour. The want of such means constitutes the weakness of the present situation. || 21. In the year 1873, Lord Northbrook gave to the Envoy of the Amir the personal assurance, that, in the event of any aggression upon the territories of His Highness which the British Government had failed to avert by negotiation, that Government would be prepared "to assure the Amir that they will afford him assistance in the shape of arms, money, and will also, in case of necessity, assist him with troops." || 22. The terms of this declaration, however, although sufficient to justify reproaches on the part of Shere-Ali if, in the contingency to which it referred, he should be left unsupported by the British Government, were unfortunately too ambiguous to secure confidence or inspire gratitude on the part of His Highness. The Amir, in fact, appears to have remained under a resentful impression that his Envoy had been trifled with, and his attitude towards the Government of India has ever since been characterized by ambiguity and reserve. || 23. If, therefore, Shere-Ali be frank with your Envoy, he will probably renew to him the demand addressed in 1873, through his own Envoy, to Lord Northbrook, "that in the event of any aggression of the Amir's territories, the British Government should distinctly state that it regards the aggressor as its enemy; and, secondly, that the contingency of an aggression by Russia should be specifically mentioned in the written assurance to be given to the Amir." || To answer this renewed demand

in terms identical with those of the answer formerly given to it would prejudice, instead of improve, your relations with the Amir, by the evasion of an invited confidence. || 24. Her Majesty's Government are, therefore, prepared to sanction and support any more definite declaration which may, in your judgment, secure to their unaltered policy the advantages of which it has been hitherto deprived by an apparent doubt of its sincerity. But they must reserve to themselves entire freedom of judgment as to the character of circumstances involving the obligation of material support to the Amir, and it must be distinctly understood that only in some clear case of unprovoked aggression would such an obligation arise. || 25. In the next place, they cannot secure the integrity of the Amir's dominions, unless His Highness be willing to afford them every reasonable facility for such precautionary measures as they may deem requisite. These precautionary measures by no means involve the establishment of British garrisons in any part of Afghanistan, nor do Her Majesty's Government entertain the slightest desire to quarter British soldiers upon Afghan soil; but they must have, for their own Agents, undisputed access to its frontier positions. They must also have adequate means of confidentially conferring with the Amir upon all matters as to which the proposed declaration would recognize a community of interests. They must be entitled to expect becoming attention to their friendly counsels; and the Amir must be made to understand that, subject to all fair allowance for the condition of the country, and the character of the population, territories ultimately dependent upon British power for their defence must not be closed to those of the Queen's officers or subjects who may be duly authorized to enter them. || 26. Her Majesty's Government are also of opinion, that the establishment, if possible, of a telegraph from some point on the Indian frontier to Cabul, *viâ* the Koorum-Valley, is an object deserving of your consideration, and the permanent presence at the Viceregal Court of a properly accredited Afghan Envoy is much to be desired, as a guarantee for the due fulfilment of counter obligations on the part of the Amir, and the uninterrupted facility of your confidential relations with His Highness. Subject to these general conditions, Her Majesty's Government can see no objection to your compliance with any reasonable demand on the part of Shere-Ali for more assured support and protection, such as pecuniary assistance, the advice of British officers in the improvement of his military organization, or a promise, not vague, but strictly guarded and cleary circumscribed, of adequate aid against actual and unprovoked attack by any foreign power. Such a promise personally given to the Amir will probably satisfy His Highness, if the terms of it be unequivocal. But Her Majesty's Government do not wish to fetter your discretion in considering the advantages of a treaty on the basis above indicated. || 27. The conduct of Shere Ali has more than once been characterised by so significant a disregard of the wishes and interests of the Government of India, that the irretrievable alienation of his confidence in the sincerity and power

Nr. 6831. Grossbritannien. 28. Febr. 1876.

Nr. 6831. Gross-britannien. 28.Febr.1876. of that Government is a contingency which cannot be dismissed as impossible. Should such a fear be confirmed by the result of the proposed negotiation, no time must be lost in reconsidering, from a new point of view, the policy to be pursued in reference to Afghanistan. || 28. On the other hand, the success of those efforts (which, if they be made at all, cannot be safely delayed) will be pregnant with results so advantageous to the British power in India that Her Majesty's Government willingly leave to the exercise of your judgment every reasonable freedom in carrying out the present instructions. || I have, &c.

Salisbury.

Nr. 6832.

RUSSLAND. — Officielle Note über die Einverleibung Khokands aus dem „Journal de St.-Pétersbourg".

Nr. 6832. Russland. 14.März1876. Le 19 Février, sur un rapport du Commandant-en-chef des troupes de la circonscription militaire du Turkestan, Sa Majesté l'Empereur a daigné ordonner les dispositions suivantes: || Le territoire récemment occupé par les troupes Russes et formant jusqu'à l'année 1875 le Khanat de Khokand sera incorporé dans l'Empire et converti en Province de Fergan. || Le Gouverneur-Général du Turkestan est chargé d'en organiser l'administration, en tenant compte des conditions locales, au moyen d'un règlement provisoire à l'instar de celui introduit dans les sections de Zeravschansk et d'Amou-Daria. Ce règlement sera soumis en son temps à la sanction suprême. Les dépenses de cette nouvelle province seront couvertes par les recettes qu'on percevra des populations, et comptabilité en sera réglée sur les mêmes bases que dans les sections d'Amou-Daria, Kouldja et Zeravschansk.

Nr. 6833.

GROSSBRITANNIEN. — Indische Regierung an den kgl. Min. für Indien. — Beschwerde über die Correspondenz des russischen General Kaufmann mit Schir Ali.

Simla, September 18, 1876.

Nr. 6833. Gross-britannien. 18.Sept.1876. My Lord, — The despatches noted in the margin have communicated to us the positive assurances given, from time to time, by the Russian Government, that His Imperial Majesty considers Afghanistan as „entirely beyond the sphere of Russian influence." With reference to these assurances, we have the honour to transmit, for your Lordship's information, the

inclosed papers, and to call the attention of Her Majesty's Government to the subject of the official correspondence which has taken place, and is taking place, between the Governor-General of Russian Turkestan and His Highness the Ameer of Cabul. || The most recent of these communications is the letter of General von Kaufmann, dated —— February, 1876, of which a translation accompanies the Commissioner of Peshawur's letter dated 26th June. || This document, it will be perceived, contains a somewhat lengthy narrative of the late events in Khokand, an announcement of its annexation to the Russian Empire and a declaration of the motives which have animated the Russian Government; it is stated to be in continuation of previous communications, and its transmission to be due to "the friendship subsisting between Russia and Afghanistan." || The letter is, in fact, one of a series of communications which have passed, from time to time, between the Russian General von Kaufmann (or, his *locum tenens*, General Kolpakovsky) and His Highness the Amees, during a period extending from the year 1870 to the present time; these communications are not merely complimentary expressions of friendly sentiment, but have reference to matters of importance, affecting not only the foreign interests, but even the internal affairs of Afghanistan; they tend to increase in frequency; and latterly they have, on more than one occasion, been transmitted by a special agent, though it appears from the postscript to Sir A. Buchanan's letter to Lord Clarendon, dated the 2nd November, 1869, that Prince Gortchakow then agreed with Lord Mayo, that Russian Agents should not visit Cabul. || The Ameer, though at first regarding the communications with distrust, and seeking the advice of the British Government as to the tenor of his reply, now acknowledges their receipt in cordial terms, and without consulting the Government of India. It will be perceived, from the appended extracts from the Diaries of the 11th and 14th August, that another Russian Agent has, within the last few weeks, arrived in Afghan territory, and left Balkh on the 7th August *en route* for Cabul, bearing a further letter from the Russian General. We may add, that, notwithstanding the arrival of this second Agent, his precursor still lingers at Cabul, and that we have received, from an unofficial source, information, which we are of course unable to verify, that secret nightly conferences are taking place between him and the Ameer. || Up to the present time, the Government of India has not deemed it necessary to request Her Majesty's Government to make a formal objection to the proceedings of the Russian Generals; but the correspondence has been regarded by the Government with some anxiety; and on one occasion, in a despatch dated 1st May, 1874, the attention of Her Majesty's Government was drawn to the tone of General Kolpakovsky's letter. || We now desire to submit, for the consideration of Her Majesty's Government, that the time has arrived when it is expedient, that the attention of the Russian Government should be seriously called to the fact of this correspondence, and that steps should be taken by Her Majesty's Government to prevent a continuance

Nr. 6833. Gross-britannien. 18.Sept.1876.

Nr. 6833. Gross-britannien. 18. Sept. 1876. of proceedings which we cannot but regard as altogether inconsistent with the assurances given by Prince Gortchakow to Lord Clarendon, in 1869, and, since then, frequently renewed by the Cabinet of St.-Petersburgh, that Afghanistan is regarded as "entirely beyond the sphere of Russian influence." || In venturing to suggest this course for the consideration of Her Majesty's Government, we would represent, that the issue more or less involved in the continuance, or discontinuance, of the correspondence between the Russian officers and the Ameer of Cabul, is one not of merely local or Indian, but of Imperial interest, affecting as it does the important question whether the influence of England is to be superseded and replaced by that of Russia at the Court of the Ameer. The assurances of non-interference in Afghanistan given and reiterated by the Cabinet of St.-Petersburgh to the Government of Her Majesty, have been, from time to time, communicated, with every expression of confidence in their sincerity, by the Government of India to the Ameer of Cabul. As the communications with His Highness, now systematically carried on by the Russian military authorities in Central-Asia, are plainly irreconcileable with the above-mentioned assurances, it is obvious, that the Ameer can only attribute their increasing frequency, and prolonged toleration, either to the acquiescence of the British Government, or to its inability to resent so open a disregard of those pledges on which its reliance has been publicly and repeatedly recorded. In either case, the result cannot fail to be destructive of all confidence and security in our relations with Afghanistan. The action open to the Government of India, for the control of those relations, is necessarily limited to the exercise of pressure upon the Ameer of Cabul; but we shall, on our part, lose no opportunity of co-operating with such steps as Her Majesty's Government may be pleased to take in this matter, by our endeavours to convince the Ameer of the imprudence, as well as the impropriety, of the present correspondence between His Highness and the Russian Generals. || We have, &c.

Lytton.
F. P. Haines.
H. W. Norman.
A. Hobhouse.
E. C. Bayley.
W. Muir.
A. J. Arbuthnot.
A. Clarke.

Nr. 6834.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Einspruch gegen die Verhandlungen des Generals Kaufmann mit Schir-Ali.

Foreign Office, October 2, 1876.

Nr. 6834. Gross-britannien. 2. Oct. 1876.

My Lord, — In my despatch to your Excellency of the 6th ultimo, I inclosed a copy of the Cabul Diaries received from the Indian Government. ‖ You will find at page 10 of those Diaries a letter addressed by General Kaufmann to the Ameer of Cabul which appears to have been conveyed to its destination by an Asiatic agent, who still remains at Cabul, and it is reported from other sources, that his instructions are to induce Shere Ali to sign an offensive and defensive alliance with the Russian Government as well as a Commercial Treaty. ‖ Although the tone and insinuation of General Kaufmann's letter appear to Her Majesty's Government to be undesirable, the letter itself does not contain any statement of a distinctly objectionable character. Your Excellency will address a note to the Russian Government, reminding them of their repeated assurances, that "Afghanistan is completely outside the sphere within which Russia may be called upon to exercise her influence," and you will endeavour, if possible, to obtain from the Russian Government a written disclaimer of any intention on their part to negotiate Treaties with Shere-Ali without the consent of Her Majesty's Government. ‖ I am, &c.

Derby.

Nr. 6835.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in St.-Petersburg. — Die russische Regierung leugnet die Verhandlungen mit Schir-Ali.

Foreign Office, October 12, 1876.

Nr 6835. Gross-britannien. 12. Oct. 1876.

My Lord, — With reference to my despatch of the 10th October, I have to state to your Excellency, that Count Schouvaloff read to me to-day a telegram received by him from Prince Gortchakow in the following words: — "Démentez catégoriquement que Kaufmann agit à Cabul, soit par un Agent ou soit d'une autre manière." ‖ I am, &c.

Derby.

Nr. 6836.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den kgl. Min. d. Ausw. — Erklärung Gortschakoffs über die Correspondenz des Generals Kaufmann.

St.-Petersburgh, November 15, 1876.

Nr. 6836. Gross-britannien. 15. Nov. 1876.

My Lord, — At my interview to-day with Prince Gortchakow I profited of the opportunity to mention the report of a projected Russian expedition to Merv. || His Highness denied at once, that any such intention existed, and authorized me to inform your Lordship, that there was no question of an expedition against Merv, nor any idea of occupying Merv. || Prince Gortchakow said, that some of the Téké-Turkomans had plundered some "Aouls" of another Turkoman tribe under Russian protectorate, and that a detachment of troops had been sent to their protection as also to keep open the communication between Krasnovodsk and Khiva. || His Highness observed, that there were indications of the Afghans undertaking an expedition against the Téké, Turkomans and Merv; but his Highness did not appear to be acquainted with any details on the subject. || I further mentioned to his Highness the communications which General Kaufmann was carrying on directly with the Ameer of Afghanistan through a secret Agent who had arrived some time ago at Cabul, and was still residing there; and I observed to him, that these communications were not in conformity with the engagement taken by Russia, as recorded by his Highness himself, when he declared, that Russia considered Afghanistan to be beyond the sphere of her political action. || Prince Gortchakow replied, that there was no Russian Agent at Cabul as far as he knew, and that General Kaufmann had merely forwarded a complimentary letter to the Ameer, as he was in the habit of doing on returning to this post. || "But," added his Highness, "quand nous avons en main une baleine, je ne puis pas m'occuper des petits poissons." || His Highness, however, charged me to inform your Lordship, that the reported expedition against Merv was without any foundation. || Before reverting to the subject of General Kaufmann's communication with the Ameer of Afghanistan and the presence of a Russian Agent at Cabul, I shall request M. de Giers to give me an answer in writing to the note which I addressed to his Excellency on that subject on the 12th October, a copy of which was inclosed in my despatch of the 13th October. || I have, &c.

Augustus Loftus.

Nr. 6837.

RUSSLAND. — Director im Ausw. Amt (M. de Giers) an den englischen Botschafter in St.-Petersburg. — Antwort auf die englische Beschwerde.

St.-Pétersbourg, le 19. Novembre/1. Décembre, 1876.

Nr. 6837. Russland. 1. Dec. 1876.

M. l'Ambassadeur, — J'ai eu l'honneur de recevoir la note en date du 30. Septembre/12. Octobre de cette année, par laquelle votre Excellence signalait le prétendu envoi d'un Agent Russe à Caboul, muni d'une lettre du Général Kaufmann et soi-disant chargé de négocier avec l'Emir une alliance offensive et défensive ainsi qu'un Traité de Commerce. || Le Chancelier de l'Empire a déjà répondu à une question adressée à ce sujet à notre Ambassadeur à Londres par le Principal Secrétaire de Sa Majesté Britannique, en niant catégoriquement l'exactitude de la rumeur susmentionnée. || Votre Excellence m'a fait parvenir depuis par une nouvelle note en date du 16/28 de ce mois traduction d'une lettre du General Kaufmann à l'Emir de Caboul et d'une réponse de celui-ci. || Le Ministère Impérial n'a aucune connaissance de cette correspondance. Il s'est empressé toutefois de demander à son sujet des renseignements au Général Kaufmann, en le priant d'éclaircir, s'il le peut, les faits qui ont pu donner lieu aux bruits parvenus au Gouvernement de Sa Majesté Britannique. Votre Excellence a dû se convaincre, en attendant, elle-même, que la lettre du Général Kaufmann mentionnée dans sa dernière note ne contenait rien qu'un message de courtoisie, et ne justifiait d'aucune façon l'existence d'une négociation politique quelconque entre nos autorités du Turkestan et celles de Caboul. || Le soin que le Cabinet de Londres apporte à veiller à la stricte observation de l'entente établie entre lui et la Russie en 1872 relativement à l'Afghanistan, engage le Ministère Impérial de son côté à mentionner certaines informations qui lui sont parvenues de Taschkent et qui ont trait à un mouvement de troupes simultane de l'armée des Indes d'une part, dans les Etats d'Ahmoud Sahib, maître de Souat, et de détachements Afghans de l'autre, dans le Darvaz, petit Etat indépendant en dehors des limites de Badakchan et du Vakhan, et limitrophe au nord-est du Karatcheguine, provinces toutes les deux vassales de l'Emir de Boukhara. || Nous apprenons en même temps que des armements considérables se font à Hérat en vue d'une expédition contre les Turcomans de Merv. || Si ces faits venaient à se confirmer ils constitueraient une infraction directe à l'entente de 1872, par laquelle la Grande Bretagne s'est engagé à détourner l'Emir de tout empiétement au delà de la zône reconnue comme se trouvant sous la domination Afghane. || Le Ministère Impérial ne doute pas que le Gouvernement Britannique n'exerce toute son influence à Caboul pour empêcher des empiétements de cette nature. || Veuillez, &c.

Giers.

Nr. 6838.

RUSSLAND. — Director im Ausw. Amt an den englischen Botschafter in St.-Petersburg. — Uebersendung einer Erklärung des Generals Kaufmann.

St. Pétersbourg, le 3/15 Décembre, 1876.

Nr. 6838. Russland. 15. Dec. 1876. M. l'Ambassadeur, — A la suite des deux notes de votre Excellence, en date du 30. Septembre/12. Octobre et 16/28. Novembre, relativement aux renseignements parvenus au Gouvernement Britannique quant à l'envoi d'un prétendu Agent Russe à Caboul pour conclure un Traité d'Alliance et de Commerce avec l'Emir, j'ai déjà eu l'honneur de vous informer par ma note responsive en date du 19. Novembre, que j'ai demandé des renseignements à cet égard au General Kaufmann. || Je me fais un devoir aujourd'hui de joindre ci-près une traduction exacte de cette réponse qui vient de parvenir au Ministère Impérial. || Votre Excellence voudra bien y remarquer l'étonnement qu'inspirent au Général Kaufmann les renseignements dont le Gouvernement Britannique semble s'être emu et dont l'exactitude est entièrement récusée par l'administration du Turkestan. Veuillez, &c.

Giers.

Beilage.

General Kaufmann to M. de Giers.

(Traduction.) Le 9. Novembre, 1876.

Votre Excellence a bien voulu me transmettre par sa lettre du 8. Octobre dernier traduction d'une note de l'Ambassadeur d'Angleterre près la Cour Impériale relativement à un prétendu Agent que j'aurais expédié, selon les renseignements du Gouvernement Britannique, à Caboul, pour conclure un Traité d'Alliance, offensive et défensive, ainsi qu'un Traité de Commerce. || Je crois de mon devoir d'informer votre Excellence que depuis mon entrée en fonctions de Gouverneur-Général de Turkestan, mes relations avec Shere-Ali-Khan se sont bornées à des échanges de politesses, et que je n'ai jamais envoyé à Caboul ni Agents ni même un seul djiguitte. || Mes lettres ont été toujours expédiées, une ou deux foix annuellement, par l'Emir de Bokhara, qui les faisait parvenir à Caboul ou par un djiguitte de Samarcande à l'adresse du Chef de Balkh, qui les envoyait à l'Emir Afghan. || Ces communications ne portaient jamais d'autre caractère que celui de pure courtoisie, comme votre Excellence peut s'en persuader par les copies déposées au Département Asiatique. || Je m'empresse de constater à cette occasion que ma manière d'agir envers les Khanats, limitrophes ou autres, n'a jamais été un mystère pour le Ministère des Affaires Etrangères, et qu'elle a constamment répondu

aux ordres suprêmes dont Sa Majesté l'Empereur a daigné me munir lors de ma nomination à mon poste. ‖ Mes convictions personnelles n'admettent la nécessité d'aucune ruse ni d'aucun subterfuge pour l'expédition satisfaisante des affaires, et j'ose espérer qu'une longue série d'années a convaincu le Ministère Impérial de l'absence de toute intrigue politique dans mes rapports avec les Khanats Asiatiques, intrigues contraires à mon caractère personnel, aussi opposé au mensonge dans la vie politique que dans la vie privée. ‖ Son Altesse le Chancelier de l'Empire a entièrement approuvé cette manière d'envisager nos affaires de l'Asie Centrale. ‖ En consequence, j'ai l'honneur de prier votre Excellence de vouloir bien formellement protester contre les assertions, dénuées de toute exactitude, consignées dans la note de l'Ambassadeur de Grande Bretagne. ‖ Je récuse tout caractère d'authenticité de la source à laquelle ces renseignements tout-à-fait erronés ont pu avoir été puisés. ‖ Veuillez, &c.

Nr. 6838. Russland. 15. Dec. 1876.

Nr. 6839.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in St.-Petersburg. — Weitere Vorstellungen wegen der Correspondenz mit Afghanistan.

Foreign Office, January 19, 1877.

My Lord, — I transmit herewith a copy of a letter from the Government of India, inclosing Diaries of the British Agent at Cabul from the 17th October to the 16th November last; and I have to instruct your Ercellency to call the attention of the Russian Government to those passages in the Diaries of the 20th and 27th October and the 7th November which relate to the treatment of Mirza-Mahomed-Yusuf-Khan, Mervi, the Russian Envoy at Cabul, and the arrival in Afghanistan of the bearer of a further letter from General Kaufmann to the Ameer. ‖ I am, &c.

Nr. 6839. Gross-britannien. 19. Jan. 1877.

Derby.

Nr. 6840.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den kgl. Min. d. Ausw. — Weitere Erklärungen von M. de Giers.

St.-Petersburgh, February 14, 1877.

My Lord, — On the receipt of your Lordship's despatch of the 19th ultimo, and in conformity with its instructions, I took an early opportunity

Nr. 6840. Gross-britannien. 14. Febr. 1877.

Nr. 6840. Gross-britannien. 14.Febr.1877. to speak to M. de Giers on the subject of the continued presence of a Russian Envoy at Cabul, of his receiving presents from the Ameer, and of the announcement of the expected arrival of the bearer of a further letter from General Kaufmann. I left in his Excellency's hands the inclosed copy of the extracts from the Cabul Diaries relating to this subject as an aide-mémoire, and his Excellency promised me to inquire into the matter. || M. de Giers called on me yesterday and, in reply to my inquiry, stated, that the name given in the Cabul Diaries of the reputed Russian Agent was the same as that mentioned by General Kaufmann; but his Excellency said, that he was not personally employed by General Kaufmann, nor was he personally known to him. The letter of which he was the bearer had been sent by General Kaufmann to the Ameer of Bokhara for transmission to Balkh, from thence it was forwarded to the Ameer at Cabul. || The agent in question was the mere bearer of a letter, was neither selected by, nor personally known to General Kaufmann, and consequently was in no way authorized to assume the character of a Russian Agent or Envoy at Cabul. || M. de Giers stated, that he had sent a copy of the extracts from the Cabul Diaries which I had given him to General Kaufmann, and had observed to him, that the assumed character at Cabul of a Russian Envoy by this messenger was incorrect, liable to misconception, and consequently to be guarded against for the future. || I have, &c.

Augustus Loftus.

Nr. 6841.

RUSSLAND. — Director im Ausw. Amt an den englischen Botschafter in St.-Petersburg. — Dementirt wiederholt politische Verhandlungen mit Afghanistan.

St.-Pétersbourg, le 21. Février/5. Mars, 1877.

Nr. 6841. Russland. 5. März 1877. M. l'Ambassadeur, — J'ai eu l'honneur de recevoir la note que votre Excellence a bien voulu m'adresser en date du 10/22. Février. || Le Ministère Impérial partage entièrement l'avis du Gouvernement Britannique qu'un échange d'opinions franc et cordial dans les questions de l'Asie Centrale ne saurait que contribuer au maintien des bonnes et amicales relations actuellement établies entre la Russie et l'Angleterre. || C'est dans cet ordre d'idées qu'il a cru pouvoir donner dans les notes du 19. Novembre/1. Decembre et du 3/15. Décembre, auxquelles votre Excellence se réfère, l'assurance que la Russie n'avait essayé de conclure aucun arrangement commercial ou politique avec l'Emir de Caboul, et que les rares relations de nos autorités de l'Asie Centrale avec ce dernier n'avaient jamais eu qu'un caractère de pure courtoisie, conforme aux usages locaux en Orient. En renouvelant aujourd'hui ces

assurances, le Ministère Impérial espère que le Gouvernement Britannique voudra bien reconnaître que nous ne nous en sommes pas écartés en pratique, quelque soit, d'ailleurs, l'interprétation erronée que les communications du Général Kaufmann aient pu recevoir de la part des Gouvernements indigènes Asiatiques et la fausse importance qu'on ait prêtée aux modes de transmission dont il a fait usage. Des malentendus à cet égard étaient presque inévitables vu le caractère peu sûr des populations indigènes de l'Asie Centrale et leur penchant invétéré pour l'intrigue; la seule manière efficace de combattre ce danger réside, selon nous, dans la bonne foi et la loyauté qui, nous aimons à le croire, ne manqueront jamais de présider de part et d'autre à tout échange d'idées entre nous et le Cabinet Britannique. || En réponse au désir exprimé par Lord Derby de connaître à quelle source avait été puisée la nouvelle de quelques mouvements de troupes Indo-Anglaises contre Souat, le Ministère Impérial s'empresse d'informer votre Excellence que ce renseignement ne reposait que sur des bruits parvenus à nos autorités de l'Asie Centrale et auxquels nous avons été loin d'accorder une valeur exagérée. Le Ministère Impérial accueille, d'autre part, avec une vive satisfaction les assertions contenues dans la note de votre Excellence qu'aucun mouvement militaire dans ces parages ne saurait être dirigé de manière à constituer une infraction à l'entente de 1872 entre la Russie et l'Angleterre, et que le Gouvernement Britannique continue à exercer son influence sur l'Emir de Caboul dans le but de le détourner, conformément à l'entente susmentionnée, de toute tentative en dehors de la région assignée à son action légitime. || Nous nous faisons un devoir de reconnaître, en même temps, avec reconnaissance l'empressement du Gouvernement Britannique à demander au Gouvernement des Indes des informations relativement à des entreprises quelconques méditées par l'Emir Afghan dans le Derwaz, ou contre les Turcomans de Merv, entreprises au sujet desquelles aucun indice propre à nous inspirer des craintes ne semble jusqu'ici être parvenu au Cabinet de Londres. || Veuillez, &c.

Nr. 6841. Russland. 5. März 1877.

Giers.

Nr. 6842.

GROSSBRITANNIEN. — Indische Regierung an den kgl. Min. für Indien. — Die Verhandlungen in Peschawur.

Simla, 10th May 1877.

My Lord Marquis, — We have already notified to your Lordship by telegraph the close of the recent conference at Peshawur between the Envoys of the British and Afghan Governments; and we now take the earliest opportunity in our power of submitting a full report of our proceedings in con-

Nr. 6842. Grossbritannien. 10. Mai 1877.

Nr. 6842. Gross-britannien. 10. Mai 1877. nection therewith. Those proceedings have been governed by the general principles laid down for our guidance in your Lordship's Despatches of the 23rd January and 19th November 1875 and your further separate instructions of the 28th February 1876. We were informed by the above-mentioned communications that, in the opinion of Her Majesty's Government, the time had arrived when it was desirable to place our relations with Afghanistan on a more definite and satisfactory footing, and that for the attainment of this object the first favourable opportunity should be taken to open amicable negotiations with the Ameer of Cabul. || 2. For the complete explanation of the steps taken by us in accordance with the views thus held by Her Majesty's Government, we must preface our report of them by a brief recapitulation of our past relations with that Prince, so far as they affect the questions dealt with in this letter. || 3. The only formal obligation still extant between the British Government and the Barackzai Rulers of Afghanistan is the Treaty of the 30th of March 1855. This Treaty comprises three short articles. The first article established perpetual peace and friendship between the British Government and Dost-Mahomed-Khan and his heirs; the second pledged the British Government to respect the territories then in His Highness' possession, and never to interfere therein; the third pledged the Dost, his heirs and successors, similarly to respect the territories of the British Government, and to be the friend of its friends and enemy of its enemies, without any such corresponding obligation on our part. It did not take long to prove the somewhat imperfect character of the Treaty thus contracted. Two years afterwards, on the first occurrence of a crisis affecting British interests in Afghanistan, a much more complete engagement stipulating for British Agencies in Cabul, Candahar and Balkh, and granting aid to the Ameer in money and arms, was entered into by Sir John Lawrence and Dost-Mahomed. That engagement, though limited to the duration of the war then being waged between the British Government and the Shah of Persia, was declared by Lord Canning to be sound in principle, liberal, and simple; tending to "redress the somewhat one-sided character "of the Treaty of 1855, in which we appeared to take more than we gave;" and his Excellency expressed an earnest hope, that, independently of the war in which we were then engaged, the relations of the British Power with Afghanistan might remain upon a permanent footing, similar to that, upon which the above-mentioned engagement had placed them. || 4. Dost-Mahomed-Khan was informed, during the course of the negotiations of 1857, that the British Government's support and assistance of him would be conditional on its officers being received in Afghanistan with the countenance and protection of His Highness. They were not, however, to exercise authority, or command, on Afghan territory; their duty (in the performance of which the Ameer was expected to afford them every facility) being simply to give advice when required, and to obtain all the information needed by our Government. The readiness with which the Ameer and his Sirdars per-

ceived the propriety of this condition was, it is said, remarkable; and the measure, although not unattended by risk, met with reasonable success. This, at any rate, may be assumed from a careful review of past records, and from the views entertained by the experienced Head of the Mission, then stationed at Candahar, in favour of a renewal, at the present moment, of the policy then adopted. || 5. It must, however, be observed, that, although the residence of a British Mission at Cabul formed part of the stipulations agreed to in 1857, this step was not enforced by the British Government. The Dost urged, that the Afghan people would view it with dislike; but Sir John Lawrence deemed it more probable, that the real motive of this representation was the disinclination of His Highness to let British officers discover the weakness of his rule, or come in contact with disaffected Chiefs at his capital. Provision was thereupon made in the Treaty, that, whenever the subsidy should cease, and the British officers have been withdrawn from the Ameer's country, a Vakeel, not an European officer, should remain at Cabul on the part of the British Government, and one at Peshawur on the part of the Government of Cabul. The stipulation thus agreed upon has, so far as the British Government is concerned, been tacitly observed, for convenience sake, from that day to this; but it is worthy of remark, that the Government of Cabul withdrew its Vakeel from Peshawur in 1858, and has never replaced him by another. With the exception of this last-mentioned provision, the obligations of the Treaty of 1857 were contracted for a special and limited purpose which has long since lapsed with the lapse of time; it fixed the relations of the British Government with the Ruler of Cabul, and their reciprocal obligations, for the duration of the war with Persia; and our only object in referring to it now is to bring to recollection the good feeling of the Afghan Ruler and people, some twenty years ago, in regard to the stationing of British missions in their territory, elsewhere than at Cabul. 6. No further change occurred for some years in the relations between the two Governments. They remained in a condition of friendly reserve. After the death of Dost-Mahomed, in 1863, Afghanistan became involved in civil war, which lasted four years; it did not necessitate, in the opinion of Lord Lawrence's Government, any active interference on our part. The present Ameer, alone and unaided, after varying fortunes, and many severe reverses, regained the throne bequeathed to him by his father, the Dost. But no sooner was he firmly established thereon than he expressed a great desire, — not without some feeling of resentment for the neutral attitude which had been observed towards him in his hour of need, — to bring himself into friendly relations with the British Government. Lord Lawrence responded to his wishes; he presented His Highness in 1868 with a free gift of money and arms, and would have effected a friendly meeting with him at Peshawur had not the expiry of his tenure of office obliged his Excellency to return to England. || 7. That meeting was, however, carried out at Umballa, in March 1869, by Lord Lawrence's successor in a manner which laid the foundation

Nr. 6842. Gross-britannien. 10. Mai 1877.

Nr. 6842. Gross-britannien. 10. Mai 1877. of closer relations between the two neighbouring Powers, and enabled Shere-Ali to consolidate his authority on his return to Cabul. The Ameer, in his conferences with the Viceroy, bitterly complained of the one-sided character of the existing Treaty relations — those of 1855 — between the two Governments, and earnestly solicited an amendment of them. Lord Mayo, however, was precluded, not only by the orders of Her Majesty's Government, but by his own convictions, from acceding to the wishes of His Highness. The policy of the Viceroy was, in his own words, an "intermediate" one, susceptible of development in proportion to the subsequent consolidation of the Ameer's authority, and the continued good conduct of His Highness, in his dealings with the British Government. In order, however, to meet, in some measure, the wishes of the Ameer, and to give him a tangible proof of the friendship of the British Government, Lord Mayo added a large gift of arms to that of the money already presented to His Highness; he, moreover, handed the Ameer a written assurance, that the British Government would assist His Highness in strengthening his Government as circumstances might require, and would view with severe displeasure any attempt on the part of His Highness' rivals to disturb his position as Ruler of Cabul. This document was in no way intended to have the force of a Treaty; it was given to the Ameer in compliance with the earnest representations of His Highness, that, without such an assurance, he would be unable to return to Cabul; and it is needless to observe, that it did not commit the British Government to any unconditional protection of the Ameer, or to any liabilities which were not dependent on his future conduct towards us. || 8. We may here mention, that there are undoubted grounds for the conviction expressed to your Lordship in our Despatch, No. 19, of the 7th of June 1875 — a conviction since strengthened by reference to persons in Lord Mayo's confidence, who conversed frequently at Umballa with Shere-Ali and his confidential Minister — that a readiness was then manifested on behalf of His Highness to agree to the presence of British Agents at any places in Afghanistan, excepting Cabul itself, on condition of more substantial assistance, and open support, than the British Government was willing to afford him in 1869. || 9. Owing to the strong personal influence established by Lord Mayo over Shere-Ali, our relations with Cabul, although still somewhat distant and indefinite, remained for a few years upon a satisfactory and friendly footing. During this period the British Government completed, on behalf of the Ameer, successful negotiations with the Government of the Czar for the definition, in a manner most favourable to His Highness, of the exact limits of the northern boundaries of Afghanistan, within which the Russian Government engaged to refrain from all interference. || 10. The result of those negotiations, which had extended over more than three years, was communicated to Shere Ali early in 1873, when Lord Northbrook's Government, in its review of our position towards Cabul up to that period, expressed the opinion, that — || "Although we have abstained from

entering into any Treaty engagement to support the Ameer by British troops in the event of Afghanistan being attacked from without; yet the complete independence of Afghanistan is so important to the interests of British India, that the Government of India could not look upon an attack upon Afghanistan with indifference. So long as the Ameer continues, as he has hitherto done, to act in accordance with our advice in his relations with his neighbours, he would naturally look for material assistance from us; and circumstances might occur under which we should consider it incumbent upon us to recommend Her Majesty's Government to render him such assistance." ‖ 11. The Ameer, apparently actuated, at this period, by a deep-rooted fear of the Russians, professed himself at a loss to understand the great delay and difficulty which had arisen in the deliberations between the British and Russian Governments; he informed the British Agent, that it was "impossible for the Russians to remain always firm in their negotiations," and that his anxiety would never "be removed unless the British Government adorns the Afghan Government with great assistance in money and ammunition of war for the troops, and unless great aid is given for the construction of strong forts through the northern Afghan border. If an emergency arises," he said, "for the Afghan Government to oppose the Russians, such opposition cannot take place without the co-operation of the disciplined troops of the British Government. It is plainly obligatory on the British Government to show their cordiality in this matter before anything happens." ‖ 12. With these thoughts in his mind, His Highness deputed Syud-Noor-Mahomed-Shah, in the summer of 1873, to wait upon Lord Northbrook, and submit this and other matters to the consideration of the Viceroy. The Envoy's object appeared to be the establishment of an assumption on the part of the Ameer, that both Lord Lawrence and Lord Mayo had given His Highness unconditional promises of aid in money and arms, — an assumption which Lord Northbrook at once refuted, reminding the Envoy, that the British Government alone was to be the judge of the propriety of any request for assistance preferred by his master. The Viceroy, finding, that the Envoy was instructed by Shere-Ali to apply to the British Government for assistance, both present and prospective — the former for the purpose of strengthening the Government of Afghanistan, the latter with the view of meeting the contingency of actual aggression by a foreign power — and learning, moreover, that he was not satisfied with general assurances, telegraphed to Her Majesty's Government for further instructions. On receipt of these, he informed Syud-Noor-Mahomed, that it would be the duty of the Ameer, in case of actual or threatened aggression, to refer the question to the British Government, which would endeavour, by negociation and by every means in its power, to settle the matter and avert hostilities; but that, should these endeavours prove fruitless, the British Government was prepared to assure the Ameer, that it would afford him assistance in the shape of money and arms,

Nr. 6842. Grossbritannien. 10. Mai 1877.

Nr. 6842. Gross-britannien. 10. Mai 1877. and, in case of necessity, aid him with troops. Lord Northbrook, however, deemed it advisable to avoid giving Syud-Noor-Mahomed any more definite pledge than this, or to comply with the request preferred by him for a distinct statement by the British Government, that, in the event of any aggression on the Ameer's territories, it would consider the aggressor as an enemy to itself. || 13. During the presence at Simla of the Afghan Envoy the subject of the location of British Agents in Afghanistan became, as in 1869, a topic of discussion. Our Foreign Secretary suggested the deputation of a British officer, of high standing and in the full confidence of the British Government, to the Court of the Ameer as the best preventive of the danger apprehended by His Highness: this officer could advise Shere-Ali as to the circumstances of each case, and the action which, in cases of emergency, it might be necessary to take till the Government of India could be communicated with; whilst such a measure need not be followed by the location of Russian Agents in Afghanistan, which would be incompatible with the pledges given by Prince Gortchakoff to Her Majesty's Government. The object of the location of British Agents in Afghanistan would, Mr. Aitchison said, be primarily to obtain accurate information on all matters affecting the external relations of Afghanistan, whilst in no way exercising interference in its internal affairs. The Envoy expressed his general concurrence in the principle of some such arrangement, but declined to recommend to the Ameer any specific proposal for giving effect to it, on the ground, that it might occasion mistrust and misapprehension. He suggested, as an alternative, the deputation of a British officer to inspect the western and northern boundaries of Afghanistan, who could enter by Candahar and return by Cabul, and be again deputed to the capital, if necessary, at a later period. Such a course would, he said, familiarize the Ameer and the people of Afghanistan with the idea of receiving a permanent British representative, and eventually effect the desired object. || 14. A Memorandum embodying the Envoy's alternative proposal was consequently communicated to the Ameer by the Government of India. The proposed arrangement was, in this Memorandum, strongly urged, as highly desirable, on account of "the responsibilities, that have been undertaken by Her Majesty's Government on behalf of Afghanistan," and "the imperfect information which they possess regarding the border, in respect to which these responsibilities have been incurred." The Government of India, when reporting its proceedings in the matter, expressed to your Lordship's predecessor the following opinions: — || "Though we think, that the presence of accredited British officers at Cabul, Herat, and possibly also Candahar, would, for many reasons, be desirable, we are fully alive to the difficulties in the way of such a measure until the objects and policy of the British Government are more clearly understood and appreciated in Afghanistan. It is with the view of removing some of these difficulties, that we have proposed the deputation of an officer to examine the boundaries. Independently of the valuable information, both geographical and political,

that might be collected, a judicious officer would have it in his power to do much towards allaying any feelings of mistrust, that may still linger in the minds of some classes of the people in Afghanistan, and towards preparing the way for the eventual location of permanent British representatives in that country, if such a measure should at any time be considered desirable or necessary." || 15. The Envoy left Simla without having obtained the avowed object of his mission. On bidding farewell to those members and officers of the Government of India, with whom he had been associated during the course of it, the Syud was profuse in his expressions of personal gratitude for the hospitality of his entertainment, and the courtesy with which he had been treated. But no sooner had he returned to Cabul than it became apparent, that his feelings towards the British Government were most unfriendly; and from that time forward his influence in the Cabul Durbar, which we believe to have been considerable, was exerted on every occasion to the prejudice of our relations with the Ameer. || 16. At the conclusion of the Simla conferences the Viceroy presented the Ameer with 100,000*l.* and 20,000 rifles. But, notwithstanding his Excellency's gifts and assurances, the attitude of the Ameer became increasingly frigid, sullen and discourteous. His Highness evinced deep disappointment at the result of his Envoy's interviews with the Viceroy. To all appearance, whilst mistrusting our repeated assurances, that he had nothing to fear from the rapid and unchecked advance of Russia towards his Asiatic frontier, he had nevertheless persuaded himself, that, in any emergency, the British Government would be compelled, by its own interests, to afford him unconditional assistance. Under this impression he seemed to believe, that, in the meanwhile, he might with impunity disregard its advice, and reject its offers of conditional protection. || 17. The fallacy of these views lay in their erroneous estimate of the political necessities of this Government, which are as adverse to the wholly uncontrolled personal action of any Afghan ruler, as they are favourable to the territorial independence of Afghanistan. It may, however, be admitted, that the Ameer was at this time led, not altogether without cause, to hope and seek from the British Government evidence, more conclusive than he had yet received, of its professed regard for his interests. The arms and money denied to His Highness at a time when they might, perhaps, have saved his country and himself from prolonged civil war, were subsequently given to him when his need of them was infinitely less, and his cause for gratitude proportionally small. But the particular form of support which, as the established legitimate Ruler of Afghanistan, he then most needed was again refused him, at the time when, if given, it would have been best appreciated. On the part of the British Government he had seen nothing but extreme caution in committing itself to his support, whilst it lost no opportunity of assuring His Highness of its friendship with Russia and its reliance on her promises. On the part of Russia he saw nothing but a system of aggression on territories neighbouring his border, and a se-

Nr. 6842. Grossbritannien. 10. Mai 1877.

Nr. 6842. Gross-britannien. 10. Mai 1877. ries of pledges unfulfilled. He had been officially informed in 1869 by Lord Mayo, that the Government of the Czar would not interfere in Afghanistan, and would recognize as his all the territories then in his possession; and yet he was shortly afterwards beset with communications from General Kauffman which seemed to him inconsistent with this assurance; nor was it till nearly three years afterwards, that Russia finally withdrew her strong opposition to the recognition of his authority over a most important portion of his territories. Again the promised restoration of Samarcand by Russia to the Ameer of Bokhara had been formerly announced to him by us, and yet evaded; whilst he found the pledge of the Russian Government not to annex Khiva virtually disregarded, and the Russian forces firmly established on the Oxus close to his own frontier. || 18. In such circumstances it is, perhaps, hardly to be wondered at that the assurances given to His Highness by Lord Northbrook in 1873 failed to satisfy the Ameer, or to restore that confidence and good feeling which, for some time previously, had been upon the wane. His reply to Lord Northbrook's letter, submitted to him through his Envoy, was ungracious and evasive. He accorded no further notice to the Viceroy's proposals for sending an officer to inspect his boundaries than the curt statement, that he had read and understood them; he hesitated for some time to receive the arms, that were sent for his acceptance; and the subsidy of ten lakhs of rupees, lodged to his credit at the Kohat Treasury, he contemptuously rejected. Moreover, in terms positively offensive, he refused to permit any English officer to enter his territories; and peremptorily prohibited Sir D. Forsyth from passing through Cabul on the return of that officer, in the capacity of British Envoy, from Kashgar to India. In his recent interesting narrative of the journey of Syud-Yakoob-Khan to Russia, Captain Molley reports, and comments on, the prejudicial effect of this unfriendly act upon our position in Kashgar, and our prestige throughout Central-Asia. Of such conduct, on the part of the Ameer, the reports received from our Native Agent at Cabul afforded no intelligible explanation. Of the actual condition of affairs in Afghanistan, of the projects and proceedings of its Ruler, the strength of his military force, the sentiments of his advisers, and the circumstances of his subjects, the Government of India was then without any trustworthy information, or any means of obtaining it. The evidences of a strong irritation in the mind of the Ameer against the British Government were obvious enough; but the true causes of this irritation our Native Agent seemed unable to remove, or even to indicate. It was also sufficiently apparent, that, whilst the British Vakeel exercised no influence over the Ameer, the Ameer was exercising considerable influence over the British Vakeel, the tenor of whose correspondence with the Commissioner at Peshawur suggested an impression (which subsequent information proves to have been accurate), that his letters, if not always submitted to the Ameer for approval, were generally written in the sense believed by the writer of them to be in com-

plete accordance with the wishes of His Highness; and, that they never contained any intelligence, or the expression of any personal opinion, which could expose him to the Ameer's resentment, if those letters were to fall into the hands of the Cabul Durbar. || 19. Such was the condition of our relations with Afghanistan when we received your Lordship's Despatch, conveying to us the instructions of Her Majesty's Government to take an early opportunity for improving them, if possible, by endeavouring to secure the Ameer's assent to the establishment of a British Agency at Herat. We informed your Lordship, that, whilst fully appreciating all the advantages to be anticipated from such an arrangement, we could not disguise from ourselves the practical difficulties of carrying it out, and that, for any immediate attempt to overcome them, the time and circumstances appeared to us inopportune. In fact, the late Viceroy was of opinion, that precautionary measures in regard to Afghanistan might be advantageously deferred till the Russian frontier had been pushed on to Merv. It would then, in the opinion of his Excellency, be necessary to give more specific assurances to the Ruler of Afghanistan, and be probably desirable to enter into a Treaty engagement with him, followed by the natural consequence of the establishment of British Agencies upon his frontier. || 20. Your Lordship informed us in reply, that it was impossible for Her Majesty's Government to concur in this opinion. If the Russians advanced their frontier to Merv the time would probably have passed when representations to the Ameer could be made with any useful result. The Ameer's reported and very probable disinclination to the establishment of a British Agency in his country might possibly be overcome if His Highness could be convinced of the inability of the British Government to secure the integrity of his dominions without this precautionary condition. At any rate, the attempt was, in the opinion of Her Majesty's Government, well worth making without further delay, since such delay was unjustified by any prospect of spontaneous change for the better in the ascertained tendency of Central-Asian affairs, or any initiative on the part of the Ameer for the improvement of his relations with the British Government. Your Lordship, therefore, renewed the injunction, previously made on the subject of a special mission to Cabul, for the above-mentioned purpose. || 21. On receipt of the Despatch conveying to us this expression of the views of Her Majesty's Government, we asked your Lordship for further instructions, pointing out that any overtures to Shere-Ali, of the kind commended to our adoption, would probably provoke from His Highness counterdemands which could not be satisfied without the previous sanction of Her Majesty's Government. All the recent conduct and language of this Prince had pointed to the conclusion, that he cared little, or nothing, for such eventual protection of his country as our own political necessities might oblige us, in any case, to afford it against foreign aggression; and that what he really did care to obtain from us was some unconditional pledge of personal and dynastic support to himself and family. On this point

Nr. 6842. Grossbritannien. 10. Mai 1877.

Nr. 6842. Grossbritannien. 10. Mai 1877. we desired to learn the views of Her Majesty's Government before proceeding further. Those views were received by us at the hands of the present Viceroy, and immediately commanded our careful consideration. In the main they removed the chief ground of our objection to any step which might have the effect of bringing to a crisis the relations of this Government with the present Ruler of Afghanistan by informing us that Her Majesty's Government were prepared to enter into a more definite, equilateral and practical alliance with His Highness. Our consideration of your Lordship's above-mentioned instructions was also influenced to some extent by the information, which the present Viceroy was enabled to place before us, after personal conference, not only with Her Majesty's Government, but also with the Russian Ambassador in England, on the general circumstances of the situation we were now called upon to deal with. Whilst still alive to the difficulties and risks inseparable from any attempt to enter into closer and more responsible intercourse with a barbarous neighbour, so suspicious, discontented, and untrustworthy as Shere-Ali, we certainly could not regard with unconcern the increasing inconvenience, and possible peril, of the extremely ambiguous and uncertain character of our existing relations with him. It was impossible to deny, that the practical results of the Afghan policy, patiently pursued by us for several years, were far from satisfactory. || 22. In 1869 overtures for closer relations between the two Governments, and freer intercourse between their respective subjects, had been initiated by Shere-Ali. In 1876 there was every reason to anticipate, that similar overtures, if initiated by us, would be rejected by His Highness. The Ameer, left Umballa apparently much impressed by the power, and most solicitous of the friendship, of the British Government. Since then his respect for the one, and his desire for the other, had, to all appearance, been steadily decreasing. In the meanwhile His Highness had received from the British Government 12 guns, 21,400 rifles, 11,000 muskets, 1,200 carbines, 1,000 pistols, and a quarter of a million sterling of money. It was certainly not in our power to point to any reciprocal benefits which, during the same period, the British Government had received from the Ameer. The turbulent tribes which occupy the mountain passes between Cabul and Peshawur constitute a social barrier between Afghanistan and India, which the Ameer would doubtless endeavour to strengthen if he mistrusted our friendship. On the other hand, if he were sincerely desirous of improved intercourse between the two countries, and more practical relations with the Government on whose military support the protection of his Asiatic frontier has been assumed to be dependent, then he would naturally do all in his power to assist us in removing such a barrier by bringing these turbulent tribes under orderly control, and keeping open the passes which it is in their power (if uncontrolled) to close between Cabul and Peshawur. This, indeed, His Highness engaged to do when he took leave of the Viceroy at Umballa; and, for a short while after his return to Cabul, he adhered to his engagement. But for the last three years he has withdrawn the

allowances, previously given by him in conformity with that engagement, to the Afreedis for keeping open the Khyber-Pass, which has consequently remained practically closed against us. In the meanwhile the negociations which had taken place between the Cabinets of St.-James and St.-Petersburgh had placed us in the apparent position of the avowed protectors and controllers of the Ameer of Cabul. Prince Gortchakoff had not been slow to fix upon us all the responsibilities of such a position. Were Shere Ali, by his dealings with the Tekki-Turkomans, to provoke the hostility of the Russian Power in Central-Asia, it is the British Government which the Government of Russia would endeavour to hold responsible for the conduct of the Ameer; and, in fact, complaints on the supposed intentions, or rumoured action, of Shere Ali have already on more than one occasion been addressed in this sense by the Russian to the British Government. Yet the imperfect character of our relations with His Highness virtually rendered us unable to control his action, or even to obtain timely knowledge of his intentions. At the same time, were the Ameer's conduct such as to subject Afghanistan to a sudden attack from the Russian forces, the interests of our own Empire, complicated by the assurances we had repeatedly given to His Highness, would probably compel us to resist the attack *vi et armis*. In short, the policy hitherto pursued by the Government of India, in its relations with the Ruler of Cabul, had bequeathed to it certain imputed liabilities towards Russia on the one hand, and Afghanistan on the other, which the practical results of that policy did not enable it to fulfil except under conditions heavily disadvantageous to its own interests. For all these reasons we considered, that, although the prospect of any attempt to improve our relations with the present Ameer of Cabul was extremely unpromising, still the necessity of bringing those relations to a definite issue, and promptly defining the position in which they could safely be left by us, was no longer open to reasonable question. || 23. We, therefore, lost no time in acting on the last instructions of Her Majesty's Government. The Viceroy was of opinion, that the opportunity and pretext hitherto wanting for the despatch of a complimentary special mission to Cabul were furnished by his Excellency's recent accession to office, and the addition which the Queen had been pleased to make to Her Sovereign titles with special regard to India. Concurring in that opinion, we made immediate preparations for announcing these events to Shere-Ali by a special Envoy, secretly authorised to use his best endeavours to bring about a favourable opening for the renewal of the discussions commenced in 1869 with the Ameer, and continued in 1873 with the Minister of His Highness, on matters of common interest to the two Governments. But, in order to ensure, if possible, the friendly reception of it, we decided to depute, in the first instance, a trusted Native Officer charged to deliver to the Ameer a letter from the Commissioner of Peshawur, announcing to His Highness the ostensible objects of the proposed Mission. With this letter Ressaldar-Major Khanan-Khan reached Cabul on the 17th of

Nr. 6842. Gross-britannien. 10. Mai 1877.

Nr. 6842. Gross-britannien. 10. Mai 1877. May 1876. His arrival there was announced to us by our Cabul Agent in a letter stating, that the Ameer would "decline the interview as on former occasions." This information was shortly afterwards confirmed by a communication from the Ameer himself, declining the proposed Mission, on the ground, that he desired no change in his relations with the British Government, which appeared to have been defined by that Government to its own satisfaction at the Simla Conference. If the British Government had now anything new to say about them, he would prefer to send his own Agent to the Viceroy, in order, that the subjects of discussion, "weighed by a minute and exact investigation, might be committed to writing." An explanatory letter, simultaneously received from the British Vakeel at Cabul, stated, that the additional reasons professed to him by the Ameer for declining the proposed Mission were — 1st, that he could not guarantee the personal safety of "the Sahebs;" and, 2ndly, that, if he admitted a British Mission, he could not refuse to receive a Russian one, for the similar purpose of better defining his relations with the Russian Government. ‖ 24. After full consideration of these communications, we came to the following conclusions: — 1st, that the result of the Simla-Conferences having been eminently unsatisfactory to ourselves, and apparently no less unsatisfactory to the Ameer, it was not desirable to renew that experiment; 2ndly, that the Ameer's objection to a British Mission, on the ground, that it would oblige him to receive a Russian one, involved a conscious and significant disregard of the understanding arrived at on his behalf between the British and Russian Governments, and communicated by us to His Highness; 3rdly, that in the Ameer's interests, as well as our own, it was undesirable to regard as absolutely final an answer which appeared to have been written without due deliberation, and might possibly have been inspired by a very erroneous estimate of the position in which His Highness would find himself placed if we at once proceeded to act upon it. We, therefore, exhorted His Highness once more to consider seriously before he rejected our proposals, the consequences to himself of obliging the British Government to look upon him henceforth as a prince who had voluntarily isolated his personal interests from its proffered alliance and support. We felt, that the studied ambiguity of his response to our preceding communication made it more than ever incumbent on us to ascertain promptly the precise nature of his real disposition towards us, and the extent to which we might rely, in case of need, upon his recognition of the favours he had received from us, up to this time, without any corresponding obligations on his part. The terms of our answer to his letter were governed by these considerations. But, in order not to leave untried every legitimate means of convincing His Highness, that our promises, as well as our warnings, were sincere, we authorised Dr. Bellew and other personal friends of theirs in the service of our Government, to address at the same time to the Ameer and his Ministers letters, unofficially explaining our sentiments, and the importance

of the opportunity then offered to the Afghan Government for materially strengthening its position at home and abroad. ‖ 25. The Ameer replied to our above-mentioned communications after a significant delay of two months. In the meanwhile, we had received from our Vakeel at Cabul reports of the reception by His Highness of frequent confidential emissaries from General Kauffman. Of what had passed between the Ameer and these Russian Agents, our knowledge was entirely confined to the contents of a letter delivered by one of them to His Highness from the Russian Governor. A copy of that document, communicated by the Cabul Durbar to the Government of India, and forwarded by us to your Lordship, has already been the subject of a correspondence between the Government of Her Majesty and that of the Czar. The answer finally received from the Ameer submitted to us two alternative proposals: — first, that an Afghan Envoy should be deputed to meet one from the Viceroy at Peshawur, and second, that the British Vakeel at Cabul should proceed to Simla charged with a confidential explanation to the Viceroy of the personal views and sentiments of the Ameer on the subject of his relations with the British Government. As regards the first of these proposals, we were of opinion, that it was clearly inexpedient, that representatives of the two Governments should be authorised to commence negociations which could not fail to attract the attention, and excite the curiosity of the public, before the basis of such negociations had been duly considered and distinctly accepted by each party to them. The second proposal appeared to us, not only free from objection; but altogether advantageous to the realization of our chief object, which was to ascertain the real sentiments of the Ameer. We, therefore, authorised our Vakeel to set out for Simla immediately, after placing himself in communication with the Ameer on the subject of his instructions. ‖ 26. This Vakeel, the Nawab-Atta-Mahomed-Khan, reached Simla on the 6th of October last. At first, though pressed to be explicit, he threw little light on the views and feelings of the Ameer. His Highness was, he said, resentful to the rebuffs met with by his previous representations to the Government of India, and resolved not to incur any repetition of a result which he deemed offensive to his dignity. Further pressure, however, elicited from the Vakeel four special causes of grievances as alleged by the Ameer against the Government of India. The first was a communication from Lord Northbrook in 1874, on behalf of his rebellious son, Yakoob-Khan, whom he had imprisoned. This he resented as an unwarrantable interference in his most domestic concerns, as well as a support given to his personal enemies. The second cause of complaint was our decision on the question of the Seistan boundary, which he regarded as an unfriendly act, depriving him of his legitimate possessions. In the third place, he resented, as an interference with his authority and an offence to his dignity, the gifts sent by the late Viceroy direct to the Chief of Wakhan, who is a tributary to His Highness. Finally, the Ameer was profoundly mortified by the repeated rejection of his

Nr. 6842. Grossbritannien. 10. Mai 1877.

Nr. 6842. Gross-britannien. 10. Mai 1877. previous requests for a defensive alliance, coupled with our formal recognition of the order of succession as established by him in the person of his youngest son, Abdulla-Jan. It was also elicited from the Vakeel, that the Ameer was much in want of money, and his people much disaffected by his expedients for obtaining it; that the undoubted reluctance of His Highness to receive British officers was occasioned, not by fears for their personal safety, but by a dread of their probable popularity and possible intervention on behalf of oppressed or discontented subjects; that the Ameer, confident in the strength of the army our gifts had enabled him to equip, no longer felt his old dread of the power of Russia; that, in accordance with our own exhortations, he had lost no opportunity of improving his relations with the Russian authorities in Central-Asia; and that between General Kauffman and His Highness permanent diplomatic intercourse was now virtually established by means of a constant succession of special Agents, who held frequent conferences with the Ameer, the subject and result of which were successfully kept secret. In short, the information gradually extracted from our Cabul Agent convinced us, that the system on which we had hitherto conducted our relations with Shere-Ali had practically resulted, not only in the alienation of His Highness from the Power which had unconditionally subsidised and openly protected him, but also in the increased closeness and confidential character of his relations with the only other Power, that can ever cause serious danger to our Empire in India. The Vakeel, however, represented to the Viceroy, that the Ameer, though strongly disinclined to admit British officers into any part of Afghanistan, would probably, if the point were pressed, accept such a condition rather than forfeit the advantage of a long-desired alliance with the British Government upon terms certain to strengthen his personal position at home, about which His Highness was chiefly anxious. || 27. These statements gave us, for the first time, a clue to the Ameer's feelings and the motives of his previous attitude towards us. After prolonged consideration of them in connection with the last instructions received from your Lordship, the Viceroy came to the conclusion, that the Treaty of Alliance and the formal recognition of the Ameer's selected heir, which His Highness was supposed to desire of us, might be safely and advantageously accorded to him; provided, that his willingness and ability to fulfil with loyalty his own part in the reciprocal obligations of such a Treaty were first manifested to us in a satisfactory manner. These concessions, sanctioned by your Lordship's last instructions, would not practically commit the British Government to anything more than a formal re-affirmation of the assurances already given by it, through Lord Mayo, to the Ameer in 1869, and a public recognition of its inevitable obligations to the vital interests of its own Empire. There was great reason to believe, for the ultimate stability of his previously contested authority, the father of the present Ameer was mainly indebted to the supposed protection of the British Government. It might, therefore, be presumed

(and such a presumption was strongly confirmed by all our most verified knowledge of the social condition of Afghanistan), that, notwithstanding the apparently precarious tenure of Shere-Ali's power and the youth of his appointed heir, the timely and positive proclamation of such protection would effectually prevent those civil conflicts, otherwise certain to recur upon the death of the present Ameer. On the other hand, the conditions on which the concessions thus contemplated would be made dependent were such as any neighbouring Prince, sincerely desirous of our active friendship, might accept with personal cordiality and national benefit. They involved no interference with the Ameer's independent authority, no occupation of any portion of his territory, no foreign control over his civil or military administration. They were strictly confined to the location of at most two or three British officers (accredited to His Highness, placed under his protection, and precluded from all interference in the internal affairs of his Government) upon those points of his frontier whence we were unable to obtain intelligence by other means, and which were most exposed to the attacks against which we were asked to defend it. The Viceroy was nevertheless of opinion, that it would be wholly inconsistent with the dignity, and contrary to the interests, of this Government to urge any proposals on the unwilling acceptance of the Ameer, or afford His Highness the opportunity of rejecting its positive demands. The Ameer's apparent object was to place the British Government in the position of a petitioner; and that position it behoved the British Government to reverse. Such were the opinions of the Viceroy, in which we generally concurred. || 28. The Vakeel was consequently instructed to return to Cabul, and there explain to the Ameer, with the utmost possible precision, the moderate and necessary condition on which the British Government was prepared to sign with His Highness a Treaty of Alliance, and to accord its formal recognition to his heir-apparent. The Vakeel was charged to explain to the Ameer very clearly, that our assent to the conference, suggested by His Highness in reply to our previous communications, would be entirely dependent on his agreement to this preliminary condition as a basis of negociation. In order to prevent the possibility of misunderstanding on that point, Atta-Mahomed received from the Viceroy an Aide-Mémoire, which he was authorised to communicate to the Ameer. The Viceroy also addressed to His Highness a friendly letter, inviting him to Delhi as the guest of the British Government at the Imperial Assemblage, and proposing on that occasion to sign with him the Treaty of Alliance, which, subject to the above-mentioned condition, Sir Lewis Pelly would be authorised to negociate at Peshawur with the Envoy of His Highness. || 29. On this errand, in the satisfactory result of which he professed great confidence, Atta-Mahomed returned to Cabul at the end of October last, and at the same time the Viceroy left Simla on a tour of inspection round the frontier. About this time, events occurred in Europe, the effect of which was immediately apparent on our negociations with Shere-Ali.

Nr. 6842. Gross-britannien. 10. Mai 1877.

Nr. 6842. Gross-britannien. 10. Mai 1877. Throughout India and Asia there was a prevalent expectation, that war between the Sultan and the Czar was imminent, and that it must lead, ere long, to war between England and Russia. Had this expectation been realized, the policy which had hitherto governed our relations with Afghanistan would have been promptly brought to a very practical test. It was immediately evident, that the Ameer had no intention of committing himself to an English alliance on the supposed eve of a war between England and Russia. His apparent policy was to stand aloof from us till the latest possible moment, and then, if he found himself unable to maintain a strict neutrality between the two belligerents, to sell his alliance to the highest bidder, Russian or English, on the dearest terms. For this purpose, it was essential to His Highness to gain time. Accordingly, on his return to Cabul, the British Vakeel was informed, that the Ameer was too unwell to receive him. This transparent pretext was prolonged till the Vakeel, instructed by the Viceroy to insist on its abandonment, was at last admitted to the presence of His Highness. The Ameer then informed him, that he was still much too ill to discuss business, or even to receive the Viceroy's messages, and the Vakeel, either from stupidity or disloyalty, accepted the excuse. So matters went on for more than a month. During this period the Ameer, though too unwell to discuss business with the British Vakeel, was able to review troops and issue military orders. An Agent from General Kauffman remained at his Court, and was supposed to be in secret communication with His Highness. But of all that was passing at Cabul we knew less than ever; for the reports of our own Agent there had become studiously infrequent, vague and unintelligible. Thus, after many years of a waiting policy, patiently pursued and confidently trusted, our attainment of the object, for which we had so long been waiting, proved to be perilously uncertain, at the very moment when certainty in such a matter was most essential to our interests; nor could we tell whether the lakhs of rupees and rifles, unconditionally lavished on Shere Ali by the British Government, might not at any moment be used against it by His Highness. At length the Ameer, finding himself unable to evade any longer the issue put to him, without bringing his relations with us to an open rupture (a result no more compatible with his purpose than placing them on a definitely cordial footing), despatched his Minister, Syud-Noor-Mahomed-Shah, to meet Sir Lewis Pelly at Peshawur, and wrote to the Commissioner there, briefly informing him of the Minister's departure with instructions to open negociations; but without noticing the Viceroy's letter, or answering the invitation it contained. || 30. The Ameer's Minister, who was in ill health, and could only travel by easy stages, reached Peshawur on the 27th of January. Thither Sir Lewis Pelly also proceeded, with detailed instructions for his guidance. At the first meeting between the two Envoys it appeared, that the Afghan Envoy had no authority from his Government to accept the basis we had laid down as a *sine qua non* condition of our assent to the negociations he had come to open. He, however,

requested permission to defer his final answer on this point until he had made a full and detailed statement of the Ameer's views respecting his relations with us, and of certain episodes in the history of those relations which His Highness considered himself entitled to complain of. As we had all along been anxious to obtain authentic information of the Ameer's real sentiments on this subject, the Envoy's request was at once agreed to; on the condition, which he understood and accepted, that his statement should not be received by us, or be treated by him, as a basis of discussion. || 31. This statement by the Afghan Envoy, which is herewith enclosed, is an interesting, instructive and important document. It repeats and confirms the information previously given by Atta-Mahomed to the Viceroy in regard to the Ameer's professed grievances against the British Government. It assumes, as a matter of course, that the British Government is already bound, in honour and by written contract, to afford to the Ameer and his dynasty unconditional military support, both at home and abroad, whenever called upon to do so by His Highness. On this assumption, it naturally questions the advantages to the Ameer of any treaty of alliance which, on our part, would merely re-affirm liabilities already contracted by us towards His Highness; whilst, on his part, it would involve the definition and acceptance of liabilities altogether novel towards ourselves. Furthermore, it refers indirectly to the Ameer's relations with Russia in terms which seem to imply an impression on the part of His Highness, that the claim of the Russian Government upon his consideration is practically much the same as that of the British. || 32. Owing to the Envoy's increasing ill health, several weeks were occupied in the delivery of this long statement. During that time intelligence reached us from Cabul, that the Ameer was straining every effort to increase his military force; that he was massing troops on various points of his British frontier; that he was publicly exhorting all his subjects and neighbours to make immediate preparation for a religious war, apparently directed against his English, rather than his Russian neighbours; both of whom he denounced, however, as the traditional enemies of Islam; that, on behalf of this jehad, he was urgently soliciting the authoritative support of the Akhoond of Swat, and the armed co-operation of the Chiefs of Dhir, Bajour, and other neighbouring Khanates; that, in violation of his engagements with the British Government, he was, by means of bribes, promises and menaces, endeavouring to bring those Chiefs and territories under personal allegiance to himself; that he was tampering with the tribes immediately on our frontier, and inciting them to acts of hostility against us; and that, for the prosecution of these objects, he was in correspondence with Mahomedan Border Chiefs openly subsidised by ourselves. || 33. In acknowledging the receipt of the Afghan Envoy's statement, the Viceroy instructed Sir Lewis Pelly to point out to the Envoy, that the alleged grievances, over which the Ameer appeared to have been resentfully brooding for some years in unbroken silence, were mostly the result of mutual misunderstandings

Nr. 6842. Grossbritannien. 10. Mai 1877.

Nr. 6842. Gross-britannien. 10. Mai 1877.

which could not possibly have occurred had the two Governments possessed the ordinary means of diplomatic intercourse with each other. With this remark, Sir Lewis Pelly proceeded to correct the Ameer's interpretation of our existing engagements with His Highness, and explain the thoroughly conditional character of them. He demanded from the Envoy an explanation of the reported hostility of the Ameer's language and conduct, at a time when the representative of His Highness was still engaged in friendly and pacific negociation with the British Government; and, finally, he required from his Excellency an immediate and decisive answer on the Agency condition, which we had declared to be our only recognized basis of negociation. || 34. The Envoy replied, that the reports which had reached us of the Ameer's utterances and proceedings were, he trusted, much exaggerated; he feared, nevertheless, that since his own absence from the Cabul Durbar His Highness had fallen under mischievous influences which he himself deplored and condemned; he would lose no time in addressing to the Ameer strong remonstrances on this subject. With regard to the Agency condition, he regretted to say, that he was still without instructions, for which, however, he would again make special reference to Cabul. He was reminded, in reply, that the condition of our assent to negociation with the Ameer had been distinctly explained to His Highness many months before he had decided, after deliberately considering it, to open the conference at Peshawur. If the Ameer had subsequently changed his mind, and now wished to revoke his acquiescence in this condition, we were in no disposition to urge it on his acceptance. It was merely part of a general arrangement to which, if seriously desired by His Highness, we were willing to assent. If the Ameer considered the arrangement disadvantageous to himself, he had only to say so, and the discussion of it would cease *ipso facto.* But we must, in either case, insist on a prompt and plain answer. || 35. The Afghan Envoy, who had long been suffering from a mortal disease, expired shortly after his receipt of this communication. His surviving colleague, the Mir Akhor, declared, that he had no authority to answer any question from the British Government; and Sir Lewis Pelly was consequently instructed to close the conference on the ground, that there was no basis for negociation. || 36. Apparently the Ameer, whose object was still to gain time, was much surprised and embarrassed by this step. At the moment when Sir Lewis Pelly was closing the conference, His Highness was sending to the Mir Akhor instructions to prolong it by every means in his power; a fresh Envoy was already on the way from Cabul to Peshawur; and it was reported, that this Envoy had authority to accept eventually all the conditions of the British Government. The Viceroy was aware of these facts when he instructed our Envoy to close the conference. But it appeared to his Excellency, that liabilities which the British Government might properly have contracted on behalf of the present Ameer of Cabul, if that Prince had shown any eagerness to deserve and reciprocate its friendship, could not be ad-

vantageously, or even safely, accepted in face of the situation revealed by Sir Lewis Pelly's energetic investigations. Under these circumstances, the prolongation of the Peshawur conference could only lead to embarrassments and entanglements best avoided by the timely termination of it. || 37. To the letter addressed by Sir Lewis Pelly to the late Syud-Noor-Mahomed-Shah, on closing the conference at Peshawur, no reply has yet been received from the Ameer. Some time previously we received, from secret Agents of our own, information, that the Ameer had despatched a confidential Envoy to Tashkend; and this information has lately been confirmed by a telegram from Her Majesty's Minister at Teheran. Such a proceeding was to be expected on the part of His Highness, whose policy is to play off against each other his two powerful neighbours. Seeing no immediate prospect of further support from the British Government, and fearing, perhaps, the consequences of its surmised resentment, he would naturally become more urgent in his advances towards Russia. But the war now raging between that power and the great Mahomedan Empire of the West will render it extremely difficult for His Highness to receive open support from the Russian Government, or enter into closer relations with the Russian authorities, in face of the religous fanaticism which the Ameer himself has done his utmost to inflame throughout Afghanistan. Meanwhile, his endeavours to organize a general jehad against the British Government appear to have completely failed. || 38. The motive of this abortive attempt was not, in our opinion, a religious, but a purely political one, easily explained by the history of the Ameer's relations with the British Government during the last four years. So long as Shere-Ali cherished the hope of obtaining eventually from us a personal and dynastic support, he was willing to associate his interests with our own, and even anxious for the protection of the British Government. When, however, the discouraged hope of such support, with each succeeding year, grew feebler, he appears to have turned his attention to such sources of strength as might, in case of need, be derived from the fanaticism of the Mahomedan populations occupying the wild tract still left between the British and the Russian outposts. For some years his influence, so far as we can judge, has been passively opposed to our own over the border tribes, and, at last, the apparent determination of the British Government to bring its ambiguous relations with His Highness to a definite issue, coinciding with the critical and sinister situation of the whole Eastern question, doubtless induced the Ameer to believe, that the decisive moment, to which he had long been looking forward as ultimately inevitable, was then imminent. Under this impression, he attempted to place himself at once at the head of an armed movement, fanatical on the part of his dupes, but purely political so far as he himself was concerned in it. The attempt, however, failed. The Akhoond of Swat mistrusted the designs of the Ameer even more than he disliked the neighbourhood of the British. Old, wary and with nothing to gain by the sword, this spiritual potentate tem-

Nr. 6842. Gross-britannien. 10. Mai 1877.

Nr. 6842. Gross-britannien. 10. Mai 1877.

porised with the secular ruler who had raised an inconvenient religious cry; but, when it came to the point, he refused to identify himself with it. The Ameer's subjects responded coldly to his call, and the neighbouring Chiefs, to whom he had appealed, availed themselves only of the favourable opportunity to extract money from him. So completely had the whole movement collapsed before we closed the conference at Peshawur, that the first step taken by the Ameer, immediately after that event, was to send messages to the authorities and population of Candahar, informing them, that the jehad project was abandoned, requesting them to do all in their power to allay the religious excitement he had till then been endeavouring to arouse, and adding that his relations with the British Government were eminently satisfactory. || 39. If those relations are not as satisfactory as Shere-Ali would have them supposed, we have at least every reason to believe, that they involve no feelings of irritation against us which are not entirely confined to His Highness. Our relations with the people of Afghanistan are as friendly as they have ever been. At Candahar, where recent events in Beloochistan have brought us into contact with Afghanistan from a new side, we have every evidence of the amicable feeling of the population, and their disposition to look to us as protectors rather than as enemies. From Sibi the Chiefs and headmen, subjects of the Ameer, recently waited on the British Agent in Khelat for the purpose of inviting his mediation in their domestic and inter-tribal quarrels and his protection from their neighbours, the Murrees. Elsewhere, the British officers lately at Thull, on a mission of inspection, were received by the Ameer's people beyond the border, and invited inside their frontier post with every demonstration of cordiality and confidence. On the other hand all our reports from Afghanistan concur in representing the Ameer's subjects as generally disaffected on account of the heavy military burdens recently imposed on them; his army in arrears of pay, and portions of it mutinous; his treasury nearly exhausted, and his personal position precarious. || 40. The further course of Cabul politics we cannot foresee, and do not attempt to predict. But we await its natural development with increased confidence in the complete freedom and paramount strength of our own position. In the meanwhile we see no reason to anticipate any act of aggression on the part of the present Ameer, or on our own part any cause for interference with His Highness. Our relations with him are still such as we commonly maintain with the Chiefs of neighbouring and friendly countries. But whilst, on the one hand, they are now relieved from all liabilities, real or imputed, on behalf of his personal fortunes or those of his dynasty, on the other hand, they have been placed by our recent arrangements with Khelat (and others which will be separately reported to your Lordship) in a position much less dependent than heretofore upon the personal disposition, or uncontrolled conduct, of so uncertain a neighbour. || 41. In closing this unavoidably long report upon the cause, the course and the result of the Peshawur conference, we desire to express

our entire satisfaction with the manner in which that conference was conducted by Sir Lewis Pelly. We are of opinion that, in the skilful discharge of a very delicate task, Sir Lewis has upheld with marked ability the dignity of our Government and the interests of this Empire. That opinion will, we trust, be fully shared by your Lordship, after perusal of the papers annexed to our present Despatch. || We have, &c. Nr. 6842. Gross-britannien. 10. Mai 1877.

Lytton.
F. P. Haines.
E. C. Baylay.
A. J. Arbuthnot.
A. Clarke.
J. Strachey.
E. B. Johnson.
W. Stokes.

Nr. 6843.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in St.-Petersburg. — Protest gegen einen Vormarsch der Russen gegen Merv.

Foreign Office, June 13, 1877.

My Lord, — Intimation has lately been received by Her Majesty's Government of fresh military movements on the part of the Russians along the Turkoman steppe and in the direction of the valley of the Attrek. A force under General Llamakin is already to the east of Kizzil Arvad, and as it is the proclaimed intention of that officer to punish the Téké-Turkomans, it seems not impossible, that the pending operations may ultimately end in the occupation of Merv unless positive instructions to the contrary are at once issued by the Russian Government. || Her Majesty's Government have upon more than one occasion impressed upon the Government of Russia the evil consequences which must follow from such a step. || In his despatch to your Lordship dated the 7th January, 1874, which your Excellency communicated to Prince Gortchakow, Lord Granville called attention to the fears expressed by the Ameer of Afghanistan as to the complications in which he might become involved with Russia, were the result of a Russian expedition against Merv to be to drive the Turkomans to take refuge in the Province of Badghees, in Herat. His Lordship thought it right to state candidly and at once, that the independence of Afghanistan was regarded by Her Majesty's Government as a matter of great importance to the welfare and security of British India and to the tranquillity of Asia. He pointed out, that should the Turkoman tribes, Nr. 6843. Gross-britannien. 13. Juni 1877.

Nr. 6843. Gross-britannien. 13. Juni 1877. then or at any future time, be driven into the neighbourhood of Herat, in consequence of military operations effected by Russian power, the Ameer might labour under a double hardship, first, in the disturbance of his dominions; secondly, if he were held responsible for controlling tribes of that wild race, and restraining them from incursions upon the country from which Russia had expelled them; and his Lordship added: — ‖ "On the one hand, it does not appear how he (the Ameer) could justly be held responsible in such circumstances, and, if he were so held, he would have a strong claim to consideration on the part of all such as rightly appreciate his position. On the other hand, questions might thus be raised which it was the object of the engagement entered into between Great Britain and Russia to obviate, and which it cannot be the interest of either country to revive." ‖ Again, more recently, in the Memorandum which Mr. Doria, in my despatch dated the 28th October, 1875, was instructed to communicate to the Russian Government, and which was drawn up in reply to a Memorandum inclosed in a despatch from Prince Gortchakow, dated the 5/17th April, 1875, repudiating any intention on the part of His Majesty the Emperor of extending the frontiers of Russia as they then existed, either in Central-Asia or in the direction of Bokhara, or on the side of Krasnovodsk and the Attrek, the views of Her Majesty's Government were explicitly stated as follows: — ‖ „Whatever may be the ultimate destiny of Russia in the course of its civilizing mission in Central-Asia, it is impossible not to see that, in view of the present conditions of the Turkoman tribes, of the relations in which they stand to the Ruler of Afghanistan on the one hand, and those between the Ruler and the Government of India on the other, that each successive advance of the Russian frontier towards Afghanistan may involve complications which it is equally the interest of both England and Russia to avoid, and may raise up the most serious obstacles to the continued pursuance of the policy which has hitherto guided both Powers alike to maintain intact the integrity of Afghan territory. ‖ This is an object to which Her Majesty's Government attach the highest importance, and they must reserve to themselves the most complete liberty of action under all future contingencies as to the measures which may, in their opinion, be necessary to secure it. They cannot but feel, that such an event, for instance, as the occupation of Merv, which would bring the line of Russian territory into direct contact with Afghan territory, would arouse the susceptibilities of the Ameer to the highest degree, and possibly involve him in a common course of defensive action with the Turkoman tribes upon his borders. ‖ Under such circumstances it is unnecessary to observe how difficult it might be for the Imperial Government to maintain a policy of strict abstention in accordance with its present assurances, or how impossible it might be for Her Majesty's Government to exert any effectual control over the actions of the Ameer without undertaking responsibilities which they would most reluctantly assume, and which would virtually involve the very result which both Governments

desire to avert, viz., the contact of the two Powers in Central-Asia." ‖ On the 15th November last, when your Excellency mentioned to Prince Gortchakow the report then current of a projected Russian expedition to Merv, his Highness authorized you to inform Her Majesty's Government, that there was no question of such an expedition, nor any idea of occupying Merv. ‖ I have now to instruct your Excellency to make a renewed representation to the Government of Russia on the subject of the movements of Russian troops now taking place on the Turkoman steppe, recalling the above observations to their recollection, and, clearly, though courteously, pointing out, that the occupation of Merv would be held by the general opinion of the inhabitants of the neighbouring regions of Asia to announce a design on the part of His Majesty the Emperor of Russia to extend his influence, if not his dominion, into territories with which Her Majesty's Government have understood from the Government of His Imperial Majesty, that it is not His Majesty's intention to interfere. ‖ Such an impression would impose upon Her Majesty's Government the necessity of making a corresponding advance in order to allay apprehension and to remove misconception from the minds of the people of those countries. They could not, however, look upon so close an approximation of the outposts of the two Empires as in itself desirable, or likely to facilitate the discharge of the difficult duties with which the administrations of each Government are charged. ‖ Her Majesty's Government therefore hope, that His Majesty the Emperor of Russia will issue to his officers in those countries the strictest injunctions to abstain, in the course of any operations which the misconduct of the Turkomans may render necessary, from advancing into the neighbourhood of Merv. ‖ I am, &c.

Nr. 6843. Grossbritannien. 13. Juni 1877.

Derby.

Nr. 6844.

RUSSLAND. — Director im Ausw. Amt an den kais. Botschafter in London. — Erklärung über den Vormarsch gegen Merv.

St.-Pétersburg, le 18 Juillet, 1877.

J'ai l'honneur de transmettre ci-jointe à votre Excellence copie d'une note adressée par Lord Augustus Loftus au Ministère Impérial, en date du $^{9}/_{21}$ de ce mois. ‖ Elle concerne notre colonne expéditionnaire sur Kizil-Arvat. ‖ L'Ambassadeur d'Angleterre, d'ordre de son Gouvernement, demande que cette colonne ne s'avance par trop près de Merv. ‖ Je me suis empressé de communiquer la pièce sus-mentionnée au Ministère de la Guerre. ‖ Les renseignements qu'il m'a fait parvenir sont de nature à rassurer entièrement le Cabinet de Londres. L'unique but de notre expédition sur Kizil-Arvat est celui de châtier les peu-

Nr. 6844. Russland. 30. Juli 1877.

Nr. 6844. Russland. 30. Juli 1877. plades Turcomanes qui infestent depuis quelque temps la route de Krasnovodsk à Khiva et menacent nos caravanes. || Ces peuplades appartiennent à une branche de Turcomans entièrement distincte de celle des Tékés de Merv — point distant de 1,000 verstes de Krasnovodsk. || Le mouvement sur Kizil-Arvat n'est d'ailleurs qu'une simple expédition militaire comme nos troupes du Caucase en entreprennent tous les ans pour le maintien de la tranquillité sur nos frontières. Les ordres les plus formels ont été donnés au Commandant de la colonne de ne pas dépasser ses instructions dans ce sens. || Les inquiétudes relatives à Merv tombent d'elles-mêmes en présence de ces franches explications. || Veuillez bien, M. l'Ambassadeur, les porter à la connaissance de Lord Derby, en réponse à la note de Lord Augustus Loftus, et agréez, &c.

Giers.

Nr. 6845.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den kgl. Min. d. Ausw. — Russland beschwert sich über die Sendung eines türkischen Emissars nach Central-Asien zum Zweck religiöser Agitation.

St.-Petersburgh, September 12, 1877.

Nr. 6845. Gross-britannien. 12. Sept. 1877. My Lord, — In the course of conversation to-day, M. de Giers informed me, that the Imperial Government had received information of the mission of an Envoy from the Sultan to the Ameer of Afghanistan, and of his passage through India. || His Excellency stated, that the object of the Envoy's mission was to preach a religious crusade amongst the Mussulman population of Central-Asia, and, through the Ameer of Afghanistan, to induce the Ameer of Bokhara to excite the populations of Central-Asia to revolt against Russia. || The Ameer of Bokhara, his Excellency observed, had proved a faithful ally to Russia, and the Imperial Government placed full confidence in him. But difficulties might arise in consequence of religious agitation between Bokhara and Afghanistan which might compromise the friendly relations between those Rulers. It was, therefore, of importance, that seasonable advice should be given to the Ameer of Afghanistan to abstain from any action which could endanger the peaceful relations of the two States. || M. de Giers added, that General Kaufmann had been instructed to be guided by the arrangements entered into between Great Britain and Russia in regard to Afghanistan, and to remain strictly within the limits of those arrangements. || I stated to M. de Giers, that I should report to your Lordship the observations he had addressed to me. || I have &c.

Augustus Loftus.

Nr. 6846.

GROSSBRITANNIEN. — Min. f. Indien an den Vicekönig. — Ansicht der englischen Regierung über die Verhandlungen mit dem Emir.

India Office, London, 4th October 1877.

My Lord, — 1. Her Majesty's Government have considered with the attention due to the importance of its contents the Secret Letter of your Excellency's Government, No. 13, dated the 10th May last, reporting the transactions which preceded the Conference lately held ad Peshawur between Sir L. Pelly, on behalf of your Government, and Syud-Noor-Mahomed-Shah, Prime Minister of the Ameer of Cabul, the course of the discussions which then took place and the views of your Excellency in Council in regard to the results of the Conference and your future relations with the Ameer. || 2. Before making the general observations which are suggested by the papers under notice, it is my agreeable duty, on the part of Her Majesty's Government, to convey to your Excellency their full and cordial approval of the proceedings of your Government, their high sense of the patience and discrimination shown by your Excellency throughout the negociations, and their entire satisfaction with the manner in which, under your Excellency's instructions, the discussions with the Afghan Envoy were conducted by Sir L. Pelly. || 3. The considerations which led Her Majesty's Government to desire the presence of British Officers at certain points on the frontiers of Afghanistan were set forth at length in my Despatches addressed to your Excellency's predecessor on the 22nd January and 19th November 1875, while the instructions furnished to your Excellency under date the 28th February 1876, in regard to frontier matters generally, placed you in possession of their views as to the manner in which the requisite negociations with the Ameer might most conveniently be commenced, and authorized you to make concessions to His Highness, which, it was known, had in former years been greatly desired by him, and which could not fail both to strengthen his own power and promote the permanent interests of his dynasty. || 4. When vesting your Excellency with discretion to offer to the Ameer large pecuniary aid, a decided recognition by the British Government of the order of succession established by him in favour of his younger son, Abdullah-Jan, and an explicit pledge, either by treaty or otherwise, of material support in case of unprovoked foreign aggression on his territories, Her Majesty's Government were justified in hoping, that advantages so great would be accepted by the Ameer in the spirit in which they were offered, and that His Highness would not hesitate to allow to their Agents unrestricted access to positions in his dominions where their presence would not, even in appearance, prejudice his personal authority, and where they would be favourably situated for acquiring early

Nr. 6846. Gross-britannien. 4. Oct. 1877.

Nr. 6846. Gross-britannien. 4. Oct. 1877. information of any circumstances which might threaten disturbance to the independence or tranquillity of his dominions. || 5. But, while holding this reasonable expectation, Her Majesty's Government did not disguise from themselves, that of late years the conduct of Shere Ali had been such as to indicate a possibility that, owing either to confirmed disbelief in the sincerity of the British Government or to doubts of its power, the Ameer might reject the proposals which you were authorised to make to him. This contingency rendered it desirable to proceed with caution, but, in the opinion of Her Majesty's Government, afforded no sufficient reason why the necessary overtures should not be made; on the contrary, it seemed to them in the highest degree expedient, that the real sentiments of the Ameer should be ascertained beyond doubt. || 6. Upon this point the history of the events reported in the letter under reply is unhappily conclusive and demonstrates but too plainly how erroneous was the opinion expressed so recently as the year 1875 by Sir R. Pollock, the Commissioner of Peshawur, that "no unfavourable change had occurred in the disposition of the Ameer." Shere Ali's confidential Envoy stated explicitly, that his master had "now a deep-rooted mistrust of the good faith and sincerity of the British Government," and ample confirmatory evidence of this fact has been furnished by the refusal of the Ameer to receive at Cabul or elsewhere the temporary mission which you proposed to send to him; by his obstinate objection to accept the principle of free access for British Officers to Afghanistan as a preliminary to negociations plainly declared to have for their object arrangements which had been pressed for by His Highness in 1869 and again in 1873; and by the attitude of positive hostility which he assumed while the discussion between his Envoy and Sir L. Pelly were proceeding at Peshawur. || 7. It would be futile to discuss the causes which may have led to this complete alienation of the Ameer, or to speculate how far, and in what proportions, it may be attributable to the circumstances upon which Syud-Noor-Mahomed-Shah dwelt with so much persistence, to imperfect appreciation of the political situation in Europe and Asia, or to foreign intrigue. Your Excellency judged correctly, that, the fact having been established, continuance of the negociations was unlikely to lead to permanently satisfactory results, and, in taking advantage of the opportunity afforded by the death of the Afghan Envoy to close the Conference, you adopted that course which was in all respects the most expedient. || 8. Although that cordial agreement between the British and Afghan Governments, which is so much to be desired in the interests of both powers, still remains, therefore, to be effected, Her Majesty's Government cannot regard the result of recent proceedings as either unimportant or unsatisfactory. The position of the British Government towards that of the Ameer has been clearly defined. His Highness has now been informed in unmistakeable language, that under the terms of the Treaty of 1855 — which alone of the two treaties contracted between the British and Afghan Governments has a character of perpetuity — the

British Government has incurred no liabilities whatever on his behalf; and it has been distinctly intimated to him, that neither by Lord Mayo in 1869 nor by Lord Northbrook in 1873 was any assurance given of unconditional protection, nor any obligation contracted towards him which was not dependent on his future conduct towards the British Government and his own subjects. Any illusions, therefore, which Shere-Ali may have entertained upon this point have been effectually dissipated. He has further learned, that the British Government will not undertake the formal responsibility of assisting him to defend his country from the attacks of external foes, or of supporting his dynasty against sedition, unless British Officers are allowed to reside on the frontier for the purpose of acquiring information for communication to their Government, and unless His Highness is himself prepared to receive, when necessary, the confidential Agents of the Viceroy of India. || 9. To both the parties to them, therefore, the recent negociations may prove to have been beneficial. The British Government has for the first time become acquainted with the real sentiments with which it is regarded by a ruler as to whose disposition it was important there should be no uncertainty, and can regulate its policy accordingly; the Ameer, on his part, now knows the precise terms on which he may obtain the support of the British Government for himself and his heir. In the opinion of Her Majesty's Government, His Highness may well be left for a time to reflect upon the knowledge which he has acquired. There are already indications of a change for the better in the attitude of the Ameer. Her Majesty's Government trust, that the improvement may be progressive, and that His Highness may ere long awake to the fact that, while his interests are bound up with those of the Government whose alliance he has lately rejected, the converse proposition is by no means equally true. This result may in the end be most speedily attained by abstention for the present, on the one hand, from any hostile pressure on His Highness, and on the other, from any renewed offer of the concessions which have been refused. || 10. The policy of Her Majesty's Government towards the Ameer under present circumstances has, indeed, been anticipated by your Excellency in the assurance conveyed to the Afghan Envoy by Sir L. Pelly under your instructions, that, "while repudiating all liability on behalf of the Ameer and his dynasty, the British Government will continue as heretofore to respect his independence and authority throughout those territories which, up to the present moment, it has recognized as being in the lawful possession of His Highness, and will abstain from interfering therein so long as the Ameer, on his part, no less scrupulously abstains from every kind of interference with tribes or territories not his own." Her Majesty's Government would have been glad had the Ameer, by a cordial acceptance of the propositions made to him, allowed them to substitute for the attitude of indifference indicated by the terms of the above assurance one of hearty co-operation for the protection of common interests. The integrity of the Ameer's domi-

Nr. 6846. Gross-britannien. 4. Oct. 1877.

Nr. 6846. Gross-britannien. 4. Oct. 1877. nions is liable to be menaced either by direct foreign attack or by the results of domestic discord. Foreign aggression may not be, and probably is not, at all imminent, though the prospect of it has more than once, in recent years, excited the fears of the Ameer; but danger from the members of his own family must be ever present to the mind of His Highness, who can scarcely reckon with confidence upon immunity from it during his lifetime, and must be well aware that it is certain to ensue upon his death. || 11. The independence of Afghanistan is a matter of importance to the British Government, and, as an essential part of arrangements for its protection, Her Majesty's Government would still be glad to station Agents upon whom they could rely at Herat and Candahar. In the event, therefore, of the Ameer, within a reasonable time, spontaneously manifesting a desire to come to a friendly understanding with your Excellency on the basis of the terms lately offered to, but declined by him, his advances should not be rejected. If, on the other hand, he continues to maintain an attitude of isolation and scarcely veiled hostility, the British Government stands unpledged to any obligations, and, in any contingencies which may arise in Afghanistan, will be at liberty to adopt such measures for the protection and permanent tranquillity of the north-west frontier of Her Majesty's Indian dominions as the circumstances of the moment may render expedient, without regard to the wishes of the Ameer Shere-Ali or the interests of his dynasty. I have, &c.

Salisbury.

Nr. 6847.

GROSSBRITANNIEN. — Vicekönig von Indien an den kgl. Min. für Indien (Viscount Cranbrook). — Gerücht von einer russischen Gesandtschaft nach Kabul. — Telegramm.

Nr. 6847. Gross-britannien. 7. Juni 1878. Newsletters from Kabul and Peshawur have been received to effect, that Amir has been informed by Russian Agent and by Tashkend Governor-General's letter, that Envoy sent by Russian Emperor will shortly visit Kabul as Ambassador. These reports require verification.

Nr. 6848.

GROSSBRITANNIEN. — Vicekönig von Indien an den kgl. Min. für Indien. — Bewegungen der Russen in Central-Asien. — Telegramm.

In continuation of my telegram of 7th June, we have received further corroborative information from various sources of mobilization of Russian forces in Central-Asia, opening of road towards Afghanistan, and pressure on Ameer to receive important Russian Embassy. || These reports not yet fully substantiated, and their degree of importance cannot be precisely ascertained, but we transmit information for such use as may be considered desirable.

Nr. 6848. Gross-britannien. 19. Juni 1878.

Nr. 6849.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den kgl. Min. d. Ausw. (Marquis of Salisbury). — M. de Giers leugnet die Absendung einer russischen Gesandtschaft nach Kabul.

St.-Petersburgh, July 3, 1878.

My Lord, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Lordship's despatch of the 26th ultimo, inclosing a copy of a letter from the India Office, with reference to an alleged approaching visit of a Russian Ambassador to Cabul. || At an interview I had yesterday with M. de Giers, I inquired of his Excellency whether any Russian Representative was instructed, either by the Imperial Government at St.-Petersburgh or by the Governor-General of Turkestan, to proceed to Cabul. || M. de Giers replied, that no such Mission had been, or was intended to be, sent to Cabul, either by the Imperial Government or by General Kaufmann. || I observed to his Excellency, that, for some time past, a Russian Agent had resided at Cabul, and that intrigues had been apparently carrying on with a view to create dissensions between the Ameer of Afghanistan and the Indian Government. I stated, that this course was not in conformity with the arrangement entered into between the Governments of England and Russia, and that if it continued it must inevitably produce results prejudicial to the good relations between the two Governments. || M. de Giers replied, that there had been a moment when war appeared to be almost imminent, and that, under those circumstances, no doubt the military Commanders conceived it to be their duty to take such measures as might be necessary and serviceable to their country. He denied, however, as far as he was aware, that there had been any intrigues with the Ameer of Cabul of the nature to which I had alluded. He admitted, that he had

Nr. 6849. Gross-britannien. 3. Juli 1878.

Nr. 6849. Gross-britannien. 3. Juli 1878. sent M. Bakouline, the Russian Consul at Asterabad, to Meshed to watch the movements of Captains Butler and Napier, who were reported to be inciting the Turkoman tribes to hostilities against Russia. This was the only diplomatic measure he had taken. || I stated to M. de Giers, that Captain Butler was a mere traveller, on his own account, and no agent of Her Majesty's Government, and that urgent orders had been sent to him by the Commander-in-chief in India to return forthwith to his military duties. || M. de Giers, who appeared to be well informed both in regard to Captain Butler and Captain Napier, stated, that he was aware that Captain Butler had been recalled, but that, nevertheless, he had refused to obey the orders he had received, and was persisting in his intention to visit the Akhal tribes. He referred even to the letter which Captain Butler had addressed to certain Turkoman Chiefs, of which his Excellency had evidently received copies. || I inquired from M. de Giers whether any expedition was intended, or was now being undertaken by General Llamakin against the Turkomans. || His Excellency professed ignorance as to any such intention, observing that it was frequently necessary to repel the attacks of those tribes, or to punish them for raids committed on Russian commerce. || I finally observed to his Excellency, that, at a moment when Europe was sitting in Congress for the purpose of maintaining peace, it was advisable to avoid anything which could disurb the harmony and good understanding between England and Russia (the two Asiatic Powers), in other regions where their mutual good-fellowship and co-operation could render such valuable service to the cause of humanity and civilization. || I have, &c.

Augustus Loftus.

Nr. 6850.

GROSSBRITANNIEN. — Vicekönig von Indien an den kgl. Min. für Indien. — Russische Gesandtschaft in Kabul. — Telegramm.

Nr. 6850. Gross-britannien. 30. Juli 1878. British Native Medical Officer lent some time ago to Amir returned on leave to Peshawar, the 21st instant, reporting that Kauffmann, with troops, had reached Karki, and was personally proceeding to see Amir. Afghan officials at the Oxus tried to stop him, pending Amir's orders; but he declined to obey them. Amir thereupon sent orders forbidding opposition to Russian officers. Native Doctor heard Amir tell his Minister in Durbar, 7th July, that Kauffmann, or officer of equal rank from Tashkend, had crossed Oxus on road to Kabul, refusing to be stopped. I refrained from telegraphing this information to you, pending confirmation. Have now heard from Peshawar reported arrival of Russian officer at Kabul with large military escort. This,

of course, cannot be Kauffmann, and may be Native of rank in Russian service; though all accounts as yet point to European officer. If such Mission be authenticated, I will telegraph again. It will be difficult to act or instruct frontier officers without definite indication of views of Cabinet on such conduct on part of Russia and Amir, having regard to Russia's formal promises and Amir's refusal to receive British Mission in any shape. What I shall then require to know without delay is, whether this will be treated by Her Majesty's Government as an Imperial question with Russia, or left to us to deal with as a matter between Amir and Government of India. In latter case, I shall propose, with your approval, to insist on immediate suitable reception of European British Mission. I will communicate with you further on measures which may in this contingency become necessary for securing due permanent preponderance in Afghanistan. The alternative would be continued policy of complete inaction, difficult to maintain and very injurious to our position in India.

Nr. 6850. Grossbritannien. 30. Juli 1878.

Nr. 6851.

GROSSBRITANNIEN. — Vicekönig von Indien an den kgl. Min. für Indien. — Absicht, eine englische Gesandtschaft nach Kabul zu senden. — Telegramm.

Nr. 6851. Grossbritannien. 2. Aug. 1878.

Further confirmation received of presence of Russian Mission at Kabul, headed by General Abramoff, Governor of Samarkand, who is mentioned by name. || Referring to my telegram of 30th, we desire to point out, that present situation requires immediate correction. It will soon be known throughout India, that Russian officers and troops have been received with honour, and are staying at Kabul within short distance of our frontier and our largest military garrison, while our officers have been denied admission there. || We have further reports of Russian officers having visited and been well received at Maimena. || To remain inactive now, will, we respectfully submit, be to allow Afghanistan to fall as certainly and as completely under Russian power and influence as the Khanates. We believe we could correct situation if allowed to treat it as question between us and the Amir, and probably could do so without recourse to force. But we must speak plainly and decidedly, and be sure of your support. || It appears to us, that the contingency contemplated in the Secretary of State's letter, No. 2 of 22nd January 1875, has arisen; and we propose, therefore, in the first place, to insist on reception of suitable British Mission at Kabul. To this we do not anticipate serious resistance; indeed, we think it probable, that Amir, adhering to his policy of playing Russia and ourselves off against each other, will really welcome such Mission,

Nr. 6851. Gross-britannien. 2. Aug. 1878. while outwardly only yielding to pressure. We would thus endeavour to effect arrangements similar to those urged on us by your Lordship's predecessor in despatch above quoted, but avoiding all dynastic obligations. It is possible we should find considerable difficulty in obtaining Amir's assent to such arrangements; but in hands of skilful negotiator, difficulties might be overcome, and at least it is desirable to make the effort in the first instance. Amir is aware, we are in position to enforce our demands. Failing in these endeavours to re-establish the preponderance of British influence in Afghanistan, which we believe to be necessary for the safety of India, we shall then have to consider what measures are necessary for the protection and permanent tranquillity of our Northwest frontier, as indicated in last paragraph of Secretary of State's despatch, No. 64 of 4th October 1877. We earnestly solicit an early reply as situation is urgent.

Nr. 6852.

GROSSBRITANNIEN. — Indische Regierung an den kgl. Min. f. Indien. — Russische Propositionen an den Emir.

Simla, August 5, 1878.

Nr. 6852. Gross-britannien. 5. Aug. 1878. My Lord, — In continuation of our despatch dated the 22nd ultimo, we have the honour to forward, for the information of Her Majesty's Government, copy of the news Reports received through the Government of the Punjab. || We have, &c.

Lytton.
F. P. Haines.
A. J. Arbuthnot.
A. Clarke.
W. Stokes.
A. R. Thompson.
R. Strachey.

Beilage 1.

Extract from Confidential News-letter from the Government Agent at Peshawur, dated June 18, 1878.

The following news has been received from an authentic source: — || The Russian Envoy stationed at Cabul laid before the Ameer the under-mentioned proposals on the part of the Russian Government: — || 1. That the Ameer may permit the location of Russian Agents at Cabul and at other places in his territory where it may be deemed necessary to locate such Agents of the

Russian nationality, and that the Agents should enjoy the powers of Consuls. || 2. That permission be accorded for the quartering of Russian troops at four suitable places on the boundaries of Afghanistan, and that the Ameer should engage to protect those troops. || 3. That the Russian Government be allowed to construct a road from Samarcand to Cabul viâ Kata Kurghan, Khoja Salih, and Balkh, then from Cabul to Herat viâ the course of the Hamun River, the plain of Indkho, Bala Murghab, Maruchak, Pandi and Firoz Koh, and from Herat to Candahar by the Garmsir route. || 4. When necessity arises, the Cabul Government may allow passage, by routes it may be desirable to follow, to Russian troops proceeding to India. || 5. That telegraph wire be set up between Samarcand, Kata Kurghan, Balkh, Cabul, Candahar and other places where the Russian troops or Agents be stationed. || 6. That when necessary, Russian troops may be supplied with provisions and carriage on payment of reasonable prices. || 7. The Russian Government will allow the continuance of the country of Afghanistan to the representatives, successors, and heirs of the Ameer in perpetuity, in accordance with the will (of the last Sovereign) and legal rights. || 8. That the Russian Government will in no way interfere in the internal affairs of Afghanistan and the administration of the country. || 9. That the Russian Government will ever afford proper aid for the maintenance of peace in Afghanistan and to (assistance against?) the external and internal enemies of the Principality. || 10. The Russian authorities will consider the enemies of the Ameer as their enemies. || 11. That if it becomes desirable, that the Russian Government should send an expedition to wage war in India, the Ameer should furnish supplies to the Russian troops on payment; and that the Afghan Government will establish Agents at the capital of Russia, at Tashkend &c.

Nr. 6852. Grossbritannien. 5. Aug. 1878.

Beilage 2.

Extract from Confidential News-letter from a Correspondent in Jellalabad, dated June 16, 1878.

The following items of news have been obtained from persons who have recently arrived here from Cabul and from the local officials: — || Some time ago a Russian Envoy brought a letter to the Ameer from the Russian Government. This letter contained a number of questions or proposals. With reference to these proposals the Ameer has informed the Envoy, that as the Government of Afghanistan is not totally independent in making a choice, and the Ruler of the Principality cannot do any act without assembling and consulting the Mahommedan public, the carrying out of the proposals of the Russian authorities is an impossibility without the acquiescence of the entire body of the Afghans, notwithstanding that he was prepared to agree to the Russian orders or demands; that he had, therefore, addressed all the Grandees

Nr. 6852. Gross-britannien. 5. Aug. 1878. of the country residing in Candahar, Herat, Turkestan and Badakshan, intimating to them the proposals, and asking their opinion, advice and counsel in the matter, desiring them at the same time to consult their tribes and parties on the subject, and to communicate their replies by letter, the more important of their number coming to Cabul in person with their answers, and that the proposals have created a great excitement among the population. || It is heard from a reliable source, that one day the Ameer received intimation, that a Christian Russian Envoy, accompanied by Sayad-Rahim-Khan, the brother of the Khan of Khiva, had left the Russian capital and was on his way to Cabul to discuss matters with His Highness.

Nr. 6853.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in St.-Petersburg (Mr. Plunkett) an den kgl. Min. d. Ausw. — Erklärungen von M. de Giers.

St.-Petersburgh, August 14, 1878.

Nr. 6853. Gross-britannien. 14. Aug. 1878. My Lord, — With reference to Lord A. Loftus' despatch of the 3rd ultimo, I took occasion to remind M. de Giers this afternoon of the conversation which Her Majesty's Ambassador had had with him shortly before leaving St.-Petersburgh, and I expressed the hope that, at a moment when good relations were being at last re-established between Great Britain aud Russia on the graver questions in Europe and in Asia Minor, the Imperial Government would not compromise the growth or maintenance of those friendly relations by pursuing in Central-Asia a policy which seemed little in conformity with previous agreements. || Reverting to the explanation which he had given to Lord A. Loftus, that, in view of the probability of a war with Great Britain, the Russian military commanders in Asia had been justified in preparing such measures as they deemed most likely to prejudice Great Britain, I said, that peace was now happily secured, and therefore I ventured to inquire what measures had been taken for arresting the march of the Russian columns which had left Tashkend and Krasnovodsk, and whether it was true that the Russian Envoy or Agent was still residing at Cabul. || After carefully weighing his words his Excellency replied, that I must understand, that, in questions of military movements, he could not be answerable for the details, with which he was naturally not acquainted; he could only answer for the principles which had been laid down for the policy of the Government. He could then assure me, that it was not true, that any Russian Emissary had proceeded to Cabul with any letter from the Emperor to the Ameer. Possibly there might have been a letter from General Kaufmann. Orders had been given to arrest the march of all the columns which had been put in

movement from Tashkend, and as a matter of fact he was under the impression, although he could not tell me so either officially or positively, that the troops had already resumed their old stations. || I then inquired whether the column which had left Krasnovodsk under General Llamakin had also returned; but on this point I failed to elicit any distinct reply. || I obtained, however, an assurance from M. de Giers, which he repeated to me twice, that all the special measures which had been taken in Central-Asia, and which, M. de Giers said, Russia had as much right to take, in view of the impending risk of war, as Great Britain had had to bring Indian troops to Malta, had been stopped; and he asserted positively, that at the present moment no military measures whatever were being taken which could give umbrage to Her Majesty's Government. || I said, that I was glad to receive these assurances as regards the stoppage of all military movements; could his Excellency give me equally satisfactory assurances concerning those political steps which had been commenced in view of complications with Great Britain? || M. de Giers at once replied: "Everything has been stopped. The political as well as the military precautions which we thought ourselves justified in taking against you — everything has been stopped." || I have full confidence, that in the above assurances M. de Giers correctly conveyed to me the substance of the orders sent from here as far as the Cabinet knows them; but he had warned me, that he was necessarily ignorant of many military details, and experience has already shown how elastic Imperial orders become by the time they reach Tashkend. || I have, &c.

Nr. 6853. Grossbritannien. 14. Aug. 1878.

F. R. Plunkett.

Nr. 6854.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Geschäftsträger in St.-Petersburg. — Fordert Zurückberufung der russischen Gesandtschaft aus Afghanistan.

Foreign Office, August 19, 1878.

Nr. 6854. Grossbritannien. 19. Aug. 1878.

Sir, — From telegraphic despatches received from the Government of India, it appears, that intelligence has reached the Viceroy, that a Russian force under General Kaufmann has proceeded as far as Karki, a short distance to the north of the frontier of Afghanistan, and that a Russian Mission, headed by General Abramoff, Governor of Samarkand, has gone on to Cabul, where it has been received by the Ameer. || It is scarcely necessary to recapitulate the occasions on which Prince Gortchacow has disclaimed any intention on the part of the Russian Government to interfere in the affairs of Afghanistan. The assurances given by his Highness in this respect have been numerous

Nr. 6854. Grossbritannien. 19. Aug. 1878.

and explicit, and have been renewed at a very recent date. || On the 24th February/7th March, 1869, his Highness wrote to Baron Brünnow as follows: — || "Vous pouvez donc, mon cher Baron, réitérer au Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique l'assurance positive que Sa Majesté Impériale considère l'Afghanistan comme entièrement en dehors de la sphère où la Russie peut être appelée à exercer son influence. Aucune intervention ou ingérence quelconque contraire à l'indépendance de cet Etat n'entre dans ses intentions." || On the 28th January, 1874, Lord A. Loftus reported, that, in a conversation with the Russian Chancellor, his Highness had repeated to him that, "as regards Afghanistan, the Imperial Government considered that Kingdom to be beyond the spere of their political action, and that, happen what might in the internal state of that country, the Imperial Government would not interfere." In a despatch addressed to Count Brünnow, which was communicated to Lord Granville on the 17th February, 1874, Prince Gortchacow wrote: "J'ai réitéré à Lord A. Loftus l'assurance positive que le Cabinet Impérial persiste à considérer l'Afghanistan comme entièrement en dehors de sa sphère d'action," a declaration which was quoted in a Memorandum inclosed by the Prince in a despatch to Count Schouvaloff, and communicated to Lord Derby on the 11th May, 1875. Finally, on the 3rd/15th February, 1876, the Chancellor gave the following instructions to the Russian Ambassador in London: — || "Veuillez dire à son Excellence, d'ordre de notre auguste Maître, que nous adhérons entièrement aux conclusions d'après lesquelles en maintenant, de part et d'autre, l'arrangement convenu quant aux limites de l'Afghanistan, qui demeurerait en dehors de la sphère d'action de la Russie, les deux Cabinets considéreraient comme closes les discussions reconnues peu pratiques relatives à la zône neutre et à la zône intermédiaire." || It is only necessary to mention further, that, as reported by Sir A. Buchanan, then Her Majesty's Ambassador at St.-Petersburgh, on the 2nd November, 1869, Prince Gortchacow expressed to him his concurrence with the late Lord Mayo's views, that Russian agents should not visit Cabul. || The Russian Government has thus, during the last ten years, stood pledged to an attitude of absolute non-intervention in the affairs of Afghanistan. On the other hand, the policy of the British Government towards that State has confessedly, and with the concurrence and approval of Russia, been shaped, during the same period, in an entirely opposite sense; it has been, in fact, to exercise a proper and legitimate influence at Cabul; to encourage Shere-Ali in a peaceful policy towards his neighbours; to respect his independence; and, whilst accepting no further responsibility in regard to his action than to press on him, when needful, our friendly advice, to protect him from foreign interference and aggression. In other words, whilst Russia has bound herself to abstain from exercising influence of any kind in Afghanistan, the policy of Her Majesty's Government has been, in the interests of peace, to exercise an influence which should be unchallenged and paramount. || The Government of Russia have given

that of Her Majesty no reason to suppose, that they had departed from the line of policy thus indicated. On the contrary, when inquiries were recently made by Lord A. Loftus, as reported in his despatch of the 3rd ultimo, M. de Giers emphatically denied, that any such Mission as is now spoken of had been sent, or was intended to be sent, to Cabul, either by the Imperial Government or by General Kaufmann. || But the circumstantial reports now received from India, corroborated as they are from other sources, are of a nature which it is impossible for Her Majesty's Government to ignore or overlook. || Assuming the truth of the facts reported, it would appear, that a Russian Mission has found its way to the Ameer of Cabul, who has received it, either willingly or under pressure. This Mission is said to be backed by four Russian columns, aggregating some 15,000 men, moving through the Turcoman country and on the line of the Oxus, and so directed, that the Ameer may not unnaturally consider them as offering a menace to the safety and integrity of his dominions. || I must therefore request you to mention these reports to Prince Gortchacow, and to inquire whether there is any foundation for them. You will not conceal from his Highness, that proceedings of the kind referred to would cause uneasiness in India and dissatisfaction in this country, and should it prove, that there is any truth in the statement, that a Russian Mission has proceeded to Cabul, you will express the hope of Her Majesty's Government, that it may be at once withdrawn, as being inconsistent with the assurances so frequently received from his Highness. || I am, &c.

Nr. 6854. Grossbritannien. 19. Aug. 1878.

Salisbury.

Nr. 6855.

GROSSBRITANNIEN. — Indische Regierung an den kgl. Min. für Indien. — Gesandtschaft nach Kabul.

Simla, 19th August 1878.

My Lord, — With our despatch No. 53, dated 5th August, we forwarded telegraphic reports and correspondence regarding the arrival and reception at Kabul of a Russian Mission to the Amir, and we promised to report hereafter the course of these events and our proceedings in dealing with the situation. || 2. We have now the honour to forward copies of telegrams from the Deputy Commissioner of Peshawar which report the further proceedings of the Russian Mission at Kabul. It will be seen, that the Russian Envoy was received in Durbar on the 26th July, and is said to have presented two letters to the Amir — one from His Imperial Majesty the Czar and the other from the Governor-General of Tashkend. At a second interview on the 2nd

Nr. 6855. Grossbritannien. 19. Aug. 1878.

Nr. 6855. Gross-britannien. 19. Aug. 1878. or 3rd August the Amir handed to the Envoy a written reply, the contents of which are not known, and which was immediately despatched by special horsemen to Russian Turkistan. || 3. On receiving your Lordship's approval by telegram, of our proposal to depute a British Envoy to Kabul, we offered the appointment to Sir Neville Chamberlain, who has accepted it. He will be accompanied, for political duties, by the officers named in the margin, and by an escort of 250 sabres. The Mission will start very early in September, and we enclose a copy of the instructions issued to the Punjab Government, requesting, that the necessary preparations may be made with the utmost despatch. We have also decided to send a special native emissary to the Amir in advance of the Mission, in order, that His Highness may have due notice beforehand, that the Envoy is coming, and that the necessary arrangement may be made for his passage through Afghan territory. For this duty we have selected Nawab-Gholam-Hussein-Khan, C. S. I., formerly British Agent at Kabul, who will leave Peshawar on the 23rd August. We enclose copy of the letter from His Excellency the Viceroy to the Amir which the Nawab will present to His Highness upon his arrival at Kabul. || We have, &c.

Lytton.
F. P. Haines.
A. J. Arbuthnot.
A. Clarke.
W. Stokes.
A. R. Thompson.
R. Strachey.
S. J. Browne.

Beilage.

From His Excellency the Viceroy and Governor-General of India to His Highness Amir Sher-Ali-Khan, Wali of Kabul and its Dependencies.

The authentic intelligence which I have lately received of the course of recent events at Kabul and in the countries bordering on Afghanistan, has rendered it necessary, that I should communicate fully and without reserve with your Highness upon matters of importance which concern the interests of India and of Afghanistan. For this reason I have considered it expedient to depute a special and confidential British Envoy of high rank, who is known to your Highness, his Excellency General Sir Neville Bowles Chamberlain, Knight Grand Cross of the Most Honourable Order of the Bath, Knight Grand Commander of the Most Exalted Order of the Star of India, Commander-in-Chief of the Madras-Army, to visit your Highness immediately at Kabul, in order, that he may converse personally with your Highness regarding these urgent affairs. It appears certain, that they can be best arranged for

the welfare and tranquillity of both States, and for the preservation of friendship between the two Governments, by a full and frank statement of the present position. This letter is therefore sent in advance to your Highness by the hand of Nawâb-Gholam-Hussein-Khan, C. S. I., a faithful and honoured Sirdar of my Government, who will explain all necessary details as to the time and manner of the Envoy's visit. It is asked, that your Highness may be pleased to issue commands to your Sirdars and to all other authorities in Afghanistan upon the route between Peshawar and Kabul, that they shall make, without any delay, whatever arrangements are necessary and proper for effectively securing to my Envoy, the representative of a friendly Power, due safe conduct and suitable accommodation according to his dignity, while passing with his retinue through the dominions of your Highness. || I beg to express the high consideration I entertain for your Highness, and to subscribe myself.

Nr. 6855. Grossbritannien. 19. Aug. 1878.

Nr. 6856.

RUSSLAND. — Director im Ausw. Amt an den englischen Geschäftsträger in St.-Petersburg. — Erklärungen über die Mission nach Afghanistan.

Livadia, le 27 Août/8 Septembre, 1878.

M. le Chargé d'Affaires, — Ce n'est qu'aujourd'hui que je me trouve en mesure de répondre à la note que vous avez bien voulu m'adresser en date du 14/26 courant et qui m'est parvenue durant mon voyage. || Tout en reconnaissant la parfaite exactitude des citations faites dans cette pièce, je ne puis que confirmer ce que j'ai eu déjà l'honneur de vous dire, c'est que les dispositions du Gouvernement Impérial dans la question de l'Asie Centrale, dont ces citations reproduisent les témoignages, ont dû nécessairement subir le contre-coup des conditions politiques dans lesquelles l'attitude de l'Angleterre nous a placé durant la dernière crise en Orient. Mais, dans les circonstances actuelles, ces dispositions sont les mêmes que jadis, et de nature à n'inspirer aucune défiance au Gouvernement Anglais. || Je dois ajouter que la mission, qu'à tort vous attribuez au Général Abramow, est d'un caractère provisoire et de pure courtoisie; elle ne peut dès lors porter la moindre atteinte aux assurances pacifiques que vous mentionnez. || J'aime à espérer que les explications que M. Bartholomei a déjà été chargé de donner à Lord Salisbury à ce sujet auront suffisamment éclairci la situation. || Recevez, &c.

Nr. 6856. Grossbritannien. 8. Sept. 1878.

Giers.

Nr. 6857.

GROSSBRITANNIEN. — Vicekönig von Indien an den kgl. Min. für Indien. — Abgang der Gesandtschaft. — Telegramm.

Nr. 6857. Gross-britannien. 21.Sept.1878.

Chamberlain reports from Peshawur, that it is quite evident Ameer is bent on utmost procrastination, and determined on making acceptance of our Mission dependent on his pleasure and choice of time; we have given formal public notice to Ameer by Viceroy's not unfriendly letters, that Mission is going on business of highest importance to both States. Ameer has received these letters, discussed them with our native emissary, and had full time for reply and arrangements on road. Mission already delayed fourteen days beyond date originally fixed, and five days beyond adjourned date last notified to Ameer, while in India considerable public preparations for Mission have been made. Therefore, now to await at Peshawur Ameer's pleasure would be to abandon whole policy and accept easy repulse at outset; it was essential to test practically Ameer's real intentions, and further delay would have much endangered arrangements concluded with Khyberees for safe conduct to Ali-Musjid; consequently Mission moved this morning to Jamrud; thence Cavagnari advances to Ali-Musjid with small escort to demand passage; if reply from Ameer's officials there is satisfactory, Mission proceeds, and any subsequent instructions can follow Mission, which will not reach Kabul until about fifteen days later; if reply unsatisfactory, Mission withdraws definitely, and further measures proposed will be reported to you. Intelligence just received, that Mir-Akhor at Ali-Musjid has at last received instructions to arrange safe conduct of Mission to Kabul. Cavagnari's advance to Ali-Musjid will verify this promptly.

Nr. 6858.

GROSSBRITANNIEN. — Vicekönig von Indien an den kgl. Min. für Indien. — Zurückweisung der Gesandtschaft an der afghanischen Grenze. — Telegramm.

Nr. 6858. Gross-britannien. 22.Sept.1878.

Following telegram received last night from Sir Neville Chamberlain. || Message begins: Cavagnari reports, that we have received a decisive answer from Faiz-Mahomed, after personal interview, that he will not allow Mission to proceed. He crowned the heights commanding the way with his levies, and though many times warned by Cavagnari, that his reply would be regarded as reply of the Ameer said he would not let Mission pass. Shall I make another attempt to-morrow morning, and try to bring Faiz-Mahomed to rea-

son, or make him fire upon us? Postscript: I have just met Cavagnari, who has given me full details. I am positively of opinion, that any further attempt will only bring more disgrace upon us. Message ends. || Following reply despatched. Begins: Your telegram to-day, accepting the reply of Faiz-Mahomed to ultimatum by Cavagnari as positive refusal by Ameer to let Mission pass, which has been pointed by a decisive show of force, I consider Mission must now withdraw, and that you should spare no pains to detach Khyberees permanently from Ameer. Inform Faiz-Mahomed by letter, that his answer to Cavagnari's demand and his action will be treated as those of the Ameer. Send letter to Gholam-Hassan simultaneously, communicating briefly what has passed, and instruct him to return immediately. Reply ends. || The interview lasted three hours in presence of Native members of Mission. || I am now issuing orders for assembly of force at Thul and Quetta. || I shall use every endeavour to adjourn collision and obtain peaceful solution. No troops shall enter Afghanistan without full previous reference to you.

Nr. 6858. Gross-britannien. 22.Sept.1878.

Nr. 6859.

GROSSBRITANNIEN. — Indische Regierung an den kgl. Min. für Indien. — Ausführlicher Bericht über die Gesandtschaft nach Afghanistan.

Simla, 26th September 1878.

My Lord, — We have regularly transmitted to your Lordship, by telegraph, reports of our proceedings taken in pursuance of our resolution to depute Sir Neville Chamberlain upon an urgent and important Mission to the Amir of Kabul. And we now enclose the further telegrams up to the recall of the Mission. || 2. Sir Neville Chamberlain reached Peshawar on the 12th September, and placed himself in direct preliminary correspondence with the Amir's officers stationed upon the frontier, to whom it was necessary to give notice of his movements, and from whom their instructions had to be elicited. The general tenor of this correspondence, with the principal events and circumstances attending the departure of the Mission from Peshawar and its withdrawal in consequence of the armed resistance offered at Ali-Masjid by the Amir's officers, have been reported to your Lordship by our telegrams. || 3. We have now the honour to enclose papers giving in detail the course of these affairs as they occurred after Sir Neville Chamberlain's arrival at Peshawar, and upon his intimation to the Afghan officials, that he desired a passage to Kabul. The information which had been received, early in September, from Kabul, clearly indicated the desire of the Amir to withhold any decisive expression of his intentions regarding the reception of the

Nr. 6859. Gross-britannien. 26.Sept.1878.

Nr. 6859. Gross-britannien. 26.Sept.1878. Mission, his object being to keep the Mission waiting indefinitely. But it had been plain from the first, that a procrastinating and ambiguous policy on his part, which had been anticipated with certainty, would, unless at once put aside, assuredly involve the Mission in discredit and ultimate defeat. Sir Neville Chamberlain was therefore authorized to send early notice to the Mustaufi, that the refusal of the free passage would bring matters to an issue. || 4. It was, moreover, essential, in order that there might be no subsequent shifting of responsibility, that the Amir's officers upon the road to Kabul should know what had been written to the Mustaufi, in time for taking orders from head-quarters before the Mission should leave British territory. But as the communication of this notice to the Amir's Minister and officers, disconcerted and crossed whatever plans for temporizing may have been entertained, it unavoidably gave offence to His Highness; and the reports, that the passage of the Mission would be refused and resisted, grew stronger and multiplied. The Government of India were, nevertheless, reluctant to afford to the Amir even the slight ground for umbrage which might be taken at our arranging separately with the independent tribes who hold the entry to the Khaibar-Pass, for the safe conduct of the Mission through their lands, before the Amir's dispositions had been fully ascertained. Faiz-Muhammad, who commands at the fort of Ali-Masjid in the Pass, was therefore asked whether he would give the necessary guarantee. On this point, however, the reply was, that no orders had been received; although an officer of the Amir's had already come express to Ali-Masjid with secret instructions, and had returned. On the 15th September Sir Neville Chamberlain addressed to Faiz-Muhammad the letter (of which we enclose copy) conveying a formal summons to him to allow passage to the Mission; and subsequently informed him, that his answer would be expected after the arrival of the Mir Akhor, a confidential officer of the Amir in charge of frontier affairs. The Mir Akhor arrived on the 18th; but no satisfactory reply was received; and Sir Neville Chamberlain's proposal to put the intentions of the Amir to a practical test was at last approved. || 5. This being the state of affairs, the entire Mission moved from Peshawar to Jamrud on the morning of the 21st, and Major Cavagnari, accompanied by the two Native gentlemen who had joined the Mission, advanced with a small escort in the afternoon to Ali-Masjid to demand a passage. He was conducted to the fort by the Chiefs of the Khaibar-tribes, who had agreed at the risk of incurring the Amir's hostility, to bring our officers face to face with the Amir's Commander. The result was completely decisive. Faiz-Muhammad not only opposed an absolute and repeated refusal to the demand for a passage, but made all preparations for supporting his refusal with all the armed force at his command; and it is known, that the garrison had been hastily reinforced for the occasion. The Mir Akhor was in the fort, but did not appear at the personal interview between Major Cavagnari and Faiz-Muhammad, which lasted

long; though he is understood to have been watching the proceedings. Major Cavagnari finally returned to Jamrud, and upon receipt by telegraph of Sir Neville Chamberlain's report of the affair, the Viceroy at once directed him to return to Peshawar. || 6. It is to be regretted, that this final endeavour on the part of our Government to arrive at some definite understanding with the Amir of Kabul should have been thus met with repudiation and affront. We submit, nevertheless, that the situation of affairs, and their tendency, left us no choice but to make the attempt, and that we employed the only method which offered any chance of success. The obviously growing estrangement of the Amir, his attitude toward us of exclusion and scarcely veiled hostility during the past twelve months, and his disregard of the amicable overtures made to him in 1876—77, gave to his formal reception, in August last, of Russian emissaries the character of a grave political declaration. It appeared quite possible, however, that the significance of this event might have been over-rated or misconstrued in India, or that the Amir himself might be induced, by timely diplomatic representations, to realize the gravity of his action, and to appreciate its inevitable effect upon his relations with our Government. But the only hope of clearing up any such misunderstandings, or of bringing our legitimate influence to bear upon the Amir, lay in the renewal of direct personal intercourse with him through a British Envoy. And there appeared to be no way left open by which this end could be attained, other than the simple and straight course of despatching a Mission immediately to Kabul. To have asked the Amir whether he would receive the Mission, and to have awaited his time and pleasure, would have been a futile repetition of an experiment which had failed already. The repulse of Sir Neville Chamberlain by Sher-Ali at his frontier while the Russian emissaries are still at his capital, has proved the inutility of diplomatic expedients, and has deprived the Amir of all claim upon our further forbearance. || We have, &c.

Nr. 6859. Gross-britannien. 26. Sept. 1878.

Lytton.
F. P. Haines.
A. J. Arbuthnot.
A. Clarke.
W. Stokes.
A. R. Thompson.
R. Strachey.
S. J. Browne.

Nr. 6860.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den kgl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Fürst Gortschakoff in Baden-Baden.

(Extract.) St.-Petersburgh, September 27, 1878.

Nr. 6860. Gross-britannien. 27. Sept. 1878. On my passage through Baden-Baden, on the 22nd instant, I had an interview with Prince Gortchacow, who was then residing there. || Although His Highness professed to be ignorant on passing events, he replied, on my referring to the question of Afghanistan, in exactly the same terms as those used by M. de Giers in his note to Mr. Plunkett of the 8th instant, stating, that the Mission of General Stoletoff to Cabul was purely one of courtesy, and of a provisional nature, observing, that the Emperor could never forego his right of sending complimentary missions to any foreign Sovereigns or neighbouring Princes. "Do no forget," said His Highness, "that the Emperor is an independent Sovereign ruler over 80,000,000 of subjects." I replied to his Highness, that I was aware of this fact, as also, that our Gracious Sovereign the Queen was ruler over more than 200,000,000 of subjects. "Yes," said his Highness; "but they are dispersed and scattered — the Russian Empire is one and united." || With regard to Afghanistan I observed to Prince Gortchacow, that I was returning from a short excursion to Italy, and was, consequently, without any official information or instructions. I could not, however, refrain from remarking to his Highness, that the very fact of sending a Mission to Cabul was, in my opinion, a violation of the compact and engagements which Russia had entered into with England, adding, that it was the more incomprehensible to me, inasmuch as on a late occasion, and only a few days before my departure, M. de Giers had expressly denied to me, that there had been, or was, any intention on the part, either of the Emperor or of General Kaufmann, of sending a Mission to Cabul. || Prince Gortchakow merely repeated what he had previously stated, that the Mission was one of courtesy, and added, that probably M. de Giers, at the moment he gave me the assurance, had not been informed of it. Prince Gortchakow observed, that it was true, that military measures had been devised when a war between England and Russia appeared to be imminent, but that they had been countermanded and the troops recalled. His Highness then explicitly stated, that the Imperial Government would maintain their engagement with England in regard to Afghanistan, that they had no wish or object to interpose in the affairs of that kingdom, and that the Ameer of Afghanistan, in the event of war, would receive no assistance either in arms or money from Russia.

Nr. 6861.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in St.-Petersburg. — Erklärungen des russischen Geschäftsträgers in London.

Foreign Office, September 30, 1878.

Sir, — In the note from M. de Giers of the 27th August/8th September, of which copy is inclosed in your despatch of the 13th instant, reference is made to explanations which the Russian Chargé d'Affaires in London had been instructed to offer in regard to the recent proceedings of the Russian authorities in Central-Asia. || The communications made by M. Bartholomei have been generally to the same effect as what has been stated by M. de Giers. He has stated, that the military and political measures adopted in Turkestan were actuated by the necessities of the situation caused by the state of affairs in regard to Turkey, and were called forth especially by the attitude of Great Britain towards Russia. General Kaufmann's proceedings, he said, must therefore be regarded as the result of a course imposed upon him by the force of circumstances. || As I had spoken to M. Bartholomei of a letter from the Emperor which was supposed to have been transmitted to Shere-Ali-Khan, he asked the Russian Government for information on the point, and subsequently said, that he was authorized to state, that there had never been any question of sending such a letter. || I am, &c.

Nr. 6861. Gross-britannien. 30. Sept. 1878.

Salisbury.

Nr. 6862.

GROSSBRITANNIEN. — Vicekönig von Indien an den kgl. Min. für Indien. — Schreiben des Emirs von Afghanistan. — Telegramm.

Ameer's expected letter received, following is the full text of it: — || After compliments; your Excellency's despatch regarding the sending of a friendly message has been received through Nawab-Gholam-Hussein-Khan. I understand its purport; but the Nawab had not yet had an audience, nor had your Excellency's letters been seen by me when a communication was received to the address of my servant Mirza-Hubibullah-Khan, from Commissioner, Peshawur, and was read. I am astonished and dismayed by this letter, written threateningly to a well-intentioned friend, replete with contentions, and yet nominally regarding a friendly mission. Coming thus by force, what result, or profit, or fruit could come of it? Following this, three other letters from above-mentioned source, in the very same strain, addressed to my offi-

Nr. 6862. Gross-britannien. 19. Oct. 1878.

Nr. 6862. Grossbritannien. 19. Oct. 1878. cials, have been perused by me. Thus, during a period of a few days several letters from that quarter have all been before me, and none of them have been free from harsh expressions and hard words, repugnant to courtesy and politeness, and in tone contrary to the ways of friendship and intercourse. Looking to the fact, that I am at this time assaulted by affliction and grief at the hand of fate, and that great trouble has possessed my soul, in the officials of the British Government patience and silence would have been specially becoming. Let your Excellency take into consideration this harsh and breathless haste with which the desired object and place of conference have been seized upon, and how the officials of the Government have been led into discussion and subjection to reproach. There is some difference between this and the pure road of friendship and goodwill. In alluding to those writings of the officials of the opposite Government which have emanated from them, and are at this time in the possession of my own officials, the latter have in no respect desired to show enmity or opposition towards the British Government, nor, indeed, do they with any other Power desire enmity or strife; but when any other Power, without cause or reason, shows animosity towards this Government, the matter is left in the hands of God and to His will. || The esteemed Nawab Gholam Hussein, the bearer of this despatch, has, in accordance with written instructions received from the British Government, asked for permission to retire, and it has been granted. Dated Sunday, 6th October.

Nr. 6863.

GROSSBRITANNIEN. — Vicekönig von Indien an den kgl. Min. für Indien. — Maassregeln gegen Afghanistan. — Telegramme.

a.

Nr. 6863. Grossbritannien. 19. Oct. 1878. Ameer's present letter, written after a month's deliberation, leaves still unanswered my amicable proposal of 14th August, contains no apology for public affront to British Government, and indicates no desire for proposed Mission or improved relations. In the opinion of Lieutenant-Governor of the Punjab, Sir N. Chamberlain, Mr. Lyall and all persons here familiar with Oriental style, the tone of the letter is intentionally rude and conveys a direct challenge. It will certainly be so regarded by all our Native subjects, as it was written after the Ameer had been informed through Nawab of affront at Ali-Musjid and light in which we view it. Any demand for apology would now, in my opinion, be useless, and only expose us to fresh insult, whilst losing valuable time. I will telegraph in detail proposed reasons this afternoon after special Council.

b.

Special Council assembled to day for consideration of Ameer's letter. Following measures proposed: — || 1. Immediate issue of manifesto defining cause of offence, declaring friendly disposition towards Afghan people, reluctance to interfere in their internal affairs, and fixing sole responsibility on Ameer. || 2. Advance into Kurram-valley on completion of force now collecting at Thul. || 3. Expulsion of Ameer's garrison at Khyber-Pass. || 4. Advance from Quetta on Pisheen, if necessary to Candahar. || Advantages of delay none; disadvantages obvious. Distrust of our resolve to act already prevails widely, will increase daily, much raising Ameer's prestige, lowering ours. Shall lose present opportunity of securing adherence of independent tribes. || We therefore urgently request immediate sanction to measures staded above. — Nr. 6863. Gross-britannien. 19. Oct. 1878.

Nr. 6864.

GROSSBRITANNIEN. — Min. für Indien an den Vicekönig. — Befiehlt vorgängige Absendung eines Ultimatums an den Emir. — Telegramm.

Do not consider matters to be at present ripe for taking all the steps you mention in your telegram, October 19th. || Am of opinion, that before crossing the frontiers of Afghanistan a demand, in temperate language, should be made for an apology and acceptance of a permanent British Mission within the Afghan frontiers, and that a reply should be demanded within a time sufficient for the purpose. Send by telegram text of your letter before it is despatched. In the meantime the massing of troops should be continued and adequate forces assembled at the various points at which attack would be made in case of war. There must be no mistake as to our show of power to enforce what we require. This *locus poenitentiae* should be allowed before hostile acts are committed against the Ameer. Nr. 6864. Gross-britannien. 25. Oct. 1878.

Nr. 6865.

GROSSBRITANNIEN. — Min. für Indien an den Vicekönig. — Text des Ultimatums. — Telegramm.

Text of letter, as approved, to be sent to the Ameer: Nr. 6865. Gross-britannien. 30. Oct. 1878.

I have received and read the letter which you have sent me by the hands of my Sirdar. It will be in your recollection, that immediately on my

Nr. 6865. Gross-britannien. 30. Oct. 1878.

arrival in India I proposed to send you a friendly Mission for the purpose of assuring you of the good will of the British Government, and of removing those past misunderstandings to which you have frequently alluded. || After leaving this proposal long unanswered, you rejected it, on the grounds, that you could not answer for the safety of any European Envoy in your country, and that the reception of a British Mission might afford Russia a pretext for forcing you to receive a Russian Mission. Such refusal to receive a friendly Mission was contrary to the practice of allied States, yet the British Government, unwilling to embarrass you, accepted your excuses. || Nevertheless you have now received a Russian Envoy at your capital, at a time when a war was believed to be imminent, in which England and Russia would have been arrayed on opposite sides, thereby not only acting in contradiction to the reasons asserted by you for not receiving a British Mission, but giving to your conduct the appearance of being actuated by motives inimical to the British Government. || In these circumstances, the British Government, remembering its former friendship with your father, and still desiring to maintain with you amicable relations, determined to send, after such delay as the domestic affliction you had suffered rendered fitting, a Mission to you under the charge of Sir Neville Chamberlain, a trusted and distinguished officer of the Government, who is personally known to you; the escort attached to his Mission, not exceeding 200 men, was much less numerous than that which accompanied you into British territory, and was not more than was necessary for the dignity of my Envoy. Such Missions are customary between friendly neighbouring States, and are never refused except when hostility is intended. || I despatched by a trusted messenger a letter informing you, that the Mission accredited to you was of a friendly character, that its business was urgent, and that it must proceed without delay. || Nevertheless, you, having received my letter, did not hesitate to instruct your authorities on the frontier to repel the Mission by force. For this act of enmity and indignity to the Empress of India in the person of her Envoy, your letter affords no explanation or apology, nor does it contain any answer to my proposal for a full and frank understanding between our two Governments. In consequence of this hostile action on your part, I have assembled Her Majesty's forces on your frontier; but I desire to give you a last opportunity of averting the calamities of war. || For this it is necessary, that a full and suitable apology be offered by you in writing, and tendered on British territory by an officer of sufficient rank. || Furthermore, as it has been found impossible to maintain satisfactory relations between the two States unless the British Government is adequately represented in Afghanistan, it will be necessary, that you should consent to receive a permanent British Mission within your territory. || It is further essential, that you should undertake, that no injury shall be done by you to the tribes who acted as guides to my Mission, and that reparation shall be made for any damage they have suffered from you; and, if any injury be

done by you to them, the British Government will at once take steps to protect them. || Unless these conditions are accepted, fully and plainly, by you, and your acceptance received by me not later than the 20th November, I shall be compelled to consider your intentions as hostile, and to treat you as a declared enemy of the British Government. Nr. 6865. Grossbritannien. 30. Oct. 1878.

Nr. 6866.

GROSSBRITANNIEN. — Min. für Indien an den Vicekönig. — Resumé der Beziehungen mit Afghanistan.

India Office, London, 18th November 1878.

My Lord, — Paragr. 1. The letters and telegraphic despatches which your Government has transmitted to me, reporting the circumstances connected with the reception of a Russian Mission at Kabul in July last, and the subsequent rejection by the Ameer Shere-Ali-Khan of the special Embassy accredited to his court by your Excellency, have been considered by Her Majesty's Government wich the care due to their importance. || 2. The various communications which have from time to time passed between the Government at home and that of India, ending with Lord Salisbury's Despatch of the 4th of October last year, contain a complete exposition of the general policy of the British Government towards Afghanistan, and set forth, moreover, the considerations which lately induced Her Majesty's Government to endeavour to place their relations with the Ameer on a more satisfactory footing. In order, however, that no misapprehension may exist on this subject, I deem it advisable to recapitulate some of the leading features of that policy, and to trace the course of events which have led to the present condition of affairs on the frontier. || 3. Although much difference of opinion has existed, and still exists, amongst eminent authorities on the subject of the frontier policy to be pursued by the Indian Government, that difference has reference rather to the methods to be followed than to the objects in view. The consistent aim of the British Government during a series of years has been to establish on its North-Western border a strong, friendly and independent State, with interests in unison with those of the Indian Government, and ready to act, in certain eventualities, as an auxiliary in the protection of the frontier from foreign intrigue or aggression. The Treaty of 1855 negotiated by Lord Dalhousie, with the approval of Lord Aberdeen's Government, and still in force, bears witness to the importance then attached to friendly relations with Afghanistan. It was described by the Governor-General in words which fully explain its intended effect: "The treaty gives to the Government of India on its western frontier as complete security against a foreign and distant enemy Nr. 6866. Grossbritannien. 18. Nov. 1878.

Nr. 6866. Gross-britannien. 18. Nov. 1878. as it is possible for us in the nature of things to compass." || 4. The question, however, has assumed special prominence since the period of the transfer to the Crown of the direct administration of India. The growing interest in the subject has been the result partly of the increased responsibilities assumed by the Government of Her Majesty in maintaining Her Indian Empire, and partly of the intestine disorders to which Afghanistan became a prey after the accession of the present Ameer to the throne in the year 1863. Upon Lord Lawrence devolved the direction of the policy to be adopted in this new state of affairs, and that statesman considered, that the objects of the British Government would be best obtained by abstaining from active interference in the internal affairs of Afghanistan, and by the friendly recognition of the de facto rulers of that country, or of portions of it, without undertaking inconvenient liabilities on their behalf. On this basis Lord Lawrence thought, that the British Government would have the greatest chance of gaining the permanent friendship and alliance of the Afghan people. The outposts of Russia were then distant from the borders of Afghanistan, and His Lordship's Government attached no special importance to the probability and danger of the growth of the former power in the direction of India, which, they considered, would in any case best be restrained or rendered innocuous by a friendly understanding on the subject between the English and Russian Cabinets. || 5. The views of Her Majesty's Government of that day on the subject of their relations with Afghanistan were in complete harmony with those of Lord Lawrence. They did not desire to exercise active influence at Kabul, nor to interfere in the conflicts then rife between contending parties in Afghanistan, so long as those conflicts did not jeopardise the peace of the frontier. This policy was therefore adhered to, although not without some inconvenient results, during the civil war which raged for so many years after Shere-Ali's accession, and might not unreasonably be thought suited to the circumstances of the time. But the final and unaided success of the Ameer in regaining his throne, in the autumn of 1868, in some measure changed the position of affairs, and, in the opinion both of Lord Lawrence and of Her Majesty's Government, justified some intervention in His Highness's favour, and the grant to him of such assistance in money and arms as appeared conducive to the maintenance of his authority. || 6. The policy followed by Lord Mayo's administration in its dealings with Afghanistan was to a considerable extent in accord with the course of action thus finally adopted in the autumn of 1868 by his predecessor. Whilst, however, Lord Mayo did not deviate, in any material degree, from the attitude of non-interference in the internal affairs of Afghanistan, which had been so long maintained, he recognized Shere-Ali as the *de jure* as well as the *de facto* ruler of that country, and, in a letter addressed to that prince, engaged to view with severe displeasure any attempt on the part of his rivals to disturb his position. This step, added to the marked personal influence obtained by Lord

Mayo over the Ameer, was sufficient at the moment to remove a certain feeling of resentment which had been generated in his mind by the apparent indifference shown by the British Government to the result of his struggle for power, and, at the same time, rendered His Highness's position at Kabul more assured than that of any previous ruler. || 7. The advances of Russia in Central-Asia had not, up to this period, assumed dimensions such as to cause uneasiness to the Indian Government. Lord Mayo agreed, therefore, in the views of his predecessor, that the best means of averting interference on the part of the Turkistan authorities in the affairs of Afghanistan would be by a frank interchange of views on that subject between the Government of Her Majesty and that of the Czar. Her Majesty's Government had independently arrived at the same conclusion, and early in 1869 initiated friendly negotiations at St.-Petersburg, which terminated in a very distinct understanding on this subject, and in the recognition by the Czar's Government of the limits of the Ameer's territories, in complete accord with the wishes of Shere-Ali and of the British Government. || 8. The policy of his predecessors was that substantially followed by Lord Northbrook, although the rapid development of events in Central-Asia was gradually increasing the difficulty of abstaining from closer relations with the ruler of Kabul. The capture of Khiva by the forces of the Czar in the spring of 1873, and the total subordination of that Khanate to Russia, caused Shere-Ali considerable alarm, and led him to question the value of the pledges with reference to Afghanistan which had been given by His Imperial Majesty to England, and which had been communicated to His Highness by the British Government. Actuated by his fears on this score, His Highness sent a special envoy to Simla in the summer of that year, charged with the duty of expressing them to the Government of India. || 9. Finding, that the object of the Ameer was to ascertain definitely how far he might rely on the help of the British Government if his territories were threatened by Russia, Lord Northbrook's Government was prepared to assure him, that, under certain conditions, the Government of India would assist him to repel unprovoked aggression. But Her Majesty's Government at home did not share his Highness's apprehension, and the Viceroy ultimately informed the Ameer, that the discussion of the question would be best postponed to a more convenient season. The effect of this announcement on his Highness, although conveyed in conciliatory language, was not favourable; the policy which dictated it was unintelligible to his mind, and he received it with feelings of chagrin and disappointment. His reply to Lord Northbrook's communication was couched in terms of ill-disguised sarcasm; he took no notice of the Viceroy's proposal to depute a British Officer to examine the northern frontier of Afghanistan; he subsequently refused permission to Sir Douglas Forsyth to return from Kashgar to India through Kabul; he left untouched a gift of money lodged to his credit by the Indian Government, and generally assumed towards it an attitude

Nr. 6866. Gross-britannien. 18. Nov. 1878.

Nr. 6866. Gross-britannien. 18. Nov. 1878. of sullen reserve. || 10. Such was the position of affairs when Her Majesty's present advisers assumed office in 1874. The maintenance of Afghanistan as a strong and friendly power had, at all times, been the object of British policy. The method adopted in attaining that object had not met with the success, that was desirable. Its accomplishment was, nevertheless, a matter of grave importance, and it had now to be considered with reference to the rapid march of events in Turkistan. Her Majesty's Government could not view with indifference the probable influence of those events upon the character of an Asiatic prince whose dominions were thereby brought within a steadily narrowing circle between two great military empires, and although no immediate danger appeared to threaten British interests on the frontier of Afghanistan, the situation in Central-Asia had become sufficiently grave to suggest the necessity of timely precaution. Her Majesty's Government considered, that the first step necessary was the improvement of their relations with the Ameer himself. With this object in view, they deemed it expedient, that His Highness should be invited to receive a temporary mission at Kabul, in order, that an accredited British Envoy might confer with him personally upon what was taking place, might assure him of the desire of the Queen's Government, that his territories should remain safe from external attack, and at the same time might point out to him the extreme difficulty of attaining this object unless it were permitted by him to place its own officers on his frontier to watch the course of events beyond it. It was true, that the Ameer's relations with the Russian Governor General of Turkistan had of late become more intimate, and that a correspondence which that official had commenced with the Kabul Durbar in 1871, and which, at one time, had caused serious disquiet to the Ameer, was being carried on with increased activity, whilst His Highness's original practice of consulting the Indian Government as to the replies to be sent to General Kauffmann's communications had been discontinued. Nevertheless, Her Majesty's Government were willing to believe, that Shere-Ali, if his intentions were friendly, would be ready to join them in measures, advantageous to himself, and essential for the protection of common interests. || 11. In view of these interests and of the responsibilities which had morally devolved upon the British Government on behalf of Afghanistan, looking also to the imperfect information available in regard to the country, in respect to which those responsibilities had been incurred, Lord Northbrook's Government had, in 1873, expressed the opinion, that the temporary presence in Afghanistan of a British officer, as then proposed by them, might do much to allay any feelings of mistrust lingering in the minds of the Afghan people, and might at the same time prepare the way for eventually placing permanent British representatives at Kabul, Herat and elsewhere. Encouraged by this opinion, Her Majesty's Government came to the conclusion, that, although Lord Northbrook's efforts to attain the desired object had not met with success, the time had come when the measure thus indi-

cated could no longer with safety be postponed. Your predecessor in Council had indeed, whilst appreciating all the advantages to be anticipated from it, frankly represented to Her Majesty's present advisers the difficulties attending the initiation of it; he believed the time and circumstances of the moment to be inopportune for placing British agents on the Afghan borders, and was of opinion, that such a step should be deferred till the progress of events justified more specific assurances to Shere-Ali, which might then be given in the shape of a treaty, followed by the establishment of agencies at Herat and other suitable places. Her Majesty's Government, however, were unable to agree in this view; they deemed it probable, that, if events were thus allowed to march without measures of precaution on the part of the British Government, the time would have passed when representations to the Ameer could be made with any probability of a favourable result; and they considered it important, that the actual sentiments of His Highness, in reference to which different opinions were held by different authorities, should be tested in good time. || 12. Accordingly, on your Excellency's departure from England to assume the Viceroyalty, Her Majesty's Government instructed you to offer to Shere-Ali that same active countenance and protection which he had previously solicited at the hands of the Indian Government. It was clearly impossible, however, to enter into any formal engagement in this sense without requiring from the Ameer some substantial proof of his unity of interests with the British Government. Whilst Her Majesty's Government, therefore, authorised your Excellency to concede to His Highness substantial pecuniary aid, a formal recognition of his dynasty, so far as it would not involve active interference in the internal affairs of Afghanistan, and an explicit pledge of material support in case of unprovoked foreign aggression, you were directed not to incur these heavy responsibilities unless Shere-Ali, on his part, were prepared to allow a British agent, or agents, access to positions in his territories (other than at Kabul itself), where, without prejudicing the personal authority of the ruler, they could acquire trustworthy information of events likely to threaten the tranquillity or independence of Afghanistan. || 13. The measures which your Excellency adopted on your arrival in India to give effect to the instructions of Her Majesty's Government were framed with discretion, and in a spirit of consideration towards Shere-Ali. You sent your Native Aide-de-camp, Ressaldar-Major Khanan-Khan, to that prince, charged with the duty of informing him of your desire to depute temporarily to his capital, or to any other point in Afghan territory agreeable to His Highness, a special Envoy, whose mission was not merely to be one of compliment but one for the discussion of matters of common interest to the two Governments; and you took care to convey to His Highness verbal assurances of the friendly character of your advances to him. But Shere-Ali rejected your overtures and declined to receive your Envoy. || 14. Your Excellency exhorted the Ameer to consider seriously the consequences of an attitude which might end in

Nr. 6866. Grossbritannien. 18. Nov. 1878.

Nr. 6866. Gross-britannien. 18. Nov. 1878. compelling the British Government to look upon him thenceforth as a prince who voluntarily desired to isolate his interests from those of the British Government. In a conciliatory spirit you abstained from pressing upon him the reception of your Envoy, and you acceded to a suggestion of His Highness, that your Vakeel at Kabul should make personal representations to you on the Ameer's behalf. These representations proved to be a recapitulation of grievances dating from 1872, and were briefly as follows: — 1. The communication which he had received from the late Viceroy in 1874 on behalf of his rebellious son, Yakub-Khan, whom he had imprisoned. || 2. The decision on the question of the Seistan boundary. || 3. The gifts sent by the late Viceroy direct to the Chief of Wakhan, who is a tributary to the Ameer. || 4. The repeated rejection of his previous requests for an alliance and a formal recognition of the order of succession as established by him in the person of his son Abdoollah-Jan. || 15. These grievances appeared to weigh heavily on His Highness's mind, and you therefore lost no time in assuring Shere-Ali, through the Vakeel, of the friendly feeling of the British Government towards him, of your desire to remove, by a frank exchange of views, all causes of irritation on his mind, and of your willingness to accede to his proposal, that, in lieu of Sir L. Pelly proceeding to Kabul, an Afghan Envoy should be deputed to meet one from your Excellency at Peshawur. || 16. Your Vakeel thereupon returned to Kabul, charged with the duty of explaining to the Ameer, with the assistance of a clearly worded *aide mémoire*, the favourable treaty which the British Government was prepared, upon certain conditions, to negotiate with him, and its desire to clear up past misunderstandings. His Highness evinced no cordiality in his reception of him; but after some delay he deputed to Peshawur his minister, Syud-Noor-Mahomed-Shah, there to carry on with Sir Lewis Pelly the negotiations which Her Majesty's Government had considered of sufficient importance to have taken place on Afghan soil with the Ameer himself. Although the Ameer had been informed in writing, both of the concessions which the British Government was ready to grant to him and the conditions attached to them, and although, at the same time, it was signified to him, that it would be of no avail for him to send his envoy to Peshawur unless His Highness were prepared to agree to those conditions as the bases of the proposed treaty, it became apparent in the course of the conference, that the Minister had received no specific authority to accept them. As, moreover, the language and conduct of Shere Ali, which had so long been dubious, became openly inimical, you judiciously took advantage of the sudden death of His Highness's Envoy to discontinue negotiations, the bases of which had been practically rejected. || 17. This step on your part, as well as all your proceedings throughout the year preceding the conference, met with the entire approval of Her Majesty's Government. As observed by my predecessor in his Despatch of the 4th October 1877, Her Majesty's Government had felt justified in hoping,

that the advantages which they were ready to tender to the Ameer would have been accepted in the spirit in which they were offered. At the same time, the attitude of His Highness for some years past had been so ambiguous as to prepare them for a different result. Far, however, from regarding the possibility of failure as affording sufficient grounds for total inaction, and continued acquiescence in the existing state of relations with the Ameer, they had arrived at the conclusion, that, while the prevailing uncertainty as to His Highness's disposition rendered caution necessary in their advances, it was in itself a reason for adopting steps which would elicit the truth. From this point of view Her Majesty's Government could not regard the result of the Peshawur conference as altogether unsatisfactory, inasmuch as they were no longer left in doubt as to the reality of the Ameer's alienation, which had previously been a matter of speculation. On the other hand, the proceedings at the conference, and the previous negotiations, had placed before the Ameer in a clear light the views of Her Majesty's Government as to their existing obligations towards him, and had, at the same time, informed him of the terms, so favourable to his interests, on which they were willing to draw closer the bonds of union between the two countries, and to place their mutual relations on a footing more advantageous to both. || 18. Their overtures having been thus treated, Her Majesty's Government were of opinion, that no course was open to them but to maintain an attitude of vigilant reserve until such time as the Ameer might better realize his own position and interests. This view bad been anticipated by you in the final assurances conveyed to the Afghan Envoy by Sir Lewis Pelly, and your policy since the close of the Peshawur conference has been in accordance with it. Whilst carefully watching the course of affairs in Afghanistan, so far as the imperfect means of obtaining information has admitted, you abstained from all interference in them, in the hope, that time would enable His Highness to realize the dangers, accruing to himself by the rejection of the friendly advances of the British Government. That hope, however, has not been realized. The Ameer has persisted in his unfriendly isolation, and ultimately, having two years ago declined to receive a British Envoy, even temporarily, within his territory, on the ground, that he could not guarantee his safety, nor thereafter be left with any excuse for declining to receive a Russian mission, he has welcomed with every appearance of ostentation an Embassy from the Czar, despatched to his Court at a time when there were indications, that an interruption of friendly relations between this country and Russia might be imminent. || 19. In these circumstances your Excellency represented to Her Majesty's Government, that a policy of inaction could no longer be persisted in, and that the Ameer's reception of the Russian Mission at such a time, and under such circumstances, left him no further excuse for declining to receive at his capital an Envoy from the British Government. Your Excellency, proposed, therefore, to demand a reception of a Mission to Kabul, headed by an officer of rank,

Nr. 6866. Gross-britannien. 18. Nov. 1878.

Nr. 6866. Gross-britannien. 18. Nov. 1878. in the person of Sir Neville Chamberlain, whose name and family were held in high esteem by the Ameer. || 20. This proposal was approved by Her Majesty's Government. It was evident, that a potentate who willingly admitted to his capital, at a critical period, Envoys of a Power which at the moment might be regarded as making its advances with objects not friendly to the British Government, could not reasonably refuse to receive a Mission from a power with which he had continuously been in alliance. Your Excellency in Council did not anticipate any such refusal, and Her Majesty's Government saw no reason to question the soundness of your opinion on this point, based, as it must have been, on the best information at your command. || 21. The anticipations both of Your Excellency and of Her Majesty's Government were, however, disappointed by the event. In a friendly letter, carried to Cabul by the Nawab-Gholam-Hussein-Khan, you informed the Ameer of the date on which Sir Neville Chamberlain was to leave Peshawur, and you gave His Highness adequate time in which to issue orders to his local officials for the reception of the Mission. You caused it moreover, to be intimated to His Highness and his officials, that a refusal of free passage to the Mission would be regarded by you as an act of hostility. The orders sent to the Afghan officers at Ali-Musjid were, nevertheless, the reverse of what you had a right to expect, and Major Cavagnari, who went in advance of your Envoy, was distinctly informed, that any attempt to enter Afghan territory would be resisted by force, of which an ostentatious display was at once made. || 22. This conduct on the part of the Ameer was wholly without justification. He was aware from various communications addressed to him by your Excellency's predecessors, that the Russian Government had given assurances to the Government of Her Majesty to regard his territories as completely beyond its sphere of action; he was equally aware, that the whole policy of the British Government since his accession to the throne had been to strengthen his power and authority, and to protect him from foreign aggression, although the methods adopted for doing so may not have at all times accorded with His Highness's own views; he had received from the British Government evidence of goodwill, manifested by large gifts of money and arms, as well as by its successful efforts in obtaining from the Czar's Government its formal recognition of a fixed boundary, agreeable to himself, between his kingdom and the neighbouring Khanates; his subjects had been allowed to pass freely throughout India, to the great benefit of the trade and commerce of his country; and in no single instance has the Ameer himself, or any of his people, been treated unjustly or inhospitably within British jurisdiction. By every bond of international courtesy, as well as by the treaty engagement of 1855 existing between the two countries, binding him to be the friend of our friends and the enemy of our enemies, the Ameer was bound to a line of conduct the reverse of that which he adopted. || 23. In reporting to Her Majesty's Government the forcible rejection of your friendly Mission, your Excellency expressed the

conviction of the Government of India, that this act deprived the Ameer of all further claim upon the forbearance of the British Government, and necessitated instant action. Her Majesty's Government were, however, unwilling to accept the evasive letter brought from Kabul by the Nawab-Gholam-Hussan-Khan as Shere Ali's final answer to your Government, and determined to give him a short time for reconsideration. While, therefore, Her Majesty's Government acknowledged fully as binding on them the pledges given by Sir N. Chamberlain to the friendly Chiefs and people who undertook the safe conduct of his Mission, they decided to make an effort to avert the calamities of war, and with this object instructed your Excellency to address to His Highness a demand, in temperate language, requiring a full and suitable apology within a given time for the affront which he has offered to the British Government, the reception of a permanent British Mission within his territories, and reparation for any injury inflicted by him on the tribes who attended Sir N. Chamberlain and Major Cavagnari, as well as an undertaking not to molest them hereafter. These instructions were promptly carried into effect by your Excellency's Government, and the Ameer has been informed, that, unless a clear and satisfactory reply be received from him by the 20th November, you will be compelled to consider his intentions as hostile, and to treat him as a declared enemy. || 24. It only remains for me to assure your Excellency of the cordial support of Her Majesty's Government in the onerous circumstances in which you are placed, and to state, that I have received the commands of Her Majesty to publish this Despatch for the general information of the public, in anticipation of the papers connected with the important question with which it deals. Those papers are in course of preparation; but, as they cover a period of not less than fifteen years, they must necessarily be voluminous. || I have, &c.

Nr. 6866. Grossbritannien. 18. Nov. 1878.

Cranbrook.

Nr. 6867.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in St.-Petersburg. — Das Verweilen der russischen Mission in Kabul.

Foreign Office, December 13, 1878.

My Lord, — Count Schouvaloff mentioned to me, in the course of conversation, on the 10. instant, that though the Russian Envoy who had been sent to Afghanistan had been recalled to Russia, the Russian Mission still remained at Cabul. I expressed great surprise at this statement, which was entirely new to me, and which, I was convinced, would be as new to my colleagues as to myself. I pointed out to him the untenable position taken up

Nr. 6867. Grossbritannien. 13. Dec. 1878.

Nr. 6867. Gross-britannien. 13. Dec. 1878. by the Russian Government, who admitted that the dispatch of a Mission had been an infraction of the understanding existing between the two countries only justified by the probability of war, but who now continued to maintain the Mission long after friendly relations had been fully re-established; and I earnestly urged upon him the expediency of withdrawing the Mission, the continued presence of which was entirely at variance with the engagements which were still in force between England and Russia. His Excellency admitted that the course followed by the Russian Government was abnormal. || He asked me whether I admitted that we had engaged to respect the independence of Afghanistan, basing his contention that such an engagement had been made by us upon the Momorandum contained in Lord Derby's despatch to Mr. Doria of the 25th October, 1875. || I said that all the engagements which we had taken, or which the Russian Government had taken, in that correspondence, I regarded as still binding; but I could not admit that the words used by Lord Derby went so far as to make the maintenance of the independence of Afghanistan a matter of engagement on our part towards Russia. || The discussion was renewed yesterday. || His Excellency intimated to me clearly that it was the intention of the Russian Government forthwith to withdraw their Mission. At the same time, he again asked me whether he might consider the understanding formerly arrived at with respect to Central Asia to be still in vigour; and whether we admitted that the recognition of Afghanistan as an independent State under British influence formed part of that understanding. He relied especially upon the language of the Memorandum of 1875. || I could only repeat England would adhere to all the undertakings she had given. The Memorandum did not, however, in our judgment, bear the construction which he placed upon it, and, therefore, I could not admit that we were under any engagement with respect to the independence of Afghanistan; but he might see from the speeches of Ministers in public that the maintenance of Afghanistan as an independent State under British influence was the policy which at present we desired to pursue. || Ultimately his Excellency observed that it might be desirable to reduce the substance of our conversation to the form of a note; a course to which I replied that I saw no objection. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 6868.

RUSSLAND. — Botschafter in London an den englischen Min. d. Ausw. — Zurückberufung der Mission von Kabul.

Nr. 6868. Russland. 19. Dec. 1878.

Londres, le 7/19 Décembre, 1878.

Mon cher Lord Salisbury, — Vous avez exprimé de la surprise en apprenant que la Mission Russe que vous avez cru avoir quitté Caboul s'y trouvait

encore. Vous m'avez rappelé la déclaration faite par M. le Sénateur de Giers au Chargé d'Affaires Britannique, concernant le caractère provisoire de cette Mission, envoyée dans des circonstances exceptionelles et lorsqu'il était à craindre en effet qu'une guerre n'éclatât entre l'Angleterre et la Russie. || J'ai reçu un télégramme du Prince Gortchacow dans lequel il me charge de vous demander si les arrangements entre la Russie et l'Angleterre, tels qu'ils existaient avant l'envoi de la Mission et tels qu'ils sont consignés dans la correspondance échangée à ce sujet entre les deux Cabinets, sont maintenus par le Gouvernement de la Reine, et s'ils conservent à ses yeux leur caractère obligatoire. || Sa Majesté l'Empereur est disposé, pour sa part, à observer tous les arrangements relatifs à l'Asie Centrale conclus entre la Russie et l'Angleterre, et à rappeler immédiatement la Mission Russe qui se trouve à Caboul. || Veuillez, &c.

Nr. 6868. Russland. 19. Dec. 1878.

Schouvaloff.

Nr. 6869.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den russischen Botschafter in London. — Anerkennung des obligatorischen Charakters der früheren Abmachungen in Betreff Central-Asiens.

Foreign Office, December 19, 1878.

My dear Count Schouvaloff, — In reply to your letter of this day's date I have to state to your Excellency that the continued presence of the Russian Mission at Cabul is the sole obstacle to a full revival of the understanding between the two Powers expressed in the correspondence which has passed between them upon the subject of Afghanistan and Central Asia; and when the Russian Mission is withdrawn, Her Majesty's Government will consider that all engagements on both sides with respect to those countries retain their obligatory character. || I have, &c.

Nr. 6869. Gross-britannien. 19. Dec. 1878.

Salisbury.

Orientalische Frage.

Nr. 6870.

OESTERREICH-UNGARN. — Konsul (Strautz) in Mostar an den k. k. Min. d. Ausw. — Die Stimmung in der Herzegowina.

Mostar, 21. März 1878.

Nr. 6870. Oesterreich-Ungarn. 21. März 1878.

Ich glaube nicht zu irren, wenn ich, auf eigene Beobachtung sowohl, als auch auf zuverlässige, unparteiische Mittheilungen gestützt, die Behauptung ausspreche, dass die gesammte muselmännische Bevölkerung in dieser Provinz von dem Bewusstsein durchdrungen ist, dass es in Zukunft mit der Ausnahmsstellung, die sie bisher einnahm, überhaupt ein Ende haben wird, und dass jede Reform, die im Lande angebahnt werden soll, zuerst damit beginnen muss, ihre Privilegien zu ignoriren und sie, wie die Christen, zur Pflicht unbedingten Gehorsams gegen die Regierung anzuhalten. Es handelt sich für sie also lediglich darum, bei der Neugestaltung der Dinge möglichst billigen Kaufes durchzukommen. Von diesem Standpunkte sind nun die Sympathien zu beurtheilen, welche die Muselmänner jetzt plötzlich für Oesterreich-Ungarn zeigen. || Da ihnen unter montenegrinischer Herrschaft Beschädigung an Besitz und Beeinträchtigung im Glauben bevorsteht, so ist es erklärlich, dass der Eintritt dieses Ereignisses von ihnen als das grösste Unglück angesehen und gefürchtet wird. Ebensowenig scheint ihnen ein autonomes Regime ihren Interessen entsprechend. Die orthodoxe Bevölkerung ist der Zahl und Bildung nach die erste und ohne Zweifel berufen, in Verwaltungsfragen und Gemeinde-Angelegenheiten eine Rolle zu spielen; sie wird theils aus Hass und Rachsucht, theils in Folge von Aufstachelungen keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ihre Ueberlegenheit die Anderen, namentlich aber die Muselmänner, fühlen zu lassen. Können diese Letzteren auch hoffen, dass die Katholiken sich nicht solchen rein aggressiven Schritten anschliessen, ja vielleicht in manchen Fragen mit ihnen gemeinschaftliche Sache machen werden, so sehen sie gleichwohl ein, dass in Fragen, welche auf Abstellung von Missbräuchen oder Einführung von Reformen abzielen, die ganze christliche Bevölkerung gegen sie sein wird, sie selbst also dann in Minorität bleiben müssen. || Dies sind die Gründe, warum die moham-

medanische Bevölkerung, wenigstens in einem erheblichen Bruchtheile, sich immer mehr der Auffassung zuneigt, in der Besitzergreifung dieser Provinz durch Oesterreich-Ungarn das einzige Mittel zu erblicken, wenigstens Gleichberechtigung mit den Christen zu geniessen und in ihrem Besitz, jedenfalls aber in ihrer Religion geschützt zu werden. ‖ Ich glaube noch bemerken zu sollen, dass die Vortheile des Anschlusses an die Monarchie für die hiesige muselmännische Bevölkerung ganz offen discutirt werden, und dass selbst die Spitzen der Behörden dieser Discussion weder ein Hinderniss noch Einsprache entgegensetzen. ‖ Geruhen u. s. w.

Nr. 6870. Oesterreich-Ungarn. 21.März1878.

Nr. 6871.

OESTERREICH-UNGARN. — General-Konsul in Serajewo (Wassitsch) an den k. k. Min. d. Ausw. — Die Stimmung in Bosnien.

Serajevo, 4. April 1878.

Nr. 6871. Oesterreich-Ungarn. 4. April 1878.

In Folge der beunruhigenden Gerüchte über das Auftauchen zahlreicher Insurgentenbanden im Kreise von Banjaluka wurde aus Tuzla das Redifbataillon Banjaluka und aus Serajevo das Redifbataillon Elbassan dahin abgesendet. ‖ Mit dem Eintritte des Frühjahres sind die Getreidepreise im Kreise von Serajevo bedeutend gestiegen. Der zahlreichen armen Bevölkerung werden dadurch neue Entbehrungen auferlegt. Der Wohlthätigkeitssinn der Begs findet nunmehr seine Schranken im Mangel an Bargeld und in dem Verbrauche der hier vorräthig gewesenen Getreidemengen. Es müssen die an der österreichischen Grenze deponirten, zur Ausfuhr bestimmt gewesenen Getreidevorräthe mit grossen Transportkosten hieher geschafft werden, um dem hereinbrechenden Mangel bis zur noch entfernten Ernte zu steuern. ‖ In Folge der Inspectionsreise des Vali-Stellvertreters, Constant-Pascha, welcher viele Unordnungen im Zvorniker Kreise vorfand, und in Folge der Wahrnehmungen über die Brauchbarkeit der im verflossenen Jahre angestellten Beamten wurden soeben unter den Bezirksvorstehern, Kaimakams, und Bezirksrichtern, Kadis, viele Absetzungen und Uebersetzungen angeordnet. ‖ Die Ungewissheit über die politische Zukunft Bosniens beschäftigt ausschliesslich die denkende Bevölkerung von Serajevo. Niemand vermag sich einen anderen Ausgang möglich zu denken, als den Anschluss dieses Landes an die österreichisch-ungarische Monarchie. Nur bezüglich der Modalitäten und der Nützlichkeit dieses Anschlusses bestehen Meinungsverschiedenheiten. Im Grossen und Ganzen ist die öffentliche Meinung vielfach und in den besitzenden Classen schlechthin überwiegend dem Anschlusse günstig. Es ist ein Zeichen in dieser Richtung, dass während der gegenwärtigen Krise den österreichisch-ungarischen Consulatsbeamten von den Behörden, Militärs und von den Notablen nicht nur mit der herkömmlichen

Nr. 6871. Oesterreich-Ungarn. 4. April 1878. Aufmerksamkeit, sondern mit erhöhter Achtung begegnet wird. || Dagegen treffen aus Sienica und Novi-Bazar Nachrichten über den grossen Unwillen der mohammedanischen Bevölkerung über den Anschluss an Serbien ein. Im Allgemeinen herrscht jedoch bezüglich dieser Angelegenheit noch grosse Dunkelheit. Viele bestreiten, dass jene Territorien zu Gunsten Serbiens und Montenegro's geschmälert werden sollen. Andere lassen die dortige muselmännische Bevölkerung bereits im Auswandern begriffen sein. Thatsächlich hat die dortige mohammedanische Bevölkerung mittelst Telegrammes an den Vali gegen jede Annexion an Serbien oder Montenegro protestirt, da sie sich als einen Theil der Provinz Bosnien betrachtet und bei derselben auch künftighin verbleiben will. || Genehmigen u. s. w.

Nr. 6872.

OESTERREICH-UNGARN. — Statthalter von Dalmatien (Feldzeugmeister Freiherr von Rodich) an den k. k. Min. d. Ausw. — Rückkehr der Flüchtlinge.

Zara, 16. Mai 1878.

Der mir mit dem hohen Telegramme vom 16. April ergangenen Weisung gemäss habe ich mit Telegramm vom 17. obigen Monats die k. k. Bezirkshauptleute von Benkovac, Knin, Sinj, Makarska, Ragusa, Cattaro, in deren Verwaltungsgebieten bosnische und herzegowinische Flüchtlinge verweilen, aufgefordert, mit aller Genauigkeit persönlich an Ort und Stelle zu erheben, ob unter den Flüchtlingen Neigung zur Heimkehr vorhanden sei, ob sie dazu unter Voraussetzung gleicher Zusicherung wie jene, welche die k. k. Regierung im Jahre 1876 bei der Pforte erlangt hatte, bereit wären, oder ob wirksamere Garantieen, namentlich wegen ihres Schutzes in der Heimat, geboten werden müssten. || Das Resultat der gepflogenen Erhebungen und Besprechungen ist aus den Berichten ersichtlich, welche ich mich beehre Euerer Excellenz zu unterbreiten. || Laut derselben haben die Flüchtlinge einstimmig erklärt, dass sie, durch bittere Erfahrungen und unzählige Enttäuschungen belehrt, den Versprechungen der türkischen Regierung ferner keinen Glauben schenken können, dass sie zur Heimkehr nur dann geneigt wären, wenn Bosnien und Herzegowina, falls die von ihnen sehnsüchtig gewünschte Annexion dieser Länder an Oesterreich, dessen väterliche und mildthätige Regierung ihnen die beste Zukunft verspricht, nicht stattfinden sollte, unter welchen immer, aber nur christlichen Fürsten gestellt werden würde, dass sie lieber in Noth hier verschmachten, als sich der türkischen Macht neuerlich unterwerfen wollen. || Von diesen Gesinnungen der Flüchtlinge konnte ich mich bei Gelegenheit meiner jüngsten Inspicirungsreise in der Provinz, ganz insbesondere zu Strmitza, Knin, Polača, Vrlika, überzeugen, bei welchem Anlasse sie mir die gleichen Erklärungen mit aller Bestimmtheit einstimmig und mit den bezeichnenden Aeusserungen wieder-

Nr. 6872. Oesterreich-Ungarn. 16. Mai 1878.

holten, wie sie der Schlussatz des Berichtes von Knin vom 10. d. M. verzeichnet, der in wörtlich deutscher Uebersetzung lautet: || „Massacrirt uns, ertränkt uns, wir wollen unter die Türken nicht mehr zurückkehren. Er (der Türke nämlich) mag uns versprechen, was ihm beliebt, wir glauben ihm nicht. Die Türken haben unsere Brüder, unsere Väter, unsere Kinder vernichtet, unsere Weiber und Mädchen fortgejagt, unsere Häuser geplündert und verbrannt, das Vieh abgetrieben. || Wir wollen nicht zurückkehren, sollten wir hier auch vom drückenden Hunger in Elend verschmachten. || Wird ein christlicher König in Bosnien, so sei er unser Herr und wir ewig seine Unterthanen.“ || An eine freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge ist daher absolut nicht zu denken. || Genehmigen u. s. w.

Nr. 6872. Oesterreich-Ungarn. 16. Mai 1878.

Nr. 6873.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in Konstantinopel. — Verhandlungen wegen Cypern.

Foreign Office, Mai 30, 1878.

Nr. 6873. Grossbritannien. 30. Mai 1878.

Sir, — The progress of the confidential negotiations which have for some time past been in progress between Her Majesty's Government and the Government of Russia make it probable, that those Articles of the Treaty of San-Stefano which concern European Turkey will be sufficiently modified to bring them into harmony with the interests of the other European Powers, and of England in particular. || There is, however, no such prospect with respect to that portion of the Treaty which concerns Turkey in Asia. It is sufficiently manifest, that, in respect to Batoum and the fortresses north of the Araxes, the Government of Russia is not prepared to recede from the stipulations to which the Porte has been led by the events of the war to consent. Her Majesty's Government have consequently been forced to consider the effect which these agreements, if they are neither annulled nor counteracted, will have upon the future of the Asiatic provinces of the Ottoman Empire and upon the interests of England, which are closely affected by the condition of those provinces. || It is impossible, that Her Majesty's Government can look upon these changes with indifference. Asiatic Turkey contains populations of many different races and creeds, possessing no capacity for self-government and no aspirations for independence, but owing their tranquillity and whatever prospect of political well-being they possess entirely to the rule of the Sultan. But the Government of the Ottoman dynasty is that of an ancient but still alien conqueror, resting more upon actual power than upon the sympathies of common nationality. The defeat which the Turkish arms have sustained and the known embarrassments of the Government will produce a general belief in its decadence and an expectation of speedy political change,

Nr. 6873. Gross-britannien. 30. Mai 1878. which in the East are more dangerous than actual discontent to the stability of a Government. If the population of Syria, Asia Minor and Mesopotamia see, that the Porte has no guarantee for its continued existence but its own strength, they will, after the evidence which recent events have furnished of the frailty of that reliance, begin to calculate upon the speedy fall of the Ottoman domination, and to turn their eyes towards its successor. || Even if it be certain, that Batoum and Ardahan and Kars will not become the base from which emissaries of intrigue will issue forth, to be in due time followed by invading armies, the mere retention of them by Russia will exercise a powerful influence in disintegrating the Asiatic dominion of the Porte. As a monument of feeble defence on the one side, and successful aggression on the other, they will be regarded by the Asiatic population as foreboding the course of political history in the immediate future, and will stimulate, by the combined action of hope and fear, devotion to the Power which is in the ascendant, and desertion of the Power which is thought to be falling into decay. || It is impossible for Her Majesty's Government to accept, without making an effort to avert it, the effect which such a state of feeling would produce upon regions whose political condition deeply concerns the Oriental interests of Great Britain. They do not propose to attempt the accomplishment of this object by taking military measures for the purpose of replacing the conquered districts in the possession of the Porte. Such an undertaking would be arduous and costly, and would involve great calamities, and it would not be effective for the object which Her Majesty's Government have in view, unless subsequently strengthened by precautions which can be taken almost as effectually without incurring the miseries of a preliminary war. The only provision which can furnish a substantial security for the stability of Ottoman rule in Asiatic Turkey, and which would be as essential after the re-conquest of the Russian annexations as it is now, is an engagement on the part of a Power strong enough to fulfil it, that any further encroachments by Russia upon Turkish territory in Asia will be prevented by force of arms. Such an undertaking, if given fully and unreservedly, will prevent the occurrence of the contingency which would bring it into operation, and will, at the same time, give to the populations of the Asiatic provinces the requisite confidence that Turkish rule in Asia is not destined to a speedy fall. || There are, however, two conditions which it would be necessary for the Porte to subscribe before England could give such assurance. || Her Majesty's Government intimated to the Porte, on the occasion of the Conference at Constantinople, that they were not prepared to sanction misgovernment and oppression, and it will be requisite, before they can enter into any agreement for the defence of the Asiatic territories of the Porte in certain eventualities, that they should be formally assured of the intention of the Porte to introduce the necessary reforms into the government of the Christian and other subjects of the Porte in these regions. It is not desirable to require more than an engagement in general terms; for the specific measures

to be taken could only be defined after a more careful inquiry and deliberation than could be secured at the present juncture. || It is not impossible, that a careful selection and a faithful support of the individual officers to whom power is to be entrusted in those countries would be a more important element in the improvement of the condition of the people than even legislative changes, but the assurance required to give England a right to insist on satisfactory arrangements for these purposes will be an indispensable part of any agreement to which Her Majesty's Government could consent. It will further be necessary, in order to enable Her Majesty's Government efficiently to execute the engagements now proposed, that they should occupy a position near the coast of Asia Minor and Syria. The proximity of British officers, and, if necessary, British troops, will be the best security that all the objects of this agreement shall be attained. The Island of Cyprus appears to them to be in all respects the most available for this object. Her Majesty's Government do not wish to ask the Sultan to alienate territory from his sovereignty, or to diminish the receipts which now pass into his Treasury. They will, therefore, propose that, while the administration and occupation of the island shall be assigned to Her Majesty, the territory shall still continue to be part of the Ottoman Empire, and that the excess of the revenue over the expenditure, whatever it at present may be, shall be paid over annually by the British Government to the Treasury of the Sultan. || Inasmuch as the whole of this proposal is due to the annexations which Russia has made in Asiatic Turkey, and the consequences which it is apprehended will flow therefrom, it must be fully understood that, if the cause of the danger should cease, the precautionary agreement will cease at the same time. If the Government of Russia should at any time surrender to the Porte the territory it has acquired in Asia by the recent war, the stipulations in the proposed agreements will cease to operate, and the island will be immediately evacuated. || I request, therefore, your Excellency to propose to the Porte to agree to a Convention to the following effect, and I have to convey to you full authority to conclude the same on behalf of the Queen and of Her Majesty's Government: —

Nr. 6873. Gross-britannien. 30. Mai 1878.

"If Batoum, Ardahan, Kars, or any of them shall be retained by Russia, and if any attempt shall be made at any future time by Russia to take possession of any further portion of the Asiatic territories of the Sultan, as fixed by the definitive Treaty of Peace, England engages to join the Sultan in defending them by force of arms. In return, the Sultan promises to England to introduce necessary reforms (to be agreed upon later between the two Powers) into the government of the Christian and other subjects of the Porte in these territories; and, in order to enable England to make necessary provision for executing her engagement, the Sultan further consents to assign the Island of Cyprus to be occupied and administered by England." || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 6874.

GROSSBRITANNIEN und **TÜRKEI.** — Defensiv-Allianz-Vertrag.

Nr. 6874. Gross-britannien und Türkei. 4. Juni 1878.

Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, et Sa Majesté Impériale le Sultan, étant mutuellement animés du désir sincère d'étendre et affermir les relations d'amitié heureusement existant entre les deux Empires, ont résolu de conclure une Convention d'alliance défensive dans le but d'assurer pour l'avenir les territoires en Asie de Sa Majesté Impériale le Sultan.

Leurs Majestés ont en conséquence choisi et nommé à cet effet comme leurs Plénipotentiaires, à savoir: —

Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, le Très-Honorable Austen Henry Layard, Ambassadeur Extraordinaire et Ministre Plenipotentiaire de Sa Majesté près la Sublime Porte;

Et Sa Majesté Impériale le Sultan, son Excellence Safvet-Pacha, Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Impériale;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, se sont convenus des Articles suivants: —

Article I.

Que dans le cas où Batoum, Ardahan, Kars, ou aucune de ces places seront retenues par la Russie, et si aucune tentative serait faite à une époque quelconque par la Russie de s'emparer d'aucune autre portion des territories de Sa Majesté Impériale le Sultan en Asie fixés par le Traité définitif de paix, l'Angleterre s'engage à s'unir à Sa Majesté Impériale le Sultan pour la défense des territoires en question par force d'armes. ‖ En revanche, Sa Majesté Impériale le Sultan promet à l'Angleterre d'introduire les réformes nécessaires (à être arrêtées plus tard par les deux Puissances) ayant trait à la bonne administration et à la protection des sujets Chrétiens et autres de la Sublime Porte qui se trouvent sur les territoires en question; et afin de mettre l'Angleterre en mesure d'assurer les moyens nécessaires pour l'exécution de son engagement Sa Majesté Impériale le Sultan consent, en outre, d'assigner l'Ile de Chypre, pour être occupée et administrée par elle.

Article II.

La présente Convention sera ratifiée, et l'échange des ratifications aura lieu dans l'espace d'un mois, mais si faire se peut plus tôt.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires de part et d'autre ont signé la présente Convention, en y apposant leurs sceaux.

Fait à Constantinople, le quatre Juin, de l'année mil huit cent soixante-dix-huit.

A. H. Layard.
Safvet.

Nr. 6875.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Innern an die kgl. Kongressbevollmächtigten. — Instruktion.

Foreign Office, June 8, 1878.

Nr. 6875. Grossbritannien. 8. Juni 1878.

My Lord, — Before the Congress enters upon its deliberations on the Treaty of San-Stefano there are some preliminary questions which it will be the duty of Her Majesty's Plenipotentiaries to bring before it. || In the first place the Congress should be invited to consider the expediency of terminating the anomalous position occupied by the Russian army at Constantinople. The state of war which existed between Turkey and Russia has been brought to an end by a preliminary Treaty, which is to form the subject of the deliberations of the Powers. Until a definitive Treaty has been made, the position of Russian troops in Turkish territory has been regulated by an Armistice. But the Russian troops stationed in the immediate neighbourhood of Constantinople occupy positions far in advance of those which the Armistice prescribes. This condition of things is not only at variance with the conditions of the contract into which Turkey and Russia have entered, but it is full of practical hazard. The danger of a collision can never be absent while troops recently in conflict are stationed in close proximity to each other, and the possibility of capturing such a prize as Constantinople tempts the more reckless spirits of the one army to aggression, while it disposes the other to constant apprehension and frequent panic. If this proximity is maintained during the sittings of the Congress, an idle rumour may at any time determine a movement, of which the results would be calamitous. These considerations should be pointed out to the Congress, and it should be invited to decide whether its sittings ought to be held under conditions so dangerous. If any attempt should be made to represent the advanced position of the Russian lines as being in any degree dependent on the presence of the British fleet in the Sea of Marmora, you are authorized to undertake that the fleet should be withdrawn simultaneously with the retirement of the Russian army. || Before the Congress enters upon its labours another question will require its decision. Several Governments not signatories of the Treaty of Paris will apply for admission to a portion at least of the sittings of Congress, in order that their case may be stated by their own agents, on those portions of the Treaty of San-Stefano which deeply concern them. Of these, Greece is bound by the closest ties to some of the populations with whose future condition the Treaty deals, and on this account appears to have the most indisputable claim to such a privilege. You will urge this claim of Greece on behalf of Her Majesty's Government at the opening of the Congress, and will make every effort to procure the concession of it in a large and liberal degree. The claims of Roumania and

Nr. 6875. Grossbritannien. 8. Juni 1878. Servia are not wholly free from question, first, because they are not as yet independent Governments, and, secondly, because by allying themselves with Russia they placed their rights in the hands of that Power, which did not think them entitled to be made parties to the Treaty of San-Stefano. But Her Majesty's Government, nevertheless, would be glad to see an indulgent view taken of their request, and to support their admission to those sittings of the Congress which specially concern them. || I have, &c.

R. A. Cross.

Nr. 6876.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in Berlin. — Ernennung zum Kongressbevollmächtigten und Instruktion.

Foreign Office, June 8, 1878.

Nr. 6876. Grossbritannien. 8. Juni 1878. My Lord, — I have the honour to inform you, that Her Majesty has been graciously pleased to appoint you, in conjunction with the First Lord of the Treasury and myself, to be one of her Plenipotentiaries at the approaching Congress, to be held at Berlin, to consider the Preliminary Treaty of San-Stefano. || In respect to a large number of questions of detail which will arise upon this instrument, the Government and the other Plenipotentiaries expect to derive much advantage from the experienced counsel which they will be certain of obtaining from your Excellency. It is only necessary, that I should sketch out to you the general principles upon which, in the judgment of Her Majesty's Government, a settlement should be effected. || The points upon which the most beneficial results are likely to arise from the exertions of Her Majesty's Plenipotentiaries in the deliberations of the Congress will necessarily be those in which the interests of England and the interests of other European Powers are alike directly concerned. || The matters which are dealt with in the earlier Articles of the Treaty of San-Stefano may not be considered as interesting England in a primary degree, but will not the less require the vigilant attention of the Plenipotentiaries. The frontiers, for example, to be assigned to Servia and Montenegro, and the arrangements to be made with respect to Bosnia and Herzegovina, though they are all comprised within the provisions of the Treaty of Paris, and therefore come within the category of subjects on which England is entitled, if she thinks fit, to express and sustain her opinion, belong to this class of questions. || Your counsels on these points will, in the first place, be directed to assure the welfare and the good government of the populations concerned; and you will not forget the ancient alliance between Austria and this country, and the general coincidence of their interests. It is important, that in the discussions of the Congress on these

matters you should support any legitimate proposals tending to benefit and strengthen the Austro-Hungarian Monarchy. But in doing so you will bear in mind that, if Russia should ultimately adhere to the proposals of the Preliminary Treaty, these do not touch the interests of England so closely as to justify the Plenipotentiaries in pushing their opposition so far as to break up the Congress on that account. || On the other hand, the proposed annexations in Asia, which have an injurious bearing upon the interests of Great Britain, are not likely to excite any serious opposition on the part of the other European Powers. It is understood, that there will be little difficulty in inducing the Russian Government to make considerable concessions in respect to that part of the conquered territory which includes the caravan-route from Trebizonde to Tabreez. But there is no ground for believing, that Russia will willingly give way in respect to Batoum, Kars, or Ardahan; and it is possible, that the arguments of England urged in Congress will receive little assistance from other Powers, and will not be able to shake her resolution in this respect. You will not, on that account, abstain from earnestly pressing upon them and upon Russia the justice of abstaining from annexations which are unconnected with the professed objects of the war, and profoundly distasteful to the populations concerned; and the expediency, in regard to the future tranquillity of Asia, of forbearing to shake so perilously the position of the Government of Turkey. In the event of the failure, in this respect, of the efforts of the English Plenipotentiaries, you will be made acquainted with the course which Her Majesty's Government have decided to pursue. || The other portions of the Treaty concern other Powers as well as England, and it is probable that, in respect to them, the English Plenipotentiaries will not be left to stand alone. None of the Powers, indeed, appear to attach so much importance to the union of Bessarabia with Moldavia, provided for in the Treaty of Paris, as to be willing to prevent by force the retrocession of that region by Roumania; not even those Powers to whose trade the Danube is an important outlet. England, therefore, whose direct interests are little affected, and whose means of action are comparatively restricted, could not assume the responsibility of doing so. A distinct protest, however, should be entered against a violation of international law, for which there seems to be little excuse, and which cannot be justified by reference to the purposes with which the war was undertaken. At the same time, the rights of the Powers with respect to the navigation of the Danube must be fully respected, and no countenance must be given to an interpretation of the XIXth Article of the Treaty of San-Stefano which would give to Russia in any case the power of keeping the Dobrutscha as Russian territory. || If, indeed, it shall happen, that Roumania should refuse to make the retrocession of Bessarabia in exchange for the equivalent which is offered, a case will arise which is not referred to in the Treaty of San-Stefano, and which will be outside the competence of a Congress summoned only to consider that Treaty. || The demand of Russia to be exclu-

Nr. 6876. Grossbritannien. 8. Juni 1878.

Nr. 6876. Gross-britannien. 8. Juni 1878.

sively consulted as to the administrative institutions of Bulgaria, Thessaly, Epirus, Crete and the other provinces of Turkey in Europe, cannot be accepted by the other Powers, and will, probably, not be maintained in argument. The claims which will undoubtedly be advanced by the Government of Greece in reference to some of these provinces will receive the careful consideration of Her Majesty's Plenipotentiaries, and, I doubt not, of the Representatives of the other Powers. || The constitution of the Province of Bulgaria will especially merit the attention of the English Plenipotentiaries. The tributary Principality, which, under the Treaty, extends to the Aegean on the south, and beyond the Lake of Ochrida on the west, and trenches closely on the important towns of Adrianople and Salonica, requires very material reduction. In the judgment of Her Majesty's Government, it should not be allowed to extend south of the Balkan range. Those parts of the territory south of that chain, which are principally inhabited by Bulgarians, ought to have the protection of institutions generally similar to those which were proposed at the Conference of Constantinople. Great care, however, should be taken that, while every necessary safeguard is provided for the good government of the population, the political and military authority of the Sultan's Government is sufficiently secured to provide against the risk of this province being made the field of treasonable intrigues or the gate of an invading army. While it may be proper, that the Turkish forces should not be cantoned among the body of the Bulgarian population, and especially in the neighbourhood of the towns which have been the scenes of lamentable calamities, it is very important for the security of Constantinople that they should continue to occupy the passes of the Balkans. England could not acquiesce in the institution of any local militia in that province, unless its principal officers are nominated by the Sultan. || It is essential, that the Greek populations which have been so largely included in the new Bulgaria by the Treaty should be preserved from the danger of absorption by a dominant Slav population, that Salonica and Cavalla should be kept at a distance from the jurisdiction of any State likely to fall under the influence of Russia, and that the Aegean littoral generally should remain in the hands of the Porte. But it is scarcely less important, that in the arrangements made for the government and defence of the territory south of the Balkans, the position of the Sultan should be made strategically so secure as to enable him to discharge independently the political duties which he has to perform. || The provision of the Preliminary Treaty, under which Russian troops will be permitted to occupy Bulgaria for two years with a force of 50,000 men, would enable Russia to impress her influence deeply, and perhaps ineffaceably, upon the organization of the new community. It will be the object of the Plenipotentiaries to diminish the length and force of this occupation to the utmost possible extent. || The financial questions arising out of the indebtedness of Turkey, the indemnity imposed upon her, and the distribution of all the liabilities she has incurred among the provinces which have acquired

a complete or partial independence, will require the most careful attention of the Plenipotentiaries. The difficulties will be chiefly in detail; but as matter of principle it will be necessary to provide that the securities to which Her Majesty's Government, as creditors of the Porte, are entitled, should be left entirely unaffected by the operation of the Treaty. Care must also be taken, that the indemnity, payable in money, shall not under any circumstances be made the pretext for a new demand of territory. || In respect to the Straits of the Bosphorus and Dardanelles, which are dealt with in the XXIVth Article of the Treaty, Her Majesty's Government will, in preference to the provisions of that Article, insist on the maintenance of the regulations which existed before the war. || I have, &c.

Nr. 6876. Grossbritannien. 8. Juni 1878.

Salisbury.

Nr. 6877.

TÜRKEI. — Adresse der kretensischen Generalversammlung an den Berliner Kongress. Zu Händen des Fürsten v. Bismarck.

[Uebersetzung.]

Durchlauchtigster Präsident! Anlässlich des Zusammentrittes des europäischen Congresses, dieses Areopages, welcher über das Loos und die Zukunft der Christen des Orients beschliessen wird und in dessen Hand das kretische Volk durch seine legitimen Vertreter in Uebereinstimmung mit dem Beschluss und Memorandum vom 3./15. Februar sein Geschick gelegt hat, beeilen wir uns, den erhabenen Stellvertretern der christlichen Grossmächte ehrfurchtsvoll die Sache des kretischen Volkes zu unterbreiten, welches seit Langem und so auch jetzt wieder um seiner Freiheit willen die Schrecken des Aufstandes besteht. || Kaum zehn Jahre sind verstrichen seit dem unheilvollen und blutigen Aufstande von 1866, in welchem Kreta von Bergspitze zu Bergspitze niedergeworfen wurde und sich abermals in die eiserne Nothwendigkeit versetzt sah, nachdem jedes Ausgleichsmittel erschöpft war, der noch frischen Wunde vergessend, gegen das Gouvernement der Hohen Pforte zu protestiren und der damals bevorstehenden europäischen Conferenz sein Geschick anheimzustellen — in der Erwartung, dieselbe würde zusammentreten, um die schwebenden Orientfragen ein für allemal zu regeln und jeden Anlass zur Erschütterung des europäischen Friedens in nächster oder späterer Zukunft beseitigen, folglich auch betreff unseres Vaterlandes Vorsorge treffen, dass es in jenen Zustand versetzt würde, welcher allein für die Gegenwart der entsprechendste und für die Zukunft gefahrlos. || Der Charakter des kretischen Volkes spiegelt sich klar und deutlich in seiner Geschichte. Seit den vielen Jahrhunderten, da die fremden Eroberer ihr Joch auf seinen Nacken legten, ist es allezeit un-

Nr. 6877. Türkei. 14. Juni 1878.

Nr. 6877. Türkei. 14. Juni 1878. wandelbar das nämliche geblieben — auch seit der türkischen Eroberung. Im Jahre 1769 erfolgte die erste Erhebung gegen die türkische Zwingherrschaft. Die zweite geschah 1821, und damals kämpften die Kreter durch zehn Jahre an der Seite ihrer hellenischen Brüder und bestanden zahllose Katastrophen, welche, wie die in den Schluchten von Milato, von Melidoni, Bafé und Elafoniso jedem Menschenfreunde Schaudern verursachten. Um zwei Drittel hatte sich in Folge dessen die christliche Bevölkerung vermindert, ohne dass es den Kretern vergönnt gewesen wäre, ihre Opfer vom Erfolge gekrönt, ihre nationale Restitution vollendet zu sehen, für welche das Gefühl, wie nur irgend ein Volk, das kretische mächtig beseelt. Nach weiteren zehn Jahren kam der Aufstand von 1841, dessen Resultat nicht günstiger war, als das des vorigen; allein man schritt zur Erhebung des Jahres 1858 und zur Revolution von 1866, die wegen ihrer Hartnäckigkeit und ihrer Leiden in der Revolutionsgeschichte vielleicht einzig dasteht und den herrlichsten Beweis liefert für die eiserne Beharrlichkeit der Kreter, die trotz Allem und Allem sich nicht beugten, sondern niedergeschmettert vor den Füssen des Siegers lagen. || Jedermann konnte damals mit Recht prophezeien, dass viele Decennien vorübergehen würden, bis das kretische Volk sich von seinen furchtbaren Leiden wieder erholen würde und, frei vom materiellen Zwange, im Stande wäre, seine Befreiung ins Auge zu fassen. Aber die Thatsachen selbst haben diese und ähnliche Voraussetzungen Lügen gestraft. Nach einem weiteren Decennium gab das gesammte Kreta neuerdings sein Verlangen deutlich zu erkennen; es stellte der Gerechtigkeit und Menschenfreundlichkeit Europa's die Erfüllung seiner Sehnsucht anheim und hoffte, dass es diesmal wenigstens neuen Katastrophen und Opfern entgehen würde. Leider sah es sich in seinen Hoffnungen getäuscht und abermals gezwungen, den Herausforderungen des Feindes die Stirn zu bieten. Und so brachen neue Katastrophen über unsere unglückselige Heimath herein, unter welchen wir Christen und unsere ottomanischen Mitbürger gleichmässig litten. || Aus diesen Ausführungen werden, wie wir glauben, die erhabenen Mitglieder des erlauchten europäischen Congresses die Ueberzeugung gewinnen, dass das kretische Volk schwerlich dauernder Ruhe und einer glücklichen Zukunft sich erfreuen wird, ohne dass seine heisse Sehnsucht in Erfüllung geht, sein brennendes Verlangen gestillt wird nach der Vereinigung mit dem freien Griechenland, an welches es unzerreissbare Bande knüpfen. Eine solche Lösung unserer heimathlichen Frage würde Europa völlig von den Sorgen befreien, welche ihm jedesmal die in kurzen Zwischenräumen wieder auftauchende kretische Frage bereitet. Die Türkei sähe sich befreit von übermässigen Kosten, die sie aufwenden muss zur Unterhaltung eines genügenden Truppenstandes und zur Errichtung von Forts und Wachtthürmen in den geeigneten Positionen. Die unglücklichen Kreter endlich könnten nach vielhundertjährigen Leiden und Blutvergiessen mit Zuversicht in die Zukunft blicken, im Genusse der Wohlthaten eines dauernden „Friedens" und dauernder „Ruhe", und würden nicht aufhören, dem menschen-

freundlichen christlichen Europa dankbar zu sein, welches jetzt entscheiden wird, ob Kreta genug Blut vergossen und genug Opfer gebracht hat, um seiner Freiheit würdig befunden zu werden, oder ob im Gegentheil ihm der Genuss der Freiheit für eine nahe oder spätere Zukunft vorbehalten bleibt. || Mit Vertrauen entgegensehend dem Entscheide des erlauchten Congresses, welcher uns heilig sein wird, bitten wir Euere Durchlaucht, Einsicht zu nehmen in den Beschluss und das Memorandum der Generalversammlung vom 3./15. Februar*), welches damals für die Consuln in Kanea beigelegt wurde und Sie über unsere Frage aufklären wird. Nr. 6877. Türkei. 14. Juni 1878.

Zizifé (Apokorona), 2./14. Juni 1878.

Euerer Durchlaucht ehrfurchtsvoll ergebene Diener
Ant. Michelidakis, Präsident.
Leonidas Matthäudakis, Christophor Markantonakis, } Vicepräsidenten.
Theod. Stavridakis, Generalsecretär.
(Folgen weitere 85 Unterschriften der Mitglieder der Generalversammlung.)

Nr. 6878.

GROSSBRITANNIEN und **TÜRKEI**. — Nachtrag zum Vertrage vom 4. Juni 1878, betreffend Cypern.

Le Très-Honorable Sir A. H. Layard, G.C.B., et Son Altesse Safvet Pacha, actuellement Grand-Vézir de Sa Majesté Impériale le Sultan, se sont convenus de l'Annexe suivant à la Convention signée par eux le 4 Juin, 1878, en qualité de Plénipotentiaires de leurs Gouvernements respectifs: — Nr. 6878. Gross-britannien und Türkei. 1. Juli 1878.

Annexe.

Il demeure entendu entre les deux Hautes Parties Contractantes que l'Angleterre consent aux conditions suivantes concernant son occupation et administration de l'Ile de Chypre: —

I. Qu'un Tribunal Musulman religieux (Mehkéméi Shéri) continuera d'exister dans l'île, lequel connaîtra exclusivement des affaires religieuses, et non pas d'autres, concernant la population Musulmane de l'île.

II. Qu'un résident Musulman de l'île sera désigné par le Département des Fondations Pieuses de la Turquie (Evkraf) pour diriger, de concert avec un Délégué à être nommé par les autorités Britanniques, l'administration des

*) S. Staatsarchiv Bd. XXXIV, Nr. 6714. Anm. d. Red.

Nr. 6878. Gross-britannien und Türkei. 1. Juli 1878.

fonds, propriétés et terres appartenant aux mosquées, cimetières, écoles Musulmans et autres établissements religieux existant dans l'Ile de Chypre.

III. Que l'Angleterre paiera annuellement à la Sublime Porte tout ce qu'est l'excédant actuel du revenu en sus des frais de l'administration de l'île, lequel excédant sera calculé et déterminé par la moyenne (de revenu) des dernières cinq années, fixée à 22,936 bourses, laquelle reste à être dûment vérifiée plus tard, et à l'exclusion du produit réalisé par la vente ou affermage des propriétés et biens immeubles appartenant à l'état et à la couronne Ottomane pendant cette période.

IV. Que la Sublime Porte pourra librement vendre et affermer des terres, terrains et autres propriétés en Chypre appartenant à l'Etat et à la couronne Ottomane (Arazii Miriyé vé Emlaki Houmayoun) dont le produit de vente ou affermage ne forme pas partie des revenus de l'île mentionnés dans l'Article III.

V. Que le Gouvernement Britannique pourra exercer par le canal de ses autorités compétentes le droit d'expropriation pour l'acquisition, à des prix convenables, des terres incultes et des terrains nécessaires devant servir aux améliorations publiques, ainsi qu'à d'autres buts d'utilité publique.

VI. Que dans le cas où la Russie restituerait à la Turquie Kars et les autres conquêtes faites par elle en Arménie pendant cette dernière guerre, l'Ile de Chypre sera évacuée par l'Angleterre et la Convention en date du 4 Juin 1878 cessera d'être en vigueur.

Fait à Constantinople, le 1er Juillet, 1878.

A. H. Layard.
Safvet.

Nr. 6879.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den französischen Min. d. Ausw. — Mittheilung des Vertrages, betreffend Cypern.

Berlin, July 7, 1878.

Nr. 6879. Gross-britannien. 7. Juli 1878.

M. le Ministre, — I inclose, for your Excellency's information, a copy of a Convention which England has recently entered into with the Porte. || It is, as you will observe, purely conditional in its tenour. || In the course of our *pourparlers* with Russia, when it became probable that on the Armenian conquests she would not, for the present, give way, it became necessary for Her Majesty's Government carefully to consider their position. The most menacing aspect of it was the entire isolation of Great Britain—so far as the prospect of material action was concerned — in regard to this part of the Russian annexations. If they could have looked upon the Tripartite Treaty of 1856 as still in vigour, they might have called on two powerful military allies to assist

them in maintaining the integrity of the Ottoman dominion. But Austria was only willing to take part in restoring the Porte to a certain independence in Europe, while France, by declarations of neutrality more than once made, both publicly and in correspondence, had clearly intimated her intention not to engage in war for the purpose of maintaining the stipulations of 1856. || I am in no degree calling this decision in question; it was dictated by a condition of public opinion to which, in England, we were not wholly strangers. But its effect was that, as regards the Asiatic conquests of Russia, we could count upon ourselves alone. || Your Excellency will not think it unnatural, that Her Majesty's Government came to the resolution not to attempt the reconquest of Kars and Ardahan. Even with allies, the undertaking would have been arduous and costly; alone we should have found it most formidable. || On the other hand Her Majesty's Government could not leave Western Asia lying unprotected at the feet of Russia. The prestige of her victories, proclaimed by the conquest and retention of so well-known a fortress as Kars, would have announced her to the Mesopotamian and other Asiatic populations as the coming Power, and the existing Government would have lost all hold on their hopes and fears. The disintegration and practical absorption of the countries lying between the sea and the Persian frontier must have inevitably followed. The interest of England in the maintenance of the political *status quo* in those countries is too great to allow Her Majesty's Government to acquiesce in such a result. They have, therefore, thought it necessary to undertake the onerous obligation of a defensive alliance with Turkey, if Russia should attempt to extend her annexations beyond the frontiers which the present negotiations will assign. || Her Majesty's Government cannot perform this engagement from such a distance as Malta. The experience of the present war has convinced them, that, under the existing conditions of warfare, such a task would be almost impossible. The Sultan has, therefore, assigned to England the Island of Cyprus, to be occupied and administered by the British Government during such time as the defensive alliance shall last. Her Majesty's Government have further made an agreement, of which I also inclose a copy, that, whenever Russia shall, for whatever reason, return to her Asiatic frontier as it existed before the last war, they will immediately evacuate the island, and that intermediately they will annually pay the Sultan whatever is ascertained to be the surplus of revenue over expenditure. || Your Excellency is well aware, that the advice has been from various quarters repeatedly pressed upon Her Majesty's Government to occupy Egypt, or at least to take the borders of the Suez-Canal. Such an operation might not have been at variance with English interests, and would have presented no material difficulties. But this policy has never been entertained by Her Majesty's Government. We had received an intimation from the French Government, that any such proceeding would be very unwelcome to the French people, and we could not but feel the reasonableness of their objection under existing circumstances. Her Ma-

Nr. 6879. Gross-britannien. 7. Juli 1878.

Nr. 6879. Grossbritannien. 7. Juli 1878. jesty's Government have constantly turned a deaf ear to all suggestions of that kind. || They have been likewise recommended to occupy some port on the coast of Syria, such as Alexandretta; but they felt, that, however carefully guarded, such a proceeding might, in the present temper of men's minds, be construed as indicating an intention to acquire territory on the mainland of Western Asia; and they did not desire to be suspected of designs which are wholly absent from their thoughts. They have, therefore, preferred to accept from the Sultan the provisional occupation of a position less advantageous indeed, but still sufficient for the purpose, and not exposed to the inconveniences I have mentioned. How long the occupation will continue it is impossible to foresee; but Her Majesty's Government are not without hope, that Russian statesmen will in due time satisfy themselves that the territory they have acquired is costly and unproductive, will recognize the futility of any plans which in any quarters may have been formed for making it a stepping stone to further conquests, and will abandon it as a useless acquisition. || In that case our *raison d'être* at Cyprus will be at an end, and we shall retire. || The Convention is, as your Excellency will doubtless have noticed, entirely within the Treaty rights of the two Powers, and therefore it would not, under ordinary circumstances, have been the subject of an official communication. But it is likely to be made public very shortly, and the thoroughly cordial relations which have so long existed between the Governments of France and England make me desirous that, in hearing the conclusion of an agreement of this importance, your Excellency should at the same time be fully informed of the considerations and exigencies by which it has been dictated. || I avail, &c.

Salisbury.

Nr. 6880.

OESTERREICH-UNGARN. — General-Konsul in Serajewo an den k. k. Min. d. Ausw. — Vorgänge in Serajewo, anlässlich des bevorstehenden Einmarsches.

Serajevo, 7. Juli 1878.

Nr. 6880. Oesterreich-Ungarn. 7. Juli 1878. Die neueste telegraphische Weisung Euerer Excellenz bezüglich des Einmarsches unserer Truppen zum Zwecke der Uebernahme der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina kam mir am Nachmittage des 3. d. M. zu. || Ich musste vor Allem darauf bedacht sein, den türkischen Beamten zu erschweren, durch Tactlosigkeit und Lügenhaftigkeit das Volk irrezuleiten und zu Excessen zu verführen. Das einzige Mittel, welches ich zu diesem Zwecke zur Verfügung hatte, schien mir darin zu bestehen, dass ich sogleich und persönlich einige

einflussreiche Mohammedaner über die neue politische Lage des Landes informire, dann aber, solange mir hiezu Zeit gelassen wird, auf Beamte und Militärs einwirke. || Ich sprach daher mit . . . . Beg, einem aufgeklärten bosnischen Patrioten; derselbe versicherte mich, dass er aus allen Kräften dafür sorgen werde, dass unsere Truppen in Bosnien und der Herzegowina bestens empfangen werden. Er sprach die Besorgniss aus, dass die egoistische, völkerzerstörende Politik Bosniens die rohen fanatischen, besitzlosen Classen zu Excessen verleite, und fand mein Vorgehen sehr zweckmässig, da den Notablen dadurch Zeit gelassen wird, das Volk vorzubereiten. Er lobte Euerer Excellenz Vorsorge für die Beamten und sprach seine Ueberzeugung dahin aus, dass nach einigen, unter unserer Verwaltung glücklich verlebten Jahren das Land einer freudigen Zukunft entgegengehen wird. || . . . . Beg nahm meine Mittheilung ebenfalls sehr freundlich auf. Er versprach mir, überall, wo er Güter und Freunde besitzt, dafür thätig zu sein, dass unsere Truppen freundlich empfangen werden. Er fügte hinzu, dass alle vernünftigen Mohammedaner in Bosnien sich in die neue, durch die Conferenz geschaffene politische Lage allmälig hineinfinden werden. Nur für einzelne Individuen der niederen Classen könne man nicht gutstehen. || . . . . Efendi sagte mir, dass er sich jederzeit offen dahin ausgesprochen habe, Bosnien und die Herzegowina können nur mehr unter österreichischer Verwaltung stehen. Da die Pforte seit Jahren unfähig ist, die Regierung hier zu führen, und die Conferenz sich für die Verwaltung des Landes durch Oesterreich-Ungarn entschieden hat, räth die Vernunft, alle Vorkehrungen zu treffen, dass der Uebergang so schmerzlos als möglich sich vollziehe. Er versprach mir, in dieser Richtung seinen Einfluss auszuüben, fügte jedoch bei, dass es einige Zeit brauchen wird, bis die unwissenden Mohammedaner der unteren Classen ihren Vortheil begreifen werden. || Jedem dieser drei Notablen erklärte ich, wie sehr es im Interesse der besseren mohammedanischen Classen liege, sich der Gunst der k. und k. Regierung würdig zu zeigen, und theilte ihnen auch mit, dass ich am nächsten Morgen mit den Civil- und Militärbehörden sprechen und ihnen auch mittheilen werde, welches Loos den Beamten zugedacht ist. Nicht minder bemerkte ich, dass, im Falle der Vali wegen des Empfanges unserer Truppen bereits Instructionen hat, ich auch hierüber mit ihm sprechen werde. Endlich hob ich hervor, dass es ihre Aufgabe werden würde, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Aufklärung ihrer Religionsgenossen zu besorgen und dieselben für die Occupation günstig zu stimmen. || Am 4. d. M. begab ich mich zum General-Gouverneur Mazhar-Pascha, erzählte ihm, was die Conferenz bezüglich dieses Vilayets beschlossen hat, machte ihn mit den grossmüthigen Intentionen Euerer Excellenz bezüglich der Beamten bekannt und fragte, ob er bereits Instructionen bezüglich des Empfanges unserer Truppen habe. Mazhar-Pascha sagte mir, er habe keinerlei Instructionen und bedauere deshalb, dass ihm von allen Seiten Nachrichten der imminenten Occupation zukommen. Nach seiner Auffassung der Pflichten eines Vali müsse er die Vertheidigung des Landes gegen die Occu-

Nr. 6880. Oesterreich-Ungarn. 7. Juli 1878.

15*

Nr. 6880. Oesterreich-Ungarn. 7. Juli 1878. pation auch ohne besondere Instructionen anordnen. Ich bemerkte hierauf, dass ich hier sei, und dass dieser Umstand das sicherste Zeichen sei, dass unsere Regierungen in Frieden leben; die Aufrufung der Baschibozuks sei daher nicht am Platze und könnte üble Folgen haben, die ihm zur Last fallen würden. Es schien mir, ihn überzeugt zu haben, dass er jedenfalls die Instructionen abwarten müsse, bevor er die fanatischen Massen aufregt. || Der Militärcommandant, Veli-Pascha, war von der Nachricht des bevorstehenden Einmarsches unserer Truppen sehr betroffen. Er sagte, dass er keinerlei Instructionen für diesen Fall habe, ja ganz unvorbereitet sei. || Am Nachmittage des 4. d. M. versammelte Mazhar-Pascha den Provinzialrath und mehrere mohammedanische Notablen zu einer ausserordentlichen Sitzung. Er trug vor, dass er von allen Punkten der Grenze Nachrichten habe, dass eine Occupation des Landes durch österreichisch-ungarische Truppen imminent sei, und dass die Zeit gekommen sei, alle Vorbereitungen zur Abwehr zu treffen. Er entwickelte nun in längerer Auseinandersetzung die Hilfsquellen des Landes an Menschen, Waffen, Munition und Nahrungsmitteln und wollte den Rath glauben machen, dass ein erfolgreicher Widerstand möglich sei. Bisher war es üblich, dass in so delicaten Dingen der Provinzialrath immer der Meinung des Vali war. Heute kam es anders. || . . . . Efendi nahm das Wort und sprach in nachstehender Weise: „Wir danken dem Vali für die Mittheilungen, die ihm von der Grenze zukommen, müssen aber bemerken, dass wir über denselben Gegenstand ebensoviel wie der Vali, ja mehr wissen. Es handelt sich um die Ausführung eines Beschlusses der Conferenz, und man weiss noch nicht, wie sich die Pforte der Occupation gegenüber verhalten will. Ich bitte daher den Vali, uns vor Allem mitzutheilen, was die Pforte zu thun beabsichtige.“ Als der Vali gestand, dass er es nicht wisse und soeben mit dem Commandirenden sich in Constantinopel angefragt habe, so beantragte . . . . Efendi, dass auch der Provinzialrath ein Telegramm absenden möge, um die Willensmeinung der Pforte kennen zu lernen. Der Antrag wurde zum Beschlusse erhoben. || Mittlerweile hatte der Consulatsdolmetsch, Herr Herkalović, sämmtliche Beamte von den gnädigen Entschlüssen Euerer Excellenz bezüglich ihres künftigen Looses unterrichtet und dadurch der neuen Sachlage günstig gestimmt. || Leider fand das Kriegsgeschrei Einzelner bei den Hodschas und bei dem Pöbel einen allen vernünftigen Mohammedanern unliebsamen Wiederhall. Schon in der Nacht vom 4. auf den 5. d. M. wurden hie und da Zusammenkünfte der Hodschas und des Pöbels bemerkt. Am 5. sah man beim Anbruche des Tages bereits bewaffnete Türken im Bazar, die den Ankommenden erzählten, der Feind rücke von allen Seiten auf Serajevo los; sie mögen daher die Läden geschlossen lassen und um ihre Waffen gehen, dann aber zurückkommen, um im Bazar zu berathen, was zu thun sei. Als Anführer des Pöbels tauchte der bekannte Bandit Hadji Loja auf, welcher von den Mohammedanern der niedersten Volksclasse sehr geachtet ist, da er nur Christen mordet und beraubt. Dieser Anführer einer im ganzen Lande zerstreuten Bande ist aus Serajevo, wo seine

Familie ununterbrochen domicilirt, und wurde von den Behörden seit geraumer Zeit verfolgt, da man ihn für besonders gefährlich hielt. Die Sympathien des mohammedanischen Pöbels schützten ihn jedoch gegen jede Entdeckung. So kam es, dass er sich in Serajevo versteckt halten und im geeigneten Momente öffentlich auftreten konnte. || Durch das geräuschvolle Treiben des bis an die Zähne bewaffneten Pöbels, der überall die Kaufläden und Werkstätten schliessen liess, durch das Auftauchen Hadji Loja's als Anführer und durch die übertriebensten Gerüchte aller Art wurde die christliche Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt. Es fehlte nicht an Drohungen gegen dieses Consulat und gegen unsere Unterthanen. In der Moschee stellte der Mufti den Antrag, dass das Consulatspersonale mit der österreichisch-ungarischen Colonie sogleich Bosnien zu verlassen gezwungen werden solle, und dass eine Deputation, mir diesen Entschluss anzukünden, abzusenden sei. Auf die von mehreren Seiten gemachte Bemerkung, dass die Vollziehung dieses Beschlusses durch den Vali erfolgen müsse, unterblieb jeder weitere Schritt in dieser Sache; allein in der Stadt hatte sich das Gerücht verbreitet, dass ich mit meiner Frau in der Caserne Zuflucht gefunden habe. Die barmherzigen Schwestern erwarteten, massacrirt zu werden, und sendeten einen Boten in das Consulat mit der Bitte, sie in dasselbe überführen zu lassen. Viele österreichisch-ungarische Unterthanen kamen in das Consulat, schilderten die Lage der Stadt und fragten, wie sie sich benehmen sollen, um Angriffe auf das Consulat und auf ihre Häuser abzuwehren. Jeder, der einen Gegner oder gar Feind hatte, fürchtete deren Rache in diesem Momente vollkommener Anarchie. Die Dalmatiner zeigten sich sehr muthig und verlangten nur von mir die Ermächtigung, in Vertheidigung ihrer Häuser gegen die gewaltsam Eindringenden ihre Waffen gebrauchen zu dürfen. || Ich beruhigte alle Erschienenen mit der Versicherung, dass nach meiner Ueberzeugung Niemand ein Leid zu besorgen habe. Jeder möge in seinem Hause bei seinen Angehörigen bleiben. Sollte eine ernstliche Gefahr drohen, so werde ich es der Colonie durch Aufhissung der grossen Flagge anzeigen und für die Vertheidigung des Consulates sorgen, in welches sie sich zurückziehen mögen. Aehnliches liess ich den barmherzigen Schwestern sagen. || Der Commandirende und der Adlatus des General-Gouverneurs, Constant-Pascha, machten schüchterne Versuche, das Volk zu beruhigen. Der Vali, welcher bereits seit längerer Zeit selbst den Schein der Regierung verloren hatte, war beinahe ganz allein im Regierungsgebäude, das des türkischen Feiertages wegen von Beamten nicht besucht worden war. || Bereits um eilf Uhr Vormittags, als der Pöbel in den zwei Hauptmoscheen sich versammelt hatte und seine Wünsche zu äussern begann, wurde es dem ruhigen Beobachter klar, dass derselbe weniger an das Vaterland, als an seine persönlichen Widersacher dachte. Vor Allem hatte er es auf den Commandirenden abgesehen, dem er albernerweise die den Deserteurs gegebenen Stockstreiche, die schlechte Kost und Kleidung und das Ausbleiben des Soldes zur Last legte. Bereits vor acht Tagen war dem Vali eine von Hunderten unterzeichnete Schrift um Abberufung

Nr. 6880. Oesterreich-Ungarn. 7. Juli 1878.

Nr. 6880. Oesterreich-Ungarn. 7. Juli 1878. des Commandirenden übergeben worden, der dieselbe nach Constantinopel abgesendet hatte. Nunmehr glaubte der Pöbel, der Augenblick sei günstig, um den Commandirenden zur Abreise zu zwingen. || Der Vali begab sich in die Caserne, wo er eine Versöhnungsscene mit Hadji Loja aufführte. || Die Soldaten in der Caserne, aus dem Werbebezirke Serajevo, das erste bosnische Jäger-Bataillon, fraternisirten mit dem Pöbel, liessen die Arrestanten entschlüpfen, warfen ihre schlechte Kost vor den Augen des Pöbels in den Fluss, schrieen aus den Fenstern: „Nieder mit dem Commandanten!“ und trieben so lange allerlei Unfug, bis durch das Zureden des Vali und einiger Notablen, vorzüglich aber durch die Meuterei der Soldaten, der Commandirende bewogen wurde, das Commando abzulegen und mit dem Vali und den Notablen die Caserne zu verlassen. || Als der Commandirende durch den Pöbelhaufen abzog, schrieen die Soldaten vom Fenster herab: „Schlagt ihn nieder!“. Der Pöbel schrie auf bosnisch: „Wir wollen dich nicht!“. Der Commandirende konnte sich nicht enthalten, auf türkisch zu antworten: „Auch ich will euch nicht!“. || Die dem Commandirenden, zugleich Präsidenten des Kriegsconseils für Verbrechen gegen die Verordnungen für den Belagerungszustand, zugefügte Schmach empörte vorzüglich die Officiere türkischer Nationalität. Sie wünschen das baldige Einrücken der österreichisch-ungarischen Truppen, damit dem Uebermuthe des Pöbels ein Ende gemacht werde, und behaupten, die bosnischen Soldaten sind so ungefügig geworden, dass sie beim ersten Kanonenschuss auseinanderlaufen würden. „Wer hat es je erlebt,“ rufen sie aus, „dass ein Räuber mit einer Lumpenschaar den Commandanten einer Division aus einer mit zwei Bataillons belegten Caserne herausholen und wegjagen lässt!“ Mancher dieser Officiere hielt sich sehr gut. Das Redifbataillon wollte in Masse desertiren und drängte sich einem Caserntbore zu, wurde aber von einigen echt türkischen Officieren mit Kolbenstössen zurückgewiesen. Am Abende des 5. traf ein Telegramm der Pforte ein, das die Situation in der Schwebe liess, da darin nur zur Ruhe ermahnt wurde, indem die Pforte unterhandle. || Als der Vali um diese Zeit mir seinen zweiten Dolmetsch zusendete, um mich zu ersuchen, Herrn Herkalović zu untersagen, dass er öffentlich spreche, weil dies die Türken irritire, war meine Geduld erschöpft. Ich liess ihm sagen, dass er heute mehr Unwürdigkeiten begangen habe, als er verantworten könne, und dass er der Letzte wäre, bei dem ich Schutz für das Consulat und die Colonie suchen würde. Zuerst predige er einen Kreuzzug gegen eine befreundete Grossmacht, erhitze die Gemüther des Pöbels und gefährde dadurch die Ruhe und Sicherheit der Bevölkerung. Nun alliire er sich mit einem Räuber und helfe den Commandirenden vertreiben. Im Momente der Gefahr, da er das Commando im Regierungsgebäude führen sollte, befinde er sich in der Moschee, wo ihn weder ich, noch ein anderer Consul ohne Lebensgefahr aufsuchen und sprechen könne. || Als ihm der zweite Dolmetsch meine Bemerkungen vorgetragen hatte, sendete er Constant-Pascha und später auch Yorgaki Efendi zu mir, um seine Vorgangsweise zu beschönigen. Ich constatirte mit diesen

zwei Herren, dass der Vali selbst zum Scheine nicht mehr regiere, da der Pöbel unumschränkter Herr der Situation ist. Nur wenige Notablen hatten den Muth, öffentlich missbilligend aufzutreten. Alles musste sich, namentlich auch Orthodoxe und Katholiken, dem Verlangen des Pöbels fügen. || Genehmigen u. s. w. Nr. 6880. Oesterreich-Ungarn. 7. Juli 1878.

Nr. 6881.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Min. d. Innern. — Uebersendung der Berliner Kongressakte.

Berlin, July 13, 1878.

Sir, — I have the honour to inclose a copy of the Treaty which was signed to-day at Berlin by the seven Signatory Powers of the Treaty of Paris. The Treaty is one of unusual length, and enters fully into the various questions raised by the Treaty of San-Stefano, so far as they affect the dispositions of the Treaty of Paris. The alterations which are made in the Preliminary Treaty are very large, and extend to nearly all the Articles of that instrument. Their general effect has been to restore, with due security for good government, a very large territory to the Government of the Sultan; and they tend powerfully to secure from external assault the stability and independence of his Empire. Provisions having for their object to insure entire equality of all religions before the law have been applied to all the territories affected by the Treaty. || The policy which has received the sanction of the Congress of Berlin is generally coincident with that which has been sustained by Her Majesty's Government since the Treaty of San-Stefano was published, and which was indicated in the Circular of the 1st April. A statement has been made, and constantly repeated, especially upon the Continent, that the views set forth in that despatch have been abandoned in the subsequent action of Her Majesty's Government. To obviate the continuance of such a misconception, it may be well to point out in detail how far the decisions to which Her Majesty's Government have assented in the Congress of Berlin correspond with the language of the Circular. || The essential contention of the Circular, that the Articles of the Preliminary Treaty, as being a departure from the Treaty of Paris, must be discussed by Congress as a whole, has, it is hardly necessary to say, both in theory and practice, been admitted to the largest possible extent. Of the detailed objections made in the Circular to the Treaty of San-Stefano, the first and the most important is couched in the following terms: — || "The most important consequences to which the Treaty practically leads are those which result from its action as a whole upon the nations of South-Eastern Europe. By the Articles creating the new Bulgaria, Nr. 6881. Gross-britannien. 13. Juli 1878.

Nr. 6881. Gross-britannien. 13. Juli 1878. a strong Slav State will be created under the auspices and control of Russia, possessing important harbours upon the shores of the Black Sea and the Archipelago, and confering upon that Power a preponderating influence over both the political and commercial relations in those seas. || It will be so constituted as to merge in the dominant Slav majority a considerable mass of population which is Greek in race and sympathy, and which views with alarm the prospect of absorption into a community alien to it not only in nationality, but in political tendency and religious allegiance. || The provision by which this new State is to be subjected to a ruler whom Russia will practically choose, its administration framed by a Russian Commissary, and the first working of its institutions commenced under the control of a Russian army, sufficiently indicates the political system of which in future it is to form a part." || It will be seen, that all these objections have been removed by the Treaty of Berlin. It has radically changed the disposition of the vast region to which, in the Treaty of San-Stefano, the name of Bulgaria is given. Nearly two-thirds of it have been replaced under the direct political and military rule of the Sultan; and in this retransfer are included Thrace and Macedonia, in which the Greek populations affected by that instrument are almost exclusively to be found. Bulgaria, speaking generally, is now confined to the river barrier of the Danube, and consequendly has not only ceased to possess any harbour on the Archipelago, but is removed by more than a hundred miles from the neighbourhood of that sea. On the Euxine, the important port of Bourgas has been restored to the Government of Turkey; and Bulgaria retains less than half the seaboard originally assigned to it, and possesses no other port except the roadstead of Varna, which can hardly be used for any but commercial purposes. The new Slav State therefore is no longer strong—no longer merges in a Slav majority any considerable mass of Greek population, and will certainly not confer upon Russia any preponderating influence over either the political or commercial relations of those seas. || The events of the late war must for many years secure to Russia a great authority in this State, which will be assisted by affinity of language and similarity of religion. But the influences under which its institutions were to have been formed, and to have commenced their working, will no longer be specially Russian. The Russian and Ottoman Commissaries, who will supervise the election of the Prince and the selection of a Constitution by the "Notables," will be placed under the authority of the Conference of Ambassadors at Constantinople, acting through a Consular Commission upon the spot; and the retirement of the Russian army from the province must take place before the period at which the working of the new institutions is to begin. Its Administration, therefore, will be framed by others besides a Russian Commissary, and the first working of its institutions will not be commenced under the control of a Russian army. || The territorial severance from Constantinople of the provinces left under the Government of the Porte by the extension of

Bulgaria to the Aegean, was another of the results which was indicated by the Circular of the 1st April as tending to weaken the political strenght of the Government of Turkey. The restriction of Bulgaria to the valley of the Danube has necessarily restored the continuity of the dominions remaining to the Porte. The special protection which is stipulated for ecclesiastics of the Russian religion and for Russian monasteries on Mount Athos, and the power reserved to the Russian Government of shaping the institutions to be given to the rest of European Turkey, were objected to by Her Majesty's Government as tending to increase the power of the Russian Empire in the countries and on the shores where a Greek population predominates. || These exclusive stipulations have been entirely abandoned. The Treaty contains large provisions for securing religious liberty to all persons, natives or foreigners, living within the Ottoman dominions; but no special privileges are created for the members of any single nation. Improved institutions will be given to Thessaly and Epirus; but their form will be determined in the last resort, not by the Government of Russia, but by a European Commission. || The pecuniary indemnity, to which many objections were taken by Her Majesty's Government, has been excluded altogether from the Treaty at Berlin. The Congress declined to revise a contract which was no infraction of the Treaty of Paris, and which it was therefore within the competence of two independent Powers to conclude. But declarations were made in Congress and are recorded upon the Protocol which profoundly modify its practical effect. The Russian Plenipotentiaries declared, that Russia would not seek to annex territory in satisfaction of the indemnity, and that they would not contend that it should be preferred either to debts guaranteed by other Governments, or to debts, in respect to which Turkish revenues had been hypothecated. The English Plenipotentiaries declared, that they could not recognize in the indemnity any claim of priority over the debts of any kind which were anterior to it in date. It results from these declarations, that Turkey is not internationally bound, and cannot be compelled to pay any portion of the indemnity until the claims of all the creditors of loans anterior to the war have been paid in full. If the prosperity of Turkey should ever increase to such a height as to satisfy this condition, then the indemnity may be undoubtedly demanded. But in such a contingency it will no longer be a disproportional, or even a heavy burden upon the finances of Turkey. The stipulation must be regarded as one which in its actual form is not contrary to international law, but of which the performance must, in the nature of things, be postponed to a period infinitely remote. || The replacement under Turkish rule of Bourgas, and the southern half of the seaboard of Bulgaria on the Euxine, and the strictly commercial character assigned by the Treaty to Batoum, have largely obviated the menace to the liberty of the Black Sea which was contained in the original proposals. The retrocession of the district of Bayazid necessarily removes all apprehensions of any obstacle being interposed to arrest the European

Nr. 6881. Gross-britannien. 13. Juli 1878.

Nr. 6881. Grossbritannien. 13. Juli 1878. trade from Trebizond to Persia. || So far, the Congress has applied an adequate remedy to all the dangers which, in the judgment of Her Majesty's Government, were threatened by the Treaty of San-Stefano. || On the other hand, the provisions of the Treaty of Berlin have not withdrawn from Russia any of the Armenian strongholds which had been acquired in the late war, though a portion of the annexed district has been surrendered. || Her Majesty's Government have already provided by arrangements, external to the action of the Congress, suitable precautions against the dangers threatened by those annexations. || This completes the list of the detailed objections advanced against the Treaty of San-Stefano in the Circular of April. With the exception of those last named, which are dealt with by the recent Convention with Turkey, these objections have all been met by the Treaty of Berlin. || But in that Circular it was emphatically declared, that it is not to any of those details, taken separately, that the opposition of England was chiefly directed: — || "Their separate and individual operation, whether defensible or not, is not that which should engage the most earnest attention of the Signatory Powers. Their combined effect, in addition to the results upon the Greek populations and upon the balance of maritime power which have been already pointed out, is to depress, almost to the point of entire subjection, the political independence of the Government of Constantinople. It cannot be otherwise than a matter of extreme solicitude, that that Government should be so closely pressed by the political outposts of a greatly superior Power, that its independent action or even existence is almost impossible." || To these three cardinal objections the Congress of Berlin has supplied an entire remedy. The Greek populations no longer fall within the boundaries of the autonomous Slav Principality; and all Russian influence has been removed to a distance from the shores of the Aegean Sea. The same territorial arrangements have the effect of attaining the essential aim which in their recent negotiations Her Majesty's Government have had in view—the independent existence and action of the Government of Constantinople. The political outposts of Russian power have been pushed back to the region beyond the Balkans; and its opportunities for establishing influence in the reduced Bulgaria have been materially diminished. || The Sultan's dominions have been provided with a defensible frontier, far removed from his capital. The interposition of the Austrian Power between the two independent Slav States, while it withdraws from him no territory of strategical or financial value, offers him a security against renewed aggression on their part which no other possible arrangement could have furnished. Rich and extensive provinces have been restored to his rule; at the same time that careful provision against future misgovernment has been made, which will, it may be hoped, assure their loyalty and prevent a recurrence of the calamities which have brought the Ottoman Power to the verge of ruin. || Arrangements of a different kind, but having the same end in view, have provided for the Asiatic dominions of the Sultan security for the present, and the hope of

prosperity and stability in the future. || Whether use will be made of this—probably the last—opportunity which has been thus obtained for Turkey by the interposition of the Powers of Europe, and of England in particular, or whether it is to be thrown away, will depend upon the sincerity with which Turkish statesmen now address themselves to the duties of good government and the task of reform. || I have, &c. Nr. 6881. Gross-britannien. 13. Juli 1878.

Salisbury.

Nr. 6882.

FRANKREICH. — Conseilspräsident und interim. Min. des Ausw. (M. Dufaure) an den ersten Bevollmächtigten Frankreichs beim Berliner Kongress (M. Waddington). — Anerkennung für die Vertretung auf dem Kongresse.

Paris, le 13 juillet 1878.

Monsieur et cher Collègue, au moment où se terminent les travaux du Congrès de Berlin, j'ai le devoir de vous remercier des communications que vous avez bien voulu m'adresser et qui, depuis votre départ de Paris, m'ont régulièrement tenu au courant des délibérations poursuivies entre le Représentants assemblés des grandes Puissances de l'Europe. J'ai eu soin d'en donner connaissance à M. le Président de la République et à MM. les Ministres, en Conseil. Le Gouvernement, dont vous aviez mission de faire entendre la voix, s'est plu à reconnaître la fidelité et la dignité avec lesquelles, en toute occasion, vous avez rempli le mandat confié à votre patriotisme. Assisté de MM. de Saint-Vallier et Desprez, vous avez maintenu l'honneur et garanti les intérêts de la France sans encourir des compromissions ou contracter des engagements qui, pesant sur notre politique, enchaînant pour l'avenir la liberté de nos appréciations et de notre action, eussent été en opposition directe avec le voeu hautement manifesté du pays. || Lorsque nous avons reçu et accepté l'invitation d'assister au Congrès, la pensée qui nous dirigeait a été de concourir au rétablissement ou à l'affermissement de la paix entre les Puissances, sans nous départir en aucune façon de notre neutralité. Cette pensée, que le Gouvernement s'est appropriée, était en réalité celle de la nation elle-même. Sa volonté à cet égard ne donnait prise à aucune incertitude; tous les partis, sans distinction d'origine ou de nuance, s'accordaient à nous recommander une conduite avant tout pacifique et neutre. Quelques jours avant de vous rendre à Berlin, vous avez exposé à la tribune de la Chambre des Députés cette politique, que vous avez adoptée dans la conviction qu'elle était en effet la seule compatible avec nos intérêts actuels; un vote unanime de l'Assemblée témoignait de l'accord de vos idées avec celles de la France entière et vous traçait, en même temps, une règle stricte dont il vous Nr. 6882. Frankreich. 13. Juli 1878.

Nr. 6882. Frankreich. 13. Juli 1878. était interdit désormais de vous écarter. || Grâce à une attitude à la fois mesurée et ferme, vous avez su, dès vos premiers entretiens avec vos Collègues des autres nations, marquer la place que vous entendiez prendre dans les travaux du Congrès et concilier à la France le respect de tous les Gouvernements, sans vous immiscer dans des discussions où vous auriez été obligés de prendre parti pour les uns ou pour les autres. Étrangers aux conflits qui, depuis plus de deux ans, avaient déchiré l'Orient et fait éclater la rivalité des Cabinets, il ne nous convenait pas, vous l'avez compris, d'intervenir dans le débat des transactions, au moyen desquelles des Puissances, séparées par leurs intérêts ou par leurs aspirations, trouvaient opportun d'établir aujourd'hui entre elles un régime de compromis. Lorsque les Plénipotentiaires de ces pays ont fait appel à votre collaboration pour donner une forme définitive à leurs accords, vous avez eu soin de dégager votre responsabilité personnelle, de réserver en termes exprès l'opinion du Gouvernement français sur le fond même des solutions adoptées, et vous avez insisté sur la pensée de conciliation qui, seule, vous déterminait à acquiescer à un désir manifesté d'ailleurs de la façon la plus courtoise pour vous et la plus honorable pour votre pays. || En suivant cette ligne de conduite, vous avez gagné l'adhésion des Puissances à des principes que notre pays a toujours tenu à honneur d'inscrire sur son drapeau et assuré le respect des grands intérêts moraux qui, en Orient, se recommandent traditionnellement à notre sollicitude. || Il vous a été permis ainsi de faire prévaloir, dans l'organisation des territoires affranchis de la domination ou de la suzeraineté ottomanes, des maximes de liberté pour tous les cultes et d'obtenir le maintien des Capitulations aussi bien que celui des immunités de l'Église catholique dans la Bulgarie et la Roumélie orientale. Ces deux Provinces sont en outre demeurées relieés à la Turquie par l'uniformité du régime commercial, ce qui constituera une précieuse simplification dans leurs relations économiques avec tous les pays. Vous avez fait insérer dans le texte même du Traité de Berlin une clause qui consacre expressément nos priviléges séculaires en matière de protection dans les Lieux Saints et dans les autres contrées de l'Empire turc. || Non contents de garantir et d'étendre les bases de notre influence morale dans les affaires de l'Orient, vous avez pris en main la cause des différentes nationalités qui, dans cette région du monde, avaient pour ainsi dire un titre à notre bienveillance et au développement desquelles notre assistance amicale à d'autres époques avait déjà puissamment contribué. Les Roumains, les Grecs, la population catholique des Mirdites, rattachée à nous par une longue tradition de bons offices, ont éprouvé tour à tour les effets bienfaisants de votre initiative. || En résumé, Monsieur et cher Collègue, vous n'avez négligé aucun soin pour que les stipulations de Berlin, quelle que dût être leur valeur durable comme oeuvre de transaction entre des intérêts rivaux, portassent du moins la trace de l'intervention active et résolue de nos Plénipotentiaires en faveur de principes et de causes que la France ne déserte jamais, même aux heures où, du fait de circonstances

d'ordre général qui la dominent, elle est condamnée en quelque sorte à s'oublier elle-même. L'Europe se montre reconnaissante envers nous de nous être prêtés, dans les conditions qu'elle a jugées les seules possibles, à une transformation devenue inévitable en Orient; le pays vous saura gré de la fermeté avec laquelle, dans cette conjoncture délicate, vous avez soutenu les traditions qui lui font le plus honneur, sans l'engager dans aucun lien compromettant pour sa neutralité. || Agréez, &c.

Nr. 6882. Frankreich. 13. Juli 1878.

Dufaure.

Nr. 6883.

OESTERREICH-UNGARN. — General-Konsul in Serajewo an den k. k. Min. d. Ausw. — Weiterer Bericht über die Vorgänge in Serajewo.

Serajevo, 15. Juli 1878.

Nr. 6883. Oesterreich-Ungarn. 15. Juli 1878.

In Fortsetzung meiner Berichte melde ich Euerer Excellenz, das die Gerüchte von den Vorgängen in Serajevo in den Kreisstädten ähnliche Bewegungen, jedoch in viel geringerem Maassstabe, hervorriefen. Nur die in Travnik stattgehabten Auftritte haben einen Tag hindurch den General-Gouverneur für die Ruhe dieser Stadt besorgt gemacht, da daselbst nur eine Garnison von vier Compagnien liegt, die mohammedanische Bevölkerung aber fanatischer sein soll als irgendwo in Bosnien. Es wurden am 10. d. M. der Bazar und sämmtliche Verkaufsgewölbe in Travnik im Auftrage der Mohammedaner geschlossen. Dieselben traten hierauf bewaffnet zur Berathung zusammen und fassten den Beschluss, nöthigenfalls mit Gewalt durchzusetzen: dass die weltlichen Gesetze abgeschafft und nur die religiösen Gesetze, Scheriat, beibehalten werden, dass die Rekrutirung fernerhin in Bosnien nicht gestattet ist, dass die Christen abermals die Kopfsteuer zu zahlen haben u. s. w. In Folge der Vorstellungen des Mutessarifs und namentlich mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit, sich dem zu fügen, was in Serajevo beschlossen werden wird, gingen die dortigen Mohammedaner abermals an ihre Geschäfte, die im Ganzen nur vier Stunden unterbrochen geblieben waren. || Ich erwähne noch zweier Scenen, die sich später in Travnik zugetragen haben, um auf die dortigen Begebenheiten nicht mehr zurückzukommen. Am 11. sassen die Officiere der dortigen Garnison im Freien am Ufer des Flüsschens, tranken und scherzten. Da sich viele Neugierige einfanden und mehrere derselben sehr zudringlich wurden, stand ein Officier auf, um dieselben abzuweisen. Einem Burschen, der nicht weichen wollte, versetzte der Officier einige Hiebe mit der flachen Klinge. In Folge dieser Scene, die sehr übertrieben in der Stadt erzählt wurde, erfolgte abermals die Schliessung des Bazars, bis die Wahrheit allgemein bekannt wurde. || Der hiesige Volkstribun Hadji Loja entsendete bald nach

Nr. 6883. Oesterreich-Ungarn. 15. Juli 1878.

dem Beginne der Bewegung in Serajevo seinen Bruder, einen allgemein bekannten Räuber, mit fünf anderen Malviventen nach Travnik, um dort die Bewegung zu leiten. Diese sechs Männer kamen am 12. d. M. in Travnik an, bezogen einen Han und liessen Branntwein und zwei Dirnen kommen, um ein Gelage zu halten, anstatt an ihre Aufgabe zu gehen. Der Mutessarif meldete mittelst Telegramms das Erscheinen der Räuberbande in der Stadt und erhielt von hier die Instruction, sich derselben sogleich zu bemächtigen. Soldaten und Gendarmen umzingelten den Han und eröffneten gegen die Räuber, die sich zur Wehr setzten, ein Gefecht, das ihnen die Bande in die Hände lieferte, nachdem der Bruder des Hadji Loja gefallen und ein anderer Räuber tödtlich verwundet worden war. Die Soldaten hatten einen Todten und zwei Verwundete, die Gendarmen einen Todten. Der die Expedition befehligende Officier erhielt sogleich den Medjidié-Orden fünfter Classe. || Am 11. liess mir der Vali mittheilen, dass er benachrichtigt worden sei, die Abmachungen zwischen der österreichisch-ungarischen Regierung und der Pforte bezüglich der Occupation dieser Länder seien einverständlich zu Ende geführt worden, und er werde mit der Post die Instructionen erhalten. Da die Post von Constantinopel hieher vierzehn Tage braucht, so würden die Instructionen nicht vor Ende dieses Monates hier eintreffen können. Dieselbe Mittheilung machte er in vertraulicher Weise auch mehreren Notablen. Dagegen verheimlichte er dem Volke jeden die Occupation des Landes betreffenden Pforten-Beschluss oder stellte ihn als zweifelhaft dar, so dass die Massen eher an den Krieg als an einen friedlichen Einmarsch glaubten. Späterhin wurde vom obigen Einverständnisse nicht mehr Erwähnung gemacht; jedenfalls fand es der Vali für angemessen, ausser mir und den Notablen keinem Anderen hierüber Mittheilung zu machen. || Die verschiedenen Anzeichen, dass die Occupation in friedlicher Weise vor sich gehen werde, bewogen die Notablen, zu einer Unterredung zusammenzutreten, um Mittel aufzufinden, durch die der schleppende Gang der Entwickelung der Situation beschleunigt würde. Es wurde beschlossen, zunächst die Pforte um deutliche Erklärungen zu ersuchen, ob sie Widerstand zu leisten gedenkt oder nicht. Denn im letzteren Falle müssten Vorbereitungen zur Beruhigung des Volkes und zum Empfange der fremden Truppen getroffen werden. Unter den Empfangsvorbereitungen erwähnte man Deputationen an die Grenze zum Empfange der einrückenden Truppen, ferner eine grosse, aus Bewohnern aller Gegenden Bosniens und der Herzegowina zusammengesetzte Deputation, welche sich nach Wien an das Allerhöchste Hoflager zu begeben und Seiner k. und k. Apostolischen Majestät und Euerer Excellenz den Dank des Landes zu entrichten hätte. Auch sollte ein Telegramm an die Pforte abgehen, womit man erklärt, dass das Land sich der Occupation, als von der Pforte gebilligt, unbedingt unterwerfe. || Am 13. wurde in Gegenwart des Commandirenden, Hafiz-Pascha, und vieler aus anderen Orten herbeigekommener Mohammedaner abermals eine Sitzung des Provinzialrathes mit Intervenirung der Mitglieder des aufgelösten Volksausschusses ab-

gehalten. Im Verlaufe der Bewegung hatte bereits Hadji Loja das Volk mit Erzählungen von russischen Grausamkeiten in Bulgarien zum Widerstande gegen unsere Truppen gehetzt. In dieser Sitzung war es ein Mufti aus Tašlidža, der von den Grausamkeiten der fremden Truppen sprach und den Bosniern die Versicherung gab, dass sie mit Leichtigkeit unsere Truppen zurückwerfen würden. Er citirte den Koran, wornach jeder Gläubige bei seinem Seelenheile verpflichtet ist, gegen den Feind zu kämpfen und, ohne Rücksicht auf Hab und Gut, ins Feld zu rücken. Denjenigen, die dies zu thun sich weigern, müssen die Häuser geplündert und verbrannt, sie selbst aber in die Verbannung gesendet werden. Keiner sehe darauf, ob der Sieg möglich ist oder nicht, sondern jeder habe vor Augen, dass der Tod von Feindeshand ihn zum Märtyrer seines Glaubens und des Paradieses theilhaftig mache. Zur grossen Entrüstung des denkenden Theiles des Provinzialrathes erklärte sich die Mehrzahl sogleich bereit, das Land zu den Waffen zu rufen. || Hafiz-Pascha, um seine Meinung befragt, erklärte, dass sie sich eine ganz irrige Vorstellung von der Disciplin der österreichisch-ungarischen Truppen und namentlich von ihrem Benehmen gegen Frauen und friedliche Bewohner machen. Er erzählte ihnen, dass er mit seinem Harem mehrere Tage mit einem Bataillon österreichischer Soldaten auf einem Dampfer reiste, dass seine Frau und ihre Dienerinnen mitten zwischen den Soldaten sitzen und gehen mussten, ohne Spott oder gar eine Beleidigung erfahren zu haben. Wie dem aber auch sei, sprach Hafiz-Pascha weiter, so muss ein Soldat unter allen Umständen die Befehle seiner Vorgesetzten vollziehen. Meine Aufgabe ist es, die Occupation in Ordnung vollziehen zu lassen und nur im Falle, wenn zwischen den zwei Nachbarstaaten kein Einverständniss über die Details erzielt werden sollte, einen Protest den einrückenden Truppen zu übergeben. Wenn das Volk zu den Waffen greift, so thut es dies auf eigene Gefahr und Rechnung. Die Armee wird sich fern halten und streng nach den Befehlen des Kriegsministeriums handeln. Auch sagte Hafiz-Pascha: als die Pforte gegen Montenegro und Serbien Krieg führte, wurde die Bevölkerung aufgerufen zur Vertheidigung des Landes, kam aber dem Aufrufe nicht nach. Heute, wo an den Krieg nicht mehr gedacht wird, ist es nicht mehr an der Zeit, bewaffnete Haufen aufzustellen. Hafiz-Pascha zeigte der Versammlung seine schriftliche Ordre, las ihr die Instruction vor, die er bereits ganz in demselben Sinne den Untercommandanten zugesendet hatte, und ermahnte sie, sich ruhig zu verhalten und der Einsicht der Pforte zu vertrauen. Auch der General-Gouverneur zeigte seine mit jener des Commandanten übereinstimmenden Instructionen und mahnte zum Frieden. || Die Gemüther der Mehrheit waren noch zu aufgeregt, um sich zu beruhigen; es wurde beschlossen, an den Sultan und an den Grossvezir zu telegraphiren, dass Bosnien bereit ist, sich in Massen gegen die fremden Truppen zu erheben und eher unterzugehen, als sich der Occupation zu fügen. Hafiz-Pascha und Mazhar-Pascha sagten, dass sie die Absendung des Telegrammes nicht hindern werden. Hafiz-Pascha fügte noch

Nr. 6883. Oesterreich-Ungarn. 15. Juli 1878.

Nr. 6883. Oesterreich-Ungarn. 15. Juli 1878. hinzu, dass er aus dem Palais des Sultans keine Befehle zu empfangen habe, dass er daher, wenn ihm von dort ein Auftrag zukommen sollte, denselben nur dem Kriegsminister zu den weiteren Verfügungen einsenden könne. || Ich habe Euerer Excellenz bereits berichtet, dass die hiesigen Orthodoxen den Mohammedanern in den Tagen der grössten Bedrängniss feierlich zusagten, mit ihnen Hand in Hand zu gehen und auch zu den Waffen zu greifen, um gegen unsere Truppen zu ziehen. Der erste Schritt in dieser Richtung, die Eintragung ihrer waffenfähigen Männer in Listen, erfüllte sie mit Schrecken. Sie eilten zu Hafiz-Pascha und baten um Hilfe. Der Commandirende gab ihnen den Rath, die Sachen in die Länge zu ziehen. Sobald er verlässliche Truppen haben wird, wolle er diesem Treiben ein Ende machen. || Die orthodoxe Landbevölkerung lacht über die Allianz der hiesigen orthodoxen Kaufleute mit den Mohammedanern und erklärt, dass die Kaufleute nur über sich selbst, nicht aber über die Landleute verfügen können. || Am 14. besuchte ich Hafiz-Pascha, der mir, da er gut französisch spricht, die Lage, in der er sich befindet, direct erzählen konnte. „Ich habe“, sagte er, „23 Bataillons in Bosnien. Hievon sind 19 ganz aus Bosniern zusammengesetzt; ja, beinahe alle liegen in ihren Geburtsorten und sind allen Verführungen ihrer Väter und Brüder ausgesetzt. Auf keines dieser Bataillons kann ich rechnen; ich würde sogar riskiren, eine Meuterei hervorzurufen, wenn ich sie aus ihren Geburtsorten anderswohin verlegen wollte. Zwei Bataillons, Adana, Syrier, Elbassan, Albanesen, waren in ihrem Effectiv auf 250 Mann herabgekommen. Die Lücken hat man nun mit bosnischen Rekruten ausgefüllt und den Stand der Mannschaft auf 670 gebracht. Dadurch sind auch diese 2 Bataillons unverlässlich geworden. Es blieben mir also nur 2 türkische Bataillons zur Verfügung, die jetzt hier garnisoniren. Bezüglich der Städte Serajevo, Travnik und Livno, wo die vier nicht rein bosnischen Bataillons liegen, bin ich insofern beruhigt, dass ich nicht die Plünderung der Munitions- und Waffendepots fürchte. In allen übrigen Garnisonsorten Bosniens besitze ich keine Bürgschaft für die Befolgung meiner Anordnungen. Ich muss daher bedacht sein, noch vor dem Einzuge der österreichisch-ungarischen Truppen durch verlässliche türkische Soldaten die Autorität des Commando's zu befestigen und alle Depots zu besetzen. Ich habe zu diesem Zwecke den Kriegsminister gebeten, mir jene 8 Bataillons hierher zu senden, die ich unter meinem Befehle in Sienitza und Mitrovitza hatte. Dieselben sind gut gekleidet, disciplinirt und folgen mir unbedingt. Da in der Herzegowina mehrere türkische Bataillons garnisoniren, so habe ich mir auch von dort zwei derselben erbeten.“ || Die Nachrichten aus den Kreisorten lauten relativ günstig. Die Anträge des Volksausschusses, sich um jeden Preis zur Abwehr zu rüsten, wurden in Tuzla, Banjaluka und Travnik mit dem Beisatze abgelehnt, dass die dortige Bevölkerung sich streng an die Anordnungen der Pforte halten werde. In Livno ist die Agitation der Mohammedaner seit dem Ende des verflossenen Monates gross. Die neuesten Nachrichten sagen, dass, ebenso wie hier, ein

Versuch gemacht wurde, die Waffen- und Munitionsdepots zu plündern, und dass die mohammedanische Bevölkerung der umliegenden Bezirke aufgeboten wurde, an die Grenze zu ziehen. || Genehmigen u. s. w.

Nr. 6883. Oesterreich-Ungarn. 15. Juli 1878.

Nr. 6884.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Einsetzung der Rhodope-Kommission.

Therapia, July 18, 1878.

Nr. 6884. Gross-britannien. 18. Juli 1878.

My Lord, — The Representatives of the Great Powers met on Monday last and yesterday at Her Majesty's Embassy to consider the steps to be taken to carry out the instructions given to them by the Plenipotentiaries at the Congress to appoint a Commission to inquire into the condition of the Mussulmans in Mount Rhodope and the neighbouring districts. || At our first meeting Prince Labanoff objected to the inquiries of the Commission being extended to territory occupied by the Russian troops, and proposed that, if they commenced in Mount Rhodope, they should end at the Russian lines. But Consul-General Fawcett, Colonel Raab (the Austrian Military Attaché) and two other gentlemen who had been named as members of the Commission, pointed out that, if the Russian Ambassador's proposal were accepted, the inquiry could lead to no practical results, as the greater number of the villages that have been destroyed, and whose inhabitants have been massacred or expelled, are within the Russian lines. This was stated yesterday to Prince Labanoff, and as my Austrian and French colleagues joined with me in insisting, that the Commissioners should have full powers to proceed to any district they might think fit to visit, in order to carry out the object of their mission, it was finally agreed that, instead of starting from the coast of the Aegean Sea, as had been proposed, they should go first to Philippopolis and commence their inquiries from that town, passing afterwards through the country between it and Mount Rhodope, from whence the Mahommedan population had been driven, and where they appear to have suffered most. Prince Labanoff, at our request, promised to obtain from the Russian head-quarters at that place the necessary protection and escort for the Commission. || His Excellency, however, informed us that he had to state, on the authority of Prince Dondoukoff Korsakoff, the Imperial Commissioner, that the Mussulman refugees could not be allowed to return in any numbers to the districts in the occupation of the Russians, who had no means of protecting them against the Bulgarians. I ventured to remark, that if such were the case these unfortunate people, who ought to be protected by those who had taken possession of their country, would be left to starve, as, if they were not to be permitted to go back to

Nr. 6884. Gross-britannien. 18. Juli 1878. their villages, I did not see how they were to live. One of the duties of the Commission, it appeared to me, was to find the means of restoring them to their homes. We ended by adopting a joint instruction to the Commissioners, a copy of which I have the honour to inclose, and they will leave on Saturday morning next, one or two of them being unable to make their preparations for an earlier day. || The selection of the Commissioners appears to me, on the whole, a good one, and I have every hope, that they will execute with firmness and impartiality the mission confided to them. || Consul-General Fawcett was the only person here whom I could select as the British Member of the Commission, the staff of the Embassy being too much reduced in numbers to enable me to send one of its members, and I trust, that your Lordship will approve my selection. Mr. Fawcett is especially qualified for the task, having himself previously visited a part of the country to which the inquiries of the Commission will be directed, and having a personal knowledge of the condition and wants of the refugees. I beg to inclose copy of the special instructions that I have given to him. || I have, &c.

A. H. Layard.

Beilage.

Memorandum der Vertreter der Grossmächte zur Instruktion der Rhodope-Kommission.

Pour se conformer aux instructions qu'ils ont reçues de leurs Gouvernements à la suite d'une décision du Congrès de Berlin à la date du 11 Juillet courant, leurs Excellences les Ambassadeurs d'Autriche, d'Angleterre, de France et de Russie, et MM. les Chargés d'Affaires d'Italie et d'Allemagne, ont désigné comme Commissaires Spéciaux à cet effet: — || M. le Colonel Raab, Attaché Militaire de l'Ambassade Impériale Royale Apostolique d'Autriche-Hongrie; || Mr. Fawcett, Consul-Général d'Angleterre et Juge de la Cour Consulaire de Sa Majesté Britannique; || M. Challet, Consul de France; || M. Basily, Second Secrétaire de l'Ambassade de Russie; || M. Graziani, Second Drogman de la Légation Royale d'Italie; et || M. Müller, Vice-Consul de Sa Majesté Impériale et Royale l'Empereur d'Allemagne. || Ces messieurs ont pour mission d'aller au Rhodope et dans les contrées voisines pour s'enquérir de l'état des populations émigrées dans ce pays et de leurs souffrances. Ils évalueront autant que possible le nombre des réfugiés, chercheront à savoir les endroits d'où ils viennent, à connaître leur race, leur religion, les motifs qui les ont obligés de quitter leur pays, et qui les empêchent encore d'y retourner. || Ils s'informeront des moyens immédiats de porter le remède à leurs misères et de le prolonger jusqu'à ce que ces réfugiés puissent être rapatriés et réintégrés dans leurs foyers avec toute sécurité pour leur existence. || Ils s'entendront avec les autorités Russes, si besoin est, afin de se concerter sur les mesures à prendre pour arriver au rapatriement et pour se

procurer des secours immédiats si cela est possible. || Au cas où les Commissaires jugeraient applicables immédiatement des mesures que leur suggéreraient leurs informations prises sur les lieux, ils en référeraient à leurs Ambassades respectives. || Les autorités militaires Russes et Turques devront faciliter à MM. les Commissaires l'accomplissement de la mission qui leur est confiée. MM. les Commissaires se rendront d'abord à Philippopoli, s'y mettront en rapport avec les autorités Russes, et de là régleront leur exploration selon leurs convenances.

Nr. 6884. Grossbritannien. 18. Juli 1878.

Therapia, le 17 Juillet, 1878.

Nr. 6885.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den Botschafter in London. — Die Convention betreffend Cypern.

Paris, le 21 juillet 1878.

Monsieur le Marquis, la Convention signée à Constantinople, le 4 juin dernier, entre l'Angleterre et la Turquie, et qui n'a été rendue publique que dans les premiers jours de ce mois, a suscité, de toutes parts, aussitôt qu'elle a été connue, une émotion considérable. Cette impression a été plus profonde en France que partout ailleurs. Ce n'est pas qu'une disposition particulière y inclinât les esprits à accueillir avec défiance ou à juger avec sévérité les actes du Gouvernement britannique. Les relations cordiales qui existent depuis tant d'années entre les deux nations, à leur mutuel avantage, la multiplicité, la complexité des liens qui les attachent l'une à l'autre, le sentiment même du préjudice qui a pu être pour chacune d'elles, à d'autres époques, la conséquence de leur éloignement momentané, toutes ces raisons auraient défendu l'opinion française, prise dans son ensemble, contre une appréciation peu amicale de la conduite du Cabinet de Londres, si elle n'avait été naturellement portée, par une longue habitude, à associer, spécialement dans les affaires orientales, sa cause avec celle de l'Angleterre. || Mais ce qui a touché la France au coeur, c'est la crainte qu'en dehors de la sphère des intérêts généraux qui nous rapprochent de la Grande-Bretagne, les intérêts particuliers dont nous avons le patronage dans le Levant et à la garde desquels nous ne pourrions renoncer sans le plus sensible détriment matériel et moral, ne se trouvassent compromis par suite de la nouvelle position qu'assumait le Gouvernement anglais. Ces intérêts, j'avais pris soin de les indiquer par mes réserves formelles avant d'accepter l'invitation au Congrès de Berlin. J'avais exclu expressément de toute discussion l'état de choses existant dans le Liban, les Lieux Saints et l'Égypte. Tous les Cabinets avaient adhéré à cette restriction, et le public en était informé. L'explosion de surprise et d'in-

Nr. 6885. Frankreich. 21. Juli 1878.

16*

Nr. 6885. Frankreich. 21. Juli 1878. quiétude qui s'est produite en France n'était-elle donc pas justifiée, lorsqu'on a appris que l'Angleterre allait occuper une île de la Méditerranée, située dans la position stratégique et maritime la plus favorable pour dominer à la fois les côtes de la Syrie et celles de l'Égypte, et qu'à cet avantage direct s'ajoutait pour elle le droit d'intervenir désormais d'une façon active dans l'administration de toutes les contrées de l'Asie soumises à la loi ottomane? || Ce mouvement de l'opinion était si naturel, dans les circonstances où le Traité anglo-turc a été divulgué, il était même tellement prévu par les hommes d'État clairvoyants qui dirigent les affaires de la Grande-Bretagne, qu'avant de livrer à la publicité l'acte du 4 juin, Lord Salisbury a voulu combattre à l'avance l'impression défavorable que nous pouvions en concevoir. C'est dans cette pensée, je n'en doute pas, que Son Excellence, en me faisant connaître officiellement à Berlin, le 7 de ce mois, la convention signée avec Savfet-Pacha par M. Layard, a accompagné sa communication d'une dépêche dont j'ai l'honneur de vous transmettre la copie ci-annexée. || Ce document, qui présente par lui-même une haute valeur à nos yeux, emprunte une signification plus précieuse encore pour nous aux commentaires qu'y a joints verbalement le principal Secrétaire d'État de la Reine dans les entretiens qu'après avoir reçu son envoi j'ai jugé indispensable d'avoir avec lui. || Je ne m'arrêterai pas aux considérations d'ordre général, au moyen desquelles la dépêche de Lord Salisbury motive ou caractérise la détermination adoptée par le Gouvernement britannique; elles sont exposées sous une forme courtoise pour nous, et je reconnais que la France et l'Autriche, se refusant à intervenir dans les conditions prévues par le Traité du 15 avril 1856, l'Angleterre était naturellement amenée à agir seule et à chercher les moyens de relever son prestige en Asie, affaibli par l'établissement des Russes dans une forteresse aussi importante que Kars. Mais je désire m'en tenir ici aux passages dans lesquels le Ministre anglais répudie, au nom de son Gouvernement, une politique qui tendrait à prendre matériellement pied, soit en Égypte ou seulement même sur les bords du canal de Suez, soit sur le continent de l'Asie occidentale. || L'abandon de tout projet d'occupation de ce genre a été, suivant le Marquis de Salisbury, la conséquence du désir du Gouvernement anglais de ne pas provoquer les susceptibilités de la France et du sentiment qu'il avait de la légitimité des objections que nous aurions dû opposer à de semblables desseins. || Prenant moi-même, dans mes conversations avec le principal Secrétaire d'État de la Reine, le point de départ qui m'était fourni par sa communication écrite, je lui ai exposé que, si toute objection de notre part devait être écartée, il fallait que nous pussions obtenir du Gouvernement anglais des déclarations explicites de nature à rassurer définitivement la France sur le sort des intérêts de tout ordre attachés pour elle au maintien de l'état actuel des choses en Syrie et en Égypte. || Quant à ce qui est des Lieux Saints, nos priviléges traditionnels nous paraissent suffisamment garantis par la clause spéciale introduite à notre demande dans le texte du Traité de

Berlin, et à laquelle la Grande-Bretagne a souscrit comme les autres Puissances. Nr. 6885.
Mais en Syrie nous exerçons de fait sur les populations catholiques du Liban Frankreich. 21. Juli 1878.
une influence directrice, dont le règlement organique, sanctionné en 1861 par l'Europe, a respecté les bases, et que nous ne pouvons laisser périmer. En Égypte des intérêts à la fois économiques et moraux d'une valeur plus grande encore réclament notre sollicitude. Sans doute, nous ne pouvons avoir la pensée d'élever des obstacles d'aucun genre au développement naturel des intérêts analogues qu'a, de son côté, l'Angleterre dans ce pays. Nous sommes les premiers à reconnaître combien il est indispensable pour elle de maintenir comme un principe absolu la liberté de ses communications par le canal de Suez avec ses possessions de l'Inde. Mais en respectant sa position comme grande Puissance asiatique, nous croyons avoir le droit à un respect semblable pour la nôtre comme grande Puissance méditerranéenne. Nous désirons donc être assurés que, dans l'avenir, comme dans le présent, nos deux Gouvernements marcheront d'accord pour conserver intacte, par une action amicale fondée sur une juste réciprocité d'égards l'un envers l'autre, la sphère de leurs intérêts respectifs dans la vallée du Nil. Telles sont les conditions en dehors desquelles il me paraîtrait impossible de garantir la durée des rapports de cordialité et de confiance que nous souhaitons également, Lord Salisbury et moi, de voir perpétués entre les Gouvernements de France et d'Angleterre, comme entre les deux nations. || Le prix même que j'attachais à ce qu'aucun germe de malentendu futur ne pût rester déposé dans les arrangements pris aujourd'hui, m'obligeait à entrer dans ces franches explications et à insister auprès de mon interlocuteur pour obtenir de lui des déclarations positives sur les points qui nous touchent. || Le principal Secrétaire d'État de la Reine, je me hâte de vous le dire, a apprécié, comme je croyais y avoir droit, les mobiles et la portée de mon langage. Il s'est empressé de me donner, sous la forme la plus satisfaisante, les assurances que j'attendais de sa loyauté. Il a reconnu avec moi les devoirs et les droits qui découlent pour nous de notre position acquise au Liban, et il m'a déclaré qu'aucun acte du Gouvernement anglais ne viendrait y porter atteinte. || Pour ce qui concerne l'Égypte ses paroles n'ont pas été moins nettes; il a accordé sa complète adhésion aux vues que je lui avais développées sur le rôle désormais dévolu dans ce pays à nos deux nations, sur l'égalité et le respect mutuel qui devaient y présider à leurs relations réciproques, sur l'unité d'action où elles devaient chercher à l'avenir un surcroît de sécurité pour les intérêts particuliers de chacune d'elles. J'ajouterai enfin que Lord Beaconsfield, dans les différents entretiens que j'ai eus avec lui, s'est inspiré des mêmes idées et m'a tenu le même langage. || L'exposé que j'ai l'honneur de vous faire içi de cet échange de vues n'a pas seulement pour but de vous informer de la nature des rapports que j'ai entretenus avec les Représentants du Gouvernement de la Reine pendant notre commun séjour à Berlin, et de vous indiquer les conséquences qui doivent en résulter pour la conduite ultérieure des deux Cabinets

Nr. 6885. Frankreich. 21. Juli 1878. de Paris et de Londres à l'égard l'un de l'autre; il m'importait surtout de spécifier d'une manière à la fois précise et définitive les objets sur lesquels avaient porté mes explications avec Lord Salisbury et les résultats de ces explications. Les deux pays ont un intérêt trop considérable à ce qu'aucune méprise sur ces points essentiels ne se produise entre leurs Gouvernements, pour que je ne tienne pas à m'assurer une fois de plus que j'ai bien compris le sens des déclarations que j'ai reçues. Je vous prie donc de vouloir bien donner lecture à Lord Salisbury de la présente dépêche et lui en laisser copie à titre confidentiel; il y trouvera formulées de nouveau les observations que j'ai cru devoir lui faire entendre à Berlin, et j'ai la conviction qu'il reconnaîtra que ses réponses y sont reproduites avec exactitude. || Agréez, etc.

Waddington.

Nr. 6886.

OESTERREICH-UNGARN. — Botschafter in Konstantinopel an den k. k. Min. d. Ausw. — Bericht von der Rhodope-Kommission.

Constantinopel, 26. Juli 1878.

Nr. 6886. Oesterreich-Ungarn. 26. Juli 1878. Der k. und k. Militär-Attaché, Oberst von Raab, hat den beifolgenden Bericht, ddo. Adrianopel, 22. d. M., anher gerichtet, welcher von dem Beginne der Thätigkeit der Commission, ihrer Constituirung etc. handelt. || Unter den ersten Eindrücken, die Oberst von Raab meldet, hebe ich die Schwierigkeiten hervor, welche der Repatriirung der Muselmänner in die von den russischen Truppen besetzten Landestheile von Seite der Bulgaren und der Russen entgegengesetzt werden. Die Anordnung, die eine Hälfte der Ernte dem abwesenden Eigenthümer bis Ende September zu reserviren, ist eine illusorische, wenn man der unmöglichen Bedingung eingedenk ist, an welche die Nachweisung des Eigenthumstitels geknüpft wurde. || Ich werde nicht ermangeln, die Berichte des Obersten von Raab stets mit thunlichster Beschleunigung einzusenden. || Genehmigen u. s. w.

Beilage.

Bericht des k. k. Militär-Attaché Oberst Ritter von Raab an Grafen Zichy in Constantinopel.

Adrianopel, 22. Juli 1878.

Gestern Morgens in Philippopel angekommen, constituirte sich die Commission als solche. || Die beiden türkischen Delegirten, von welchen der Eine als gewesener Gouverneur, der Andere als ehemaliger (1856—57) Botschafter in St.-Petersburg hoch im Range stehen, haben aus eigener Initiative, mich

zum Präses der Commission beantragt, welchem Vorschlage die anderen Mitglieder beistimmten. Herr Consul Challet übernahm die Führung des Protokolls in den Sitzungen. || Bei der ersten Sitzung war die Commission übereingekommen, dass mit Hinblick auf die Instruction, wonach zunächst mit dem kais.-russischen Gouverneur ein Einvernehmen zu pflegen ist, derselbe um eine „Offene Ordre" und den Schutz der Commission zu ersuchen sei für jene Zeit, welche diese innerhalb der russischen Linien zu verbringen haben würde Ich hatte das Wort zu führen; das Thema: Erleichterung der Repatriirung von muselmännischen Flüchtlingen, sollte dann eine freie Discussion werden, an welcher alle Commissäre theilnehmen würden. || Es gebricht mir an Zeit, um Details der in jeder Hinsicht charakteristischen und interessanten Erörterungen zu geben. Die Protokolle werden Manches enthalten; doch auch diese können nur Résumés geben, weil die Unparteilichkeit zu wahren ist und die Commission selbstverständlich den humanitären Zweck der Mission hervorkehrt. || Die offene Ordre ist uns erfolgt und der Schutz uns zugesichert worden, sobald die Commission die russischen Linien, von aussen kommend, überschreitet. || Aus den Einwendungen und Aeusserungen hinsichtlich der Zurückführung von Emigranten, Muselmännern und Juden, in ihre Heimatorte hat die Commission ersehen, dass die allerdings bestehenden Schwierigkeiten vom Fürsten Dondukow-Korsakow als fast unüberwindlich betrachtet werden. Der Fürst betonte immer wieder, es sei namentlich schwer, in jenen Orten, welche Muselmänner verlassen haben, deren Häuser und Grundbesitz obdachlosen Bulgaren zur Benützung und Verwaltung übergeben worden sind, wieder einzelne muselmännische Familien einzusetzen. Es sei zwar angeordnet, die eine Hälfte der Ernte den gegenwärtigen Nutzniessern zu belassen, die andere bis September den früheren Eigenthümern zu reserviren; doch wäre zu erwägen, dass in Orten, wie Batak, Eski-Saghra, Kalofer, Karlovo u. s. w., die Erbitterung so gross sei, dass man unmöglich wieder Christen mit Muselmännern vermengen könne. Man müsse an eine Colonisirung in anderen Ländertheilen denken. Die Repatriirung könne übrigens nicht massenhaft, sondern in kleinen Partien zu 50 bis 100 Köpfen versucht werden; da wäre für die Ernährung, an der Vorpostengrenze für die ärztliche Besichtigung und vieles Andere zu sorgen. || Bevor der Einlass zugestanden werden könne, müsse eine Liste der Namen aller die Rückkehr Beanspruchenden zum Gouverneur gelangen; er würde sie den jetzigen Vorständen der Sandschaks übersenden, damit Umfrage gehalten und Jene gestrichen werden, die — weil übel angeschrieben — keinen Zulass fänden. Auf meine specielle Anfrage, wer die Vorstände seien, antwortete der Fürst, es seien zumeist russische Officiere. || In der Stadt war das Gerücht verbreitet, die bulgarischen Escorten, mitunter auch die Kosaken, ermordeten die zu geleitenden Flüchtlinge; Fürst Dondukow behauptete der Commission gegenüber wiederholt, es bestünde keine Insurrection; die Zeitungsnotizen über Gefechte, Todte und Verwundete seien erlogen. || Nach der Rücksprache mit dem Gouverneur hielt die Commission die zweite Sitzung, und wurde dabei

Nr. 6886. Oesterreich-Ungarn. 26. Juli 1878.

Nr. 6886. Oesterreich-Ungarn. 26. Juli 1878. mein Programm angenommen, nämlich noch am selben Tage Abends nach Dedeaghatsch zu fahren und mit den Küstendistricten zu beginnen, wo die meisten Flüchtlinge im hilflosesten Zustande verschmachten. || Wie sehr die Meldungen der Consuln noch unter der Wahrheit bleiben, kann leicht an Ort und Stelle erhoben werden. Ich benütze die mir in Philippopel gebliebene kurze Zeit, um die verbrannten leeren Türkenviertel, die zerstörten Moscheen und die Orte zu besichtigen, an welchen muselmännische Friedhöfe waren. Fürst Dondukow gab zu, er bestehe auf dem Ebnen der Begräbnisstätten innerhalb der Stadt aus Gesundheitsrücksichten und um die Strassen zu erweitern. || Der englische Vice-Consul führte mich mit Fawcett, Herrn Müller und Adelburg in das Asyl für aufgefundene muselmännische Kinder, das auf englische Kosten unterhalten wird. Ich fand 86 von den gewesenen 120; die fehlenden sind zumeist gestorben. Auch sind einige türkische Weiber dort aufgenommen. || Man führte mir eine 21jährige Frau vor, die mit zwei anderen aus einem nahen Orte geflohen war, wo sie mit etwa 18 muselmännischen Individuen auf der Rückkehr in die Heimat von Bulgaren angehalten, seit 5 bis 6 Wochen eingesperrt und misshandelt wurden. || Dieselbe sagte aus, die Ortsvorstände, der Pope mit anderen Bulgaren hätten wiederholt die Männer gemartert, die Weiber und Mädchen, selbst Kinder bis zu 8 Jahren missbraucht und zwei Säuglinge erstochen. Sie nähren die Verbliebenen nothdürftig. || Die mit den mir gezeigten, nach Philippopel gekommenen anderen zwei Weiber sind seit einigen Tagen nicht zu finden; man hält dafür, dass sie aus dem Wege geschafft worden sind; das eine gerieth zufällig ins Asyl. || Die Consuln hatten eingeleitet, dass der mir persönlich bekannte Sous-Gouverneur General Baron Hübsch die Untersuchung und Austragung dieses einen Falles in die Hand nehme. || Ich bestellte den Director der Waisenanstalt mit den Kindern auf den Bahnhof, wo sie vor der Abfahrt von den türkischen Delegirten und den übrigen Commissären gesehen worden sind.

Nr. 6887.

OESTERREICH-UNGARN. — Oberst Ritter von Raab an den k. k. Botschafter in Konstantinopel. — Weiterer Bericht.

Gümüldschina, 28. Juli 1878.

Nr. 6887. Oesterreich-Ungarn. 28. Juli 1878. Seit meinem Berichte vom 22. d. habe ich Abschriften einiger Protokolle eingesendet. Ich sorge dafür, dass hier Copien jeder der Verhandlungen in Xanthy gemacht werden. Sie sind im Allgemeinen und wegen des Zwischenfalls von Interesse, welcher sich mit dem russischen Commissär ergab. || Die Commission hatte mein Programm zur Vornahme der Ausforschung gebilligt. Es erwies sich als gut; denn wir waren binnen einem Tag über die Lage in

dem Kaza Xanthy (9—10,000 Flüchtlinge) hinreichend informirt. || Wie natürlich, gab die Frage: was die Muselmänner bewog, ihre Heimstätte zu verlassen, und was sie hindert, zurückzukehren, Anlass, dass jeder Befragte viele herzzerreissende Erzählungen über die Grausamkeiten und massenhaften Menschenverluste vorbringen wollte. Da nun diese und alle anderen Fragen nicht aus den Rahmen der gemeinschaftlichen Instructionen traten, glaubte ich den Ausführungen der Wortführer und Augenzeugen nicht Einhalt thun zu sollen, weil es gilt, dass die Commission Vertrauen erwecke. Ohnehin ist den Flüchtlingen nie publicirt worden, ob und unter welchen Umständen sie zurückkehren könnten. Verlassen, ohne Hoffnung, im Schmerze der Trennung von nahen Verwandten, die traurigen Erinnerungen, alles dies erzeugt moralische Leiden, und — die Commission hat auch diese zu erheben. || Auffallend einhellig werden russische Soldaten als diejenigen bezeichnet, welche plünderten und mordeten. Wiederholt kommt die Aussage vor, dass Russen mit Kanonen auf wehrlose Weiber und Kinder geschossen haben, wie bei Hermanly, wo viele Tausend Flüchtlinge ihre Wagen mit aller Habe im Stiche lassen und zur Winterszeit über das Gebirge flüchten mussten, aus welchem sie nach Verlust vieler Menschenleben, aller Schwachen und Tausender von Kindern hieher gelangt sind. || Als Präses musste ich zunächst im Auge behalten, dass die Thätigkeit der Commission nicht, wie es der russische Delegirte vorschlug, eine Unterbrechung erleide. Dies gelang. || Die persönliche Eintracht unter den Commissionsmitgliedern leidet nicht im Geringsten; man ist zu allen thunlichen gegenseitigen Concessionen bereit, was besonders den Russen gegenüber gilt. || Mager wie die von der Regierung bewilligte Unterstützung ist, wird sie — schwer controlirbar für die Commission, — aber bestimmt durch die grenzenlose Corruption und Sorglosigkeit der Verwaltung — noch geschmälert. || Die Lage der Flüchtlinge verschlimmert sich immer mehr. Die Gegend um Gümüldschina ist fieberhaft; es gibt viele Kranke, dabei nicht einen einzigen Arzt für die einige Tausend Einwohner beherbergende Stadt und 50—60 Tausend Flüchtlinge in der nahen Umgebung. || Wegen Mangels an Obdach sind Tausende unter freiem Himmel, ohne Zelt. Rationen wurden nur an Arbeitsunfähige und Waisen erfolgt; Tausende bekommen keine Unterstützung, finden aber auch selten Arbeit. || Befragt, ob sie in ihre Heimat zurückkehren wollen, erwiedern Alle, sie können nach dem, was geschehen ist und, wie sie wissen, noch geschieht, überhaupt, solange nicht wieder die muselmännische Herrschaft dort hergestellt ist, nicht zurückkehren. || Alle Flüchtlinge, ausschliesslich Muselmänner, betonen, dass sie vor dem Eintreffen der russischen Armee mit den Bulgaren in bester Eintracht lebten. || Heute sagte eine Gruppe Flüchtlinge aus der Gegend von Demotika und westlich der Eisenbahn nach Dedeaghatsch aus, dass die Banden des Räuberhauptmanns Pettko, welche sich auf russische Autorität berufen, vor wenigen Wochen noch ohne jeden Anlass nichtvertheidigte muselmännische Orte angegriffen, geplündert und viele davon eingeäschert haben. Die waffenfähigen Männer wurden

Nr. 6887. Oesterreich-Ungarn. 28. Juli 1878.

Nr. 6887. Oesterreich-Ungarn. 28. Juli 1878. so genöthigt, sich zu jenen Muselmännern zu begeben, welche — bewaffnet — die Angreifer hindern wollen, in dieser Weise weiter vorzudringen. Das nennt man die Insurrection im Rhodope-Gebirge.

Am 29. Juli. || In Xanthy hat die Commission vornehmlich die Männer gruppenweise befragt und sich nur in einzelnen Fällen Weiber vorführen lassen. Heute hat sie eine specielle Gruppirung nach Ortschaften von Frauen und Waisen veranlasst. || Deren Aussagen über die Gründe, welche sie zwangen, zu fliehen, die auf der Flucht erlittenen Verfolgungen und Gräuelthaten richten sich übereinstimmend mit jenen der Männer gegen russische Heeresabtheilungen, welche einer barbarischen Vorgangsweise beschuldigt werden. || Die grösste Katastrophe ergab sich bei Hermanly an der Eisenbahn, unweit Adrianopel. Viele Tausend Wagen mit Flüchtlingen trafen da zusammen. Sie wurden angeblich eingeholt, mit Kleingewehr und mit Kanonen beschossen. In diesem Durcheinander floh ein Theil der Eisenbahn entlang, auf der sie Züge fanden. Ein anderer Theil flüchtete in das Gebirge. Es war Jänner. Die Familienglieder wurden vielfach genöthigt, sich zu trennen; einige gelangten hieher, andere nach Constantinopel, ohne gegenseitig ihr Schicksal zu kennen. Sehr Viele wurden niedergemacht; junge Frauen und Mädchen wurden geraubt. Man findet deren unter den diesseitigen Flüchtlingen fast gar keine. Alle verloren ihre ganze Habe. || Infolge des erwähnten Zwischenfalles kann die Commission in manchen Fällen nicht als ein Ganzes handeln, was Schwierigkeiten macht. || Bei allem Eifer der Mitglieder ist es unmöglich, die so nöthige Pünktlichkeit zu erzielen, wodurch Zeit verloren geht, die besser verwendet werden könnte.

Nr. 6888.

OESTERREICH-UNGARN. — Proklamation beim Einmarsch in Bosnien und die Herzegowina.

Bewohner von Bosnien und der Herzegowina!

Nr. 6888. Oesterreich-Ungarn. 23. Juli 1878. Die Truppen des Kaisers von Oesterreich und Königs von Ungarn sind im Begriffe, die Grenzen Eueres Landes zu überschreiten. || Sie kommen nicht als Feinde, um sich dieses Landes gewaltsam zu bemächtigen. || Sie kommen als Freunde, um den Uebeln ein Ende zu bereiten, welche seit einer Reihe von Jahren nicht nur Bosnien und die Herzegowina, sondern auch die angrenzenden Länder von Oesterreich-Ungarn beunruhigen. || Der Kaiser und König hat mit Schmerz vernommen, dass der Bürgerkrieg dies schöne Land verwüstet, dass die Bewohner desselben Landes einander bekriegen, dass Handel und Wandel unterbrochen, Euere Heerden dem Raube preisgegeben, Euere Felder unbebaut sind und das Elend heimisch geworden ist in Stadt und Land. || Grosse und schwere Ereignisse haben es Euerer Regierung un-

möglich gemacht, die Ruhe und Eintracht, auf denen die Wohlfahrt des Volkes ruht, dauernd herzustellen. || Der Kaiser und König konnte nicht länger ansehen, wie Gewaltthätigkeit und Unfriede in der Nähe Seiner Provinzen herrschten, — wie Noth und Elend an die Grenzen Seiner Staaten pochten. || Er hat das Auge der europäischen Staaten auf Euere Lage gelenkt, und im Congresse zu Berlin wurde einstimmig beschlossen, dass Oesterreich-Ungarn Euch die Ruhe und Wohlfahrt wiedergebe, die Ihr so lange entbehrt. || Seine Majestät der Sultan, von dem Wunsche für Euer Wohl beseelt, hat sich bewogen gefunden, Euch dem Schutze Seines mächtigen Freundes, des Kaisers und Königs, anzuvertrauen. || So werden denn die k. und k. Truppen in Euerer Mitte erscheinen. Sie bringen Euch nicht den Krieg, sondern bringen Euch den Frieden. || Unsere Waffen sollen Jeden schützen und Keinen unterdrücken. || Der Kaiser und König befiehlt, dass alle Söhne dieses Landes gleiches Recht nach dem Gesetze geniessen, dass sie Alle geschützt werden in ihrem Leben, in ihrem Glauben, in ihrem Hab und Gut. || Euere Gesetze und Einrichtungen sollen nicht willkürlich umgestossen, Euere Sitten und Gebräuche sollen geschont werden. Nichts soll gewaltsam verändert werden ohne reifliche Erwägung dessen, was Euch noth thut. || Die alten Gesetze sollen gelten, bis neue erlassen werden. Von allen weltlichen und geistlichen Behörden wird erwartet, dass sie die Ordnung aufrechterhalten und die Regierung unterstützen. || Die Einkünfte dieses Landes sollen ausschliesslich für die Bedürfnisse des Landes verwendet werden. || Die rückständigen Steuern der letzten Jahre sollen nicht eingehoben werden. || Die Truppen des Kaisers und Königs sollen das Land nicht drücken, noch belästigen. Sie werden mit Geld bezahlen, was sie von den Einwohnern bedürfen. || Der Kaiser und König kennt Euere Beschwerden und wünscht Euer Wohlergehen. || Unter Seinem mächtigen Scepter wohnen viele Völker beisammen; und jedes spricht seine Sprache. Er herrscht über die Anhänger vieler Religionen; und jeder bekennt frei seinen Glauben. || Bewohner von Bosnien und der Herzegowina! || Begebt Euch mit Vertrauen unter den Schutz der glorreichen Fahnen von Oesterreich-Ungarn. || Empfanget unsere Soldaten als Freunde, — gehorchet der Obrigkeit, nehmt Euere Beschäftigung wieder auf, und Ihr sollt geschützt sein in den Früchten Euerer Arbeit.

Nr. 6888. Oesterreich-Ungarn. 28. Juli 1878.

Nr. 6889.

OESTERREICH-UNGARN. — Generalkonsul in Serajewo an den k. k. Min. d. Ausw. — Weiterer Bericht.

Serajevo, 29. Juli 1878.

Mit Tagesanbruch des 28. Juli ging Hafiz-Pascha mit der Reiter-Escadron und mit sechs Compagnien Infanterie in das Fort der oberen Stadt, wo die

Nr. 6889. Oesterreich-Ungarn. 29. Juli 1878.

Nr. 6889. Oesterreich-Ungarn. 29. Juli 1878.

Kanonen und die Munition aufbewahrt wurden, um entweder die Munition und die zwei Compagnien, welche sie vertheidigten, in die Caserne zu nehmen, oder aber das Fort selbst gegen den angedrohten Sturm zu vertheidigen. Um 8 Uhr Morgens war jedoch die Expedition bereits beendet. Die türkischen Truppen weigerten sich, das Fort gegen die bosnischen Muselmänner zu vertheidigen, ja selbst mit dem Commandirenden die Stadt zu verlassen. Alle kehrten mit Hafiz-Pascha in die Stadt zurück. Hafiz-Pascha und dessen Adjutant wurden im Collegium der Sultansmoschee gefangen gesetzt. || Als der Vali, Mazhar-Pascha, Constant-Pascha und der Kadi vernahmen, was mit Hafiz-Pascha vorging, gaben sie sogleich ihre Demission. Yorgaki Efendi setzte mich von diesem Schritte des Vali um 9 Uhr Morgens mündlich in Kenntniss. || Wie es Hafiz-Pascha am 27. Abends gethan hatte, so ersuchte mich der Ex-Vali, von dem Vorgefallenen unsere Generale zu benachrichtigen, damit sie eiligst der bedrohten Bevölkerung von Serajevo zu Hilfe kommen. Da der Telegraph unterbrochen war, blieb mir kein anderer Ausweg übrig, als einen Boten nach der nächsten Station des internationalen Telegraphen, das ist, nach Mostar, zu senden. Ich richtete daher an das dortige k. und k. Consulat die in Abschrift beiliegende Note. || Die Rebellen sandten einen Bewohner von Nikšić zu mir, um mich zu versichern, dass sie nicht die Absicht haben, irgend Jemandem ein Leid zuzufügen, und dass auch ich, meine Leute und sämmtliche Consuln unter den besonderen Schutz der ganzen Bevölkerung gestellt sind. Es wird eben eine neue Regierung eingesetzt, und dann wird an die Herstellung der Ruhe geschritten werden. Ich erwiederte, dass ich vollkommen den guten Gesinnungen der Bosnier vertraue und wünsche, sogleich in Kenntniss gesetzt zu werden, in wessen Hände die Regierungsgewalt hinterlegt werden wird. Ich werde nach Einsetzung der neuen Regierung sehen, was ich zu thun habe. Vorläufig empfehle ich den Bosniern, die Gesetze des Völkerrechtes nicht zu verletzen. || Bald darauf erhielt ich den Besuch des zweiten Dolmetsch des Vali, Agob Efendi. Derselbe setzte mich in Kenntniss, dass der Vali am nächsten Morgen abzureisen gedenke, dass der Commandirende ein Gefangener sei, und dass er wünsche, sämmtliche Consuln mögen mit ihm sich zurückziehen, da für deren Sicherheit keine Garantien vorhanden sind. Ich liess dem Vali mein Bedauern melden, dass ich ihn nicht begleiten könne. Meine Pflichten gegen die eigene Regierung und gegen die österreichisch-ungarische Colonie erfordern meine Anwesenheit in Serajevo, bis die Rebellen meine Entfernung verlangen, in welchem Falle ich mit allen jenen k. und k. Staatsangehörigen, die Serajevo verlassen wollen, die Strasse nach Brood einschlagen werde. || Auch andere Personen gaben mir den Rath, mich zu entfernen. Die österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen kamen ebenfalls, um mich bezüglich der Abreise zu consultiren. Meine Antwort lautete dahin, dass ich zwar Niemandem rathe, hier zu bleiben, weil ich für diesen Rath keine Verantwortlichkeit übernehmen kann, indem wir uns in der That in einer gefährlichen Lage befinden; allein es sei ebenfalls gefährlich,

sich allein auf den Weg an die Grenze zu begeben. || Am Nachmittag des 28. wurde der mit Hafiz-Pascha arretirte Adjutant erschossen, als er einen Fluchtversuch machte. Zu der Compagnie Asiaten, die man mir zur Bewachung des Hauses unter Mazhar-Pascha zugesendet hatte, erhielt ich von Seite der Bevölkerung noch zehn Mann, die mir durch Hadji Loja zugeführt wurden. || Gegen Abend war eine neue Regierung constituirt. Die Civil-Regierung wurde Hafiz Pascha übergeben, ohne ihn jedoch freizulassen. Das Truppencommando erhielt Ismael Bey Taschlidjak. Die Stellen des Mufti und Kadi wurden ebenfalls durch Bosnier besetzt. Alle neuen Würdenträger gehören dem fanatischen Pöbel an. Notable und Honoratioren haben die Stadt verlassen oder halten sich verborgen. || Am 29. wollten Constant-Pascha und der entlassene christliche Gendarmerie-Major Stojan Grabovać nach Mostar abreisen, wurden aber eingeholt, zurückgebracht, misshandelt und ins Gefängniss geworfen. Der abgesetzte, aber noch nicht abgereiste Vali fürchtete für sein Leben und liess bei meinem deutschen Collegen zu seiner Sicherheit Schritte unternehmen. Dr. Frommelt lud mich ein, eine schriftliche Aufforderung an Hafiz-Pascha wegen Schutzes des Vali ergehen zu lassen. Ich schlug vor, dass wir uns in corpore zum Sitze der Regierung begeben. Mein Wunsch war es, zu den Rebellen zu sprechen, um sie zu bewegen, die Gefangenen zu den Consuln zu geben, wo sie ja auch Gefangene sind und nur weniger für ihr Leben besorgt wären. Indess wurde die schriftliche Form vorgezogen, und ich nahm keinen Anstand, das bezügliche Schreiben zu unterfertigen und abzusenden. || Der Pöbel hatte sich der Pferde und aller Effecten Constant-Pascha's bemächtigt und war nahe daran, wegen Theilung der Beute in Streit zu gerathen. Die nichts erhalten hatten, warfen sich auf Constant-Pascha, um ihm die Kleider auszuziehen, wobei dieselben in Stücke gerissen wurden. || Da die Mohammedaner von Serajevo den türkischen Truppen, obwohl dieselben neutral sind, nicht trauen, wurden sie aus der Caserne entfernt, welche von den von allen Seiten herbeigeströmten Baschibozuks besetzt wurde. Es war ein sonderbares Schauspiel, die Cavalerie und Infanterie auf den Strassen herumirren und ein Obdach suchen zu sehen. Auf das Ansuchen der Soldaten, man möge ihnen Beschuhung und ordentliche Verpflegung zukommen lassen, erhielten sie den Bescheid, dass sie das Gewünschte erhalten werden, sobald sie ihre Offiziere fortgejagt haben würden. || Im Laufe des Nachmittags wurden die 4000 Stück Gewehre und viele Munition unter die Bevölkerung vertheilt. Nunmehr hat jeder in der Stadt herumgehende Mohammedaner ein gutes Gewehr auf der Schulter. Ausser der Plünderung Constant-Pascha's sind keine Unordnungen vorgefallen. || Genehmigen u. s. w.

Nr. 6889. Oesterreich-Ungarn. 29. Juli 1878.

Beilage.

General-Konsul Wassitsch an Konsul Strautz in Mostar.

Serajevo, 28. Juli 1878.

Gestern Nachmittags begannen abermals die Unruhen in Serajevo. Der Pöbel, verstärkt durch Zuzug vom Lande und durch das hier garnisonirende bosnische Nizam-Bataillon, welches sogleich zu den Aufständischen überging, griff zu wiederholten Malen das Regierungsgebäude an, in welchem sich der Vali, der Commandirende, alle osmanischen Beamten und viele Notablen befanden, schoss in den Sitzungssaal und wurde nur durch scharfe Salven der türkischen Truppen zurückgetrieben. Der Commandirende zog mit den Beamten in die Caserne und besetzte dieselbe und einige wenige Punkte der Stadt, soweit eben die zwei, ebenfalls nicht ganz verlässlichen Bataillons, die er noch zur Verfügung hat, ausreichten. Die Lage der Beamten, der türkischen Truppen, der Consulate, der christlichen Bevölkerung, ja selbst die der mohammedanischen Notablen Bosniens ist eine gefährliche, da auf deren Schicksal der fanatische Pöbel auf das entscheidendste einwirken kann. Die allgemeine Besorgniss vor der nächsten Zukunft ist daher nur zu sehr gegründet. Sowohl der Commandirende als auch der Vali ersuchten mich, in geeigneter Weise unseren Truppen-Commandanten die Lage mit der Bitte darzustellen, die Occupation von Serajevo zu beschleunigen. Die Lage wird hier wesentlich sich bessern, wenn die gestern Nachts vom Commandanten in Mostar abverlangten zwei türkischen Bataillons sogleich hieher abgehen und dort durch österreichisch-ungarische Truppen ersetzt werden. || Soeben, um 9 Uhr Morgens, wird mir gemeldet, dass der Vali und Constant-Pascha demissioniren und ihre Amtsgewalt an Hafiz und Fazli-Pascha abtreten wollen. Die Kanonen und Munitionsdepots sind bereits in die Hände der Aufständischen gefallen. || Leider wurde gestern auch der Telegraph nach allen Richtungen zerstört. In der Hoffnung, dass dies in Mostar nicht der Fall ist und jedenfalls von dort an den Commandanten in Metkovich die Distanz nicht gross ist, schreibe ich diese Zeilen mit dem Ersuchen, durch Telegramme das Ministerium und die Generale Baron Philippovich und Baron Jovanovich sogleich von dieser Sachlage zu unterrichten. || Empfangen u. s. w.

Nr. 6890.

OESTERREICH-UNGARN. — Botschafter in Konstantinopel an den k. k. Min. d. Ausw. — Der Streit in der Rhodope-Commission.

Constantinopel, 31. Juli 1878.

Nr. 6890. Oesterreich-Ungarn. 31. Juli 1878.

Die letzten schriftlichen Meldungen, welche mir vom Obersten von Raab zugekommen sind, rühren aus Porto Lagos, ddo. 24. Juli. Unser Delegirter

Nr. 6890. Oesterreich-Ungarn. 31. Juli 1878.

hat mir im Auftrage der Commission einige Protokolle übermittelt mit der Bitte, dieselben bei den respectiven Botschaften und Missionen circuliren zu lassen, was bereits geschehen ist. || Mit dem beiliegenden Telegramme vom 27. aus Cavalla meldete Oberst von Raab das Eintreffen der Commission in Xanthy und den Beginn ihrer Thätigkeit daselbst. In einem zweiten Telegramme zeigt der Delegirte der k. und k. Regierung eine Meinungsverschiedenheit an, welche unter den Commissionsmitgliedern entstanden ist. Der russische Delegirte, von dem deutschen unterstützt, hat nämlich Einsprache dagegen erhoben, dass die Aussagen der Flüchtlinge über die Ursachen, welche sie zum Verlassen der Heimat bewogen und ihre Rückkehr dahin verhindern, in die Commissions-Protokolle aufgenommen werden sollen. || Es ist, allem Anscheine nach, in Folge der Meinungsverschiedenheit über die Geschäftsgebarung eine bedauerliche Spaltung eingetreten. Der russische Delegirte, Botschaftssekretär von Basily, verlässt krankheitshalber die Commission und soll heute hier eintreffen. Es bleibt russischerseits bloss der ihm beigegeben gewesene Dolmetsch bei der Commission zurück. || Die Auffassung, welche ich von der Aufgabe der internationalen Commission aus den Instructionen Euerer Excellenz schöpfte, schreibt derselben in erster Linie ein humanitäres Ziel vor. Es handelt sich vornehmlich darum, die jetzige Lage der Flüchtlinge, ihre Leiden und Bedrängnisse zu constatiren, Vorschläge über die Abhilfe derselben zu erstatten und, soweit es thunlich ist, selbst Abhilfe zu treffen. Die Erreichung dieses Zweckes schliesst allerdings bis zu einem gewissen Grade die Eruirung der Ursachen in sich, aus welchen die gegebenen höchst bedauerlichen Verhältnisse entstanden sind. Ich glaube jedoch, dass der einheitliche Charakter der Commission nicht deshalb aufgeopfert werden darf. || Ich sah mich veranlasst, unterm 30. d. M. an Obersten von Raab das anverwahrte Telegramm zu richten, und füge hinzu, dass auch der italienische Geschäftsträger diese Auffassung theilt; die Weisungen des Delegirten der deutschen Botschaft sind, wie mir bekannt ist, im gleichen Geiste abgefasst. || Diesen Morgen erhielt ich das in türkischer Sprache abgefasste Telegramm aus Gümüldschina vom 29. d. M., welches ich in französischer Uebersetzung hier beischliesse. Es wird darin verlangt, dass die Pforte den Betrag von 5000 £ t. zur Linderung des furchtbaren Nothstandes der Flüchtlinge an die Commission übersende. Ob die Pforte geneigt und in der Lage sein wird, so bedeutende Opfer zu bringen, scheint, nach Analogie dessen zu urtheilen, was für die Flüchtlinge der Hauptstadt selbst geschieht, wohl zweifelhaft. || Genehmigen u. s. w.

Nr. 6890. Oesterreich-Ungarn. 31. Juli 1878.

Beilage.

Graf Zichy an Oberst Ritter von Raab in Cavalla.

Telegramm. Constantinopel, 30. Juli 1878.

Ein unter gemeinsamer Mitwirkung erzieltes, wenn auch weniger in die Details eingehendes Resultat ist einem Conflicte, der zum Ausscheiden von Commissions-Mitgliedern führen würde, nach den Intentionen der k. und k. Regierung vorzuziehen. Die Aufgabe der Commission ist eine zweifache, eine humanitäre und eine inquisitorische. Stellen Sie die humanitäre in erste Linie.

Nr. 6891.

OESTERREICH-UNGARN. — General-Konsul Wassitsch an den k. k. Min. d. Ausw. — Der General-Konsul hat Serajewo verlassen müssen.

Mostar, 4. August 1878.

Nr. 6891. Oesterreich-Ungarn. 4. Aug. 1878.

Bereits am 28. v. M. ersuchte mich ein Ausgewanderter aus Nikšič, dem Anführer des Pöbels, Hadji Loja, ein Geschenk zukommen zu lassen. Ich dachte, mein Gewährsmann wolle sich in dieser Weise ein Trinkgeld verschaffen; allein da Hadji Loja vom Vali oft beschenkt wurde und in der That nichts besitzt, wollte ich die Gelegenheit nicht unterlassen, wenigstens einen Versuch zu machen, den Anführer des Pöbels dem General-Consulate günstig zu stimmen, und übergab dem Nikšičaner 10 Stück Napoleonsd'or. Sogleich darauf erhielt ich zur Bewachung des Consulatsgebäudes fünf Mann Serajevo'er und fünf Mann Nikšičaner durch Hadji Loja zugesendet. || Am 30. Juli erhielt ich um 6 Uhr Morgens den Besuch des Hadji Loja. Mit ihm erschien der Serajevo'er Bürger, welcher die zehn Mann starke Bürgerwache commandirt, die im Consulate untergebracht ist. Ich liess der Unterredung auch den Consulatsdolmetsch, Herrn Herkalović, beiwohnen, da es möglich gewesen wäre, dass Hadji Loja, der zum türkischen Geistlichen ausgebildet wurde, in seinen Mittheilungen türkische Ausdrücke brauchte, die ich nicht verstehe. || Das Gespräch, das ich mit Hadji Loja führte, bot manches Interesse dar. Ich behandelte bei dieser Gelegenheit alle uns interessirenden Fragen, um die Anschauungen des Pöbels kennen zu lernen und um ihn über dessen Pflichten uns gegenüber zu unterrichten. || Hadji Loja ist seiner äusseren Erscheinung nach das Modell eines orientalischen Fanatikers. Ueber sechs Schuh hoch, mager, mit rollenden Augen, grossem Munde und fletschenden Zähnen, mag er auch ohne seinen rothen langen Fuchspelz, den er bei 24 Grad Hitze trägt, den demoralisirten Christen imponiren. Die Mohammedaner der niederen Classen stehen zu ihm, weil er fortwährend den Koran und die darin enthaltenen Wunder citirt und sich als einen unerschütterlichen Verfechter desselben hinstellt, auch alle Augenblicke schwört, dass er für seine Ueberzeugung in

den Kampf gehen und siegen oder sterben, das ist: ein Heiliger werden wolle. || Nach einigen einleitenden Bemerkungen kam Hadji-Loja sogleich auf seine eigentlichen Ansichten zu sprechen. „Wir wollen," sagt er, „dass fortan keine andere Steuer bestehe als der Zehent und die Kopfsteuer für Christen und Juden; der stabile Truppendienst ist abgeschafft. Alle Mohammedaner werden im Nothfalle zu den Waffen greifen. Wir kennen kein anderes Gesetz als den Koran. Derselbe reicht für Mohammedaner, Christen und Juden aus. Wir wollen jedoch jenen, die nicht an den Koran glauben und daher der Hölle verfallen sind, wenn sie treu zu uns stehen, Concessionen machen. Nach den Vorschriften des Koran hätten wir die Glocken herabnehmen und zerstören müssen; wir lassen sie jedoch, da sich Christen und Juden uns angeschlossen haben. Nur wer an dem Koran festhält, ist ein geachteter Mann. Ich bin heute Herr in Bosnien; die Begs und Notablen gelten nichts." || Ich bemerkte, dass das Vertrauen auf den Koran an und für sich lobenswerth ist; doch sei derselbe auf weltliche Dinge nicht anwendbar, da keine Wunder mehr geschehen, sondern Macht und Reichthum den Ausschlag geben. Ich sagte: „Als ich vor sechs Monaten hieher kam, hörte ich, dass ein kühner Räuber sich in Bosnien herumtreibe, dass derselbe viele Freunde habe und sich daher leicht versteckt halte. Damals wagtest du dich nicht auf die Strasse, obwohl du damals kein schlechterer Muselmann warst als heute. Vielleicht bist du heute über einen Monat in der alten Lage. Auch die mohammedanischen Truppen, welche gegen die Russen kämpften, wurden nicht durch den Koran gerettet. Ihr aber um Serajevo herum seid ohne Geld, ohne intelligente Führung; was könnt ihr gegen ein wohlgerüstetes Heer ausrichten?" || Nach manchen weiteren Bemerkungen kam Hadji-Loja zum Hauptzwecke seines Besuches. Er dankte mir für die ihm übermittelten 10 Stück Napoleonsd'or und äusserte den Wunsch, von mir ein gutes Reitpferd zu erhalten, da er als Anführer des gläubigen Volkes auf keinem so schlechten Pferde wie bisher reiten könne. Ich sagte, dass ich kein für ihn passendes Reitpferd habe, dass ich ihm aber 20 Stück Napoleonsd'or aushändige, damit er sich eines nach seiner Wahl kaufen könne. || Kaum hatte mich Hadji-Loja verlassen, so erhielt ich den Besuch eines Abgeordneten der factischen Regierung, eines bekannten guten alten Türken, Namens Hadji-Derwisch, welcher sich erkundigte, was ich zu thun gedenke, da die Zügellosigkeit des Pöbels immer grössere Dimensionen annehme. Ich entgegnete, dass Hadji-Loja soeben bei mir war und dass ich demselben erklärt habe, bereit zu sein, Bosnien zu verlassen, sobald die factische Regierung eine bezügliche schriftliche Mittheilung mir gemacht haben wird. Um die Mittagsstunde des 30. kehrte Hadji-Derwisch zu mir zurück und sagte, dass die schriftliche von mir gewünschte Ausfertigung mir am Abende übergeben werden würde. || Mittlerweile liefen Nachrichten von k. und k. Unterthanen ein, dass sie fürchten, vom herumziehenden Gesindel in ihren Landhäusern geplündert, vielleicht ermordet zu werden. Die factische Regierung entsendete ihre Truppen und Bewaffneten nach Travnik

Nr. 6891. Oesterreich-Ungarn. 4. Aug. 1878.

Nr. 6891. Oesterreich-Ungarn. 4. Aug. 1878.

und Vranduk, um die dortigen Pässe zu besetzen. Alles deutete dahin, dass die derzeitigen Machthaber ernstlich beabsichtigen, einen Widerstandsversuch zu machen, und fühlen, dass sie nicht mehr die Macht haben, den Pöbel von Excessen abzuhalten, daher meine Entfernung wünschen. ‖ Ich hatte daher am 30. meine Reiseanstalten getroffen. Die minder wichtigen Archivstücke, die Inventarstücke des Consulates, meine Wäsche, Kleider, Möbel und Utensilien wurden in einem feuerfesten Magazine deponirt. Die wichtigen Archivstücke, die Depositen und die Amtsgelder wurden eingepackt. Ich konnte nunmehr in wenigen Stunden Serajevo verlassen. Die Consulatsbeamten und die österreichisch-ungarischen Unterthanen, welche mitzugehen beabsichtigten, wurden verständigt, am folgenden Tage zur Abreise mit kleinstem Gepäck sich bereit zu halten. ‖ Da Niemand das Document, womit mir die Abreise aufgetragen wird, unterzeichnen wollte, so kam am 31. Juli um 9 Uhr Morgens Hafiz-Pascha mit dem Imam Kankdjia, mit dem Hodscha Jamaković und mit dem orthodoxen Kaufmanne Petraki zu mir, um bezüglich meiner Abreise zu conferiren. Das Gespräch zwischen mir und Jamaković, der als Sprecher auftrat, drehte sich um die politische Lage Bosniens und der Stadt Serajevo. Jamaković behauptete, dass Oesterreich-Ungarn gegen alles Recht Truppen hieher sende, um die Mohammedaner zu berauben und auszurotten, und dass die Bevölkerung zu den Waffen greife, um sich gegen diesen Angriff zu vertheidigen. Ich dagegen liess die Proclamation durch Petraki Satz für Satz verlesen und bewies dadurch, dass Oesterreich-Ungarn im Auftrage von Europa und mit Einwilligung der Pforte zum Besten dieser Provinz dieselbe besetze. Niemand wird an Eigenthum, Leben oder Ehre gekränkt werden; Glaube und Sitten werden überall Bürgschaft und Achtung finden. Anders aber wird es mit der öffentlichen Ruhe aussehen. Die k. und k. Generale werden Ausschreitungen, wie sie eben jetzt hier vorkommen, nicht dulden. Serajevo, das die türkischen Beamten vertreibt und Anstalten trifft, den österreichisch-ungarischen Truppen Widerstand zu leisten, empört sich nicht nur gegen den Sultan, sondern gegen ganz Europa und rechtfertigt nur zu sehr seinen Ruf der Widerspänstigkeit gegen jede Ordnung und Reform und die Nothwendigkeit der militärischen Occupation zum Zwecke der Wiederherstellung geordneter Zustände. Ich sagte ferner, dass ich unter den gegenwärtigen anarchischen Zuständen und Kriegszurüstungen nicht wage, mit meinen Beamten und Staatsangehörigen länger in Serajevo zu verweilen, und dass ich somit heute noch abzureisen gedenke. Das deutsche Consulat wird das Gebäude des österreichisch-ungarischen General-Consulates und die wenigen zurückbleibenden Diener und Staatsangehörigen in Schutz nehmen. Ich empfahl schliesslich den neuen Gewalthabern, dafür zu sorgen, dass Niemandem Schaden oder Leides zugefügt werde, da sie für alles, was während meiner Abwesenheit geschehen würde, verantwortlich bleiben. ‖ Auch sagte ich ihnen, dass es nothwendig sein wird, unserem Befehlshaber, wenn er vor Serajevo erscheinen wird, eine Deputation, aus allen Ständen gebildet, entgegenzusenden, um ihn

zu bewillkommnen und um wegen der Besetzung der Stadt Vorkehrungen zu treffen. || Als ich sagte, meine Absicht sei, mich in das Hauptquartier nach Brood zu begeben, ersuchte man mich, den Weg über Mostar zu nehmen, welcher nicht wie jener nach Brood mit Truppen und Baschibozuks überfüllt ist, und auf welchem es der derzeitigen Regierung möglich ist, für die Sicherheit der Reisenden zu sorgen. Als ich sagte, dass ich um die Mittagsstunde Serajevo verlassen werde, ersuchte man mich, noch weitere zwei Stunden zu warten, um nicht einem eben abgegangenen desorganisirten Bataillon zu begegnen. || Um 3 Uhr Nachmittags am 31. Juli reiste ich mit meiner Equipage, mit vier Wagen für vier Beamte, für das Archiv, für die Dienerschaft mit dem nothwendigsten Gepäck und mit zwei Wagen für arme österreichisch-ungarische Unterthanen von Serajevo ab. Consular-Eleve Pietschka begleitete den Zug zu Pferde. Mehrere österreichisch-ungarische Familien folgten in ihnen gehörigen fünf Wagen, und viele Handwerker gingen zu Fuss. Nur 25 Personen bedurften der Geldunterstützung, die ihnen in angemessener Weise gewährt wurde. || Die Escorte bestand aus 8 Baschibozuks zu Pferde unter dem Befehle des Marktcommissärs Hadji-Derwisch. || Wegen der zu Fuss folgenden Personen und wegen der schlechten Strassen konnten unsere Wagen nur sechs Reitstunden täglich zurücklegen. Wir übernachteten in den Stationen Pazarić, Konjica und Jablanica und kamen am 3. August in Mostar an. Der Mutessarif hatte uns nach Konjica 5 Zaptiés und in Jablanica noch andere 10 Zaptiés mit einem Hauptmann entgegengesendet. Die grössten Ausgaben sowohl in Serajevo als am Wege waren die Verpflegung und die Trinkgelder für die Wachen, Soldaten und für alle jene, welche uns einen kleinen Dienst leisteten oder zu leisten vorgaben. || Die Gefahren waren übrigens nicht unbedeutend, da wir unterwegs nicht nur die sich selbst auflösenden bosnischen Bataillons, sondern auch Emigranten aus Nikšič um uns hatten, die nur eine gute Gelegenheit abzuwarten schienen, um unser Gepäck zu plündern. Die in allen Orten sich mit Ostentation zum Aufbruche rüstenden Baschibozuks waren ebenfalls nicht geeignet, uns grosse Zuversicht einzuflössen. || Genehmigen u. s. w.

Nr. 6891. Oesterreich-Ungarn. 4. Aug. 1878.

Nr. 6892.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in Paris. — Verhältniss zu Frankreich betreffs orientalischer Angelegenheiten.

Foreign Office, August 7, 1878.

My Lord, — I have the honour to inclose to you a copy of a despatch which was left with me by the French Ambassador on the 23rd ultimo. || It

Nr. 6892. Gross-britannien. 7. Aug. 1878.

Nr. 6892. Grossbritannien. 7. Aug. 1878. is written in the first instance in reply to a communication which I had the honour of addressing to him at Berlin, and of which your Excellency at the same time received a copy. But at the same time M. Waddington records the general purport of conversations which took place between us after the receipt of that despatch, and which enabled him to appreciate more exactly the significance of the Convention with Turkey of the 4th June, which I had brought to his Excellency's knowledge. || M. Waddington expressed himself on those occasions in language which I remember with lively satisfaction, and which clearly indicated the friendly sentiments entertained towards England by the Government of which he is a Member. He fully recognized the special difficulties attaching to the position in which Her Majesty's Government were placed by the failure of the Tripartite Treaty of April 15, 1856, and recognized the necessity which this circumstance imposed upon them of providing by their own action for the interests which the Treaty, if it had been practically operative, would have secured. || He was also fully sensible, that our policy had been inspired by no projects of aggrandizement upon the shores of the Mediterranean, but purely by a solicitude for the vast interests which we possess in Asia, and which it is our duty to defend. At the same time he was naturally anxious to receive from me assurances which should confirm the interpretation he had placed upon our action, and the inferences which he had drawn from the language of my letter. || These assurances I was very willing on the part of Her Majesty's Government to renew. The tenour of the language I employed, though I cannot answer for individual expressions, is accurately reproduced by M. Waddington in the despatch which I inclose. || The interests of France as a great Catholic Power in the Lebanon, and in the Holy Places of Palestine, have always been scrupulously respected by this country. || We do not contemplate any departure from the policy which in this respect has been pursued in times past by the Government of the Queen. The efforts of Great Britain will be directed in the future, as they were at the Congress of Berlin, to securing the equal rights of men of all religions; but they are not under an obligation to undertake the special defence of any of the religious bodies which are to be found in Asiatic Turkey, still less to contest the guardianship of Catholic interests which France has made her peculiar province. || The Minister for Foreign Affairs has also dwelt, both in his despatch and in his conversations with me, upon the question of Egypt. || I am able to recognize with satisfaction, that the views to which he gave expression were of a very friendly character, for it has always been the earnest desire of Her Majesty's Government to work cordially with that of France in promoting the development of Egyptian resources. || England has a special tie to Egypt, because it is the highway to her Eastern possessions; but the great economical and philanthropic objects which European diplomacy is pursuing in that country interest France and England in an equal degree. Neither Power desires to establish any territorial settlement in Egypt, or to

interfere in any way with the dynasty of the Khedive at present established there under the suzerainty of the Sultan. Both desire the stability and permanence of his rule, at the same time, that both are urging with earnestness the prosecution of those reforms which alone can rescue his people from misery and his finance from its present condition of profound embarrassment. || The English Agent has constantly been instructed, that it is the earnest desire of Her Majesty's Government to work heartily in co-operation with that of France, and this wish has influenced their policy, sometimes even to the prejudice of other important considerations. They were earnestly dissuaded by some of the authorities best acquainted with the circumstances from joining with the French Government in requiring, that the Coupon of last May should be paid in full; but they preferred to risk the evil consequences which were predicted, and appeared not improbable, rather than part company with France in the matter. || There appears to be no danger of any misunderstanding between the two Powers upon this question. The common object of both is, that the Khedive's dynasty may endure, that his people may prosper, and that his debts may be paid. In their sincere co-operation, free on both sides from any ulterior designs of territorial acquisition, lies the only hope of enduring prosperity and progress for Egypt. || I am, &c.

Nr. 6892. Grossbritannien. 7. Aug. 1878.

Salisbury.

Nr. 6893.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in Konstantinopel. — Reformen in der asiatischen Türkei.

Foreign Office, August 8, 1878.

Nr. 6893. Grossbritannien. 8. Aug. 1878.

Sir, — The ratification of the Treaty of Berlin and of the Convention of Constantinople having taken place, the Government of the Sultan will doubtless address itself without delay to the accomplishment of those measures of internal amelioration to which His Imperial Majesty is bound by the stipulations of both those instruments. The determination of the reforms to be accomplished in Europe has been intrusted by the Treaty of Berlin to a European Commission to be specially nominated for that purpose. || But in reference to the reforms to be accomplished in Asia, a different course has been adopted. The need of reform in that portion of the Empire is fully recognized in both documents; but the measures by which it is to be carried out are left to be devised and executed by the Sultan in direct agreement with or under the general supervision of other Powers. The measures required specially for the Armenians are by the Treaty of Berlin to be determined in the first instance by the Sultan; but they are to be communicated to the other

Nr. 6893. Grossbritannien. 8. Aug. 1878. Signatories of the Treaty, who reserve the right to supervise the application of them. In the Convention of Constantinople the Sultan engages to agree with the English Government upon the detail of the reforms to be introduced. || These provisions will make it necessary for the Government of the Sultan to discuss with your Excellency, at the earliest opportunity, the character of the policy to be adopted for the amelioration of his Asiatic administration. Her Majesty's Government desire, that no time should be lost in inviting the Ministers of the Porte to commence this negotiation. In so doing you will be guided on matters of detail by your own experienced judgment. But the following statement of the views entertained by Her Majesty's Government on questions of policy will indicate the points at which your recommendations should generally aim. || The subject of reform in Turkey has been very carefully considered from time to time, and suggestions of very various kinds have been made by high authorities to remedy evils which are generally recognized. In those parts of the Empire where compact populations exist, professing some form of Christianity, it has often been thought, that their surest protection would be found in some kind of local Representative Assembly, which should be invested with power sufficient to check gross abuses of administrative authority. || An arrangement of this kind has for some time been in operation in Crete; but its operation has been fatally embarrassed by animosities of race and creed. In the Lebanon the action of the Representative Assemblies has been a good deal more successful, partly because the prerogatives assigned to the executive power have been discharged by a Governor of remarkable sagacity and patriotism, partly because it has been practicable to sever totally from each other the conflicting elements in the population. These are the only constitutions, with the exception of that in the Island of Samos, which are in actual operation, and they furnish no experience from which it would be possible to judge of the efficacy of the representative system in curing the evils from which the Turkish Empire suffers. Under the Treaty of Berlin the experiment will be tried in the European portion of the Empire on a larger scale, and possibly under more favourable circumstances. Its precise shape and character have not yet been determined; but probably the Representative Assemblies that are set up will represent fairly homogeneous constituencies, composed in the main of races with whose character this form of political action is not incompatible. || Whatever chance of success these experiments may have, they could not be safely imitated in the Asiatic provinces of the Empire. The Mahometan races, which there constitute an enormous majority of the population, are, for the present at least, unfitted for institutions of this kind, which are alien to their traditions and their habits of thought. The Christians, to whom a representative system might perhaps be suited, are not only a small minority, but (with the exception of those in the Lebanon, who are provided for) are so scattered and intermixed with the Mahometans, that any separate machinery of Government,

designed for them alone, would be attended with the gravest practical difficulties. || It is not, therefore, to projects for the institution of Representative Assemblies, that Her Majesty's Government propose now to invite your Excellency's attention. The immediate necessity of Asiatic Turkey is for the simplest form of order and good government; for such security from rapine, whether lawless or legal, that industry may flourish, and population may cease to decline. With this object in view it appears to Her Majesty's Government, that the subjects which most urgently require attention are the maintenance of order, the administration of justice and the collection of the revenue. || For the maintenance of order the institution of an efficient gendarmerie has long been recognized as indispensable. It was demanded in the Andrassy Note, and subsequently at the Conference of Constantinople; and the necessity of it was admitted by the Porte at the last meeting of that Assembly. Indeed, some considerable progress was made by the Porte in organizing a body of this character during the three months which elapsed between the close of the Conference and the outbreak of hostilities. The war arrested the formation of this force; but the time has now come when it may be resumed. In no part of the Sultan's dominions is the need for it so crying as on the north-eastern frontier of the Asiatic Provinces. The ravages of the Kurds, which have no connection with political grievances of any kind, and which are equally onerous to the Christian and the Moslem, can only be suppressed by a police force of a military character, well found and handled; and until the suppression is complete, all other measures for promoting the prosperity of the country will be futile. A certain proportion of European officers will probably be necessary in order to organize the force, and to ensure, that it shall be employed with sufficient energy upon the duties assigned to it. But in this, as in all other kindred questions, your Excellency will carefully abstain from proposing any such employment of English officers as may give a pretext for the insinuation, that England seeks to acquire any control inconsistent with the complete and undisputed sovereignty of the Sultan. || The necessity of a reform in the administration of justice was much insisted upon both in the Andrassy Note and at the Conference of Constantinople. Every nation has had to struggle, in its turn, with the evils of a corrupt judiciary. In Turkey they have prevailed in a form of singular persistence and intensity in many places, extending down to the simplest jurisdiction and the pettiest causes. It is obvious, that without a reform in this respect all efforts towards amelioration in other directions will fail of their effect. Highly beneficent provisions were inserted in the Treaty of Berlin, extending equal civil rights to all religions; and assurances were formally given, that those provisions already formed part of the law of the Turkish Empire. But unless tribunals are erected which can be trusted to carry those laws into effect, it is to be feared, that in the future, as in the past, they will remain without practical result. Native policemen must continue to be employed for the maintenance

Nr. 6893. Grossbritannien. 8. Aug. 1878.

Nr. 6893. Gross-britannien. 8. Aug. 1878.

of order, and the revenue must, in the main, be gathered in by native tax-collectors; and it will be most important, that due legislative provision shall be made to restrain these officers from any abuse of their authority. But however sound and enlightened such laws may be, the oppression which in past time has attended the exercise of these functions can only be effectually prevented by the action of pure and impartial Courts of Law. || The example of Egypt has shown, that it is quite possible to erect Tribunals in a Mussulman State which shall command general confidence, without trenching on the prerogatives of the Sovereign. In order to secure success in such an attempt each Tribunal should, if possible, contain at least one European lawyer of ascertained probity and learning. His consent should be requisite to every judgment, and his tenure of office should be secured from capricious termination by precautions to which I will presently refer. If Tribunals of this character could be established at five or six of the principal towns of Asiatic Turkey, say, Smyrna, Erzeroum, Diarbekir, Aleppo, Damascus and Bagdad, — there would be in each district a Court where, in the last resort, justice would certainly be done. || In India the plan of giving to the Court of Appeal a power of directing the action and reviewing the conduct of Courts of inferior jurisdiction has been found to produce salutary results. In Asiatic Turkey it might contribute, more than any other practicable arrangement, to extirpate the corruption by which the Courts of First Instance are disgraced. No sudden reformation can be counted on, for it has not been attained in countries far more favourably situated than Turkey. But when once a confidence was established among the people, that in the Central Court justice might, without fail, be had, appeals would rapidly flow in; and those magistrates who were guilty of the most abusive exercise of their power would speedily be detected and dismissed. If the error of too great formality and consequent delay be avoided, the reformed administration of the law will become popular; and a public opinion will grow up, that will not tolerate the servility and corruption by which the weak are now in so many districts placed at the mercy of the strong. || The third important reform, to which your Excellency should direct the attention of the Sultan's Government, is a change of the system by which the land revenue is levied. An abolition of the practice of tithe-farming was promised in the Hatti-Humayoun, was twenty years later insisted upon as an indispensable reform in the Andrassy Note and accepted by the Porte, and was afterwards strongly urged by the Conference of Constantinople. The system is condemned by universal experience, and will scarcely find an advocate. It is, however, doubtful whether this machinery can be dispensed with so long as the tax levied is allowed to vary in proportion to the yield of each year's harvest. As long as the tax consists, not of a fixed payment, but of a tenth or eighth of the crop, some one must be charged to ascertain, that, in the case of each peasant's holding, the amount tendered bears the due proportion to the whole yield; and the only economical method by which

Nr. 6893. Gross-britannien. 8. Aug. 1878.

the Government can secure itself against loss from the dishonesty of the collector is by some system of composition or tax-farming. The evils of the tithe system are not confined to the direct facilities for oppression which it affords. The necessity of having the crop counted before it may be gathered, in order to protect the rights of the Government or the tithe-farmer, must cause, in any case, great delay and consequent loss; and the power of indefinitely increasing that delay gives to the collector a formidable weapon of extortion. It appears, that in many places valuable crops have ceased to be grown, though well suited to the soil, because they spoil under the operation of the tithe-farmer's delays. || The remedy for these evils is the arrangement known in India as a settlement—the conversion of the tithe into a fixed rent-charge, payable in money or kind as may be most convenient, and open to revision after a certain number of years. This reform requires time for its complete introduction, for it depends for its working upon a fairly accurate survey, which must take many years to make. But due security that it really will be adopted can only be obtained by the appointment, for each vilayet, of a trustworthy revenue collector, whose duty it shall be to superintend its introduction, and intermediately to modify as far as possible in practice the evils of the existing system. It may be difficult to find, at present, except among Europeans, candidates for this office whose tenacity of purpose could be relied on, and whose integrity would be sufficiently above suspicion. || These reforms, like any other, will only be efficient if they are honestly carried out; and the character of the Vali, under whose authority they must work in each province, will become more than ever a matter of vital moment to the well-being of the population. The selection of the Vali is one of the most important prerogatives of the Sultan. Your Excellency will not fail to impress upon His Imperial Majesty the importance of a judicious choice, and to place at his disposal all the assistance which your experience of Oriental affairs and knowledge of Turkish statesmen will enable you to furnish. || The opinion, however, has been generally held by those who are most familiar with the Turkish Empire, that the most careful selection will not avail to secure competent and upright Governors for the provinces as long as the uncertainty of their tenure tempts them to secure it by corrupt influences, for which, necessarily, extortion must find the means. No point was pressed more earnestly by the Representatives of the Powers at Constantinople; and it seems to be well ascertained, that without this security reforms, however complete, in the inferior branches of the provincial administration, will not be carried into practical execution. At the same time it is evident, that both in the case of the Governors and the case of the Judges of the Central Tribunals, with which I have already dealt, there are considerable difficulties to be overcome. To give to either of these functionaries an indefeasible right to these offices during a fixed term of years would be obviously inexpedient, for they may become incapable, or be guilty of grave misconduct.

Nr. 6893. Gross-britannien. 8. Aug. 1878. The object is to substitute a tenure "quamdiu bene se gesserint" in place of the present tenure "durante bene placito." But for that purpose it is necessary to find some independent authority, who can be trusted to decide without either corrupt or servile bias, whether, in case of an accusation made, the behaviour of these functionaries has been good or not. In the existing circumstances of Turkey it may not be easy to find an authority, that will fulfil this duty in a manner wholly satisfactory. The Sultan would probably be unwilling to allow it to devolve upon any persons not subjects of his own Crown; and Her Majesty's Government would recommend a resort to such an agency with great reluctance, and only in the last necessity. Your Excellency will probably be best able to judge whether a special Council could be created for the purpose, or whether any of the bodies set up by the Constitution of 1876 (the High Court, for instance, or the Senate) might be selected for this duty with sufficient promise of success. The circumstance, which may be gathered from the official communications of the Ottoman Government, that the Sultan still looks with favour upon this Constitution, might incline His Majesty to prefer confiding the power in question to some authority established by that instrument. Her Majesty's Government will not fetter your Excellency by detailed instructions upon this point; they only desire to impress upon you the importance of providing without unnecessary delay some effectual mode of protecting Provincial Governors from the liability to capricious removal. || Having explained in detail the policy which Her Majesty's Government are anxious to promote, I will sum up the points, on which it is desirable that you should, with the least possible delay, seek to obtain a formal engagement from the Sultan: — || 1. That he will institute a gendarmerie in his Asiatic provinces, to be organized and commanded by Europeans. || 2. That he will institute Central Tribunals at a certain number of the most important Asiatic towns, which shall have jurisdiction over the lower Courts, and in each of which there shall be a European learned in the law, whose consent shall be necessary in every judgment. || 3. That he will appoint a Collector in each vilayet, who shall be accountable for the revenue of the province, and who shall be charged to abolish tithe-farming, and to introduce ten-year settlements at the earliest date. This officer also should be in most cases a European. || It would be indispensable, that the Vali and the Judge should hold office during good behaviour for a fixed number of years; and it would be very desirable, that a similar security should be given to the Collector. || I shall be glad to receive from you the earliest possible report of the prospects and progress of the negotiations which in this despatch you have been instructed to undertake. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 6894.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Zurückziehung der russischen Truppen.

Therapia, August 11, 1878.

Nr. 6894. Gross-britannien. 11. Aug. 1878.

My Lord, — I called yesterday on General Todleben at San-Stefano. His Excellency had just received a telegram from the Emperor of Russia, dated that morning, which he was good enough to read to me. It stated, that His Imperial Majesty was only waiting to obtain some details as to the occupation of the fortresses round Varna by his troops to give orders for the immediate embarkation of his armies, and for their removal from the neighbourhood of Constantinople. His Imperial Majesty added, that he hoped that the British fleet would now be withdrawn beyond the Dardanelles, according to the arrangement entered into with the British Government, and that he would send orders to Prince Labanoff to place himself in communication with me, in order to come to an understanding with me on the subject. || General Todleben informed me, that he had been discussing with Ghazi-Osman-Pasha, who left the room as I entered, the arrangements to be made for the retreat of such of the Russian forces as were to fall back upon Adrianople, and for the maintenance of order and tranquillity in the country which they abandoned. He proposed, he said, to embark the troops, that were to be sent to Russia by water at four points on the Sea of Marmora— San-Stefano, Silivria, Ereghli and Rodosto. Piers were being constructed at those places for the purpose. As the Russian troops retired he wished the Turks to advance. But the Porte should previously name, and without loss of time, the functionaries who were to take over the charge of the districts now under Russian authority. He wished these functionaries to go behind the retiring Russian forces, so as to be ready to assume their functions, supported by troops or police, as soon as the Russian authorities had left. As the movement of withdrawal from Tchataldja and Rodosto would be simultaneous, he hoped that, through the precautions he thus proposed to take, order would be maintained and the population protected. || His Excellency told me, that he intended to go first to Rodosto, then to Adrianople and afterwards to Aidos, to superintend the embarkation of the last Russian troops from that part of the Turkish territory which was to be at once restored to the Sultan under the Treaty of Berlin. He should then return to Russia by way of Varna. || General Todleben said, that he expected the orders for the embarkation of the Russian troops on the following morning, and that he hoped to commence it in about ten days, the contracts for transports having already been concluded with a Russian Steam-Navigation-Company. || I received to day a letter (copy inclosed) from Prince Labanoff, informing me,

Nr. 6894. Grossbritannien. 11. Aug. 1878. that orders have been sent by the Emperor of Russia to General Todleben for the embarkation and withdrawal of the Russian forces from the neighbourhood of Constantinople, and that he has been instructed to acquaint me with these orders in pursuance of the arrangement come to between the Imperial Government and that of Her Majesty for the simultaneous retreat of the Russian army and the British fleet. In reply I thanked his Excellency for his communication and stated to him, that I should at once submit it to your Lordship and ask for instructions. || I have, &c.

A. H. Layard.

Beilage.

Prince Labanoff to Sir A. H. Layard.

Ambassade Impériale de Russie, Buyukdéré, le 30 Juillet/11 Août, 1878.

M. l'Ambassadeur, — Sa Majesté l'Empereur, ayant reçu la nouvelle de l'évacuation de Varna par les troupes Ottomanes, a daigné ordonner à M. le Général Todleben de procéder à l'embarquement et au mouvement de retraite des troupes Russes des environs de Constantinople. Conformément aux arrangements intervenus entre le Gouvernment Impérial et celui de Sa Majesté Britannique relativement à la retraite simultanée de l'armée Russe et de la flotte Anglaise, j'ai eu l'ordre de prévenir votre Excellence de cette disposition. || En m'acquittant de ce devoir je saisis, &c.

Labanoff.

Nr. 6895.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in Konstantinopel. — Verlangt, dass die Thatsachen in der Rhodope-Kommission ohne Rückhalt ermittelt werden.

Foreign Office, August 12, 1878.

Nr. 6895. Grossbritannien. 12. Aug. 1878. Sir, — I have received your Excellency's telegram of yesterday's date, from which it appears, that some members of the Commission sent to the Rhodope districts have received instructions to endeavour that no revelations shall be made before the Commission which would injuriously affect the honour of the Russian army. || I have informed your Excellency in reply, that in my opinion it is important, that the whole truth, whatever it may be, as to the causes which have led to the sufferings of the Mussulman population and to the rising in Mount Rhodope, should be impartially investigated and ascertained. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 6896.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Geschäftsträger in St.-Petersburg (Mr. Plunkett). — Kommissionen zur Ausführung des Berliner Vertrages und Zurückziehung der Flotte.

Foreign Office, August 13, 1878.

Sir, — The Russian Chargé d'Affaires called upon me this afternoon and told me, that his Government proposed, that six Commissions should be formed to complete the arrangements under the Treaty of Berlin, namely: — ‖ One Consular Commission, to take part in the provisional administration of Bulgaria; ‖ one Constituent Commission for the organization of Eastern Roumelia; ‖ three Commissions for the delimitation of frontiers in Europe; ‖ and one Commission for the delimitation of frontiers in Asia. ‖ I told M. Bartholomei, that I thought one Commission of delimitation for Europe would suffice, that, if the Russian Government were disposed to lay stress upon the matter, Her Majesty's Government would be prepared to appoint three Commissioners. I thought, however, it would be best to appoint only a single Commission in the first instance. ‖ M. Bartholomei then spoke of Batoum, and pressed me to obtain from the Porte the withdrawal from that place of Dervish-Pasha and the troops under his command. ‖ I disclaimed our having power over the Turkish Government in such matters, though I did not doubt, that it would observe the most absolute neutrality. I added, that I feared his Government (as I had warned Count Schouvaloff at Berlin) would meet with trouble and difficulty from the opposition of the Laz tribes. ‖ He then spoke to me concerning the withdrawal of the Russian army and of the British fleet from the neighbourhood of Constantinople. I told M. Bartholomei, that, when the Russian forces retired from before Constantinople, we could withdraw our ships to Gallipoli, and that, when their army had retired within the frontiers of Eastern Roumelia, our ships would pass the Dardanelles. The matter might, if his Government desired it, be made the subject of an exchange of notes between M. de Giers and yourself, or between General Todleben and Sir Geoffrey Hornby. ‖ I am, &c.

Nr. 6896. Gross-britannien. 13. Aug. 1878.

Salisbury.

Nr. 6897.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den kgl. Min. d. Ausw. — Der Widerstand gegen die österreichische Occupation in Bosnien.

Vienna, August 13, 1878.

Nr. 6897. Gross-britannien. 13. Aug. 1878.

My Lord, — A resistance to the advance of the Austrian troops in Bosnia, much more serious than had been anticipated, immediately gave rise here to a strong feeling of irritation against the Porte, which became more intense when it was known, that some battalions of Redifs had taken part in the engagements. || The declarations of the Consuls, that the Imperial troops would everywhere be welcomed as the means of restoring order, had been received with too much confidence, and too little thought was given to the probability of a considerable portion of the inhabitants objecting to be transferred to a foreign State, which, from the events of the last three years, had been regarded by them in far from a friendly light. || The Porte would no doubt have shown a better judged appreciation of its own interests, if it had at once recognized the necessities of its position, and had been ready to enter into an agreement with the Austro-Hungarian Government in regard to an occupation, that was not to be avoided; but there is an extreme injustice on the part of those who are surprised, that alacrity is not exhibited by a Government in preparing for the cession of a province which had not been wrested from them by force of arms. That there should be at Constantinople much sympathy for those who are struggling to prevent their transfer from the authority of the Sultan, is no more than was to be expected, and I have endeavoured to insist upon this upon all occasions when impatience has been expressed, and I have sometimes asked whether, if a Congress had decreed the union of the Trentino to Italy, the Austrian Government would not feel some sympathy with the Tyrolese, if they resisted the Italian troops for the purpose of remaining under the rule of the Emperor. When I have heard the Porte accused of duplicity, and of encouraging the opposition to the Imperial troops, I have invariably maintained the accusation to be unfounded, the only fair reproach, to which the Sultan's Government appear open, being that they clung too long to the hope of being ultimately able to retain the province, while, on the other hand, it was to be remembered, that the occupation was undertaken with some precipitation, as the Austrian troops passed the frontier several days before the ratification of the Treaty, by which that duty was imposed upon them. || I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 6898.

MONTENEGRO. — Fürst Nicolaus an den türkischen Min. d. Ausw. — Verlangt Ausführung des Berliner Vertrages betreffs der montenegrinischen Grenze.

(Télégraphique.) Le 13 Août, 1878.

Venant de recevoir officiellement du Président du Congrès une expédition authentique du Traité de Berlin, je saisis avec une grande satisfaction cette occasion de reprendre la correspondance avec votre Altesse dans l'espoir fondé sur mes propres sentiments que dorénavant les rapports entre la Sublime Porte et la Principauté seront toujours ceux d'un bon voisinage, d'une cordiale entente. Je tiens à affirmer dès à présent mes intentions pacifiques et sincères, et je prie votre Altesse de vouloir bien se charger d'en transmettre l'assurance à Sa Majesté Impériale avec l'expression de mon très-haut respect. L'époque étant prochaine où les décisions arrêtées à Berlin devront avoir leur exécution, votre Altesse pensera sans doute comme moi que dans l'intérêt même des populations les Gouvernements doivent se mettre immédiatement d'accord pour l'accomplissement des stipulations essentielles, notamment des échanges de territoire. Dans cette idée, je viens informer votre Altesse que je suis prêt à remettre entre les mains des autorités Ottomanes les districts occupés par mes troupes, qui doivent faire retour à la Turquie le jour même que je serai aussi en pleine possession de ceux attribués au Monténégro. Je prie votre Altesse de vouloir bien m'indiquer le moment où les dispositions du Gouvernement Impérial seront prises pour procéder à cet échange. Pour le bien même des habitants et pour éviter toute complication, il est fort à désirer que le délai ne dépasse pas la date fixée par le Traité de Berlin; car il importe de ne pas laisser le temps de s'aggraver à l'esprit de résistance que j'ai le regret de constater et qui à Gusindjé-Plava et Kolachin comme à Spusz et Podgoritza est fomenté par des fonctionnaires de Scutari bien plus qu'il n'est le mouvement spontané de gens de ces localités. Votre Altesse comprendra à quel point je désire de n'être pas forcé d'inaugurer mon pouvoir dans ces contrées par des mesures autres que celles de la douceur, et je compte sur son concours pour éviter toute cause de difficultés et de contrainte. J'ai l'espérance de recevoir de votre Altesse une réponse inspirée par des sentiments conformes à ceux qui m'animent.

Nr. 6898. Montenegro. 13. Aug. 1878.

Nr. 6899.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Sendung Mehemed-Ali Pascha's nach Albanien.

(Telegraphic.) Therapia, August 19, 1878.

Nr. 6899. Grossbritannien. 19. Aug. 1878. Mehemed-Ali-Pasha leaves Constantinople to-day, having been appointed Turkish Commissioner to carry out the Articles of the Treaty of Berlin with respect to concessions to Servia and Montenegro, and to reconcile the Albanian population of the districts affected by the change. He informs me, that he is determined to perform his mission in a loyal and conciliatory manner, and he expresses his hope, that the Princes of Servia and Montenegro will meet him in the same spirit and will do what is in their power to prevent effusion of blood. He would be very glad if a message to this effect could be conveyed to their Highnesses through Her Majesty's Consuls at Belgrade and Ragusa or Scutari.

Nr. 6900.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den Fürsten von Montenegro. — Aufschub der Grenzregulirung.

(Télégraphique.) Le 20 Août, 1878.

Nr 6900. Türkei. 20. Aug. 1878. J'ai eu l'honneur de soumettre à Sa Majesté le Sultan le télégramme de votre Altesse du 13 courant. || Mon auguste Maître a été très-satisfait de l'expression des sentiments professés par votre Altesse envers lui, et de ses intentions pacifiques et loyales envers la Sublime Porte. Je suis chargé de donner en son nom à votre Altesse l'assurance que le Gouvernement Impérial est animé, de son côté, du plus sincère désir d'entretenir avec le Gouvernement de votre Altesse les meilleurs rapports de voisinage et de bonne entente dans l'intérêt des deux pays. || En ce qui touche l'exécution des stipulations du Traité de Berlin qui concernent le Monténégro et spécialement l'échange des territoires qui doivent être respectivement restitués, je m'empresse de donner à votre Altesse l'assurance que la Sublime Porte reconnaît la nécessité de régulariser la situation de ces contrées qui font l'objet de toute sa sollicitude, et qu'elle prendra toutes les mesures propres à obtenir le résultat qui fait l'objet du voeu commun des deux Gouvernements. || Je dois cependant remarquer que le délai fixé par le Traité est près d'expirer, et que quelque soit notre désir d'effectuer l'échange des territoires en temps voulu, il paraît impossible d'éviter un retard qui devra être exclusivement attribué à la nécessité de préparer les esprits au changement stipulé et de prévenir ainsi

toute complication éventuelle. || Le Muchir Mehmed-Ali-Pacha, chargé de cette mission, se rendra incessamment sur les lieux. Les autorités Impériales ayant reçu à leur tour les instructions nécessaires dans le même sens, je prie votre Altesse de vouloir bien donner de son côté des ordres en conséquence à qui de droit. Nr. 6900. Türkei. 20. Aug. 1878.

Nr. 6901.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kais. Botschafter in London. — Die Pforte lehnt die Verantwortlichkeit für den Widerstand in Bosnien ab.

(Télégraphique.) Constantinople, le 20 Août, 1878.

On cherche à faire croire que le Gouvernement Impérial aurait favorisé sous main et par des moyens détournés la résistance opposée par les habitants Musulmans et Chrétiens de Bosnie aux troupes Autrichiennes. || Je dois déclarer que la Sublime Porte n'a pas cessé d'exhorter les populations à accueillir les troupes Autrichiennes en amies. Des instructions dans ce sens ont été envoyées, à diverses reprises, aux autorités civiles et militaires qui n'ont pas manqué d'y conformer leur langage et leur conduite. Il n'est pas vrai que nous ayons envoyé des armes et des munitions de guerre pour servir à la résistance. Nous n'avons point encouragé nos soldats à faire cause commune avec les habitants qui ont pris les armes. || Ceux qui ont agi ainsi sont des soldats Bosniaques, originaires du pays même, qui ont été entraînés par leurs compatriotes; ce sont eux qui composent les bataillons revêtus de l'uniforme de l'armée Impériale qu'on voit parmi les habitants, et avec lesquels l'armée Autrichienne a eu à lutter. Les bataillons composés des soldats originaires d'autres parties de l'Empire sont restés obéissants à la voix de leurs Chefs, et se sont retirés au fur et à mesure qu'avançaient les troupes Autrichiennes. Il y a dans ce pays une effervescence générale que nous sommes impuissants à maîtriser. Les violences exercées contre nos fonctionnaires, dont un grand nombre sont tombés victimes de la population soulevée, prouvent surabondamment qu'il n'a pas dépendu de nous de prévenir cette effervescence. || Je vous prie de conformer votre langage à ce qui précède dans le cas où vous seriez interpellé par le Ministre des Affaires Etrangères sur les événements de Bosnie. Nr. 6901. Türkei. 20. Aug. 1878.

Nr. 6902.

OESTERREICH-UNGARN. — Botschafter in Konstantinopel an den k. k. Min. d. Ausw. — Angebliche Grausamkeiten der österreichischen Truppen.

Telegramm. Constantinopel, 20. August 1878.

Nr. 6902. Oesterreich-Ungarn. 20. Aug. 1878.

Safvet-Pascha lässt mir ein soeben eingetroffenes, von heute datirtes Telegramm der Bevölkerung von Serajevo an die Pforte folgenden Inhaltes mittheilen: „Pforte hat uns und dem ganzen Lande mitgetheilt, dass die Oesterreicher als Freunde und nur, um das Land provisorisch zu occupiren, kommen. Wenn auch hie und da den österreichischen Truppen Widerstand entgegengesetzt wurde, hat doch die grosse Mehrzahl der Bevölkerung sie als Freunde mit allen Ehren empfangen. Obwohl die Bevölkerung von Serajevo beschlossen hatte, ein Gleiches zu thun, lässt der österreichische Commandant die Stadt seit zwei Tagen zusammenschiessen. Stadt ist verwüstet, Weiber und Kinder sind massacrirt worden, Türken und Christen sind in grosser Zahl theils von den Kugeln, theils im Fluss zu Grunde gegangen. Wir beschwören die Pforte, sich zu verwenden, dass dem Bombardement Einhalt gethan, oder uns eine andere Stätte angewiesen werde, wohin wir flüchten können.“ Herr von Webenau erwiederte Safvet-Pascha, dass dieses ganze Telegramm eine grundiose und infame Beschuldigung sei; er wisse sehr gut aus den Telegrammen von Serajevo, dass die Bevölkerung ihren Widerstand angekündigt habe. || Jetzt, wo sie die Nutzlosigkeit desselben einsehe, wendet sie sich an die Pforte, deren Rathschläge sie bisher nie befolgt, und wolle sich durch sie retten lassen. || Safvet-Pascha theilt vollkommen diese Ansicht und bittet nur, Euer Excellenz wollen gütigst die Commandanten zur Nachsicht gegen das von etlichen Agitatoren irregeführte Volk anweisen lassen.

Nr. 6903.

OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. an den k. k. Botschafter in Konstantinopel. — Antwort auf die Beschwerde.

Telegramm. Wien, 21. August 1878.

Nr. 6903. Oesterreich-Ungarn. 21. Aug. 1878.

Ich billige vollkommen Antwort, die Herr von Webenau Safvet-Pascha gegeben hat. Pforte war vom Vorhaben der Insurgenten, unserem Einzug in Serajevo Widerstand zu leisten, benachrichtigt. || Unser Feuer hat nur ein paar Häuser in Brand gesteckt, während seitens der Aufständischen die k. und k. Truppen auf die heftigste Weise angegriffen und beschossen wurden. Es ist nur der Gutmüthigkeit und Disciplin unserer Truppen zu verdanken, dass

Stadt und Einwohner von einer grösseren Beschädigung verschont geblieben sind. Theilen Sie Vorstehendes Safvet-Pascha mit dem Bemerken mit, dass unser Commandant Allerhöchsten Befehl hat, mit grösster Milde vorzugehen, und nach unserem Wissen auch wirklich die grösstmögliche Schonung obwalten liess. Nr. 6903. Oesterreich-Ungarn. 21. Aug. 1878.

Nr. 6904.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die Vertreter Frankreichs im Auslande. — Cirkular, betreffend die Ausführung des Berliner Vertrages.

Paris, le 22 août 1878.

Monsieur, le Traité de Berlin ayant reçu la ratification du Sultan comme celle de toutes les Puissances signataires, le moment est venu de prendre les mesures nécessaires pour en assurer la mise en vigueur. Vous connaissez, par la correspondance de mon Département et par la lecture des Protocoles, les vues qui ont guidé les Plénipotentiaires français dans la négociation de cet Acte international. Dans l'exécution des clauses du Traité, nous resterons fidèles aux mêmes inspirations. Autant qu'il peut dépendre de nous, nous en faciliterons l'application sincère et loyale, et nous désirons qu'aucun retard ne soit apporté aux dispositions qui doivent être prises à l'effet d'y procéder dès à présent. Déjà, nous avons fait connaître aux Cabinets qui nous les avaient demandées, nos intentions au sujet des diverses Commissions instituées pour régler la délimitation et élaborer l'organisation administrative des territoires dont les conditions d'existence viennent d'être modifiées. || Il y a là une situation provisoire qui doit cesser le plus tôt possible, afin qu'aucun doute ne s'élève sur la volonté de l'Europe de remplir les engagements pris dans l'intérêt de la paix générale et sur l'autorité que le Traité emprunte à la signature des Puissances dont il est l'oeuvre. || Ainsi que vous le savez, il avait été proposé de donner aux décisions du Congrès une sanction particulière, en attribuant aux Cabinets un droit spécial de surveillance et de contrôle en ce qui concerne les obligations contractées par la Porte, et en stipulant une entente éventuelle, pour le cas oú il y aurait lieu d'en assurer l'accomplissement. J'ai pensé, quant à moi, que cette proposition aurait pour conséquence inévitable de changer le caractère des stipulations sur lesquelles l'Europe venait de s'entendre, sans rien ajouter à l'autorité de l'Acte solennel qui devait les formuler à titre définitif, et la majorité des Puissances a été du même avis. Il lui a paru que les engagements acceptés par la Turquie avaient la même force que ceux des autres Puissances, et que la préoccupation légitime de conserver au Sultan, dans les limites nouvelles de son Empire, la Nr. 6904. Frankreich. 22. Aug. 1878.

Nr. 6904. Frankreich. 22. Aug. 1878. plénitude de sa souveraineté, ne s'accorderait pas avec une sanction destinée à restreindre son indépendance. || C'est dans la loyauté des Puissances contractantes que le Traité de Berlin doit puiser ses meilleures garanties, et les obligations prises ainsi en commun, bien qu'elles ne présentent pas nécessairement une égale importance, se tiennent néanmoins par des liens indissolubles. Dans la tâche que l'Europe est appelée désormais à poursuivre, je ne vois donc pas de place pour telle ou telle convenance particulière sollicitant l'action diplomatique sur un ou plusieurs points spéciaux indiqués comme plus pressants que les autres. Ce que nous demandons, c'est que les décisions du Congrès s'appliquent, par une sorte de marche d'ensemble, dans l'esprit large et équitable qui les a dictées. || Par l'Acte du 13 juillet, les Cabinets ont entendu arriver à un résultat sérieux et durable. La dernière guerre avait jeté dans un trouble profond les populations de l'Orient et surexcité les intérêts les plus opposés, les aspirations les plus contradictoires. L'Europe a cherché à les remettre en équilibre et à leur ouvrir des voies régulières pour se développer pacifiquement. Il ne m'appartient pas de préjuger l'avenir, et je ne voudrais pas représenter sous un jour trop favorable les conditions d'une entreprise à laquelle les épreuves ne sauraient manquer; je reste, en tout cas, convaincu qu'une exécution rapide et intégrale du Traité de Berlin est de nature à écarter bien des difficultés. || Ces considérations vous permettront de vous rendre compte avec netteté des vues du Gouvernement de la République dans l'état actuel des affaires d'Orient. Nous demandons l'exécution, non de telle ou telle stipulation particulière, mais de l'ensemble des dispositions qui constituent l'oeuvre du Congrès de Berlin. C'est dans ce sens que je me suis déjà exprimé à Constantinople, au sujet de l'évacuation de la place de Batoum, et c'est la réponse que nous ferons toutes les fois que le concours de la France sera réclamé en vue de peser sur l'une ou l'autre des parties contractantes pour obtenir qu'elle se conforme aux prescriptions du Traité du 13 juillet. || Agréez, &c.

Waddington.

Nr. 6905.

SERBIEN. — Unabhängigkeitsproklamation.

(Traduction.)

Nr. 6905. Serbien. 22. Aug. 1878. Serbes! — Je vous ai appelés aux armes pour la seconde fois le 1er Décembre dernier; cette fois je vous ai appelés non-seulement au nom de l'affranchissement de nos frères opprimés, mais au nom de l'indépendance de notre chère patrie la Serbie. || Bien que vous ne fussiez pas encore reposés des fatigues de la première lutte inégale, soutenue de concert avec nos frères les Monténégrins, contre le grand Empire Ottoman; bien que vous ne fussiez

pas encore remis des grands sacrifices que vous aviez eus à supporter,— vous n'en avez pas moins répondu à l'appel de votre Souverain en dignes descendants de vos glorieux aïeux. || Aux prises avec un ennemi pourvu d'armes supérieures aux vôtres et souvent plus nombreux, bravant un hiver des plus rigoureux, vous vous êtes rendus maîtres de places fortes, de défilés impraticables, occupés par l'ennemi. Surmontant les obstacles que la nature et les hommes vous opposaient, vous avez marché de victoire en victoire. Dans le court espace de six semaines vous avez pénétré avec la rapidité de l'éclair jusqu'à Kossovo, où, après 500 ans, l'église de Gratchanitza, en deuil, a entendu les chants de victoire Serbes. Plusieurs milliers de soldats ennemis sont tombés entre vos mains ainsi que de nombreux trophées: un grand nombre de drapeaux ennemis, près de 300 canons, plusieurs milliers de fusils de système moderne et une quantité énorme de munitions de tout genre. || Dans votre brillant essor il n'était plus besoin que d'un pas en avant pour faire flotter triomphalement les étendards Serbes à Prichtina, à Scoplié, à Prizrène, ces vieilles capitales des Némanitch; mais l'armistice du 19 Janvier est venu vous arrêter dans votre marche. || Serbes! Vos triomphes ont enrichi l'histoire Serbe de pages brillantes. Les noms de St.-Nicolas, Béla-Palanka, Pirot, Nisch, Grédeljitza, Vrania, rappellent chacun une victoire et resplendiront éternellement comme des étoiles, jetant leur éclat sur vos vertus jusque dans un avenir éloigné, et montrant au monde ce que peut accomplir un petit peuple animé de patriotisme et guidé par l'idée de la liberté. || Gloire à vous devant Dieu et devant les hommes, mes braves compagnons d'armes! || Grâce à notre abnégation nous avons eu le bonheur de voir affranchis un nombre considérable de nos frères opprimés, de les voir libres et, la première fois depuis Kossovo, de les serrer dans nos bras. || Si le 1er Décembre de l'année dernière j'ai proclamé la rupture de rapports dans lesquels la Serbie ne pouvait rester sans humiliation, si j'a brisé alors les liens de vassalité de la Serbie,—vous avez, braves soldats Serbes, prouvé sur le champ de bataille que la Serbie est digne d'être admise au rang des Etats indépendants, qu'elle a pu conquérir son indépendance par les armes, et qu'au besoin elle saurait la défendre les armes à la main. || Le Traité Préliminaire de Paix conclu le 19 Février sous les murs de Constantinople à San-Stéfano n'a pas perdu de vue la Serbie. Le magnanime Empereur qui a pris sous sa puissante protection la liberté des Chrétiens d'Orient, a obligé la Porte Ottomane à renoncer à sa suzeraineté sur la Serbie. || Le 1er Juin suivant s'est réuni à Berlin un Congrès des Grandes Puissances Européennes qui a définitivement réglé les questions soulevées par le Traité de San-Stéfano. Le Congrès a aussi examiné de nouveau la cause Serbe que mon Plénipotentiaire, le Ministre des Affaires Etrangères, a défendue avec une sagesse et un patriotisme qui m'imposent le devoir de lui donner publiquement en cette occasion le témoignage de ma reconnaissance. Le Traité signé le 1er Juillet à Berlin par les Plénipotentiaires des Grandes Puissances a rendu la paix à l'Orient. Si ce

Nr. 6905. Serbien. 22. Aug. 1878.

Nr. 6905. Serbien. 22. Aug. 1878. Traité n'a pas réalisé tous les voeux des Serbes, cependant, en égard aux circonstances dans lesquelles ce grand arrangement international a eu lieu, la Serbie doit son tribut de reconnaissance à la haute bienveillance des Grandes Puissances. || L'Europe a reconnu à la Serbie son indépendance en la rattachant à une condition que j'ai acceptée, décidé à la remplir consciencieusement. || L'Europe a consenti à ce que la plus grande partie des populations de la Vieille Serbie que nous avions affranchies reste réunie avec nous, de sorte que la Serbie se trouve aujourd'hui augmentée de plus du quart de son ancien territoire. || C'est donc la paix, l'indépendance du pays et l'affranchissement d'un grand nombre de nos malheureux frères que je puis annoncer aujord'hui à la Serbie comme autant de précieuses acquisitions. || Jouissant des bienfaits de la paix, admis au nombre des Etats indépendants, renforcés du concours de nos nouveaux concitoyens, protégés par de nouvelles et fortes frontières, nous possédons une base solide pour notre développement. || Ces résultats nous les avons achetés au prix de lourds sacrifices. Il n'est pas un d'entre nous qui n'ait été sensiblement éprouvé soit par la perte de ceux qui lui étaient chers, soit dans sa fortune, soit dans sa santé; mais si chacun de nous individuellement est plus pauvre qu'avant la guerre, tous ensemble nous sommes et plus forts et plus riches. Tous ensemble nous devons être satisfaits et fiers. Ceux d'entre nous qui ont survécu à la crise et aux dangers que nous avons traversés peuvent être pénétrés du sentiment qu'ils n'ont pas vécu inutilement, et les braves auxquels il est échu de rester au champ de l'honneur et de la liberté en couvrant de gloire nos drapeaux, vivront éternellement dans la mémoire de la postérité reconnaissante et seront glorifiés dans l'histoire de la régénération de l'Orient. || Nous avons déjà accompli envers eux un devoir patriotique en votant à la dernière Scoupchtina la loi qui assure une existence convenable à leurs veuves et à leurs orphelins et met à l'abri du besoin ceux de nos blessés qui sont devenus impropres au travail. || Serbes! Dès aujourd'hui l'état de guerre qui régnait en Serbie est levé et avec lui disparaissent certaines dispositions exceptionnelles que cet état avait nécessitées, tandis que quelques autres sont maintenues comme indispensables pour la transition à l'état normal. || En retournant aujourd'hui aux travaux de la paix, n'oublions pas que les événements ont créé à la Serbie une situation nouvelle. En entrant dans le nombre des Etats indépendants, la Serbie a assumé une beaucoup plus grande responsabilité tant pour ses rapports extérieurs que pour ses travaux intérieurs. La Serbie indépendante doit être unie, sérieuse; elle doit marcher d'un pas mesuré dans ses entreprises, d'un côté pour utiliser ses précieuses acquisitions et de l'autre pour se concilier plus que jamais la sympathie des Etats de l'Europe qui nous ont accueillis dans leur sein. De sages relations à l'extérieur, de solides rapports à l'intérieur, telle est l'unique voie qui puisse conduire à la prospérité la Serbie indépendante. || Que Dieu nous prenne sous sa puissante protection!

Belgrade, le 10 Août 1878.

Nr. 6906.

OESTERREICH-UNGARN. — Konsul (Jelinek) in Prisren an den k. k. Min. d. Ausw. — Bericht über die Mission Mehemed-Ali's.

Prisren, 27. August 1878.

Gestern versammelte Mehemed-Ali-Pascha das hiesige Volkscomité im Konakgebäude, und indem er demselben die durch den Berliner Tractat festgestellten neuen Landesgrenzen, mit der Karte der Balkan-Halbinsel in der Hand, erklärte, ermahnte derselbe das Comité und durch dasselbe die muselmännische Bevölkerung zur Ruhe, indem er betonte, dass eine kriegerische Action und überhaupt Ruhestörungen die politischen Interessen der Bevölkerung nicht minder als jene des ganzen Staates nur noch mehr schädigen, ja zu den schwersten Verwickelungen mit den europäischen Mächten führen müssten und hieraus die unberechenbarsten, verderblichsten Folgen für die Muselmänner in Europa unausbleiblich eintreten würden. ‖ Der Adjutant Achmed-Bey seinerseits stellte sich dem Comité als ein Specialbote Seiner Majestät des Sultans vor, um den Dank Seiner Majestät für die treue Anhänglichkeit des Volkes auszusprechen und dasselbe zur Ruhe zu ermahnen. ‖ Ob die Mission Mehemed-Ali-Pascha's gelingen wird oder nicht, lässt sich bis zur Stunde nicht beurtheilen. ‖ So viel steht fest, dass die Ansichten über diese beiden angeblichen Friedensboten, über den Zweck ihrer Sendung, in den Kreisen des Comité's bisher sehr getheilt sind. ‖ Allerdings wird die Aufgabe Mehemed-Ali-Pascha's dadurch vielleicht erleichtert, dass die tonangebenden Chefs des Comité's, als: Illias-Pascha aus Dibre, Hassan-Pascha von Kalkandelen, Ali-Pascha von Gussinje, Abdullah-Pascha von Djakova, Schaban-Bey von Ipek, sämmtlich Baschibozuk-Häuptlinge, Anhänger Mehemed-Ali-Pascha's sind, welchen er als Obercommandant der türkischen Truppen in den Feldzügen gegen die bosnisch-herzegowinischen Insurgenten und gegen Serbien den Paschatitel verschafft hatte; andererseits gestatten aber die hier herrschenden Leidenschaften und Aufregungen keinerlei sicheren Calcul. ‖ Eine tiefe Bestürzung und grosses Misstrauen herrscht im Comité seit der Nachricht, dass der am 3. d. M. nach Constantinopel zur Conferenz mit dem Grossvezir abgesendete Scheich Mustafa aus Kalkandelen von Salonich, bis wohin derselbe Mehemed-Ali begleitet haben soll, plötzlich, aus unbekannten Gründen, telegraphisch nach der Hauptstadt zurückberufen worden ist. ‖ Das Comité wird sich auch kaum beruhigen und auseinandergehen, bis der Scheich entweder selbst zurückkommt oder seinen Rath telegraphisch oder brieflich ertheilt haben wird. ‖ Die fernere Haltung des Comité's und der Muselmänner liegt in diesem Momente höchst wahrscheinlich in der Hand des greisen Scheich, welcher das unbedingte Vertrauen des Volkes geniesst. ‖ Eventuelle kriegerische Beschlüsse des Comité's werde ich sofort melden. ‖ Die Desertionen albanesischer Soldaten aus Bosnien, ein-

Nr. 6906. Oesterreich-Ungarn. 27. Aug. 1878.

Nr. 6906. Oesterreich-Ungarn. 27. Aug. 1878. schliesslich Mitrovitza, dauern fort. || Vor einigen Tagen sind abermals mehrere hundert Mann nächtlich in das Schar-Gebirge geflüchtet. || Die hier in Djakova und Ipek eingebrachten zweihundert Mann wollte man von Mitrovitza nach dem Innern Bosniens absenden; doch hätten sich dieselben standhaft geweigert und erklärt, sich lieber niederschiessen zu lassen, als nach Bosnien zurückzukehren, nachdem die Insurgenten viele ihrer Cameraden niedergemacht hätten, weil sich Letztere geweigert haben, Civilkleider anzulegen und in den Reihen der Aufständischen zu kämpfen. || Die vom hiesigen Sandschak nach Bosnien seinerzeit abgesendeten Transportpferde kehren nach und nach alle zurück. || Der Vali Nazif-Pascha ist in Begleitung des Liva Hüsni-Pascha heute Morgens um 2 Uhr (türkisch) nach Priština zurückgekehrt. || Letzterer soll der dortigen Bevölkerung und jener von Janjevo, Gilan und Vrânja die neuen türkisch-serbischen Grenzen auf Grund des Berliner Tractates bekanntmachen. || Soeben, um $10^{1}/_{2}$ Uhr Nachmittags (türkisch), melden mir die Consulatskawassen, dass der Telegraphenbeamte Mehemed-Ali's, ein Grieche aus Kiöprülü, an einem öffentlichen Platze, „Marasch" genannt, von einem hiesigen Muselmanne meuchlings erschossen worden ist. Nähere, genaue Details über diese Unthat konnte ich bis zum Abgange der Post nicht erheben. Weitere Ruhestörungen kamen nicht vor. || Geruhen u. s. w.

Nr. 6907.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in Konstantinopel. — Eventuelle Entfernung der Flotte von Konstantinopel.

Foreign Office, August 28, 1878.

Nr. 6907. Grossbritannien. 28. Aug. 1878. Sir, — It would appear from the telegrams received from your Excellency, and from Vice-Admiral Sir G. Philipps Hornby, that the withdrawal of the Russian troops from the vicinity of Constantinople has commenced, and that a certain number have actually embarked. If, in your opinion, the retreat of the whole of the army now before the capital is really in progress, it will be desirable, that the fleet under Admiral Hornby's command should leave its present anchorage at Prince's Islands and proceed to some station lower down the Sea of Marmora. || I have telegraphed to your Excellency to communicate with the Admiral on this subject, and to use your discretion as to the directions to be given to him. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 6908.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Uebersendung des Berichtes der Rhodope-Kommission.

Therapia, August 28, 1878.

My Lord, — I have the honour to inclose a copy of the Report of the Commission sent to inquire into the condition of the Mussulman refugees in the Rhodope districts, signed by Mr. Fawcett, M. Challet, M. Graziani and Nashid-Pasha, the English, French, Italian and Turkish Commissioners. || The other members of the Commission have refused to adopt it. Colonel Raab will, I understand, send a separate Report to the Austrian Ambassador. || As soon as the Reports from all the members of the Commission have been received, they will, I presume, be taken into consideration by the Representatives of the Powers here, who will decide upon the course to be recommended to their respective Governments. I shall defer making any observations on the inclosed document until this time arrives. || I have, &c.

Nr. 6908. Gross-britannien. 28. Aug. 1878.

A. H. Layard.

P.S. — I also inclose a copy of a letter drawn up by the four Commissioners who signed the Report, and addressed by each of them to their respective chiefs.

A. H. L.

Beilage 1.

Report of the Rhodope Commission.

M. l'Ambassadeur, — A la suite d'une décision du Congrès de Berlin, votre Excellence m'ayant fait l'honneur de me désigner comme membre de la Commission chargée d'aller au Rhodope et dans les contrées voisines, pour rechercher, après y être enquise de l'état des populations émigrées dans ce pays et de leurs souffrances, les moyens immédiats de porter un remède à leur misère et ceux beaucoup plus sérieux à mon avis, qui permettraient de les rapatrier avec toute sécurité pour leur existence, nous avons compris ainsi que mes collègues toute l'importance de notre mission humanitaire, et l'urgence qu'il y avait à l'accomplir; aussi nous sommes-nous mis à l'ocuvre sans perdre un seul instant. Notre zèle, d'ailleurs, n'avait rien de méritoire puisqu'il s'agissait de soulager des infortunés. || Tout heureux aujord'hui de n'avoir été arrêté dans mon élan charitable, ni par les fatigues d'un pénible voyage, ni par les maladies et les dangers dont la route était semée, je m'empresse, après avoir rempli ma tâche, de venir rendre compte à votre Excellence de ce que nous

Nr. 6908. Gross-britannien. 28. Aug. 1878.

avons vu, de ce que nous avons appris, et de ce que nous avons fait, aussi bien que de mes impressions générales sur le sort présent, et à venir, des malheureuses et intéressantes populations que nous avions la mission d'étudier. || J'espère avoir compris la pensée et l'esprit des instructions si précises, d'ailleurs, que votre Excellence avait bien voulu préalablement me tracer. || Obligès de côtoyer, sans cesse, le terrain de la conduite spéciale de deux Grandes Puissances directement mises en cause dans les événements qui ont amené les maux qu'il nous fallait constater, nous avons pris un soin extrême de n'y point pénétrer au delà des exigences du chemin que nous avions à parcourir; et dans les procès-verbaux, qui retracent jour par jour, et pas à pas, chacun de nos actes, votre Excellence remarquera que, s'il nous a fallu enregistrer des déclarations et des renseignements qui pouvaient légitimement froisser l'amour-propre national d'une Puissance dont le délégué était témoin, auriculaire et oculaire, de ce que nous écoutions et de ce que nous avons vu, nous n'en avons provoqué aucun; nous pouvons même ajouter que toutes les expressions et tous les termes qui nous étaient signalés comme blessants par notre honorable collègue étaient immédiatement supprimés ou modifiés dans la rédaction. || Aussi bien, M. l'Ambassadeur, si, dans ce Rapport final, dans ce résumé de nos travaux, et dans les réponses que nous apportons aux questions qui nous ont été posées, mon devoir m'oblige encore à relever et à souligner une série de dépositions recueillies sur tout notre parcours, et dont l'uniformité semble indiquer une apparence de vérité, je vous prie de ne point prêter à mes observations un esprit de critique des intentions d'aucun Gouvernement. En signalant certains faits relatifs à la conduite de l'armée Russe, j'ai voulu vous tenir en garde contre les dangers qui pourraient résulter d'un rapatriement précipité; ma conscience me commande, en effet, de ne rien cacher de mes impressions, de mes craintes, ou de mes informations, afin qu'un jour, si de nouveaux malheurs venaient à se produire, on ne puisse rien me reprocher. || Sous le bénéfice de ces observations nécessaires, le récit de notre mission devient facile. || Obéissant d'abord aux injonctions des Chefs de mission, les Commissaires se sont rendus à Philipopolis où ils ont reçu du Commissaire Impérial de Russie l'assurance de rencontrer sur tous les points occupés par l'armée Russe toutes les facilités désirables à la réussite de leur tâche. || Le Prince Dondoukoff, dans une conversation pleine d'abandon et d'intérêt, voulut également les entretenir des desseins de l'autorité militaire Russe ainsi que de ses idées personnelles à l'égard des réfugiés réintégrés dans leurs foyers; nous avons pris de scrupuleuses notes sur les dispositions et les réglements de l'administration Russe — dispositions que nous nous reservons d'étudier dans une autre partie de ce travail. || Une fois notre sauf-conduit obtenu et dès que nous fûmes munis des précieux renseignements que nous avait fournis le Prince, nous avons jugé que notre devoir était d'arriver le plus tôt possible sur les lieux où, d'après des indications dignes de foi, nous devions trouver le plus grand nombre de réfugiés. C'est donc vers le district de Xanthe, sur les bords de la Mer Egée

que se portèrent, en premier lieu, les investigations de la Commission. C'est ainsi que, rebroussant chemin et grâce aux facilités que nous offrit à Dédéagh la présence d'un bâtiment de guerre que le Gouvernement Anglais avait mis à la disposition de la Commission, nous arrivions à Xanthe le Mercredi, 25 Juillet, après cinq jours et quatre nuits de voyage consécutif. || Mais avant de nous trouver en présence des réfugiés, nous avions, au préalable et chemin faisant, tenu conseil pour arrêter notre plan de conduite et éviter les divergences d'opinion qui auraient pu se produire, au milieu de nos travaux, sur la portée et l'application de nos devoirs. Tous les Commissaires ont accepté à l'unanimité un programme d'après lequel nous allions procéder à notre enquête. Ce programme était d'autant plus facile à rédiger qu'il était calqué sur nos instructions générales. || Ecouter les autorités, les consulter sur le chiffre des émigrés réfugiés dans la localité, sur leurs conditions sanitaires, sur les ressources dont l'administration et les habitants disposent en leur faveur; les inviter à mettre, dans le plus bref délai possible, les Commissaires en rapport avec les masses et les individus; demander aux réfugiés l'époque et le mobile de leur départ, leurs moyens d'existence, leur état sanitaire, leur religion, leur origine, les motifs qui les empêchent de retourner dans leurs foyers; tel fut le plan approuvé par tous les Commissaires. || Comme le nombre considérable de ces malheureux ne permettait pas de les interroger, ni même de les recevoir individuellement, il fut convenu qu'ils éliraient des délégués de chacun des villages d'origine. Ces délégués se réuniraient par groupe appartenant au même caza et nommeraient un des leurs qui serait chargé de répondre au nom de tous; la Commission et chacun des Commissaires se réservant toutefois la faculté d'interroger à son choix tel ou tel autre membre de ce groupe, et de recevoir des informations que d'autres émigrés témoigneraient le désir de leur communiquer, de telle sorte que personne ne soit oublié ou écarté. || Ce programme si concis et si étendu joignait à l'avantage de la rapidité celui de ne rien négliger; et la multiplicité des déclarations était, à notre avis, le plus sûr moyen de contrôle de la sincérité des explications fournies par les réfugiés sur leur situation, les causes qui l'ont provoquée et celles qui la prolongent. Tant de précautions n'empêchèrent point, nous avons le regret de le dire, une dissidence d'appréciations de se produire au sein de la Commission dès la première de ses séances, et l'honorable délégué de la Russie s'efforça de réduire à des assertions plus ou moins vagues et indéterminées les réponses dans lesquelles, d'après lui, les émigrés devaient se circonscrire. M. Basily protesta énergiquement contre l'audition et surtout contre l'insertion dans les procès-verbaux de tout ce qui pouvait porter atteinte à son amour-propre national. Pour lui la Commission perdait son temps en enregistrant des accusations dirigées contre l'armée Russe, accusations qu'il n'hésitait pas à qualifier de mensongères et de calomnieuses. || M. Basily menaçait de quitter la Commission; en tout cas, il la priait de suspendre ses travaux jusqu'à ce qu'il ait reçu de nouvelles instructions du Prince Labanoff. || La majorité des Commissaires ne

Nr. 6908. Gross-britannien. 28. Aug. 1878.

Nr. 6908. Gross-britannien. 28. Aug. 1878. partagea pas cet avis, dont l'adoption eût, de même coup, supprimé deux points essentiels de nos instructions: l'enquête des motifs qui ont causé l'émigration, et de ceux qui la prolongent. Néanmoins, par déférence pour la position délicate de l'honorable Représentant de la Russie, nous nous sommes efforcés de supprimer bien des détails irritants, de généraliser des actes relativement auxquels des milliers de victimes auraient pu, l'une après l'autre, apporter leur témoignage particulier. A sa demande, la lettre du procès-verbal était modifiée, et chacun des Commissaires, pour retenir au milieu d'eux un collègue, qui avait su captiver la sympathie de tous par ses qualités d'esprit et de coeur, s'efforça de concilier les exigences de son devoir avec celles de la position faite par les circonstances à M. Basily, et, si la maladie n'était venue nous priver de son utile concours, il nous rendrait aujourd'hui cette justice: que nous sommes restés, à l'égard des informations qu'il qualifiait mensongères, de beaucoup en deçà de la limite que nous devions peut-être atteindre; car loin de nous "complaire" dans le récit de scènes sauvages, horribles, ou écoeurantes, il nous fallait faire appel à l'inexorable sentiment du devoir pour ne pas détourner les yeux, et passer outre. || Voilà, M. l'Ambassadeur, l'esprit qui nous a guidé en cette circonstance, et qui nous a empêché, à notre grand regret, de céder au désir de M. Basily. || Cet incident une fois expliqué, et il était indispensable de s'y appésantir, en égard aux réserves toujours faites en signant les procès-verbaux par les honorables délégués de la Russie qui se sont succédé, je reviens au récit de nos travaux. || Ainsi que j'ai eu l'honneur de vous le dire plus haut' c'est à Xanthe qu'ils ont commencé, et nous les avons continués à travers les Monts du Rhodope, en nous arrêtant à Ghumuldjina, Kirkova, Mastanly, Kirdjali, Gabrova, Haskeuï, et Artakeuï, que nous avons pris pour principaux centres de nos opérations, et autour desquels nous avons rayonné pendant plusieurs jours, profitant de nos moindres haltes sur tout notre parcours, pour écouter les populations émigrées se trouvant sur notre passage. || Nous y avons trouvé environ 150,000 réfugiés, répartis de la manière suivante: 7,000 disséminés dans le Caza de Xanthe, 62,000 dans celui de Ghumuldjina; 10,000 à Kirdjali; un égal nombre à Mastanly, et le reste dans les contrées défendues par les volontaires du pays entre Demotica et Nevrecope. || Il nous était d'ailleurs impossible d'obtenir des chiffres exacts, attendu que sur les listes, dressées par l'autorité Ottomane, ne figurent que les émigrés secourus, et que ce travail n'a point été exécuté dans le district occupé par les volontaires; mais dans quelques jours nous serons en mesure de combler cette lacune; car nous avons reçu de chacune des administrations compétentes l'assurance formelle que des Tableaux seraient dressés dans une certaine forme que nous avons indiquée. || D'après leur dire, tous ces réfugiés appartiennent à la religion Musulmane; tous sont arrivés des territoires militairement occupés aujourd'hui par les troupes Russes, en Bulgarie et en Roumélie. || L'époque de leur départ aurait toujours coïncidé avec l'entrée ou l'approche des troupes Russes; ils auraient fui, les uns devant le meurtre, le pillage, l'incendie et le viol, dont ils avaient été témoins ou victimes; les

autres sous l'effet d'une panique, bien explicable au récit des cruautés subies par leurs corréligionnaires des villages voisins. D'après un récit, que nous avons entendu de la bouche de plusieurs milliers d'individus, l'armée envahissante, soit effet de la force de choses, ou du hasard peut-être, trouva devant elle cette masse compacte de fugitifs qui cherchaient à gagner les montagnes, les Balkans, comme le répétaient les paysans, emmenant avec eux sur des arabas familles, vieillards, femmes, enfants et les objets qu'ils avaient pu soustraire à la cupidité du vainqueur; et cette masse considérable d'individus, chassés à la baïonnette, une fois concentrée et entassée dans le cul-de-sac d'Armanly, fut mitraillée, massacrée et noyée dans la Maritza et l'Ourloudéré. Plus de 2,000 enfants ont été jetés dans la rivière par leurs mères elles-mêmes, affolées de terreur, et croyant que pour eux cette mort était plus douce que celle que leur donnerait la main de l'ennemi. || Les procès-verbaux vous montreront toutes les horreurs de cette journée; nous en avons recueilli de toutes parts la lamentable description par les survivants, infortunés débris de cette inénarrable tuerie, où le moins mal partagé doit pleurer un des siens. || Si nous avons enregistré bien des détails navrants, nous en avons omis un plus grand encore; il s'en dégage pour notre mission humanitaire — et purement humanitaire—un double intérêt, l'un spécialement applicable au but principal que l'Europe avait en vue, en nous envoyant aux informations, l'autre, moins direct, mais plus lié, peut-être, au principe charitable, qui a inspiré l'envoi de la Commission. || D'une part, en effet, nous avons appris que le plus grand nombre des souffrances que nous avions à soulager datait de ce jour néfaste; que là, les familles avaient dû se diviser, et que nous pourrions, par conséquent, en remontant à cette source, réunir plus facilement leurs membres dispersés dans toutes les directions sous la force destructive de l'artillerie; le ralliement des familles est une des premières mesures que nous recommandons à l'Administration Ottomane; nous en pouvons conclure, en outre, que les causes de l'exil des émigrés n'avaient rien de futile, et d'autre part, si la guerre doit entraîner de tels malheurs, nous pourrons nous addresser à l'Europe, nous, à qui elle a confié un mandat d'humanité; car nous avons le devoir de lui montrer, au nom de la charité, qui n'a pas de drapeau, pas d'ennemis, si c'est bien là ce que veulent les lois de la civilisation. Un Congrès, composé des Représentants des plus grandes Puissances du monde, ne peut vouloir, en effet, que les délégués limitent leurs actes de charité à ceux habituellement réservés à l'initiative privée; le but qui a inspiré notre mission est plus élevé—beaucoup plus élevé—car il se rattache à la charité entre nations, entre races, entre sectaires de religions différentes; c'est le droit des gens humanitaire qu'il nous fallait interroger, et sur lequel nous devions fixer notre conduite. || Voilà pourquoi, M. l'Ambassadeur, je crois pouvoir me permettre d'appeler votre attention sur les souffrances, qui sont les conséquences de cette guerre. || Ainsi, il ne fait pas de doute pour la majorité des délégués que les Musulmans, en gagnant la terre d'exil, ont voulu échapper aux malheurs d'une lutte, pendant laquelle,

Nr. 6908. Gross-britannien. 28. Aug. 1878.

Nr. 6908. Gross-britannien. 28. Aug. 1878. d'après ce qu'ils racontent, tout était mis à sac, et comme nos instructions se préoccupent de la sécurité qu'il est nécessaire d'assurer à ceux que l'on désire rapatrier, nous avons apporté tous nos soins à bien connaître l'esprit qui a présidé à tant de massacres et à tant de maux. || Fuyaient-ils devant les Bulgares? Les Bulgares auraient-ils été les instruments du vainqueur? Il y a un fait indéniable, c'est que les Turcs n'ont livré leurs armes qu'aux Russes, qui les ont remises aux mains des Bulgares. || Quoi qu'il en soit, les Musulmans, après tout ce qui est arrivé, déclarent qu'ils n'ont aucune inimitié contre leurs voisins; quelques-uns même leur gardent de la reconnaissance; car beaucoup d'entre eux doivent leur liberté ou leur vie à l'intervention de ces derniers. En un mot, nous n'avons constaté nulle part ni haine invétérée, ni rancune insurmontable; nous avions même sous les yeux la preuve du contraire. N'existe-t-il pas dans le district de Ghumuldjina de riches villages exclusivement habités par les Bulgares? Eh bien! autour d'eux campent 60,000 réfugiés dans la plus affreuse détresse que l'on puisse imaginer, et pas un acte de représailles n'est exercé. || Ne l'avons-nous pas vu aussi au sein du Rhodope, à Gabrova, par exemple, où toutes les maisons, ainsi que les champs appartenant aux Bulgares sont intacts, et préservés de tout acte de brigandage, tandis que tous les villages Turcs environnants ont été rasés ou incendiés. || J'insiste particulièrement sur ce dernier fait, dont la Commission a constaté l'authenticité sur un grand nombre de points. Elle se refusait à croire, en effet, à l'exactitude des récits qui lui montraient de toutes parts un vainqueur inexorable, semant partout sur son passage la mort, la ruine, la destruction, l'incendie. Une exagération, qu'excusait le malheur, devait donner naissance à ces accusations inouïes, que l'imagination a peine à concevoir. Aussi résolut-elle de s'en rendre compte; c'était, en même temps, un moyen de contrôle sur des faits dont elle pouvait ainsi obtenir la preuve; et cette preuve, une fois acquise, pourrait servir de présomption dans le jugement à porter sur les autres allégations. C'est pourquoi elle décida de visiter plusieurs districts, où ces dévastations lui étaient signalées. Elle consacra à ces pénibles excursions plusieurs journées, dont les procès-verbaux retracent avec trop de sobriété l'emploi, pour pouvoir peindre la douleur que l'on éprouve au spectacle de ruines, noircies par les traces de l'incendie. Dans une vingtaine de villages pris au hasard, parmi les quatre-vingt et quelques qu'on lui indiquait, brûlés depuis le 1er Juin, c'est-à-dire après l'armistice, la Commission a eu le triste spectacle de l'anéantissement. C'est la mort au milieu de belles campagnes, dont la culture témoigne que naguère la vie y était active. Rien n'a été épargné: on y remarque que le feu de l'artillerie n'a été qu'un agent secondaire dans ces destructions, et qu'il a fallu employer la torche et le bûcher pour consumer ces maisons, isolées les unes des autres, et souvent séparées par de longues distances; ces mosquées écartées sur une colline voisine, ces fermes éloignées à plusieurs kilomètres. Chacun pouvait penser que celui qui est capable d'allumer l'incendie pouvait bien s'être livré au pillage et au meurtre. Et cette dévastation s'étend sur

une ligne de plus de 150 kilomètres, jalonnés par les avant-postes de l'armée Russe. || En résumé, devant de telles preuves je puis affirmer en toute raison que les Musulmans ont fui devant l'armée d'invasion. Tel est le motif unique, qui ressort de toutes les déclarations et constatations qu'il nous a été loisible d'entendre et de faire. || On nous a demandé aussi, M. l'Ambassadeur, de nous enquérir de la situation actuelle de ces malheureux émigrés, de leurs souffrances morales et physiques; on nous a encouragés à nous y intéresser, et à rechercher les moyens immédiats de leur venir en aide, et de les prolonger jusqu'au rapatriement. || C'est ici que le tableau devient sombre; vous décrire ces misères la plume s'y refuse; il n'y a que le coeur qui puisse les comprendre. Figurez-vous une longue traînée d'êtres humains, la plupart en haillons, brisés par les fatigues, les privations, les chagrins, les maladies, se prolongeant des premiers contreforts du Rhodope, vers Philippopolis, et Andrinople, pour ne s'arrêter qu'aux bords des marais pestilentiels de la plaine, que baigne la Mer Egée; des veuves par milliers, des petits orphelins rachitiques, s'éteignant chaque jour, et condamnés à une mort précoce, tous sans autres abris que le feuillage des arbres, ayant grelotté sous la neige, et fondant sous les rayons d'un soleil de feu, couchant dans des terrains détrempés par les pluies, respirant les miasmes paludéens de ces contrées, et luttant en vain contre tous les genres de maladies, sans autre secours qu'un peu de pain d'orge parcimonieusement distribué par l'autorité, ou les habitants; sans médecins, sans remèdes, enfin fatalement décimés par la mort, qui fauche sans pitié dans leurs rangs, déjà bien éclaircis. Et ces dernières victimes ne sont peut-être pas le plus à plaindre. || "Souffrances physiques réparables," s'écriaient quelques-unes des malheureuses femmes, portant les traces des plus dures privations, "mais qui ne sont rien, en présence de nos souffrances morales . . . qui nous rendra l'honneur? . . ." || Je m'arrête, et je viens vous supplier de faire appel à la charité publique pour sauver, pendant qu'il en est temps encore, ces derniers restes d'une nombreuse émigration. Si l'autorité Musulmane, là où elle s'exerce encore, a pu empêcher de périr ceux qu'elle secourt d'un peu de farine quotidienne, il faut songer que ses charges vont immédiatement doubler à la suite de la cessation des travaux des champs, où un certain nombre d'émigrés trouvaient provisoirement un modique salaire. Ces ressources temporaires vont manquer; l'hiver approche, ces gens sont, pour la plupart, sans logis, sans vêtements, il ne leur reste que des loques, des lambeaux d'étoffes insuffisants à les protéger contre le froid. Déjà, à notre prière, vous avez bien voulu intercéder pour quelques-uns d'entre eux auprès de la Sublime Porte, qui a consenti à consacrer 5,000 livres à la création d'hôpitaux et d'orphelinats à Ghumuldjina; c'est un commencement; les mêmes besoins se font sentir dans les autres districts, à Mastanly comme à Gabrova, besoins plus impérieux encore; car dans ces dernières localités, qui se défendent par elles-mêmes, les revenus sont en partie absorbés par les exigences de l'entretien des volontaires. || Ainsi, ce sont des logements, des vêtements et des vivres, qu'il s'agit de distribuer à des centaines

Nr. 6908. Gross-britannien. 28. Aug. 1878.

Nr. 6908. Gross-britannien. 28. Aug. 1878. de mille individus. Mais ces secours, il faut les rendre aussi temporaires que possible, et le meilleur moyen serait, croyons-nous, de prendre les mesures nécessaires au prompt rapatriement de ces émigrés. || C'est ici le moment d'aborder cette question, qui prédomine toutes les autres. A ce sujet nous avons consulté tous les intéressés. La réponse n'a jamais varié. Non-seulement ils n'ont aucune confiance en l'autorité Russe, mais ils la redoutent, terreur bien naturelle, puisqu'ils lui attribuent tous leurs maux; et si quelques-uns d'entre eux ont cru pouvoir sortir de cette réserve, et s'abandonner à la parole des nouveaux fonctionnaires qui administrent leurs villages, et dont plusieurs sont venus dans leurs lieux d'exil leur offrir des permis de rentrée, leur espoir de sécurité aurait été détruit par les vexations de tous genres, et les exactions dont ils auraient été une seconde fois victimes. On nous a présenté un de ces permis, que l'autorité Russe elle-même a reconnue comme authentique, et si l'on doit croire les habitants qui s'y sont fiés, la plupart de ceux qui sont rentrés sous cette sauvegarde ont été massacrés. A Haskeuï la Commission a pu juger par des faits que les Musulmans ne jouissent pas des droits que les lois générales de tous les pays accordent aux propriétaires. C'est ainsi, par exemple, qu'ils n'ont pas celui, s'ils sont émigrés, de se faire représenter par procuration dans les pays occupés par l'armée Russe. || Et du reste, disent-ils, quelle confiance peut leur inspirer un Gouvernement qui a confisqué leurs récoltes, et qui se déclare impuissant à leur faire restituer des propriétés dont les Bulgares se sont emparés après leur départ? || Aussi, ils déclarent qu'ils ne rentreront que le jour où l'autorité Turque aura repris ses droits sur le pays. Quant à moi, M. l'Ambassadeur, ma conscience et mon devoir m'imposent l'obligation d'approuver en partie leur prudence; dans l'état d'irritation où se trouvent leurs adversaires, il y a un danger réel à les rapprocher, et si l'Europe croit que la justice commande de réintégrer les Musulmans de Roumélie dans leurs propriétés, elle accomplira un devoir d'humanité en substituant sa protection à celle d'une Puissance qui reconnaît elle-même que cette tâche est au-dessus de ses forces. || Telle est l'opinion résultant de l'entretien des Commissaires avec le Prince Dondoukoff; ce Gouverneur provisoire de la Roumélie nous a présenté, sur les conditions imposées aux Musulmans qui veulent revenir chez eux, un règlement dont l'arbitraire transpirait à chaque ligne; on y remarque que l'accusateur et les juges se confondent, que les difficultés sont telles qu'il faudrait des années pour arriver au rapatriement de la totalité des émigrés. Et le temps presse. Ainsi que vous avez dû vous en apercevoir par les détails précédents. || Pour arriver á l'apaisement des esprits et à ramener le calme parmi ces populations Bulgares et Turques qui, sur certains points, ont commis de mutuels excès l'une contre l'autre, la Commission a aussi parlé d'amnistie, et le Prince n'en a point voulu accueillir la pensée en affirmant qu'il ne se croyait point assez fort pour en réprimer les dangers s'ils venaient à se produire. Si l'Europe, accomplissant jusqu'au bout l'oeuvre dont nous avons posé les bases, veut réellement remettre les Musulmans dans

leurs biens, il est nécessaire, eu égard aux raisons que nous venons d'énumérer, qu'elle institue sans retard en Roumélie une Commission Internationale permanente avec pleins pouvoirs, chargée exclusivement du rapatriement des émigrés et de la restitution de leurs biens. A ses côtés l'institution d'une police mixte nous paraît indispensable. Cette police locale suffirait; car il est à présumer, pour qui connaît le caractère craintif du Bulgare, qu'aussitôt après le départ de l'armée Russe, surtout si ce départ était considéré comme définitif, ce peuple reprendrait ses allures naturelles de tranquillité, et que les Musulmans, dans la crainte de donner aux Slaves un prétexte de nouvelle invasion, auraient la sagesse d'éviter les conflits, et de vivre en paix avec leurs voisins contre lesquels, s'ils ont dit vrai à la Commission, ils ne conservent aucune rancune. || Et maintenant, suffirait-il à la tâche humanitaire de l'Europe de remettre sur leur territoire les Musulmans qui en ont été chassés? s'ils peuvent, il est vrai, y retrouver leurs terres et les reprendre, quels moyens auront-ils pour les cultiver? Ils ont tout perdu, ou mieux, on leur a tout ravi: leurs demeures sont rasées, leurs temples religieux n'existent plus, leurs récoltes ont été confisquées, leurs troupeaux enlevés, leurs meubles brulés. Pour leur rendre cette fortune existe-t-il un moyen pratique acceptable? Nous n'en trouvons aucun. Il faudrait donc encore s'adresser à l'aumône, à la générosité du public; mais n'est-il pas à craindre qu'elle ne soit épuisée? C'est aux Gouvernements à décider s'ils ne peuvent y substituer la leur: peut-être, aussi, serait-il possible de recourir à des moyens financiers, à des banques agricoles, par exemple, surveillées par les Gouvernements, et dont les prêts habilement combinés permettraient aux laboureurs de reprendre leurs travaux et de refaire, quelque péniblement que ce soit, cette fortune que la guerre leur a enlevée. La reconstruction des maisons serait moins coûteuse qu'on ne le pourrait supposer de prime abord; en moyenne on pourrait l'estimer à 300 fr. par habitation. Le matériel des fermes serait d'une dépense plus onéreuse; mais le Gouvernement Turc, sans doute, ferait des sacrifices qui profiteraient un jour au Trésor Public, puisqu'ils seraient la source de revenus prélevés sur les biens de la terre. || Je ne prétends pas, par ces simples exemples, avoir épuisé tous les moyens de venir en aide à ces malheureux; sans doute il en existe d'autres qui n'echapperont point à votre perspicacité. || C'est donc à vous et à vos collègues qu'il appartient désormais de décider du sort de ceux dont nous avons exposé l'intéressante et triste situation. Nous avons rien négligé pour la connaître dans ses moindres détails. Nous y avons consacré près d'un mois d'efforts, pendant lequel temps nous avons parcouru, sans trève ni repos, les contrées les plus malsaines, les montagnes d'accès le plus difficile. Ni les pluies torrentielles, ni les chaleurs de la canicule, ni les maladies qui ont atteint presque tous les membres de la Commission, n'ont arrêté un seul instant nos marches forcées et nos travaux incessants; mais nous nous estimerions bien récompensés de nos fatigues si elles pouvaient servir à rendre un peu de soulagement à tant d'infor-

Nr. 6908. Gross-britannien. 28. Aug. 1878.

Nr. 6908. Gross-britannien. 28.Aug. 1878. tunés si injustement éprouvés. || Quant à moi, M. l'Ambassadeur, j'ai l'espoir que vous me ferez l'honneur d'approuver la règle de conduite que j'ai observée.

Beilage 2.

Consul-General Fawcett to Sir A. H. Layard.

Constantinople, le 28 Août, 1878.

M. l'Ambassadeur, — J'ai l'honneur d'informer votre Excellence que la Commission Européenne du Rhodope vient de terminer ses travaux dans la séance qu'elle a tenue hier à Buyukdéré chez l'honorable Délégué d'Italie, M. Graziani. || Il nous avait été permis d'espérer jusque-là que tous les Commissaires tomberaient d'accord pour les résumer dans un Rapport collectif dont le projet, lu en séance du 17 Août, 1878, avait reçu un accueil assez enthousiaste pour amener la retraite du Commissaire de Russie, auquel il ne pouvait, en effet, convenir de s'associer à des conclusions atteignant, par la force des choses, la susceptibilité de l'armée Russe. || Il ne fait aucun doute pour moi que ce projet de Rapport eut été approuvé si nous avions pu discuter, à Andrinople, les quelques points de détail où le Commissaire Allemand voulait atténuer ce qui pouvait blesser la Russie, atténuations immédiatement consenties, d'ailleurs, par ses collègues, dans le but d'éviter une division qui pouvait retarder l'adoption des mesures que nous croyons devoir conseiller à l'Europe. || Malheureusement, à Constantinople, les plus hautes influences ont amené, dès la séance suivante, une résistance opiniâtrement systématique de la part du Délégué d'Allemagne et, dans la seconde, la défaillance qu'excuse la maladie du Colonel Raab, Délégué d'Autriche. || Ces messieurs porteront la responsabilité de leur conduite; quant à moi, j'ai cru de mon devoir de ne m'écarter jamais de mes instructions et du but humanitaire qu'elles visaient. || Les Commissaires de la Sublime Porte, d'Italie et de France sont demeurés d'accord avec moi sur la rédaction d'un Rapport identique que nous avons décidé de remettre individuellement au Chef de nos missions respectives. C'est ce document que j'ai l'honneur de joindre à cette lettre et sur lequel il est nécessaire de fournir quelques explications. || En le comparant avec les procès-verbaux que votre Excellence a reçus par l'entremise du doyen du Corps Diplomatique, il sera facile de reconnaître qu'il en est la substance dont nous nous sommes, mes collègues et moi, efforcés d'adoucir l'amertume en tout ce qui concerne les faits reprochés ou constatés à la charge de l'armée Russe. || C'était la limite des concessions que notre conscience, chargée de porter un remède aux maux des émigrés dans le présent et dans l'avenir, nous permettait de faire aux exigences de la courtoisie due à un Gouvernement qui, à notre avis, veut empêcher par tous les moyens possibles les Musulmans de rentrer sur le territoire de la Bulgarie et de la Roumélie Orientale. || Taire les dangers d'un rapatriement dans les conditions actuelles, c'était nous rendre responsables des malheurs qui, selon nous, seraient inévitables. || Notre opinion, et j'espère qu'en se séparant

de nous, le Délégué d'Autriche-Hongrie nous soutiendra au moins sur ce point, c'est que la sécurité des émigrés rapatriés ne peut exister qu'avec le concours d'une autorité supérieure à celle de l'administration actuelle. C'est pourquoi nous avons indiqué l'institution d'une Commission Internationale. On pourrait nous objecter que l'exécution de ce projet présenterait quelques difficultés; mais devant un but humanitaire et pour éviter de nouveaux malheurs, nous avons tout lieu de croire que les Puissances pourraient s'entendre entr'elles pour les surmonter. || Veuillez, &c. Nr. 6908. Gross-britannien. 28. Aug. 1878.

Henry Fawcett,
Consul-General et Juge.

Nr. 6909.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Bemerkungen zu dem Bericht.

(Extract.) Therapia, August 28, 1878.

I have, in my preceding despatch of this date, transmitted to your Lordship a copy of the Report adopted by four of the members of the Commission sent to inquire into the condition of the Mussulman refugees in the districts of Mount Rhodope. || The original draft was, I am informed, even stronger in its condemnation of the proceedings of the Russian army, and was modified in order to meet the objections of the German Commissioner, who neverthelees, subsequently, refused to sign. Colonel Raab, the Austrian Commissioner, had been, perhaps, the member of the Commission who had most strongly felt and condemned the outrages and cruelties committed upon the Mussulman population, which the witnesses attributed mainly to the Russian troops. It was in consequence of his telegrams to the Austrian Ambassador, that I and some of my colleagues instructed the members we had respectively named upon the Commission to continue their inquiries, and to ascertain the truth, notwithstanding the protests of the Russian Commissioner and his threats of withdrawal. || Colonel Raab had, I am assured, fully approved the strong terms which appear to have been used in the first draft. He suddenly declared, that he declined to sign the Report, even in its modified form. || As the Representatives of the Powers had named the Commission, it appears to me, that it would have been right and proper to have allowed its members to report according to their consciences, and to make such recommendations as they might think fit. It would then have been for my colleagues and myself to consider their Report or Reports, and to have placed our views before our respective Governments. It appears to me, that it would have been unnecessary for us to refer to the accusations made against the Russian troops. It is our duty to ascertain what can be done to improve the condition and to Nr. 6909. Gross-britannien. 28. Aug. 1878.

Nr. 6909. Grossbritannien. 28. Aug. 1878. restore to their homes the fugitives who are now in the Rhodope districts. If a controversy is to arise as to whether the Russian troops are or are not responsible for the sufferings and massacres to which the unfortunate Mahommedan population has been exposed, we shall be running the risk, whilst we are settling it, of leaving those for whose relief the Commission was appointed, to die of exposure and starvation.

Nr. 6910.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in Wien. — Wünscht, dass der österreichische Vormarsch gegen Novibazar unterbleibe.

Foreign Office, August 31, 1878.

Nr. 6910. Grossbritannien. 31. Aug. 1878. Sir, — The Porte fears, that in the event of the Austrian troops advancing as far as Novi Bazar, it may be unable to restrain the Albanians, and is, therefore, very anxious, that this advance should for the present not take place. || From the information which has reached Her Majesty's Government, it would appear, that the Albanian population is in a state of great excitement, and under these circumstances I should be glad if you would call the attention of Count Andrassy to the anxiety felt by the Porte upon the subject, and point out to his Excellency, that should he be able, without strategic danger, to delay the advance of the Austrian troops to Novi Bazar, it would in all probability conduce much to a peaceful solution of the difficulty. || Your Excellency will not fail to assure Count Andrassy, in making this communication, that Her Majesty's Government have used every effort to induce the Turkish Government to meet the wishes of Austria. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 6911.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Die Behandlung des Kommissionsberichtes seitens der Botschafter.

(Telegraphic.) Therapia, September 1, 1878.

Nr. 6911. Grossbritannien. 1. Sept. 1878. Count Zichy was desirous of calling a meeting of the Representatives of the Powers to consider the Report of the Rhodope Commission, and to suggest to their respective Governments measures for the relief and repatriation of the

Mussulman refugees. The Russian Ambassador, however, declines to attend any such meeting, founding his refusal upon the terms of the resolution contained in the 18th Protocol of the Congress of Berlin, from which the Commission originated. His Excellency maintains, that according to that resolution the duty of the Ambassadors is limited to arranging with the Porte for the dispatch of the Commission, and that it is left to the Commission both to ascertain the facts, and to recommend or provide a remedy. Under these circumstances it is to be feared, that nothing will come of the labours of the Commission. Nr. 6911. Gross-britannien. 1. Sept. 1878.

Nr. 6912.

OESTERREICH-UNGARN. — General-Konsul (Lippich) in Scutari an den k. k. Min. d. Ausw. — Die Mission Mehemed-Ali's.

Scutari, 1. September 1878.

Wie ich mit einem Telegramme Euerer Excellenz anzuzeigen die Ehre hatte, scheint Mehemed-Ali-Pascha in der Ausführung seiner Mission namhaften Schwierigkeiten zu begegnen, ja selbst Complotten gegen sein Leben, zum mindesten gegen jenes der Personen seines Gefolges, ausgesetzt zu sein, an welchen, wie es in dem höchst bedauerlichen Falle der Ermordung des ihm attachirten Telegraphenbeamten ohne allen Zweifel angenommen werden kann, die Häupter der Liga ihm wohl *ad oculos* demonstriren wollen, was ihm selbst bevorstehe, wenn er den Muth haben sollte, gegen sie einzuschreiten. || Schon Donnerstag, den 29. August, war an den Chef des hiesigen internationalen Telegraphenbureau's die vertrauliche Nachricht gelangt, dass der Beamte, welchen Mehemed-Ali zum Zwecke der Besorgung seiner telegraphischen Correspondenz von Köprili mit sich nach Prisren genommen hatte, ermordet worden sei. Es war noch immer möglich, dass diese Nachricht auf einem Irrthume beruhe, und ich enthielt mich daher, sie zur Meldung zu bringen, deutete jedoch in meinem ergebensten Berichte vom 31. August an, dass, wie es scheine, die Personen im Gefolge des Marschalls Gefahren ausgesetzt seien. Gestern lief die Bestätigung ein und heute Morgens die weitere Nachricht, Mehemed-Ali habe Prisren verlassen und sich vorderhand nach Djakova begeben. || Die Unthat wurde Mittwoch, den 28., wie es scheint, Nachmittags in der frequentesten Strasse Prisrens, der Bazarstrasse, verübt. Der Ermordete befand sich in der Gesellschaft des dortigen Telegraphen-Chefs. Ein Unbekannter trat ihnen entgegen, zog das Pistol aus dem Gürtel und schoss ihn mit dem Ausrufe: Chaïne Millet! („Volksverräther!") nieder; die Kugel soll durch das Herz gegangen sein und den Tod augenblicklich zur Folge gehabt haben. Der Mörder verschwand nach verübter That spurlos, und es ist anzunehmen, dass er Mitwisser in der Nähe gehabt, welche ihn rasch zur Seite schafften. || Ich glaube, dass Nr. 6912. Oesterreich-Ungarn. 1. Sept. 1878.

Nr. 6912. Oesterreich-Ungarn. 1. Sept. 1878.

man es hier mit einem regelrechten Todesurtheile des Prisrener Comité's zu thun hat. Alle Umstände der That, so ganz besonders der Ausruf „Volksverräther“, mit welchem der tödtliche Schuss begleitet wurde, lassen darauf schliessen. Ohne Zweifel sollte ein eclatanter Act der Justiz des Comité's erstens Mehemed-Ali-Pascha selbst einschüchtern und ihn zweitens ausser Stand setzen, sich für eine telegraphische Correspondenz anderer Telegraphisten als der dem Comité bereits bekannten und demselben ohne Zweifel ergebenen zu bedienen, sowie ferner jeden Andern abschrecken, die Stelle des Ermordeten einzunehmen. Es wird von Interesse sein, zu sehen, welche Haltung die Pforte dem Falle gegenüber beobachten wird. || Die Stimmung der Muselmänner fährt fort, eine gereizte und drohende zu sein. Vieles tragen dazu die fortwährend verbreiteten Gerüchte über Niederlagen der k. und k. Truppen in Bosnien bei, welche durch die überaus pessimistische Haltung eines Theiles der österreichisch-ungarischen Presse, welche hier zur Hauptquelle für alle Angriffe auf Oesterreich-Ungarn geworden ist, genährt werde. So konnte ein hier vor einigen Tagen in Officiers- und Regierungskreisen circulirender Brief glaublich erscheinen, der angeblich aus Nikšič nach Podgorica an einen gewissen Ibrahim Draguscha und von diesem an seinen hier lebenden Bruder Hussein Draguscha, Beide Mitglieder der hiesigen Comité's und bekannte Werkzeuge der Regierung, gelangt wäre, und nach welchem die Insurgenten wieder einen kolossalen Sieg erfochten und die Occupationsarmee geradezu vernichtet hätten. Diese Nachricht fand ungemeinen Anklang, und ich hatte grosse Mühe, dem wahren Sachverhalte Verbreitung zu verschaffen. Es ist eine Thatsache, die ich schon mehrfach zu beobachten Gelegenheit fand, dass die hiesigen Muselmänner durch Nachrichten über Siege der Insurgenten um ein Bedeutendes herausfordernder werden und im Gegentheile kleinmüthig, so oft sie von den Fortschritten der kaiserlichen Waffen zu hören bekommen. Das Regierungssystem besteht aber darin, dies zu verhindern, und aus diesem Grunde werden regelmässig jede Woche mindestens einmal absurde Gerüchte unter denselben verbreitet. || Geruhen u. s. w.

Nr. 6913.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Russland verlangt, dass die Pforte gegen den Aufstand im Rhodopegebirge einschreite.

Therapia, September 2, 1878.

Nr. 6913. Grossbritannien. 2. Sept. 1878.

My Lord, — Prince Labanoff, accompanied by General Todleben, called upon the Grand-Vizier two mornings ago to inform his Highness, that unless the Porte took immediate measures to put a stop to the attacks made by the

insurgents in the Rhodope districts upon the Russian troops, and to prevent their renewal, it would be necessary for Russia to retain her present army in the Turkish territory it now occupied, and that the embarkation of troops for Russia would at once cease. They observed to his Highness, that, according to the Treaty of Berlin, the number of troops to be retained by Russia in the two provinces of Bulgaria and Roumelia was limited to 50,000 men, but that, if the insurrection in Mount Rhodope were allowed to continue, and the Russian army were to be exposed to attacks, this force would not be sufficient for the purpose, for which it was intended. They then proposed to his Highness, that the Porte should take steps without delay to place a body of Turkish regular troops between the Russian lines and those of the insurgents, which would guarantee the Russian forces from any further molestation. They threatened, if the Porte did not comply at once with this demand, to countermand the embarkation of the Russian troops. || Safvet-Pasha replied, that he would submit the matter to the Council, which he did the same evening, and it was decided to send a brigade of regular troops to occupy a line of country between the Russians and the insurgents. The Seraskier was directed to make the necessary arrangements for sending and placing this force, without loss of time. || I have asked the Grand-Vizier whether the Russians demanded the withdrawal of the insurgents from the territory included in the Province of Eastern Roumelia which they now occupied. His Highness replied, that neither Prince Labanoff nor General Todleben had said anything on this subject, and he therefore presumed, that the *status quo* would be accepted for the present, and that no attempt would be made to drive out the insurgents from their actual positions. || I further inquired from his Highness whether he did not anticipate some opposition on the part of the insurgents to the entry of Turkish troops into the districts which they held. I reminded his Highness, that I had warned him, more than once, that Mr. St. Clair and other Europeans were organizing a disciplined force in Mount Rhodope, and had encouraged the Mussulman inhabitants to assume a kind of independence, which might cause considerable embarrassment to the Porte. His Highness said, that it would no doubt be necessary to take precautions in sending the troops to the lines which they were to occupy, and the Minister of War was considering whether they should be forwarded by Cavalla or some other place on the Aegean, or through Adrianople; but he did not expect any serious resistance on the part of the insurgents to the presence of a Turkish regular force, especially as it would prevent them from being further molested by the Russians. || I have, &c.

A. H. Layard.

Nr. 6913. Gross-britannien. 2. Sept. 1878.

Nr. 6914.

OESTERREICH-UNGARN. — Botschafter in Konstantinopel an den k. k. Min. d. Ausw. — Schlussbericht des Obersten von Raab.

Constantinopel, 6. September 1878.

Nr. 6914. Oesterreich-Ungarn. 6. Sept. 1878.

Ich habe die Ehre, die an mich gerichtete Schlussrelation des k. und k. Delegirten Obersten von Raab Euerer Excellenz hiemit zur hohen Kenntnissnahme zu unterbreiten. || Ich habe von Anfang an den bezüglichen Beschluss des Congresses dahin aufgefasst, dass die Aufgabe der Commission darin bestehen müsse, den humanitären und praktischen Zweck ins Auge zu fassen, nämlich erstens die Leiden und Bedrängnisse der Flüchtlinge zu constatiren und die Mittel zu erforschen, um einerseits jenen Bedrängnissen abzuhelfen oder sie zu lindern, und andererseits um weiteren Uebergriffen und Vexationen vorzubeugen, und zweitens auf die Erforschung der Ursachen jener leidigen Verhältnisse nur insoweit einzugehen, als es die Erreichung des humanitären Zweckes erheischt. || Die verschiedenartige Zusammensetzung der Commission, die Vieldeutigkeit der ihr zugewiesenen Aufgabe, die abweichende Auffassung derselben, diese und andere dergleichen Umstände brachten es mit sich, dass die Commission schon ursprünglich den Keim jener Zerfahrenheit in sich trug, welche im Laufe ihrer Thätigkeit zum Ausdrucke kam. || Ich kann, was die Haltung unseres Delegirten betrifft, nur dasjenige wiederholen, was ich bereits gemeldet habe; ich muss bezeugen, dass es der klugen und conciliantcn Weise, wie Oberst von Raab sein Amt als Vorsitzender handhabte, zuzuschreiben ist, wenn die Commission nicht noch während ihrer Rundreise sich in opponirende Elemente aufgelöst hat. Allerdings geschah es, dass alsbald nach ihrer Rückkehr die Gegensätze schroff zu Tage traten, und leider fehlte in jenem Momente der conciliatorische Einfluss des k. und k. Delegirten, dem ein schweres physisches Leiden jede Thätigkeit damals unmöglich machte. || Euere Excellenz wissen bereits aus meinen wiederholten telegraphischen Meldungen, dass der französische Delegirte sich an die Ausarbeitung einer Relation machte, welche als Collectivbericht der Commission gelten sollte. || Euere Excellenz wissen bereits, dass der fragliche Entwurf nach manchen Abänderungen schliesslich weder als Collectivbericht, noch auch als Majoritätsbericht zu Stande kam, sondern dass er zwar in identischer Fassung, jedoch als Einzelnbericht von den Delegirten von Frankreich, Grossbritannien und Italien an ihre Missions-Chefs, von den türkischen Delegirten an die Pforte gerichtet worden ist. Dadurch fehlte die Grundlage zu einem collectiven Fortbetriebe der Angelegenheit. || Ein praktischer Ausweg zur Finalisirung der Commissionsarbeiten bietet sich in der Zuweisung derselben an die in wenigen Tagen zusammentretende ost-rumelische Commission. Der Congress hat die Berufung derselben beschlossen, und ihr ohnehin die Organisirung der ost-rumelischen Vilayets übertragen; vermöge dessen kann auch die Sorge für die Repatriirung der, jener Provinz angehörenden Flüchtlinge als eine in ihren Wirkungskreis einschlagende Angelegenheit betrachtet werden. || Am dringendsten ist die Sorge für die Ernährung der Flücht-

linge, deren Elend und Leiden durch die herannahende schlechte Jahreszeit noch zunehmen, wie dies die steigende Mortalität unter denselben beweist. Es wäre daher wenigstens für ihre Erhaltung nach Thunlichkeit Fürsorge zu treffen, um sie vor der Gefahr des Verhungerns zu retten. Nun ist es bekannt, dass die russische Armeeverwaltung sich in den Besitz grosser Getreidevorräthe gesetzt hat, die den Türken abgenommen worden waren, und welche jetzt in Philippopel und Adrianopel aufgespeichert sind. Die eine Hälfte davon sollte allerdings den flüchtigen Eigenthümern vorbehalten bleiben; allein die Rückgabe ist an so harte und complicirte Bedingungen geknüpft, dass sie eigentlich illusorisch gemacht wurde. Die Rücksichten der Humanität würden es dringend erheischen, dass die in jenen Gegenden befindlichen Flüchtlinge mit den fraglichen Getreidevorräthen wenigstens so weit betheilt würden, als nothwendig wäre, um sie vor den dringendsten Nahrungssorgen zu schützen. || Fürst Labanow erklärte sich mit dem Vorschlage, die Rhodope-Berichte an die ost-rumelische Commission zu überreichen, vollkommen einverstanden; bezüglich der Ausfolgung der nöthigen Getreidevorräthe an die Flüchtlinge machte er mir bestimmte Zusagen und stellte mir jene Maassregeln in Aussicht, die eine Linderung des Elends jener unglücklichen Flüchtlinge erwarten lassen. || Genehmigen u. s. w.

Nr. 6914. Oesterreich-Ungarn. 6. Sept. 1878.

Beilage.

Oberst Ritter von Raab an Grafen Zichy in Constantinopel.

Constantinopel, 5. September 1878.

Durch meine Krankheit ausser Stand gesetzt, den Sitzungen der Rhodope-Commission beizuwohnen, in welchen ein Schlussbericht berathen worden ist, bin ich auch nicht in Kenntniss dessen, was die übrigen Mitglieder vereinbart haben. || Aus den Arbeiten der Commission und aus der eigenen Anschauung ist mir der Eindruck geblieben, dass die Hilfeleistung für die Flüchtlinge nicht den geringsten Aufschub erleiden darf. Haben auch einige Arbeitsfähige Beschäftigung erhalten, um sich und die Ihrigen kümmerlich zu ernähren, so hört die Arbeit jetzt auf. Die grosse Masse, die Greise, die Wittwen mit Kindern, die vielen Waisen, alle sind nach wie vor durch Mildthätigkeit zu nähren. || Wie die Commission sich überzeugt hat, reicht die auf Rechnung von Zehentabgaben vom Staate bewilligte Hilfe lange nicht aus. Das verabreichte Brot können kräftige junge Männer verdauen; für Frauen, für Kinder ist es zu schwer. Hiezu die klimatischen Verhältnisse an den Küstenstrichen, wo Fieber herrschen, und es lässt sich mit Bestimmtheit annehmen, dass die Mortalität erschrecklich überhand greifen wird. || Schon im Sommer mangelte es an Obdach. In den tabakbauenden Gegenden benöthigen die Leute jene Flugdächer und Kammern, welche Flüchtlinge benützten, für sich. Viele waren ohnehin früher schon ohne Obdach. Es sind auch ziemlich hoch im Gebirge flüchtige Familien unter elenden Hütten. Alle nicht im Hauptorte des Kaza Befindlichen müssen meilenweit um die kargen Rationen schicken. || Es mangelt an Kleidung und warmen Hüllen, an Decken für die kalte Jahreszeit, was er-

Nr. 6914. Oesterreich-Ungarn. 6. Sept. 1878.

klärlich ist, wenn man bedenkt, dass Hunderttausende im Winter über das unwegsame Gebirge gejagt worden sind, wo wir nur zu Pferde schwer fortkamen. Ein grosser Theil hat die Katastrophe von Hermanly über sich ergehen lassen. Da ging alle Habe verloren, die Familien wurden versprengt, der Theil, welcher ins Gebirge fliehen konnte, rettete nur das nackte Leben. Das sind die von der Commission Aufgesuchten. || Hilfe ist also dringend nöthig; sie muss ausgiebig sein; deren Durchführung darf nur Männern anvertraut werden, welche über jeden Verdacht von Eigennutz erhaben sind. || Mit der materiellen Hilfeleistung, gelänge es bald, sie ausgiebig zu beschaffen, umfasste sie auch Nahrung, Kleidung, Decken, Obdach, wäre jedoch nur momentan der humanitäre Zweck erreicht, dass Tausende dem sicheren Tode entrissen würden. Der eigentlich anzustrebende Zweck bleibt die Repatriirung der Flüchtlinge. Solche, welche Haus, Hof, Wirthschaft hatten, sollen wieder in den Besitz dessen gelangen, was sie in Folge der Ereignisse des Krieges zu verlassen gezwungen waren. || Für jene Flüchtlinge, welche keinen Besitz hatten, wäre vielleicht ein Auskunftsmittel zu finden, indem man sie anderwärts ansiedelte und ihnen zum Aufbau eines Hauses, dann bei Erlangung eines Erwerbszweiges behilflich wäre. || Nun haben aber die Russen in Bulgarien und in Ost-Rumelien alle von den Türken verlassenen Häuser und Liegenschaften Bulgaren übergeben unter den bekannten Bedingungen, dass den Obdachlosen Unterkunft und aus den brachgelegenen Feldern eine Einnahmsquelle verschafft werde. Die Bulgaren betrachten sich als die Herren des so Erlangten, nebstdem, dass unter ihnen die Ueberzeugung verbreitet ist, die Mohammedaner würden nicht mehr zurückkehren. Sie finden diese Entschädigung eine gerechte, weil auch ihr Besitz an manchen Orten starken Schaden gelitten hat. || Es darf unter solchen Umständen nicht Wunder nehmen, wenn selbst in den letzten Tagen noch türkische Orte unweit Adrianopel zerstört worden sind und wenn innerhalb des Occupationsbereiches dort, wohin Flüchtlinge zur Repatriirung dirigirt werden, sich die Bulgaren mit Gewalt der Rückkehr entgegenstemmen. || Weder Commissionen, noch andere Maassregeln, die nicht durch die jetzt im Lande befindliche Macht auf das Angelegentlichste und Kräftigste unterstützt werden, können Abhilfe treffen. Die Russen müssen abhelfen wollen. || Weil schon eine gemeinschaftliche Executive mit bewaffneter Macht nach Abschluss des Congresses nicht mehr projectirt werden kann, so sei es Russland als Ehrenpunkt anheimgegeben, die Repatriirung der Mohammedaner, welche doch mit den Christen gleiche Rechte behalten sollen, mit Hilfe der Commissionen und der bewaffneten Kraft zu regeln. || Die Repatriirungs-Comité's in Constantinopel entfernen Tausende und aber Tausende Emigrirter aus der Hauptstadt, ohne die von den Russen aufgestellten Formalitäten zu beachten. Dies giebt denselben Anlass, die Verantwortung für die zunehmenden grossen Unzukömmlichkeiten, welchen viele Muselmänner zum Opfer fallen, von sich zu weisen. || Solche Vorkommnisse können nicht ermuntern, die Heimsendung der von der Rhodope-Commission der Sorge empfohlenen Flüchtlinge aufzunehmen.

Nr. 6915.

OESTERREICH-UNGARN. — Konsul in Prisren an den k. k. Min. d. Ausw. — Die Ermordung Mehemed-Ali's.

Prisren, 7. September 1878.

Im Folgenden habe ich die Ehre, Euerer Excellenz die wesentlichsten Nachrichten über die letzten Vorgänge hier und in Djakova in Fortsetzung meines ergebensten Berichtes vom 31. August zu berichten. || Das hiesige Comité hat am 27. August den Berliner Friedensvertrag definitiv angenommen. || Der vorbereitete Aufstand und die Plünderung der Christen wurden durch das ruhige, besonnene Verhalten der Majorität der Bevölkerung verhindert. || Der Kadi Achmed Efendi Koronitza von Djakova protestirte gegen die Annahme, sofern der Tractat die Abtretung Gussinje's, Plava- und Serbien betrifft. Derselbe reiste vor Mehemed-Ali-Pascha allein nach Djakova ab und wiegelte dort das Volk zum Aufstande auf. || Mehemed-Ali wurde in Djakova feindselig empfangen; man liess ihm gleich sagen, er solle umkehren: nach Gussinje und Podgorica zur Grenzbestimmung würde man ihn absolut nicht weiterreisen lassen. || Der Muschir beharrte unerschütterlich auf der stricten Durchführung des von Seiner Majestät dem Sultan erhaltenen Befehles. || Er ging Samstag, den 31. August, Morgens nach Djakova ab. || Am 2. d. M. (und schon in der Nacht vom 31. August auf den 1. September, wie ich nachträglich erfuhr) versammelten sich ganze Schaaren Berg-Albanesen, welche nach und nach auf 4—5000 Mann anwuchsen, und mit den Muselmännern von Djakova und Ipek vereint fingen sie an, auf den Konak Abdullah Pascha's, worin Mehemed-Ali-Pascha, ferner der Adjutant des Sultans, Achmed-Bey, nebst dem hiesigen Polizei-Bimbaschi, ferner Bairam-Aga, Schakir-Aga, beiläufig 12 Cavalleriesoldaten, 100—200 (nach nachträglichen Erhebungen 80) Fandesen eingeschlossen waren, ein scharfes Pelotonfeuer unter einem furchtbaren Geheul zu eröffnen. || Einige Stunden hindurch wurde blos in die Mauern und auf das Dach geschossen. || Es ist noch ungewiss, woher, ob vom Konak oder von draussen, die ersten Schüsse auf den Gegner fielen. || Nach denselben wurde ein förmlicher Kampf zwischen den Belagerten und den Belagerern eröffnet. || Ein von hier und zwei von Ipek nach Djakova abgesandte Tabors albanesischer Redifs verweigerten selbstverständlich den Gehorsam und sollen es eigentlich gar nicht nothwendig gehabt haben, da der Commandant selbst einfach erklärte, keinen Befehl zu haben, auf Muselmänner schiessen zu lassen. || Bloss zwei Compagnien, zusammen etwa 150 Mann stark, wurden im Konak aufgenommen. Der Rest wurde entwaffnet und theilweise ausgeplündert. || Um die Martini-Gewehre entspann sich ein heftiger Kampf unter den Aufständischen, wobei 8—9 Mann gefallen sein sollen. || Ein Theil der Truppen zog sich nach Ipek und hieher zurück; viele sind desertirt. || Ueber die Unterhandlungen zwischen Mehemed-Ali und den Empörern bin ich noch nicht genau informirt; doch versichert

Nr. 6915. Oesterreich-Ungarn. 7. Sept. 1878.

Nr 6915. Oesterreich-Ungarn. 7. Sept. 1878. man, dass man ihm den freien Abzug bewilligt hätte gegen sein Ehrenwort, nach Priština oder nach Prisren zurückzukehren. || Am 5. wurde der Konak Abdullah-Pascha's mit Petroleumkisten und Heu angezündet und erstürmt, Abdullah-Pascha zum Fenster hinausgeworfen und von Hunderten Kugeln getroffen. || Beiderseits blieben mehrere hundert Todte und Verwundete am Platze. || Die Fandesen hielten treu zur Regierung und sollen mehr als 100 Mann verloren haben. || Mehemed-Ali schloss sich mit Bairam-Aga, Schakir-Aga (Zaptié-Jüzbaschi) und noch fünf anderen Getreuen in einen steinernen Thurm im Konak Abdullah-Pascha's ein. Um den Thurm herum wurde gestern gegen ein Uhr Nachmittags Heu und Petroleum angezündet und derselbe schliesslich gestürmt. || Mehemed-Ali trat, um dem Erstickungstode zu entgehen, aus dem Thurme ins Freie und soll den Wütherichen, die Brust entblössend, zugerufen haben: „Da habt ihr mich! (nach einer anderen Version: „La illah il Allah, we Mohammed resüll Allahi"), und im selben Augenblicke soll er, von mehr als 70 Kugeln getroffen, zusammengesunken sein, wie sein Privatdiener erzählt, welcher mit dem nackten Leben davongekommen ist. || Die Leidensgefährten Mehemed-Ali's, darunter dessen Adjutant, wurden im Thurme erschossen. Ob der Clerus und die Christen überhaupt Schaden erlitten haben, ist mir bis zur Stunde nicht bekannt. || Der Mutessarif und Polizei-Officiere versichern mich vom Gegentheile. Ich richtete schon nach den ersten Alarmnachrichten von Djakova eine energische Note an die Localbehörden zum Schutze des Consulates, des Clerus und der christlichen Bevölkerung. Ob die Empörung auch in anderen Districten auflodern wird, lässt sich momentan nicht beurtheilen. || Vorderhand ist diese gegen den Sultan und die verrätherischen Paschas gerichtet, zu denen man auch Mehemed-Ali zählte. || Von einem Ausmarsche der Baschibozuks nach dem Sandschak Novi-Bazar ist bisher keine Rede. || Pater Pietro von Zumbi, nach dem Konak Abdullah-Pascha's berufen, rettete sich, als Arnaute verkleidet, mit knapper Noth vom sicheren Tode. || Nach einer anderen Version hätte man Mehemed-Ali-Pascha geköpft und seinen Kopf, auf eine Holzstange aufgepflanzt, in der Stadt herumgetragen. || Geruhen u. s. w.

Nr. 6916.

RUMÄNIEN. — Interim. Min. d. Ausw. (Campiniano) an den Agenten in Wien (Balatchano). — Rumänien fügt sich dem Berliner Vertrage.

Bucarest, le 9 septembre 1878.

Mes précédents offices ont porté à Votre connaissance que, conformément
Nr. 6916. Rumänien. 9. Sept. 1878. à une résolution du Congrès, le Gouvernement roumain a reçu communication du Traité de Berlin, devenu définitif par suite de l'échange des ratifications. ||

Il s'est empressé d'accuser réception de cette communication, par les voies d'usage, au Cabinet duquel elle émanait. || Tout récemment, ainsi que Vous pourrez le relever de la lecture des pièces ci-annexées en copie, M. le Représentant de Russie à Bucarest vient, au nom de son Gouvernement, de saisir ce département d'une demande tendant à accélérer la prise de possession de la Bessarabie, par les autorités russes. || Le Gouvernement roumain, en présence de hautes décisions des Puissances signataires du Traité de Berlin, à l'égard de la Roumanie, et devant l'insistance du Cabinet Impérial pour l'exécution immédiate des stipulations de ce Traité, s'est vu dans l'obligation de s'occuper du transfert de la Bessarabie roumaine à la Russie et a pris des mesures à cet effet. En conséquence, il a dû répondre à M. le Représentant de Russie qu'il tient à la disposition des autorités Impériales le territoire dont l'abandon est imposé à la Roumanie par la volonté collective de l'Europe et par la force majeure des circonstances. || Ainsi, quelque douloureuses que soient pour la Roumanie quelques-unes des conditions du Traité de Berlin, et bien que, à considérer l'ensemble de ces conditions, l'attente de la nation roumaine, qui avait manifesté ses droits et ses voeux, soit par les votes de ses Corps législatifs, soit par les actes et les paroles de ses Délégués au Congrès, n'ait pas été remplie, le Gouvernement roumain ne peut que se conformer aux résolutions suprêmes de l'Europe et est décidé à les exécuter dans un esprit d'entière loyauté. || Il a le ferme espoir que la diligence de la Roumanie et ses efforts pour reprendre l'essor de son développement, selon la situation matérielle et morale qui lui est assignée par le Traité de Berlin seront aux yeux de l'Europe un témoignage et une garantie de plus que l'Etat roumain sera dans l'avenir, comme il l'était dans le passé, un élément d'ordre et de civilisation, en sa qualité d'intermédiaire entre l'Occident et l'Orient, et qu'il mérite ainsi la confiance de l'Europe. || C'est dans le but de se créer un nouveau titre à leur sollicitude et à leur bienveillance, auxquelles il n'a jamais cessé de faire et fait encore appel, que le Gouvernement roumain procède dès à présent à l'exécution réelle du Traité de Berlin et a pris toutes ses dispositions pour la convocation et la réunion des Corps législatifs, au 15/27 septembre prochain. || Je Vous autorise, M. l'Agent, à donner lecture et à laisser copie de la présente note et de ces annexes à Son Excellence M. le Ministre des affaires étrangères d'Autriche-Hongrie. || Veuillez agréer etc.

Nr. 6916. Rumänien. 9. Sept. 1878.

Beilage 1.

Copie de la note de l'Agence et Consulat Général de Russie, en date du 11/23 août 1878, adressée au Ministère des affaires étrangères.

Monsieur le Ministre,

Le Traité de Berlin étant entré en pleine vigueur par l'échange des ratifications, le Gouvernement Impérial a bien voulu me charger de lui faire con-

Nr. 6916. Rumänien. 9. Sept. 1878. naître le mode de procéder que le Gouvernement roumain désirerait choisir afin de mettre sans délai à exécution les décisions de Berlin. || Dans une dépêche qui m'a été adressée à ce sujet, le Conseiller privé actuel de Giers exprime que tout le monde est intéressé d'accélérer l'exécution du Traité de Berlin, afin de rétablir, en Orient et en Europe, l'état de paix trop longtemps troublé et dont la réunion de Berlin a eu pour but essentiel de poser les bases. || M. de Giers ajoute que le Cabinet Impérial désire replacer ses relations avec la Roumanie sur le pied d'une franche et cordiale amitié et qu'il croit que c'est également l'intérêt du Gouvernement roumain. || Relativement à la Bessarabie, M. de Giers m'informe que Sa Majesté l'Empereur désirerait que la rétrocession de ce territoire soit opérée d'après le même mode qui a été suivi pour son transfert, en 1857, à la Moldavie et dont l'exposé se trouve dans la notice ci-jointe. || D'après ce précédent, le Gouvernement roumain aurait: || 1° à nommer un Commissaire, muni de pleins pouvoirs, pour établir la nouvelle frontière de concert avec un Commissaire russe, || 2° à nommer les Délégués spéciaux, afin d'établir, dans tous les détails, avec le concours de Délégués nommés par le Cabinet Impérial, l'ordre d'après lequel le territoire et les affaires financières, administratives et judiciaires seront transférées aux autorités russes. Les mêmes Délégués pourront effectuer le transfert de la partie cédée de la Dobroudja aux autorités roumaines, lorsque la délimitation aura été faite. || 3° Une fois l'entente établie en principe sur ces divers points, à désigner un terme fixe pour l'occupation de la nouvelle frontière par les troupes russes et la sortie des troupes roumaines. || Le Ministre Impérial espère que le Gouvernement roumain appréciera l'urgence d'accélérer l'accomplissement des formalités nécessaires pour l'entrée en fonctions de la Commission. De son côté, le Gouvernement Impérial se propose d'envoyer préalablement sur les lieux les employés russes qui seront investis de fonctions administratives et judiciaires, afin qu'ils se concertent avec les employés roumains sur les détails de leurs obligations réciproques, quant au transfert de toutes les affaires de leur ressort. || Votre Excellence ne manquera certainement pas d'apprécier l'importance de cette liquidation générale pour les relations futures des deux pays. || Sans garder un souvenir pénible des regrettables entraînements qui ont altéré dans ces derniers temps l'harmonie de nos rapports mutuels et ont douloureusement affecté les vrais amis de la Roumanie, notre Auguste Maître est prêt à reprendre les bons rapports traditionnels avec ce pays, qui n'auraient jamais dû subir la moindre atteinte; mais il faudrait que le Gouvernement roumain témoigne, de son côté, par des faits, de ses dispositions pour l'avenir et qu'il profite, avant tout, de l'occasion actuelle pour déterminer, par sa manière d'agir, l'attitude que le Cabinet Impérial devra observer à son égard. || Le Gouvernement Impérial, désirant concourir, en tant que possible, à accélérer la marche de l'affaire qui nous occupe, je viens prier Votre Excellence de vouloir bien me faire connaître, au plutôt, les décisions du Gouvernement Princier, quant à la marche à suivre et aux termes à fixer afin que le Ministère Impérial

puisse, sans retard, se mettre en rapport avec les divers Ministères desquels relèvent les détails d'exécution et la nomination des Délégués spéciaux. || Veuillez agréer etc. Nr. 6916. Rumänien. 9. Sept. 1878.

Stuart.

Beilage 2.

Copie de la note du Ministère des affaires étrangères, en date du 6 septembre 1878, adressée à Son Excellence Monsieur le Baron Stuart, Ministre Résident de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies.

Monsieur le Ministre,

En Vous accusant réception de Votre lettre du 11/23 courant, et pour déférer aux désirs qui y sont énoncés, j'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence les dispositions que le Gouvernement Princier croit utile d'adopter, afin d'assurer la marche régulière de la prise de possession de la Bessarabie par les autorités russes et de ménager ainsi les intérêts d'ordres divers engagés dans la question. || Tout d'abord, je prendrai la liberté d'exprimer à Votre Excellence que je ne puis que m'associer complètement à l'opinion formulée dans la dépêche de Son Excellence le Conseiller actuel de Giers, à laquelle se réfère Votre lettre, sur l'importance générale du prompt rétablissement de la paix en Orient et en Europe. || Nul pays, plus que la Roumanie, ne ressent le besoin de voir le retour à l'état de paix rendre aux affaires leur cours normal et leur sécurité. C'est là, pour le développement régulier et la prospérité de la Roumanie, une condition aussi essentielle que l'harmonie des rapports qu'elle a toujours eu à coeur d'entretenir avec ses puissants voisins. Aussi, bien que les résolutions du Traité de Berlin à l'égard de la Roumanie diffèrent de celles qu'elle espérait, le Gouvernement Princier, guidé par ses sentiments de déférence envers l'Europe, est-il décidé à exécuter loyalement, en ce qui le concerne, les clauses du dit Traité et à donner ainsi une preuve nouvelle du prix qu'il attache à conserver la confiance et la sollicitude des Puissances signataires. || Les mesures déjà prises, au sujet de plusieurs de ces clauses, témoignent des intentions qui animent à ce sujet le Cabinet Princier. || A l'égard de la procédure que Votre Excellence veut bien proposer d'adopter, pour effectuer le transfert de la Bessarabie à la Russie, le Gouvernement roumain pense qu'elle est susceptible d'une notable simplification. Il croit que l'institution d'une commission internationale, chargée de tracer la nouvelle limite entre les deux pays, n'aurait d'autre résultat que d'apporter un certain retard à l'exécution de l'article 45 du Traité de Berlin. En effet, le travail de la délimitation, indispensable en 1857, alors qu'il s'agissait de fixer des frontières pour ainsi dire conventionnelles, est aujourd'hui superflu, puisque ces frontières, indiquées expressément et sans contestation possible, sont formées naturellement, d'un côté par le Pruth, de l'autre, par le thalweg du bras du Kilia, avec l'embouchure de Stari-Stamboul. || Le Cabinet Princier, reconnaissant

Nr. 6916. Rumänien. 9. Sept. 1878. avec Votre Excellence l'utilité de délégués spéciaux pour les différentes branches administratives et judiciaires, a donné à tous les fonctionnaires supérieurs des instructions qui leur prescrivent de se mettre en position de régler, à bref délai, de concert avec les Délégués spéciaux du Cabinet Impérial, officiellement désignés ad hoc, l'ordre de transmission des services, des archives, dossiers etc. suivant les formes d'usage en pareil cas. || Je suis persuadé, Monsieur le Ministre, que Votre Excellence appréciera le mode pratique suivant lequel le Gouvernement roumain est d'avis que pourrait s'opérer le transfert de la Bessarabie à la Russie. Cette manière de procéder lui a été inspirée par l'urgence avec laquelle le Cabinet Impérial, aux termes de la lettre de Votre Excellence, demande à accélérer l'accomplissement des formalités nécessaires à la prise de possession de la Bessarabie, par les autorités Impériales. || En terminant, je ne puis que me féliciter du désir exprimé par le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur de reprendre avec la Roumanie les bons rapports qui n'auraient jamais dû subir la moindre atteinte. || Je savais, Monsieur le Ministre, que les vrais amis de la Roumanie avaient déploré le désaccord récemment survenu; mais je dois remercier Votre Excellence de vouloir bien partager cet avis. || Grâce aux dispositions du Cabinet Impérial et au concours de Votre Excellence, je ne doute pas de voir les meilleures relations exister désormais entre le Gouvernement russe et le Gouvernement roumain. || Veuillez agréer etc.

Le Ministre des affaires étrangères
ad interim.
J. Campiniano.

Nr. 6917.

OESTERREICH-UNGARN. — General-Konsul in Scutari an den k. k. Min. d. Ausw. — Weiterer Bericht über die Ermordung Mehemed-Ali's.

[Auszug.]

Scutari, 14. September 1878.

Nr. 6917. Oesterreich-Ungarn. 14. Sept. 1878. Das erschütternde Ereigniss von Djakova veranlasst mich, Euerer Excellenz in Ergänzung meiner ergebensten telegraphischen Meldungen und in theilweiser Erläuterung der Berichte des Herrn Consuls Jelinek sowohl der Vorgeschichte und dem immer klarer sich darstellenden Verlaufe desselben, als auch der dadurch geschaffenen Situation einige Betrachtungen zu widmen. || Vor Allem ist es für Jeden, der mit den Verhältnissen Prisrens vertraut ist und die Entwickelung der Dinge seit der Bildung der so schnell zu trauriger Berühmtheit gelangten Liga verfolgt hat, eine mit sehr geringen Zweifeln verbundene Thatsache, dass Mehemed-Ali-Pascha das Opfer eines wohlvorbedachten Complottes

geworden ist. Gewisse Ereignisse pflegen hierlandes ihre Schatten vorauszuwerfen, und dies war auch mit der Ermordung des Muschirs der Fall. So fand zum Beispiel der englische Consul, Herr Green, welcher kürzlich wieder auf seinem Posten eingetroffen ist, bei seiner am 31. d. M. erfolgten Ankunft in Medua dort bereits das Gerücht vor, der Marschall sei ermordet worden. Hier cursirte gleichzeitig mit der Kunde von dem traurigen Ende des Telegraphenbeamten Argiriades das Gerücht der Ermordung Mehemed-Ali-Pascha's selbst und, als sich die Falschheit desselben herausstellte, namentlich aber als seine Reise nach Djakova bekannt ward, die bestimmt auftretende Ansicht, es werde ihm binnen Kurzem das gleiche Ende bereitet werden. — Dies sind nicht müssige Meinungsausdrücke einer jederzeit zu Gewaltacten aufgelegten Bevölkerung, welche dieselben theils aus angeborner Neigung zu Excessen und Insubordinationen herbeiwünscht, theils auch deren Eintritt mit Genugthuung begrüsst, oder blosse Anzeichen einer gereizten, in einem gewissen Kreise sich bewegenden öffentlichen Stimmung, oder aber von Tendenzen, die, weil sie bestimmte Zwecke anstreben, deren Realisirung durch Verkündigung des Endzieles als etwas bereits Geschehenen anticipiren, sondern es liegen Gründe für die Annahme vor, dass die Blutthat, mit welcher sich ganze Bevölkerungsclassen soeben befleckt haben, der Gegenstand gegenseitiger Besprechungen und Abmachungen gewesen war. Zwischen den Comité's der Liga, den Mitwissern der in ihrem Schoosse sich abwickelnden Dinge, zwischen Regierungsbeamten hüben und drüben, Hodscha's, Fanatikern und desperaten Leuten aller Art findet ein eifriger ununterbrochener Contact statt, theils auf telegraphischem Wege, theils schriftlich durch Expressen und hin und her reisende Vertrauensmänner. Nichts ist wahrscheinlicher, als dass auf die erste Kunde von der Mission des Muschirs zwischen den leitenden Kreisen der Bewegung hier und in Prisren ein intimer Gedankenaustausch stattfand, dessen Ergebniss der Beschluss war, dieselbe mit allen Mitteln zu vereiteln, was nicht nur diesen Kreisen und den unteren Schichten der muselmännischen Bevölkerung, sondern auch den Regierungsbehörden höchst willkommen sein musste. || Mehemed-Ali-Pascha's Mission war, sobald ihm nicht die imposantesten Machtmittel an die Hand gegeben worden waren, von vornherein in Folge der vorhergegangenen Action der vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Terroristen in den Reihen der Volksausschüsse, dann der desperaten Stimmung der unteren mohammedanischen Volksclassen eben so sehr, wie der Unverlässlichkeit der vorhandenen Truppen, als eine gescheiterte zu betrachten, er selbst verurtheilt und von dem Momente an rettungslos verloren, in dem er den von gewissenlosen Ränkemachern und perfiden Fanatikern unterwühlten Boden Prisrens betrat, wo mehr als irgendwo jedem mit einer speciellen Mission betrauten Pforten-Commissär gegenüber die erste Frage nicht so sehr dieser selbst, als den Machtmitteln gilt, mit welchen er ausgerüstet ist. Mehemed-Ali kam mit dem kaiserlichen Adjutanten Achmed-Bey nahezu allein nach Prisren, mit nichts als der einzigen, leider allzu sanguinischen Hoffnung, durch das Ansehen seines Namens und die Unterstützung

Nr. 6917. Oesterreich-Ungarn. 14. Sept. 1878.

Nr. 6917. Oesterreich-Ungarn. 14. Sept. 1878. der in der Liga befindlichen, durch ihn mit Pascha-Titeln ausgezeichneten Bandenführer Herr der Situation werden zu können, — eine Zuversicht, die sich, der fest geschlossenen Partei der sowohl seiner Person als der von ihm vertretenen Sache feindlich Gesinnten gegenüber, nicht nur als ein totaler Irrthum erwiesen, sondern auch an ihm selbst so bitter gerächt hat. Hätte Mehemed-Ali seine Mission in Scutari begonnen, wo er auf die eventuelle Mitwirkung Montenegro's und auf jene der katholischen Bergstämme sowie auf die günstigere Situation im Allgemeinen rechnen konnte, so wäre dieselbe wahrscheinlich, und trotz der Declamationen der hiesigen Volkstribunen, von einem günstigen Resultate begleitet gewesen und hätte den ihm in Prisren mit Bezug auf Gussinje und die Pacification des Landes obliegenden zweiten Theil derselben vorbereitet und wesentlich erleichtert. So war, wie mir scheint, der Entschluss, mit Prisren den Anfang zu machen, ein zweiter verhängnissvoller Irrthum, dessen Folgen sofort mit der Ermordung des Telegraphenbeamten als erstem Symptome der drohenden Gefahr zu Tage traten und mit dem unbegreiflichen Entschlusse, sich nach Djakova zu begeben, ihren tragischen Abschluss fanden. Mehemed-Ali war — ich erlaube es mir nach allem Gesagten zu wiederholen — von vornherein in Prisren verrathen und geopfert; die schmähliche Defection der albanesischen Truppen that das Uebrige. || Was ich den Berichten des Herrn Jelinek und den hier eingelaufenen Privatnachrichten entnehme, gipfelt mit Bezug auf die eigentliche Vorgeschichte der Katastrophe, wie sie sich in Prisren abspielte, darin, dass Mehemed-Ali durch die heuchlerischen Protestationen der Volksführer einerseits sicher gemacht, andererseits durch die stattgehabten Tumulte und die ohne Zweifel abgekartete Thatlosigkeit der nach Gussinje entsendeten Commission dazu gebracht werden sollte, sich nach Djakova zu begeben, um dort in Person, wenn ich mich so ausdrücken darf, nach dem Rechten zu sehen und die Angelegenheit in den Fluss zu bringen, während Alles vorbereitet war, um ihn zu verderben. Er hatte zum Ueberflusse auch von Prisren aus an den Fürsten von Montenegro telegraphirt. Dies war nach der Auffassung der Liga und im Sinne ihres Programmes ein Volks- und Landesverrath und diente den Verschworenen wahrscheinlich zum willkommenen Vorwande, ihn in der Meinung der Massen gänzlich zu discreditiren und die weitere Action gegen ihn zu einer Volkssache zu machen. Die nächste Folge dieser Unvorsichtigkeit war die Ermordung des Telegraphenbeamten als Warnung für ihn selbst. Von diesem Momente an hätte er die Gefahren seiner Lage einsehen und ausgiebigen Succurs verlangen sollen, ehe er, isolirt, wie er war, einen Schritt weiter unternehmen durfte. Wenn er statt dessen nach Djakova ging, beweist dies, dass er den Listen seiner Gegner nicht gewachsen war und die ihn dort erwartende Gefahr entweder nicht kannte oder zu gering anschlug. Freilich scheinen mit ihm auch Abdullah-Pascha, ein geborner Djakovese, ferner die Gendarmerie-Majore Bairam-Aga, der Chef des Stammes von Gaschi, und Schakir-Aga, einer der Chefs des Stammes Krasnitsch, in die Falle gegangen zu sein. Dies würde aber nur

beweisen, dass das Complott mit besonderer Heimlichkeit und Hinterlist geleitet wurde. Nicht nur wurden diese, mit allen Ränken und Umtrieben der Parteien in Prisren und Djakova wohlvertrauten, an letzterem Orte einflussreichen Leute getäuscht, sondern es wurde ihre Mitwirkung dem Marschall als eine Bürgschaft für seine Sicherheit und für das Gelingen seines Unternehmens dargestellt, er daher doppelt in die Falle getrieben. || Nun tritt der eigentliche Leiter der Erhebung in Djakova in den Vordergrund. Der Kadi Achmed-Efendi Koronitza, gleichfalls ein geborner Djakovese, berüchtigter als irgend ein anderer der Volksführer durch cynische Bestechlichkeit, Schlauheit, wilde Energie und fanatischen Patriotismus, war mit Abdullah-Pascha und Hassan-Pascha, den nicht minder berüchtigten Bandenführern aus Kalkandelen und Djakova, Mehemed-Ali dorthin vorangeeilt, um ostensibel die Einwohner von Gussinje gefügig zu stimmen, in Wirklichkeit jedoch — ich nehme dies mit Bestimmtheit an —, im Auftrage des Comité's den Schlussact der Tragödie durch das Aufgebot der Bergstämme und die Aufhetzung des Pöbels von Djakova und Ipek vorzubereiten. Nun hatte aber derselbe Achmed-Efendi bereits in der Comitésitzung vom 27. August, während die anderen Führer, scheinbar wenigstens, erklärt hatten, sich den Berliner Beschlüssen unterwerfen zu wollen, dagegen einen Protest erhoben, und es bleibt daher unerklärlich, wie er von Mehemed-Ali dennoch in die Commission von Gussinje gewählt worden war. Ob die beiden, mit ihm nach Djakova abgegangenen Pascha's und die beiden obengenannten Gendarmerie-Officiere mit ihm einverstanden waren, in der geheimen Hoffnung vielleicht, sich durch die Beschwörung der Gefahr später vor dem Marschall ein Verdienst zu erwerben, — ob sie selbst von der unerwarteten Ankunft Mehemed-Ali's überrascht und dann nicht mehr im Stande waren, auf die Massen einzuwirken, oder ob sie von allem Anfange von dem Comité und Achmed-Efendi betrogen worden waren, vermag ich mir nicht zu erklären. Jedenfalls müssen sie, als es bereits zu spät war, ihren Einfluss zur Geltung zu bringen, die dem Marschall und ihnen selbst drohende Gefahr eingesehen und ihn gewarnt haben; aber er scheint leider gegen alle Rathschläge taub geblieben, oder sich auf die herbeigerufenen Bataillone verlassen zu haben. Genug an dem, das Factum, dass die Stämme Gaschi und Krasnitsch ihre Mannschaften bereits am zweiten Tage nach der Ankunft des Marschalls in Djakova stehen hatten und den Kampf gegen ihn aufnehmen konnten, beweist, dass diese Eventualität bereits früher in das Auge gefasst und mit denselben verhandelt worden war, sowie dass Achmed-Efendi ihnen nur das verabredete Signal gab, von den Bergen herunterzusteigen, wozu sie, das Sammeln der einzelnen Contingente aus den verschiedenen Gebirgsdörfern inbegriffen, immerhin zwei bis drei Tage brauchten. || Ueber den Verlauf der Katastrophe habe ich den Meldungen des Herrn Jelinek nur wenig hinzuzufügen und beehre mich, einen heute mit Expressen hier eingelangten weiteren Bericht desselben vom 10. d. M. in Abschrift vorzulegen. || Ich begreife nicht recht, warum Mehemed-Ali, als er die ganze Gefahr seiner Situation bereits vor Augen hatte, nicht

Nr. 6917. Oesterreich-Ungarn. 14. Sept. 1878.

Nr. 6917. Oesterreich-Ungarn. 14. Sept. 1878. mit Achmed-Bey, dem kaiserlichen Adjutanten, Montag den 2. d. M., die Flucht ergriff, und kann auch dies nur seinem Vertrauen in die Verlässlichkeit der nach Djakova beorderten Bataillone zuschreiben. Die Defection dieser Truppen dürfte wohl zu dem Schmählichsten gehören, was die neuere türkische Militärgeschichte, die durch so viele Beispiele der Bravour und echter soldatischer Disciplin illustrirt ist, aufweisen kann, ist jedoch ein weiterer Beleg für die Ansicht, dass die Verschworenen ihren Schlag nach allen Richtungen hin wohl überlegt und vorbereitet hatten, und auch dafür, dass sich die Bande der Disciplin in der ottomanischen Armee zu lockern beginnen. || Einen Fluchtversuch hatte Mehemed-Ali im Sinne; denn er liess sich, um bei einem solchen nicht so leicht erkannt zu werden, den Vollbart abnehmen; doch war offenbar ein Entweichen, nachdem die Einschliessung einmal perfect geworden, die Truppen gemeutert hatten und Blut auf der Seite der Belagerer geflossen war, nicht mehr durchzuführen. || Der Kampf dauerte von Montag den 2. bis Donnerstag den 6. September, durch volle vier Tage. Der Umstand, dass der Marschall, trotzdem man in Prisren, folglich auch in Priština und Mitrovitza, seine verzweifelte Lage genau kannte, und namentlich, nachdem die Meuterei der nach Djakova gesendeten Truppen zur Kenntniss gekommen war, vollständig im Stiche gelassen wurde, ohne dass man einen zweiten Versuch gemacht hätte, ihn zu retten, ist ein dunkler Punkt mehr in diesem an empörenden Details überreichen Drama. || Die Katholiken Djakova's, welche die grösste Gefahr liefen, wurden nicht, wie Herr Jelinek meldet, durch Berg-Albanesen geschützt, sondern durch eine mehrere hundert Mann zählende Schaar katholischer Fandesen, welche, obschon sie zu schwach war, den Kampf mit den Aufrührerischen aufzunehmen, doch das katholische Stadtquartier besetzten und es so vor Brand und Plünderung schützten. Ferner ist nachzutragen, dass der befestigte Thurm des Konaks Abdullah-Pascha's, in welchen sich der Marschall mit dem Reste seiner Vertheidiger zurückgezogen hatte, nicht in Brand gesteckt, sondern dadurch eingenommen worden war, dass, nachdem es den Belagerern gelungen, die Schiessscharten von aussen mit Steinen zu verschliessen, dieselben das Dach erklommen, es zerstörten und in das Innere eindrangen. Mehemed-Ali, der sich bis zu dem letzten Momente durch persönliche Unerschrockenheit hervorgethan hatte, trat, nachdem jeder weitere Widerstand unmöglich geworden, durch das Thor des Thurmes in das Freie und wurde in der bekannten Weise niedergeschossen. Hierauf wurde er geköpft, der Kopf auf eine Stange gesteckt und in den Strassen Djakova's herumgetragen. Was aus seinen Resten geschehen, ist unbekannt. || Die Belagerer hatten durch das Feuer der Vertheidiger ungemein gelitten; sie verloren mehrere hundert Mann. Man erzählt Züge heroischer Tapferkeit der eingeschlossenen Fandesen, wie denn alle Belagerten, den Marschall inbegriffen, mit dem Muthe der Verzweiflung gekämpft und sich bis auf das Aeusserste gewehrt hatten. Es mag im ersten Momente überraschen, dass Abdullah-Pascha, Bairam- und Schakir-Aga von ihren Mitbürgern nicht verschont wurden, allein sie waren eben von dem Augenblicke

Nr. 6917. Oesterreich-Ungarn. 14. Sept. 1878.

an, als Blut geflossen war, dem Tode gleichfalls verfallen und hatten, nachdem auch die Verhandlungen mit den Aufrührern gescheitert waren, keine andere Wahl, als ihr Leben so theuer als möglich zu verkaufen. || Nachdem die Blutthat geschehen war, gingen die Mannschaften der Bergstämme auseinander, um in ihre Gebirge zurückzukehren. Als sie sich von den Djakovesen verabschiedeten, bedeuteten sie ihnen, sie wären ihrem Rufe gefolgt und hätten nach ihrer Aufforderung gehandelt, weiter wollten sie jedoch mit ihnen nichts zu thun haben und überliessen ihnen auch die volle Verantwortlichkeit für das Geschehene; dies entspricht vollkommen der albanesischen Ansicht, nach welcher die Blutsühne den Anstifter eines Mordes trifft, nicht aber den gedungenen Thäter. || Die durch die Katastrophe zunächst geschaffene Situation ist eine äusserst gefahrdrohende, jedoch zu verworrene, als dass es jetzt schon möglich wäre, die weitere Entwickelung der Dinge vorherzusehen. Alle jene Bezirke und Städte, welche nicht direct daran betheiligt waren, suchen die Verantwortlichkeit von sich abzuwälzen und jede Gemeinschaft mit den Bergstämmen, mit Djakova und Ipek in Abrede zu stellen; überall aber ist die Aufregung eine ausserordentliche, überall sind Christen und Fremde, voran unsere Vertretung in Prisren, bedroht, und nirgend ist bisher zu bemerken, dass die Pforte gesonnen sei, einzuschreiten und die grauenhafte Ermordung eines ihrer hervorragendsten Generäle und Staatsmänner zu rächen. Unter solchen Umständen wird es nicht Wunder nehmen dürfen, wenn in jenen Gegenden die Flamme des Aufstandes auflodern, ihre verderblichen Wirkungen nach mehr als einer Richtung äussern und in erster Linie sich gegen die Pforte selbst kehren sollte. Die Aufrührer und die Liga beherrschen die Lage; von der Wiederherstellung der Ruhe, der Züchtigung der Verschworenen und ihrer Helfershelfer, von der Ausführung des Berliner Tractates kann insolange keine Rede sein, als die Hohe Pforte sich nicht zu einem energischen Entschlusse aufraffen und eine imposante, verlässliche Militärmacht unter der Führung eines bewährten Generals mit unumschränkten Vollmachten nach Prisren entsendet haben wird. Der Zweifel, ob sie dies wird thun können und wollen, scheint mir ein berechtigter zu sein. || Die Meuterei der Bataillone in Djakova hat die Zuversicht der Empörer bedeutend erhöht und hat nicht nur zur Folge, dass sie mit jeder anderen gegen sie zu entsendenden Truppe in gleicher Weise fertig werden zu können hoffen, sondern auch den sehr bedenklichen weiteren Umstand, dass das dort gegebene böse Beispiel auf die Truppen selbst eine demoralisirende Wirkung hervorzubringen und das Vertrauen der Führer und der Officiere in dieselben zu erschüttern geeignet ist, — ein Umstand, auf den bei der Auswahl der nach Albanien zu dirigirenden Bataillone ein grosses Gewicht zu legen und der von jedem General in ernste Erwägung zu ziehen sein wird. Dass die Empörer durch die Defection dreier Bataillone in den Besitz einer entsprechenden Anzahl von Martini-Gewehren gelangt sind und ihre ohnehin schon bedeutenden Vorräthe an modernen Feuerwaffen vermehrt haben, wird ebenfalls in Betracht zu ziehen sein.

Nr. 6918.

OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. an den k. k. Geschäftsträger in London (Graf Deym). — Die Unruhen in Albanien.

(Télégraphique.) Vienne, le 15 Septembre, 1878.

Nr. 6918. Oesterreich-Ungarn. 15. Sept. 1878. Veuillez remercier Lord Salisbury des instructions qu'il a bien voulu donner à Sir H. Layard au sujet des mesures à recommander à la Porte. Nous admettons parfaitement la difficulté pour la Porte d'envoyer de suite en Albanie des troupes Turcs d'un nombre suffisant; mais nous croyons cependant devoir lui demander à faire son possible pour mettre fin à l'anarchie qui y règne. || On nous nomme de tous côtés les mêmes personnes comme les chefs et faiseurs des troubles en Albanie et comme les instigateurs de l'assassinat de Mehemet-Ali. Ces personnes sont les chefs Arnautes, Ahamed-Effendi Koronitza, Illias-Pacha, Hassan-Pacha, de Kalkandellen; Derwich-Bey, de Zuma; Valinazif-Pacha, à Pristina, Muttesarif Kiamil Bey, à Prisrend. Nous avons chargé le Comte Zichy de demander à la Porte si elle ne peut destituer ces personnes, de leur faire au moins savoir par télégramme qu'elle les rendait personellement responsables, et de déclarer en même temps à la Porte que nous la tiendrions responsable de tout délai et des conséquences qui pourraient en résulter. Nous avons été obligé de le faire parce que l'action des Albanais se dirige contre la Serbie et le Monténégro, et qu'il nous importe beaucoup de prévenir des complications. || Priez Lord Salisbury de vouloir charger Sir H. Layard de seconder les efforts du Comte Zichy, d'autant plus qu'on nous mande que notre Consulat à Prisrend, le clergé et les Chrétiens de cet endroit sont menacés d'un danger imminent.

Nr. 6919.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kais. Botschafter in London. — Verwahrung wegen der Vorgänge in Bosnien und Albanien.

(Télégraphique.) Constantinople, le 16 Septembre, 1878.

Nr. 6919. Türkei. 16. Sept. 1878. Vous connaissez les douloureux événements dont la Bosnie et l'Herzégovine et quelques localités voisines de la Servie et du Monténégro ont été récemment le théâtre, et qui entravent ou retardent l'exécution de certaines dispositions du Traité de Berlin. Des populations, qui n'ont aucune affinité et pour la plupart aucun lien d'origine et de religion avec les Etats auxquels elles doivent être réunies, se sont insurgées contre l'idée de cette annexion et ont pris la résolution extrême de s'y opposer par la force. Sous l'empire d'un entraînement irrésistible elles ont méconnu leurs autorités légitimes dont les

Représentants ont été leurs premières victimes. En Bosnie le temps a manqué au Gouvernement Impérial pour ramener ces populations au sentiment de la nécessité, et tous ses efforts ont été impuissants à empêcher des conflits sanglants entre elles et les troupes Austro-Hongroises appelées à occuper le pays; cependant la Sublime Porte pourrait facilement démontrer, si quelque doute pouvait s'élever à cet égard, qu'elle a fait tout ce que les circonstances lui permettaient de faire pour prévenir cette explosion, et qu'elle a du moins réussi à empêcher le mouvement de se propager dans un plus grand nombre de districts. || Dans le pays situé au nord de l'Albanie, dont une partie doit être réunie soit à la Servie soit au Monténégro, une effervescence non moins grande et non moins spontanée s'est emparée des habitants qui se sont concentrés à l'effet de résister aux dites mesures qui doivent être prises pour les séparer de leurs compatriotes et de leurs coreligionnaires destinés à devenir Serbes ou Monténégrins. Quelques-uns d'entre eux, égarés par la passion, viennent de se rendre coupables d'un épouvantable forfait en mettant à mort le Muchir Mehemed-Ali-Pacha, envoyé par la Sublime Porte pour calmer les esprits et les disposer à se soumettre aux décisions du Traité de Berlin. Les coupables recevront le châtiment qu'ils ont mérité, et la Sublime Porte fera respecter son autorité dans cette contrée de façon à pouvoir assurer dans le plus bref délai possible l'échange des territoires. En remettant sous vos yeux ces tristes épisodes, je tiens avant tout à constater que le Gouvernement Impérial n'a failli à aucun de ses devoirs internationaux, et qu'il s'est constamment appliqué à amener l'exécution des dispositions du Traité de Berlin, et que si l'événement n'a pas répondu à son attente il ne saurait en être rendu responsable à aucun titre. || Le temps qui seul aurait pu nous permettre de conjurer ces dangers et d'éviter ces regrettables conflits, nous a fait défaut, et il serait profondément injuste de nous faire un reproche des difficultés qui ont surgi et qui étaient inhérents à l'objet même qu'il s'agissait de réaliser. Nous avons conscience de notre loyauté; nous en donnerions au besoin les preuves les plus convaincantes, et nous espérons que les Puissances ajouteront foi à nos déclarations aussi bien qu'au témoignage des faits. || Je vous prie de donner lecture de cette dépêche à M. le Ministre des Affaires Etrangères.

Nr. 6919. Türkei. 16. Sept. 1878.

Nr. 6920.

GROSSBRITANNIEN. — Konsulatsverweser in Adrianopel (Mr. Calvert) an den kgl. Botschafter in Constantinopel. — Die russische Verwaltung.

Adrianople, September 16, 1878.

Nr. 6920. Gross-britannien. 16. Sept. 1878.

Sir, — I have the honour to inform your Excellency, that, on paying my first official visit to the Russian Governor of Adrianople, I availed myself of

Nr. 6920. Gross-britannien. 16. Sept. 1878. the opportunity to allude to the deplorable state of the country. Both on that occasion and when General Lipinsky returned my visit I found his Excellency most ready to discuss the subject with me. || I should here explain, that the Consuls at this place, unlike those at Philippopolis, during their non-official intercourse with the Russian authorities, had always abstained from touching on such matters; nor, since assuming charge of Her Majesty's Consulate, did I until now consider myself at liberty to depart from that rule. || General Lipinsky, whilst admitting, that disorders exist to a certain extent, contended that, in the first place, misdeeds were committed by Mussulmans against Christians as well as by Christians against Mussulmans, and that, whilst cases of the latter class alone were reported to me, they were either represented in a greatly exaggerated form or were simple inventions. On my asking for instances of the former category, his Excellency mentioned some recent isolated cases of cattle-lifting with assassination which had occurred in the neighbourhood of the insurgent territory and of the Ottomane lines before Gallipoli. || General Lipinsky having then asked me, in my turn, for instances where Mussulmans were the victims, I mentioned the attacks made on the villages to the north-east of Adrianople, as reported in my despatch to your Excellency of the 27th ultimo; and I cited more particularly, as being the most easy to verify, the affair at Sary-Danishmend, the victims of which were all here. I also gave the instance mentioned in my despatch of the 15th ultimo of the steward of ————, who died here from the injuries inflicted on him by a Bulgarian. I selected this case, because it was by a Bulgarian, that the murderer (who remains free at the scene of the crime) was denounced. || It may be useful to record in detail all, that passed on these subjects, as exemplifying the different ways through which justice miscarries under the existing régime. || General Lipinsky observed, in the first place, that both the above-mentioned localities were within the district of the Commandant and Civil Governor of Mustafa-Pasha, the southern limits of which district, as exhibited to me on the map, correspond with those of the Bulgaria of the Treaty of San-Stefano. He added, that he was, nevertheless, empowered in urgent cases to take cognizance of matters within that district, and that he had done so in the instance of the village I had named. He went on to assure me, that, as regarded the affair in question, I had been deceived, for that he had in his possession a paper signed by the Turkish headman and principal inhabitants of the village stating, that no outrages had taken place there, the disorders which had occurred being confined to some pillaging and the burning of two houses. He further, as showing the unreasonableness of Turkish complaints, commented on the fact, that the men who had come here about this matter, and whom he desired to send back to the village under an escort of soldiers, could not be induced to go. || I replied that his Excellency evidently referred to the case of a village with a somewhat similar name, Hadji-Danishmend, where, as I knew, nothing worse had happened than what he had

described. I assured him, that the men of that place had returned home long since. || General Lipinsky having thereupon referred to the register, found that my supposition was correct. He could find no record concerning Sary-Danishmend, and it was from me that he first learnt what had happened there, and that the people now here, who were so reluctant to return to their homes, were not the two or three men who came from Hadji-Danishmend, as he had been led to believe, but almost the whole population of Sary-Danishmend. I explained, at the same time, that the reluctance of these people to venture home again arose from several reasons, namely, the desire to obtain redress for the outrages to which they had been subjected, so as to be insured from a repetition of them, and the uncertainty whether the squad which was to accompany them would remain at the village for their protection. I further stated, that several of the victims were unable to undertake the journey, owing to the injuries from which they were still suffering, and that the want of means of subsistence through the carrying off of almost all their cattle, combined with the above reasons to make the villagers not unnaturally desirous of settling, if possible, in some other part of the Empire. || I ascertained, that, as regarded the case of the steward likewise, the Governor had received no information, nor could any record of it be discovered. He promised to make inquiries. I have not yet learnt the result. || General Lipinsky insisted, that no petitions could have been given in regarding either of the above matters, although I mentioned the dates on which the petitions were delivered, arguing that the interests of the complainants were a sufficient guarantee of the truth of their allegations on that head. He replied, that he was personally accessible every day to all persons with complaints, and finally suggested, that the complainants in question should present themselves next day at noon with a petition, which he said he would himself receive from them. As the paper could not be prepared sooner the people from Sary-Danishmend presented themselves the day following, at the hour fixed, with their second petition, and a French translation of it, with which I had furnished them. I instructed M. Beuli, the Dragoman of the Consulate, to follow the men at a certain distance, and, in the event of their being refused admittance, to see the Governor himself, and inform his Excellency accordingly. The men were, in effect, turned away, and M. Beuli, taking the papers from them, asked to be admitted to the Governor's presence. His Excellency's Bulgarian Secretary-Dragoman, who received M. Beuli, declared, that General Lipinsky could not receive anybody. On being informed of the affair which he had come to speak about, the Bulgarian Dragoman summarily declared, that the story related by the people of Sary-Danishmend was all a lie, and not worth listening to. M. Beuli then managed to see the Governor's Aide-de-Camp, who undertook to deliver the petition. || From the above particulars, it will be abundantly clear how the Bulgarian officials (in whose hands the Russian authorities to some extent necessarily are) abuse their position to keep from the knowledge of these last facts compromising

Nr. 6920. Grossbritannien. 16. Sept. 1878.

Nr. 6920. Grossbritannien. 16. Sept. 1878. to their fellow-countrymen. || What follows will, moreover, conclusively show that, even where such facts become known to the Russian authorities, justice halts none the less on the all-essential point of redress. || When the Governor returned my visit, some days later, he referred to the subject of Sary-Danishmend, and said that inquiries had been made on the spot by order of the Commandant at Mustafa-Pasha, who ascertained that outrages had really occurred there. I then inquired whether steps had been taken for the arrest of the guilty parties, several of whom had been identified by the victims. The tenor of his Excellency's rejoinder could only serve to confirm—if confirmation were necessary—the impression, or rather conviction, which has been forced on me, namely, that the passive attitude of the Russian authorities towards offences committed by Bulgarians against the Mussulman population is not attributable to negligence or inefficiency, but adopted systematically and of set purpose, in obedience, no doubt, to superior orders; for General Lipinsky parried my question by observing, that the Russian Government was desirous to calm the hatreds which prevail between different sections of the people, and to avoid doing anything calculated to irritate them. He added, that, towards the same end, the Russian Government had instructed its authorities in the Turkish provinces to take no cognizance of any offences by whomsoever committed previous to the 16/28th January last, and that a number of charges preferred by Bulgarians against Mussulmans had been dismissed in consequence. || Whilst the disregard of this amnesty, so to call it, in the case of Arif and Shaban Aghas, of Philippopolis, is self-evident, the fallacy of the general principle implied in the above policy needs no demonstration. The only irritation deprecated is obviously, that which the Bulgarians would feel were they hindered from letting loose their evil passions, and working their will upon the defenceless Turks. The Christians take the law into their own hands and visit the Turkish community at large with present and indiscriminate bloodshed, rapine and pillage. The result is now before the world; and I hope that I, who assuredly have at no time been backward in denouncing Turkish provincial misrule, may be believed when I state, that the evil state of things now prevailing is of an incomparably more widespread, harsh and barbarous type than that to wich it is manifestly intended as a set-off. I speak, of course, of the normal Turkish régime, to which alone a comparison can fairly apply. If the horrors enacted in May 1876 be insisted upon, it should be remembered, in the first place, that they were the result of exasperation and panic engendered by reports of dastardly and unimaginable cruelties perpetrated by the Bulgarian insurgents upon inoffensive persons, and the reality of which peculiar class of cruelties, in the subsequent instance of the tragedy in the Balkans above Muflis, in the Kyzanlik district, have been attested by several English doctors who examined the bodies of the victims. Again, the atrocities committed on the Mussulman inhabitants of the same district of Kyzanlik, who, so far from having offered any provocation, had stood by the Bulgarians and

preserved them from molestation during the first troubles, and the deliberate and partially successful attempt to exterminate the adult male Turkish population of that district by wholesale and cold-blooded executions, must be held as, at least, a counterbalance to the massacres of Bulgarians in the Tatar-Bazardjik district, where there was admittedly provocation. || In the North Balkan districts, to my own knowledge, and, I have been told, in those south of the Balkans also, and again at the present time in the Rhodope, as lately reported by me, the excesses committed by Mussulmans have been limited to offending Christian villages. The Christians under Russo-Bulgarian rule, on the other hand, vent their hatred indiscriminately on the whole Mussulman population, with the avowed object of bringing about its expulsion from the country. || Leaving aside, however, as regards the Turks, exceptional events arising from exceptional causes, and taking the ordinary state of the country as a basis of comparison, I may say that where instances of robbery and assassination of individual Christians occurred under Turkish rule, whole Mussulman villages are now liable to that treatment; and whereas the Turkish authorities had at least the grace to profess a desire to afford redress, Russian rule in Turkey does not make even that concession to public opinion. || Instances of outrages by Turks on Christian females were in ordinary times of far less frequent occurrence than appears to be commonly believed at home. When a single case of the sort happened it would set a whole province in commotion. Since the Russian occupation, it is hardly too much to say, that the Bulgarians in the rural districts outrage at their will Turkish women and girls by the score. || The material well-being of the Bulgarian peasant under Turkish rule has become an admitted fact, and the national as well as individual spirit of hospitality of the Turk is proverbial. Now that the Bulgarians have the upper hand, their chief aim and end (and in this, I regret to say, they are joined by no small part of the Greek rural population) is utterly to ruin the Turk and to eject him from his home in Europe. By depriving the Mussulman peasantry of their only means of independent subsistence, namely, their live stock, and by stripping them of all their money and personal property, it is evidently intended to force them to dispose of or to abandon their useless fields, and to reduce those Turks who may remain in the country to the condition of field-labourers, a state of life hitherto unknown to all but a small fraction of the population. || Again, as regards insults in matters connected with religion, I can aver, from the experience of many years, that instances of the sort were of rare occurrence under the Turkish régime, at any rate in ordinary times. The ministers of religion were treated with invariable respect. Even such a trivial mark of contempt as the firing of a shot into an empty church would be taken up by the whole community of a province and made a State affair of. Under the present Christian rule, not one "mesdjid" (or mosque of the class answering to a Christian chapel) out of ten has escaped destruction, even in this town of Adrianople. || If the demeanour of the Turk

Nr. 6920. Gross-britannien. 16. Sept. 1878.

Nr. 6920. Gross-britannien. 16.Sept.1878. towards the native Christian personally was on occasion haughty or otherwise objectionable (it was not habitually so), it never took the unmanly and derisive forms which the Bulgarians have adopted towards the lately-dominant race, as, for instance, at Kirk-Kilissa, where they have taken to compelling the Mussulmans to carry them about the streets on their backs. || I have, &c.

Edmund Calvert.

Nr. 6921.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in St.-Petersburg an den kgl. Min. d. Ausw. — Correspondenz zwischen dem Sultan und dem Czaren betreffs Grausamkeiten in Bulgarien.

(Extract.) St.-Petersburgh, September 17, 1878.

Nr. 6921. Gross-britannien. 17.Sept.1878. The "Journal de St.-Petersbourg" of this morning publishes the text, as herewith inclosed, of the telegraphic appeal which was addressed to the Emperor of Russia by the Sultan, and of the reply which was given by the Emperor, respecting the cruelties committed upon the Mussulman population in Bulgaria and in Eastern Roumelia. || Your Lordship will not have forgotten, that M. de Giers, as reported in my despatch of the 14th August, showed me a despatch from Prince Labanoff, dated as far back as the 12/24th July, in which the atrocities were in many cases acknowledged, and only the blame of them shifted, from Russian and Bulgarian, on to Greek shoulders.

Beilage.

Extract from the "Journal de St.-Pétersbourg" of September 5/17, 1878.

Télégramme de Sa Majesté le Sultan à Sa Majesté l'Empereur.

Constantinople, le 17 Août, 1878.

Les nouvelles qui parviennent à mon Gouvernement sur la situation navrante des populations Musulmanes tant en Roumélie-Orientale qu'en Bulgarie, sont de nature à exciter les sentiments de compassion bien connus de votre Majesté. On ne peut pas se faire une juste idée des cruautés exercées par les Bulgares sur des milliers d'êtres humains; meurtres, pillages, viols, rien n'est épargné, et ce sont là des faits qui se commettent journellement. Dépouillés de tout, les malheureux émigrés sont réduits à errer dans les rues sans asile et à coucher en plein air. Dans cette situation, je fais appel avec confiance aux sentiments d'humanité de votre Majesté, et je la prie de vouloir bien donner ses ordres pour que la vie, l'honneur et les biens des populations Musulmanes soient assurés d'une manière efficace.

Télégramme de Sa Majesté l'Empereur à Sa Majesté le Sultan.

Nr. 6921. Gross-britannien. 17.Sept.1878.

Odessa, le 18 Août, 1878.

Le télégramme de votre Majesté m'a causé une pénible surprise. J'aime à espérer que les nouvelles qui lui parviennent sur les souffrances des populations Musulmanes en Bulgarie et dans la Roumélie-Orientale sont pour le moins exagérées. Votre Majesté me rend justice en exprimant la confiance que je ne saurais tolérer un pareil état de choses. Aussi suis-je certain que ni le Commandant-en-chef de mon armée, ni le Commissaire Russe en Bulgarie ne manqueront jamais de réprimer sévèrement tout acte d'injustice commis au détriment des populations à la sécurité et au bien-être desquelles ils ont ordre de veiller sans aucune distinction de religion et de race.

Nr. 6922.

RUSSLAND. — Memorandum der russischen Botschaft in London, betreffend den Aufschub der Uebergabe Podgoritza's.

Nr. 6922. Russland. 18.Sept.1878.

Un télégramme du Sénateur de Giers de Livadia fait part à l'Ambassade de Russie à Londres, que le retard apporté par la Porte à l'évacuation de Podgoritza menace d'aggraver considérablement la situation en Albanie. La remise de cette place est une opération purement militaire sans aucun rapport avec les considérations d'un autre ordre qui ressortiraient de la fermentation des esprits dans ces localités. L'élément Musulman y est insignifiant; tout délai ne servirait donc qu'à alimenter l'état d'anarchie. Nous avons lieu de croire qu'il serait question d'ameuter près de Podgoritza des Albanais montagnards qui, à un moment donné, s'empareraient de ses fortifications, et ce serait dans ce but que des approvisionnements sont dirigés de ce côté. Une prolongation de cet état de choses amènerait infailliblement aux plus graves complications et obligerait le Monténégro de rester l'arme au bras. Ayant consenti à l'ajournement de la réunion d'une Commission Européenne de Délimitation, par laquelle nous espérions mettre fin à cette déplorable situation, nous nous croyons en droit de compter sur l'intervention des Grandes Puissances auprès de la Porte pour la remise immédiate de Podgoritza au Monténégro, conformément aux stipulations du Traité de Berlin.

Nr. 6923.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Der Entwurf des russisch-türkischen Friedensvertrages.

Therapia, September 18, 1878.

Nr. 6923. Grossbritannien. 18. Sept. 1878.

My Lord, — I have the honour to inclose copy of the draft of the Treaty of Peace between Russia and Turkey, which Prince Labanoff has been instructed by his Government to present to the Porte for its acceptance. I have noted upon it the alterations which, I am informed, Safvet-Pasha will propose to the Russian Ambassador. Moreover, the Porte requires additional Articles to the following effect: — || 1. That a European Commission shall be appointed for the delimitation of the frontiers of Montenegro, in accordance with the Ist Article of the Treaty of San-Stefano. || 2. That a Turco-Servian Commission shall be appointed for a similar purpose. || 3. That a Turco-Russian Commission shall be appointed for the delimitation of the new Asiatic frontier. || 4. That the second paragraph of the XXIst Article of the Treaty of San-Stefano relating to real property (*biens immeubles*) belonging to the Porte in the property ceded to Russia, shall be reproduced in the proposed Treaty. || 5. That the XXVIIIth Article of the Treaty of San-Stefano, referring to the mode of payment of the expense for the maintenance of the Turkish prisoners, shall also be reproduced. || I have, &c.

A. H. Layard.

Beilage.

Projet de Traité de Paix définitif entre la Russie et la Turquie.

Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, &c., &c., &c., et Sa Majesté, l'Empereur des Ottomans, &c., &c., &c., || désirant consacrer le rétablissement de la paix entre les deux Empires, en transformant en Traité définitif le Traité Préliminaire de Paix conclu entre eux à San-Stéfano le 19 Février, 1878, conformément à ce qui a été convenu par l'Article XXIX du dit Traité Préliminaire, || ont nommé pour leurs Plénipotentiaires

lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont tombés d'accord sur les Articles suivants: —

Article I. || Il y aura désormais paix et amitié entre les deux Empires sur la base des arrangements stipulés par le Traité Préliminaire de San-Stéfano, tels qu'ils ont été révisés, modifiés et arrêtés par le Traité conclu à Berlin le 1/13 Juillet, 1878, avec la participation et la sanction des Grandes Puissances Signataires des Traités de 1856 et 1871.

Article II. || Le Traité de Berlin et les Protocoles qui y sont annexés étant destinés à remplacer le Traité Préliminaire de San-Stéfano pour toutes les questions que le Congrès de Berlin a examinées, discutées et résolues comme étant d'un intérêt général Européen, le Gouvernement Impérial de Russie et la Sublime Porte s'engagent à envisager ce Traité comme réciproquement obligatoire entre eux, aussi bien que vis-à-vis de toutes les Grandes Puissances Signataires, à l'exécuter fidèlement et à l'observer scrupuleusement dans sa lettre comme dans son esprit, afin d'en faire la base d'une paix solide et durable entre les deux Empires.

Nr. 6923. Gross-britannien. 18. Sept. 1878.

Article III. || Les stipulations spéciales du Traité Préliminaire de San-Stéfano qui n'ont pas été abrogées ou modifiées par le Traité de Berlin [ou par suite d'une entente entre le Gouvernement Impérial et la Sublime Porte *)] sont maintenues et confirmées par les deux Gouvernements comme ayant même force et valeur que si elles étaient insérées dans le Traité définitif de Paix.

Article IV. || Conformément à ces stipulations spéciales, il est entendu: — || (*a.*) Que défalcation faite de la valeur des territoires cédés par la Turquie à la Russie en conformité du Traité de Berlin, l'indemnité de guerre reste fixée à la somme de 300,000,000 roubles. **) Le mode de paiement de cette somme et la garantie à y affecter (sauf les réserves mentionnées dans le Protocole 11 du Congrès de Berlin) seront réglés par une entente entre le Gouvernement Impérial de Russie et celui de Sa Majesté le Sultan (Article XIX de San-Stéfano). || (*b.*) Que les 10,000,000 de roubles réclamés comme indemnité pour les sujets et institutions Russes en Turquie, seront payés à mesure que les réclamations des intéressés seront examinées par l'Ambassade de Russie à Constantinople et transmises à la Sublime Porte (même Article de San-Stéfano). || (*c.*) Que la Sublime Porte affecte une somme de 500,000 fr. au rétablissement de la navigabilité du passage de Soulina et au dédommagement des particuliers dont les biens auraient souffert du fait de la guerre et de l'interruption de la navigation sur le Danube. Cette somme de 500,000 fr. sera prise sur celles qui sont dues à la Sublime Porte par la Commission Danubienne. [Il est par conséquent entendu que le Gouvernement Impérial de Russie se décharge de toute responsabilité quant aux indemnités rentrant dans cette catégorie (Article XIII du Traité de San-Stéfano).]. || (*d.*) Que les habitants des localités cédées à la Russie, qui voudraient fixer leur résidence hors de ces territoires, seront libres de se retirer en vendant leurs propriétés immobilières. Un délai de trois ans leur sera accordé à cet effet à partir de la ratification du présent Acte. || Passé ce délai, les habitants qui n'auraient pas quitté le pays et vendu leurs immeubles resteront sujets Russes (Article XXI du Traité de San-Stéfano). || (*e.*) Que tant que les troupes Impériales Russes séjourneront dans les localités qui, en vertu des Traités de San-Stéfano et de Berlin, doivent être restituées à la Sublime Porte, l'administration et l'ordre des choses resteront dans le même état que depuis l'occupation. La Sublime Porte ne devra y

*) Porte proposes to omit words within brackets.
**) Porte proposes to add "papier" after "roubles."

Nr. 6923. Gross-britannien. 18. Sept. 1878. prendre aucune part durant tout ce temps et jusqu'à l'entière sortie de toutes les troupes. Les troupes Ottomanes ne devront entrer dans les localités qui seront restituées à la Sublime Porte, et cette dernière ne pourra commencer à y exercer son autorité que lorsque pour chaque place et province qui aura été évacuée par les troupes Russes, le Commandant de ces troupes en aura donné connaissance à l'officier désigné à cet effet de la part de la Sublime Porte (Article XXVI du Traité de San-Stéfano, sauf réserve des stipulations de Berlin concernant la Roumélie Orientale) ‖ (*f.*) Que l'évacuation par l'armée Russe de la Bulgarie et de la Roumélie Orientale étant réglée par le Traité de Berlin,*) et la retraite des troupes Russes de la Turquie d'Asie étant subordonnée aux arrangements arrêtés par le même Traité, l'Article XXV du Traité de San-Stéfano concernant le terme et le mode des opérations d'évacuation fera l'objet d'une entente définitive entre les deux Gouvernements. ‖ (*g.*) Que la Porte prend l'engagement de ne sévir d'aucune manière contre les sujets Ottomans qui auraient été compromis par leurs relations avec l'armée Russe pendant la guerre. Dans le cas où quelques personnes voudraient se retirer avec leurs familles à la suite des armées Russes les autorités Ottomanes ne s'opposeront pas à leurs départ (Article XXVII du Traité de San-Stéfano). ‖ (*h.*) Qu'une amnistie pleine et entière est accordée par la Sublime Porte à tous les sujets Ottomans compromis dans les derniers événements, et que toutes les personnes détenues de ce fait, ou envoyées en exil, seront immédiatement mises en liberté (Article XXVII du Traité de San-Stéfano). ‖ (*i.*) Que tous les Traités, Conventions et Engagements conclus entre les deux Hautes Parties Contractantes relativement au commerce, à la juridiction et à la position des sujets Russes en Turquie, et qui auraient été supprimés par l'état de guerre, seront remis en vigueur, sauf les clauses auxquelles il serait dérogé par le présent Acte, ou par le Traité de Berlin. Les deux Gouvernements seront remplacés, l'un vis-à-vis de l'autre pour tous leurs engagements et rapports commerciaux et autres, dans la même situation où ils se trouvaient avant la déclaration de la guerre (Article XXVIII du Traité de San-Stéfano).

Article V. ‖ Les affaires litigieuses pendantes des sujets Russes seront déférées à des arbitres et surarbitres nommés par la Sublime Porte et par l'Ambassade Impériale de Russie à Constantinople, et chargés de juger des dites contestations souverainement et en donner ressort. La Sublime Porte s'engage à dédommager, s'il y a lieu, les sujets Russes et à faire exécuter sans délai les sentences rendues par la voie susmentionnée de l'arbitrage, aussi bien que celles qui ont été rendues précédemment mais qui ne sont pas encore exécutées. (En place de l'Article XX du Traité de San-Stéfano.) **)

---

*) The Porte requires, that the term of the occupation of the territory which is to be restored to Turkey according to the XXVth Article of the Treaty of San-Stefano, should be limited to three months in Europe and six in Asia.

**) The Porte requires, that this stipulation should be replaced by the XXth Article of the Treaty of San-Stefano.

Le présent Acte sera ratifié dans l'espace de semaines ou plus tôt si faire se peut. Nr. 6923. Gross-britannien. 18.Sept.1878.

En fait de quoi les Plénipotentiaires de Russie et Turquie y ont apposé leurs signatures et le sceau de leurs armes.

Fait à la. . . .

Nr. 6924.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in Konstantinopel. — Räth der Pforte, sofort einen Gouverneur für Ost-Rumelien zu ernennen.

Foreign Office, September 19, 1878.

Sir, — There seems reason to apprehend, that the Commission for the organization of Eastern Roumelia will be much hampered in its action by obstruction and resistance on the part of the local authorities. I have telegraphed to your Excellency to express my opinion that, under these circumstances, it is very important, that the Porte should proceed without delay to nominate the Governor of that province. || If Rustem-Pasha be named at once, there will be a better prospect of the choice being accepted by the Powers than if the selection were delayed till a later period. | I am, &c. Nr. 6924. Gross-britannien. 19.Sept.1878.

Salisbury.

Nr. 6925.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Die Russen haben ihren Rückzug von Konstantinopel angezeigt.

Therapia, September 23, 1878.

My Lord, — I received late last night a letter from the Russian Ambassador (copy inclosed) informing me, that the Imperial army having that day quitted the positions it had occupied before Constantinople, he brought the fact to my notice, in view of the arrangement come to between the Government of His Majesty the Emperor and that of Her Majesty for the simultaneous withdrawal of the Russian army and British fleet. || I have communicated Prince Labanoff's letter to Admiral Sir Geoffry Hornby, and have suggested to him, at the same time, that it would be desirable for him to make preparations for leaving his present anchorage. || I have, &c. Nr. 6925. Gross-britannien. 23.Sept.1878.

A. H. Layard.

Beilage.

Prince Labanoff to Sir A. H. Layard.

Buïuk-Dereh, le 10/22 Septembre, 1878.

Nr. 6925. Gross-britannien. 23.Sept.1878. M. l'Ambassadeur, — L'armée Impériale ayant quitté aujourd'hui, 10/22 Septembre, les positions qu'elle occupait devant Constantinople, je me fais un devoir de porter ce fait à la connaissance de votre Excellence, en vue des arrangements convenus entre le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur et celui de Sa Majesté Britannique pour la retraite simultanée de l'armée Russe et de la flotte Anglaise. || Veuillez, &c.

Labanoff.

Nr. 6926.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Entsprechender Rückzug der englischen Flotte.

Therapia, September 24, 1878.

Nr. 6926. Gross-britannien. 24. Sept.1878. My Lord, — I received this morning your Lordship's telegram of yesterday, authorizing me to request Admiral Sir G. Hornby to withdraw Her Majesty's ships under his command to Artaki as soon as the Russians retire from San-Stefano. The Russian Ambassador having informed me officially, that the Russian forces have evacuated that place, a statement which has been verified by Captain Ardagh and Lieutenant Chermside, who, at my request, have visited the place, I have communicated your Lordship's instructions to the Admiral. Although he is ready to leave his present anchorage at once, it would be convenient to him, in order to make various necessary arrangements, to remain there until Saturday morning, and I see no objection to his doing so. I have consequently informed the Porte and the Russian Ambassador, that on that day the fleet will retire. I have the honour to inclose copies of the letters I have addressed to them on the subject. || I have, &c.

A. H. Layard.

Nr. 6927.

GROSSBRITANNIEN. — Kommissar für Ost-Rumelien (Sir H. Drummond Wolff) an den kgl. Min. d. Ausw. — Aeusserungen des Fürsten Dondukoff.

Therapia, September 24, 1878.

Nr. 6927. Gross-britannien. 24.Sept.1878. My Lord, — I have the honour to inclose a copy of a Report from Lord Donoughmore, stating a conversation he had held with Prince Dondoukoff-

Korsakoff. On receiving it I sent a telegram to your Lordship. || The violent language of the Prince is unfortunately sanctioned by that of Russian functionaries less habitually incautious in speech. The points advanced are always the same, viz., the refusal of the Russian authorities to recognize the Commission and their intention to govern Eastern Roumelia in their own fashion. || I have, &c.

Nr. 6927. Grossbritannien. 24. Sept. 1878.

H. Drummond Wolff.

Beilage.

Lord Donoughmore to Sir H. Drummond Wolff.

(Extract.) Philippopolis, September 21, 1878.

Yesterday afternoon I received a long visit from Prince Dondoukoff-Korsakoff, the Imperial Russian Commissioner. || The following is an account of my interview: — || The Prince, who arrived alone, asked if I was here officially. I said, Yes, under instructions from my colleague. He replied he had no doubt I was instructed, but that it was impossible, that any of the Commissioners should have a real official position before the Commission had sat, and that he desired to speak to me familiarly as a "private gentleman." || He began by saying, that, as far as he was able, he should put every obstacle in his power against the carrying out of the English programme, whatever it might be. There was no use disguising the fact; we were face to face as enemies, and he and his countrymen were, as it were, upon their trial. He said there would be disagreements, and very serious disagreements, at and from the very first sittings of the Commission. He ridiculed the Treaty of Berlin, the Rhodope Commission, the Eastern Roumelian Commission, and everything that had been done at or since the Congress, by the titles of "Offenbach-"isms, "comédies, bouffonnades, bouffonneries," and such-like expressions. || With regard to the meeting of the Commission at Philippopolis, the Prince said he thought it would be one of the first questions raised, and though he admitted, that reasons might be advanced in favour of the Commission sitting here, he stated his views in favour of the locality being Constantinople. || If there had not been a Provisional Government already formed here he could understand, that the necessity for the meeting of the Commission at Philippopolis might be defended; but he stated he was prepared to hand over his system in its entirety, as far as administrative and judicial matters were concerned. The manner in which Governors of sandjaks and cazas had been appointed; the instructions to those officers; the mode of enrolment of the police, and all the details of the force, with the instructions to its officers; the regulations as to the administration of justice; in fact the details of the entire judicial and administrative system were now in the press, and he would hand them to the Commission when it took over the regulation of the province. || Prince Dondoukoff

Nr. 6927. Gross-britannien. 24. Sept. 1878. also alluded to the existence of the militia, treating it as having been enrolled according to the principles laid down in the Treaty of Berlin, but would only admit the existence of nine "legions" of 1,000 men each. He pointed out what would occur when, according to the Treaty, the officers to be nominated by the Sultan were appointed to this corps. He expressed his certain conviction, that the Russian officers would break their swords, and that the Bulgarian soldiers would murder (his expression was "mettront une baïonnette dans le ventre") the Turkish or Greek officers sent to them. There would then be a corps without officers or petty officers, composed of "canaille," who would go to the hills, guns and all, and become nothing better than a gang of bandits. || He stated, that the only means he could think of for preserving order in the corps for a time was during the occupation to incorporate it with the Russian army. This step would at least secure order for nine months or a year; but, he added, "et puis après notre départ, le déluge." || He further drew my attention to the fact, that after the retirement of the great bulk of the Russian army, and his own departure from the province on the appointment of a Turkish Governor-General, it would be perfectly vain to attempt to maintain order in the country. He himself would be at Sophia, or perhaps farther off. It would be impossible to communicate with him with sufficient rapidity, and, even if it were, he desired to know from whom the orders would come. He stated the movement of his troops to be a matter not to be regulated by Ambassadors or Commissioners, but by Imperial orders alone. || The Prince further stated his determination not to surrender any part, however small, of the control of the finances of the province, and remarked at the same time in a sarcastic tone, that he did not understand how the Administration was to be carried on by the Commission, unless it had the control of the finances. He said the occupying army was to be supported at the expense of the occupied country, that the finances were requisite for this purpose, and that therefore he would not surrender them, but that there was a small surplus which he would hand over to the Commissioners to do what they liked with. You will perceive he thus threatened to retain not only funds for the support of his troops, but those necessary for the payment of salaries to civil officials. He did not, however, include in his estimate the expenses of the militia, which, at the rate of 100 roubles per annum per man, he placed at 9,000 (*sic*) roubles. He seemed now as before to have forgotten all about the second levy. He said the only way he saw out of the difficulty was for the Committee to adopt the Constitution he had instituted, and to revise it if necessary, leaving the arrangements for the Government of the province which now exist *in statu quo* until such revision is completed. These arrangements were, he stated, based upon the laws for the vilayets, with some emendations, such as the abolition of dîme farming in this province, and were therefore conformable to the plan laid down by the Treaty of Berlin. He stated, that he had not abolished the dîme farming at Adrianople, because the locality was

Turkish, and added that the differences between the English and his countrymen was that we were the friends of the "canaille Turque," while they were the supporters of the "canaille Bulgare." || Under any circumstances, he did not think matters could remain quiet for more than a few months, and that things must culminate in another Congress. From the way he said it, he meant another war. || On his departure, while assuring me of his personal regard, the Prince reiterated his determination to create obstacles, and again described the circumstances and the Treaty that had led to the appointment of the Commission as a farce. || I did not consider it part of my duty to reply in any way to any of the Prince's arguments or assertions, or to express either assent or dissent with them.

Nr. 6927. Grossbritannien. 24. Sept. 1878.

Nr. 6928.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in Konstantinopel. — Widerspruch gegen Art. 4 des russisch-türkischen Vertragsentwurfes.

Foreign Office, September 26, 1878.

Nr. 6928. Grossbritannien. 26. Sept. 1878.

Sir, — I understand from your Excellency's telegram of the 24th instant, that the draft Treaty of Peace between Russia and Turkey proposed by Prince Labanoff contains, in Article IV, a stipulation, that during the occupation by the Russian forces of any territory which will eventually be restored to the Porte under the Treaties of San-Stefano and of Berlin, the administative arrangements shall remain the same as from the commencement of the occupation, the Porte taking no part in them until the complete evacuation of such territories. || Any such engagement, in so far at least as regards financial administration, would be contrary to the Treaty of Berlin, which provides expressly in Article XIX for the administration of the finances of Eastern Roumelia by the European Commission in concert with the Porte, until the completion of the new organization of the province. || I have requested you, by telegraph, to intimate this to the Grand-Vizier, and to state, that Her Majesty's Government cannot assent to the Article in question. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 6929.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Grausamkeiten der Russen und Bulgaren in Philippopel.

Therapia, September 27, 1878.

Nr. 6929. Gross-britannien. 27. Sept. 1878. My Lord, — It is with very painful feelings, that I transmit to your Lordship the inclosed copy of a despatch just received from Vice-Consul Calvert, relating to the shocking cruelties and outrages inflicted by the Russian and Bulgarian authorities upon the unhappy Mussulman population of Philippopolis. Are there no means of bringing this deplorable state of things to the notice of the Emperor of Russia, and of appealing to his sense of justice and humanity to put an end to proceedings on the part of those who are in his service, or under his protection, which must bring disgrace upon the Russian name? Can Europe be utterly indifferent to the sufferings of these miserable creatures, who, although they may be Turks and Mussulmans, are yet human beings? || I shall cause to be delivered to the Sultan the Memorial inclosed in Mr. Calvert's despatch. || I have, &c.

A. H. Layard.

Beilage.

Vice-Consul Calvert to Sir A. H. Layard.

Philippopolis, September 25, 1878.

Sir, — I beg to send to your Excellency herewith a Memorial in Turkish, addressed to His Imperial Majesty the Sultan, which has been brought to me by the Moukhtars of the different Turkish quarters of Philippopolis, who know of no other safe means of forwarding it than by asking me to beg your Excellency to transmit it to His Majesty. || After enumerating their various hardships and sufferings at the hands of the Russians and Bulgarians, the petitioners, who are all natives of the town of Philippopolis, go on to complain, that since yesterday nearly all the able-bodied male Turks of the town have been impressed for the "corvée." The Imam has been dragged from the mosque, the Hodja from their newly reopened school, and the few merchants who have resumed business from the bazaar. || The reason of this general impressment among the resident Turkish population appears to be, that all the refugees from the villages, to the number of some thousands, have this week been sent back to their respective districts, and that the Russians are desirous of pushing forward rapidly the works of public improvement they have taken in hand, so as to complete them before the arrival of the Commission. || I will not venture to qualify this proceeding, nor the facts which your Excellency will read below,

as I am unacquainted with any word in the official vocabulary strong enough for the purpose. The grossest outrages upon the Turkish refugees have been of late more numerous than ever; those which have come to my knowledge alone would fill a good sized volume, and yet there can be no doubt, that not a twentieth part of the persecutions that take place ever come to my knowledge. || I will confine myself in the present despatch to reporting a few recent cases of brutality on the part of the Bulgarian police. || A number of male refugees were beaten by the police at Karshi-Aka on the 19th instant because when about to be sent off to their villages they dared to ask for the money due to them for their labour on the Government works. || Two Turkish women, whose names are among my notes, were severely beaten by the police in the above-named suburb a few days ago because they resisted the violation of their persons by zaptiehs. || Another Turkish woman, named Fatma, widow of Tartar Ali, was on the 14th instant seized in the street, in broad daylight, by a Russian soldier, who tried to drag her into his room; because she resisted, and bit him on the arm, she was taken to the police station at Karshi-Aka where, by order of the Bulgarian officer in charge, she was thrown on her face, and two zaptiehs kept her down, one holding her by the head and the other by the feet, while a third administered to the wretched creature a hundred lashes. || Five days afterwards the order came for the refugees to be sent away and the same woman received a lash in the eye from the whip of a Bulgarian zaptieh because she begged for a delay, her child being very ill and unable to move. || Fatma ran away from her brutal aggressor and came to me. Her eye was closed and inflamed by the lash of the whip. My housekeeper examined her back, and can testify to the fact of the severe bruises caused by flogging. || I sent for the woman's three children, and had the whole family conveyed to the Compassionate Fund Asylum. She left for Constantinople on Monday with the other inmates of the Asylum, and your Excellency will, therefore, be able to examine her personally if necessary. || Hadjis-Shaban and Arif Aghas continue to be most cruelly treated in prison. For the last three days they have had heavy chains wound, in three or four folds, round their waists, and locked in that position, so that the iron, projecting horizontally four or five inches from their bodies, imbeds itself in the flesh whenever they attempt to lie down. Other kinds of ill-treatment are said to have been employed towards them; but I should not like to report them until I have satisfied myself of their truth. || What inference can be drawn from such facts but that it is desired to insure the death of the unhappy prisoners before the arrival of the International Commission, which may be expected to interfere in their behalf? || I beg to inclose, for your Excellency's information, a copy of a recent number of the "Maritza," from which your Excellency will see, that the Russo-Bulgarian authorities deny the truth of a most abominable outrage which I reported on the 20th July. They state, that an inquiry was held by Russian officers of high rank, the result of which was to prove the complete

Nr. 6929. Grossbritannien. 27. Sept. 1878.

Nr. 6929. Grossbritannien. 27.Sept.1878. falsehood of the whole story. I do not wish to insinuate any doubt of the honesty of this inquiry as far as regards the gentlemen who conducted it; but I cannot but fear, that the Bulgarian interpreters whom they must have employed misrendered the evidence. All that I know is that the woman, Nazik, was only examined by a Bulgarian police officer, to whom she repeated her story, and that her uncle (her only surviving relative) was, about the same time, thrown into prison, where he was still confined, when I last heard of him, ten days ago. || I have, &c.

F. R. J. Calvert.

Nr. 6930.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den Botschafter in Konstantinopel. — Die Haltung der Pforte bei Ausführung des Berliner Vertrages.

Paris, 27 septembre 1878.

Nr. 6930. Frankreich. 27.Sept.1878. Monsieur, la tournure que les affaires ont prise en Turquie est un sujet de vives préoccupations pour l'opinion publique. On ne pouvait espérer que l'exécution du Traité de Berlin s'accomplirait sans difficulté, ni surtout que les populations musulmanes de l'Empire accepteraient avec une complète résignation la situation nouvelle; mais on était en droit de s'attendre à ce que le Gouvernement ottoman, qui avait montré de l'énergie dans la lutte, mît plus de fermeté à reprendre la direction des esprits après la signature de la paix et à tirer parti de l'Acte européen substitué aux préliminaires de San-Stefano. Le plus grand désarroi semble régner au contraire dans les Conseils de la Porte, et l'état des Provinces révèle une perturbation qui peut devenir fatale si les Ministres du Sultan continuent d'abandonner la marche des affaires au hasard des événements. || Nous n'admettons pas que, pour se justifier, ils allèguent le découragement. Cette défaillance se fût expliquée tout au plus après la conclusion du Traité de San-Stefano, qui livrait la majeure partie de la Turquie aux Slaves émancipés de la Servie, du Monténégro et de la grande Bulgarie. Elle ne se conçoit plus après le Traité de Berlin, qui a rendu au Sultan tous les territoires qui lui avaient été enlevés au sud des Balkans et tous ceux sur lesquels il peut maitenir utilement sa souveraineté. Qu'aurait-il gagné en force réelle à recouvrer les Principautés qui étaient déjà à peu près indépendantes avant la guerre, ou même à reprendre en Bulgarie une autorité directe qui eût été sans cesse contestée? Que gagnerait-il à ne pas s'entendre avec l'Autriche ou à refuser à l'Europe une rectification des frontières de la Grèce, dont il a tout intérêt à se concilier l'alliance dans le nouvel état des choses en Orient? La Porte doit donc résolûment prendre son parti des nou-

velles conditions d'existence qui lui sont faites, et empêcher que l'opinion des populations musulmanes de la Turquie d'Europe ne s'égare en se laissant aller à la pensée que l'exécution du Traité de Berlin pourrait sans danger être éludée ou du moins ajournée. Elle doit s'attacher au contraire à les convaincre que le Congrès a réparé, autant et plus peut-être qu'il n'était permis de l'espérer à la veille de sa réunion, les pertes infligées à l'Empire ottoman par une guerre malheureuse et que cet Empire, s'il sait se conformer aux vues des négociateurs de Berlin, peut encore jouer un rôle utile en Europe. C'est là, en tous cas, le moyen de conserver le bon vouloir des Puissances qui ont défendu jusqu'ici les intérêts de la Porte et de déjouer les calculs qui peuvent lui être hostiles. Nous voudrions donc voir les Ministres du Sultan s'inspirer de ces considérations générales dans le plan de conduite qu'ils ont à se tracer, et nous croyons qu'il en est temps, s'ils ne veulent pas compromettre les avantages reconquis par l'intervention des Puissances, dans une situation qui paraissait désespérée. || Vous ne sauriez vous-même trop insister en ce sens toutes les fois que vous en aurez l'occasion. Ces conseils nous sont dictés par le sincère intérêt que nous portons au maintien de l'Empire turc. || Agréez, &c.

Nr. 6930. Frankreich. 27. Sept. 1878.

Waddington.

Nr. 6931.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Gründe, weshalb dem Bericht der Rhodope-Kommission keine weitere Folge gegeben ist.

Therapia, September 27, 1878.

My Lord, — Your Lordship may feel some surprise, that no further steps have been taken with regard to the Report of the European Commission charged, in pursuance of the instructions of the Congress of Berlin, to verify on the spot the serious nature of the facts connected with the present sufferings of the populations of Mount Rhodope and of the neighbouring countries. || I have already informed your Lordship, that the Russian Ambassador, taking his stand upon the terms of the Protocol of the 11th July (No. 18), that "it was desirable to instruct the Ambassadors at Constantinople to come to an agreement with the Sublime Porte for the immediate dispatch of a European Commission," maintained, that the Ambassadors having named the Commissioners had no further duties to discharge, and had nothing to do with the result of their inquiries, or with any recommendations, that they might make. His Excellency consequently refused to attend any meeting to consider, or to act upon, their Reports. The Reports of the Commission have consequently been allowed to remain a dead letter, and the object which the Congress of Berlin

Nr. 6931. Gross-britannien. 27. Sept. 1878.

Nr. 6931. Gross-britannien. 27. Sept. 1878. had in view of finding means to alleviate the sufferings of the Mussulman fugitives in the Rhodope districts, and of restoring them to their homes, has been frustrated, and the result of the arduous labours of the Commission has only been to raise a controversy as to the authors of the unparalleled cruelties and outrages committed upon the Mahommedan population of Bulgaria and Roumelia. This is greatly to be deplored. Nothing whatever has been done, notwithstanding the recommendations of the Commission, for the unfortunate beings for whose relief and repatriation it was intended. They have been left without help; they are still wandering homeless and almost naked; and a very large proportion of them must perish of cold and hunger as soon as the cold weather, which is now rapidly approaching, sets in. The sources of private charity, as regards the sufferers from the late cruel war and the Russian invasion of the Ottoman territories, are almost exhausted, and the Mussulman population of the Rhodope districts, which appears to have been barely able to feed the refugees during the last few months, has, it would seem, no longer the means of doing so. It is doubtful whether the Porte, if it succeeds in re-establishing its authority in the mountain, can supply even what is absolutely necessary for their existence. || The Russian Ambassador, the Russian military authorities and, I believe, the Russian Government have complained, that the Commission has gone beyond its duties and instructions and the intentions of the Congress in inquiring into the causes which have led to the present condition and sufferings of the Mussulman refugees in the Rhodope districts, and in connecting the conduct of the Russian army with them. I would venture to point out, that although the proposal made by Count Schouvaloff to the Congress, had it been accepted, may have limited the duties of the European Commission to devising measures for the repression of the disorders alleged to be existing in the Rhodope districts, Prince Gortchakow himself suggested, that it should equally undertake to verify the correctness of the facts reported to your Lordship as to the sufferings and outrages, to which the Mussulmans had been exposed. It was with this view no doubt, that the instruction to the Ambassadors contained in the 18th Protocol was agreed to, and it was with this object, that the instructions from the Ambassadors to the Commissioners were drawn up. It appears to me, that the Commissioners have only fulfilled their duty in placing before the Ambassadors, fully and impartially, the result of their inquiries. It is, it seems to me, greatly to be regretted, that no notice should have been taken of their Reports, and that the Representatives of the signatory Powers should not have met together to consider their recommendations and to submit to our respective Governments our opinions with regard to them, with such suggestions as we could have agreed to for carrying out the objects, for which the Commission was appointed. I have, &c.

A. H. Layard.

Nr. 6932.

RUMÄNIEN. — Thronrede des Fürsten bei Eröffnung der ausserordentlichen Kammersession am 27. September 1878.

[Uebersetzung.]

Meine Herren Senatoren! Meine Herren Abgeordneten!

Durch meine Botschaft zum Schluss der letzten Session habe ich Ihnen angezeigt, dass der Berliner Congress in seinem Bestreben, der Welt den allgemein verlangten Frieden zurückzugeben, über gewisse Fragen hinweggegangen ist, welche für die kleinen Staaten von grosser Wichtigkeit, aber nur von secundärer Bedeutung für die grossen europäischen Interessen waren, und dass Rumänien insbesondere berufen war, dem allgemeinen Frieden peinliche und schmerzliche Opfer zu bringen. Zu jener Zeit hat sich meine Regierung verpflichtet, Sie aufs neue einzuberufen, sobald sie in der Lage sein würde, die europäischen Beschlüsse bezüglich unseres Vaterlandes in ihrer ganzen Tragweite zu kennen. Diese Verpflichtung erfüllt sie heute, indem sie die Landesvertreter in ausserordentlicher Session um mich versammelt. In der Zwischenzeit hat meine Regierung von Seite des Congress-Präsidenten die officielle Mittheilung von dem Vertrage von Berlin erhalten. Ebenso hat die kaiserliche Regierung von Russland uns officiell aufgefordert, uns nach der Entscheidung Europa's zu richten. Mein Ministerium wird Ihnen jene Acten und Schriftstücke mittheilen, in welchen es diese schmerzliche Frage behandeln musste. Sie werden sich also in vollständiger Kenntniss der Umstände befinden, um sich bezüglich der sich auf uns beziehenden Beschlüsse der Grossmächte auszusprechen.

Nr. 6932. Rumänien. 27. Sept. 1878.

Meine Herren Senatoren! Meine Herren Abgeordneten!

Europa hat Rumänien in die Familie der unabhängigen Staaten aufgenommen, hat ihm die Mündungen der Donau restituirt und seine Herrschaft bis an das Meer ausgedehnt. Aber zu gleicher Zeit hat der europäische Areopag Rumänien die Erfüllung eines schmerzlichen Opfers auferlegt, indem er statuirte, dass wir unsere Districte jenseit des Pruth aufgeben müssen. Es giebt keinen Rumänen, vom Souverän bis zum letzten Bürger, welcher diese von Europa dekretirte Dismembrirung des vaterländischen Territoriums nicht beklagte; aber neben dem Schmerzgefühl, von dem Sie durchdrungen sind, meine Herren, haben Sie, in Ihrer Eigenschaft als Mandatare der Nation und als geprüfte Männer, deren Vaterlandsliebe unveränderlich ist, das Recht und die Pflicht, mit kaltem Blute die schwierigen Umstände zu erwägen, welche wir durchmachen müssen, und alsdann eine Entscheidung zu fällen, welche die Gegenwart nicht compromittirt und die Zukunft unseres Landes sicherstellt. Die Energie kräftiger Nationen zeigt sich besonders in den Zeiten der Heimsuchungen. Ja, meine Herren, nachdem wir gezeigt haben, dass der Arm,

Nr. 6932. Rumänien. 27.Sept.1878. welcher den Pflug führt, auch das Schwert handhaben kann, machen wir uns an die Arbeit, um allen Söhnen des Vaterlandes die Wohlthaten des Friedens zuzuwenden! || Wir werden alsdann — ich wiederhole Ihnen heute, was ich schon am 4. Juli sagte — Europa den Beweis geben, dass Rumänien etwas Besseres vom europäischen Areopag verdient hätte, aber dass die Rumänen nichtsdestoweniger, indem sie den schwierigen Verhältnissen Rechnung tragen, unter welchen der Vertrag von Berlin unterzeichnet wurde, weit entfernt, an der Zukunft zu verzweifeln, die unumstössliche Ueberzeugung haben, dass, was die Rivalität der Interessen und die gegenwärtige Zwangslage uns heute nicht gegeben haben, uns morgen durch die besser aufgeklärte Gerechtigkeit Europa's gegeben werden wird. Was mich betrifft, meine Herren, so erkläre ich Ihnen: Alles Gute und alles Ueble, von welchem das Land, welches mein Land ist, getroffen wird, berührt mich selbst. || Wie auch der Spruch Europa's ausgefallen ist, und wie schmerzlich für uns die Consequenzen sein mögen, tragen wir die Stirn hoch, haben und bewahren wir die Ueberzeugung, dass wir unsere Pflicht gethan haben, dass die rumänische Nation ein Gut errungen hat, welches selbst unsere Gegner — wenn wir solche haben — uns nicht bestreiten können! Dieses Gut, meine Herren, ist die Achtung aller Völker ohne Ausnahme.

Nr. 6933.

SERBIEN. — Min. d. Ausw. an den englischen Agenten in Belgrad (Mr. Gould). — Titeländerung des Fürsten Milan.

Belgrade, le 15/27 Septembre, 1878.

Nr. 6933. Serbien. 27.Sept.1878. M. l'Agent, — A la suite du changement dans la position internationale de la Serbie, Son Altesse Sérénissime le Prince Milan a jugé bon de modifier son titre, celui de la Princesse Régnante et celui du Prince Héritier. || En conséquence, Son Altesse a ordonné, par Décret en date du 20 Août, 1878, que dès à présent il porterait le titre de "Herobo Bucoranctbo" (Son Altesse), la Princesse celui de "Heno Bucoranctbo" (Son Altesse), et le Prince Héritier celui de "Heroba Cbemroet" (Son Altesse Sérénissime). || Pour plus de clarté je me permets de vous donner la traduction littérale en Allemand: — pour le Prince: "Seine Hoheit," pour la Princesse: "Ihre Hoheit," et pour le Prince Héritier: "Seine Durchlaucht." || En vous communiquant ce qui précède, j'ai l'honneur de vous prier, M. l'Agent, de vouloir bien en informer votre haut Gouvernement. || Agréez, &c.

Rad. Milojkowitch.

Nr. 6934.

GROSSBRITANNIEN. — Agent und General-Konsul in Belgrad an den kgl. Min. d. Ausw. — Fürst Milan wünscht eine Verständigung mit der Pforte.

Belgrade, September 29, 1878.

My Lord, — At the audience Prince Milan granted me to-day for the purpose of presenting Major Wilson, the British Delegate to the Boundary Commission, His Highness informed me, that he had addressed a telegram to the Sultan personally. After saying that he is determined for his own part to conform strictly in every respect to the provisions of the Treaty of Berlin, and that he feels equally convinced that His Imperial Majesty accepts that Treaty in the same spirit, he goes on to express his confident hope, that nothing any longer stands in the way of a renewal of those relations of amity and good neighbourhood ("rapports de bon voisinage") which formerly subsisted between them. At the same time, the Acting Minister for Foreign Affairs likewise sent a telegraphic message to the Grand-Vizier, couched in almost identical terms. || Prince Milan has been induced to take this somewhat unusual step in consequence of the necessity of keeping up a large force for the protection of the frontiers in the present unsettled state of the Boundary question and of the neighbouring Turkish provinces. He assured me that, owing to the privations and hardships endured by the troops employed on this duty, he had lost many more men since peace had been concluded than he had during the last campaigns. Scarcely a week passed without false alarms of attacks by the Albanians, so that the militia dismissed to their homes one day had to be again called out the next. In this way the inhabitants of the border districts were unfortunately prevented from attending to the cultivation of their lands and harassed to death, whilst the country was being put to ruinous expense. As an instance of what was perpetually happening he told me that, whereas a fortnight ago he had only from 25,000 to 26,000 men under arms, he had been compelled last week suddenly to raise the rumber to 35,000, a great proportion of whom he had since then been able to muster out of the service. || His Highness and his Ministers hope, that after the step they have taken to bring about a reconciliation with Turkey the Porte will no longer hesitate to send a Delegate to the Boundary Commission, especially if, as they have every reason to believe, this measure meets at Constantinople with the support of Her Majesty's Government. They also seem convinced, that the presence alone of a Turkish Commissioner on the frontier in company with the Delegates of the Great Powers will cause she Albanians to desist from the threatening attitude they have so long maintained towards Servia. || Whilst I expressed to His Highness the very great satisfaction I experienced at hearing

Nr. 6934. Gross-britannien. 29.Sept.1878.

Nr. 6934. Gross-britannien. 29 Sept. 1878. that he had taken so decided a step, which I felt assured would be attended with the best possible results, I did not conceal from him that I was by no means confident, that under the present circumstances the Albanians would be disposed to show more respect for the decisions of the International Boundary Commission, even when backed up by the presence of an Ottoman Delegate, than they had hitherto for the authority of the Porte, as exemplified by the cruel murder of its Commissioner, the late Mehemed-Ali-Pasha. || I have, &c.

G. F. Gould.

Nr. 6935.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Answ. an General-Konsul Palgrave. — Instruction als Kommissar für Bulgarien.

Foreign Office, September 30, 1878

Nr. 6935. Gross-britannien. 30. Sept. 1878. Sir, — I have to give you the following instructions for your guidance in the duties which will devolve upon you as the Consular Officer delegated by Her Majesty's Government to take part in the control of the provisional administration of Bulgaria. || Article VI of the Treaty of Berlin, of which a copy is herewith inclosed, defines the composition, powers and mode of procedure of the Commission, of which you are a member. The actual administration of the Principality remains, during the term of its provisional government, in the hands of a Russian Commissioner; and it will be the business of the Ottoman Commissioner and of the Consuls delegated by the Powers parties to the Treaty to assist him in his duties, and to exercise a control over the administration. It will be their duty to see, that the provisions of the Treaty relating to the constitution of the Principality are faithfully observed and carried into effect, and to bring at once to the notice of the Russian Commissioner, or, if necessary, to that of the Representatives of the Powers at Constantinople, any regulations or occurrences which may have a tendency to defeat the intentions of the Powers. || One of the principal matters, that will merit their attention will be the precautions to be taken to secure that the Assembly of Notables, to be convoked at Tirnova under Article IV of the Treaty, for the purpose of drawing up the Organic Law of the Principality, shall duly represent the wishes and interests of all clases of the population according to the provisions of the second paragraph of that Article, and that this body, when so convoked, shall enjoy proper freedom of discussion and debate, and full facilities for the examination of the questions, on which it has to decide. The same care will be required to insure complete freedom in the election of the Prince, who is to have the eventual government of the Principality. || You will observe, that by Article VII of the Treaty it is stipulated,

that the provisional administration of the Principality shall not last beyond the space of nine months from the ratification of the Treaty, by which time the Organic Law must be completed, and the elections held for the choice of the Prince. || By Article XXII the Russian army of occupation in Bulgaria and the neighbouring province of Roumelia, which is limited in number to 50,000 men, is bound to evacuate those countries at the end of the same period. The ratifications of the Treaty having been exchanged on the 3rd August last, the limit of the provisional administration and of the Russian occupation is fixed for the 3rd May, 1879. || It is scarcely necessary to say, that the conduct of the provisional administration should be directed with a view to the establishment of a state of things favourable to the stability and good working of the Government which is to succeed it. That Government is to be based on the conditions stated in Article V of the Treaty, providing for complete civil and religious freedom for all creeds and confessions, and the absence of all civil or political disabilities on religious grounds. If these stipulations are to have any meaning, it will not be sufficient, that they should be merely reproduced in the Organic Law of the Principality. Practical measures must be taken to insure their observance, and those measures cannot be adopted too soon. Her Majesty's Government hope and believe, that you will find the Russian Commissioner ready to listen to any representations which you may feel it your duty to make on this point. || It cannot be the intention or desire of the Emperor of Russia, that the occupation of Turkish territory by his troops should lead to a mere reversal in the parts of oppressor and oppressed, and that ill-treatment of Christians by Mahommedans should be succeeded by ill-treatment of Mahommedans by Christians. But, undoubtedly, the practical difficulties are considerable, and acts of violence and injustice are likely to occur in a country where passions on either side have been so much excited, and have not yet had time to cool. || It will be right, that you should bring at once to the notice of the Russian Commissioner any such occurrences, that may come to your knowledge, taking care, however, before making any representation, to ascertain that the facts are well authenticated, and the reports free from exaggeration. || For the prevention of such disorders, and for the general welfare of the Principality, the existence of an efficient civil police is a primary necessity. The duties of such a corps are quite distinct from those of a military body, and are not such as an occupying force is by the nature of things well fitted to discharge. But care is needed in the composition of such a police force, and in the selection of the officers to command it, that it shall not itself become the representative of a particular class or creed and an instrument of oppression against others. || A requirement no less obvious is, that the Tribunals established or to be established during the provisional administration should be so constituted as to insure, as far as possible, the administration of impartial justice to Christian and Mussulman alike. || I need not recommend to you to cultivate the most cordial relations with your colleagues,

Nr. 6935. Grossbritannien. 30. Sept. 1878.

Nr. 6935. Gross-britannien. 30. Sept. 1878. who, as the Representatives of neutral Powers, will be actuated by the same feelings as yourself, and will, no doubt, cordially join with you in the task of devising and suggesting the details of measures to insure the well-being and tranquillity of the Principality. || You will not fail to report to me from time to time on the proceedings and working of the provisional administration; and in case any difference should arise necessitating a reference to the Representatives of the Powers at Constantinople, in accordance with Article VI of the Treaty, I should wish you to inform me of the fact at once by telegraph. || Copies of all your despatches should be forwarded to Her Majesty's Ambassador at Constantinople. It will be best, that you should proceed to that capital in the first instance, and place yourself at once in communication with Sir H. Layard, who will be able to give you advice and instructions as to your movements and proceedings. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 6936.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. General-Konsul in Bukarest (Mr. White). — Titeländerung des Fürsten Karl.

Foreign Office, September 30, 1878.

Nr. 6936. Gross-britannien. 30. Sept. 1878. Sir, — Having learnt from your telegrams of the 25th and 28th instants that the Governments of Austria and Italy have made known their readiness to address the Prince of Roumania in future as His Royal Highness, and that the French Chargé d'Affaires at Bucharest had also been instructed to congratulate the Prince on assuming that title, I have this day instructed you by telegraph to intimate, in the same form as that observed by the Austrian Representative, the readiness of Her Majesty's Government to recognize the assumption of this title by Prince Charles. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 6937.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Erklärung des russischen Gesandten in Konstantinopel über die Sprache des Fürsten Dondukoff.

Nr. 6937. Gross-britannien. 2. Oct. 1878. (Telegraphic.) Therapia, October 2, 1878.

I mentioned to the Russian Ambassador to-day the report received as to the language used by Prince Dondoukoff to Lord Donoughmore. Prince La-

banow told me, that no importance should be attached to it, and that the last words of the Emperor when he left Livadia last week were, that it was His Majesty's firm intention, that the Treaty of Berlin should be loyally and scrupulously executed in all its details. His Excellency assured me, that no difficulties whatever will be placed in the way of the European Commission by the Russian authorities at Philippopolis, but that they will render every assistance to enable the Commissioners to execute the task assigned to them. He added, that Prince Dondoukoff was doing his utmost to discourage Bulgarians from opposing the decisions of the Congress. I expressed my satisfaction at receiving these assurances; but I thought it right to say, that I regretted that the information which reached me from Philippopolis was not entirely in accordance with them.

Nr. 6937. Gross-britannien. 2. Oct. 1878.

Nr. 6938.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in Konstantinopel. — Wiederholter Rath an die Pforte, sofort einen Gouverneur für Ost-Rumelien zu ernennen.

(Extract.) Foreign Office, October 3, 1878.

I have received a telegram from your Excellency dated the 30th instant, in which you inform me that, although the Grand-Vizier is prepared to recommend to the Sultan the nomination of Rustem Pasha as Governor-General of Eastern Roumelia, His Highness is apprehensive, that were he to proceed there at once the Russian authorities might put him aside, and place him in a position which would be derogatory to his dignity and to that of the Porte. || With reference to the Grand-Vizier's wish for my opinion upon this point, I have informed your Excellency by telegraph, that I consider it highly important, that no delay should take place in the nomination of Rustem Pasha and in obtaining his recognition by the other Powers. || The nomination of the Governor does not necessarily entail, that he should at once take up his office. Whether he should do so or not cannot be determined until a decision has been arrived at with regard to the authority with which the administration of the province shall rest pending the completion and promulgation of the scheme for its organization.

Nr. 6938. Gross-britannien. 3. Oct. 1878.

Nr. 6939.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in Paris. — Anerkennung der Unabhängigkeit Rumäniens, abhängig von der Durchführung der religiösen Gleichheit.

Foreign Office, October 7, 1878.

Nr. 6939. Gross-britannien. 7. Oct. 1878. My Lord, — The Count de Montebello called at the Office on the 27th ultimo, and represented that the Roumanians are desirous of having their independence recognized immediately on the retrocession of Bessarabia, without waiting for the passing of the measures for securing religious liberty and equality, as they represent, that fresh elections must take place before such legislation can be carried out, and that the elections cannot take place pending a military occupation. Moreover, that they are anxious to carry out their obligations in this respect as early as possible; but they urge, that their independent status be recognized on the performance of the first condition, namely, the retrocession of Bessarabia, and that they be trusted to carry out the second, relating to religious equality, &c., as early as circumstances permit. || The Count de Montebello stated, that M. Waddington doubted whether it would be prudent to accede to the wishes of the Roumanians in this respect, and was desirous of ascertaining the views of Her Majesty's Government on the subject. || I have to request, that your Excellency will inform M. Waddington, that Her Majesty's Government share his Excellency's opinions, and, as at present advised, do not propose to recognize, formally, Roumanian independence until measures have been taken towards fulfilment of the conditions prescribed by the XLIVth and XLVth Articles of the Treaty of Berlin. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 6940.

TÜRKEI. — Grossvezier an den kaiserlichen Botschafter in Wien (Karatheodory-Pascha). — Beschwerde über Grausamkeiten österreichischer Truppen.

Télégramme. Constantinople, le 8 octobre 1878.

Nr. 6940. Türkei. 8. Oct. 1878. Il résulte d'un rapport que le Général Hafiz-Pacha a présenté à la Sublime Porte, ainsi que d'autres rapports de nos autorités civiles et militaires et de télégrammes des délégués de Bosnie sur les événements de cette province, que l'armée austro-hongroise s'est livrée à des actes de destruction dans les villes de Sérajévo et de Banjaluka et qu'elle continue à commettre des atrocités,

telles que le massacre de femmes et d'enfants, le pillage de maisons, le meurtre de paysans et de bergers dans les campagnes. || En outre, nos soldats qui n'ont pas combattu et n'ont opposé aucune résistance, ont été internés comme prisonniers de guerre. || Le Commandant austro-hongrois a fait évacuer par force notre hôpital militaire, en disant injurieusement que des bêtes ne pouvaient pas résider au milieu des hommes. || En présence de ces événements déplorables et des atrocités qui s'exercent principalement sur les musulmans, la population musulmane des localités occupées par les troupes Impériales et Royales a perdu toute confiance dans les autorités austro-hongroises. || Nous sommes convaincus que le Cabinet de Vienne sera le premier à déplorer, avec les sentiments d'humanité qui l'animent, un pareil état de choses. Il est évident que l'entrée des troupes austro-hongroises en Bosnie et en Herzégovine, avant même l'établissement d'une entente entre les deux Gouvernements à ce sujet, aux termes de l'article 25 du Traité de Berlin, loin de contribuer au rétablissement de l'ordre et de la tranquillité dans ces deux provinces, n'a eu d'autre effet que d'attirer sur ces contrées des malheurs incalculables et de compromettre l'oeuvre de pacification. || L'insurrection en Bosnie et en Herzégovine a été fomentée et entretenue par les populations slaves de ces provinces en état de rébellion contre le Gouvernement Impérial et aujourd'hui, à la suite de l'occupation austro-hongroise, c'est sur les populations musulmanes que sont commis les actes de cruauté et de massacre. || Veuillez porter ce qui précède à la connaissance de M. le Comte Andrássy et faire, au nom de la Sublime Porte, un appel pressant aux sentiments d'humanité de Son Excellence, afin qu'Elle veuille bien prendre les mesures nécessaires pour mettre un terme à un état de choses si contraire à la mission que le Gouvernement austro-hongrois a cru devoir assumer. || La Sublime Porte a cru devoir communiquer cette dépêche aux Grandes Puissances, en les priant d'appuyer notre demande par une démarche amicale auprès du Cabinet de Vienne. || Nous espérons que Son Excellence le Comte Andrássy voudra bien nous donner en cette circonstance une nouvelle preuve de son amitié, en faisant suspendre la marche des troupes austro-hongroises, qui pourrait occasionner une plus grande effusion de sang.

Nr. 6940. Türkei. 8. Oct. 1878.

Nr. 6941.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Weiterer Bericht über russisch-bulgarische Grausamkeiten.

Therapia, October 8, 1878.

Nr. 6941. Gross-britannien. 8. Oct. 1878.

My Lord, — I have the honour to inclose copy of a despatch addressed to me by Vice-Consul Calvert, giving further accounts of the treatment of the

Nr. 6941. Gross-britannien. 8. Oct. 1878. Mussulman population by the Bulgarians under the protection of Russia. I would fain hope, that your Lordship will think fit not only to present to Parliament this and other despatches of a similar nature from our Consular Agents, in order that public opinion in England may be enlightened as to the state of things that has been brought about by the Russian occupation of the European provinces of Turkey, but that your Lordship will also take some steps to make known at St.-Petersburg the unparalleled sufferings, to which the Mahommedans of those provinces have been, and are still, exposed. I cannot believe, that the Emperor of Russia can have any knowledge of the crimes that are being committed upon an innocent and unoffending population in his name. Her Majesty's Government and the English people were the first to denounce the outrages of the Mussulmans upon the Bulgarians, and to call upon the Porte to punish their authors. They have consequently, it appears to me, some right to bring to the notice of the Russian Government outrages infinitely more terrible and more numerous committed by the Bulgarians, in a country under the military and civil administration of Russia, upon Mussulmans. || I have, &c.

A. H. Layard.

Beilage.

Acting Vice-Consul Calvert to Sir A. H. Layard.

Philippopolis, October 5, 1878.

Sir, — The following facts are reported to me by a person, whom I sent to ascertain the state of affairs at Carlowa and Sopot, and who has just returned. I had instructed him to make particular inquiries about the girl Nazly, whom I was instrumental in restoring to her parents in the month of March last, and who was subsequently sent back to Carlowa, her native town, together with her parents. || My informant states that, out of about 300 Turkish refugees, who returned to Carlowa, only about 100 remain alive. There have been few public assassinations of Turks; but Mussulmans disappear daily, and the survivors do not dare to inquire, or to cause inquiries to be made, as to their fate. || The father and mother of Nazly disappeared in this way some months ago. About three weeks ago the girl herself, and another Turkish girl, daughter of Tchiraktchai Ali, were taken by Peter Lewski, and two other Bulgarians, to a cascade near the town, and killed—no doubt after being outraged. || Peter Lewski is said to have killed many of the Turkish returned refugees, and to have buried or hidden their bodies on his premises. || Five days ago Vassil Pope, Spasso Iconomoff, Costa Kapanoff, and four other Bulgarians of Sopot (a large Bulgarian village close to Carlowa) took the daughter of a Turk named Dervish, and the daughter of Kara Murad, of Tartali, to gather walnuts for them. They and others ravished both the girls; and Dervish's daughter, who is only 14 years of age, is said to be dying of the in-

juries she received from her brutal seducers. || Dervish is in prison at Carlowa, and is beaten daily to make him confess certain crimes, with which he is charged. || Out of 200 Turkish houses at Carlowa, 100 have been destroyed, and the destruction still continues. The remaining Turkish houses are mostly inhabited by Bulgarians. || The Bulgarians there are very much excited, owing to the call for volunteers to fight against the Turks in Macedonia. About 100 volunteers have already enlisted at Carlowa, and they are publicly sworn in the churches. || The Bulgarian inhabitants are all armed to the teeth, and fire pistols and guns day and night from the sheer exuberance of their feeling. || In the villages round Carlowa the condition of the Turks is no better. Of the refugees from that district, who returned a fortnight ago, about thirty have already "disappeared." In the town the Turks are afraid to show themselves in the streets. They are dragged from their hiding places to work for the Bulgarians, and often nothing more is heard of them. || Their women are outraged continually. || The Governor of Carlowa is a M. Raïnoff. This gentleman, who is a native of the place, called upon me at the time of his appointment, and solemnly assured me, that he would answer for the good treatment of the Turks. || I am now informed, however, that the authorities of Carlowa, though perfectly cognizant of the crimes which are hourly taking place, take no steps whatever to put a stop to them. || If the condition of the returned Mussulman population in Bulgaria (and in the towns of Roumelia where there are no European residents to check by their presence the savagery of the Bulgarian Christians) may be judged of by the treatment of the Turks at Carlowa, the sum total of persecution suffered by the Mussulmans in the occupied provinces must be too fearful for the imagination to conceive. || Unhappily there is only too much reason to believe, that the fate of the Turks, who remained in their homes north of the Balkans, has been even worse than that of their co-religionists in Roumelia. A Bulgarian priest, who arrived here from Plevna, informed a friend of mine lately, that out of 2,000 or 3,000 Turks, who had remained in the districts of Plevna, Loftcha and Selvi, not fifty were left alive, and that it was the firm determination of the Bulgarians to prevent any of the Turks who had fled from ever returning. || Perhaps it will convince any people in England, who still doubt the reality of the revolting deeds which it has been for the last eight months my disagreeable duty to record, to know that one of my colleagues, who travelled to Constantinople last month, saw, near the railway station at Papazly, Turkish women pursued in the fields by Bulgarian recruits, and heard shots fired by the latter. The station-master informed him, that three Turks had been killed that day, in the vicinity of the railway station, for resisting the Bulgarians who were publicly violating their wives and daughters. || On the advice of my colleague the station-master laid the matter before Colonel Wlassoff (the officer who, in March last, wished to call me to account for denouncing the conduct of some of the Russian soldiery), who happened to be in the train with a squadron of Cossack cavalry.

Nr. 6941. Gross-britannien. 8. Oct. 1878. But Colonel Wlassoff declined to interfere on the pretext, that he could not act without orders; and the station-master was obliged to remain a terrified spectator of the scenes of violence going on under his very windows until the next evening, when the Russian authorities sent a detachment of troops from Philippopolis to restore order. || From the statements of lately returned refugees, it appears now beyond a doubt, that the Russian plan of ridding Bulgaria and Roumelia of their Turkish population has practically succeeded. || Taking into account the Turks who have been massacred, those who died during their flight, and those who have been transported to Anatolia, the Turkish population of this sandjak is probably already reduced by one-half. How many of the remainder will survive the persecution, the hunger and the cold in prospect for them during the coming winter, will depend upon the character of the season and the energy of the International Commission. || I have, &c.

F. R. J. Calvert.

Nr. 6942.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Russische Bedenken gegen den Abzug der Truppen.

(Extract.) Therapia, October 9, 1878.

Nr. 6942. Gross-britannien. 9. Oct. 1878. Safvet-Pasha informs me, that Prince Labanoff had been to him to complain, that the Christian population of the districts evacuated by the Russian armies were flying in great numbers, fearing ill-treatment from the Mussulmans, and not relying upon the protection promised them by the Porte. So considerable was this exodus, the Prince said, that the retreat of the Russian forces was seriously impeded by it, and consequently they would have to stop in the positions they now occupied unless measures were taken at once to prevent the migration of the Christians. His Excellency therefore proposed, that the Porte should send, without delay, a functionary of high rank to reassure the Christian population and to induce them not to abandon their homes. || His Highness replied, that until the Russian troops had evacuated Adrianople, the authority of the Porte could not be restored in the province, of which it is the capital, and proper measures could not be taken for the protection of its populations. His Highness, therefore, trusted, that the Russians would lose no time in withdrawing from the territories they still occupied. || Safvet-Pasha further stated to me, that he had been informed, that the Russian Government had sent, or was about to send, a Circular to the Powers denouncing massacres and outrages alleged to have been committed upon Christians by Mussulmans in places evacuated by the Turkish troops. His Highness

begged me to express his hope to your Lordship, that you would not credit the statements contained in this document. A strict inquiry had been made by order of the Porte which showed, that, although isolated acts of robbery and murder may have occurred at a moment when, after the withdrawal of the Russian troops, the authority of the Porte had not been firmly re-establised, there had been no massacres nor ill-treatment of the Christian population as alleged by the Russians. His Highness is convinced, that unfounded or highly exaggerated, statements are being made on this subject. His Highness said, that Prince Labanoff, in speaking to him of the emigration of the Christian population, had admitted that it was not on account of any ill-treatment, that they had experienced or feared, but in order that they might settle in Roumelia and Bulgaria and be under a Christian Government.

Nr. 6942. Gross-britannien. 9. Oct. 1878.

Nr. 6943.

RUSSLAND. — Verbalnote des Geschäftsträgers in London (M. de Bartholomei), betreffend Aufschub des Abzuges der russischen Truppen.

Nr. 6943. Russland. 9. Oct. 1878.

Un télégramme du Sénateur de Giers en date de Livadia, le 26 Septembre/8 Octobre, porte les renseignements suivants: —

"Le Commandant-en-chef de notre armée nous signale les graves désordres qui éclatent dans les localités évacuées par nos troupes; des Chrétiens ont été massacrés a Silivria. Voyant l'autorité remise entre les mains de ceux-là mêmes qui ont commis tant d'atrocités avant notre venue, les populations Chrétiennes au désespoir fuient de tout côté et rejoignent en masse nos troupes. En vue de cette déplorable situation, le Général Todleben a fait expressément demander à la Porte d'infliger de sévères punitions aux fauteurs de ces désordres et de prendre les mesures propres à diminuer la panique que leurs actes de violence ont fait naître. Le Commandant-en-chef a dû en même temps suspendre la retraite de notre armée et prendre les dispositions militaires que réclame l'état alarmant du pays. Mais pour y mettre un terme, pour rétablir l'ordre et la sécurité dans les contrées que nous devons abandonner, il est de toute nécessité d'obtenir de la part de la Porte le concours des mesures les plus pressantes et les plus énergiques, qui seules peuvent arrêter le développement d'un état de choses qui nous entraînerait fatalement aux plus grandes complications. Notre Ambassadeur à Constantinople n'a pas manqué de faire des démarches dans ce sens, et d'ordre de l'Empereur, je vous prie d'en informer le Gouvernement, auprès duquel vous vous trouvez accrédité, en l'engageant à s'associer à nos démarches auprès de la Porte, dans le but de rendre possible l'exécution du Traité de Berlin et d'assurer aux stipulations de cet acte solennel tout le respect qui leur est dû."

Nr. 6944.

GROSSRRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in St.-Petersburg. — Auftrag, an Art. XXII des Berliner Vertrages zu erinnern.

Foreign Office, October 9, 1878.

Nr. 6944. Gross-britannien. 9. Oct. 1878. My Lord, — I transmit to your Excellency herewith copy of a despatch from Sir H. Drummond Wolff, in the inclosure to which is reported a statement which appears to have been made by General Skobeleff in the course of conversation, to the effect that the Russian Government intended to maintain an army of 45,000 men to the south of the Balkans during the winter, in addition to a force of over 100,000 men in the Principality of Bulgaria. || I should wish your Excellency to inform M. de Giers unofficially, that a report has reached Her Majesty's Government of statements of this kind having been made by General Skobeleff in the presence of Her Majesty's Assistant Commissioner, and to remind his Excellency, that by Article XXII of the Treaty of Berlin the Russian force of occupation in Bulgaria and Eastern Roumelia is limited to 50,000 men. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 6945.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in Konstantinopel. — Widerspruch gegen die russische Aufstellung, dass der Abzug der Truppen von einem russisch-türkischen definitiven Friedensvertrage abhängig sei.

Foreign Office, October 10, 1878.

Nr 6945. Gross-britannien. 10. Oct. 1878. Sir, — Her Majesty's Government have learned with much surprise, from your Excellency's telegram of yesterday, that Prince Labanoff had stated to the Grand-Vizier, that there could be no question at present of the evacuation of Adrianople by the Russians, bringing forward in support of this assertion Article XXV of the Treaty of San-Stefano, which provides that "the complete evacuation of Turkey in Europe, with the exception of Bulgaria, by the Russian army will take place within three months of the conclusion of the definitive peace between His Majesty the Emperor of Russia and His Majesty the Sultan." || According to Prince Labanoff this evacuation will not be carried into effect until the Treaty now proposed by Russia to the Porte has been accepted and signed. || I have to state to your Excellency, that Her Majesty's Government entirely decline to acquiesce in the contention advanced by Prince

Labanoff that, on account of the supposed meaning of an Article in the Treaty of San-Stefano, Russia has a right to occupy Turkish territory for an indefinite period. Such a proceeding on the part of Russia would be a violation of the Treaty of Paris, the unrepealed stipulations of which are re-enacted by Article LXIII of the Treaty of Berlin. || Her Majesty's Government cannot but think, therefore, that Safvet-Pasha must have misunderstood the purport of the observations addressed to his Highness by the Russian Ambassador. || I am, &c. Nr. 6945. Gross-britannien. 10. Oct. 1878.

Salisbury.

Nr. 6946.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in Konstantinopel. — Unterredung mit dem russischen Geschäftsträger in London über den Abzug der Truppen.

Foreign Office, October 11, 1878.

Sir, — Since my despatch of yesterday's date was written I have had an opportunity of placing before M. Bartholomei the views of Her Majesty's Government with regard to the opinion attributed to Prince Labanoff, that Russia will refuse to withdraw her troops from Turkish territories until three months have expired from the date of the signature of the definitive Treaty of Peace, the draft of which has recently been submitted to the Porte by Russia. || I have now to acquaint your Excellency, that M. Bartholomei has stated to me, that he has been instructed by his Government to call my attention to the imperative necessity which existed, in order to prevent the occurence of further atrocities, that the Turks should occupy with their troops the districts evacuated by the Russians, and he earnestly begged, that I would press the Porte to take immediate steps with that object. || I have already informed your Excellency by telegraph, that Her Majesty's Government consider it to be of extreme importance, that the Porte should act upon the recommendation with the utmost diligence. || I am, &c. Nr. 6946. Gross-britannien. 11. Oct. 1878.

Salisbury.

Nr. 6947.

GROSSBRITANNIEN. — General-Konsul in Bukarest an den kgl. Min. d. Ausw. — Die Judenfrage in Rumänien.

Bucharest, October 12, 1878.

My Lord, — The question of the removal of religious disabilities in Roumania, in accordance with Article XLIV of the Treaty of Berlin, will, no Nr. 6947. Gross-britannien. 12. Oct. 1878.

Nr. 6947. Grossbritannien. 12. Oct. 1878. doubt, be the absorbing topic of public interest here during the next few months, and may possibly lead in some districts in Moldavia to a dangerous agitation. || It must be borne in mind, that all persons professing the Jewish religion are considered as aliens by the laws of this country, and that a large portion of them invoke their foreign nationality as a title to exemption from military service. || The total number of persons of the Jewish creed was estimated a few years ago at 400,000; but it is stated, that many others have come over here lately from Galicia and Russia. || The question arises, how many of the above number can claim to be allowed to enjoy Roumanian nationality, if those are only admitted whose parents were born in the country, and who are likewise natives of the same land and speak its language; it is believed, that their number will not exceed 20,000. All the others will have to content themselves with such rights as are granted to Christians of the same nationality as that to which they claim to belong. || I have, &c.

W. A. White.

Nr. 6948.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in Konstantinopel. — Russische Erklärung, betreffend den Abzug der Truppen.

Foreign Office, Octobre 13, 1878.

Nr. 6948. Grossbritannien. 13. Oct. 1878. Sir, — I have communicated to M. Bartholomei the report which had reached me of a statement said to have been made by Prince Labanoff to Safvet-Pasha to the effect, that the Russian troops will not be withdrawn from Adrianople until the separate Treaty which has been proposed to the Porte by Russia has been signed. || M. Bartholomei has been informed by his Government in reply, that the above statement is erroneous, and that the withdrawal of the Russians from Adrianople is not dependent on the signature of the Treaty in question, but on the due fulfilment by the Porte of the obligations which she has accepted under the Treaty of Berlin. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 6949.

OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. an den k. k. Botschafter in Konstantinopel. — Zurückweisung der türkischen Beschwerde über die österreichischen Truppen.

Télégramme. Vienne, le 14 octobre 1878.

L'Ambassadeur turc vient de nous remettre la circulaire sur les actes de cruauté qui auraient été commis par nos troupes d'occupation. Vous en recevrez un exemplaire par la poste. || Avant tout nous repoussons avec indignation ces accusations aussi inattendues que contraires à la vérité. Elles ne donnent le change à personne en Europe, où le respect qu'inspire l'armée Impériale et Royale et sa réputation sont trop solidement établis pour pouvoir être atteints par de calomnieuses insinuations. Ce qui frappe d'abord dans la circulaire ottomane ce sont les témoignages sur lesquels elle se fonde. La connivence de Hafiz-Pacha avec les troubles en Bosnie et l'Herzégovine n'est en effet un secret pour personne. Notre Consul Général à Sérajévo nous l'avait signalée et prouvée depuis longtemps. Dans la publication de ses rapports nous avons supprimé les passages y relatifs par un sentiment de ménagement pour la Porte, ne voulant pas compromettre publiquement un de ses hauts fonctionnaires dont l'attitude déloyale aurait rejaillie sur elle. || Ce qui frappe en second lieu c'est que la Porte ait jugé compatible avec sa dignité de saisir tous les Grands Cabinets d'accusations aussi graves contre notre armée, sur une base si manifestement erronée, sans même s'être préalablement adressée au Gouvernement Impérial et Royal qui lui aurait donné toutes les facilités pour se convaincre de la fausseté des rapports qui lui sont parvenus. Il nous répugne de réfuter en détail les accusations que la circulaire énumère. Nous voulons toutefois constater qu'à Banjaluka nos soldats se sont bornés à repousser l'attaque entreprise par des hordes barbares contre l'hôpital occupé de malades, de blessés, de mourants austro-hongrois et bosniaques, et qu'à Sérajévo quelques maisons seulement ont été brûlées, non pas comme mesure de représaille après la prise de la ville, mais par l'effet naturel de la lutte qui a eu lieu dans les rues. Bien que des fanatiques tiraient sur nos troupes par les fenêtres et les lucarnes, la ville n'a été ni saccagée, ni incendiée. Il n'y a eu aucun cas de pillage de la part de nos troupes. Souvent par contre nos soldats ont arrêté le pillage entrepris par des indigènes. Des militaires et correspondants étrangers confirment pour tout ce qui précède les bulletins officiels. Que la Porte mette en regard l'occupation de la Bosnie et de l'Herzégovine par l'armée Impériale et Royale de celle opérée en 1851 et 1852 par Omer-Pacha dans le but d'introduire les réformes du Tanzimat. Nous avions devant nous à combattre les mêmes éléments que la Turquie combattait alors, des éléments que les Ministres turcs Vous ont représentés à plusieurs

Nr. 6949. Oesterreich-Ungarn. 14. Oct. 1878.

Nr. 6949. Oesterreich-Ungarn. 14. Oct. 1878. reprises et en dernier lieu encore comme indomptables et sauvages. Nous avons accompli en deux mois ce que Omer-Pacha a mis deux ans à achever. Tandis que son armée vivait des réquisitions et qu'il fit dresser de longues listes de proscriptions et d'exécutions, que nous tenons à la disposition de la Porte et sur lesquelles figuraient en grand nombre indistinctement des personnes de toute religion, et surtout plusieurs Pachas et beaucoup de Begs, nous avons payé argent comptant l'entretien de nos troupes, et les tribunaux militaires n'ont fait exécuter que quelques individus dont les investigations les plus scrupuleuses avaient démontré à l'évidence la participation à d'effroyables assassinats commis sur nos soldats et sur des fonctionnaires turcs ou étrangers. Que la Porte mette ensuite en regard des procédés légaux et humains de nos troupes, les massacres et les mutilations de nos blessés. Pour ce qui regarde l'accusation relative à l'internement des soldats ottomans qui n'auraient pas combattu, nous ne saurions réellement pas assez nous étonner du manque de mémoire de la Porte. Le Gouvernement ottoman ne se rappelle-t-il plus que nous avons, sans attendre la fin de la lutte, renvoyé dans leurs foyers avec les honneurs militaires des milliers d'hommes qui, fidèles aux traditions honorables de toute armée qui se respecte, avaient refusé leur participation à une insurrection organisée par des hommes sans foi ni loi issus de la lie de la population et qui, après avoir mis à mort des officiers et des fonctionnaires ottomans, ont établi un régime de terreur et de vol. || Nous constatons à cette place avec satisfaction qu'en général les classes honnêtes n'ont pas pris part au mouvement, à l'exception de quelques localités et de quelques individus qui, pour échapper aux confiscations et aux massacres, durent subir, jusqu'à l'arrivée de nos soldats, le joug des insurgés. || L'esprit dans lequel nous avons entrepris l'occupation ressort de notre proclamation. Si au lieu de proclamer le respect de toutes les confessions, nous eussions déployé le drapeau de la délivrance des chrétiens, la tâche que nous accomplissons nous eût certes coûté moins de sacrifices. Mais c'eût été le signal de l'extermination des musulmans, qu'il était de notre devoir de protéger au même degré que les chrétiens. L'armée Impériale et Royale, dont la discipline et la générosité sont des vertus traditionnelles, a tenu à honneur, malgré les guets-à-pens sauvages et si contraires aux lois de la guerre, comme celui de Maglaï, de réaliser sa mission dans l'esprit du mandat européen et de notre proclamation qui, d'ordre de Sa Majesté l'Empereur et Roi, mon Auguste Maître, a précédé l'entrée de nos troupes. Les odieuses calomnies portées contre elle ne l'atteignent pas; mais elles ne laissent pas de révolter en Autriche-Hongrie la conscience publique. Il était de mon devoir de les repousser et de signaler à la Porte l'effet fâcheux qu'elles n'ont pu manquer de produire ici. || Votre Excellence voudra communiquer cette dépêche à Safvet-Pacha et lui en laisser une copie s'il le désire.

Nr. 6950.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in St.-Petersburg. — Beschwerdeführung über die Sprache des Fürsten Dondukoff.

Foreign Office, October 15, 1878.

My Lord, — I have the honour to inclose to your Excellency the copy of a despatch which I have received from Sir H. Drummond Wolff, inclosing a letter from the Earl of Donoughmore, Her Majesty's Assistant Commissioner for the organization of Eastern Roumelia. || In this letter Lord Donoughmore gives a detailed account of the observations addressed to him at their first interview by Prince Dondoukoff-Korsakoff, the Imperial Russian Commissioner. || It would be superfluous for me to express any opinion upon language whose character will be readily appreciated by your Excellency, and which I do not doubt will be received with feelings at least of surprise by the Imperial Government. I will only call your especial attention to the fact, that these expressions of unreserved hostility to England, and scorn for the Treaty of Berlin, were addressed to an English diplomatist by the highest Representative of the Imperial Russian authority in the Province of Eastern Roumelia. || It is my duty to request your Excellency to bring this matter to the notice of M. de Giers as one that merits the attention of the Imperial Government. I do not for one moment entertain the idea, that these sentiments will be shared by him. He will doubtless disclaim the intention of putting every obstacle in the way of the English programme, whatever it may be, or of dealing with the Treaty of Berlin as a "bouffonnerie." But he cannot fail to see, that the position of the official using this language gives to it a serious and sinister importance. It is well known to Her Majesty's Government, that Russian officers of the highest rank in the occupying army are in the habit of expressing sentiments wholly inconsistent with an intention of faithfully carrying out the stipulations of the Treaty. But the desire for a war in which distinction may be won is intelligible in men of their profession; and the operation of this motive is so generally recognized, that no official value is likely to be attached to their conversation. It is otherwise with the language which the Imperial Commissioner has used, not only to Lord Donoughmore, but to other influential persons. His language might be expected to reflect the pacific sentiments of the Imperial Cabinet, and it cannot be concealed, that embarrassment of a very serious kind will result from the attitude he has assumed. The inhabitants of the province, whether Christian or Mussulman, naturally assume, that sentiments of this character are not likely to be expressed by the highest Russian authority in the country, except with the acquiescence of the Russian Government, and they are encouraged to refuse or delay sub-

Nr. 6950. Gross-britannien. 15. Oct. 1878.

Nr. 6950. Gross-britannien. 15. Oct. 1878. mission to those stipulations of the Treaty which are distasteful to them. Her Majesty's Government are interested, therefore, in bringing this circumstance to the notice of the Imperial Government, not merely in order to guard themselves from being held to have acquiesced in a derogatory estimate of the obligations imposed by the Treaty of Berlin, but also because the use of such language by such a personage tends to retard indefinitely the work of conciliation and peace which that instrument was designed to achieve. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 6951.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kgl. Botschafter in St.-Petersburg. — Besteht auf dem Abzuge der russischen Truppen.

Foreign Office, October 16, 1878.

Nr. 6951. Gross-britannien. 16. Oct. 1878. My Lord, — It appears from the Reports of the English officers who have been sent to examine into the truth of the report, that massacres and outrages, of which Christians were the victims, were occurring in the districts evacuated by the Russian troops, that the country is quiet, and that the precautions taken by the Turkish authorities to preserve order are now efficient. || Under these circumstances, I have to request, that your Excellency will state to the Russian Government, that Her Majesty's Government hope that the evacuation by their troops of Turkish territory will now be proceeded with, inasmuch as all cause for delay appears to have been removed. || I have telegraphed to your Excellency the substance of this instruction. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 6952.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Widerspruch gegen die russischen Behauptungen über die Zustände in den geräumten Gegenden.

Therapia, October 16, 1878.

Nr. 6952. Gross-britannien. 16. Oct. 1878. My Lord, — Colonel Home, at my request, was good enough to send Lieutenant Chermside to visit the country in the vicinity of Constantinople recently evacuated by the Russian army, and to inquire into the truth of the reports of massacres of, and outrages upon, Christians, alleged to have been committed by the Mussulmans. These reports have been current here, and,

as your Lordship is aware, have been put forward by the Russian Government as justifying the orders it has given to stop the withdrawal of the Russian forces into Eastern Roumelia, and the prolonged occupation of Turkish territory. || Your Lordship will find from Lieutenant Chermside's statement, copy of which I have the honour to inclose, that they are for the most part altogether unfounded, and that the few isolated cases of assassination or robbery that may have occurred have been exaggerated into deliberate massacres of the Christian population. || It would not be surprising if, after the treatment to which the Mussulmans have been exposed during the period of Russian rule, after the general destruction of their property, the outrages committed upon their wives and children, and the indiscriminate slaughter to which they have been subjected, the survivors, who may return to their desolated villages, may seek to recover their property and retaliate upon their cruel persecutors. That they have not already done so is a remarkable proof of the peaceable character of these poor people. Still there may be danger of reprisals, and the Porte is bound by every consideration to take all the measures in its power to prevent them. According to Lieutenant Chermside it has done so to a certain extent, and he speaks highly of the energy displayed by the Turkish authorities, with whom he has been brought into contact. I have not failed, however, to urge upon the Grand Vizier the necessity of taking even more effective and vigorous steps. || Your Lordship will observe the fact stated by Lieutenant Chermside, which has been confirmed to me from other sources, that, whilst the Bulgarian population is leaving the country and following the Russian army, the Greeks for the most part remain. This would appear to confirm the suspicion, that the Bulgarians are excited to take this course by Russian agents, and that the assertion that they are emigrating in large numbers in consequence of the fear of ill-treatment on the part of the Turks is made use of to further justify the continued occupation of Turkish territory which Russia is bound to evacuate. || Lieutenant Chermside informs me, that he heard from Russian officers, that it was the intention of the Russian Commanders to remain in their present positions until the questions relating to the Bulgarian emigration, such as compensation for abandoned land and property were settled, and that they expected that this would occupy many months. || As, according to the reports received from the British Vice-Consuls at Rodosto and Gallipoli, these districts are undisturbed, and no outrages have been committed in them by the Mussulmans upon the Christians, it may be affirmed with some confidence, that there is no truth in the statements made by the Russians as to the consequences of their retreat. It must, however, be observed, that the greater number of the Mussulmans, who were driven from their homes in consequence of the Russian invasion and the persecution to which they were exposed, have not yet returned. When they do, and find their houses destroyed and their property in the hands of the Christians, there may undoubtedly be danger of reprisals on their part, and of attempts to

Nr. 6952. Grossbritannien. 16. Oct. 1878.

Nr. 6952. Gross-britannien. 16. Oct. 1878. recover what they have lost by violent means. || Your Lordship will not fail to remark that, whilst the murder or ill-treatment of a solitary Christian gives rise on the part of the Russian Government to indignant remonstrances, and to appeals to Europe against Turkey, the most shocking outrages are daily committed with impunity upon the unfortunate Mussulman population which is under Russian rule in Bulgaria and Roumelia. || I have, &c.

A. H. Layard.

Nr. 6953.

RUMÄNIEN. — Botschaft beim Schluss der ausserordentlichen Kammersession.

Messieurs les Sénateurs,

Messieurs les Députés,

Nr. 6953. Rumänien. 16. Oct. 1878. Nous vous avons appelés en Session Extraordinaire pour que vous vous prononciez sur la situation faite à la Roumanie par les Grandes Puissances Européennes réunies en Congrès. || Prenant en considération l'état dans lequel se trouve l'Orient en général et notre pays en particulier, vous vous êtes inclinés devant la volonté collective de l'Europe. || Ainsi, la position de la Roumanie devant les Grandes Puissances est réglée; ainsi la Roumanie entre dans la famille des Etats indépendants. || L'Europe, j'en ai la ferme conviction, nous tiendra compte des sacrifices que nous avons faits dans l'intérêt de la paix générale, et la nation vous sera reconnaissante du patriotisme éclairé et de la prudence politique dont vous avez fait preuve pour préserver la Roumanie de nouvelles complications. || Toujours préoccupé des intérêts du pays, je vous ai manifesté, en vous convoquant, toute ma confiance et je vous ai dit que vos décisions seraient aussi les miennes. || Je vous remercie, Messieurs, des décisions que vous avez prises, et que mon Gouvernement va faire exécuter avec une entière loyauté, tant à l'extérieur qu'à l'intérieur. Au revoir à bientôt, Messieurs, et que Dieu vous ait en sa sainte garde. || La Session Extraordinaire est close.

Charles.

(Suivent les signatures des Ministres.)

Nr. 6954.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den kgl. Min. d. Ausw. — Antwort Russlands auf die englischen Vorstellungen wegen Abzugs der Truppen.

Nr. 6954. Gross-britannien. 20. Oct. 1878.

St.-Petersburgh, October 20, 1878.

My Lord, — With reference to my despatch of the 17th instant, I have the honour to forward to your Lordship copy of a telegram forwarded by

M. de Giers in reply to the communications which, by your Lordship's instructions, I had requested the Imperial Foreign Office to transmit by telegraph to his Excellency on the 17th instant. || I have, &c. Nr. 6954. Grossbritannien. 20. Oct. 1878.

Augustus Loftus.

Beilage.

M. Melnikoff to Mr. Plunkett.

(Extract.) Le 19 Octobre, 1878.

Je n'ai pas manqué de transmettre immédiatement à Livadia par télégraphe les communications que vous m'avez faites hier d'ordre de son Excellence Lord Augustus Loftus. || Je viens de recevoir aujourd'hui de M. le Gérant du Ministère des Affaires Etrangères la réponse suivante à ces communications: — || Reçu votre second télégramme d'hier: se trouvant sur les lieux nos autorités militaires sont le plus à même de juger de la situation des localités que nous abandonnons; d'ailleurs elles en constatent l'état de concert avec les autorités Turques et cela en vue de rétablir l'ordre et la sécurité qui nous mettraient dans la possibilité de continuer le mouvement de retraite de nos troupes. Si les rapports des officiers Anglais étaient exacts nous ne verrions pas l'émigration en masses d'une population terrorisée; ayant le soin de la recueillir et de la caser nous ne pouvons nous faire aucune illusion à ce sujet.

Nr. 6955.

RUSSLAND. — Proklamation an die Bewohner des an Russland zurückgefallenen Theiles von Bessarabien.

Habitants de toutes les classes et de toutes les confessions!

Plus de vingt ans se sont passés depuis que, par la force invincible des événements, la partie de la Bessarabie que vous habitez a été détachée de la province avec laquelle elle constitue un tout complet et de la grande partie commune—le grand Empire Russe. || Depuis, la face de la Russie a changé. || Par la volonté puissante du grand Empereur Alexander Nicolaïevitch le peuple Russe a été appelé à une vie nouvelle. || Plus de 20,000,000 de serfs ont été rendus à la libérté et sont devenus propriétaires; la publicité a été admise pour les arrêts de la justice, à laquelle le peuple participe aussi par ses représentants, le Jury et le Juge de paix; à ce dernier, les parties en jugement peuvent s'adresser, non-seulement pour des affaires de leur ressort exclusif, mais aussi pour des affaires de n'importe quelle espèce et valeur, dans quelque état qu'elle se trouvent, pour être jugées selon l'équité et d'une manière dé- Nr. 6955. Russland. 21. Oct. 1878.

Nr. 6955. Russland. 21. Oct. 1878. finitive; les intérêts économiques locaux ont été confiés aux élus de toutes les classes de la population; les villes ont maintenant leur administration propre, et le territoire qu'elles occupent est leur propriété; la loi de recrutement a été réformée de manière à ce que chaque citoyen, sans distinction d'avoir ou de classe sociale, participe dans la même mesure à la défense de l'Etat. || A partir du jour de votre réincorporation, c'est-à-dire à partir d'aujourd'hui, les autorités Russes seront installées, et elles vous communiqueront toutes les dispositions du Gouvernement, duquel vous êtes en droit de demander aide et appui en cas de besoin. A partir d'aujourd'hui la circulation sur votre territoire de la monnaie Russe et du papier-monnaie devient obligatoire; à partir d'aujourd'hui le timbre et les timbres-poste Roumains seront remplacés par le timbre et les timbres-poste Russes. Les frontières entre la Russie et la Roumanie sont désormais d'un côté le Pruth, de l'autre le Danube. || Vous pouvez être parfaitement convaincus que la religion, l'honneur, la vie et l'avoir de chacun de vous se trouveront dorénavant sous l'égide des lois de l'Empire, des Tribunaux et des autorités constituées, et que toute violation de l'ordre et de la tranquillité publique, ces garanties du développement civique, ne restera jamais sans être poursuivie et punie. || Beaucoup d'entre vous, j'en suis sûr, n'ont pas oublié le temps où vous vous trouviez encore sous le sceptre bienfaisant du Czar de Russie, de manière que les nouvelles conditions dans lesquelles vous vous unissez à votre ancienne patrie ne doivent nullement produire en vous des regrets pour un passé récent. || La justice orale est mise à votre portée dès à présent, et si les Juges de Paix, pour cette première fois, n'ont pas été nommés à l'élection, la cause de cette mesure provisoire est le défaut où vous vous trouvez des institutions économiques locales auxquelles est confiée l'élection de ces Juges. Ces institutions, ainsi que le système décentralisateur dans l'administration des villes et autres établissements, en vigueur dans les autres parties de l'Empire, ne tarderont pas à se répandre chez vous aussi, aussitôt que le Gouvernement aura recueilli toutes les informations et tous les éléments nécessaires à la modification de l'état de choses dans lequel vous vous êtes trouvés jusqu'aujourd'hui. En un mot, vous vous identifierez à toutes les autres parties de l'Empire, et vous jouirez de tous les droits et de toutes les prérogatives des sujets Russes, de même que vous subirez aussi toutes les obligations qui incombent aux citoyens de l'Empire. || A l'occasion de cette journée importante pour vous, je me sens heureux de pouvoir vous communiquer que Sa Majesté a daigné signer le Décret suivant: — || Les habitants des villes et des villages de la partie de la Bessarabie qui est réincorporée à la Russie sont exempts jusqu'au 1er Janvier, 1879, de tout paiement des contributions directes et des impôts directs de répartition. || Une pareille faveur souveraine ne doit pas manquer de faire naître dans l'âme des populations une gratitude profonde pour notre bienfaisant Empereur. || Que Dieu protége votre nouvelle vie dans la grande famille Russe! Soyez dignes du grand Empire qui vous reçoit dans son sein avec le même amour qu'une

mère mettrait à recevoir des enfants qu'elle aurait perdus et qu'elle retrouverait. Poursuivez vos occupations sans hésitation, sans crainte de l'avenir! Nr. 6955. Russland. 21. Oct. 1878.

Ismaïl, le 9 Octobre 1878.

Le Plénipotentiaire Principal de Sa Majesté l'Empereur pour la réception de la Bessarabie du Gouvernement Roumain, Gouverneur de la Bessarabie,

Le Général-Major de la Suite Impériale,

Schebeco.

Nr. 6956.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Uebersendung bulgarischer Petitionen.

Therapia, October 22, 1878.

My Lord, — I have the honour to transmit to your Lordship, in original, two petitions which have been placed in my hands by two Bulgarian gentlemen, styling themselves the "Delegates of the Bulgarian nation," and which contain a protest against the settlement made by the Treaty of Berlin, which separates Eastern Roumelia, Macedonia and Thrace from the tributary province of Bulgaria. || I have, &c. Nr. 6956. Gross-britannien. 22. Oct. 1878.

A. H. Layard.

Beilage 1.

Petition.

Excellence, — Le Traité de San-Stéfano était conclu et le peuple Bulgare dont les espérances légitimes étaient enfin réalisées, allait se consacrer au développement des nouvelles institutions dont il était doté, lorsque le Congrès de Berlin s'est réuni. || Confiant dans la haute sagesse et les sentiments Chrétiens des hommes éminents qui siégeaient dans cet aréopage Européen, les Bulgares ont cru superflu de présenter leurs désirs devant la réunion qui devait donner la sanction de l'Europe aux résultats acquis par la guerre et consentis par la Turquie à San-Stéfano. || Ils croyaient que leurs souffrances étaient trop connues; les massacres de Batack et de Péroucheaza, les cris de détresse des victimes d'Eski-Zagra et des veuves de Carlovo étaient trop récents pour qu'il fut nécessaire d'avoir un interprète autorisé de présenter leurs besoins et leurs voeux devant l'auguste Assemblée. || Le Congrès de Berlin s'est terminé et les Bulgares, étonnés de l'injustice avec laquelle ils ont été traités, se trouvent forcés d'élever la voix pour exprimer la profonde douleur que les résultats du Congrès leur ont causé. || Ce n'est pas à nous d'examiner

Nr. 6956. Grossbritannien. 22. Oct. 1878. les motifs que les Puissances ont pu avoir pour stipuler les changements apportés au Traité de San-Stéfano. || Mais l'injustice qui nous est faite par ces changements est trop grande, les dangers dont il menacent la tranquillité de l'Orient et la paix de l'Europe trop réels, pour qu'il ne nous soit permis de présenter les objections et d'exposer les voeux qu'ils suggèrent à un peuple malheureux. || Le Traité de Berlin divise la Bulgarie en trois parties qu'il soumet à des régimes différents, et par ce fait notre morcellement est consacré. || Les Bulgares qui pendant les longs siècles de leur esclavage ont eu au moins la consolation d'être unis, ne peuvent nullement être satisfaits d'un état de choses qui donne à une partie de leur nation une liberté partielle au prix de leur unité, laquelle, par suite de la nouvelle situation créée en Orient, devient un rêve du passé. || Unis dans les souffrances les Bulgares veulent être unis aussi dans la liberté, leur aspiration vers l'unité ne pourra être entravée par aucun obstacle. Les entraves que le Congrès met à leur unité seront une cause de troubles permanents, qui ne pourront être appaisés que par la réalisation des clauses du Traité de San-Stéfano, répondant aux désirs séculaires du peuple Bulgare. || Le danger que nous venons d'indiquer est imminent, parceque quiconque connaît la disposition des esprits en Bulgarie ne peut pas concevoir qu'une grande partie du peuple Bulgare, après avoir joui de la liberté pendant l'occupation des Russes, et participé à la vie politique indépendante, puisse se soumettre volontairement au nouvel état de choses créé par le Traité de Berlin, et d'après lequel ils sont de nouveau soumis à l'arbitraire d'un Gouvernement haï. || Le droit concédé au Sultan de mettre sur les frontières de la Roumélie Orientale des garnisons Turques sera une source de collisions fréquentes entre les soldats Turcs et la population Bulgare de la Principauté et de la province autonome. || Ces collisions seront beaucoup plus violentes et plus durables que les insurrections qui ont eu lieu jusqu'à présent. || Le fanatisme des Turcs, sur-excité par les revers de la guerre, donnera lieu journellement à des conflits entre la population Turque et la population Chrétienne, et ces conflits prendront facilement les dimensions d'une guerre d'extermination. || Les Bulgares qui jusqu'à présent, étant désarmés, se voyaient forcés de se soumettre devant les forces Turques, répondront aujourd'hui à la violence par la violence, comptant sur le soutien de la milice nationale qui, issue du peuple, fera toujours cause commune avec lui. || Les troubles fréquents qui surgiront infailliblement dans la Thrace et la Macédoine auront leur contrecoup naturel dans la Bulgarie du nord et rendront la paix de l'Orient très-problématique. || Les scènes sanglantes de l'année passée qui ont émues l'Europe entière au lieu d'être évitées à l'avenir se répéteront avec une violence plus effrayante encore, et les Bulgares, qui espéraient passer de l'esclavage à la liberté sans traverser une époque d'insurrection, voient avec tristesse qu'ils ne pourront arriver à leur unité nationale que par des moyens violents. || Tous ces dangers résultent de ce que la situation créée par le Traité de Berlin est tout-à-fait artificielle; or, l'Europe, qui à déjà fait de pareils essais, devrait

être édifiée sur leur validité et leur durée. || L'unité de la Bulgarie devait être conservée d'autant plus que les contrées englobées dans les limites assignées à la Principauté Bulgare par le Traité de San-Stéfano sont habitées depuis des temps très-reculés par des Bulgares. Ceux qui prétendent que la Bulgarie du Traité de San-Stéfano est un mythe inventé depuis peu d'années, nous les prierons de se donner la peine de lire au moins les lignes suivantes d'un historien très-connu du douzième siècle, qui a eu l'occasion d'étudier sur place les rapports ethnographiques de la Péninsule des Balcans:—"Bulgarorum gens inculta" (dit Guillaume de Tyr) "a tractu septentrionali egressa, a Danubio usque ad urbem regiam et iterum ab eodem flumine ad mare Adriaticum universas occupaverat regiones: ita ut confusis provinciarum nominibus et terminis, totus iste tractus, qui in longitudine habere dicitur iter dierum triginta, in latitudine vero decem, vel amplius, Bulgaria dicatur: miseris graeci signorantibus quod hoc ipsum nomen eorum protestetur ignominiam." (Villelmi Tyrens. l. II., c. IV.) || Ces paroles n'ont pas besoin de commentaires; nous ferons seulement remarquer, qu'étant écrites au douzième siècle, époque pendant laquelle les Bulgares se trouvaient sous la domination de Byzance, elles ne se rapportent qu'à l'extension ethnographique de notre race. || La situation économique créée par le Traité de Berlin n'est pas plus satisfaisante et présente des inconvénients qui doivent être pris en sérieuse considération. || Les cercles économiques ne se créent pas arbitrairement; la nature elle-même pose des limites et des conditions nécessaires à une situation économique supportable. Des contrées qui par leur situation géographique et leurs productions doivent être encadrées dans les frontières du même Etat pour pouvoir se développer économiquement, ne peuvent pas être séparées sans qu'il en résulte dans l'économie du pays une perturbation générale. || Les populations placées dans de telles conditions sont amenées, par la force des choses, à se soulever pour renverser les barrières qui mettent des obstacles à leur développement matériel. || La Bulgarie du Nord perd avec la Dobroudja la province la plus productive sous le rapport de l'élève du bétail; avec Pirot, Vranja et leurs environs la partie la plus industrielle lui est enlevée. || Les entraves que la ligne des garnisons Turques apportera à la liberté et à la sécurité des communications, ne contribuera guère au développement du commerce intérieur. || En outre, la Bulgarie Orientale est divisée en deux parties, qui sont deux fractions inséparables d'un entier. || Un lien très-étroit existe entre la population nord et sud du Balcan; la contrée montagneuse du nord, qui est très-peuplée et dont la population, à cause de l'improductivité du sol, est forcée de se consacrer exclusivement à l'industrie, ne peut pas se passer des produits agricoles des parties méridionales, d'où elle tire journellement toutes les denrées nécessaires à son alimentation. || Les habitants du midi qui se vouent à l'agriculture, ont besoin d'échanger leurs produits contre les produits industriels et le bétail élevé par les montagnards. Philippopoli et Slimnia — ces entrepôts des marchandises Anglaises et Françaises — perdent tous leurs débouchés dans la province au

Nr. 6956. Gross-britannien. 22. Oct. 1878. nord du Balcan, dont les consommateurs seront obligés de satisfaire leurs besoins par des produits locaux, ou de chercher de nouveaux marchés. || La séparation qui produit une diminution des ressources produit en même temps une augmentation des dépenses. || La Bulgarie limitée au Balcan, outre les dépenses d'une administration plénière qu'elle aura à supporter, sera grevée du tribut et d'une partie considérable de la dette Turque. || Privée de ces plus riches provinces de deux côtés des Balcans elle ne manquera pas de succomber sous ce lourd fardeau. || Le Congrès, tout en se préoccupant d'améliorer le sort des Chrétiens, fait la plus grande injustice aux Bulgares de la Roumélie et de la Macédoine; les deux provinces qui ont le plus souffert. || La Roumélie habitée par l'élément le plus développé du peuple Bulgare, et par cela même la plus martyrisée, méritait un sort meilleur que ne lui a assigné le Traité de Berlin. || Dans aucun cas elle ne devait pas être laissée en dehors de la Principauté. Faisant partie de cette dernière elle aurait considérablement contribué à fournir les cadres d'une administration intelligente et former ainsi le noyau d'un Etat progressif. || La Macédoine, ce berceau du peuple Bulgare, est aussi injustement séparée de la Bulgarie et pour comble d'injustice laissée sous la complète domination du Gouvernement Turc. La promesse que les Turcs auront à appliquer en Macédoine, la charte octroyée aux habitants de l'Ile de Crète en 1868, ne laisse qu'un faible espoir aux Macédoniens de voir améliorer leur sort. Après les nombreux exemples que le Gouvernement Turc nous a donnés de l'exactitude avec laquelle il remplit ses promesses les plus solennelles, peut-on sérieusement espérer que cette fois il manquerait à sa tradition? || La séparation de la Macédoine, si funeste pour la population, a été décidée sous prétexte de protéger l'élement Grec contre une prétendue absorption dans l'élément Bulgare. || On ne pourrait s'imaginer une décision plus injuste. On a préféré laisser gémir sous la domination des Turcs 1,500,000 de Bulgares dans le seul but de préserver, d'une absorption imaginaire, une centaine de villages peuplés de Grecs et situés exclusivement sur la frontière sud-est de la Macédoine. || Nous pensons que cette mesure ne protége pas même les intérêts bien entendus de la minorité Grecque. Englobée dans la Principauté elle aurait bénéficié des avantages d'un Gouvernement Constitutionnel, qui aurait assuré à tous les sujets des droits égaux devant les lois du pays, tandis que sous la domination Turque les Grecs sont condamnés à rester indéfiniment des méprisables giaours. || Enfin, si les garanties que le régime Bulgare aurait accordé aux Grecs pour la conservation de leur nationalité n'auraient pas paru suffisantes au Congrès de Berlin, on aurait pu facilement laisser ces villages en dehors des frontières de la Bulgarie. || La Macédoine mérite la sollicitude de l'Europe sous un autre point de vue; dans beaucoup de contrées de cette province les Beys sont les propriétaires exclusifs de toutes les terres, tandis que la population Chrétienne est réduite à l'état de servage. || Cette institution, condamnée par tout le monde civilisé, est encore en pleine vigueur dans cette province. || Les Bulgares qui ne trouvent aucune

protection devant les autorités Turques sont journellement dépouillés de leurs propriétés par les Beys tout puissants. || Ces spoliations, le seul titre des Turcs à la propriété, se sont produits dans des proportions si grandes que la population Chrétienne est réduite à l'état de prolétaires. || Voilà une situation digne de toute la sollicitude de l'Europe civilisée! L'amélioration du sort de tant d'êtres misérables aurait été pour les hommes éminents qui ont siégé au Congrès de Berlin un de leurs titres les plus purs à la gloire et à l'ineffaçable reconnaissance des Chrétiens de la Macédoine. || Les habitants de la Thrace et de la Macédoine, qui méritaient à tant de titres sinon l'attention au moins la pitié de l'Europe, croyaient que l'ère de l'esclavage et des souffrances était terminée et que des jours meilleurs allaient venir pour eux. || Au lieu de cela les habitants des Sandjaks de Philippopoli, de Slimnia et d'Adrianople, qui, sur les décombres fumants de 300 villes et villages déplorent plus de 50,000 victimes égorgées, pendues et mortes dans les cachots et l'exil, et les Bulgares de la Macédoine, où aujourd'hui même de pareilles scènes se répètent, voient avec horreur qu'ils vont être replacés sous le Gouvernement qui est responsable de tous leurs malheurs. || Ils se demandent, avec une juste préoccupation, quelles seraient les garanties de l'application des réformes décrétées par le Traité de Berlin dans le cas même où les membres de la Commission, qui surveillera l'organisation de ces provinces, puissent se mettre d'accord sur l'application des mesures qui seront élaborées. || On ne peut pas douter que la Porte aura pour tâche de donner la prépondérance au petit nombre de Musulmans qui restent dans ces provinces; d'autres influences seront peut-être exercées en faveur des Grecs; mais les Bulgares, qui ont une majorité écrasante dans la Roumélie et la Macédoine, ne pourront pas regarder avec indifférence ces essais d'annihiler leur nationalité. || D'ailleurs, n'est-ce pas ce favoritisme qui a amené en Orient l'état de choses que l'Europe connaît? N'est-ce pas [contre] ce favoritisme que l'Europe a cherché un remède? || Qu'importe que cela soit une autre minorité qui sera favorisée! Le mal ne fait que changer de forme; mais la racine reste. Le nouveau favoritisme sera encore le germe fécond de troubles et de bouleversements interminables. || Une population qui pendant vingt ans, seule et sans appui, a soutenu une lutte acharnée pour se soustraire à la domination ecclésiastique du Patriarchat Grec, précisément parce que cette domination n'était que l'achéminement vers la domination politique, que l'infirme minorité de Grecs rêvait pour ce pays, ne pourra dans aucun cas accepter un ordre de choses qui vise à préparer son effacement et son extinction complète. || Les Bulgares ne désirent pas opprimer aucune autre nationalité qui se trouverait dans leur patrie, et ils donneront pleine liberté à tous de se développer. || Mais aussi ils essayeront tous les moyens à leur disposition avant de se soumettre à une minorité et à subir un arrêt qui préparera lentement leur mort nationale et politique, et cela dans le centre le plus pur et le plus ancien de leur nationalité. || En soumettant ces considérations à votre Excellence nous vous prions de vouloir bien prêter votre bien-

Nr. 6956. Gross-britannien. 22. Oct. 1878. veillante attention aux éléments de non stabilité de la nouvelle situation, qu'on crée à la Bulgarie. || Cette situation ne manquera pas à amener de nouvelles calamités sur notre malheureuse patrie, déjà tant éprouvée; la responsabilité pour les torrents de sang qui pourront couler dans un avenir très-prochain ne retombera pas sur nous, ayant porté à la connaissance de l'Europe les dangers qui menacent la tranquillité de l'Orient. || Nous avons, &c.

(Suivent les signatures.)

Beilage 2.

Petition.

Excellence, — Le peuple Bulgare, plié pendant cinq siècles sous le joug Turc, a enduré de la part de la race dominante des souffrances et des iniquités impossible à décrire: le Bulgare n'était maître ni de sa vie, ni de son bien; sa vie, sa famille, son bien appartenaient aux Aghas, et il avait beau travailler jour et nuit, lui et les siens, il n'en continuait pas moins à croupir dans la misère; car des fruits de son travail c'est l'Agha qui en profitait, et il l'accablait, en retour, de coups et d'outrages de toute sorte. || Voilà de quelle vie les Bulgares ont vécu sous la domination séculaire de la race Ottomane jusqu'à l'année 1878, année bénie entre toutes, qui mit fin au long martyre de tout un peuple. || Le Traité de San-Stéfano inaugura enfin l'ère de la liberté pour les Bulgares, et ceux-ci remerciant Dieu de ce bien si longtemps attendu, allaient s'en montrer dignes en l'employant au développement pacifique de leur pays, au progrès de l'industrie et de la civilisation. || Helas! ils étaient à peine entrés dans cette voie, que le Congrès de Berlin les foudroya en décidant le morcellement de leur patrie en tronçons; l'un devenant libre, mais restant tributaire, l'autre jouissant seulement d'une autonomie administrative, et le troisième continuant à rester assujetti à la Turquie. || Ces résolutions provoquèrent parmi les Bulgares un sentiment de stupeur d'autant plus grand qu'ils étaient en droit d'attendre du Congrès de Berlin des décisions plus équitables et plus humaines, le sachant composé des hommes d'État Européens les plus éminents; des hommes qui ne pouvaient refuser leur protection aux intérêts de l'humanité et de la civilisation. Malheureusement, au lieu d'assurer des droits d'hommes aux Bulgares, l'aréopage Européen, touché, nous ne savons par quelles considérations, en a, au contraire, condamné la majorité à l'ancien esclavage; il a morcelé cet infortuné pays pour en retenir violemment des tronçons sous la main implacable de ces cruels fonctionnaires Turcs qui l'ont tant de fois saigné à blanc. || Pour nous, habitants du district de Djoumaïa, cette décision est particulièrement douloureuse; car elle nous sépare de nos frères du Sandjak de Sofia, avec lesquels nous vivons de mémoire d'hommes sous les mêmes autorités, pour nous réunir à une autre portion de territoire dans le but évident de nous maintenir sous le joug des Turcs avec lesquels nous ne pouvons désor-

mais plus vivre. || Nous cherchons en vain par quelle raison le district de Djoumaïa serait détaché du Sandjakat de Sofia, alors que la nature elle même en a fait une partie inséparable. En effet, la chaîne des montagnes qui s'étendent de l'est au sud, et à l'ouest du district de Djoumaïa en constitue la limite naturelle, laquelle adoptée pour limite de la Principauté, servirait de plus sûre barrière contre les collisions entre des Turcs de la Macédoine et des Bulgares de la Bulgarie libre. La ligne de démarcation adoptée par le Congrès, et passant près de l'embouchure de la Ryla dans le Karasou créerait, au contraire, une frontière complètement ouverte; elle ne pourrait manquer de devenir le théâtre de fréquentes rixes et des conflits sanglants qui ne rendront jamais la paix à cette contrée, et qui ne cesseront de donner des soucis à la diplomatie. || Si le Congrès avait voulu tenir compte de la population du district, il aurait encore plus difficilement pu se décider à l'abandonner aux Turcs; car sur une population de 29,000 âmes ceux-ci ne comptent que pour 4,500, et sur 37 villages, 33 sont Bulgares et 4 seulement sont Turcs. || En conséquence les Bulgares du district de Djoumaïa ne peuvent, après avoir goûté les bienfaits de la liberté et vécu comme il convient à des hommes, pendant l'occupation Russe, se soumettre de nouveau à l'arbitraire des Turcs, courber de nouveau la tête sous leur yatagan. Leurs méfaits sont encore tellement présents à notre mémoire comme s'ils étaient d'aujourd'hui. Nous voyons encore étalés devant nous les cadavres sans nombre de nos pères et mères, de nos frères et soeurs, de nos épouses, de nos enfants impitoyablement massacrés, l'année passée et au commencement de la présente, par les mains des Turcs sanguinaires; encore aujourd'hui nous reculons d'horreur en entrant au bazar où l'un de nos concitoyens les plus considérés fut innocemment pendu sans jugement; encore aujourd'hui nos oreilles retentissent du sifflement des balles, du cliquetis des sabres, du bruit des haches qui épouvantèrent les paisibles habitants de notre ville lorsque celle-ci fut pillée avec l'autorisation des fonctionnaires Ottomanes; encore aujourd'hui nous entendons les cris déchirants de nos femmes et de nos filles violées et massacrées sans pitié dans nos rues le jour, où la ville fut une dernière fois mise à sac sous les yeux mêmes du Caïmacam, du Cadi et du Muphti. Et puisque nous n'avons pas oublié, et que nous n'oublierons jamais, ces férocités inouïes que votre Excellence nous dise, de grâce, pouvons-nous, de nouveau nous laisser asservir par un Gouvernement qui naguère nous traitait de la sorte? Elle pourra nous répondre que le Sultan s'engage à concéder de larges immunités aux Chrétiens. Oh, nous en avons assez de ses promesses, nous savons que trop bien à quoi nous en tenir sur la valeur des engagements Turcs! Il n'y a que deux ans, le Sultan nous donna par Firman une foule de droits; les abus n'en devinrent que plus nombreux et nos souffrances plus aiguës. Le Sultan alla, pour notre grand malheur, encore plus loin; il octroya une Constitution à son Empire. Dès lors nos souffrances atteignirent le comble des souffrances humaines; les atrocités les plus épouvantables furent précisément commises pendant cette néfaste époque

Nr. 6956. Grossbritannien. 22. Oct. 1878.

Nr. 6956. Gross-britannien. 22. Oct. 1878. constitutionnelle. || C'est donc au nom de la justice, de l'humanité, et de la civilisation, que nous supplions votre Excellence de ne pas permettre qu'on nous sépare du Sandjak de Sofia, de se souvenir que l'histoire, ce juge impartial, maudira un tel acte, que ses auteurs répondront devant Dieu et les hommes d'une décision dont des milliers de créatures humaines, des femmes et des enfants, seraient les malheureuses victimes. Dans tous les cas soyez persuadé, Excellence, que nous ne saurions plus souffrir qu'on nous traite comme un vil troupeau après avoir pendant sept mois joui des bienfaits de la liberté. L'Europe, puissante, pourra employer ses baïonnettes pour exterminer ceux qui ne demandent qu'à vivre en hommes; mais jamais de bon gré nous ne nous soumettrons de nouveau au joug Turc. || Notre sort est dans vos mains, la paix de l'Orient dépend de vos résolutions; nous conjurons, votre Excellence, de ne pas repousser nos supplications. || Veuillez, &c.

(Les habitants du district de Djoumaïa.)

Nr. 6957.

RUMÄNIEN. — Agent in Paris (M. Callimaki Catargi) an den englischen Botschafter daselbst. — Gesuch um Anerkennung der Unabhängigkeit Rumäniens.

Paris, le 23 Octobre, 1878.

Nr. 6957. Rumänien. 23. Oct. 1878. M. l'Ambassadeur, — J'ai l'honneur de vous communiquer ci-joint en traduction les résolutions votées par le Corps Législatif Roumain réunis en Session extraordinaire pour fixer la conduite de notre Gouvernement en présence du Traité de Berlin. || Vous verrez, M. l'Ambassadeur, par la lecture de ces actes que notre Parlement a décidé: — || 1. Que les autorités civiles et militaires Roumaines quitteraient la Bessarabie. || 2. Qu'il serait pris possession du Delta du Danube et de la Dobroudja. || 3. Qu'une Assemblée Constituante de Révision serait convoquée, dans les délais de rigueur, à l'effet de mettre les lois organiques intérieures en accord avec les principes d'égalité proclamés par le Congrès. || Sur le premier point, M. le Ministre des Affaires Etrangères de Roumanie m'informe que le transfert décidé par l'Europe est présentement un fait accompli. La Bessarabie est déjà passée de la domination Roumaine sous la domination Russe. || En ce qui concerne le Delta du Danube et la Dobroudja, le Gouvernement demande à entrer dès maintenant en possession des territoires qui lui ont été assignés par l'Article XLVI du Traité de Berlin, et il a pris toutes ses dispositions à cet effet. Ce n'est donc plus de lui que dépend désormais, sous ce rapport, le prompt accomplissement des volontés de l'Europe. || Enfin, à l'égard des principes d'égalité inscrits dans le Traité de Berlin le Gouvernement et la nation, par l'organe du Corps Législatif, se sont engagés

à réviser constitutionnellement le régime intérieur et à y introduire les modifications désirées. || En présence de la consécration solennelle et définitive que la représentation nationale, dans son patriotisme éclairé, a donnée aux déclarations qu'il avait déjà faites aux Puissances, le Gouvernement Princier espère qu'il sera tenu compte à la Roumanie de la déférence empressée qu'elle a montrée pour toutes les décisions du Congrès. || Il me charge en conséquence, M. l'Ambassadeur, de faire appel à votre bienveillante intervention auprès du Gouvernement de Sa Majesté la Reine pour qu'en considération des gages effectifs que nous avons déjà donnés, il veuille bien ne plus différer d'attribuer aux relations diplomatiques de la Grande Bretagne avec notre pays un caractère conforme à la nouvelle position internationale de la Roumanie. || Veuillez, &c.

Nr. 6957. Rumänien. 23. Oct. 1878.

Callimaki Catargi.

Beilage 1.

Translation of Motion voted by the Senate of Roumania in Extraordinary Session at the Sitting of September 28/October 10, 1878, by a majority of 48 votes against 8.

Messieurs les Sénateurs, — Votre Commission a étudié la correspondance diplomatique du Gouvernement relative au Traité de Berlin du 13 Juillet, 1878. Elle a vu avec une profonde affliction que les Puissances Européennes, par leur volonté collective et dans l'intérêt de la paix générale, ont imposé à la Roumanie de doloureux sacrifices. Toutefois elle propose que le Gouvernement soit autorisé à se conformer à cet égard au Traité de Berlin. || Elle est également d'avis d'autoriser le Gouvernement à prendre possession de la Dobroudja et du Delta du Danube, et à les gérer par des réglements d'administration publique, jusqu'à la Convocation d'une Assemblée Constituante. || Enfin la Commission propose au Sénat d'engager le Gouvernement, tant en vue de la solution définitive de la question de la Dobroudja qu'en vue des autres questions résultant du Traité de Berlin, à convoquer au plus tard pendant le cours de la prochaine Session ordinaire de trois mois, une Assemblée Constituante de Révision, conformément à l'Article 129 de la Constitution. || En conséquence vous êtes priés, MM. les Sénateurs, de voter ces conclusions.

Beilage 2.

Translation of the Motion voted by the Chamber of Deputies of Roumania in Extraordinary Session at the Sitting of September 30/October 12, 1878, by a majority of 83 votes against 27.

L'Assemblée des Députés, prenant connaissance des dispositions du Traité de Berlin relatives à la Roumanie, forcée par la décision des Puissances, et ne voulant pas être un obstacle à la consolidation de la paix, autorise le Gou-

Nr. 6957. Rumänien. 23. Oct. 1878. vernement à se conformer à la volonté collective de l'Europe en retirant les autorités civiles et militaires de la Bessarabie, et en prenant possession de la Dobroudja, du Delta du Danube et de l'Ile des Serpents. || Les autres questions se régleront par la voie constitutionnelle.

Nr. 6958.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Die bulgarischen Petitionen scheinen russischen Ursprungs.

Therapia, October 23, 1878.

Nr. 6958. Gross-britannien. 23. Oct. 1878. My Lord, — With reference to my despatch of yesterday, transmitting to your Lordship two petitions addressed to me by Bulgarians protesting against the decision of the Congress of Berlin as regards the separation of any part of the Bulgarian population from the tributary Bulgarian Principality, it is right, that I should mention, that it is believed here that these petitions emanate from a Russian source. There is no doubt, that their style and the manner, in which the case of the Bulgarians is placed before Europe, would lead to the suspicion, that they are rather of Russian than of native Bulgarian origin. || I have, &c.

A. H. Layard.

Nr. 6959.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. — Wiederholter Widerspruch gegen die russischen Behauptungen.

(Extract.) Therapia, October 24, 1878.

Nr. 6959. Gross-britannien. 24. Oct. 1878. I received this morning your Lordship's despatch of the 12th instant, transmitting to me, for my information, a copy of a Circular telegraphic despatch from M. de Giers, dated the 26th September/8th October, describing the state of the Turkish territory in Europe recently evacuated by the Russian forces, and the massacres and ill-treatment, to which the Christian populations have been exposed from the Mussulmans. || I would venture to suggest, that this document should not remain unanswered, and we now have, I think, materials at our command which will furnish an answer to it. Three English officers, attached to the European Military Commission for the delimitation of

the Bulgarian frontiers, of whose perfect impartiality no doubt can be entertained, have visited the country, in which the massacres and outrages are alleged to have been committed. They state, that it is perfectly tranquil, that the Turkish authorities have taken all the measures in their power to protect the lives and property of the Christian population, and that with the exception of some isolated cases of brigandage and revenge, including assassination and robbery, no crimes committed by Mahommedans upon Christians of the nature described by M. de Giers have come to their knowledge. Similar statements have been made by Acting Consul Calvert and Vice-Consuls Dussi and Odoni. They are confirmed by the personal observations of Baker-Pasha, which I have communicated to your Lordship in my Confidential despatch of the 23rd instant. || It may, therefore, with perfect confidence be stated, that the information contained in the Circular of M. de Giers, that grave disorders had taken place in the localities evacuated by the Russian troops, and that Christians had been massacred at Silivria, is unfounded. The further statement, that the Christian populations, seeing authority restored to those who before the arrival of the Russian troops had committed so many atrocities upon them, had fled in despair, and had joined *en masse* the retreating Russian troops, is equally inaccurate. No "atrocities," as far as I know, had ever been committed by the Mussulmans upon the Christians in the districts evacuated by the Russian army, although the latter may have complained of bad government; and, according to the evidence which reaches me from all sides, only a part of the Bulgarian population has accompanied the Russian forces in their retrograde movement, incited to do so by Russian agents. The Porte has taken measures to reassure and protect the Christians, which appear to have been attended by good results, and it lost no time, on the representations of the Russian Government, to send a High Commissioner to concert further steps with the Russian authorities for this object.

Nr. 6959. Grossbritannien. 24. Oct. 1878.

Nr. 6960.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den kgl. Min. d. Ausw. — Ueber die Anerkennung der Unabhängigkeit Rumäniens.

a.

Paris, October 24, 1878.

My Lord, — M. Callimaki Catargi, the Roumanian Agent here, called upon me a few days ago, and earnestly begged me to impress upon Her Majesty's Government the very great importance which the Roumanian Government attached to receiving immediately the formal recognition by the Powers of Europe, and especially by Great Britain, of the independence of the Prin-

Nr. 6960. Grossbritannien. 24. Oct. 1878.

Nr. 6960. Gross-britannien. 24 Oct. 1878. cipality. || Roumania had, M. Callimaki Catargi said, evacuated the Bessarabian territory, which she was called upon to cede, and had done all in her power to fulfil the requirements of Europe as laid down in the Treaty of Berlin. || The Jewish question did, indeed, remain; but it was only in consequence of the formalities prescribed by the Roumanian Constitution, that it was still unsettled. The Government was fully determined to execute the provisions of the Treaty of Berlin respecting religious equality with the same exactness which it had shown in making the territorial sacrifice impossed by that Treaty. It only required the time absolutely necessary to go through the constitutional formalities. It would, however, have difficulties to contend with, and it begged the Governments, parties to the Treaty, to strengthen its hands, instead of weakening them. There was no greater mistake than to suppose, that the removal of the Jewish disabilities would be rendered more certain by withholding the recognition of independence until it was accomplished. On the contrary, the delay in according this recognition would simply serve to weaken and discredit the Ministry, which would, on the contrary, need an increase of reputation and influence to enable it to carry a measure opposed to strong and widely-spread national prejudices. || M. Callimaki proceeded to say, that the ability and good-will of Mr. White, the Representative of Great Britain at Bucharest, were highly appreciated by the Government and people of Roumania, but that it was impossible, that he could, in the present state of things, exercise the influence which would belong to him, if he were more formally accredited and if he held a higher and a more definite diplomatic rank. || M. Callimaki Catargi added, that the large proportion of Mussulmans in the Dobrudscha required a solution of the religious question applying to them as well as to the Jews, and that his Government would certainly effect a satisfactory solution, if only the Powers of Europe would assist it by recognizing at once the independence accorded by the Treaty of Berlin. || I told M. Callimaki Catargi, in compliance with a request from him, that I would report to your Lordship what he had said. || I have, &c.

Lyons.

b.

Paris, October 24, 1878.

My Lord, — I repeated yesterday to M. Waddington the substance of the conversation with M. Callimaki Catargi, which is reported in my immediately preceding despatch of to-day. || M. Waddington said M. Callimaki Catargi had stated to him the same arguments in favour of the immediate recognition of Roumania, but had not convinced him, that any action in the matter would be advisable at this moment. He added, that, on the contrary, he was of opinion, that it would be advisable to wait at least until the Legislative Body *ad hoc*, to which the question must, it seemed, be referred, had at all events taken some first step towards establishing religious equality. || Finally, M. Waddington said, that he had not at all changed the views which had been

expressed to you, under instructions from him, by the French Chargé d'Affaires. ‖ The communication referred to by M. Waddington was, that recorded in your Lordship's despatch to me of the 7th instant and recited in the *note verbale* presented by me to his Excellency on the 11th instant. ‖ I have, &c. Nr. 6960. Gross-britannien. 24. Oct. 1878.

Lyons.

Nr. 6961.

TÜRKEI. — Grossvezier an den englischen Botschafter in Konstantinopel. — Antwort der Pforte auf die englischen Reformvorschläge für die asiatische Türkei.

Sublime Porte, le 24 Octobre, 1878. Nr. 6961. Türkei. 24. Oct. 1878.

La Sublime Porte a reçu la note verbale que l'Ambassade de Sa Majesté Britannique a bien voulu lui adresser le 19 Août, au sujet des réformes à introduire dans les domaines de Sa Majesté Impériale le Sultan en Asie. ‖ Ce document important a été soumis à l'examen attentif et aux délibérations du Conseil des Ministres, et la Sublime Porte s'empresse aujourd'hui, tout en exprimant au Cabinet de St.-James sa reconnaissance pour l'intérêt qu'il veut bien prendre à l'accomplissement de cette oeuvre capitale, de soumettre à l'Ambassade de Sa Majesté Britannique le résultat des travaux du Conseil des Ministres à ce sujet. ‖ En considérant les réformes à un point de vue général, le Gouvernement Impérial n'a pu que confirmer les résolutions déjà prises antérieurement par Sa Majesté Impériale le Sultan relativement à la nécessité de modifier et de réorganiser le régime de la justice, de la police et des finances dans ses Etats, résolutions qui n'ont été retardées que par la guerre et par l'empêchement d'y consacrer les ressources nécessaires. ‖ La Sublime Porte a en même temps reconnu que le moment était venu de mettre ses projets à exécution en utilisant les travaux et les études déjà accomplis dans cet ordre d'idées. ‖ Les trois points traités dans la note-verbale de l'Ambassade de Sa Majesté Britannique, et qui constituent l'ensemble des réformes les plus efficaces et les plus urgentes, ont été successivement discutés au sein du Conseil des Ministres et résolus en principe dans le sens suivant: — ‖ **1.** En ce qui touche l'organisation de la gendarmerie la Sublime Porte reconnaît, comme elle l'avait déjà fait lors de la Conférence de Constantinople, la nécessité de créer un corps de gendarmerie fortement constitué qui pût assurer l'ordre et la sécurité dans les provinces et de puiser les éléments de cette organisation dans les institutions de même nature qui existent et qui fonctionnent avec tant de succès dans les Etats Européens. ‖ Le Gouvernement Impérial ayant ainsi accepté en principe l'institution de la gendarmerie, il y a communauté de vue entre lui et le Gouvernement de Sa Majesté Britannique. Conformément à cette pensée la Sublime Porte introduira dans le Conseil d'Administration Centrale

Nr. 6961. Türkei. 24. Oct. 1878. de la Gendarmerie quelques officiers étrangers offrant toutes les garanties d'honnêteté, de capacité et de dignité de caractère. Elle prendra également à son service des officiers étrangers pourvus de mêmes qualités à titre d'Instructeurs, et leur concours sera maintenu jusqu'à ce que l'institution de la gendarmerie ait été complètement étudiée et organisée. A l'exemple des autres Etats dont chacun a ses lois spéciales concernant la gendarmerie, notre loi qui est en cours d'élaboration répondra aux coutumes du pays et aux moeurs de ses habitants, et sera conforme aux droits souverains de Sa Majesté Impériale le Sultan. Cette loi, dès qu'elle aura été élaborée, sera soumise à la sanction Impériale. || 2. En ce qui touche la réforme judiciaire, la Sublime Porte prépare un plan de réorganisation des Tribunaux qui comporte, conformément aux idées émises par le Cabinet de St.-James, divers degrés de juridiction et établit le principe de la stabilité des fonctions judiciaires pour tous les Magistrats qui n'auraient point manqué à leurs devoirs. De telle sorte que les emplois judiciaires soient rehaussés et entourés de toutes les conditions d'indépendance et d'impartialité. Là encore, le concours de l'expérience et de la science des légistes Européens pourra être grandement utilisé. Mais il paraîtrait contraire à tous les principes d'une administration régulière de la justice de faire siéger dans les Tribunaux des étrangers qui seraient investis d'un pouvoir supérieur à celui de leurs collègues, de telle sorte qu'un jugement ne pourrait être rendu sans leur assentiment. Il est également difficile de concevoir l'admission dans les Tribunaux de membres étrangers qui ne connaîtraient pas les langues, les lois et les coutumes du pays. Ces inconvénients graves ne se présentent pas s'il s'agit simplement d'utiliser les concours des légistes étrangers pour l'inspection des Tribunaux, et en conséquence la Sublime Porte admet que des étrangers ayant toutes les connaissances spéciales necéssaires pourront être nommés à des emplois d'Inspecteurs Judiciaires que le Gouvernement Impérial se propose d'envoyer dans chaque vilayet pour contrôler l'administration de la justice. || 3. En ce qui touche la réforme fiscale, l'abolition du système de la dîme fait l'objet des préoccupations du Gouvernement Impérial; mais comme la substitution d'un nouveau système exigera du temps avant de pouvoir être introduit dans tout l'Empire, la Sublime Porte se propose d'appliquer d'abord ce nouveau système d'impôt et une nouvelle méthode de perception à une ou deux provinces pour l'étendre ensuite aux autres parties de l'Empire, lorsque l'expérience en aura démontré les avantages. Durant cette période de transition et d'épreuve le Gouvernement Impérial prendra à son service un certain nombre d'étrangers, versés dans les sciences financières, pour concourir à cette importante réforme. || La Sublime Porte n'a pas besoin d'ajouter que le concours des fonctionnaires et des officiers étrangers qu'elle prendra à son service devra être maintenu jusqu'à ce que l'organisation des trois branches d'administration qu'il s'agit de réformer sera entièrement accomplie et que le fonctionnement en aura été assuré. || La Sublime Porte partage entièrement la manière de voir du Gouvernement de Sa

Majesté Britannique au sujet de la stabilité des Valis, des Magistrats et des Receveurs des Finances nommés par Sa Majesté Impériale le Sultan, et sa résolution est de leur assurer le bénéfice de leur maintien dans leurs emplois respectifs durant tout le temps qu'ils exerceront leurs fonctions avec honneur et avec la capacité exigée par la bonne expédition des affaires publiques. En tous, les fonctionnaires de ces trois ordres qui réunissent toutes les conditions indiquées plus haut seront confirmés dans leurs emplois pour cinq années au moins, et ne pourront être destitués que dans les trois cas suivants: — || 1. S'ils ont commis un crime ou un délit entraînant la destitution. || 2. S'ils ont offert leur démission. || 3. Si leur destitution est reconnue indispensable par le Gouvernement Impérial dans un grand intérêt public. || La Sublime Porte est convaincue que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique voudra bien reconnaître que le programme dont les principes généraux viennent d'être indiqués, tout en se conciliant avec les droits de souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan, répond à la fois au but désiré et aux intérêts bien entendus des populations de l'Empire Ottoman.

Safvet.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

